

# Vorbemerkung

## Die Bewegung gegen die Startbahn West

Als Anfang der 60er Jahre bekannt wurde, daß der Ausbau des Frankfurter Flughafens u.a. um eine weitere Startbahn geplant wurde, gab es Proteste aus der Bevölkerung der angrenzenden Region. Die Erfahrungen mit den bereits existierenden Lärm- und Umweltbelastungen durch den Flughafen führte zu einer Ablehnung dieser Ausbaupläne durch alle lokalen politischen Parteien und sozialen Gruppen.

Es gründeten sich Bürgerinitiativen, die sich aus GemeindevertreterInnen aller Parteien und BürgerInnen der betroffenen Gemeinden zusammensetzten. Sie reichten Petitionen ein und engagierten sich in der Öffentlichkeitsarbeit. In dem für den Bau der Startbahn vorgesehenen Waldgelände wurde ein Hüttendorf gebaut, gleichzeitig sammelten die Bürgerinitiativen Unterschriften, um ein Volksbegehren zur Frage des Startbahn-Baus zu erreichen.

## Die Räumung des Hüttendorfes

Während die Initiativen für das Volksbegehren noch nicht abgeschlossen waren, wurden im Herbst 1981 die Vorbereitungen zur Räumung des für die Rodung vorgesehenen Waldstücks getroffen, das von mehreren tausend Menschen besetzt worden war.

Die Räumung des Hüttendorfes mit einem brutalen Polizeieinsatz am 2. November 1981 führte zu einer bis dahin noch nie erlebten Mobilisierung in der Region und in Frankfurt

Zehntausende demonstrierten mehrere Tage in Frankfurt und in dem Waldgelände. Am 3. November wurde mit dem Bau eines neuen Hüttendorfes begonnen, das jedoch wenige Tage später erneut geräumt wird.

In vielen Städten der BRD fanden Solidaritätsaktionen und -demonstrationen statt. Während eine Mauer um das Baugelände gezogen wurde, demonstrierten am 7. November 1981 rund 40.000 Menschen am Bauplatz, die Abgabe der Unterschriftenliste zum Volksbegehren am 14. November wurde von 120.000 bis 150.000 DemonstrantInnen begleitet.

In dieser Phase der Anti-Startbahn-Bewegung fand der Widerstand und Protest gegen die Startbahn in vielen verschiedenen, nebeneinander existierenden Formen statt. Neben den Massendemonstrationen wurden Blockaden errichtet, traten SchülerInnen in Streiks, wurden Anschläge auf Banken und am Startbahnbau beteiligte Firmen verübt, die Mauer um das Baugelände immer wieder angegriffen und teilweise zerstört.

## Die Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung

Als mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofes Hessen das Volksbegehren als verfassungswidrig abgelehnt wurde und die massive polizeiliche Präsenz auf dem Baugelände erneute Besetzungsversuche verhinderte, zerfiel die Breite der Bewegung. Die von Anfang an schwelenden Auseinandersetzungen zwischen Militanten und Gewaltfreien kamen nun voll zum Tragen, führten zu Abgrenzungen bis hin zu Diffamierungen.

Ähnlich wie in der Friedens- bzw. Anti-Kriegs-Bewegung zielten Autonome und Antiimperialisten auf die übergreifenden politischen Zusammenhänge ab und thematisierten die militärische Funktion der Startbahn für die NATO, während die Gewaltfreien und die Bürgerinitiativen auf ein neues Volksbegehren gegen die Raketenstationierung und die Gründung einer hessischen Grünen Liste

hinarbeiteten.

Trotzdem gelang es, auch nach der Rodung des Waldes, dem Baubeginn und der Inbetriebnahme der Startbahn im April 1984, den Widerstand gegen das Projekt aufrecht zu erhalten. Neben den wöchentlichen Sonntagsspaziergängen zum Startbahngelände fanden subversive Aktionen wie, Knacken der Mauerstreben oder Umsägen von Strommasten statt.

Das Ende der Startbahnbewegung markierten die Schüsse am 2. November 1987, als zwei Polizisten von Teilnehmern einer Demonstration anlässlich des Jahrestages der Hüttendorfräumung getötet wurden.

## Die Revolutionären Zellen

legen im August 1983 ein umfangreiches Papier als vorläufiges Ergebnis unserer Aufarbeitung des Kampfes gegen die Startbahn West vor. Um einen Aufarbeitungs- und Diskussionsprozeß in Gang zu setzen und aus den eigenen Fehlern zu lernen, analysieren sie zunächst die ökonomische und militärische Bedeutung der Startbahn und anderer Großprojekte und die daraus resultierende Notwendigkeit der hessischen Landesregierung, die Startbahn auch gegen massive Proteste um jeden Preis durchsetzen zu müssen.

Sie untersuchen den sozialen und politischen Hintergrund der linksradikalen Bewegung, der Bürgerinitiativen und der in der Region ansässigen Bevölkerung, und die jeweiligen politischen Interessen und Ziele dieser drei Gruppen innerhalb der Startbahnbewegung.

Am Schluß reflektieren sie ihre eigene Beteiligung am Kampf gegen die Startbahn und setzen sich mit der Karry-Aktion kritisch auseinander.

Am 11. Mai 1981 hatte eine Revolutionäre Zelle den hessischen Wirtschaftsminister Herbert Karry erschossen. In ihrer Erklärung begründeten sie diesen Anschlag mit der politischen und ökonomischen Funktion Karrys, erklärten aber auch, daß sein Tod nicht beabsichtigt war, da sie ihm nur in die Beine hätten schiessen wollen.

Nach dem Haupttext folgen Erklärungen der RZ zu Anschlägen auf Baufirmen, die am Startbahnbau beteiligt waren, und auf das hessische Ministerium für Wirtschaft und Technik.

In der Radikal Nr. 121 und 122 wurden Kritiken am Startbahn-Papier veröffentlicht, die von einer Revolutionären Zelle als diffamierend und distanzierend abgelehnt wurden. Sie werfen den Autoren vor, sich nicht mit dem Inhalt des Papiers und dem Versuch, politische Strategien zu entwickeln, auseinanderzusetzen, sondern sich nur nach eigenen Bedürfnissen zu richten.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 732 ff.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Die Bewegung gegen die Startbahn West August 1983

Dieses Papier ist das vorläufige Ergebnis unserer Aufarbeitung des Kampfes gegen die Startbahn 18 West.

Wir haben diese Untersuchung versucht, weil wir es wichtig finden, die Gründe für die Entwicklung von Kämpfen, ihren Siegen und Niederlagen herauszufinden und auf den Begriff zu bringen, um Konsequenzen daraus ziehen und damit arbeiten zu können. Für die bevorstehenden Auseinandersetzungen um das AKW Wyhl, die WAA in Dragahn1 etc. ist es wichtig, daß die Startbahn-Bewegung ihre Erfahrungen zusammenfaßt und weitergibt. Denn gerade der Konflikt um die Startbahn war der erste, in dem die Herrschenden ihre Interessen trotz riesiger Mobilisierung und massenhafter Radikalisierung militärisch durchgesetzt haben. Die Erfahrungen, die hier gemacht wurden, konnten in Wyhl und in Dragahn/Gorleben so noch gar nicht gemacht werden. Wir beanspruchen mit unserem Beitrag weder Vollständigkeit noch absolute Richtigkeit. Es geht uns vielmehr darum, einen Diskussions- und Aufarbeitungsprozess in der Bewegung in Gang zu setzen und diese Diskussionen auch öffentlich (schriftlich) zu führen.

Daß das Papier Einschätzungen enthält, die viele provozieren und manche als zu hart oder gar unerhört empfinden werden, ist uns klar. Andererseits ist dies unumgänglich, weil das Ziel offene und radikale Diskussion über den und nicht Glorifizierung und Beweihräucherung des Widerstands heißt. Die Linke hat es bisher nie geschafft, gekämpfte Kämpfe gründlich und genau zu analysieren, um aus den gemachten Fehlern überhaupt lernen zu können. Dieses Manko muß schleunigst aufgehoben werden.

Praktisch könnten wir uns vorstellen, aus den Ergebnissen einer Vielzahl von Diskussionen eine Broschüre oder ein Buch zu machen. Ein Buch/Broschüre, das/die erscheint, weil so viel gedacht und geredet worden ist. Und keine Diskussionen, die geführt werden, weil was veröffentlicht werden soll. Es wäre an der Zeit, eine eigene Geschichtsschreibung zu entwickeln, die weniger die Repressions- als vielmehr die Widerstandserfahrungen, Erfolge wie Niederlagen vermittelt. Eine Geschichtsschreibung der Bewegung selbst, die das nicht mehr den mehr oder weniger Professionellen und in der Regel Außenstehenden überläßt.

In vielen Bereichen und Gruppen sind wir natürlich nicht drin, kennen uns nicht aus (v.a. in solchen, die nicht unbedingt im Rampenlicht stehen) und können deshalb nicht einschätzen, was dort läuft und wie. Viele positive Ansätze haben wir aus diesem Grund nicht mitgekriegt und konnten deshalb auch nicht in unsere Einschätzung einfließen. Es wäre gut, wenn sich gerade auch die Gruppen und Leute mal äußern würden, die heute noch aktiv gegen die Startbahn kämpfen und mal darstellen würden, wie sie das Ganze betrachten.

Die Verhinderung eines Großprojektes könnte ein wichtiges Etappenziel eines langfristig angelegten Kampfes sein, das durch seine Signalwirkung die Perspektive von Widerstand, gegen die Resignation und Ohnmacht, verbreitert und stärkt. Das Gefühl, doch nichts ändern zu können, letzten Endes immer der Verlierer zu sein, hält viele Leute davon ab, sich beharrlich zu wehren.

Um den Startbahnkomplex unter diesen Voraussetzungen wenigstens im Nachhinein zu untersuchen, ist natürlich die erste Frage, um was für ein Projekt es sich überhaupt handelt. In welchem politischen, ökonomischen und militärischen Kontext steht es, ist es seitens der Herrschenden aufgebbar oder nicht?

Die Bewegung selbst haben wir primär unter dem Gesichtspunkt betrachtet, wann es in ihrer Entwicklung eine Stärke gab, die weiterentwickelt es möglich gemacht hätte, das Projekt zu kippen oder wenigstens erheblich zu verzögern. Was hätte besser oder anders gemacht werden können, wie war die Bewegung zusammengesetzt, welche vorhandenen bzw. fehlenden politischen Strukturen sind

evtl. Ursache ihres Scheiterns?

Für die Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven einer regionalen Bewegung ist es von zentraler Bedeutung, wie es eigentlich um die radikale Linke in der Region aussieht.

Beschränken wir uns dabei auf Frankfurt, weil Kapitalmetropole dieser Region und Ende der 60er / Anfang der 70er eine Hochburg der linksradikalen Bewegung. Daß die Situation der autonomen Szene hier weit weniger rosig ist, als es außerhalb vielleicht scheinen mag, hat einen historischen Hintergrund, den wir notgedrungen kurz anreißen wollen.

Das Volksbegehren<sup>2</sup> war für die überregionale Mobilisierung ein wichtiger Faktor. Welche Funktion kam ihm regional zu?

Bürgerinitiativen prägen die AKW- und Umweltbewegung, ebenso die Friedensbewegung. Für eine Einschätzung ihrer Taktik und Konfliktbereitschaft, wie für die Frage nach möglichen Bündnispartnern ist es unverzichtbar, zu wissen, mit wem mensch es dabei zu tun hat, was deren Hintergrund und ihre Perspektiven sind.

Die Startbahnbewegung ist initiiert und hauptsächlich getragen von der ansässigen Bevölkerung. Was sind die lokalen Voraussetzungen und welche Folgen hat das Projekt für die dort Lebenden?

Unser Engagement im Konflikt war relativ groß und kontinuierlich: wie haben wir unsere Beteiligung am Kampf gegen die Startbahn gesehen, was finden wir in Nachhinein richtig, was falsch und kritikwürdig?

Im Anschluß daran folgt dann noch der Versuch einer Auseinandersetzung mit der Karry<sup>3</sup>-Aktion. Der weitaus überwiegende Teil des Papiers ist bereits über ein halbes Jahr alt und deshalb teilweise nicht mehr auf dem neusten Stand. (August 1983)

## Die Startbahn West und andere Großprojekte

Die Startbahn West ist Anfang der 60er Jahre auf dem Höhepunkt des sog. Wirtschaftswunders projektiert worden. Die Nachkriegsära mit dem Wieder- sprich Neuaufbau des durch den 2. Weltkrieg zerstörten Kapitals und insbesondere seiner Infrastruktur war abgeschlossen. Die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt der 20er und 30er Jahre war durch Faschismus und Krieg zunächst zerschlagen und paralysiert, während und nach dem Krieg (Ausländische Zwangsarbeiter Flüchtlingsströme aus dem Osten süd- und südosteuropäische Arbeitsemigranten) wieder neu zusammengesetzt und das westdeutsche Kapital auf einer technologisch höheren Stufe neu strukturiert worden. Der darin begründete langanhaltende Boom Mitte der 50er bis Mitte der 60er ermöglichte dem in der BRD investierten Kapital hohe Profitraten und dementsprechend vor allem in den deutschen Facharbeiter- und Angestelltenschichten breite Schichten von Konsum und gesellschaftlichem Konsens auszubauen.

Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik war, die Bedingungen dieser Entwicklung möglichst lange fortzuschreiben. Nach der Depression Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre hatte der englische Ökonom John Maynard Keynes<sup>4</sup> die nach ihm benannte Wirtschaftspolitik (Keynsianismus) entwickelt, die ein gewisses Maß sozialer und wirtschaftlicher Stabilität in den kapitalistischen Metropolen sichern sollte. Der Keynsianismus mittlerweile offiziell längst zu Grabe getragen bestimmte entscheidend die Richtung der damaligen Wirtschaftspolitik.

Er beinhaltet u.a. eine staatliche Geldpolitik, die bspw. durch Senkung des Zinsniveaus Investitionsanreize schaffte wie durch Erhöhung der Geldmenge eine flexible, d.h. konfliktmindernde Lohnpolitik ermöglichte (staatliche Reallohnsenkung durch Inflation). Des weiteren die Ausweitung eines künstlichen, weil ausschließlich durch staatliche Nachfrage geschaffenen Marktes. Die dafür notwendigen Gelder treibt der Staat über Teilenteignungen (Steuern und Abgaben) sowie über Kredite (Staatsverschuldung) ein. Die zentralen Bereiche dieses durch staatlichen Konsum geschaffenen Marktes sind die Rüstungs- und die Bauindustrie. Der Bausektor beinhaltet vor allem den Ausbau einer Infrastruktur, die zwei Nutznießer hat: das Kapital und das Militär (Nato).

In diesen Zusammenhang gehören sämtliche Ende der 50er/Anfang der 60er entworfenen Großprojekte, von denen die Startbahn eines unter vielen ist. So stammen aus dieser Zeit allein im Bereich Luftverkehr folgende Projekte:

Flughafen Hamburg-Kaltenkirchen

Norddeutscher Großflughafen bei Bremerhaven

Dritter Verkehrsflughafen für Nordrhein-Westfalen bei Drensteinfurt

Flughafen Rhein-Main 2 zwischen Mainz und Kaiserslautern

Flughafen Stuttgart-München zwischen Ulm und Augsburg

Flughafen Stuttgart 2

Flughafen München 2 bei Erding.5

Von diesem gigantischen Flughafenausbaukonzept der 60er Jahre ist die Startbahn neben dem noch offenen München 2 als einzige übriggeblieben. Hinzugekommen sind in der jüngsten Zeit allerdings neue Ausbaupläne (z.B. Hannover und Bremen), die mit der Startbahn eines gemeinsam haben

die Einbringung in die aktuelle Nato-Strategie (dazu später). Dieselbe Gemeinsamkeit besteht mit allen anderen sog. zivilen Großprojekten aus jener Zeit, die allein unter ökonomischen Gesichtspunkten ein totaler Flop sind, aber dennoch mit ins Unermeßliche steigenden Milliardensummen hochgezogen werden.

Dazu gehören unter anderem (und kann jeweils nur kurz und thesenartig angerissen werden)

## **Der Rhein-Main-Donau-Kanal**

Bis zu seiner Fertigstellung soll er nach offiziellen Angaben noch (!) 4,5 Milliarden DM verschlingen. Ein Projekt, an dem ökonomisch nur die bayrische Landesregierung und selbstredend die Bauindustrie ein Interesse haben kann. Für die bayr. Landesregierung bedeutet es Anbindung des traditionell extrem strukturschwachen Gebietes zwischen Regensburg und Passau (Bayr. Wald) an einen Schifffahrtsweg, der sich dann vom Rotterdamer Hafen über das Ruhrgebiet, die Rhein-Main-Region, das Industriedreieck Nürnberg/Erlangen/Fürth durch Österreich (Linz/Wien), die Tschechoslowakei (Bratislava), Ungarn (Budapest), Jugoslawien (Belgrad), entlang der rumänisch-bulgarischen Grenze (Bukarest und Sofia) bis ins Schwarze Meer erstreckt (zusätzliche Anliegerstaaten UdSSR und Türkei).

Forcieren würde dies eine Industrialisierung des bisherigen Feriengebiets Bayrischer Wald. Attraktiv für's Kapital ist dieser als bedingt durch traditionell hohe Arbeitslosenzahlen, Heimarbeit etc. ausgesprochene Billiglohnregion. Nach der Wende vom letzten Oktober und dem kurz darauf gefällten Entschluß, den Kanal fertigzustellen, hat der BMW-Konzern prompt reagiert und Regensburg (an der Donau) zum Standort für ein schon länger geplantes neues Zweigwerk bestimmt. National gesehen wird die Fertigstellung des Kanals allerdings erhebliche wirtschaftliche Folgen für den Hamburger Hafen (zugunsten von Rotterdam) und für die sowieso schon defizitäre Bundesbahn haben, die, um konkurrenzfähig zu bleiben (das ist nun mal die immanente Logik), ihre Frachttarife senken müßte. Welche darüber hinausgehende Funktion hat also dieser keiner gesamtstaatlichen ökonomischen Kosten-Nutzen-Analyse standhaltende Kanal, außer Unsummen an Geldern in die Bauindustrie zu verpulvern?

Der ehemalige Bayr. Innenminister Tandler hat's in aller Offenheit angedeutet: der Kanal könne im

Kriegsfall als Aufmarsch- und Versorgungslinie dienen. Was die Aufmarschlinie betrifft: der Kanal (als 25 m tiefe und bis zu 290 m breite Betonrinne) deckt mit und als Verlängerung der Donau die gesamte deutsch-tschechoslowakische Grenze (zwischen Bamberg und Passau) in einer Entfernung von minimal 35 km und maximal 120 km Luftlinie ab.

Darüberhinaus drängt sich geradezu auf, daß der Kanal Bestandteil einer Vorverlegung der 1. atomaren Verteidigungslinie ist. Dies vor allem im Zusammenhang mit dem Master Restationing Plan (MRP), der eine Verlegung der in der Rhein-Main-Region stationierten US-Truppen in nordöstlicher Richtung zur DDR-Grenze hin beinhaltet. Der neue Verlauf dieser Linie wäre dann die Achse aus folgenden zumeist Stationierungsorten von Bundeswehr und (vorwiegend) US-Truppen:

Mühldorf Ohu(AKW)/Landshut Rottenburg Kelheim(Mündung Donau/Kanal; in unmittelbarer Nähe A-Waffenlager) Nürnberg (massierte US-Präsenz; zahlreiche Depots)

Grafenrheinfeld(AKW)/Schweinfurt Bad Kissingen Wildflecken(geplanter US-Standort im Rahmen von MRP)/Gersfeld Fulda (u.a. Chemical Detachment) Schlitz (geplanter US-Standort auf dem Eisenberg im Rahmen von MRP) Fulda Gap (Fulda Senke) Hattenbach (Ground Zero = 0-Punkt = Aufschlagspunkt der A-Bombe)/Bad Hersfeld Schwarzenborn Borken(geplantes AKW/Schnittpunkt mit nördlichem Teil der Linie)/Homberg.

Unweit westlich dieser Linie befinden sich die im Rahmen von MRP gerade fertiggestellten bzw. noch im Bau befindlichen hessischen Munitionsdepots (Alsberg, Gundhelm, Gieseler Forst, Grebenhain, Ottrau).

## Das Großklinikum Aachen

Nach Angaben eines Krankenkassen-Direktors wurde bewußt mit falschen Zahlen operiert, um den Bau dieses größten Klinikums der Welt inmitten der Unikliniken Köln, Düsseldorf und jenseits der Grenze Maastricht, Lüttich und Heerlen durchzusetzen. Das Ganze ist dermaßen gigantisch angelegt worden, daß es unter dem eigenen Gewicht schon 10 cm in den Boden gesunken ist. Kostensteigerung von 632 Millionen auf 2 Milliarden. Inbetriebnahme

nicht absehbar. Betrachtet mensch das Klinikum unter militärischen Gesichtspunkten, so fällt v.a. dessen geographische Lage in den Blick Aachen als westlichste Stadt und auf der mittleren Achse der BRD hinter dem Industrie- und Militärzentrum Ruhrgebiet und ca. 60 km Luftlinie hinter der Rhein-Rhone-Linie, der 2. atomaren Verteidigungslinie der Nato, gelegen. In einem Radius von 130 km befindet sich das gesamte Ruhrgebiet einschließlich Dortmund, fernerhin die Linie Koblenz Siegen Trier. In einem Radius von etwa 300 km befindet sich im Norden die Linie Oldenburg Bremen Hannover, östlich die Grenze zur DDR und südlich die Linie Würzburg Stuttgart Freiburg (darin also auch die gesamte Rhein-Main-Region und die Pfalz/Saarland).

## Das Atomprogramm

das nicht nach Kriterien von gesellschaftlichem Bedarf und Wirtschaftlichkeit funktioniert, sondern sich danach bestimmt, welche Energieform für die Betreiber und Erbauer am profitabelsten ist. Da bei der Atomenergie der Staat nahezu die ganzen Forschungs-, Entwicklungs-, Bau- und Entsorgungskosten trägt, sind die AKWs für die Betreiber durchaus profitabler als jedes andere Kraftwerk und ermöglichen billige Stromtarife für die automatisierten Großfabriken (die Otto Normalverbraucher durch entsprechend hohe ausgleichen darf). Ein Ingenieur aus Trier hat am Beispiel Biblis A mal errechnet, daß der Reaktor 29 Jahre störungsfrei laufen müßte, um die allein für seinen Bau verbrauchte Energie wieder zu erzeugen.

So waren auch die Energiekonzerne bei den bis Herbst 81 in Kalkar verbauten 5 Milliarden Mark nur

mit ganzen 41 Millionen dabei. (Historischer) Hintergrund der staatlichen Forcierung und Finanzierung des Atomprogramms sind hier ebenfalls v.a. militärische Interessen

die deutsche Option auf die A-Bombe (Plutoniumherzeugung) und der Aufbau von regional geschlossenen Teilverteidigungswirtschaften (dazu ausführlichst

Autonomie Neue Folge, Nr. 4/5).

## Der zivile Teil des Frankfurter Flughafens

ist heute der mit Abstand größte der BRD, der zweitgrößte Europas und seit 1980 der größte Frachtflughafen Europas (vor London mit insgesamt 3 Flughäfen). Hinzu kommt die im südlichen Bereich des Flughafens gelegene Air-Base der US-Army mit dem größten Terminal des Militärischen Lufttransportkommandos (Military Airlift Command) mit jährlich ca. 500.000 Passagieren und dem größten Frachtflughafen der Army außerhalb der USA (1980 ca. 66.000 t); die Air-Base ist damit der zweitgrößte Frachtflughafen in der BRD vor Köln (1980

52.000 t) und München (1980

39.000 t).

Bereits 1955 hatte Frankfurt mit (angesichts der heutigen Zahlen) bescheidenen 833.000 Verkehrseinheiten (VE) 33,9 % aller VE in der BRD an sich gezogen. Ursächlich dafür waren zunächst der unmittelbar nach Kriegsende erfolgte Ausbau des Flughafens durch die Yanks. Insofern ist er vergleichbar mit dem Düsseldorfer Flughafen, dessen relative Spitzenstellung sich daraus erklärt, daß er ebenfalls nach 45 von den britischen Streitkräften in Betrieb genommen und den neuen Erfordernissen angepaßt wurde. Die Benutzung des Frankfurter Flughafens durch die Air-Force in Verbindung mit der Konzentration der US-Streitkräfte in der Rhein-Main-Region prädestinierte Frankfurt von Anfang an als Knotenpunkt nicht nur der militärischen, sondern aller Interkontinentalflüge. Ein zweiter wesentlicher Punkt war die wirtschaftsgeographische Lage des Frankfurter Raums, wo sich zahlreiche Nord-Süd- und Ost-West-Verkehrsachsen bündeln. Das Frankfurter Kreuz als Schnittpunkt dieser Verkehrsachsen und der direkt anliegende Flughafen bilden militärisch und ökonomisch eine infrastrukturelle Einheit, die als solche bereits im 3. Reich konzipiert und gebaut worden war. (Der von den Nazis betriebene Autobahnausbau incl. Frankfurter Kreuz und seine militärischen Hintergründe sind weitgehend bekannt. Weniger dagegen, daß der Frankfurter Flughafen sich bis 1936 am Rebstock (nahe Messegelände) befand und die ersten Rodungen für den heutigen Flughafen 1934 begannen. Die auch heute an der Startbahn West beteiligte Stuttgarter Baufirma Züblin benutzte übrigens für den Anfang der 40er erfolgten weiteren Ausbau des Flughafens Frauen aus dem KZ Natzweiler-Struthof, für das am Flughafengelände extra eine Außenstelle errichtet wurde.)

Aufgrund dieser Gegebenheiten war es nur logisch, daß die Deutsche Lufthansa nach ihrem Wiederaufbau 1955 zwecks optimaler Kostendeckung Frankfurt zu ihrem Zentralflughafen bestimmte (Ausgangs- und Endpunkt ihres Interkontinentalverkehrs; Bestimmung der anderen westdeutschen Flughäfen als Zubringer für die Zusammenführung der Langstreckenverbindungen in Frankfurt). So beträgt der Anteil der Lufthansa an den in Frankfurt erbrachten Verkehrsleistungen 52 %. Da die BRD-Flughäfen für ausländische Fluggesellschaften nur in dem Maß attraktiv sind, wie das dort angebotene Abfertigungs- und Frachtumschlagsvolumen bereits von der Lufthansa genutzt wird, bedeutete diese Entscheidung eine doppelte Konzentration des internationalen Luftverkehrs auf Frankfurt. Dies führte dazu, daß sich die in Frankfurt umgeschlagenen VE von 1955 bis 1974 verzwanzigfachten (1974 : 16.361.00 VE = 44 % aller VE in der BRD).

Im gleichen Zeitraum (1959) wurde die Air-Base im Rahmen der Nato-Planungen zum zentralen

Luftstützpunkt für die Logistik der US-Army in Europa bestimmt. Dieser Nachfrage kam der in öffentlicher Hand befindliche Konzern FAG (Aktionäre: Land Hessen 45 %, Stadt Frankfurt 29 %, BRD 26 %) mit der Erweiterung der beiden Start- und Landebahnen auf 3.600 bis 3.900 m (1959/1965) und der Beantragung einer 3. Startbahn 1965 nach.

Der nächste Konzentrationsschub erfolgte Anfang der 70er mit der sog. Ölkrise. Die Verringerung der Nachfrageexpansion Ende der 60er und die Auslieferung der (schon Jahre vorher bestellten) Großraumflugzeuge Anfang der 70er hatten bereits zu einem Kapazitätsüberhang bei den Fluggesellschaften geführt. Die 1973 inszenierte Ölkrise als Beginn der dann seit 74 in den transnationalen Konzernen geschaffenen Dauerkrise in den kapitalistischen Metropolen bedeuteten für den Luftverkehr rapide steigende Treibstoffpreise bei gleichzeitigem tendenziellen Rückgang der Massennachfrage. (Deren Zielsetzungen sind: 1. die Um- und Neuverteilung der gesellschaftlich produzierten Mehrwertmassen zwecks Maximierung der eigenen Profitraten. 2. Angriff auf die Masseneinkommen und die Revolten und Kämpfe der multinationalen Massenarbeiter und Jugendlichen in den westlichen Metropolen. Darüber gewaltsame Durchsetzung einer neuen Arbeitsmoral und der Niedriglohnarbeit zur Wiederherstellung hoher Mehrwert- und Profitraten.) Um die daraus entstehenden Einbußen aufzufangen, war die Folge eine erneute Konzentration der Beförderungsleistungen auf die Knotenpunkte der internationalen Verkehrsräume und damit auf Frankfurt. Der den Gesetzen kapitalistischer Konzentration und Monopolisierung unterliegende Luftverkehr bündelt die Verkehrsströme zu gigantischen Konzentrationspunkten.

Das Zentrum ist rentabler, saugt dadurch immer mehr an sich, wird immer größer, was wiederum seine Rentabilität und Attraktivität (z.B. kürzere Bodenzeiten, Anschlüsse in alle Welt) steigert usw. Das hat zur Folge, daß Frankfurt selbst beim heutigen allgemeinen Rückgang des Flugverkehrs die geringsten Einbußen bzw. sogar noch ein leichtes Plus zu verzeichnen hat.

## Die Air-Base

ist nicht den US-Luftstreitkräften in Europa (US Air Force Europe USAFE Hauptquartier

Ramstein), sondern direkt dem Military Airlift Command (MAC) unterstellt. Sämtliche US-Flughäfen in Europa beziehen den Teil ihres Nachschubs, der per Luftfracht befördert wird, über Frankfurt. (aus Flughafen-Nachrichten der FAG).

1980 landeten auf Rhein-Main von den strategischen Transportern im Schnitt täglich ca. 10 Starlifter und 23 Galaxies (größtes Transportflugzeug der Welt). Außerdem jede Menge Turbopropmaschinen vom Typ Herkules, die für den taktischen Lufttransport innerhalb des europäischen Kommandobereichs eingesetzt werden. Im Jahresdurchschnitt 1980 machte das 74 % aller Flugbewegungen auf Rhein-Main. Neben der Verteilerfunktion des Nachschubs für Europa hat die Air-Base die Funktion einer interkontinentalen Luftbrücke für Waffen und Truppen nach Nahost, Asien und Afrika. Beispiele sind die Libanon-Besetzung 1959, der Vietnam-Krieg, drei Nahost-Kriege, die gescheiterte Iran-Intervention, Manöver in Ägypten (Big Lift, Reforger). So wurde auch während der Libanon-Invasion im Sommer 82 eine erhebliche Zunahme der Militärflüge beobachtet. Hinzu kommen wird in Zukunft Transport der und Nachschub für die offensichtlich in der Türkei vorgesehene Stationierung der Schnellen Eingreiftruppe.<sup>6</sup> Darüber, wie über die im Rahmen der Nato-Aufrüstung geplanten Maßnahmen wird sich der Anteil der von der Air-Base in Beschlag genommenen Kapazität des Flughafens ganz erheblich erhöhen.

Aber selbst wenn sich der bisherige Anteil des militärischen Flugverkehrs dadurch verdoppeln würde (was reichlich hochgegriffen erscheint), würde dies die 3. Startbahn nicht unbedingt erforderlich machen vorausgesetzt, die FAG wäre bereit, den Privatflugverkehr, der immerhin 5 % der Gesamtflugbewegungen ausmacht, entscheidend zu reduzieren (mit dieser Begründung wurde vor Jahren der in der Nähe von Rhein-Main liegende Kleinflughafen Egelsbach ausgebaut).



Was sind dann die eigentlichen Hintergründe der Startbahn?

Der Charakter des Frankfurter Flughafens als ziviler und militärischer deutet bereits darauf hin Kapital- und Militärinteressen. Der zivile Teil lebt vom militärischen und umgekehrt.

Wie vorher bereits ausgeführt, machte die militärstrategische Bestimmung Frankfurts durch die US-Besatzer den zivilen Teil des Flughafens zu dem, was er heute ist. So konnte 1955 selbst gegen den Widerstand der damaligen Adenauer-Regierung, die Köln bevorzugte, die Lufthansa-Basis in Frankfurt durchgesetzt werden.

Daß Frankfurt im Gegensatz zu anderen westdeutschen und europäischen Flughäfen kein bzw. nur ein bedingtes Nachtflugverbot hat, ist ebenfalls eine Folge seiner militärischen Nutzung.

Umgekehrt profitiert der militärische Sektor davon, daß

im Spannungsfall alle zivilen Anlagen und Einrichtungen beschlagnahmt werden können (d.h. die 15- und incl. Startbahn über 20fache Kapazität seines heutigen Bedarfs in Reserve hat).

sich aufgrund des dualen Charakters des Flughafens v.a. die mit zivilen Maschinen getätigten militärischen von den rein zivilen nicht bzw. nur schwer unterscheiden lassen.

Das bestehende Frankfurter Parallelbahnsystem (Nord- und Südbahn mit einem Abstand von 503 m) kann nicht unabhängig voneinander betrieben werden. Das heißt, es kann auf beiden Bahnen gleichzeitig entweder nur gelandet oder nur gestartet werden (aus Sicherheitsgründen beträgt der Mindestabstand von unabhängig voneinander betriebenen Parallelbahnen 1.500 m). Die im Bau befindliche Startbahn West kann dagegen unabhängig von diesen betrieben werden.

Nur

aufgrund der jeweils einzuhaltenen Mindestabstände zwischen aufeinanderfolgenden Flugzeugen ist die Startkapazität generell höher als die Landekapazität. Andererseits ist die Startbahn der Name sagt's schon angeblich eine reine Startbahn. D.h. auf ihr darf jedenfalls nach Planfeststellungsbeschluß nicht gelandet werden (was allerdings technisch möglich ist). Hinzu kommt, daß sich der zivile Verkehrsablauf jeweils in vier tägliche Start- und Landespitzen einteilt. In diesen Verkehrsspitzen wird die maximale Landekapazität unter Instrumentenflugbedingungen fast immer erreicht und meist überschritten. Gerade dieser Wechsel von Start- und Landespitzen ist Voraussetzung dafür, daß schnelle Umstiegverbindungen, minimale Bodenzeiten und maximale Auslastung der Flugzeuge (d.h. die Attraktivität des Frankfurter Flughafens) erreicht werden. In diesen Spitzen beträgt die Kapazitätsteigerung durch eine neue Startbahn etwa 6 %. Eine erheblich über diese 6 % hinausgehende Kapazitätssteigerung ist dagegen nur außerhalb der Landespitzen möglich. Mit Fertigstellung der Startbahn hätte die FAG also die Möglichkeit, selbst bei steigendem Zivilflugverkehr auch die in die (relativ kurzen) Spitzenzeiten fallenden Militärflüge besser zu verkraften und außerhalb derer den Militärs große Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Die eigentliche Funktion der Startbahn wird klarer, wenn mensch sie in Zusammenhang mit den anderen laufenden und geplanten baulichen Maßnahmen am Flughafen sieht. Diese bestehen nahezu ausschließlich in einem nur gigantisch zu nennenden Ausbau der Frachtkapazitäten:

Das am Kopf der Startbahn gelegene neue Frachtzentrum schafft allein in der 1. (von insgesamt 3!) Ausbaustufen eine Jahreskapazität von 1,5 Mio. t. Zusammen mit dem 1971 in Betrieb genommenen Frachthof 3 bedeutet dies schon eine Jahreskapazität von 1,8 Mio t. Das ist fast das dreifache (!) der 1980 umgeschlagenen Fracht (642.850 t). Was bedeutet das? Einmal, daß die FAG (einschließlich Lufthansa) in der Steigerung des Frachtumschlags (und nicht der Passagierzahlen) ihre wirtschaftliche

Zukunft sieht. (Die geplante weltweite Einführung elektronischer Fernkommunikationsmittel Fernkopierer, Video-Konferenzen etc. würde einem weiteren Anstieg der Geschäftsreisen als zentralem Faktor für die Zahl der Fluggäste zumindest enge Grenzen setzen.) Die Schaffung derartiger Kapazitäten (auch ohne die bisher nur geplanten Ausbaustufen 2 und 3) rechtfertigt dies allein aber nicht.

Eine Antwort darauf gibt das 1981 von den USA und der BRD unterzeichnete Abkommen Wartime Host Nation Support (Unterbringung durch Aufnahmestaaten in Krisenzeiten). Nach Aussagen des US-Generals Jim Allen vor dem Verteidigungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses sichert es den Yanks im Krisenfall den Zugang und die Nutzung aller Einrichtungen des zivilen Teils des Rhein-Main-Flughafens in Frankfurt, eingeschlossen der Bodenfahrzeuge, der Frachtanlagen und anderer Flughafenausrüstungen (zit. nach Stern vom 18.2.82). Dem liegen die seit langem bestehenden Nato-Planungen zugrunde, im Krisenfall sechs zusätzliche US-Divisionen in die BRD zu verlegen. Das sind 600.000 Mann plus 1.000 Kampfflugzeuge. Der Umschlagplatz für diese sechs Divisionen ist natürlich Rhein-Main. Daraus erklärt sich der Umbau im großen Stil (Stern vom 18.2.82).

In diesem Krisenfall ist die Startbahn selbstverständlich keine reine Startbahn mehr, sondern auch Landebahn. Als Start- und Landebahn bewirkt sich aber im Verhältnis zum bestehenden Parallelbahnsystem eine Kapazitätssteigerung von 75 % (Das hört sich erstmal unlogisch an, beruht aber auf folgendem: Eine Start- und Landebahn hat unter Instrumentenflugbedingungen eine Kapazität von 30 Flugbewegungen pro Stunde. Da die bestehenden 2 Bahnen wegen ihres geringen Abstands betriebstechnisch nur wie eine Bahn benutzt werden können, wobei jedoch weil zwei Bahnen bei Starts eine Rollphase 50 Sek. und bei Landungen die Abrollphase 23 Sek. eingespart werden kann, haben sie eine Kapazität von zusammen 40 Flugbewegungen/Stunde. Weil die Startbahn von den beiden anderen Bahnen unabhängig betrieben werden kann, erhöht sie als Start- und Landebahn die Gesamtkapazität von jetzt 40 auf 70 Bewegungen/Stunde.)

In diesem Zusammenhang ist auch der in den 70er Jahren forcierte Autobahnbau und -ausbau rund um das Frankfurter Kreuz incl. Flughafen zu sehen.

Wartime Host Nation Support beinhaltet weiterhin den Bau von 1.000 Munitionsdepots und Nachschublager (Kosten ca. 1,2 Mrd.), in denen Waffen und Geräte für die sechs US-Divisionen eingelagert werden sollen.

Inhaltlich dazu gehört ferner der Master Restationing Plan, die nord-östliche Verlagerung der im Rhein-Main-Gebiet stationierten US-Truppen.

Dies erklärt sowohl den geplanten Ausbau der B 3 zur B 3a (Parallele zur E 4) von Frankfurt aus nach Norden (Friedberg/Butzbach) wie den Ausbau der bereits bis Gelnhausen fertiggestellten B 40 zur A 66 von Frankfurt aus nach Osten (Fulda/Rhön). Ein Teil der Depots sollen entlang dieser beiden Verkehrsführungen gelegt werden.

In diesem Zusammenhang muß auch die Bedeutung des Autobahnnetzes rund um den Frankfurter Flughafen als mögliche Start- und Landebahnen v.a. für Kampfflugzeuge und die Turbopropmaschinen erwähnt werden.

Ohne die Startbahn und den laufenden Ausbau der Frachtkapazitäten würde es im sog. Krisen- oder Spannungsfall auf Rhein-Main nur noch einen sehr eingeschränkten Zivilverkehr geben. D.h. der Konzern FAG müßte für einen unbefristeten und möglicherweise sehr langen Zeitraum ganz erhebliche Anteile seines Umsatzes den Konkurrenten abtreten, was seine Monopolstellung rapide untergraben könnte. (Unter diesem Aspekt ist wohl die von Karry im Dezember 80 geäußerte Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit der FAG zur Startbahnfrage zu verstehen, daß sie der Bedeutung dieser Sache nicht entsprochen habe. Es sei schließlich nicht Aufgabe des Landes Hessen, die unternehmerischen Fragen und Positionen des Flughafens in der Öffentlichkeit auszutragen.) Als nationaler Ausweichflughafen für den Zivilverkehr war bislang wohl der Kölner Flughafen vorgesehen, der als einziger der westdeutschen Flughäfen aufgrund seiner wirtschaftsgeographischen

Lage in Verbindung mit den für Großraumflugzeuge erforderlichen Bahnen und modernsten Abfertigungseinrichtungen bei gleichzeitig brachliegenden Kapazitäten (Auslastung unter 40 %) eine Alternative zu Frankfurt darstellt.

Die Startbahn 18 West von vorneherein ausschließlich als reines US/NATO-Projekt zu thematisieren, bewirkt nur zwangsläufig falsche Schematisierungen und unsinnige wie unfruchtbare Auseinandersetzungen. Wie bei nahezu allen Projekten, wo die Interessen des ökonomischen und des militärischen Sektors zusammenkommen, führt auch hier jede auf ein (absolutes) Entweder-Oder reduzierte Fragestellung in die Sackgasse. Wichtig für die Perspektiven des Widerstandes ist vielmehr, den für ein Projekt dominierenden der beiden Sektoren herauszupuzzeln. Und das aus zwei Gründen

1. Um den hinter dem Projekt stehenden Machtblock konkreter zu machen, auf seine Schwachstellen und Angreifbarkeit hin abzuklopfen, dessen schwächstes Glied wie den eigentlichen Gegner kennenzulernen und zu benennen. 2. Um herauszufinden, ob überhaupt und wenn, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen ein Projekt zu kippen ist: ob es zu ver- oder nur zu behindern ist und mit welchen Perspektiven für die Bewegung.

Wie wir gesehen haben, ist der militärische Sektor mehr Anlaß denn Grund des Startbahnbaus. Anlaß, weil sich sein Anteil an der Gesamtkapazität des Flughafens erhöhen wird und im angesichts der aggressiven imperialistischen NATO-Politik absehbaren Krisenfall große Teile der bestehenden Kapazitäten beschlagnahmt wird. Andererseits braucht die NATO die Startbahn nicht um jeden Preis, umso mehr aber die FAG, will sie nicht einer von den Militärs verursachten Aushöhlung ihrer Monopolstellung tatenlos zusehen. Wenn wir FAG sagen, meinen wir damit immer auch den Magistrat der Stadt Frankfurt und die Regierung des Landes Hessen als Anteilseigner der FAG, wie politisch Verantwortliche für die kapitalistische Infrastruktur der Region. Der Frankfurter Flughafen ist aufgrund seiner Dienstleistungsfunktion für das in der Region konzentrierte Kapital der größte Wirtschaftsfaktor in Hessen und darum mit ursächlich für die Kapitalkonzentration im Rhein-Main-Gebiet. Was den Haushalt der Stadt Frankfurt angeht, steht und fällt dieser da er sich im wesentlichen über Gewerbesteuererinnahmen finanziert mit der Bedeutung seines Flughafens.

Unbestimmter als bei diesem Trio sind dagegen die Interessen der Lufthansa am Bau der Startbahn. So reichte auch die Palette ihrer Äußerungen bezüglich der Notwendigkeit des Startbahnbaus von Nein, Jein, Ja bis hin zur Drohung, bei Nichtbau Kapazitäten zugunsten des geplanten Großflughafens München 2 im Erdinger Moos abzuziehen. Klar ist einerseits, daß sie im besagten Krisenfall sowohl einen Teil ihrer Luftflotte, als auch ihrer Frankfurter Frachtkapazitäten (1980

750.000 t bei einem Bedarf von etwa 330.000 t) für militärische Transporte zur Verfügung stellen muß. Andererseits ist für sie als Airline Bau oder Nichtbau der Startbahn aufgrund ihrer Mobilität viel weniger existenziell als für die standortgebundene FAG. Eindeutig sind die Interessen der letzten im Bunde, wenn sie auch mit der Startbahn an sich recht wenig zu tun hat: die Bauindustrie. An nahezu jeder Schweinerei beteiligt (AKWs, Munitionsdepots, Wohn-Knäste usw.), ist sie gleichzeitig in der Regel das schwächste Glied in der Kette, weil überall präsent und nur bedingt (am Bau, aber nicht am Projekt selbst) interessiert. Damit auch überall Angriffspunkt, ob im Baskenland (AKW Lemoniz, das mittlerweile keine Baufirma mehr fertig bauen will), in Brokdorf oder auf der Startbahn.

Auf der Seite der politisch für den Bau Verantwortlichen, der hessischen Landesregierung, bis Herbst 82 bestehend aus SPD/FDP-Koalition, gab es zwar nicht in Bezug auf den Bau, dafür umso mehr aber in Bezug auf die Vorgehensweise tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten (das gleiche gilt für das Atomprogramm). Diese resultierten aus der traditionellen Integrationsrolle (gerade) der (südhessischen) SPD. So stimmten auf dem Parteitag im November 1980 in Gießen-Allensdorf noch ca. 80 % der südhessischen Delegierten gegen die Startbahn. Ein Abfallprodukt dieses Parteitages wie

der Auseinandersetzungen in den unteren Gliederungen der Partei war z.B. das Kasperle-Hearing im hessischen Landtag vom Februar 81. Umso eindeutiger und bestimmter dagegen das Vorgehen der FDP, personalisiert und kristallisiert in ihrer politischen Leitfigur Karry.

Wenn wir zuvor die Startbahn als ein aufgrund der immer weitergehenden Vereinnahmung des Flughafens durch die NATO für die FAG existenziell wichtiges Projekt bestimmt haben, wird klar, daß es für diese im Prinzip nicht aufgebbar ist. Hinzu kommt, daß hier der bei dem Atomprogramm evtl. noch vorhandene Spielraum in der Standortfrage von vorneherein wegfällt.

Was heißt nun im Prinzip nicht aufgebbar? Für uns heißt das nicht, daß ein Projekt überhaupt nicht zu verhindern ist, sondern nur unter bestimmten Bedingungen. Daß es in der Bewegung entweder gelingt, über einen langen (!) Zeitraum die Region unregierbar zu machen, damit die Herrschenden vor die Alternative stellt, das Projekt entweder fallen zu lassen oder eine qualitativ neue Stufe von Unterdrückung und somit politischer Herrschaftsform zu beschreiten. Oder das ist zwar kein Gegensatz, aber auch nicht unbedingt dasselbe die Bewegung bzw. Teile von ihr entfalten ein qualitatives und quantitatives Ausmaß an Militanz und Angriffen auf die Betreiber, daß das Projekt nicht durchziehbar ist. (Bsp.: ETA/Lemoniz).

## **Hopp, Hopp, Hopp, Startbahn Stopp!**

Die Startbahn 18 West ist nicht verhindert worden. Heute, über eineinhalb Jahre nach der Rodung des gesamten für die Startbahn benötigten Geländes, ist ihr Bau mit der Betonierung der Pisten und der Fertigstellung des Tunnels an der Okrifteler Straße zwar zunächst eine Tatsache. Fakt ist aber auch, daß die Bewegung gegen die Startbahn trotz der allmählichen Vollendung des umkämpften Projekts nicht totzukriegen ist. Ein harter Kern von einigen Tausend tummelt sich noch immer an Sonntagnachmittagen (und nicht nur dann) rund ums Baugelände und sorgt nun bereits über eineinhalb Jahre dafür, daß Bullen und FAG-Werkschützer nicht zur Ruhe kommen.

Dieser positive Aspekt kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bewegung nicht nur zahlenmäßig sehr geschrumpft ist. Die Startbahnbewegung war (und ist) in ihrer vielschichtigen Zusammensetzung eine äußerst breite, viele verschiedene Bevölkerungsgruppen umfassende Bewegung. Gleichzeitig war dadurch ihre politische Bestimmung außer der Feindschaft dem Projekt gegenüber aber undefiniert. Ins Leben gerufen von Teilen des ansässigen Besitzbürgertums, das einerseits um die Lebensqualität in der Region, andererseits um den Wert des eigenen Haus- und Grundeigentums fürchtete, wurde sie Sammelbecken der unterschiedlichsten Motivationen und Gruppen:

Naturschutz, Erhaltung des Waldes und damit eines wichtigen Naherholungsgebietes  
Wahnsinn von Großprojekten und der damit verbundenen ökologischen Zerstörungen ganz allgemein also als ökologisches Bewußtsein, das über die eigene, unmittelbare Lebenssituation hinausgeht (Hintergrund v.a. AKW-Bewegung)

mit zunehmender Konkretisierung des Projekts und sich abzeichnendem Durchsetzungswillen der Landesregierung gegen den Protest der betroffenen Bevölkerung, Infragestellung der Entscheidungsstrukturen sowie der dazugehörigen politischen (militärischen) und ökonomischen Kriterien

antiimperialistische Momente auf dem NATO-Hintergrund der Startbahn (KP-Tradition in Mörfelden) vor allem überregional durch das Volksbegehren: Die Entdeckung des verfassungsrechtlich verankerten demokratischen (Mitsprache-)Rechts des Volkes verbunden mit dem Wunsch, es anzuwenden bzw. durchzusetzen (siehe auch die in der Folge entstandenen Initiativen zur Durchsetzung von Volksbegehren in Bayern und NRW)

politische Gruppierungen aller Schattierungen: von den Jusos, den Spontis, den Autonomen der verschiedenen Städte, die zum Teil ideologisch mit den Anti-US-Imps verwandt sind, bis hin zu den

## Grünen

unzufriedene, revoltierende Jugendliche, für die die Startbahn Symbol einer feindlichen, kaputtmachenden Umwelt und Gesellschaft war und ist, der Widerstand gegen die Startbahn damit Ausdruck einer wenn auch diffus umfassenden Ablehnung der bestehenden Verhältnisse.

Diese Pluralität ist ebenso charakteristisch für die Bewegung, wie das sich im Verlauf des Konflikts entwickelnde umfassende Spektrum von Kampfformen. Daß es weitgehend bei einem sich akzeptierenden Nebeneinander geblieben ist, ist das politische Manko. Es ist nicht gelungen und auch kaum versucht wurden von der Duldung der Vielfalt zu einer politischen Auseinandersetzung und Verbindung der verschiedenen Teile und Strömungen zu kommen.

Es stellt sich heute die Frage, was angesichts der selten breiten Mobilisierung und Einbindung in den Konflikt an politischem Bewußtsein und Verhalten bei den Betroffenen übriggeblieben bzw. entwickelt worden ist. Ein großer Teil der Bewegung hat sich nachdem er nach dem November 81 schon halb den Rückzug angetreten hatte mit der Ablehnung des Volksbegehrens im Januar 82 endgültig resignativ zurückgezogen. Mit dem faktischen Bauvollzug im Laufe des Jahres 82 bröckelten weiter Leute ab; auch die Linken wandten sich mehr und mehr anderen Themen zu. Bei den übriggebliebenen, nach wie vor Mobilisierten, relativierte sich die Gewalt-Freiheits-Frage weiter jedenfalls ideell. Ein nicht unbeachtlicher Teil ging zu organisierten, militanten Angriffen auf Betreiber, Mauer, Gerätschaft und Kontrollorganen über, was öffentlich kaum durchkommt wegen einer vor etlichen Monaten von den Bullen verhängten Nachrichtensperre.

Dieser Radikalisierung, die in dieser Form sicher nur für bestimmte Gruppen in Frage kommt, stehen auf der traditionellen politischen, für die Bevölkerung aber immer noch bedeutsamen Ebene, negativ die regionalen Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen im September 1982 und im März 1983 gegenüber. Sept. 82 März 83

Startbahnwahlkreis Groß-Gerau:

SPD 39,6 % 41,8 %

CDU 39,1 % 42,5 %

Grüne 18,2 % 8,0 %

FDP 2,0 % 7,0 %

Mörfelden-Walldorf

SPD 27,8 % 38,7 %

CDU 34,4 % 36,4 %

Grüne 33,4 % 16,? %

FDP 2,1 % 7,6 %

DKP 2,3 %

Die Rechnung der Grünen, die darauf setzten, daß sich das Protestpotential der Startbahnbewegung mit ein bißchen Engagement (so z.B. einige üble Schein- und Propagandablockaden im Wahlkampf beim dafür günstig gelegenen Beginn der Betonierung) in viele Wählerstimmen ummünzen ließe, ist nicht aufgegangen. Eine Erfahrung, die schon die KPF machen mußte, als sie nach der Revolte im Mai 687 durch von ihr ausgehandelte hochprozentige Lohnerhöhungen glaubte, bei den von ihr betriebenen Neuwahlen massiv Wähleranteile kassieren zu können und dabei eine ordentliche Pleite erlebte. Es ist vielmehr anzunehmen, daß gerade die immer noch mehr oder weniger Aktiven trotz z.T. bestehender Differenzen ihr Kreuz bei den Grünen gemacht haben.

Daß viele, viel zu viele, in der einen oder anderen Form wieder zur Resignation des Alltags zurückgekehrt sind, hätte in dem Maß sicher nicht stattgefunden, wenn in den entscheidenden Phasen die Bewegung in der Lage gewesen wäre, entschlossener und offensiver vorzugehen, ihre Größe und

Breite in politische Stärke umzuwandeln und damit wenigstens anzudeuten, daß Schritte in Richtung Veränderung durchaus eine reale Perspektive haben.

Um hier substanziellen sozialrevolutionären Widerstand zu organisieren, ist es eine Voraussetzung, die bestehenden Ansätze dahingehend zu entwickeln und zu intensivieren. Das Kippen eines Großprojektes wie die Startbahn könnte eine wichtige Etappe in die Richtung sein, den Herrschenden mehr als etwas Nerven aufreiben zu bescheren und das Machtgefüge gründlich durcheinanderzubringen. Es genügt nicht, das festzustellen. Es genügt auch nicht, z.B. Keine Startbahn West zu fordern, ohne zu überlegen, ob und wie sich dieses Ziel erreichen läßt. Wir wollen uns wenigstens im Nachhinein fragen, wie es möglich gewesen wäre und woran es gescheitert ist.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Die Bewegung gegen die Startbahn West August 1983

Die nun folgende Chronologie der Ereignisse vom Oktober und November 1981 hielten wir für notwendig, um einen zusammenhängenden Überblick über die Hochphase der Bewegung zu geben. Einerseits liegt das alles schon länger zurück, andererseits ist das Wissen um den konkreten Ablauf Bedingung für eine Analyse und Diskussion. Den Oktober haben wir grob skizziert, die erste Novemberhälfte detailliert dargestellt.

5.10.

Nach Auslösung der Alarmkette wird das bereits im November 80 gerodete und für die Untertunnelung der Okrifteler Straße (über die die Startbahn hinwegführt) benötigte 7-Hektar-Gelände von mehreren tausend Leuten besetzt.

6.10.

Der am späten Vormittag aufmarschierte Bullenapparat, der sich noch an die Spielregeln (Pflasterstrand) des gewaltfreien Widerstands hält, zieht sich nach mehrstündigen, ergebnislosen Räumungsversuchen unverrichteter Dinge wieder zurück.

7.10.

Als sich im Lauf der Nacht bis zum Mittag die Reihen der Platzbesetzer auf max. 1.000 gelichtet haben, gelingt den Bullen immer noch relativ soft die Räumung. Gegen Abend, als immer mehr Menschen sich an den Absperrungen im Wald versammeln, gibt es die ersten massiven Knüppelinsätze.

11.10.

Der blutige Sonntag

Nach einer Demonstration von über 10.000 zum Mitte der Woche geräumten Gelände mit anschließendem Gottesdienst und Anbuddeln der inzwischen aufgestellten Mauer, bekommen die BGS-Einheiten Knüppel frei. Unterschiedslos wird auf alles geschlagen, was sich bewegt, ob jung oder alt, Mann, Frau oder Kind.

12. 31.10.

Mit immensen Arbeitseinsätzen wird das Hüttendorf befestigt und die Zufahrtswege verbarrikadiert. In der letzten Woche beginnt die FAG mit der Untertunnelung. Auf dem Flughafengelände werden große Bullenverbände zusammengezogen.

1.11.

Auf den Beginn der Untertunnelungsarbeiten und die für einen der nächsten zwei Tage erwartete Hüttendorfräumung reagiert die Bewegung mit den ersten massiven Angriffen auf die Mauer um das 7 ha-Gelände.

2.11.

Gegen 9 Uhr zur gleichen Zeit findet in Wiesbaden eine seit langem anberaumte Pressekonferenz der BI zum Volksbegehren statt überrennen die SEKS aus den verschiedenen Bundesländern das

schlafende Hüttendorf; die Rodung von Baulos 1 beginnt. Trotz aller Hinweise hatte der dafür zuständige KO (Koordinationsausschuß; Spahn, Treber, Martin u.a.) keinen Alarm ausgelöst

die in den vergangenen Wochen errichteten Befestigungen und Barrikaden waren damit für die Katz. Hinter den eingenommenen Wällen verschanzen sich nun die Bullen. Von hier aus starten die SEKs den ganzen Tag über ihre Knüppelorgien gegen die in den Wald strömenden Menschen.

2.5.11.

An diesem und in den folgenden Tagen erlebt die Region eine noch nie dagewesene Mobilisierung, deren Zentren der Wald und die Frankfurter City sind. Hinzu kommen Solidaritätsdemos und -aktionen in der ganzen BRD, ja selbst in Rom.

in Darmstadt demonstrieren bspw. täglich bis zu 5.000 pro Demo, in Frankfurt bis zu 10.000

in den Wald strömen über den ganzen Tag verteilt bis zu 18.000 Menschen

Schulstreiks und Bahnhofsblockaden in Frankfurt, Rüsselsheim, Groß-Gerau und Darmstadt

2./3.11.

In dieser Nacht läßt eine RZ eine Funkfeueereinrichtung des Flughafens in Flammen aufgehen (Schaden ca. 400.000 DM); in Frankfurt werden 156 Banken entglast und ein Bagger angesteckt; in Darmstadt fliegt ein Molli auf's Kennedy-Haus.

3.11.

In Mörfelden demonstrieren abends 8.500 Leute. In der Frankfurter Rohrbachstraße wird gegen Mitternacht eine Demo von ca. 1.500 Leuten von süddeutschen SEKs (sog. Todesschwadronen) überfallen. Als die in Panik geratenen Leute in angrenzende Wohnungen und Häuser flüchten, dringen die Bullen auch dort ein. Kurz darauf brennt im Frankfurter Westend eine Filiale der Deutschen Bank vollständig aus.

4.11.

Ruhe gab es auch am Mittwoch (erst recht) nicht. Schon mittags zogen fast 3.000 Leute von der Uni vor den Frankfurter Römer.8 Aus Sachsenhausen kamen ein paar hundert streikender Schüler dazu. Die Ereignisse der letzten Nacht wurden besprochen, eine kurze Kaffeepause eingelegt, um am Nachmittag dann durch die Innenstadt zum Hessischen Rundfunk zu ziehen. Über 10.000 Demonstranten wollten dort eine Live-Diskussion zwischen Startbahngegnern und der Politikerriege Börner9, Gries10, Dregger11 erreichen. Ein paar hundert von ihnen ignorierten die locker verschlossenen Glastüren und hielten das Hauptgebäude des HR für eine halbe Stunde besetzt (Taz vom 6.11.81)

5.11.

Die BI kündigt für Samstag die Besetzung von Baulos 1 an.

6.11.



**Um 4 Uhr früh beginnen die Bullen das am 3.11.begonnene 2. Hüttendorf zu räumen. Noch während die Räumung im Gange ist, detoniert wegen der Rodung des Waldes durch österreichische Holzfäller vor dem österreichischen Generalkonsulat in Frankfurt eine Bombe (RZ); im Westend brennt die Filiale der Stadtparkasse aus. Vormittags demonstrieren einige tausend Schüler (FR) sowohl in Rüsselsheim als auch in Frankfurt. Nachmittags und abends in Frankfurt 15.000 (mit anschließendem ersten Open-Air-Konzert auf der Hauptwache), 3.000 in Offenbach, mehrere Hundert in Heusenstamm, Neu-Isenburg, Langen und Bad Nauheim. In Friedberg wird das Büro des SPD-Unterbezirks Wetterau besetzt, in Kassel besetzen 300 Leute das Redaktionsgebäude der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen. Die Gewerkschaft der Polizei verteilt ein Flugblatt unter dem Titel Wir haben die Schnauze voll und kündigt eine eigene Demonstration für den Dezember an. Der südhessische SPD-Vorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende Görlach schlägt eine Dialogpause spätestens für den Zeitpunkt vor, zu dem der Antrag für das Volksbegehren vor dem hessischen Staatsgerichtshof verhandelt werde. Begründung Damit die gewalttätigen Auseinandersetzungen wieder in friedliche Bahnen gelenkt werden.**

**Zwischen den KO-Mitgliedern Spahn und Martin und dem Polizeidirektor Vogel und dessen Stellvertreter Wetzl findet abends eine mysteriöse Unterredung unter acht Augen bzgl. der bevorstehenden Platzbesetzung statt. Als Taxi benutzen Spahn und Martin einen Streifenwagen. Zitat aus einem Papier Martins vom 11.11.**

**Wir haben in diesem Gespräch Vogel und Wetzl von unserer Aktion unterrichtet ...**

7.11.81 Der Nacktensamstag

Trotz geringer Mobilisierung (-szeit) ziehen 3040.000 in den Wald, von denen der Großteil für eine Konfrontation mit den ca. 4.000 Bullen auf Baulos 1 gerüstet ist. (Zeitgleich laufen in mehreren westdeutschen Städten Solidaritätsdemos, so z.B. 4.000 in Stuttgart, wo der Hauptbahnhof lahmgelegt und der Busbahnhof des Flughafens besetzt wird, in Freiburg sind es ebenfalls 3.000 bis 4.000, in Michelstadt/ Odenwald wird das FDP-Büro besetzt.)

Gemäß einem (angeblichen) Beschluß des erweiterten KO vom Vorabend überqueren 5060 nackte BI'ler als Spitze eines Keils, den die Massen bilden sollen, ungehindert auf Teppichen den Natodraht. Hinter den Nackten schließen sich sofort die Ketten von Bullen und BI-Ordern, die einen jenseits, die anderen diesseits der Absperrung. Der größte Teil der Nackten in von diesem Verlauf ebenso überrascht wie die Menschen auf der anderen Seite des Zauns. Die unruhige Menge wird in Schach gehalten, indem der Nackte Jürgen Martin sich und seine Leidensgenossen über Bullenlautsprecher (!) zu Geiseln erklärt, deren Leib und Leben in Gefahr sei, wenn die Menge keine Ruhe halte (O-Ton). Die diesseits des Natodrahts postierten Ordner erklären jede/n zum Provokateur, der/die an diesem rumhantieren. Präsentiert wird dann die Forderung nach einem Gespräch mit Innenminister Gries, die auch alsbald erfüllt wird, da Gries offensichtlich in räumlicher Nähe bereits auf diese Forderung wartet.

Derweil wird an den Flanken von Baulos 1 der Mauerbau ungehindert vorangetrieben. Als es bereits dunkelt, werden die Verhandlungsergebnisse der 5-köpfigen Nackten-Delegation mit dem Minister bekanntgegeben, als großer politischer Sieg verkauft und die Scheiße brüllenden, seit Stunden ausharrenden Leute aufgefordert, nach Hause zu gehen. Eine Wasserwerfer-Besatzung bringt die Situation auf den Begriff, indem sie über Lautsprecher die Bundesliga-Ergebnisse verkündet. Niedergeschlagen bis wütend ziehen die Zehntausenden aus dem Wald, der kurz darauf leergefegt wie selten zuvor ist. Auf der Nachhausefahrt wird das Frankfurter Kreuz durch an die 100 quergestellte Pkw's blockiert. Auch die Strecke Frankfurt-Darmstadt wird durch mit Warnblinkern fahrende Wagen, die zeitweilig stehen bleiben, total verstopft. Ähnliches ereignet sich auf den Autobahnen Richtung Würzburg und Köln.

Am frühen Abend fliegt in den Vorgarten eines leitenden FAZ-Redakteurs in der Frankfurter Nordweststadt ein Molli.

8.11.

Mehrere hundert Leute statten in Bickenbach den dort wohnenden Ministern Hoffie und Schneider einen Besuch ab. Der SPD-Unterbezirks-Parteitag in Wiesbaden fordert die Einstellung aller Bauarbeiten bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs. Der Vorsitzende dieses Unterbezirks und Pro-Startbahn-Landtagsabgeordnete Frank Breucker wird wie folgt zitiert

Die Startbahn ist politisch nicht mehr durchsetzbar und so wie es jetzt aussieht, stehen wir das nicht durch (FR vom 9.11.81)

9.11.

Der DGB-Landesvorstand (dessen Vorsitzender Richert in Personalunion auch das Amt des Landesvorsitzenden der SPD auf sich vereinigt) schlägt eine Atempause vor. Bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs sollen alle Bauarbeiten und Demos eingestellt werden.

In den Städten der Region flaut die Bewegung in dieser Woche rapide ab. So sind auf der täglichen Frankfurter 17-Uhr-Demo nur noch etwa 1.500 Leute im Gegensatz zu den 15.000 vom Freitag.  
10.11.

Die Sonderkommission Karry veranstaltet eine bundesweite Razzia mit Schwerpunkt Frankfurt. Offensichtliches Ziel

in die aufgebrochenen Kontroversen um den Samstag mit einer Aktion gegen die Militanten in den Städten einzugreifen, um diese einzuschüchtern und von den aufgebracht und radikalisierten Bürgern der Region zu isolieren.

Willy Brandt und Volker Hauff<sup>12</sup> reisen nach Wiesbaden, um die ins Wanken geratene SPD-Landtagsfraktion wieder auf Linie zu bringen. Zeitgleich findet eine Kabinettsitzung statt, auf der ein Moratorium abgelehnt wird. 11.11.81

Abends findet die erste VV (ca. 800 Teilnehmer) seit Samstag statt. Der KO kommt mit seiner öffentlichen Selbstkritik und dem Verweis auf die Gefahr einer Spaltung der Kritik der Bewegung zum Teil zuvor. Weitgehender Konsens ist, daß die Pleite vom Samstag so nicht stehen bleiben kann. Deshalb beschließt die VV, der Landesregierung für Sonntag, 12.30 Uhr, ein Ultimatum für einen Baustopp zu setzen, andernfalls werde der Platz besetzt.

12.11.81

Die abends tagende Delegiertenversammlung schmeißt den VV-Beschluß dergestalt um, daß bei Beibehaltung des Ultimatus die angedrohte Platzbesetzung durch eine Blockade des Terminals ersetzt wird.

14.11.81

In Wiesbaden findet die seit Monaten terminierte Abgabe der Unterschriftenlisten für das Volksbegehren im Rahmen einer Massendemonstration statt, an der zwischen 120.000 und 150.000 Menschen teilnehmen. Diese Demonstration spiegelt das gesamte Protestpotential der Startbahn-Bewegung wieder (Kirche, Gewerkschaften, Naturschutzverbände, Parteijugend etc.)

Auf der Abschlußkundgebung verkündet Alexander Schubart<sup>13</sup> das Ultimatum in Gestalt des Delegiertenversammlung-Beschlusses vom 12.11. (Flughafenblockade); dafür bekommt er im Januar 83 vom hessischen Staatsschutzsenat 2 Jahre auf Bewährung wegen Nötigung eines Verfassungsorgans. Für den VV-Beschluß (Platzbesetzung) mobilisiert dagegen niemand! In Berlin (3.000) und Bremen (600) laufen Solidaritätsdemos.

15.1.82

Nach Ablauf des Ultimatums sind zwischen 15.000 und 20.000 draußen, der Großteil am Flughafen. Da der Flughafen von Bullen und FAG-Werkschutz abgeriegelt ist, verlagern sich die Auseinandersetzungen immer mehr auf die angrenzende Autobahn, die damit ebenfalls im Umkreis von 50 Kilometern dicht ist. Zeitgleich läuft einige Kilometer entfernt, der Sturm von ca. 35.000, darunter viele Bürger gegen die inzwischen fertiggestellte Mauer von Baulos 1, die dabei zwar erheblich beschädigt, aber nicht überwunden wird.

Abends gibt's am Ortseingang von Walldorf Putz mit 2 Hundertschaften, als Walldorfer und Mörfeldener die zur Sperrung der Okriffler Straße verwendeten Container abräumen. 16./17.11.81

In Bezug auf die Auseinandersetzungen am Flughafen (demgegenüber werden die Auseinandersetzungen an der Mauer kaum erwähnt) überschlagen sich die Berichte und Kommentare in den Medien in ihrem Gezeifere. In diesen Chor reißen sich die BI-Sprecher ein und distanzieren sich im Nachhinein von dem Kuckucksei, das sie selbst gelegt haben

Leo Spahn distanziert sich von dem Ablauf der Flughafenblockade als Sache irgendwelcher Angereister, klammert aber die Aktionen an der Mauer ausdrücklich aus seiner Distanzierung aus; als Grund mutmaßt die FR wohl nicht zu Unrecht

An den gewaltsamen Auseinandersetzungen an der Mauer beteiligten sich erstmals auch zahlreiche ältere Bürger vor allem aus dem Raum Mörfelden-Walldorf (FR v. 16.11.81)

Gegenüber DPA erklärt A. Schubart

Vielleicht sei der Aufruf zur Flughafenblockade das falsche Mittel gewesen. Doch ohne den Aufruf wäre es zu noch größeren Auseinandersetzungen an der Mauer gekommen. So habe der Plan für einen Totaldurchbruch bestanden (zitiert nach Frankfurter Rundschau am Abend vom 16.11.81). Und

Mir ging es darum, den zu erwartenden ganz großen Ramba-Zamba zu kanalisieren. (Spiegel vom 23.11.81)

## **Wir gehen nicht unter in Niederlagen ...**

Die Bewegung, die sich zwischen dem 2.11. und 6.11. sowohl im Wald wie auf den Straßen und Plätzen der Region vor allem in Frankfurt in einer nahezu ununterbrochenen 24stündigen Mobilität artikulierte und präsentierte, war weitgehend spontan, unorganisiert und vielschichtig zusammengesetzt. Der Startbahnkonflikt hatte als Aufhänger lange unterdrückte und kanalisierte Gefühle und Energien freigesetzt, die so bunt und vielfältig waren wie die Bewegung. Das machte sie nicht nur unberechenbar und schwer kontrollierbar für die Bullen, sondern auch für jeden Führungsanspruch.

Während noch Gerichte tagen, die Kirche verhandelt und das Volksbegehren jetzt erst so richtig in Hochform läuft, hat ein plötzlicher und unerwartet harter Angriff der Staatsgewalt dieses Gefüge noch mehr durcheinandergebracht. Der Angriff hat eine massenhafte Mobilisierung bewirkt. Die Eigendynamik der Aktivitäten eilt den BIs weit voraus und ist zum kleinen Teil von ihnen initiiert geschweige denn unter ihrer Kontrolle. War für viele vorher nicht mal klar, was denn aktiv- und gewaltfrei- sein sollte, wächst urwüchsig und massenhaft die Bereitschaft, sich zu wehren-. Wehren aus Selbstschutz, sich die Kommandotruppen mit Stockwürfen vom Hals zu halten, Polizei- und Baufahrzeuge unschädlich zu machen. Es herrscht eine Stimmung, die das Demolieren von Banken und Reisebüros immer mehr zur Verlockung macht, weil die Demos sowieso verboten und brachial zusammengeschlagen werden. Polizeiwaffen und Elitesoldaten lassen keinerlei Chance zur Gegenwehr in Form einer Straßenschlacht zu. Das sehen jetzt auch die Alten, die Kommunalpolitiker,

die Pfarrer, befragte Gemeindearbeiter von Walldorf, ihr Bürgermeister vor einer Straßensperre und Hausfrauen. Eine Gruppe älterer Frauen aus Walldorf, die nach Diskussion mit einer Gruppe Jugendlicher Scheißebeutel abfüllen

Sie werfen nur, wenn die Kommandos ausbrechen. Wir können ihnen keine besseren Mittel geben, sie müssen sich schützen- und Sowas ist doch harmlos gegen diese Chaoten-, gemeint sind die Beamten der Polizei. Die Bevölkerung radikalisiert sich zunehmend. Da fällt oft das Wort von in die Luft sprengen-, einige Jungen fangen an und viele überlegen herausragende Punkte des Wahnsinns (Flughafeneinrichtungen und Baumaschinen) zu zerstören, abzufackeln, mit dem Gefühl, wir haben wenig Chancen, aber wir können auch nicht anders, um uns selbst zu behaupten. (Burg, Taz v. 6.11.81) In der Geschichte der Startbahn-Bewegung sehen wir die erste Novemberhälfte 81 als die Phase an, in der sich entschied, ob die Bewegung eine Stärke entwickelt, die eine Verhinderung der Startbahn in Aussicht stellt, in der Lage ist, zumindest punktuell die Machtfrage zu stellen und die Herrschenden zu einem Zugeständnis zu zwingen.

Um diese Stärke zu gewinnen, hätte die quantitative Ausdehnung dieser Tage in qualitative Stabilität und Kontinuität umschlagen müssen, um ihre Anziehungskraft und ihren Wirkungsgrad zu erhöhen. Das ist nicht geschehn. Im Gegenteil war die Bewegung nie wieder so attraktiv wie zu diesem Zeitpunkt.

Die für den 7.11. (kurzfristig) angesetzte Platzbesetzung macht die Zähmung der im Aufwind befindlichen und außer Rand und Band zu geraten drohenden Bewegung für die Erhaltung des Führungsanspruches der BI (bzw. ihres Führungskreises) selbst um den Preis der Demobilisierung notwendig.

Die Bewegung bot wegen ihres unorganisierten Charakters bei entsprechender Regie die idealen Voraussetzungen für die Wiedergewinnung der Kontrolle und politischen Hegemonie. Die Initiative über den Ablauf konnte nur gesichert werden, indem die Demonstration der nackten Gewaltlosigkeit als Spitze des nachfolgenden Sturms auf den Platz verkauft und als medienwirksames Spektakel zugleich inszeniert wurde; alles weitere war dann nur noch das Problem einer dramaturgischen Regie, in der BI und Bullen ihren gleichberechtigten Part hatten.

Das gleiche Spiel setzte sich in der darauffolgenden Woche fort, wenn auch mit stark reduzierter Massenmobilisierung und in variiert Form.

Der Führungsanspruch war zwar am 7.11. behauptet worden, gesichert war er, angesichts der heftigen Emotionen und Reaktionen auf die Niederlage aber keineswegs. Der Plenums-Beschluß vom 11.11. war ein eindeutiger und unter den gegebenen Bedingungen schlagartige Demobilisierung nach dem 7.11., Ausbleiben neuer dezentraler Aktionen und Aktionsformen politisch einzig richtiger Beschluß, die Manifestationsoffensive auf der sog. politischen Schiene (Volksbegehren) über die Massendemonstration in Wiesbaden am 14. mit einer Wiederbelebung und -aufnahme der praktischen Offensive am 15. zu verbinden.

Diese konnte nur auf dem Bauplatz erfolgen.

Zum einen, weil der Kampf nur dort wieder aufgenommen werden konnte, wo er zuvor sein vorläufiges Ende gefunden hatte; den 7.11. mit einem erneuten, aber zielstrebigen und kompromißlosen Platzbesetzungsversuch praktisch aufzuheben und soweit überhaupt möglich mit all seinen fatalen Folgen auszuradieren. Daß er damit in starkem Maße den von den AKW-Kämpfen her bekannten Charakter einer ersten Entscheidungsschlacht annehmen würde, war dabei unumgänglich. Zum anderen, weil aufgrund der fortschreitenden Rodungs- und Bauarbeiten die Konfrontation vorrangig dort angedroht werden mußte, wo der Kern des Konflikts lag (und zudem von der bürgerlichen Presse am wenigsten ausschaltbar war); und der lag nun mal im Wald und nicht am Terminal. (Um nicht zum wiederholten Mal diesbezüglich mißverstanden zu werden, wollen wir hier klarstellen, daß unser damaliger wie heutiger Verweis auf den Wald als Knackpunkt des Widerstandes nicht im geringsten meint, andere Widerstandsebenen und Angriffspunkte rausfallen zu lassen. Im Gegenteil:

Flughafenblockaden und noch mehr hätten im Idealfall jeden Tag stattfinden können und müssen. Wenn wir mehr gewesen wären, auch am 15., aber als Unterstützung und nicht Ersatz für eine Bauplatzbesetzung.)

Der Plenumsbeschluß, über die Teilnehmenden hinaus nicht öffentlich bekanntgegeben, wurde mißachtet jedenfalls nicht dafür mobilisiert. Auch nicht von den Linksradi-kalen, die zum Großteil auch dem von Schubart verkündeten Aufruf zum Flughafen folgten und so wenn auch unbewußt und ungewollt an der nun endgültigen Demobilisierung der autonomen Massenbewegung mitwirkten. Damit war genauso endgültig die Initiative an die Herrschenden abgegeben worden, die von nun an das Heft in der Hand behielten. Die Chance, die Startbahn wenn auch vorläufig und befristet politisch nicht durchsetzbar zu machen, war vertan.

## **... sondern in Kämpfen, die wir nicht kämpfen**

Dafür, daß der so mobilen und breiten Massenbewegung der ersten Novemberwoche nach dem Nacktensamstag der Atem stockte, sehen wir verschiedene Gründe als ausschlaggebend an

### **1. Konkret**

Der Ablauf des Samstag und dessen demoralisierende Wirkung. Wesentlich war dabei nicht, daß das eigentliche Ziel, die Platzbesetzung, nicht erreicht wurde, sondern was da und wie es ablief. Das Gefühl, total verarscht und verschaukelt worden zu sein, die Unfähigkeit und Hilflosigkeit, den Teufelskreis aus Verarschung auf der einen (eigenen) und Verhöhnung auf der anderen (Bullen) Seite zu sprengen, erlebt zu haben, war den Kids und den Alten, dem Militanten wie dem Bürger weitgehend gemeinsam. Das trifft ins Mark und lähmt, ist um ein Vielfaches schlimmer als es jede noch so harte und körperlich schmerzhafteste Niederlage bei einem realen Besetzungsversuch hätte sein können. Das ist der Unterschied zwischen militärischer und politischer Niederlage, der da zum Tragen gekommen ist. In den Tagen zuvor waren sowohl barbarische Prügel von den Bullen wie auch die schmerzliche, aber punktuelle Niederlage der Hüttendorfräumung, in deren Befestigungen und Verteidigungswällen immerhin wochenlange Arbeit und 'ne Menge Hoffnung steckte, ein- und weggepackt worden. Beides hatte nicht zu Resignation und Demobilisierung geführt, sondern das genaue Gegenteil zur Folge. Die für diesen Tag vorgesehene Platzbesetzung hatte nicht den Charakter einer Entscheidungsschlacht, mit der alles steht oder fällt. Es war aus der Entwicklung der vorherigen Tage klar, daß sie ansteht. Das Fatale war, daß aus den eigenen Reihen der Versuch, die gewonnene Stärke der Bewegung auf die Probe zu stellen, vereitelt wurde, ihr quasi von innen heraus die Spitze genommen wurde.

2. Die Quantität der Bewegung ist nicht in Qualität umgeschlagen. Ihre einzige Stärke war ihre Größe und Mobilität. Eine darüber hinausgehende Zielgerichtetheit fehlte ihr. In der Woche vor dem 7.11. sind keine massenhaft durchführbaren Aktionsformen gegen die politischen und vor allem ökonomischen Strukturen der Betreiber gefunden und erprobt worden, die den Druck auf die Herrschenden insgesamt noch verstärkt hätten. Aktionen, die der Bewegung über das Wir sind Zehntausende hinaus ein eigenständiges politisches Gewicht und Selbstbewußtsein hätte geben können und als Folge dessen eine Perspektive aufgezeigt hätten, an die nach dem Einbruch vom Wochenende hätte angeknüpft werden können.

Die unzähligen Demos und Umzüge, für die die tägliche Frankfurter 17-Uhr-Demo exemplarisch war, blieben real darauf beschränkt, allein durch ihre Summe wie darüber, daß irgendwo, gleich welche Uhrzeit, immer was lief, die Bullen permanent auf Trab zu halten und so langsam aber sicher physisch zu verschleifen (was im übrigen so manchen amoklaufenden Bullen erklärt).

Darüberhinausgehende Aktionen wie z.B. Blockaden von FAG-freundlichen Zeitungen, in der Stadt ansässigen Startbahn-Baufirmen, Besuch von Fluggesellschaften, FAG-Aufsichtsräten etc. oder auch das Einbeziehen des Betriebsgeländes von Großbetrieben in Demorouten fanden dagegen so gut wie

nicht statt.

An Vorschlägen in dieser Richtung hat es zwar nicht unbedingt gefehlt (FAZ-Blockade, Flughafenblockade, Hausbesuch bei Wallmann<sup>14</sup> usw.). Versuche, wie z.B. die Besetzung des Hessischen Rundfunk konnten jedoch vor allem von den zu diesen Anlässen in ausreichender Zahl anwesenden Alt-Spontis (u.a. ASTA) und immer mit Megaphonen ausgerüsteten KB'lern meist erfolgreich abgeben werden.

Im Gegensatz dazu hat es unseres Wissens nicht mal Versuche gegeben, zeitlich parallel zu den Demos oder unabhängig davon größere Gruppenaktionen gegen die Betreiber- und Kapitalstrukturen in der Stadt zu unternehmen. Damit meinen wir weniger irgendwelche hit and run-Geschichten, sondern Aktionen wie beispielsweise die Holzfällerblockade in Eppertshausen während Baulos 2 (dort hatten etwa 70 Leute morgens die österreichischen Holzfäller für ca. 4 Stunden am Verlassen ihrer Unterkünfte gehindert).

Wir denken, daß es wichtig gewesen wäre, wenn seitens organisierter und bewußter größerer Gruppen solche Aktionen vorbereitet gewesen wären, um die Ratlosigkeit in bestimmten Situationen durch Benennung und Umsetzung eines konkreten Ziels aufzuheben. Bei einem guten Timing und der Bekanntgabe auf den Demos wären das gute Gelegenheiten gewesen, Impulse zu geben und große Teile der Demo dorthin zu mobilisieren. Die Bereitschaft eines Gutteils unterstellt, hätten so die Abwiegeleien unterlaufen werden können. Die haben nämlich nur dann eine Chance, wenn die Alternativen voller wens und abers bzw. vielleicht stecken, nicht aber, wenn sie sich real anbieten. Notwendig und sinnvoll wären auch vielfältige Gruppenaktionen in verschiedener Form zur Blockade des Flughafens gewesen und zwar so oft wie möglich. Hier hätte die Bewegung Punkte auf ökonomischem Gebiet (Fluggesellschaften) gegen die FAG sammeln können.

Eine ganz anders gelagerte Kampfform wäre gewesen, den in den Großbetrieben der Region z.T. breit vorhandenen Protest gegen die Startbahn in Aktionen im Betrieb umzusetzen. Ein Beispiel, wo diese Voraussetzungen vorlagen und sich von hier hätten ausdehnen können, ist Opel/Rüsselsheim. Von den dort rund 35.000 Beschäftigten lebt ein gutes Drittel im direkten Umland des Flughafens. Während und nach der Räumung des Hüttendorfes gingen die spontanen Krankmeldungen und Urlaubsgesuche in die Tausende. Viele hatten, als sie von der Räumung erfuhren, Arbeit Arbeit sein lassen und sind raus in den Wald. Es wurde zwar von Streik geredet, initiativ wurde aber niemand abgesehen davon, daß massenhaftes Krankfeiern auch 'ne Art von, allerdings passivem, Streik sind. Außerdem hätte es nicht unbedingt ein vielleicht zu riskanter Streik(versuch) sein müssen, denn mit massiver bzw. gut geplanter Sabotage hätte der Laden auch stillgestanden.

Dies als Beispiel für einen Ansatz, den wir als sehr wesentlich erachten und an dem weitergedacht werden müßte. Einerseits, um in aktuellen Konflikten den ökonomischen und politischen Druck zu erhöhen, andererseits, um die Kampfplätze zu verlagern und politisch-inhaltlich zu erweitern. Den Konflikt in die Produktionsstätten tragen.

Auch wenn die oben genannten Punkte nur angerissen und unvollständig sind, zeigen sie doch wo(ran) es gehängt hat, daß die Quantität der Bewegung nicht in eine ihr angemessenen Qualität umgeschlagen ist.

Die gebrochene Geschichte der Linken in der Region und, damit zusammenhängend, nicht vorhandene Strukturen bilden die wesentliche Ursache für diese Mängel. In vielen Situationen wäre es gerade auf die Existenz einer verbindlichen (nicht straffen) Organisation der radikalen Linken angekommen, die bereit und in der Lage ist, zu intervenieren so am 7.11., danach und überhaupt in den beschriebenen Situationen. Alles darauf zu reduzieren und damit auf sich beruhen lassen, wäre einfach, aber falsch. Es gibt eine Menge ausgebliebener Antworten auf die allzeit vorhandenen Schwierigkeiten und Probleme der Startbahn-Bewegung, die vielleicht oft gedacht, aber kaum ernsthaft und zielstrebig diskutiert, geschweige denn versucht worden sind. 1. Ein Problem der Linken

ist, daß ihre Politik von größeren Teilen der Bevölkerung isoliert ist, aus ihrem Ghetto nicht rauskommt und zum Teil auch wenig dafür tut.

Im Startbahn-Konflikt war es die Bevölkerung, die durch ihren Protest die Linke erst mobil machte. Anstatt hier aber die politische Initiative zu ergreifen, versteckte mensch sich hinter dem angeblich nicht genug entwickelten Bewußtsein der sog. Bürger (Beispiel: Air-Base-Demo 4.12. die dann in der Frankfurter Innenstadt stattfand : von den Veranstaltern wurde vorher absolute Gewaltlosigkeit festgelegt. Begründung: Gewalt könnte die Bürger abschrecken, sich mit dem Aspekt Nato-Startbahn zu beschäftigen). Von Anfang an wurde allzu ängstlich auf die vielschichtige Zusammensetzung der Bewegung gestarrt, ganz bestimmte Bürger mit dem Bürger von dem erstere immerzu redeten verwechselt; ein Bürger, den es nie gab und auch heute nicht gibt. Orientiert wurde sich (deshalb?) zumeist an einem vorgegebenen Minimalkonsens, der zwar nicht verbal, dafür aber praktisch als statischer und nicht permanent offensiv in Frage zu stellender und veränderbarer angegangen wurde.

2. Der Begriff der Gewaltfreiheit ist nie politisch und offensiv diskutiert worden. Von den ideologischen Propagandisten der Gewaltfreiheit ist sie immer legalistisch begriffen und betrieben worden (was in der Friedensbewegung wieder deutlich wird). Das hätte frühzeitig Gegenstand von Auseinandersetzungen sein müssen unter den Parolen: Statt Minimalkonsens gegenseitige Tolerierung der real unterschiedlichen Aktionsformen; gegen Vereinnahmung und Dominanz der Bewegung durch die legalistische Tendenz.

Damit hätten diejenigen, die Gewaltfreiheit als praktische Kampfform begreifen, von denen, die den Begriff benutzten, um die Bewegung symbolisch, gesetzestreu und kontrollierbar zu halten, getrennt und dazu gebracht werden können, sich selbst aktiv einzubringen.

3. Die Frage der Spaltung wurde ausgenommen die Führungsriege, die damit keimende Kontroversen einzudämmen suchte nie thematisiert. Spaltung thematisieren heißt keineswegs, auf sie hinzuarbeiten. Es geht einfach um die Offenheit und Offensivität in der Diskussion.

So sind weder Worte und Taten der BI-Führung politisch angegriffen worden (und da hätte es eine Menge Punkte gegeben), noch sind Strategie und Praxis des Widerstands politisch offensiv angegangen worden und wenn darüber eine Spaltung als Klärungsprozeß risikiert worden wäre. Das hätte allerdings genaue und inhaltlich klare Diskussionen, sowie die Übernahme von Verantwortung erfordert. Statt dessen wurde Verantwortlichkeit von den Radikalen zu weiten Teilen genauso delegiert wie vom Bürger und lieber der vorgegebene Platz im vorgegebenen Rahmen eingenommen (Diese fehlende Verantwortlichkeit setzt sich bis heute fort in der Verdrängung einer Auseinandersetzung und Aufarbeitung der gemachten Erfahrungen.).

## Frankfurter K(r)ämpfe

Daß der Bewegung ein Katalysator fehlte, der in bestimmten Situationen die Initiative ergreift, Entwicklungen unterstützt, beschleunigt und zu ihrer Festigung beiträgt, haben wir zur Genüge beschrieben.

Den Linksradiكالen der Region ist es nicht gelungen, diese Funktion zu übernehmen. Sie haben es auch kaum versucht oder konnten es nicht (objektiv gesehen). Die politische Praxis zeichnete sich vor allem durch plakative Verbalradikalität aus, die Militanz theoretisch für sich beanspruchte. Die Einlösung dieses Anspruchs bereitete enorme Probleme, was sich im Verlauf der Auseinandersetzungen in einer höchstens ansatzweisen Umsetzung ausdrückte. Ersatzweise wurde die sich draußen unabhängig entwickelnde Militanz verbal für sich vereinnahmt.

Die seit November 81 traditionellen sonntäglichen Angriffe auf die Mauer neben den nächtlichen Mauerknackereien und Anschlägen auf Baufahrzeuge und Lichtmasten wurden von Beginn an fast ausschließlich von den Jugendlichen aus der Region getragen, unterstützt von den Alten, die diese durch ihre Anwesenheit sowie durch Feindaufklärung und Kurierdienste deckten.



Die Autonomen aus den Städten hinkten da immer ziemlich hinterher. Und nicht nur das, sie ließen die lokale Bewegung, die nur zu einem geringen Teil von den örtlichen BIs repräsentiert wurde auch auf sich allein gestellt.

Daraus, daß am 7.11. (sag bloß eine/r, wir hätten da 'nen Fimmel) eine Intervention gegen die inszenierte Niederlage nicht möglich war, kann mensch niemandem einen Vorwurf machen. Daß das, wie vorherige Linkereien der BI-Spitze und noch folgende, politisch nicht aufgearbeitet wurde und Gegenstand härterer Kontroversen war, schon. Wir halten jedenfalls nichts von taktischen Bündnissen bzw. Anbiedereien, bei denen andauernd beide Augen und Ohren zgedrückt werden müssen. (Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende).

Das Vorgehen auf der politisch-organisatorischen Ebene war geprägt von der Fixierung auf und die Anpassung an den offiziellen BI-Apparat. Die Linksradiكالen bildeten z.T. dessen Linke Fraktion. Hintergrund davon ist u.a. das dominierende politische Interesse, die eigenen Inhalte im wesentlichen unter dem Stichwort NATO-Startbahn zusammenzufassen zum Hauptbestandteil der offiziellen Anti-Startbahn-Propaganda machen zu wollen.

Auch im Verhältnis zur Bewegung beschränkte sich die Radikalität allzu oft auf den Versuch, antiimperialistische Inhalte zu vermitteln und zu verbreitern, als ob das Verhältnis von Bewußtsein und Kampf ein lineares und nicht ein dialektisches wäre. Ganz davon abgesehen, daß der propagierte Antiimperialismus ein verkürzter, weil inhaltlich reduziert auf die jungen Nationalstaaten und national-staatlichen Befreiungsbewegungen der 3.Welt und faktisch losgelöst von der Klassenfrage in den Metropolen war und ist (und damit im übrigen auch immer der Gefahr unterliegt, mit dem u.a. in der Friedensbewegung vorhandenen neuen Nationalismus konform zu gehen und zum puren Anti-Amerikanismus zu verkommen.).

Die linksradikale Scene in der Region kann nur auf eine sehr kurze Geschichte und Erfahrung zurückblicken. Nicht vorhandene Strukturen und das Politikverständnis, das wir eben versucht haben zu beschreiben und kritisieren, führen wir zu einem Großteil darauf zurück, weil die politische Sozialisierung von Menschen letztlich doch weitgehend von ihrem Umfeld und den daraus resultierenden Anstößen wie Beschränkungen abhängig ist.

Der nun folgende Versuch einer Analyse soll einerseits diese Tatsache begründen, aber vor allem auch ein Anstoß sein, mit diesem Manko anders umzugehen.

Nach der Auflösung des SDS15 hatten sich 69/70 in Frankfurt eine Menge Initiativen und Gruppen gebildet, die die Ausweitung ins soziale Terrain unternahmen (v.a. Lehlingsgruppen, Stadtteil- und Betriebsgruppen). Die über Untersuchungsarbeit und den daraus formulierten praktischen Schritten auch zum Hebel der Kämpfe Anfang der 70er wurden.

Die Orientierung lief über die italienischen (Arbeiter-)Kämpfe und die in diesen entwickelte Klassenanalyse: Die Bestimmung des Massenarbeiters als der Arbeitersektion, die aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke wie ihrer aus der objektiven Stellung im Produktionsprozeß folgenden antagonistischen Beziehung zur kapitalistischen Technologie (Fließband) tendenziell Motor des revolutionären Prozesses ist; weiterhin die Ausweitung und Übertragung der antagonistischen Massenarbeiterforderung nach Lohn als Einkommen (Mehr Lohn weniger Arbeit) auf die Stadt: Häuser besetzen die Miete nicht bezahlen; darüber Vereinheitlichung der Kämpfe in den Fabriken und in der Region.

Praktisch wurde dieser Ansatz in einer mehrjährigen Betriebsarbeit bei Opel Rüsselsheim (RK Revolutionärer Kampf) und dem Frankfurter Häuserkampf (70-74). Ausgangspunkt des sozial vielschichtig zusammengesetzten Häuserkampfes war die Umstrukturierung des Frankfurter Westends zur Niederlassung des Finanzkapitals (Banken und Versicherungen).

Durch Teilabriß bzw. Zerstörung von bewohnten Häusern und bewaffnete Schlägertrupps der Spekulanten sollten die Bewohner vertrieben werden. Parallel zu einer Reihe von Hausbesetzungen (seit 1970) liefen ab 1971 die Mietstreiks v.a. der italienischen und türkischen Emigranten (1973 mehr als 300 Familien).

Die angestrebte soziale Ausweitung blieb (aus Gründen, die einer genaueren Untersuchung bedürfen) gleichwohl beschränkt bzw. entwickelte sich sogar zurück. Ein wichtiger Punkt war sicherlich, daß sich die Tendenz der Selbstghettoisierung in den besetzten Häusern immer stärker durchsetzte. Das aber provozierte und ermöglichte auch das staatliche Roll-Back.

Auch der Betriebsinterventionismus war vorwiegend eine zeitlich befristete Perspektive und behielt die akademische Karriere in der Hinterhand.

Nachdem, zeitlich parallel zu den Fabrikkämpfen, spätestens Ende 73 der Häuserkampf seinen offensiven Charakter verloren hatte und sich immer mehr defensiv orientierte, bedeutete die monatelange Fixierung auf die Verteidigung des Blocks Bockenheimer/Schuhmannstraße (4 Häuser) und die dann doch im Februar 74 erfolgte Räumung zwangsläufig dessen Ende.

Die Unfähigkeit bzw. fehlende Bereitschaft zur politischen Aufarbeitung der Fehler und Niederlagen produzierte und verfestigte die zunehmende Perspektivlosigkeit. Daran vermochten auch die massiven Nulltarif-Kämpfe im Mai 1974 nichts zu ändern. Der Abräume der Roten Hilfe im Dezember 1974 folgte im gleichen Krisenwinter die weitgehende Selbstaflösung der RK-Betriebsgruppe im Rahmen der von Opel verfügten Entlassungen (und Einstellungsstops) über die Mitnahme hoher Abfindungen. Während ab 75 noch Reste der Scene im Zusammenhang mit spanischen und italienischen Emigranten versuchten, durch den Aufbau von Stadtteilzentren und Betriebsgruppen in zwei Frankfurter Arbeitervierteln politische Kontinuität zu sichern, begann bereits auf der anderen Seite der noch zaghafte Aufbau des alternativen Ghettos, der sog. Politik in erster Person (Zentralität des eigenen Bauches) und ihres Sprachrohres Pflasterstrand.

War der Molli-Angriff auf das spanische Konsulat<sup>16</sup> im Frühjahr 75 noch Ausdruck zwar brüchiger, aber noch relativ intakter Strukturen organisierter Massenmilitanz, konnte ein Jahr später im Mai 76 davon keine Rede mehr sein. Wut und Haß über den Stammheimer Mord (Ulrike Meinhof) brachte zwar 2.000 Leute und Unmassen Mollis auf Frankfurts Straßen, die gemeinsame politische Identität aber war inzwischen endgültig Reminiszenz und keine Realität mehr.

Die Verhaftung von Teilen des RKs wegen versuchten Mordes (auf der Meinhof-Demo wurde ein Bulle durch einen Molli schwer verletzt) war für den mittlerweile überwiegenden Teil der Scene der letzte Kick, den Rückzug ins Privat-Alternative geschlossen und politisch propagierend anzutreten. Gerade letzteres macht das Spezifische der Frankfurter Situation aus. Der alte Zusammenhang marschierte geschlossen in den Schoß des Staates zurück und hockt heute im Bundestag.

Das war aber nur die eine Seite der Medaille. Die zweite war, daß alle, die diesen Gleichschritt nicht mitvollzogen, von nun an ausgegrenzt wurden. Neben der Distanzierung von neuen militanten Zusammenhängen wurde eine Anti-Guerilla-Kampagne forciert, die im Frühjahr 1977 mit der Klein-Klein-Kampagne, der offenen Bespitzelung und Denunziationsdrohung von Teilen der Scene ihren traurigen Höhepunkt erreichte.

In diesem Kontext bewirkten die Ereignisse vom Herbst 77, dabei insbesondere die Entführung der Lufthansamaschine Landshut<sup>17</sup>, ein Ausmaß an politischer Desorientierung, das für die Frankfurter Linke personell und inhaltlich einen Bruch der sozialrevolutionären Kontinuität beinhaltete.

Ein Bruch, mit dessen Folgen und Auswirkungen die sich seit 79 zaghafte formierende autonome Scene im Grunde bis heute konfrontiert ist. Er ermöglichte einerseits eine qualitativ neue Dominanz der alternativen Nischen-Politik in der Stadt. Andererseits konnte jeder autonome Ansatz nur explizit gegen diese entwickelt werden. Er war zudem jederzeit praktisch in der Zange zwischen staatlicher Macht auf der einen und im Pflasterstrand betriebener Entsolidarisierung auf der anderen Seite (zahlreiche Hausbesetzungsversuche 79/80).

Der Bruch von 77, die völlig neue Zusammensetzung der Scene danach und die reformistische Counter-Politik der Alt-Spontis (Integration und Entsolidarisierung) bildeten den besonderen Hintergrund, auf dem die alten Fehler neu, schneller und schärfer wiederholt wurden: Statt Verbreiterung ins soziale Terrain das Rotieren im eigenen Saft, der Aufbau eines eigenen Ghettos (Indercity Nied). Das waren dann auch die z.T. selbstproduzierten Voraussetzungen für die staatliche

Einkreisung und Zerschlagung. Diese wurde markiert durch die Staatsschutzaktion gegen den Schwarzen Block18 am 28.7.81, die weniger die Scene an sich als vielmehr deren (präventive) Zerschlagung im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Zuspitzung des Konflikts um die Startbahn West zum Ziel hatte.

Eine andere Folge der Frankfurter Verhältnisse war, daß sich quasi als radikaler Gegenpol zu den Alternativen eine neo-stalinistische Variante von Anti-Imperialismus relativ breit entfalten und Einfluß nehmen konnte.

## Januskopf Volksbegehren

Das Volksbegehren schaffte eine breite Öffentlichkeit für den regionalen Konflikt Startbahn, landes-, wenn nicht bundesweit, bildete einen Legitimationsrahmen vor allem für die bürgerlichen Schichten und löste damit einen wichtigen Mobilisierungseffekt aus.

Als vorgebliche Möglichkeit, im Rahmen der Verfassung den Willen des Volkes durchzusetzen, hat es bei vielen Illusionen ausgelöst. Die Illusion und den Wunsch, quasi kampflos per Unterschrift und Stimmabgabe was dem Urnengang ja sehr verwandt ist gegen die Machtpolitik des Staates zu intervenieren. Daß in dieser Legalitätstreue und -abhängigkeit, die durchaus im Sinne der Erfinder war, deutliche Grenzen liegen, hat sich mit den Reaktionen auf die Ablehnung des Volksbegehrens gezeigt. Daß es schließlich so glatt, und ohne auf die Moratoriumsforderung einzugehen, abgebügelt werden konnte, lag daran, daß sich der Druck der Straße nicht weiter vergrößert und fortentwickelt hatte. (Die das VB unterstützenden Gruppen und Vereinigungen hatten sie von vornherein klargestellt. So hatte der Vorsitzende des hessischen BUND Sander nochmals am 14.11.1981 öffentlich erklärt, daß seine Organisation nach einem negativen Votum des Staatsgerichtshofes aus der Anti-Startbahn-Kampagne aussteigen werde FAZ vom 16.11.81)

Es ist nach wie vor wichtig festzuhalten, welche politischen Funktionen dem Volksbegehren andernfalls zugekommen wären. Die Äußerungen von führenden Mitgliedern der hessischen SPD und des DGB hatten die Tendenz bereits angedeutet: Befriedung der Region über ein Junktim: Baustopp Demostopp bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Nicht-Zulässigkeit des Volksbegehrens. Diese wäre dann wohl nicht ganz so billig, sondern mit ordentlichen Verhandlungen und dem ganzen sonstigen Brimborium über die Bühne gegangen. Ob die Bewegung sich dann damit tatsächlich hätte befrieden lassen, wäre natürlich eine andere Frage gewesen.

Die zwar nicht von der Bewegung aufgestellte, aber dennoch von ihr getragenen Forderung Moratorium während das Volksbegehren läuft, wäre zur selbstgestellten Falle geworden, indem die Frage des Widerstands/Protests von der Entscheidung eines Gerichts abhängig gemacht worden wäre. Das Gegeneinanderausspielen des sog. legalen und des Widerstandsbeins bei der Bewegung hatte sich mit der starken Fixierung der BI auf das Volksbegehren geradezu angeboten.

Die Landesregierung praktizierte das selbst auf symbolischer Ebene, was sich am Beispiel der Hüttendorfräumungen illustrieren läßt. (Die Räumung des 1. Hüttendorfes am 2.11. fand zeitgleich zu einer langfristig angesetzten Pressekonferenz der BI zum VB in der Landeshauptstadt Wiesbaden statt; der Räumung des 3. Hüttendorfs am 25.11. folgte die für den gleichen Morgen anberaumte Regierungserklärung von Börner, in der er die Verfassungswidrigkeit des VB verkündete. Die Räumungen des 2. und 4. Hüttendorfes am 6.11. bzw. 26.1. standen dagegen im Zusammenhang mit den jeweils unmittelbar bevorstehenden Bauplatzbesetzungsterminen.)

Unter diesem Aspekt wurde das Volksbegehren von keinem Teil der Bewegung problematisiert, von uns auch nicht. Die Entscheidungsstrukturen (politische Justiz), die über dieses auf dem Papier stehende Recht zu befinden haben, sind in der Kampagne nie in Frage gestellt worden. Es liegt in der Sache selbst begründet, wenn das von den Initiatoren und Trägern des Volksbegehrens nicht zu

erwarten war.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Die Bewegung gegen die Startbahn West August 1983

## Die BIs und die Neue Deutsche Welle

Die BI ist die offizielle politische Organisation und damit auch das Sprachrohr der Bewegung gewesen. Dies, obwohl große Teile weder politisch noch personell dort repräsentiert waren und sind. Auch die aktive lokale und regionale Bevölkerung nicht in dem Maße, wie das Wort Bürgerinitiative vermuten läßt.

Ihr Führungskreis behielt in entscheidenden Situationen die Federführung der Anti-Startbahn-Politik weitgehend in der Hand. Demgegenüber war die Bewegung trotz der Verselbständigung ihrer Aktivitäten nicht in der Lage, die politischen und praktischen Schritte selbst zu bestimmen, vor allem, weil es ihr an Organisierung und der dazugehörigen zumindest punktuellen Klarheit und Erfahrung mangelte. Wenn auch in BIs generell Angehörige nahezu aller Gesellschaftsschichten vertreten sind, werden sie auch die BIs gegen die Startbahn öffentlich von besser gebildeten Teilen der Mittelklasse dominiert.

Die verschiedenen Gruppen der Mittelschichten (mittlere Angestellte, Beamte, Selbständige und freiberuflich Tätige) sind in den letzten Jahrzehnten von der wachsenden Kapitalkonzentration sowie der realen Subsumtion weiter Lebensbereiche unter die Logik des Kapitals direkt getroffen worden. Dem alten Mittelstand wurde durch die industrielle Großproduktion von Gebrauchsgütern zunehmend die Existenzgrundlage entzogen, viele Selbständige wurden und werden lohnabhängig.

Verwaltungs- und Bürotätigkeiten sind permanenten Standardisierung und Rationalisierung unterworfen und durch diese Entqualifizierung mehr und mehr austauschbar. Die Angleichung des Angestelltenstatus an den des Arbeiters bringt steigende Entfremdung und gleichzeitig die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit mit sich.

Akademische Berufsstände (Lehrer, Pfarrer, Rechtsanwälte usw.) haben zusätzlich durch die Verbreitung von Bildung und akademischer Ausbildung an gesellschaftlicher Anerkennung eingebüßt. Diese Deklassierungsprozesse der Mittelschichten sind begleitet vom Verlust traditioneller Privilegien sowie dem Entzug von Identifizierungsmöglichkeiten, deren zwangsläufige Folge die Infragestellung des gesellschaftlichen Wertesystems ist.

Diesen wachsenden Identitätsverlusten wird durch die Suche nach neuen Betätigungsfeldern entgegenzuwirken versucht. In ihnen muß einerseits die entstandene Kritik an den gesellschaftlichen Spielregeln und Auswüchsen zum Ausdruck kommen (Von der Startbahn-BI im Frühjahr 82 formuliertes Selbstverständnis: über den Umweltschutz/Startbahn hinausgehend Kampf um Demokratie gegen Staats- und Behördenwillkür). Gleichzeitig wird hier die Möglichkeit erblickt, dem verlorengegangenen Selbstbild von der eigenen gesellschaftlichen Rolle wieder Inhalt und Wert zu verleihen.

Charakteristisch für den alten Mittelstand war eine ausgeprägt konservative Grundhaltung, die den sog. Fortschritt zu Recht als Angriff auf den eigenen Status wertete. Nachdem die Deklassierung in Form ökonomischer und technologischer Umwälzung weit fortgeschritten ist, ist die Grundeinstellung der neuen Mittelschichten notgedrungen kritischer Natur.

Diese Kritik ist aus der Klassenlage erklärbar nicht grundlegend. Sie stellt also nicht die Grundlagen und die Daseinsberechtigung des Systems überhaupt in Frage, sondern ist in ihren Prinzipien eher konservativ geblieben. Letztlich zielt sie auf die Restrukturierung gesellschaftlicher Verhältnisse ab, unter denen der Mittelklasse wieder Funktion und Einfluß zukommt. Technologiefreudlichkeit ist ein Element ihrer Politik, weil mit der technologischen Entwicklung der Zerfall des individuellen Status

vorprogrammiert ist. Dementsprechend sind ihr Terrain die oppositionellen alternativen Umweltschutzinitiativen, -parteien etc. (Zwei zusätzliche Aspekte für das Umweltschutzengagement der Mittelklasse

1. Die Konsumbedürfnisse der Mittelklasse sind (über)befriedigt. 2. Die technologischen Umwälzungen im Angestelltensektor, die damit verbundene Monotonisierung und Standardisierung der Arbeitsbedingungen haben die Belastungen in den psychischen Bereich verlagert. Der Reproduktionsbereich Natur wird damit wieder interessanter und wichtiger.) Daß die Antwort auf die überall in den Metropolen stattfindenden Deklassierungsprozesse speziell in den deutschen Mittelschichten in dieser Form und Breite ausfallen, dürfte zweierlei zum Hintergrund haben: Zum einen das niedrige Niveau der Klassenkämpfe in der BRD, das keine Anknüpfungspunkte bietet, die real erfahrene Deklassierung vom Klassenstandpunkt aus zu begreifen und anzugehen. Wesentlicher aber dürfte in diesem Zusammenhang die politische Liquidierung des Arbeiterreformismus in den 50er Jahren sein (KPD-Verbot). So existiert hier im Gegensatz v.a. zu Frankreich und Italien keine derartige politische und gewerkschaftliche Organisation, die Bezugspunkt und Sammelbecken der deklassierten Mittelschichten sein könnte. Im Gegenteil gibt es mittlerweile jede Menge ehemaliger K-Grüpper, die in der grünen Umweltschutz- und Friedensbewegung auch in der Startbahnbewegung eine neue Heimstatt gefunden haben, nachdem sich die Träume einer neuen Perspektive als Arbeiterführer als Luftschlösser erwiesen hatten. Daß die Kritik der Fabrikgesellschaft eigentlich nicht zu ihrem ideologischen Inventar gehört (AKWs und Fabriken in Arbeiterhand!) ist dafür kein Hinderungsgrund. Reden, Erklären und Belehren sind Fähigkeiten, die Angehörige der neuen Mittelschichten in der Regel erlernt haben. Gleichzeitig sind es Fähigkeiten, die in der Arbeit politischer Gruppen gefragt sind, nicht zuletzt, weil die meisten Leute nicht ohne weiteres darüber verfügen. Eine andere erlernte Fähigkeit ist die des Triebaufschubs. Das heißt, Denk- und Verhaltensweisen zu entwickeln, die den persönlichen Einsatz nicht an kurzfristig erreich- und sichtbaren Ergebnissen orientieren, sondern langfristig kalkuliert auf ein Ziel hinarbeiten. Damit sind jene geradezu prädestiniert, profilierte oder profilierende Positionen innerhalb von Gruppen, Initiativen, Bewegungen einzunehmen nicht nur wegen der ihnen eigenen Dynamik, sondern auch aufgrund der Ängste und Bequemlichkeit der anderen. Entsprechend den gesellschaftlichen Normen und Kriterien ist die Identitätsfindung gekoppelt an aus der Masse herausragenden Positionen und Funktionen. Es ist also keinesfalls damit getan, anonymes Mitglied einer x-beliebigen Bewegung zu werden. Dem beschriebenen Selbstverständnis folgend sind Bewegungen und BIs platt ausgedrückt mehr oder weniger Mittel zum persönlichen Zweck. Die Initiativen sind die Basis, auf der eine Profilierung erst möglich wird, die erstarkte Bewegung ist Verhandlungsmasse gegenüber den Herrschenden. Um als Verhandlungspartner und damit als Machtfaktor mit dem Druckmittel Masse in der Hinterhand anerkannt zu werden, muß der Beweis für die Ausübung der Kontrolle über die Bewegung angetreten werden. Denn nur wer sie in der Hand hat, ist in der Lage, sie am Überkochen zu hindern und später zu integrieren. (Ein Beispiel war das von Grünen und SPD betriebene Landtagshearing zum Startbahnkonflikt, das wie's ganz unverblümt hieß der Befriedung der Region dienen sollte. Das war im übrigen auch eine realpolitische Version der von den Grünen im Wahlkampf aufgestellten Forderung nach Zurücknahme der Startbahn, die sich mittlerweile Überdenken der Startbahn schreibt.) In diesem Sinne gehört die Propagierung des gewaltfreien Widerstands zum taktischen Handwerkszeug, das notwendig gewordene oder von der Bewegung geforderte praktische Schritte im symbolischen und (quasi-)legalen Bereich ansiedelt und eingrenzt. Dieser politische Hintergrund ist nahezu allen Bewegungspolitikern gemeinsam, wiewohl es Unterschiede in den individuellen Perspektiven der einzelnen Figuren gibt. Unterschiedliches

Engagement und Formen, Vorgehensweisen, (in bestimmten Situationen) voneinander abweichende Positionen und Äußerungen sind Ausdruck ihrer verschiedenen Ambitionen.

Und damit konkret zum Startbahnkonflikt. Da sind auf der einen Seite der sicher auch überregional bekannte Leo Spahn sowie der mehr intern agierende Jürgen Martin, auf der anderen Alexander Schubart und Dirk Treber.

Treber und Schubart gehörten beide zu den Hauptbetreibern des VB. Als Jurist und Radikaldemokrat hatte Schubart diese Möglichkeit ausgegraben und war dessen Initiator.

Wie sich im Nachhinein bewies, war das VB als langfristige Mobilisierungskampagne für die Landtagswahlen angelegt. Wäre das VB nicht vom Staatsgerichtshof abgelehnt worden, hätte die 2. Stufe, in der die Unterschriften von 20 % der Wahlberechtigten nötig sind, im unmittelbaren Vorfeld der Landtagwahlen stattgefunden. Selbst um nur einen Teil der erforderlichen 800.000 Unterschriften, die dann nicht mehr gesammelt, sondern binnen 2 Wochen individuell auf den kommunalen Ämtern geleistet werden müssen, zusammenzubekommen, wäre eine wahnsinnige Mobilisierung notwendig gewesen. Dies hätte anschließend in eine Stimmabgabe für eine Grüne, Bunte oder Alternative Liste münden sollen. Nachdem durch das Urteil des Staatsgerichtshofs ein dicker Strich durch diese Rechnung gemacht worden war, ging unverzüglich das Hick-Hack um die Form der aktiven Wahlbeteiligung los. Daß am Ende der Soziologe Treber, eine eher farblose Figur, Spitzenkandidat der Grünen wurde, hatte er sicherlich seinem Wohnsitz Mörfelden und der Parteimitgliedschaft, aber auch der Taktiererei Schubarts bezüglich der Gründung einer Alternativen Liste, in der alle oppositionellen Parteien und Organisationen eine Heimstatt finden sollten, zu verdanken. Die Weigerung der Grünen, sich an einer Alternativen/Bunten Liste zu beteiligen, macht ihren mittlerweile entwickelten Machtanspruch deutlich, ihren Alleinvertretungsanspruch, Bewegungen für sich zu vereinnahmen und damit jedenfalls versuchsweise auch zu integrieren und befrieden.

Daß es Schubart letztlich um mehr als die eigene Kandidatur auf einer von den Grünen bestimmten und angebotenen offenen Liste ging, hat vielerlei Gründe. Einerseits ist es natürlich eine Machtfrage. Andererseits spricht seine eigene politische Herkunft und Geschichte gegen eine Reduzierung auf Umweltschutz und Raketenstationierung. Er war langjähriges SPD-Mitglied und Juso-Vorsitzender und wurde seinerzeit dort rausgeschmissen, weil er bei den Landtagswahlen 78 für die GLH, die noch ein breiteres politisches Spektrum repräsentierte, kandidiert hatte. Zudem dürfte darüberhinaus ein solcher Schritt bei seinen Freunden vom KB, die mit ihm das VB betrieben, auf wenig Gegenliebe gestoßen sein.

Genauso vehement wie sich die beiden für's sog. parlamentarische Bein einsetzten, warfen sich die beiden anderen gegen eine Wahlaussage, die durch die Hintertür doch zustande kam (Wählt keine Startbahn-Parteien!), ins Zeug. Was im Dämmerlicht noch wie ein Eintreten für eine gestandene ausschließlich außerparlamentarische Widerstandsbewegung aussehen kann, entpuppt sich bei besserer Beleuchtung als Fehleinschätzung.

Spahn war früher Gewerkschafter und an der Akademie der Arbeit beschäftigt gewesen. Seither betreibt er eine Kneipe in Kelsterbach. Auffallend an seinem Verhalten war, daß er mit Distanzierungen von Militanz immer sehr schnell bei der Hand war. Im Gegensatz dazu aber in Situationen, in denen sich die Bürger radikalisierten mit denen er die Erfahrung gemacht hat, daß sie nicht doof sind (Spahn) es immer verstanden hat, öffentlich dafür Verständnis zu heucheln. Er sah sich selbst wohl als Sprecher der gemäßigten Teile der regionalen Bewegung, was auf dem Hintergrund kommunalpolitischer Ambitionen verständlich ist (es wurde das Gerücht gehandelt, er wolle Bürgermeister seiner Gemeinde werden). Heute hat er sich weitgehend zurückgezogen.

Anders als Jürgen Martin, Lehrer von Beruf und ein so eingefleischter Sozialdemokrat, daß er sich nicht nur nicht dazu durchringen konnte, die SPD zu verlassen, sondern das Verbleiben in der Partei auch als politische Position bezieht. Was eine selbstredende Erklärung für die Ablehnung einer Wahlteilnahme in Grün oder Alternativ ist. Als im März 83 die Wiederwahl des Bürgermeisters von Mörfelden-Walldorf Brehl (SPD) auf der Kippe stand, da er auf die Stimmen der Grünen-Bürger-Liste

angewiesen war, war Martin derjenige, der erfolgreich vermittelte. Die GBL hatte Brehl zuvor wegen dessen Zustimmung zur Kleinen Trasse die Unterstützung verweigert.

Martin war so gut wie bei jeder Schweinerei dabei und war und ist in den Gremien der BI stark engagiert. Er versteht sich darauf, in hektischer Aktivität Probleme zu benennen und aufzugreifen, was seine Reden und Schritte mit einem Hauch der Vertrauenswürdigkeit umgibt, um sie dann gnadenlos zu verdrehen und mit seinen reformistischen Inhalten zu verrühren.

Der Lohn der Partei für diesen selbstlosen Einsatz steht bislang noch aus.

Die Startbahn-Bewegung steht und fällt mit dem Protest und Widerstand der unmittelbar ansässigen Bevölkerung. (Grundsätzlich ist es eine Überlegung wert, inwieweit dies eine Voraussetzung für die Stabilität und Kontinuität des Kampfes gegen technologische Großprojekte ist).

Weil dies nur im Zusammenhang mit der Situation und den Bedingungen sowie dem Ausmaß an Betroffenheit zu verstehen ist, nun folgend ein Abriß über

## **regionale Voraussetzungen und Folgen.**

Die Mitte der 70er Jahre fusionierte Doppelstadt Mörfelden-Walldorf war und ist bis heute das Zentrum des Widerstands (von allen Anliegergemeinden ist M.-W. die am nächsten zur Startbahn liegende).

Die Struktur der Stadt ist geprägt von ihrer Lage im industriellen Ballungsraum Rhein-Main

zentral gelegen, aber dennoch im Grünen, ist sie in den letzten beiden Jahrzehnten Wohnstadt für die Stadtflüchtigen bzw. die, wegen der in der Rhein-Main-Region konzentrierten Unternehmen, hier Zugezogenen geworden. In beiden Orten zusammen hat sich die Einwohnerzahl zwischen 1960 und 1980 nahezu verdoppelt. In beiden Orten, insbesondere in Mörfelden, können die Einheimischen trotz des massiven Zuzugs und der damit verbundenen Veränderung der lokalen Strukturen auf gewachsene soziale Bindungen zurückgreifen, wegen der durch die Verwurzelung gegebenen Immobilität, eine wichtige Voraussetzung des lokalen Widerstands.

Mörfelden-Walldorf befindet sich im Einzugsgebiet der Metropolen Frankfurt, des Rhein-Main-Flughafens (20 % der hier lebenden Erwerbstätigen sind dort beschäftigt), der Opel-Werke Rüsselsheim, der Caltex-Raffinerie Raunheim (die in der Einflugschneise des Flughafens liegt und demnächst geschlossen wird) und bedingt auch der Farbwerke Hoechst. Dies soll nicht nur der Information halber gesagt sein, sondern auch im Zusammenhang mit der von FAG und Landesregierung benutzten Argumentation der Arbeitsplatzbeschaffung bzw. der Drohung mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen in Fall einer Verhinderung der Startbahn. Besonders die Verbindung zu den Opel-Werken und zum Flughafen selbst dürfte die Ablehnung dieser Argumente begründen. So haben einerseits die Arbeiter der Automobilindustrie ausgeprägte persönliche Erfahrungen mit der Rationalisierung von und an Arbeitsplätzen; andererseits die am Flughafen Beschäftigten genügend Einblick in den Arbeitsablauf im Flugbetrieb/Abfertigung etc., um sich davon wenig beeindruckt zu lassen.

Umso tiefgreifender sind die jahrzehntelangen Erfahrungen der Alteingesessenen mit den Begleiterscheinungen und Belastungen des Flughafens. Dabei steht, was die alltäglichen Lebensbedingungen angeht, der höllische Lärm mit der zu Beginn der 60er Jahre losgehenden Umrüstung der Zivilflugzeuge auf Strahltrieb an erster Stelle, denn er bestimmt jegliche Lebensäußerung.

Eine andere Begleiterscheinung ist der von den startenden und landenden Maschinen über Wald- und Wohngebieten abgegebene Kerosinregen.

Darüberhinaus ist der Flughafen permanenter Auslöser von Grundwasserverseuchungen. Um nur zwei



bekanntgewordene Fälle herauszugreifen: 1. Leck in den Kerosinleitungen am Flughafen, das erst sehr spät bemerkt wurde und aus dem mehrere Millionen Liter ins Erdreich versickerten. Spuren von Kerosin wurden daraufhin in Grundwasserbrunnen von Frankfurt gefunden. 2. Die Lufthansa verwendet (giftiges) Tri- und Tetrachloräthylen zum Reinigen ihrer Motorenteile. Das Gift wurde über die Kanalisation abgelassen und gelangte wiederum durch ein Leck ins Erdreich. Das Zeug ist allerdings nicht nur hochgiftig, sondern auch wasserunlöslich! Die natürliche Auswaschung dauert laut Gutachten 420 Jahre (FR vom 1.12.82). Lebensgefährliche Konzentrationen befinden sich demnach heute und auch weiterhin im Grundwasser.

Die Startbahn West ist nur eine Fortsetzung der seit dem 2. Weltkrieg permanenten Ausdehnung des Flughafens, die Stück für Stück die Lebensgrundlagen in der Umgebung angreift und allmählich zerstört. Seit 1945 sind im Rhein-Main-Gebiet 4.300 Hektar (= 8.600 Fußballfelder) Wald gerodet worden; 1.500 ha hat davon allein der Flughafen in Beschlag genommen und zwar ohne Startbahn, die nochmal 300 ha gefressen hat.

Die Startbahn West war somit für die Anwohner schon im Planungsstadium nicht nur abstrakt, sondern sinnlich vorstellbar. Die Erweiterungspläne der FAG, die vorläufig in der Startbahn enden, wurden nach ihrem Bekanntwerden 1961 von den Gemeindevertretern aller betroffenen Ortschaften abgelehnt. Diese waren sozusagen der Anfang der nun 20 Jahre währenden Kontroverse. Der Protest gegen diese Pläne wurde lange Zeit von honorigen Bürgern wie dem berühmt-berüchtigten Pfarrer Oeser getragen und betrieben. Er bewegte sich bekanntlich bis Ende der 70er auch ausschließlich auf juristischer und gemeindeparlamentarischer Petitionsebene. Die Ablehnung durch sämtliche lokalen Parteienverbände, Gemeinde- und Kreisparlamente, die Kirche und die Vereine bot einen Legitimationsansatz für nahezu jeden Bürger.

Weniger bekannt, aber dafür umso wichtiger für Entwicklung und Ausdauer des Widerstands, ist die im Roten Mörfelden überlieferte und bestehende Tradition von Widerstand.

Das Problem dabei ist, wie immer, wenn es um Widerstandsgeschichte geht daß es darüber kaum eine Geschichtsschreibung gibt. So existierten auch hier kaum authentische Überlieferungen, abgesehen von solchen Darstellungen, die vor allem den Nazi-Faschismus betreffend vom fragwürdigen KPD/DKP-Parteistandpunkt geprägt und zensiert sind. Wir wollen trotzdem ein paar Fakten zur Parteigeschichte angeben, weil sie zumindest Indiz für die lokalen politischen Verhältnisse und Kämpfe sind.

Seit Gründung der KPD im Jahr 1919 war Mörfelden eine Domäne dieser Partei. Ein Grund dafür, warum die Nazis bis 1933 hier keine öffentlichen Auftritte wagten. 1931 wählten die Einwohner Mörfeldens einen kommunistischen Bürgermeister, dessen Sozialpolitik (Umverteilung der Gemeindegelder auf die Armen) zu massivem Eingreifen der übergeordneten Behörden (Kreis- und Landesregierung) führte. Sie endete schließlich mit der Absetzung dieses Bürgermeisters, die nur unter massiver Bullenbesetzung des Ortes gegen den tatkräftigen Widerstand der Einwohner durchgesetzt werden konnte.

Mit dem Verbot von KPD und SPD 1933 waren auch die Mörfeldener verstärkt der Verfolgung durch die Nazis ausgesetzt. Über 100 landeten im KZ oder Zuchthaus.

Neben dem illegalen Weiterbestehen der KPD gab es auch im eher nazistischen Walldorf Ansätze zur Organisierung eines Massenselbstschutzes, einer antifaschistischen Vereinigung, die sich zum Schutz vor Angriffen der Nazis bildete. Es kam des öfteren zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit der SA19, teilweise auch zu Entwaffnungen.

Dieser Tradition gemäß war in den 50er Jahren die Bewegung gegen Remilitarisierung und Atomwaffen auch in Mörfelden präsent. Die heutige DKP verfügt dort über eine relativ große Anhängerschaft (sie hatte z.B. bei den Kommunalwahlen 1981 einen Stimmenanteil von 13,8 %).

## Die Folgen

des Startbahnbaus sind für die ohnehin arg gebeutelte Rhein-Main-Region vor allem in ökologischer Hinsicht verheerend. Der größte und letzte zusammenhängende Wald im Ballungsraum Rhein-Main (mit 500.000 Menschen im 15km-Radius) wird als unersetzbare Naherholungsmöglichkeit kaputtgemacht (einerseits durch die Zerschneidung, andererseits durch den Lärm). Vor allem für die unmittelbaren Anliegergemeinden wird die ohnehin vorhandene Lärmbelastigung erheblich zunehmen. Der BI-Spezialist Hajo Lebusser berechnete eine Zunahme von 30 % für den gesamten südlichen Flughafenraum, für Mörfelden-Walldorf eine Verdrei- bis Vervierfachung des Lärms (4 mal mehr Vorbeiflüge).

Eine geschlossene, großflächige Waldfläche beeinflusst die Bodenverhältnisse, den Wasserhaushalt, das regionale Klima und die Luftqualität. Sie ist Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Die Zerstörung dieses Waldgebietes wird eine Verschlechterung sowohl des regionalen Klimas als auch der Luftqualität, was vor allem für Frankfurt bedeutsam ist, nach sich ziehen. Durch den Bau der Startbahn sinkt der Grundwasserspiegel von ehemals 0,4 m auf geschätzt durchschnittlich 1,5 m. Ein für die Rhein-Main-Region wichtiges Grundwassersammelgebiet wird damit weitgehend verkleinert bzw. zerstört.

Das hat vor allem eine verstärkte Belastung der Trinkwassergewinnungsgebiete Vogelsberg (der schon Versteppungsanzeichen aufweist) und Ried (wo 1976 der Grundwasserspiegel auf 9 m abgesenkt wurde und dessen Sanierung etwa 200 Mio. DM kosten wird) zur Folge. Als zusätzliche Trinkwasserreservoirs sollen die Ernstbachtalsperre im Taunus und die Haferlohrtalsperre im Spessart in den Boden gestampft werden. Die bereits begonnene Kinzigtalsperre bei Steinau kann dagegen nicht mehr weitergebaut werden, weil die Bergflanke in die Kinzig rutscht und bleibt nun als Investitionsruine stehen.

Ganz davon abgesehen ist das Gebiet durch die Ausdehnung des Flughafens einer wachsenden Grundwasserverseuchung ausgesetzt.

Die Zerschneidung des Mönchbruchwalds entzieht zahllosen und seltenden Pflanzen- und Tierarten die Lebensgrundlage. Schlimm ist das nicht nur aus ästhetischen und naturschützerischen Gründen, sondern weil Pflanzen und Tiere als Bioindikatoren auch die Lebensbedingungen der Menschen anzeigen.

So wollen sie uns von den Massen abspalten. fett

Geht nicht, die sind wir selber.

So wollen sie uns zu Verbrechern stempeln.

Stimmt auch, dann brechen wir durch.

So wollen sie uns dem Gesindel gleichstellen.

Gesindel hält den Kopf unters Knie. Wir nie.

(Christian Geissler Wird Zeit, daß wir leben)20

Unseren praktischen und schriftlichen Beiträgen lagen grob umrissen folgende Zielsetzungen zugrunde

1. In Bezug auf das Projekt Startbahn leitete sich unsere Perspektive aus den bereits analysierten Sachverhalten ab

auf der einen Seite ein Projekt, das als im Prinzip nicht aufgebbar benannt wurde. Auf der anderen,

der Bewegungsseite, zwar ein für die Verhältnisse in diesem Land ungemein starkes örtliches Widerstandspotential wie ein starker reformistischer Block, aber kein autonomer Zusammenhang, der als Träger einer radikalen Massenlinie in Frage kam. Von daher lag für uns das perspektivische Schwergewicht zunächst auf der BEhinderung und nicht VERhinderung des Startbahnbaus. Dies jedoch unter dem langfristigen Aspekt, daß eine Behinderung bei einem gewissen qualitativen und quantitativen Stand und einer auf Jahre angelegten Kontinuität selbst nach Vollendung des Baus noch in eine Verhinderung umschlagen kann. 2. Im Hinblick auf die Bewegung die Vermassung von Sabotage, aktiven und militanten Aktionsformen mit durchsetzen und darüber eine möglichst breit und langfristig angelegte Kontinuität aufbauen und sichern helfen, damit sich 3. auf der Basis eines breiten kontinuierlichen Widerstands die Widerstandsperspektive über die Startbahn hinaus entwickelt und erweitert. Mit dem Nahziel: Kippen des aktuellen hessischen Atomprogramms (v.a. WAA); und langfristig: entlang den strategischen Linien der kapitalistischen Restrukturierung Entwicklung einer starken sozialrevolutionären und antiimperialistischen Bewegung. Mit der Zuspitzung des politischen Klimas im Startbahnkonflikt Mitte Oktober 81 haben wir versucht, durch eine relativ kontinuierliche Propaganda der Tat die Verbreiterung militanter Kampfformen in Gang zu setzen bzw. überhaupt zu thematisieren. Das ist theoretisch und mit verbalen Appellen allein unmöglich und zwar in jeder Hinsicht.

Daß wir uns bei den Angriffen schwerpunktmäßig auf die beteiligten Baufirmen konzentrierten, hatte verschiedene Gründe: Sie sind das schwächste Glied in der Betreiberkette, überall präsent und deshalb massenhaft und auf vielfältige Weise, auch mit relativ einfachen Mitteln, angreifbar. Darüberhinaus war ihre Mitwirkung am Startbahnbau insofern für die Be(Ver-)hinderungsperspektive von Bedeutung, als die Baufirmen diejenigen sind, die das Projekt faktisch realisieren und der Grad der Angriffe auf sie letztlich entscheidend sein kann. Die Zerstörung von Baumaschinen und Baggern im November sollte praktisch die konkrete Zielrichtung für eine mögliche breite und militante Tendenz des Widerstands angeben.

Aufgrund der verbreiteten Schwierigkeiten, das angedeutete Konzept massenhaft umzusetzen, versuchten wir danach ein Mittel zu finden, das die technischen Voraussetzungen dafür auf ein Minimum reduziert. Das wurde dann auch mit dem Räucherstäbchen als einfachem und preiswertem Zeitverzögerer und Zünder in einem gefunden und im Rahmen eines erneuten und letzten Versuchs, Beispiele für breit mögliche Sabotage zu geben, verbreitet.

Als Objekte wählten wir Fahrzeuge und Baumaschinen von Bilfinger & Berger, die bei der Untertunnelung der Okriffler Straße federführend waren, aus. Im Gegensatz zu den vorher attackierten Züblin und Bratengeier, die sich weitgehend verpißt hatten und zudem an den wenigen Orten ihrer Präsenz von Bullen überwacht wurden, waren Bilfinger & Berger zu dieser Zeit in der Region massiv präsent.

Kurz darauf im Februar 82, als die Bewegung faktisch vor dem Nichts stand, wurde das Konstruktionsbüro dieser Firma in Wiesbaden sowie das Schulungszentrum der ebenfalls an der Untertunnelung beteiligten Philipp Holzmann in Neu-Isenburg von uns demoliert.

Das Mittel (Räucherstäbchen) und die Ziele (insbesondere Bilfinger & Berger) fanden in den folgenden Monaten eine relativ große Resonanz, was sich in einer Häufung von derartigen Anschlägen, die meistens leider kaum publik wurden, niederschlug. Wir sind damals davon ausgegangen, daß es angesichts des geringen Alters der Bewegung und der Schwäche der radikalen Linken einige Zeit dauern würde, bis sich der praktische Ausdruck sich organisierender Gruppen abzeichnet. Die eigene Erfahrung hat uns gelehrt, wie langwierig und schwierig der diskussions- und entscheidungsreiche Prozeß ist, bis Bewußtsein in praktisches Handeln umschlägt.

Was die Widerstandsformen vor Ort, deren Intensität und Stabilität angeht, so denken wir, daß die verschiedenartigen Angriffe auf Betreiber und Verantwortliche (die natürlich noch viel ausgeprägter hätten sein müssen) ein gewisses Maß an Stärke vermittelten; damit trotz aller Niederlagen und Schwächen die Kontinuität des Massenwiderstands unterstützen halfen, indem der sich ausbreitenden

Ohnmacht Zeichen von Handlungsfähigkeit entgegengesetzt wurden. Die frühzeitige praktische Thematisierung von militantem Widerstand ermöglichte die Auseinandersetzung mit offensiven Kampfformen. Angesichts der unterschiedlichen Zusammensetzung der Bewegung und ihrem zunächst weitgehend legalistischen und passiven Charakter war das sicher für die weitere Entwicklung ein wesentlicher Aspekt. Daß sich Ansätze von Eigenverantwortlichkeit und Selbstorganisation als Gegenstück zur offiziellen Bewegung entwickelten und der praktische Widerstand nicht delegiert wurde, hatte sicher viel mit Form, Inhalt und Umfang unserer Aktionen zu tun. Aus dem gleichen Grund hatten wir das Baugelände als Ort der Handlung auch bewußt für uns ausgeklammert.

Die Einbindung unserer Aktionen in die Bewegung haben es sowohl für die BI-Spitze, als auch für die Bullen schwer gemacht, einen Keil dazwischen zu treiben. Bereits Ende November 81 scheiterte ein Versuch der BI-Führung, die militante Tendenz an den Zellen namentlich festgemacht per VV-Beschluß aus der Bewegung auszugrenzen.

Sie hat, über eine breite Akzeptanz organisierter Militanz hinaus, bewirkt, daß die Zellen als Teil der Bewegung betrachtet werden. Dies gerade auch bei den sog. Bürgern, deren Kampfformen sich nach wie vor auch in Zukunft von den unsrigen unterscheiden werden. Ähnlich wie draußen im Wald praktiziert, herrscht hier eine Vorstellung von unterschiedlichen Zuständigkeiten (so eine Art Arbeitsteilung) aber ähnlichen Zielen (startbahnbezogen).

Neben den konkreten Aktionen haben wir versucht, durch die Erklärungen in die politischen Auseinandersetzungen einzugreifen. Inhaltliche Zielrichtung war die Entwicklung kollektiver Lernprozesse, die Selbstbestimmung politischer Inhalte und Vorgehensweisen ermöglichen. Daß diese Absicht sich vollkommen unzulänglich realisierte, hat verschiedene Gründe:

Unsererseits haperte es durch viel zu ungenaue Diskussionen. Die Einschätzungen waren oft viel zu spontan und von daher nicht geeignet, Hintergrund und Perspektive auf einen eindeutigen und umfassenden Begriff zu bringen. Das war Ausdruck davon, daß wir bereits im Vorfeld des Konfliktes nicht sorgfältig genug diskutiert hatten, auch und gerade in Bezug auf unser unterschiedliches Selbstverständnis. Dieser Fehler kam wie meistens der Fall erst im Konflikt selbst zum Tragen und war dort nur schwerlich zu revidieren (Streß, Emotionalität usw.) Hinzu kam, daß die Notwendigkeit, bestimmte Prozesse zu thematisieren, von der autonomen Szene kaum erkannt bzw. begriffen wurde. Von daher gab es dann auch wenig inhaltliche Rückkoppelung.

In diesem Zusammenhang erscheint es uns wichtig, das Verhältnis von wohlgerichtetem einem Teil der Linksradiكالen in der Region zu selbstbestimmten Organisationsstrukturen und eben auch zu uns, kurz anzureißen. Der Hinnahme bzw. Anerkennung unserer Aktionen stand eine weitgehende Ablehnung der Zellen selbst und den von uns angeregten Auseinandersetzungen gegenüber. Die beiden ersten Aktionen (Bratengeier und Züblin) wurden so lange mit Wohlwollen betrachtet, wie die gemeinten Leute glauben konnten, sie seien Folge eines von ihnen einige Tage zuvor (!) herausgegebenen Flugblatts, in dem zu Sabotageaktionen aufgefordert wurde. Nachdem klar war, wer die Akteure waren, schlug dieses in Ablehnung um, die hauptsächlich an der zugehörigen Erklärung festgemacht wurde.

In dem November 81 für lange Zeit letztmalig erschienenen autonomen Blatt Vollautonom<sup>21</sup> wurden die bis dahin stattgefundenen Anschläge einfach totgeschwiegen. Diese beiden Beispiele symbolisieren beispielhaft den Charakter des politischen Selbstverständnisses und der Auseinandersetzungsfähigkeit und -bereitschaft.

Die Auseinandersetzung mit von uns angedeuteten praktischen Akzenten und in Erklärungen formulierten Inhalten wurde mit Ausnahme eines Wiesbadener Papiers vom Frühjahr 82 nie geführt oder gesucht, sondern kategorisch vom Tisch gewischt. Die Ablehnung von Politik und Praxis der Zellen sowie der Weigerung, sich damit auseinanderzusetzen, liegen nach unserer Einschätzung verschiedene Momente zugrunde:

Sowohl unsere Praxis als auch unsere vertretenen Inhalte werden zumindest indirekt als Angriff auf

die eigene Position bzw. Funktion und die gestellten Forderungen nach konsequentem politischen Verhalten nicht als gemeinsames Ziel begriffen. Innerhalb des verbreiteten Selbstverständnisses, das politische Aktivitäten an einen gewissen Grad von Führungsanspruch koppelt, sind die Zellen wohl auch als Konkurrenz betrachtet worden. Vielleicht gerade deshalb, weil Aktionsziele wie Formen keine Distanz zur Bewegung erkennen ließen und ein politischer Avantgardeanspruch nicht erhoben wurde.

Wichtig für die Anerkennung und damit den Einfluß innerhalb des offiziellen BI-Apparates: Um dort als Vertreter der militanten Tendenz akzeptiert zu werden, muß den BI-Strategen glaubhaft gemacht werden, daß der entsprechende Einfluß auf diesem Flügel vorhanden ist. Die Zellen standen dabei symbolisch für die unkontrollierbare Eigendynamik der Träger des militanten Widerstands. Mit Bedauern haben wir festgestellt, daß die Ablehnung dieses Teils sich mit der Ernennung der Zellen zum Hitlistenführer des Staatsschutzes zunehmend in Sympathie wandelte. Wobei der Staatsschutz mit dieser Beförderung ja explizit im Sinn hat, uns zur über allen schwebenden bzw. thronenden Avantgarde hoch- und damit eine künstliche Trennung herbeizustilisieren. Das ähnelt sehr dem gängigen Wählerverhalten, tendenziell immer die Partei zu wählen, die gerade Oberwasser hat. Schade.

Was das Ziel der Behinderung des Projekts Startbahn betrifft, ist der grundlegende Punkt, der für unsere Praxis folgenreich war und damit vorerst Selbstkritik nötig macht, daß unseren Aktionen kein vorher erarbeitetes, permanent überprüftes und klar umrissenes Konzept zugrunde lag. Die Strategie war intuitiv und situationsbedingt und weniger konzeptionell, Ungenauigkeiten und Fehler damit vorprogrammiert. Hierzu kam, daß wir allen früheren Erfahrungen zum Trotz zu lange darauf vertrauten, die für eine zielstrebige Praxis unerläßlichen Infos von außen zu bekommen. Statt dessen wäre es uns möglich gewesen, auch mit Hilfe allgemein zugänglicher technischer Infos die genaue Bedeutung und Funktion der beteiligten Firmen und damit die Sabotagemöglichkeiten und -richtung klarer zu kriegen.

Das fehlende Konzept hatte zur Folge, daß durch die primäre Ausrichtung der Aktionen auf Vermassung und Kontinuität des Widerstandes in Verbindung mit den heftigen Tiefs der Bewegung zunehmend eine praktisch-inhaltliche Präzisierung der Behinderung aus den Augen verloren wurde. Wir haben versäumt, zur Diskussion zu stellen, daß Behinderung auch immer die Tendenz zur Verhinderung konkret anvisieren muß.

Die Angriffsziele wurden Anfang 82 ausgeweitet (Bilfinger & Berger, Holzmann), ohne und da setzt die Kritik an daß vorher problematisiert wurde, was diese Ausweitung bedeutet.

Es wurde nicht thematisiert, ob durch die Ausweitung auf alle beteiligten Firmen gerade angesichts der eigenen beschränkten Kräfte die Bedrohung für die Angegriffenen nicht allzu sehr relativiert wird. So hatten die zwei Aktionen in der Anfangsphase gegen die Kleinen im Bunde, Bratengeier und Züblin, ja erhebliche Wirkung gezeigt. Aufgrund der mangelnden Recherchen, gerade im Hinblick auf ihre insbesondere Bratengeiers Funktion für die Betonierung der Rollbahn, war uns damals allerdings auch nicht klar genug, wie ihr teilweiser Rückzug einzuordnen war.

Für die Perspektive einer massenhaften Sabotage kam wie sich gezeigt hat eine regionale Beschränkung auf die beiden nicht in Frage. Dazu wäre es aber kein Widerspruch gewesen, wenn wir uns auf sie beschränkt hätten und darüberhinaus z.B. propagiert hätten, speziell Bratengeier auch überregional anzugreifen. Daß diese Chance vertan wurde, bedeutete nicht nur die Vereitelung wichtiger und neuer Erfahrungen, sondern hatte auch praktische Konsequenzen bei Beginn der Betonierarbeiten Ende August 82. Aufgrund der diesbezüglich mittlerweile entstandenen Nicht-Kontinuität war für uns die Situation nun von vorneherein die, daß für eine wirkungsvolle Intervention nur noch im Vergleich zu den früheren qualitativ andere Aktionen mit zudem hohem persönlichen Risiko in Frage kamen. Hinzu kam, daß wir wie alle anderen auch den offiziellen Informationen aufsaßen, die besagten, daß vorerst nur das nördliche Drittel (auf dem alten Flughafengelände) bis zur Okrifter Straße betoniert werde und im Frühjahr 83 erst im Süden auf der

gerodeten Fläche begonnen werde. Wir glaubten damit, noch genügend Zeit zu haben, was u.a. auch ein Grund dafür war, daß wir uns bezüglich der halbherzig und unglücklich verlaufenden Blockadediskussion in der Szene zurückhielten.

Als dann nur von den Grünen inszenierte, symbolische Wahlkampfblockaden, seitens der Bewegung aber kaum was lief (was auch noch einer Klärung bedürfte), nutzte die FAG nach einigen Wochen die Gunst der Stunde und ließ parallel auch im Süden betonieren.

Das versetzte uns wiederum in einen unerwarteten Zeitdruck verbunden mit der Situation, die wir seit jeher zu vermeiden gesucht hatten, daß Aktionen unsererseits den Charakter von reinen, weil nicht mehr praktisch vorantreibenden und mobilisierenden Ersatzhandlungen bekommen. Das war der für uns z.Z. heftig umstrittene Grund, die geplanten Aktionen abzublasen.

Wenn wir uns als Nahziel eines an der Startbahn entwickelten, aber perspektivisch erweitern Widerstands das Kippen des aktuellen hessischen Atomprogramms benannten, so lag dem die Einschätzung zugrunde,

daß der sowohl hinsichtlich der Mobilisierung wie der Formen des Widerstands erhebliche Auswirkungen auf den Widerstand an den geplanten WAA-Standorten haben wird,

daß, solange der Widerstand gegen die Startbahn Bestand hat, eine zweite Front für die Landesregierung auf die Dauer nur schwerlich durchzusetzen ist.

Ein Bewußtsein dieser Dimension des Widerstands war in der Bewegung sehr früh und breit vorhanden.

Auch die Landesregierung hatte, als die Inangriffnahme von Baulos 1 in die Vorbereitungsphase kam, den alten Standortvorschlag der DWK (Wethen) als ungeeignet zurückgewiesen. Die neuen Mitte November 81 von der Landesregierung vorgelegten Standortvorschläge (Merenberg und Frankenberg) wurden auf Drängen der SPD von der DWK vorläufig wegen des Startbahnkonflikts wieder zurückgezogen. Da sie mittlerweile aber bereits in der Öffentlichkeit durchgesickert waren und in den betroffenen Regionen erhebliche Unruhe auslösten, mußten sie Anfang Dezember notgedrungen auch offiziell bekanntgegeben werden. In der Folgezeit gab es in Wiesbaden Putz zwischen SPD und FDP bezüglich des weiteren Vorgehens, insbesondere wegen Biblis C. Folge davon war am 10.12.81 der große Krisenrat in Bonn, auf dem die hessischen und Bonner Koalitionsspitzen vereinbarten, das weniger dringliche Biblis C zugunsten der WAA vorerst zurückzustellen. Wegen der großen Mobilisierung rund um die Standorte mit eine Folge des Initials Startbahn versuchte die Landesregierung mit allerlei Tricks Zeit zu gewinnen.

Die näherrückende Landtagswahl vor Augen, legte sich das Kabinett Ende Juli auf einen Standort fest: Frankenberg-Wangershausen. Dessen Vorzüge lagen einmal in der großen räumlichen Distanz zur Startbahn-Region und andererseits in der Tatsache, daß das benötigte Gelände bereits dem Land Hessen gehörte.

Der dortigen Bevölkerung sollte das Projekt vorerst mit einem aus wahltaktischen Überlegungen wie Gründen des Zeitgewinns geborenem Bürgerbeteiligungsverfahren schmackhaft gemacht werden. Daß dann doch alles ganz anders kam, lag am Bonner Regierungswechsel im Oktober. Der entband Börner von der leidigen Verpflichtung, der Schmidt-Regierung den Rücken für's BRD-Atomprogramm freizuhalten. Er schwenkte nunmehr auf Ablehnungskurs um und die DWK entschied sich in der Folge für Standorte in Bayern (Schwandorf) und Niedersachsen (Dragahn).

Die Karry-Aktion ist in der Linken auf eher verhaltene Kritik gestoßen. Intern hat sie heftige Auseinandersetzungen ausgelöst. Beides nicht verwunderlich. Im folgenden sollen die wesentlichen Kritikpunkte und Fragestellungen zusammengefaßt werden

Zunächst zum Ziel der Aktion. In der viel zu spät herausgegebenen Erklärung wurde es damit

umschrieben, Karry für längere Zeit daran zu hindern, seine widerlichen und zerstörerischen Projekte weiterzuverfolgen. Diese vage Formulierung deutet die Unsicherheit über die Auswirkungen, die eine solche Aktion im geplanten Ausmaß! auf Tun und Handeln von Typen vom Format eines Karry haben, bereits an. Die politische Intention im Sinn einer Warnung vorausgesetzt, ist in Zweifel zu ziehen, ob sich jemand wie Karry, der in so hohem Maß die Personifizierung seiner Funktion betreibt, sich über den Rahmen der eingenommenen Ämter hinaus mit seinem persönlichen Einfluß, seinem Anteil an der Macht identifiziert, von Schüssen in die Beine zum Rückzug bewegen läßt.

Karry gehörte zu dem selten gewordenen Typus von Politikern, deren Selbstverständnis sich nicht auf Karriere und Aufstieg begrenzt. Vielmehr wird es als eine Art persönliche Berufung begriffen, die ökonomischen und politischen Linien zu bestimmen. Sein politisches Territorium endete folglich nicht an der hessischen Landesgrenze, wie es seinen Ministerfunktion vielleicht erwarten ließe.

Auf ökonomischer Ebene forcierte er weitsichtig die wirtschaftlichen Beziehungen zu China und Osteuropa, sondierte neue Märkte und ebnete die politischen Bahnen und Voraussetzungen für ihre Erschließung. Mit unterschiedlicher Publizität arbeitete er am kapitalistischen Restrukturierungsprogramm. Mehr im Stillen etwa als Mitglied des Verwaltungsrats der Post, deren neue nachrichtentechnische Projekte wie Bigfon und als dessen Bestandteil die Verkabelung der Republik für die kapitalistische Reorganisation von strategischer Bedeutung sind. In der Öffentlichkeit profilierte er sich als dessen vehementer Verfechter und Propagandist durch Attacken auf Arbeitslose und fehlende Arbeitsmoral, kranke Arbeiter und krankschreibende Ärzte, zwecks deren Disziplinierung er Kontakte zwischen Krankenkassen und ärztlichen Standesorganisationen betrieb.

In seiner Funktion als Bundesschatzmeister der FDP machte er seine Beziehungen u.a. im Zusammenhang mit illegalen Waffenverschiebungen in Krisenregionen geltend, was entsprechend vermutlich nicht nur bezüglich der Parteikasse honoriert wurde. Zu diesen internationalen Beziehungen gehören auch enge Kontakte zum Zionismus, die aber weitgehend undurchsichtig geblieben sind.

Auf Landesebene profilierte er sich im Rahmen seines Ministeramtes als politischer Protagonist der ökonomischen und infrastrukturellen Interessen des Kapitals insbesondere im Wirtschaftszentrum Rhein-Main. Sein Name stand für die rigorose Durchsetzung der hessischen Asphalt- und Großprojektpolitik (Autobahnen, Startbahn, WAA, Biblis C, Borken, Atomzentrum Hanau-Wolfgang), die er innerhalb der Landesregierung als heimlicher Ministerpräsident mit der bekannten Trumpfkarte seiner Partei, das Zünglein an der Waage zu sein, entsprechend vorantrieb. Anhand der angerissenen Zusammenhänge wird einerseits klar, daß ein Rückzug aus der Landespolitik für ihn keineswegs der Abstieg in die Bedeutungslosigkeit dargestellt hätte, was für die Möglichkeit des benannten Zieles spricht. Andererseits zeigen sie aber auch auf, daß ein eventueller Rückzug wohl eher eine schwerpunktmäßige Verlagerung auf nicht weniger widerliche und zerstörerische politische Tätigkeiten hätte erwarten lassen.

Planung und Ausführung der Aktion waren in einem Zeitraum angesiedelt, in dem die regionale politische Situation gekennzeichnet war von einem absoluten Vakuum linksradikaler Politik und einer nur in Andeutungen existierenden Öko-Bewegung. Der Widerstand gegen die Startbahn war regional wie überregional gerade im Wachstum begriffen. Es herrschte (noch) Ruhe im Land.

Hinzu kam, daß auch intern um es vage zu beschreiben die Verhältnisse nicht eben zum Besten standen.

Alles in allem Umstände, die diese berücksichtigende Aktionen und ein zumindest mittelfristig angelegtes politisches Konzept verlangten. Warum wurde dann mit dieser Aktion auch in der geplanten Form das genaue Gegenteil vollzogen!

Die Antwort ist in erster Linie in dem politischen und praktischen Trugschluß zu suchen, daß durch punktuelle, aber deftige Schläge ein Mangel an Stärke und die Unfähigkeit zur kontinuierlichen Praxis

wenn nicht ersetzt, so doch ausgeglichen werden könnte. Damit wurde auch das Prinzip verneint, Aktionsformen und anforderungen nach den eigenen Fähigkeiten und realen Möglichkeiten, der eigenen Substanz zu bestimmen.

Daß die Gruppe, die diese Aktion ausführte, mit ihr politisch und praktisch vollkommen überfordert war, wurde sowohl in der Ausführung selbst, als auch in der Auf- und Verarbeitung ihres unglücklichen Ausgangs, des Bruchs zwischen Planung und Erfolg, deutlich.

Der der Aktion beigemessenen Stellenwert produzierte eine Blindheit gegenüber wesentlichen Prinzipien:

Neben dem ZIEL einer Aktion unterliegen auch ORT und MITTEL politischen Kriterien.

Der Ort der Ausführung hält diesen Kriterien nicht stand. Die Umstände sind vielmehr ein Verstoß gegen die Grundsätze revolutionärer Moral.

Die Tatsache, daß Karry im Bett erschossen wurde, ermöglichte bzw. provozierte Spekulationen über Zielsetzungen, Motive und Urheber. Daß diese Spekulationen durch die zionistischen Verwicklungen Karrys und die zeitliche Nähe zum Anschlag auf den österreichischen Minister Knittel zusätzliche Nahrung fanden, ist dabei von nebensächlicher Bedeutung. Sollte es aus verschiedenen Gründen (Bedingungen der Gruppe, Lebensumstände von Karry ...) tatsächlich keine andere Angriffsmöglichkeit gegeben haben, so hätte die Aktion zu diesen Konditionen nicht durchgeführt werden dürfen.

In der später abgegebenen Erklärung äußerte sich die Überforderung in einer vorgeblichen Selbstkritik, die eben keine war. Sie reduzierte sich schwerpunktmäßig wie auch völlig unzulänglich auf eine technische Ebene der Auseinandersetzung. Schlimmer noch: die eigene Irritation über das, was real bei der Aktion rauskam, wurde gelegnet und darüberhinaus selbst die grundlegenden Unterschiede zwischen geplantem und eingetretenem Ausgang kurzerhand mit verbaler Kaltschnäuzigkeit vom Tisch gewischt.

Der Trugschluß, die organisatorischen und politischen Unzulänglichkeiten der Bewegung wie des eigenen Selbstverständnisses durch Entschlossenheit ersetzen zu können, charakterisiert sich sowohl durch eine verhängnisvolle Tendenz zum Militarismus als auch durch ein zwar begründetes, in dieser Form aber praktisch und inhaltlich falsches Endzeitbewußtsein. Dafür stehen in der Erklärung vorhandene Passagen wie: nicht mehr viel Zeit zu haben (... dann muß schleunigst mit dieser Untertanenlogik gebrochen werden ...), die letztlich in existentialistischen Appellen münden (Gebrochenes Rückrat oder aufrechter Gang das war seit jeher DIE Entscheidung).

Gerade diese Appelle weisen auf die wesentliche politische Absicht der Aktion hin: sowohl nach außen wie nach innen Fanale zu setzen.

Nach außen in der Erwartung, über einen persönlichen Angriff auf die regionale Symbolfigur von Umweltzerstörung und menschenfeindlicher Großtechnologie für den Kampf gegen die anstehenden Großprojekte zu mobilisieren.

Zweifelsohne war die geplante Angriffsform der Person Karrys angemessen. Gleichermäßen war er ein geeignetes Angriffsziel, da er für große Bevölkerungsgruppen ein ausgeprägtes Feindbild verkörperte. Ausdruck davon war u.a., daß seine öffentlichen Wahlkampfauftritte, die sich weitgehend auf Industriellenclubs beschränkten, im umgekehrten Verhältnis zu seiner Bedeutung in der Landespolitik und v.a. in seiner Landespartei standen.

Dabei muß aber festgehalten werden, daß Aktionsziel und -form dem damaligen Stand der Bewegung meilenweit voraus waren. Dieses Auseinanderklaffen begründet nicht unbedingt die Ablehnung der Aktion zu diesem Zeitpunkt. Sie hätte jedoch dann einer eingehenden und stichhaltigen politischen Begründung bedurft, die darüber Auskunft hätte geben müssen, warum ein derartiger Vorgriff für notwendig gehalten und vollzogen wird. Zudem hätte diese Begründung eine weitergehende politische Konzeption, wenn auch nur in groben Zügen, beinhalten müssen. Auch der heftigste Appell bleibt eben nur ein Appell und entbindet nicht von der Notwendigkeit praktischer und politischer Kontinuität, in der allein sich die wie auch immer gearteten Inhalte realisieren.



Ähnliches gilt für das Fanal nach innen. Soweit überhaupt, können solche Appelle nur beschränkt klärende Prozesse und notwendige Auseinandersetzungen provozieren und schon gar nicht politische und praktische Konzepte ersetzen. Ganz abgesehen davon, inwieweit eine solche Funktion von Aktionen akzeptabel ist.

Letzthin haben auch die politischen und praktischen Fehler im Zusammenhang mit dieser Aktion generell aufgezeigt, daß mit der Beschreibung dieser Aktionsstufe die Grenzen des herkömmlichen Zellenprinzips deutlich überschritten werden. Angriffsformen dieser Kategorie stellen Anforderungen an die Beteiligten, die im kleinen Rahmen der abgeschotteten Gruppenautonomie aus organisatorischen wie politischen Gründen nicht zu erfüllen sind.

## **ein paar Gedanken zum guten Schluß**

Wie bereits festgestellt, hat die Kontinuität militanter Politik erfolgreich zur Entstehung organisierter Militanz beigetragen. Sie drückt sich z.B. darin aus, daß es demnächst an der Startbahnmauer kaum noch Streben zu knacken gibt (Mönchbruch Liberation Army, Anarchie & Gaudi, Panzerknacker e.V.), Betreiber und Gerichte weiter zur Verantwortung gezogen werden.

Der Ausdehnung und Festigung des Kleingruppenkonzepts und einer großen Akzeptanz militanter Aktionen steht auf Massenebene das Fehlen eines politischen Pendants gegenüber (die Gründe dafür haben wir im Vorhergehenden benannt). Deutlich wird dieses Dilemma wieder in Form und Inhalt der Beteiligung der Startbahnbewegung in der Friedensbewegung. Das Fehlen eines politischen Katalysators ermöglicht heute wieder die offizielle Dominanz der Bewegungsverwalter. So scheuen sich die ehemaligen Betreiber des Volksbegehrens gegen die Startbahn West nicht, erneut ein Hessisches Volksbegehren, diesmal für den Frieden anzuleiern. Im Startbahnkonflikt sind Erfahrungen und Entwicklungen gemacht worden, die wichtige Impulse in die Friedensbewegung tragen können, um sie tatsächlich zu einem wirkungsvollen Faktor gegen die Raketenstationierung zu machen. Menschenketten, symbolische Blockaden sind ein politischer Rückfall in vorstartbahnliche Zeiten. In ihnen werden sämtliche Kampf- und Bewußtseinsprozesse negiert und zurückgenommen, die in mehreren Jahren Startbahn-Kampf gewachsen sind.

Die Gewaltfrage ist nicht das wirkliche Problem der Friedensbewegung.

Deutlicher noch als im Startbahnkonflikt entspringt die organisierte Gewaltlosigkeit der Friedensbewegung nicht einer Bewußtseinslage, die die Form des Kampfes meint, sie ist hier wie dort die verwaltende Organisationsform.

Nur als solche kann sie be- und angegriffen werden.

Ob Bonn22 oder Neu-Ulm, solche Unternehmungen auf Bundesebene besonders im Hinblick auf die politische Zusammensetzung der Friedensbewegung sind so angelegt, daß das praktische Einbringen anderer und eigener Momente kurzfristig und zu dem Termin nicht möglich, durchsetzbar ist.

Es fragt sich, warum partout vermieden wird, Demos und Aktionen in der Region durchzuführen. Als ob es hier an Objekten mangelte.

Es hat den Anschein, daß die vordergründigen Argumente gegen eine Air-Base-Demo/Blockade (die ja vielfältige Formen haben könnte), wie der Dauerlutscher Die Bürger machen da nicht mit, eher die Befürchtung beinhalten, diese oder andere regionale Aktionen könnten erneut unkontrollierbar die Eigendynamik der alten Bewegung in Gang bringen und eskalieren. Dies gerade in Bezug auf die Air-Base, die wie kein anderes Objekt die Verbindungslinie zur Startbahn West herstellt.

Die Sonntagsspaziergänge haben mittlerweile eine eineinhalbjährige Tradition Gradmesser für die anhaltende Mobilisierung. Das Ausmaß der Beteiligung ist im Laufe der Zeit mehr und mehr zurückgegangen. Je mehr sichtbar wurde, wie das Projekt durchgezogen wurde, desto weniger Leute kamen noch raus.

Die Bullen haben gelernt, die Aktivitäten von Ausnahmen abgesehen in den Griff zu bekommen. Sie

sind dabei immer dreister geworden. Daß sie es sich inzwischen leisten können, ganz frech das gesamte Gebiet um's Startbahn-Gelände zu kontrollieren und andauernd im Wald rumzufahren, ist eigentlich eine Schande.

Eine Möglichkeit, dem Einhalt zu gebieten und sie wenigstens wieder hinter die Mauer zu scheuchen, wäre unter anderem z.B. der massenhafte Einsatz von Krähenfüßen, Buttersäure gegen Bullen. Ergänzt durch allerlei andere Attacken und Späßchen könnte das ein praktisches Nahziel Bullen hinter die Mauer der unbeirrten Bewegung sein. Ein solcher kleiner Sieg könnte was sehr wichtig ist frischen Wind in die zum Ritual erstarrten allsonntäglichen Geplänkel (meist am Feldherrenhügel) bringen. Denn ohne frischen Wind läuft die Sonntagsbewegung Gefahr, wegen der sich ausbreitenden Frustration und Resignation sich noch weiter zu dezimieren.

Also denn

---

## **Stärke, Lust und Fantasie besiegt die Bullenmaschinerie**

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Aktion gegen den hessischen Wirtschaftsminister Karry (Mai 81)

Wenn Tagträume Realität werden ...

Am frühen Morgen des 11.5. gegen 5 Uhr hat sich der in Frankfurt Seckbach einsitzende Terrorist Heinz Hubert Karry mit vier Schüssen aus einer Kleinkaliberpistole das Leben genommen.

Karry stand unter dem dringenden Verdacht der langjährigen Mitgliedschaft und Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung, der Vorbereitung mehrerer Atomsprengeanschläge, massiver und kaum regenerierbarer Umweltzerstörung und -vernichtung, des illegalen Waffenhandels, der Beihilfe zur Kriegsvorbereitung, der Begünstigung und Strafvereitelung von wirtschaftskriminellen Vereinigungen, der Nötigung, des schweren Landfriedensbruchs, der schweren Körperverletzung, des versuchten und vollendeten Mordes in zahllosen Fällen. Wie die Selbstmordwaffe in seine Hände gelangte, ist bislang unbekannt. Als erste Maßnahme wurde die Bewachung seiner Helfershelfer und Komplizen aus dem terroristischen Umfeld verschärft, um weitere, die freikapitalistisch-herrschaftliche Grundordnung erpressende Selbstmorde zu verhindern...

So oder ähnlich könnten wir fortfahren, würden wir die Sprache und den grenzenlosen Zynismus der Herrschenden weiter parodieren. Ein Zynismus, der den Hungerstreik-Tod im nordirischen KZ Long Kesh<sup>23</sup> 1981 wie die Geisel-Hinrichtungen von Stammheim 1976/77 als Selbstmorde deklariert. Ein Zynismus, der aus dem Hungerstreik gegen persönlichkeitszerstörende Isolationshaft im Falle des nicht-tödlichen Ausgangs eine Werbung für eine terroristische Vereinigung (§129a) macht (K.H. Dellwo<sup>24</sup> und H. Herlitz<sup>25</sup>) und bei wild um sich schießenden Agenten des Systems die Notwehr konstruiert. Dieser Zynismus, Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse wie der Klassenfronten, in denen wir existieren, wird in unserem langen Kampf gegen die kapitalistische Todesmaschinerie nie der unsrige werden.

## Deshalb

Was Rebhuhn und Co.<sup>26</sup> wissen, aber zurückhalten (ausgenommen die im Spiegel<sup>27</sup> kolportierte dämliche Schock-Theorie), ist Der Tod von Karry war nicht beabsichtigt, sondern ein Unfall.

Geplant war, durch mehrere Schüsse in seine Beine dafür zu sorgen, daß er länger das Bett hüten muß, als ihm und seinen Freunden lieb ist, den Türaufmacher des Kapitals (Karry über Karry) für längere Zeit daran zu hindern, seine widerlichen und zerstörerischen Projekte weiterzuverfolgen. Hätten wir Karry umlegen wollen, hätten wir ein anderes Kaliber benutzt und vor allem sein Kopf (bzw. seinen Oberkörper) ins Visier genommen. Das wäre leichter gewesen. Daß eins der vier Projektilen, von denen er getroffen wurde, seine Beckenschlagader zerfetzte und damit tödlich wurde, war der große nicht einkalkulierte Zufall an der Geschichte. Nicht zufällig ist, daß BKA und Bundesanwaltschaft, entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit, die Einschußstellen nicht genau beschrieben haben.

Daß Karry durch diesen Zufall die Reise in die ewigen Jagdgründe antreten mußte, bekümmert uns ausschließlich insofern, als dies nicht geplant war, wir damit das Aktionsziel verfehlten.

Insoweit mußten und haben wir Selbstkritik geübt: e

1. Ein schmerzhaft aus dem Schlaf Gerissener reagiert anders, panischer (und damit unberechenbarer) als jemand, der wach ist.
2. Die zu treffenden Körperteile waren verdeckt, was die Zielsicherheit und -genauigkeit über das

akzeptable Maß hinaus einschränkt.

Da trotz der Verwendung eines Kalibers, das normalerweise keine tödlichen Verletzungen hervorruft es keine Garantie hierfür gibt, hat diese Aktion für uns die Konsequenz, das Angriffsmittel Knarre auch in Zukunft ausschließlich gegen Personen anzuwenden, bei denen das Risiko des nicht-beabsichtigten Todes eingegangen werden kann.

Wäre Karry tatsächlich so unbeschwert und schutzlos gewesen, wie es die bürgerliche Presse anfangs weismachen wollte, hätten wir andere Wege und Mittel gewählt, unser Ziel zu erreichen. Denn nichts liegt uns ferner, als den Einsatz der Knarre als das Mittel militanten Widerstands zu propagieren.

Die Art und Weise unserer Aktion war ausschließlich davon bestimmt, Karry alleine zu erwischen und damit die Gefährdung anderer Personen (z.B. sein Fahrer und andere Begleiter) auszuschließen sowie selbstverständlich den größtmöglichen Schutz für uns selbst zu gewährleisten.

Der Terrorist Heinz Herbert Karry, posthum von den Medien als volkstümlicher, hessisch babbelernder, Äpfelwoi-saufender und Rippchen mit Kraut fressender Mann von nebenan zu verkaufen, war verantwortlich für:

das größte Atomkraftwerk der Welt Biblis A und Biblis B inclusive Kompaktlager

Plan Biblis C

Planung Wiederaufbereitungsanlage Nordhessen

Atomzentrum und Plutoniumlager Hanau

Startbahn West des Frankfurter Flughafens

jede Menge Autobahnen und Schnellstraßen (A 66, B 8, A 49, A 661, B 448 usw.)

als Bundesschatzmeister der FDP war er Schlüsselfigur für Waffenlieferungen in Spannungsgebiete.

## **Auf der einen Seite**

muteten ihn Stings28 ohnehin gedrückte Arbeitslosenstatistiken wie Zahlenorakel an, denn ein großer Teil der Arbeitslosen ist nicht ernsthaft am Erhalt eines Arbeitsplatzes interessiert (Warum nur???) oder wird vom Arbeitsamt nicht nachdrücklich genug (!!!) vermittelt (FR v. 16.10.1980)

verlangte er den Verschub und die Umsiedlung von Arbeitslosen als Manövriermasse des Kapitals.

sollten Begriffe wie Pflicht wieder eine größere Rolle spielen, arbeiteten ihm die Deutschen zu wenig und machen zu viel blau und krank (BILD v. 18.7.1980)

war er Mittelsmann zwischen Unternehmen und Kassenärztlicher Vereinigung zum Zwecke der Disziplinierung zu viel krankschreibender Ärzte, der Senkung der Krankheitsrate und der erhöhten Auspressung menschlicher Arbeitskraft.

## **Auf der anderen Seite**

unterstützte und deckte er Preisabsprachen von Baufirmen

forderte er von der Bundesregierung die Übernahme der Mehr-Kosten, die den Atomfirmen durch die Verschärfung der Sicherheitsvorschriften in der Novelle des Atomgesetzes entstehen, damit diesen sowieso massiv subventionierten Firmen ihre Riesenprofite in vollem Umfang erhalten bleiben. (FR v.

25.2.1981)

Stets im Dienste seiner Vaterstadt Frankfurt und ihrer High Society betrieb er gemeinsam mit seinen Freunden Wallmann und Hesselbach den mindestens 200 Millionen kostenden Wiederauf- und Ausbau des Prunk- und Protzobjekts Alte Oper.

Äußerungen wie: Das Hearing kann ausgehen, wie es will oder zu Ergebnissen führen, wie immer sie auch ausgehen mögen für die Landesregierung wird es keine Konsequenzen geben (FR v. 15.1.1981) sind einzuordnen unter sein Motto: Nützlich ist, was dem Kapital nützt.

Für seine Person hat es inzwischen Konsequenzen gegeben.

Heinz Herbert Karry, Intimus von H.D. Genscher<sup>29</sup>, war darüber hinaus Wegbereiter und ständiger politischer Koordinator der Wirtschaftsbeziehungen des bundesdeutschen Kapitals mit Osteuropa und China.

All das drückt aus, welche zentrale Funktion er über das Land Hessen hinaus für seine Kapitalistenklasse inne hatte und erklärt die des Schmerzes vollen Äußerungen seiner Komplizen: Ein Heinz Herbert Karry wird für uns nicht ersetzbar sein (sein Zögling E. Gries in einem Nachruf) und das ist gut so.

Dem entsprach denn auch der Popanz, der um sein Ende veranstaltet wurde. Die Schmidts, Genschers, Wallmänner und wie sie alle heißen, sind selbst getroffen. Es wurde wieder einmal deutlich, daß ihr schmutziges, blutiges Geschäft der Herrschaft, Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung auch für sie nicht folgenlos bleiben muß, daß sich die Waffen auch gegen sie wenden können. Ihre Trauer ist Ausdruck ihrer Angst.

Doch mit ihrer Betroffenheit wollen sie nicht unter sich bleiben. Das Volk soll und muß mittrauern, soll den Verlust des Feindes bedauern. Sie geben sich nicht zufrieden mit ihrer Demonstration, nicht mit der Propaganda vom volkstümlichen Menschen wie du und ich; sie wollen die staatlich verordnete Trauer erzwingen: So hetzen sie jetzt wie bei dem (distanzierenden) Buback-Nachruf<sup>30</sup> gegen die Schreiber eines Artikels der Frankfurter Stadtschülerratszeitung, der die Aktion verurteilt, aber ansonsten das Kind beim Namen nennt.

Schweine wie Karry müssen beweint und gerächt werden.

Wo aber sind die Tränen und die Rache für die von Figuren wie Karry alltäglich und normal gemordeten Menschen?

Wer beklagt die Unfalltoten der Straßen, die Opfer der Produktionsverhältnisse, die Arbeitsunfälle, wer die Tausenden mittels Alkohol, Medikamenten und Rauschgift umgebrachten, wer die in Haftanstalten und Psychiatrieknästen zerstörten Menschenleben, die Chemie- und Atomkranken und -toten und schließlich die von Produktions- und Lebensbedingungen niedergemacht normal-Sterbenden????

Die sind lediglich der Preis für Wohlstand und Macht der Mächtigen und Besitzenden.

Was die verschiedenen Reaktionen in der Bewegung betrifft, wollen wir auf Argumentationen eingehen, die insbesondere auf der Startbahn West und dem B 8-Damm geäußert wurden: Solche Aktionen fielen auf die legal operierenden Gruppen zurück, das Hüttendorf würde deshalb geräumt etc.

Sicherlich ist es eine berechtigte Spekulation, die Räumung des Damms zu diesem Zeitpunkt (!) mit dem Tod Karrys in Verbindung zu bringen. Schließlich lassen die Herrschenden sich nicht alles

gefallen. Nur und das ist an sich müßig festzustellen: Die Räumung von Startbahn und B 8 ist (war) schon immer geplant. Die einzige Frage ist, ob sie durchgesetzt werden kann. Das hängt ab vom Ausmaß und der Stärke unseres kollektiven, militanten Widerstands.

Eine Woche vor der Aktion gegen Karry wurde der Platz für die Giftmülldeponie Mainhausen freigemacht. Was war wohl der Grund hierfür und wer hat das veranlaßt?

Wenn in diesem Land grundlegende Veränderungen erkämpft werden sollen, dann muß schleunigst mit dieser Untertanen-Logik gebrochen werden, muß sich abgewöhnt werden zu bitten und zu betteln, genauso wie sich die Sicht trüben zu lassen und verarschen zu lassen von der Taktik, der Fairness und Volkstümlichkeit eines Karry, der es fertigbrachte, mit einer Spende von 100,- DM die Dammbesetzer zu beeindrucken und ihr Wohlwollen zu kaufen. (War das das Sonderangebot des Jahres?)

Knechte haben sich noch nie von ihrer Herrschaft befreit, indem sie vor den Herrn niederknieten und um Zugeständnisse bettelten. Gebrochenes Rückgrat oder aufrechter Gang das war seit jeher die Entscheidung.

Unter der Regie von Karry entwickelte sich im letzten Jahrzehnt Hessen zum Atomland Nr. 1 und die Rhein-Main-Region zum Zentrum der westdeutschen Atomtechnologie.

Demgegenüber kam die hiesige AKW-Bewegung im gleichen Zeitraum über zaghafte Ansätze kaum hinaus. Die Augen vor dem verschließend, was unmittelbar vor der eigenen Nase passierte, erschöpften sich unsere Aktivitäten weitgehend in fernen Großdemonstrationen. Why!, Brokdorf, Kalkar, Grohnde, Gorleben und wieder Brokdorf heißen die Stationen. Mit Brokdorf steht und fällt das gesamte Atomprogramm ist eine falsche von vielen Argumentationen, die die Legitimation für die eigene Untätigkeit, Unentschlossenheit und Phantasielosigkeit liefern sollen. Warum sollen immer nur Bauplätze zur Wiese gemacht werden?

Warum ist es kein realistisches Ziel, die Stilllegung von Biblis A und B zu erkämpfen und C zu verhindern? Wurde und wird doch gerade am Beispiel Brokdorf das Problem der offenen Feldschlachten thematisiert und die Notwendigkeit, den Kampf in die Städte zu tragen, propagiert!

An Angriffszielen und Möglichkeiten mangelt es im Rhein-Main-Gebiet wirklich nicht.

Der ökologische und menschliche Vernichtungsfeldzug der Großindustrie ist kein Auswuchs, sondern gleichzeitig Bestandteil und Konsequenz des kapitalistischen Systems. Er ist nicht immanent, d.h. in den vorgegebenen Strukturen zu stoppen oder gar rückgängig zu machen. Jeder Widerstand, der die Grundlagen des Systems nicht in Frage stellt, verkommt deshalb zwangsläufig zur reformerischen Marotte.

Darum konnte das 4-tägige Landtagshearing zur Startbahn West im Februar dieses Jahres durch das immanente Agieren der Bürgerinitiativen auch auf nichts anderes hinauslaufen als auf die altbekannte Güterabwägung zwischen sogenannten Arbeitsplätzen und drohendem Fortschreiten der ökologischen Zerstörung. Auch die Fixierung auf das nun angestrebte Volksbegehren bedeutet eine weitere Verlagerung und Beschränkung der Aktivitäten auf die traditionelle politische Ebene. Im wahrsten Sinne des Wortes verschleißt, lähmt und inaktiviert es die Kräfte des Widerstands. Nicht umsonst ist es in letzter Zeit um die Startbahn West sehr ruhig geworden, wurde aus der geplanten Errichtung eines hölzernen Wachturms ein Trauerspiel. Das mit solcher Ausschließlichkeit betriebene Volksbegehren entpuppt sich damit als legalistischer Strohalm, der den Untergang nur noch beschleunigen wird, wenn diese Fixierung nicht bald durchbrochen wird.

Eine freie, menschliche und ökologisch orientierte Gesellschaft ist nur als antikapitalistische denkbar.

Ökologischer Widerstand wird entweder revolutionär oder er bleibt wirkungslos. Ziele wie Aktionsformen revolutionären Widerstands sind unterschiedlich und vielschichtig. Dabei ist die Sabotage die notwendige und effektivste Kampf- und Aktionsform.

Sabotage ist immer, überall und jederzeit möglich: In ihr erorbern wir uns die Freude und Phantasie zurück, die uns die Herrschenden genommen haben und ständig zu nehmen versuchen.

Ihr Ziel ist einfach und klar: An allen Ecken und Enden die kapitalistische Maschinerie ins Stocken, Schwanken und Rotieren bringen.

Sie ist individuell und kollektiv ausführbar.

Sie ist Ausdruck für den radikalen Bruch mit und die Kompromißlosigkeit gegenüber dem kapitalistischen System, für das Bedürfnis und den Willen nach Veränderung.

Sie richtet sich gegen Maschinen, Institutionen, Personen. Gegen alles, was uns kaputt macht, zerstört und unterdrückt.

Sie ist nicht blind, sondern zielgerichtet: Freiheit, Frieden, Liebe und Glück für die Menschen und Krieg den Fabriken, Ämtern und Palästen der Herrschenden.

Sie kennt selbstredend nicht die Aktion, die die Verhältnisse kippt, sondern nur viele, viele einzelne Aktionen, deren gemeinsames Ziel die Offensive gegen das System ist!

Der Kampf geht weiter!

Schafft viele Revolutionäre Zellen!

## **Aktion gegen Züblin/ Bratengeier, Frankfurt (Oktober 81)**

Der Widerstand lebt

Weil wir den Bauplatz immer noch nicht zurückerobert haben und deshalb auch nicht direkt an die zum Startbahnbaub benötigten Baumaschinen rankommen, haben wir uns heute Nacht zwei in der Stadt herumplanierende Bagger von am Bau der Kriegsstartbahn beteiligten Firmen vorgeknöpft. Am Wendelsplatz haben wir einen Bagger der Firma Züblin, in der Feldbergstraße einen Bagger der Firma Jean Bratengeier abgebrannt.

Die Rückeroberung des von den Bullen abgeriegelten Geländes wäre am 7.11. möglich gewesen und wurde aus den eigenen Reihen heraus verhindert.

Nachdem nach der Räumung des Hüttendorfes eine Woche lang täglich Zehntausende im Wald, in Frankfurt, in der Region und darüberhinaus in der gesamten BRD demonstriert und sich teilweise auch praktisch gewehrt hatten, war die Bewegung auf dem besten Weg, ihren defensiven Rahmen zu sprengen und einen ersten konkreten Sieg zu erkämpfen.

Der Samstag im Wald sollte der Höhepunkt der Auseinandersetzungen dieser Woche werden und wurde zum Desaster. Durch die Eigendynamik der Bewegung waren die Funktionäre gezwungen, sich schleunigst etwas einfallen zu lassen, um die Kontrolle über die Auseinandersetzungen zu behalten bzw. zurückzugewinnen. Die Massenmilitanz gerade im Wald hatte so an Breite und Intensität zugenommen, daß sich auch die Politiker der Bewegung nicht davon distanzieren konnten. Ihnen war klar, daß am 7.11. im Wald die Konfrontation bevorstand.

Die Initiative für den anstehenden Sturm auf dem Platz zogen sie nur an sich, indem sie ihre Demonstration der Gewaltlosigkeit als Spitze dieses Sturms verkauften. Daß sie auch noch nackt erfolgen mußte (es fehlten gerade noch das Jesuskreuz und die Nägel) ist nur eine besondere theatralische Variante einer Opferhaltung, in die wir wieder zurückgedrängt werden sollten. Die Verwirklichung der geplanten Platzbesetzung wurde in Absprache mit dem Bullenhauptling Vogel unterlaufen.

Generalstabsmäßig waren die Megaphone auf ausgewählte Personen (darunter mindestens ein Zivilbulle), die in die bevorstehenden Maßnahmen eingeweiht waren, verteilt, wurde nur eine Anzahl von Leuten auf den Platz gelassen, Menschen, die nachströmen wollten, daran gehindert und der nunmehr zu Zuschauern degradierten Menge die Forderung nach einem Gespräch mit Gries präsentiert. Davon war vorher natürlich mit keinem Wort die Rede gewesen, vielmehr war 2 Wochen zuvor vom Deligiertentreffen erklärt und damit verbindlich beschlossen worden daß es mit Gries, Gemmer<sup>31</sup> & Co. nichts zu verhandeln gibt.

Die Aufforderung an die Zehntausende, Ruhe zu halten (Orginaltton eines BI'lers durch den polizeieigenen (!) Lautsprecher) und das stundenlang wurde mit dem einfachen, aber wirkungsvollen Trick durchgesetzt, daß Spahn, Wilma Frühwacht-Treber & Co. sich selbst zu Geiseln erklärten.

Unterschlagen werden soll nicht, daß diese Ereignisse nur von einem bestimmten Teil der Nackten zu verantworten sind. Unser aller Versagen war, daß wir uns überrascht und total fassungslos die Ruhe aufzwingen ließen.

Das Zustandekommen dieses Komplotts braucht nicht zu verwundern, wenn man/frau weiß, daß der gleiche Personenkreis sichere Informationen über das Datum der Hüttendorfräumung hatte, aber auf Grund seiner Funktion die rechtzeitige Auslösung der Alarmkette zu verhindern wußte. Die Strategie, den Widerstand wenn irgendmöglich aus dem Wald herauszuhalten weg vom Ort des Geschehens setzt sich fort in dem Aufruf zur Blockade des Frankfurter Flughafens am vergangenen Wochenende. Zu einem Zeitpunkt, an dem Rodung und Bauarbeiten in vollem Gang sind, ausgerechnet eine Blockade des Flughafens anzusetzen, kann nicht anders erklärt werden, zudem die Diskussionen und Beschlüsse während der abgelaufenen Woche sich immer um die Frage der Mobilisierung in den Wald und nirgendwo sonst hin gedreht haben.

Die Frage nach dem Warum der Blockade hat Alexander Schubart am Montag nur allzu deutlich beantwortet:

Frankfurt a.M., 16. Nov. (dpa)

Die Protestaktionen auf dem Flughafen sind den Bürgerinitiativen total aus dem Ruder gelaufen-, sagte heute der Sprecher der Aktionsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid keine Startbahn West-, Alexander Schubart, auf dpa-Anfrage. Er sei furchtbar erschüttert-. Vielleicht sei es das falsche Mittel gewesen, am Samstag in Wiesbaden zum Boykott des Flughafens aufzurufen, räumte Schubart ein, der den Appell der Bürgerinitiative zur Besetzung von Rhein-Main unterstützt hatte. Doch ohne den Aufruf wäre es nach seiner Meinung zu noch größeren Auseinandersetzungen an der Mauer gekommen, die das Baugelände sichert. Es habe der Plan für einen Totaldurchbruch- bestanden. Nach dem Kabinettsbeschluß der hessischen Landesregierung hätte sich niemand einbilden können, daß es gestern ruhig bleiben würde, meinte Schubart. Er bezeichnete das Verhalten der Landesregierung als einmalig- in der Geschichte der Bundesrepublik und als kalte Verachtung der Verfassung.

Das Ziel dieser Politiker ist, den Widerstand auf einer symbolischen (d.h. wirkungslosen) Ebene zu halten, um ihn mehr oder weniger alternativ in die offiziellen, parlamentarischen Bahnen (AL, Grüne



Liste etc.) zu kanalisieren. Sie wollten nicht aktivieren und wirkungsvollen Widerstand, sondern sehen diese Massenbewegung als Public-Relation-Veranstaltung für eine alternative Wahlbewegung, die sie nächstens in den Hessischen Landtag befördern soll.

Wie das Politiker so an sich haben, wenn's um ihre Macht geht, ist ihnen für ihre Durchsetzung jedes Mittel recht. So interessiert Schubart, Treber, Spahn und Konsorten auch die Bewegung gegen die Kriegsstartbahn 18 West einzig und allein unter dem Aspekt, sie für ihre eigenen, langfristigen, politischen Absichten zu funktionalisieren

Diese Frage nach der Funktionalisierbarkeit von Massenbewegungen ist das Geschäft und das Charakteristikum aller Politiker. Sie haben den größten Bammel davor, daß die Bewegung ihrer Kontrolle entgleitet und eine Eigendynamik entwickelt, die sie mit hinwegfegt. Das wäre dann die Basisdemokratie, die die Politiker nicht meinen. Die Auseinandersetzung mit diesen Machtverhältnissen, Klarheit und ein Bewußtsein davon, was verdeckt abläuft, sind die Voraussetzungen dafür, die Art und Weise des Widerstandes sowie seine Richtung genauer zu bestimmen.

Daß viele davor zurückschrecken, diese Auseinandersetzung mit aller Härte und allen erforderlichen Konsequenzen zu führen, ist vor allem begründet in der Angst vor den radikalen, grundlegenden Veränderungen, die ihre notwendige Folge sind. Daß vielfach die geplante Niederschlagung der Offensive des Widerstands am 7.11. noch fast liebevoll Verarschung genannt wird, ist nur ein Ausdruck der Verdrängung der politischen Ernsthaftigkeit und Bedrohung, die von diesen Ereignissen ausgeht. Die Angst, das traditionelle Weltbild aufgeben zu müssen, die Angst vor einer grundlegenden Änderung unserer Vorstellungen und Lebensäußerungen können wir uns nur gegenseitig in inhaltlichen Diskussionen und praktischen Kämpfen und Kämpfchen überwinden helfen.

Widerstand heißt Kampf und Kampf ist zunächst zu Recht mit Angst verbunden. Aber genau die Angst setzt den Mechanismus in Gang, den Widerstand an die Macher, die Politiker zu delegieren, im traditionellen Rahmen stecken zu bleiben. Delegation von Widerstand gibt es nicht. Diesen Lernprozeß müssen noch viele Leute machen. Es ist auch Aufgabe der Militanten, diesen mit voranzutreiben.

Am meisten lernen wir, wenn wir das, wovon wir reden, auch so gut es geht in die Tat umsetzen.

Damit es gut und immer besser geht, müssen wir vor allem unsere Organisations- und Kommunikationsstrukturen so verändern, daß wir in der Lage sind, den Machern (z.B. in einer Situation wie am 7.11.) praktisch das entgegenzusetzen, was wir für richtig halten und uns nicht mehr von Leuten das Wort reden lassen, die alles andere als unsere Interessen vertreten, müssen wir Strukturen schaffen, die derartige Machtverhältnisse von vornherein ausschließen. Der Ort des praktischen Widerstands ist vor allem anderen draußen im Wald. Die Auseinandersetzung am und der Angriff auf den Bauplatz ist gleichsam der Knackpunkt des gesamten Widerstands. Das haben die Politiker längst begriffen. Vom Widerstand dort müssen sich andere Aktionen ableiten und daher ihre Funktion bestimmt werden. Statt zum Teil ziel- und planlos in der Stadt rumzuziehen, können die für die Startbahn Verantwortlichen aufgesucht werden, wie Börner bei seinem Besuch in Frankfurt, Gries in Langen, Hoffie und Schneider an ihrem Wohnort etc.

Immer klarer wurde in den letzten Tagen (Hausdurchsuchungen, Kriminalisierung, gezielte Hetzkampagnen), daß die Situation von der Landesregierung demnächst eskaliert werden wird. Der Zeitpunkt einer solchen Eskalation war noch nie so günstig wie nach dem 7.11. Ihr Ziel ist, den Widerstand gegen die Kriegsstartbahn endgültig zu zerschlagen.

Darauf müssen wir alle vorbereitet sein und eine Antwort finden.

Wir gehen nicht unter in Niederlagen, sondern in Kämpfen, die wir nicht kämpfen!

# **Aktion gegen das hessische Ministerium für Wirtschaft und Technik, Frankfurt (Dezember 81 [gescheitert])**

Reisst die Mauern ein!

Der angebliche Baustop in Wirklichkeit ein Rodungsstopp ist eine der üblichen Enten. Ein faktischer Rodungsstopp bis Mitte Januar war seit 1 2 Wochen klar. Seine Ursachen sind weder der Rechtsfrieden, noch das, was der Börner sonst so rumplappert, sondern Ausdruck dessen, daß eine Konfrontation am Baugelände über Weihnachten/Neujahr für die Landesregierung nicht durchhaltbar ist die Bullen sind überlastet und dienstmüde. Gut so! Der Baustop bringt die spürbare Entlastung, die wir nötig haben, um uns zu regenerieren, meint der hessische Landesvorsitzende der Bullengewerkschaft Koppmann.

## **Regenerieren wofür?**

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist Mitte/Ende Januar zu erwarten; so sind es allenfalls ein paar Tage, um die sich der Beginn von Baulos 2 verzögert. Ein billiger Preis für ein angebliches Zugeständnis, das die Bewegung noch mehr in Passivität und Defensive zwingen soll.

Das Volksbegehren wird, wie Börner am 16.12. im Landtag zu prophezeien wußte und heute jede(r)m klar ist, vom Staatsgerichtshof (der sich aus 5 Richtern und 6 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die vom Hessischen Landtag bestimmt werden, zusammensetzt) abgelehnt werden.

Danach werden unverzüglich die Rodungen der restlichen 166 ha (!) Wald in Angriff genommen. Sie sollen und müssen, wegen der Verwertbarkeit des kostbaren Holzes, spätestens im März abgeschlossen sein.

Darum sollten wir uns von solchen Scheinzugeständnissen nicht den Blick trüben lassen für das, was bezüglich der Startbahn 18 West in den nächsten Monaten ansteht.

Sorgen wir dafür, daß den Bullen ihre Regeneration unmöglich gemacht wird. Nehmen wir ihnen ihre Atempause schaffen wir uns selbst die Luft zum Atmen!

Schaffen wir uns die Bedingungen für eine offensive Rückeroberung! Dafür ist mehr nötig als Hütten-, Brücken- und Barrikadenbau. Barrikaden wollen verteidigt, Mauern beseitigt werden und Menschen können sich organisieren.

Im Hessischen Ministerium für Wirtschaft und Technik ist heute morgen eine Bombe hochgegangen.

Dort werden zur Zeit drei Großprojekte in Angriff genommen: NATO Startbahn 18 West, Wiederaufbereitungsanlage und Block Biblis C. Weitere Atomkraftwerke sind geplant.

Gegen diesen umfassenden Krieg des Kapitals kann kein punktueller, sondern nur ein ebenso umfassender, gemeinsamer Widerstand erfolgreich sein. Es wird dabei auch und vor allem darauf ankommen, Wege, Formen und Mittel zu finden, die die Möglichkeit und das Ziel beinhalten, Ausbeutung und Unterdrückung, ökologische Zerstörung und Krieg abzuschaffen und einer Gesellschaft Platz zu machen, in der wir Menschen sein können.

Wir haben heute versucht, einen Beitrag zu diesem langen Kampf zu geben.

Schafft viele Revolutionäre Zellen!

## **Aktion gegen Bilfinger & Berger; Frankfurt (Januar 82)**

Wir haben heute Nacht 4 Baufahrzeuge der Firma Bilfinger & Berger, dem drittgrößten Bauunternehmen der BRD, in der Stresemannallee in Frankfurt angesteckt einen VW-Pritschenwagen, einen Bagger und zwei kleinere Planierfahrzeuge. Die Firma Bilfinger & Berger ist u.a. an der Untertunnelung der Okrifteler Straße beteiligt.

## **Aktion gegen Philip Holzmann, Neu Isenburg (Februar 82)**

Ph. Holzmann baut die Mauer im Flughafenwald und ist an vielen anderen Schweineprojekten wie U-Bahn-Bau, Hochhäuser, Stadtsanierung usw. beteiligt. Alles Sachen, die die Umwelt und unseren Lebensraum und Lebenszusammenhang zerstören. Angesichts der vielen Bullen ist es zur Zeit nicht möglich, im Wald effektiven Widerstand zu leisten. Dazu trägt aber auch das Verhalten von Teilen der BIs bei, die den Kampf gegen die Startbahn West nur noch auf parlamentarischem Wege führen wollen und den aktiven Widerstand ablehnen. Deshalb gilt es jetzt, den Widerstand zu dezentralisieren und überall in Städte und Dörfer zu tragen.

## **Aktion gegen Bilfinger & Berger; Wiesbaden (Februar 82)**

Man hat's nicht leicht, wenn man als Baufirma seine Finger mit im Startbahnspiel hat. Wenn dann auch noch eine RZ nen frisierten Feuerlöscher unters Sofa schiebt und selbigen zur Detonation bringt, wie z.B. am 24.2. in Wiesbaden geschehen, dann kann man sich schon zu Recht sabotiert fühlen und muß auch noch 100.000 Märker Sachschaden abschreiben. Die so hart gepeinigte Firma konnte ihre Fassung aber bereits am darauffolgenden Tag wiederfinden, just in dem Moment, in dem BI und A. Schubart sich zur Beileidsbekundung einfanden.

## **Aktion gegen Züblin, Duisburg (März 82)**

In der letzten Woche wurde durch das Urteil des Kasseler Verwaltungsgerichtshofes klar, daß der Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens nicht einmal formalrechtlich korrekt begonnen wurde.

Dennoch dieses Gerichtsurteil wird die Startbahn West nicht aufhalten, die Arbeiten gehen weiter, das Hessische Wirtschaftsministerium schiebt demnächst die wasserrechtliche Genehmigung hinterher, die ökologische Zerstörung der Region Mörfelden-Walldorf soll weitergehen.

Ebenfalls in der letzten Woche wurde deutlich, wie groß die militärische Bedeutung der Startbahn West für US- und NATO-Truppen ist. Über die bereits bekannten Tatsachen hinaus die Startbahn West als Teil der US-Air Base wird zentrale Umschlagstelle für Einsätze der Rapid Deployment Force

im Nahen Osten sein soll sich die BRD in einem Vertrag mit den USA bereit erklärt haben, weitere 10 Flughäfen auszubauen. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, innerhalb von 2 Tagen 6 US-Divisionen das wären einige hunderttausende Soldaten in einem Krisenfall einzufliegen. Die BRD will nicht nur diese 10 Flughäfen ausbauen, sondern auch die Sicherung der Anlagen, Bodenpersonal, Logistik wie Hangars, Tanks und Gebäude übernehmen.

Die Startbahn West hat in diesem Konzept eine zentrale Bedeutung. Ihr enormer militärischer Stellenwert erklärt auch, warum SPD/FDP für die Durchsetzung der Startbahn West den Sturz der hessischen Landesregierung und damit spätestens den Sturz der Bundesregierung riskieren.

Wir haben heute am Verwaltungsgebäude der Fa. Züblin in Duisburg, direkt neben dem Polizeipräsidium, eine Bombe gelegt.

Die Firma Züblin, eine der größten Baufirmen in der BRD, soll in diesem Sommer die Startbahn bauen und ist auch schon an den Vorarbeiten beteiligt. Die Baufirma Züblin hat schon 1944 mit Frauen des KZ Walldorf für die deutsche Luftwaffe die erste Startbahn gebaut. Von ihren damaligen Arbeitskräften, 1.700 KZ-Häftlingen, überlebten nur 12.

Inzwischen hat die Firma Züblin über 1 Milliarde Jahresumsatz, ist am AKW-Geschäft beteiligt, baut den Rhein-Main-Donau-Kanal, U-Bahnen in zahlreichen Städten und dergleichen mehr.

Der Widerstand gegen die Startbahn muß auch direkt gegen die beteiligten Baufirmen, gegen die politisch Verantwortlichen, gegen die Militärs geführt werden. Die Auseinandersetzung um die Startbahn West ist dabei kein regional begrenztes Problem. Der Kampf gegen die Startbahn West verbindet den ökologischen mit antimilitaristischem und antiimperialistischem Widerstand.

Die Aktionen der Revolutionären Zellen im Frankfurter Raum haben in den letzten Monaten in beispielhafter Weise die ökonomische und politische Struktur der Startbahnbauer, der Baufirmen Bratengeier, Bilfinger & Berger, Holzmann, Züblin, das hessische Wirtschaftsministerium, Flugsicherungsanlagen usw. angegriffen.

Neben den Auseinandersetzungen im Wald, den Demos in den Städten hat der Widerstand gegen die Startbahn West mit solchen Aktionen auch die politische Initiative behalten.

## **Aktion gegen Bilfinger & Berger, Mannheim + Dressler KG, Frankfurt (Juli 82)**

Wir haben heute wieder mal zwei Startbahnbaufirmen heimgesucht. An der Hauptverwaltung der Firma Bilfinger & Berger in Mannheim haben wir einen Sprengsatz gezündet. Desgleichen bei der A. Dressler KG in Frankfurt, Elektronstr. 62. Auf Baustellen an der Eschborner Landstraße und am Zoo haben wir mehrere Baufahrzeuge der Firma Dressler in Brand gestzt.

Aus der breiten Protestbewegung gegen die Startbahn West ist eine kleine, dafür umso unbeirrbarere Widerstandsbewegung geworden. Für die allermeisten bedeutete die Zerschlagung ihrer Hoffnungen, ein Großprojekt wie die Startbahn mittels hunderttausendfachem Protest verhindern zu können, Rückzug und Resignation.

Daß sich jetzt auch bei den BIs der Rückzug in Form der Reduzierung von politischen Forderungen (nur noch Nachtflugverbot) und Auflösungstendenzen andeuten, ist nur der Endpunkt einer Politik, die nie über die Protestebene und über traditionelle Formen und Inhalte hinausgehen wollte. Dies zeigt und erklärt gleichzeitig, daß wir unserem Ziel nicht näherkommen, solange Protest und

Widerstand fremd- und nicht selbstbestimmt sind.

Für diejenigen, die nicht aufgehört haben, gegen dieses Wahnsinnsprojekt zu kämpfen, kommt es jetzt darauf an, den Widerstand zu festigen und seine Basis zu erweitern. Das traditionell problematische Verhältnis der Deutschen (Linken) zum Widerstand zwingt uns einmal mehr zu zeigen, daß Widerstand nötig, möglich und sinnvoll ist. Es ist unsere einzige Chance, den Widerstand zu verbreitern und konkret an der Startbahn Teile der Resignierten zurückzugewinnen. Dafür ist es notwendig, das schon bestehende Nebeneinander verschiedener Widerstandsformen zu akzeptieren und auszubauen. Klar ist der Zweck aller Aktivitäten: die Bauarbeiten und den dazugehörigen Polizeiapparat stören und behindern!

Ihre Bandbreite kann sich erstrecken von einem sonntäglichen Kulturprogramm an der Mauer über kollektive Massenaktionen, z.B. Störung des Flugverkehrs durch Luftballons mit Aluminiumstreifen, bis hin zur Zerstörung der Bau- und Überwachungsanlagen und Angriffen auf die Betreiber. Sowohl für die Massenveranstaltungen wie sonntags und mittwochs (Frauen) als auch für nächtliche Attacken aller Art stellt sich die Frage nach der Organisation. Was z.B. die Sonntage betrifft, ist das Problem, das unserer Ansicht nach vorrangig gelöst werden muß, die Kommunikation zwischen den verschiedenen Leuten und Gruppen. Damit meinen wir nicht einen irgendwie aufgeblähten und abgehobenen Apparat, der letztlich nur hemmt, sondern eine wenigstens minimale Verständigung und Verbindlichkeit untereinander. Bisher läuft die nur punktuell und individuell, und damit reichlich zufällig oder gar nicht. Trotz der unterschiedlichen Zusammensetzung der Bewegung Leute mit unterschiedlichen Köpfen, Erfahrungen und Vorstellungen ist diese Frage lösbar und müßte endlich auch mal angegangen werden. Dieser praktisch notwendige Schritt könnte außerdem dazu führen, der Bewegung politisch mehr Inhalte zu geben, die über den Bau der Startbahn hinausreichen und ihn überdauern.

Darüberhinaus müssen die Sonntage besser vorbereitet werden. Es muß mehr Leute geben, die genau wissen, was sie machen wollen und das dann auch durchziehen. Agieren wir hier doch auf einem festgelegten Terrain, das der zwar schwerfälligen, aber militärisch überlegenen Maschinerie der Bullen entgegenkommt. Diese können wir nur mit der Flexibilität und Mobilität von Kleingruppen unterlaufen, die genau planen und angepaßt an die jeweils unterschiedliche Situation zuschlagen können.

Wir denken, daß es gegen die obligatorischen Festnahmen einigermaßen effektive Gegenmaßnahmen gibt, die jede/r selbst treffen kann. Es gibt immer noch unheimlich viele Leute, die ohne Maskerade und mit auffälliger Kleidung vor den Augen der Bullen und Kameras agieren. Es ist ein Leichtes wie sich immer wieder zeigt, die dann herauszugreifen. Gesichtstuch, Kleiderwechsel und ein rechtzeitiger Rückzug können dem erfolgreich entgegenwirken. Einmal abgesehen davon, daß wir uns in die Lage versetzen, Leute auch wirklich wieder rauszuhauen. Viele, die in ihren Aktivitäten darum bemüht sind, eine Vermassung des Widerstand/Sabotage zu erreichen, gehen davon aus, daß dies am ehesten durch die Beteiligung möglichst vieler an Aktionen geschieht. Wir halten dies jedenfalls was konkrete Sabotageaktionen angeht für falsch.

Wir denken, daß das Schielen auf die Massen bei vielen vor allem in der Angst begründet ist, sich die Frage zu stellen, was mann/frau selbst will, bereit ist zu geben und in der Lage ist zu tun.

... Wer das Gras zwar grün, die Wurzeln aber blutrot sieht, steht vorläufig noch allein. Das darf nicht lange so bleiben. Keiner von uns hat viel Zeit... Wer Befreiung verhindern will, lebt gefährlich. Gelaber in Sachen Gewalt findet nicht statt. Die Zustände selbst sind Gewalt. Auch die Frage nach den Massen erweist sich als Müll. Sie verschüttet nur die Frage nach dir selbst. Manche möchten auf diese Frage lieber nicht antworten. Manche möchten lieber tot sein als leben. Manche freuen sich auf

Weihnachten. (Christian Geissler: Wird Zeit, daß wir leben)

Die Vermassung von Widerstand/Sabotage erreichen wir durch erfolgreiche Aktionen, durch die praktische Demonstration, daß Widerstand möglich und für jede/n in irgendeiner Form machbar ist. Dadurch kriegen auch andere den Mut und die Kraft, selbst das zu tun, was sie richtig finden (und nicht nur zuzusehen und Beifall zu klatschen).

Teile der Bewegung sind in den letzten Monaten verstärkt dazu übergegangen, konkrete Sabotage sowohl auf dem Baugelände selbst (Baufahrzeuge, Flutlichtanlagen etc.) als auch in den Städten (Angriffe auf Baufirmen, -fahrzeuge) zu praktizieren.

Dem entspricht umgekehrt das zunehmende Totschweigen militanter Aktionen durch Betreiber und Presse. Von vielen Aktionen erfährt mann/frau nur zufällig, von vielen anderen sicherlich überhaupt nichts.

Genauso wichtig, wie die Aktion selbst, ist es auch, sie öffentlich zu machen. Widerstand, den keiner mitkriegt, kann auch niemandem Kraft, Mut und Anregung vermitteln.

In diesem Zusammenhang wollen wir nochmal was zu uns sagen: Wir haben uns noch nie als abgeschlossene und über allen anderen stehende Organisation verstanden und tun es auch heute nicht. Das Konzept der RZ besteht gerade darin, offen für alle zu sein, die es richtig finden, sich der Politik der Revolutionären Zellen zuzuordnen und sie praktizieren wollen.

Gerade im letzten Jahr hat sich durch die Massivität unserer Aktionen vor allem zur Startbahn und zum NATO-Gipfel32 im Juni ein ohnehin existierender Mythos vom bewaffneten Kampf wieder verstärkt. Dieser Mythos wird auf der anderen Seite von den Bullen noch kräftig untermauert, indem sie uns mindestens einmal monatlich als mittlerweile größte terroristische Gefahr präsentieren. Das, wie auch Henker Rebmanns mit hübschen Bildchen garnierte Fahndungsblättchen vom Frühjahr, zielt ganz klar darauf ab, eine Distanz zwischen uns und euch aufzubauen. Sie wollen uns als straighte fighter, Heroen hinstellen; für euch unerreichbar. Vor was sie so viel Angst haben, sagen sie denn auch ganz offen: unsere Zugehörigkeit zu Massenbewegungen wie auch vor der für sie nicht greifbaren, aber für alle Militanten offenen und praktikablen Organisationform

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora  
ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Vorbemerkung

## Widerstand gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß

Gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß im Dezember 1979 zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa entwickelte sich eine breite Friedens- und Anti-Kriegs-Bewegung, die Hunderttausende mobilisierte und zur bislang wohl größten außerparlamentarischen Protestbewegung der BRD wurde. Diese Bewegung setzte sich aus unterschiedlichen teilweise gegensätzlichen politischen Strömungen zusammen.

## Die Anti-Kriegs-Bewegung

Die Anti-Kriegs-Bewegung wurde überwiegend von Linksradikalen aus dem autonomen und antiimperialistischen Spektrum getragen. Der Auslöser für diese Bewegung, die den Widerstand gegen die NATO, gegen Krieg und Imperialismus zu ihren zentralen Themen machte, war die militante Demonstration gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980 in Bremen. Die Linksradikalen mobilisierten im September 1980 gegen die NATO-Herbstmanöver in Hildesheim, aus ihren Reihen kamen auch die Gruppen, die Munitionstransporte beobachteten und blockierten, und die Krieg dem Krieg-Initiativen.

In den folgenden Jahren initiierten sie mehrere große, z.T. militante Demonstrationen

im September 1981 in Berlin gegen den US-Außenminister und ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber Haig, ein Jahr später, am 11. Juni 1982, ebenfalls in Berlin, gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan anlässlich eines NATO-Gipfeltreffens.

Im Sommer 1983 demonstrierten sie gegen den Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Krefeld. Gleich zu Beginn zerschlugen SEK-Einheiten diese Demonstration, viele Demonstranten wurden zum Teil schwer verletzt. Von den Festgenommenen wurden einige zu Haftstrafen bis zu 2 Jahren verurteilt.

## Die Friedensbewegung

In der Friedensbewegung fanden sich u.a. pazifistische, kirchliche und sozialdemokratische KriegsgegnerInnen, ehemalige K-Gruppen-Mitglieder oder auch diejenigen, die zuvor in Bürgerinitiativen, z.B. gegen AKWs, gearbeitet haben, zusammen.

Um eine möglichst breite Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen, setzten sie Gewaltfreiheit als Voraussetzung für ihre Aktionen durch und mobilisierten anfangs unter der Parole Frieden schaffen ohne Waffen. Diese Beschränkung führte unter anderem dazu, daß bei der ersten großen Friedensdemonstration im Oktober 1981 in Bonn ein Vertreter verschiedener bewaffnet kämpfender Befreiungsbewegungen wieder eingeladen wurde, der in seiner Rede auf die in der 3. Welt herrschenden Kriege hinweisen wollte, darauf, daß Friede in der 3. Welt nicht allein Nicht-Krieg bedeutet, sondern nationale Unabhängigkeit, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Identität, das Ende der alltäglichen Gewalt, der ungerechten Strukturen, des Hungers, des Elends, des Terrors der Herrschenden. Er wurde von den Organisatoren am Reden gehindert, da sein Redebeitrag ein politisches Manifest sei und daher nicht auf die Kundgebung einer Friedensbewegung gehöre.

Diese Haltung wurde jedoch innerhalb des folgenden Jahres modifiziert, auch unter dem Einfluß der zahlreichen Dritte-Welt-Gruppen, die sich auch in der Friedensbewegung engagierten. Sie gehörten auch zu den Initiatoren der Demonstration gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan

zum NATO-Gipfel am 10. Juni 1982 in Bonn, an der ca. 500.000 Menschen teilnahmen.

Eine zentrale Motivation in der Friedensbewegung war die Angst vor einer atomaren Vernichtung der BRD als dem Schlachtfeld, auf dem die Supermächte USA und Sowjetunion ihren Machtkampf austragen würden. Aus dieser Haltung resultierte nicht nur die Einschätzung der deutschen Bevölkerung als Geisel der USA, sondern auch die häufige Weigerung, weltpolitische Zusammenhänge und Interessen auch der deutschen Regierung zur Kenntnis zu nehmen.

## **Spaltung und Distanzierung**

Von Sprechern der offiziellen Friedensbewegung wurde die Ausgrenzung der Linksradiكالen, die die weltpolitischen Zusammenhänge thematisierten und praktische Aktionen unternahmen, mittels der Gewaltfrage immer weiter vorangetrieben. Sie setzten das Prinzip der Gewaltfreiheit in ihrem Einflußbereich durch, distanzierten sich von militanten Aktionen und arbeiteten eng mit dem Staatsapparat zusammen. So war die Leitung der Demonstration in Bonn 1982 durch eine direkte Standleitung mit der polizeilichen Einsatzzentrale verbunden, um der Polizei bei der Ergreifung von Störern und Chaoten behilflich zu sein. Später wurde bekannt, daß sich Sprecher der Friedensbewegung an De-Eskalationsgesprächen mit Vertretern der Polizei, des Innen- und des Verteidigungsministeriums und des Militärs beteiligten.

Die linksradikale Anti-Kriegs-Bewegung versuchte weiterhin, vor allem auf lokaler Ebene Bündnisse mit Teilen der Friedensbewegung aufrechtzuerhalten, um ihre politischen Positionen zu vermitteln und Einfluß auf die Friedensbewegung zu nehmen. Bei der Anti-Bush-Demonstration in Krefeld 1983 zeigte sich jedoch, daß sie politisch isoliert war, als der harte Polizeieinsatz gegen die autonomen und antiimperialistischen Gruppen von Sprechern der Friedensbewegung gerechtfertigt, sogar begrüßt wurde, ohne daß sich nennenswerter Protest von der Basis regte.

Nach der Stationierung der Mittelstreckenraketen im Herbst 1983 zerfiel die Friedensbewegung: In der Anti-Kriegs-Bewegung wurden bis 1986 die Blockaden von Munitionstransporten und des NATO-Herbstmanövers 1984 fortgesetzt.

## **Die Revolutionären Zellen und die Rote Zora**

schreiben angesichts dieser Entwicklung Ende 1983 die Analyse Krieg Krise Friedensbewegung mit dem Untertitel In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod. Sie kritisieren den Eurozentrismus und die klammheimliche Lust am Weltuntergang der Friedensbewegung als Entwicklung, die ungewollt oder beabsichtigt keine Perspektive von Klassenkampf und Befreiung enthalten würde. In der Proklamation von Gewaltfreiheit als allem übergeordneten Prinzip würden alle Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele aus der Hand gegeben.

Sie setzen dem die Analyse der politischen Zusammenhänge, der Rolle der BRD innerhalb der NATO, der politisch-ökonomischen Situation in den Ländern der 3. Welt entgegen.

Um die behauptete Bedrohung aus dem Osten zu widerlegen, stellen die RZ/Rote Zora in dem Kapitel Der Ostblock ein blinder Fleck in der politischen Geographie der Linken die wirtschaftliche Lage und die Ziele der Sowjetunion denen des Westens und der NATO gegenüber und kommen zu dem Ergebnis, daß die Stationierung der Mittelstreckenraketen einer der letzten Schritte zur Unterwerfung des Ostblocks unter die Interessen des Imperialismus sei.

Im letzten Teil gehen sie nochmals auf die Entpolitisierung der Friedensbewegung und die Zunahme nationaler Positionen ein und regen eine Diskussion über Strategien und Ziele an, die sich an der



Klassenfrage und dem Internationalismus orientiert.

Auch wenn der Text erschien, als sich die Friedensbewegung als Massenerscheinung weitgehend aufgelöst hatte, erreichte er jedoch die wohl weiteste Verbreitung von allen bisherigen theoretischen Erörterungen der RZ. Durch Veröffentlichungen in der taz und vielen Nachdrucken in kleineren Zeitungen ging er über den Rezeptionsbereich der linksradikalen Szene hinaus.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 735 ff.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Krieg Krise Friedensbewegung In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod Dezember 1983

Wir haben das Phänomen Friedensbewegung bis heute nur in einzelnen Aktionen praktisch kritisiert und uns theoretisch in der Öffentlichkeit bisher so gut wie gar nicht darauf ein- oder dazu ausgelassen. Das heißt nicht, daß wir die Dringlichkeit einer systematischen Auseinandersetzung bestreiten. Vielmehr hat uns die Entwicklung, die diese Bewegung gerade im Vorherbst genommen hat, großen Überdruß bereitet und unsere Lust dazu ziemlich blockiert. Darüberhinaus hat sich einiges in uns gesträubt, zum Regierungsdatum heißer Herbst wie von oben bestellt und durch den Verfassungsschutzpräsidenten bereits angekündigt als Teufel aus der Kiste zu springen und unsere radikale Pflicht zu tun.

Wir bestimmen unsere Zeitpunkte, Ziele und Interventionsformen gerne selbst und meiden soweit möglich staatlich verordnete Höhepunkte. Der Entschluß, uns nur punktuell auf die Friedensbewegung zu beziehen und nicht unsere gesamte Kraft darauf zu verwenden, die lauwarmer Herbstsuppe auszulöffeln und ihr ein wenig militante Würze beizusteuern, entspricht jedoch nicht nur einer taktischen Zurückhaltung, sondern begründet sich in erster Linie in umfassenden inhaltlichen Kontroversen, die uns erst mit der Zeit in ihrer Tragweite bewußtgeworden sind und die wir deshalb im folgenden zu einer möglichst breiten und hoffentlich heftigen Diskussion stellen wollen. Dabei ist uns klar, daß die Analyse des inneren Zusammenhangs von Krise und Krieg nur ein Aspekt ist, um an der imperialistischen Verplanung der Zukunft Risse und Brüche auszumachen, an denen sich neue Revolten entzünden werden. Daß Widerstand und Aufruhr ihrer eigenen Logik folgen, ökonomische Tendenz und soziale Praxis also nicht automatisch zusammenfallen, steht auf einem anderen Blatt, das noch geschrieben werden muß.

## **Bewegung ist nicht alles!**

Die Diskrepanz ist offensichtlich

während Kapital und Staat ihre Krisenstrategie durchsetzen und in anderen Regionen bereits an ganzen Völkern exekutieren, ist in den Metropolen die Kriegsgefahr zum alles beherrschenden Thema geworden. Weder die gezielte Politik der Verarmung noch die tatsächlichen Kriege, die der Imperialismus an verschiedenen Fronten der 3. Welt anzettelt, sondern eine eher abstrakte Vernichtungsdrohung mobilisiert die Menschen in den Zentren zu Hunderttausenden. Nicht eine revoltierende, klassenkämpferische, sondern eine Katastrophenkultur macht sich breit und wird von oben nach Kräften geschürt. Die berechtigte Angst vor sozialer Verelendung, ökologischer Verödung und den möglichen Folgen atomarer Hochrüstung wird übersetzt in die wahnhaftige Vorstellung von dem alles vernichtenden Untergang, der nur noch Opfer und keine Täter mehr kennt.

Apocalypse now! scheint das Leitmotiv einer Epoche zu werden, die sich materiell auf Umstrukturierungen von gigantischem Ausmaß zubewegt. Die klammheimliche Lust am Weltuntergang wird zur metropolenspezifischen Reaktion auf eine neue Ära voller unerträglicher Widersprüche, die nur Vorboten jener Umwälzungen sind. Schon einmal während der 20er Jahre erwies sich, was als Untergang des Abendlandes<sup>1</sup> interpretiert und erlebt wurde, als globale Krise der Kapitalakkumulation, die bekanntlich nicht das Ende der Welt, wohl aber einen weiteren Abschnitt kapitalistischer Entwicklung einleitete, an deren Ausgangspunkt Faschismus und ein verheerender Krieg standen. Wo sich Endzeitstimmung breit macht, ist kein Raum mehr für soziale Utopien. Der

Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben steht zurück hinter der Frage des nackten Überlebens. Jeder Ausweg legitimiert sich von selbst, wenn er nur Hoffnung auf Rettung verspricht. Was immer unterhalb der Schwelle der Katastrophe daraus erfolgt, es dient der Abwendung eines vermeintlich größeren Übels. Die Drohung mit dem Weltuntergang verschafft den staatlichen Souveränen das Mittel, um jedes Opfer nach innen durchzusetzen und vergleichsweise zweitrangig erscheinen zu lassen.

Wie einst der Club of Rome<sup>2</sup> oder rechte Ökologen im Namen der Natur einklagten, was vor allem die Krise verlangte, nämlich Bereitschaft zum Verzicht angesichts des drohenden Ruins sämtlicher Grundlagen menschlicher Existenz auf diesem Planeten, so beschwören heute Teile des Friedensbündnisses die atomare Apokalypse, um politische Enthaltensamkeit zu predigen. Frieden statt Politik hieß es auf der Bonner Kundgebung<sup>3</sup> vor zwei Jahren, wo einem Sprecher verschiedener Freiheitsbewegungen aus eben diesem Grund das Wort entzogen wurde, als er sagen wollte, was dort unter Frieden verstanden wird: Friede in unseren Ländern bedeutet nicht allein Nicht-Krieg-. Friede heißt für uns nationale Unabhängigkeit, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Identität. Friede heißt für uns das Ende der alltäglichen Gewalt, der ungerechten Strukturen, des Elends, des Hungers, des Terrors der Herrschenden.

Es ist nur folgerichtig, wenn staatliche Politik hier nicht mehr an ihren bewußt geschaffenen Fakten und imperialistischen Planungen gemessen wird, sondern deren Macher als Gefangene einer bedrohlichen Lage entschuldigt werden, der es nun gilt, gemeinschaftlich Herr zu werden. Beifall und Sympathie erntete Willy Brandt, als er auf dem letzten Kirchentag über die Ohnmacht der Mächtigen lamentierte, die zwischen Zweifel und Zuversicht zerrieben würden. Die Theorie vom Rüstungswettlauf kennt abgesehen von einem dümmlichen Westernhelden<sup>4</sup> und sonstigen ausgemachten Bösewichtern vom Schlage eines Weinberger<sup>5</sup> nur noch Verlierer und keine Veranstalter mehr. Kritik an der Rüstungseskalation entwickelt sich nicht zur Fundamentalopposition gegen die Ziele imperialistischer Politik, die mit den Mittelstreckenraketen abgesteckt werden, sondern bleibt Korrektiv eines Regimes, das die Konsequenzen seines Handelns angeblich nicht überblickt. Die Politik des Imperialismus wird von ihrer ökonomischen Basis gelöst und einer vergleichsweise besseren, vom Willen und Gewissen ihrer Repräsentanten angeblich unabhängigen, bürgerlichen Politik auf derselben Grundlage gegenübergestellt. Als wäre der Sinneswandel der SPD in Sachen Stationierung tatsächlich Ergebnis eines parteiinternen Läuterungsprozesses und nicht banale Folge des Machtverlustes! Wer Krieg nur als abstrakte Gefahr und die atomare Vernichtung vor allem als technologisches Risiko diskutiert, erteilt deren Betreibern Generalabsolution. Er attestiert staatlicher Politik indirekt, was deren Vertreter ohnehin unablässig von sich behaupten: daß die Bewahrung des Friedens ihr ureigenstes Anliegen sei und man sich lediglich im Weg zum selben Ziel unterscheide. Der Protest gegen die Nachrüstung versackt so in der Debatte um Fragen der Sicherheitspolitik, die pazifistischen Ambitionen verkehren sich in Lektionen über alternative Wehrkunde. Die Stationierung der Raketen soll nicht gegen den Willen der Regierung, sondern kraft Überzeugung und besserer Argumente verhindert werden. Eben deshalb bleiben so viele Aktionsformen aus den Reihen der Friedensbewegung von der Unterschriftensammlung bis hin zum frömmelnden Fasten, dessen Effekt in erster Linie in der Genugtuung über die eigene Opferbereitschaft besteht stets Appell an die Vernunft, getragen von der durch nichts zu belegenden Hoffnung, daß gute Gründe oder Moral und nicht etwa die Notwendigkeiten der Kapitalverwertung den Machthabern die Maßstäbe diktieren, die sie ihren Entscheidungen zugrunde legen. Eine solche Politik gewinnt die Anhängerschaft, die sie verdient! Jenes breite Bündnis, auf das sich die Sprecher der Friedensbewegung zum Beweis ihrer vermeintlichen Stärke zu gerne berufen, war nur um den Preis der Unterdrückung sozialrevolutionärer und antiimperialistischer Inhalte zu kriegen und auf Dauer zusammenzuhalten. Die hektischen Reaktionen und kriecherischen Distanzierungen von den Blutspritzern<sup>6</sup> im hessischen Landtag offenbaren nicht nur, wie schmal der Konsens ist, sondern vor allem, daß er immer wieder gegen links durchgesetzt und behauptet werden muß. Und

wenn dieselben Leute zum hundertsten Mal daherbeten, daß die Perspektiven der Friedensbewegung in ihrer Verbreiterung liegen und deshalb jegliche Eskalation an der Spitze eben diesen Perspektiven abträglich sei, so meint das nichts anderes, als daß die Ausschaltung eines linken Radikalismus in diesem Land noch allemal honoriert wird und zumindest demoskopisch positiv zu Buche schlägt. Dennoch geht man von falschen Voraussetzungen aus, wenn diesen Leuten heute von Seiten der Autonomen Verrat vorgeworfen wird. Es ist widersinnig, eine in ihrer Mehrheit bürgerliche Protestbewegung mit dem Maßstab revolutionären Widerstands zu messen, um ihr dann ihre Halbheiten vorzuhalten. Ein solcher Vorwurf zeugt weniger vom Ausverkauf der Friedensbewegung durch deren Verwalter, als vielmehr von den enttäuschten Erwartungen auf Seiten des autonomen Spektrums.

Wieder einmal hat sich die falsche Hoffnung, daß die Bewegung vielleicht doch alles und das Ziel nur zweitrangig ist, als Trugschluß erwiesen, dessen Folgen in erster Linie wir alle auszubaden haben. Hinterher ist man meistens schlauer: eine falsche Politik wird nicht dadurch richtiger, daß man sie von innen her zu radikalieren versucht. Allzu schnell sind die Ansätze eines radikalen Antimilitarismus, die im Widerstand gegen die öffentliche Rekrutierung in Bremen und Hannover<sup>7</sup> zum Tragen gekommen waren, auf der Strecke geblieben. Anstatt diese Ansätze weiterzutreiben hin zu einer umfassenden autonomen Gegenbewegung, die nicht bei der Raketenfrage stehenbleibt, sondern die Verhältnisse angreift, die die Vernichtungswaffen hervorbringen, und den bürgerlichen Pazifismus mit einer solchen Gegenbewegung praktisch zu konfrontieren, wurden in der Hoffnung auf die gegenseitige Potenzierung verschiedener Protestebenen und nicht zuletzt mangels eigener Perspektiven Vermittlungsmöglichkeiten gesucht. Die Orientierung des autonomen Spektrums an der Friedensgemeinde hat jedoch nicht zu der erhofften Vielfalt unterschiedlicher Aktionsformen, zur Synthese von Massenprotest und Militanz geführt, sondern zu deren Anpassung an einen von Realpolitikern kontrollierten Rahmen. Die faktische Beschränkung auf das von der offiziellen Friedensbewegung vorgegebene, angeblich erreichbare Nahziel Keine Pershing 2 und das heißt die Abkoppelung der Stationierung von ihrem imperialistischen Zweck ist nicht nur auf gefährliche Weise falsch, weil sie die Waffen und nicht die Menschen, die sie dirigieren, in den Mittelpunkt des Problems rückt. Sie impliziert darüberhinaus die Neutralisierung sozialrevolutionärer Zielsetzungen, da der Rückschluß auf die unmittelbare Betroffenheit aller Menschen dieses Landes dem Widerstand jeglichen klassenpolitischen Bezug nimmt. Die Differenz zum Bürgerprotest reduziert sich so leicht auf die abstrakte Gewaltfrage und dies auf einem Terrain, auf dem Militanz ohnehin kaum eine Chance hat, als tatsächliche Alternative begriffen zu werden. Denn durch die Konzentration auf Militärstützpunkte und Ministerien, also auf die Bastionen der Macht, wo sie am stärksten und am besten gerüstet ist, wird jeglicher Aktionsdynamik der Spielraum genommen. Hier gibt es für uns bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nichts zu gewinnen, weil wir auf diesem Terrain nicht die Wahl der Waffen haben. Für den Schwächeren ist die Bestimmung des Orts der Auseinandersetzung von entscheidender Bedeutung und unsere einzige reelle Chance. Sonst überlassen wir den Protagonisten des plattesten Widerstandssymbolismus in Form von Körperblockaden, Menschenteppichen und Die-In's<sup>8</sup> von selbst das Feld.

## **Die Probleme des US-Imperialismus und die Wunderwaffe**

Was immer über den Zweck der NATO-Nachrüstung gesagt oder geschrieben worden ist es geht davon aus, daß die militärische Eskalation Ausdruck der Schwächung des US-Imperialismus ist. Angeschlagen durch eine Serie von Niederlagen in der 3. Welt, die die Sowjetunion sich zunutze gemacht hat, um in das jeweils entstandene Machtvakuum nachzurücken und dort Bastionen des realen Sozialismus zu etablieren, und unter dem wachsenden Druck der einstigen Satelliten Westeuropa und Japan, die sich mit der Zeit zu bedrohlichen Konkurrenten gemausert haben, gehen demnach die USA auf Konfrontationskurs, um das internationale Kräfteverhältnis noch einmal zu

ihren Gunsten zu gestalten. Die Stationierung der Mittelstreckenraketen erscheint als geradezu genialer Schachzug, um die verschiedenen Probleme auf einen Schlag in den Griff zu kriegen

Der Ostblock wird durch die Cruise Missile und die Pershing erpreßbar und zumindest zu weltpolitischer Neutralität gezwungen.

Dadurch bekämen die USA wieder freie Hand in den bevorstehenden konventionellen Kriegen im Mittleren Osten und Zentralamerika.

Und schließlich würden der Konkurrenz aus dem eigenen Lager über die atomare Abhängigkeit die Grenzen gesteckt. Die BRD würde zum Faustpfand im Krieg der USA gegen die 3. Welt, zur Geisel, die gleichzeitig im Zuge der Bereinigung innerimperialistischer Widersprüche geopfert werden kann. Daß die neue Aufrüstungsphase und die damit einhergehende Verschärfung internationaler Gegensätze Ausdruck tiefgreifender ökonomischer und politischer Veränderungen in der Welt ist, ist unbestritten. Wir glauben allerdings mittlerweile, daß die genannten Erklärungsversuche, die sich wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung und erst recht mit unterschiedlichen Schlußfolgerungen bei den meisten Fraktionen aus dem breiten Spektrum der Friedensbewegung finden lassen, dem eigentlichen Zweck der Stationierung und den imperialistischen Interessen, die hinter den militärstrategischen Entscheidungen stehen, nur zum Teil oder auch gar nicht gerecht werden.

## **Die BRD Geisel oder die Nr. 2 der NATO**

Weder die Tatsache, daß die BRD als Projekt der amerikanischen Nachkriegsordnung gegründet worden ist, noch der Umstand, daß das deutsche Kapital diese Chance zu nutzen verstanden hat, um auf der Grundlage funktionierender Ausbeutung und wohl fundierter politischer Macht sich auch weltweit wieder Respekt und Einfluß zu verschaffen, begründen die Annahme, daß sich die USA nun neokolonialer Praktiken bedienen und uns unter Ausnutzung ihrer Rechte als Besatzungsmacht atomare Raketen aufzwingen, um so einen lästig gewordenen Konkurrenten in die Enge zu treiben und nötigenfalls auf dem nuklearen Schlachtfeld zu opfern. Es sind auch Großmachtphantasien, die dazu verleiten, aus der Banalität, daß deutsche Interessen dort an ihre Grenzen stoßen, wo gemeinsame Belange des westlichen Lagers berührt sind, den Schluß zu ziehen, daß es um die Eigenständigkeit der BRD schlecht bestellt ist.

Zwar ist die Souveränität nur im Rahmen und zu den Konditionen der pax americana<sup>9</sup> zu haben, aber diese Bedingung war und ist allemal die Garantie für den unnachahmlichen Höhenflug dieser Republik zum Modellstaat. Zwar produzieren die Notwendigkeiten der Kapitalverwertung stets aufs neue Rivalitäten zwischen den Hauptzentren der Kapitalakkumulation, versucht sich eine Seite auf Kosten der anderen (und in der Regel auf dem Rücken dritter) ökonomisch nutzbaren politischen Vorteil zu verschaffen. Aber dieses Gerangel innerhalb der Trilateralen um Marktanteile und Einflußzonen ist weniger Beleg für wachsende grundsätzliche Interessensdifferenzen, sondern eher dafür, mit welchem Feuereifer sie dem gleichen, gemeinschaftlichen Geschäft nachgehen, das bekanntlich durch Konkurrenz belebt wird. So treten all diese Konkurrenzen letztlich zurück hinter dem von den USA gesetzten und den übrigen Staaten des westlichen Bündnisses nachvollzogenen gemeinsamen Willen der verschiedenen Abteilungen, ihre Interessen möglichst noch im letzten Winkel dieses Planeten durchzusetzen.

Instrument dieses gemeinsamen Interesses ist die NATO. Die BRD als unbestrittene Nr. 2 innerhalb dieser supranationalen Struktur der Westmächte ist nicht Faustpfand sondern Pfeiler der NATO und begründet umgekehrt eben gerade darauf ihre Macht. Die Stationierung entspringt nicht dem Zwang, sich im Gefolge amerikanischer Hegemonialpolitik bewähren und wenn es denn unbedingt sein muß auch ans Messer liefern zu müssen, ist nicht Rückfall in die Bedeutungslosigkeit, sondern ein weiterer

Meilenstein auf dem Erfolgsweg dieser Republik. Sie ist das Ergebnis der wirtschaftlichen und politischen Weltmachtstellung, die sich in der Übernahme militärischer Verantwortung beweist. Es ist auf Dauer kein deutsches Vorrecht, nur Nutznießer einer Situation zu sein, für die andere, wie die USA, Großbritannien und Frankreich, die Voraussetzungen schaffen. Ein deutscher Beitrag in der einen oder anderen Form könnte eines Tages unausweichlich sein. (Schenck/SPD)

Die Zeiten also, in denen die anderen die Drecksarbeit machen mußten, während der BRD-Staat lediglich zahlt und sich im übrigen immer unter Verweis auf seine historische Erblast den eleganteren Methoden imperialistischer Durchdringung widmete, nähern sich endgültig ihrem Ende. Die Neudefinition des NATO-Auftrages, nämlich die Sicherung vitaler Interessen außerhalb Europas oder im Klartext: Die ganze Welt ist Sache der NATO (Haig10), verlangt eine neue innerimperialistische Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsstaaten. Die BRD wird im Rahmen dieses arbeitsteiligen Konzepts neben den USA, Großbritannien, Frankreich und dem Nicht-NATO-Mitglied Japan zum Kern einer Gruppe von Schlüsselstaaten, die in der ihrer Zuständigkeit unterworfenen Region für Ordnung zu sorgen haben. Wie sehr sich die BRD diese Verantwortung zu Herzen genommen hat, kann man u.a. den Berichten über Folter und Mord in der Türkei entnehmen. Dieses strategisch so wichtige Land an der Südostflanke der NATO mußte innerhalb kürzester Zeit mit Krediten und militärischer Ausrüstung zum Ersatz für den Iran hochgezogen werden. Daß sich ein solches Programm nicht mit den geheiligten Prinzipien von Frieden, Freiheit und Demokratie, sondern nur mit der terroristischen Gewalt einer Militärjunta umsetzen läßt, ist bittere Routine im politischen Geschäft. Von sanfter Tour, die dem BRD-Imperialismus nachgesagt wird, kann da kaum die Rede sein. Sie stößt sehr schnell an ihre Grenzen, wenn elementare Positionen und Vorteile der Allianz auf dem Spiel stehen.

Die Stationierung der Pershing 2 auf westdeutschem Boden hat nichts mit Selbstaufgabe und dafür umso mehr mit der Entwicklung der BRD zu einem der Schlüsselstaaten der NATO zu tun. Anders als Großbritannien oder Frankreich, deren Armeen direkt an den Fronten der 3. Welt aufmarschieren sollen oder bereits aufmarschiert sind (Libanon/Tschad11/Malvinen12), muß sich die BRD vor allem in ihrer Funktion als vorderste Linie im Ost-West-Konflikt bewähren. Sie ist keineswegs nur Drehscheibe, nur Hinterland des militärischen Nachschubs für einen Krieg, den andere ausfechten. Das Wartime Host Nation Support Agreement verpflichtet die BRD, jene Lücken zu schließen, die ein Abzug von US-Truppen infolge eines Waffengangs im Mittleren Osten reißen würden. Im Zuge der Nachrüstung soll ein westeuropäisches Gleichgewicht zum Warschauer Pakt13 hergestellt werden, der NATO-Zweck soll von Westeuropa aus allein durchsetzbar sein. Kein Wunder also, daß die russischen Diplomaten in Genf14 mit ihrer Forderung nach Berücksichtigung der englischen und französischen Atomwaffen beim Hochrechnen der Megatonnen wieder und wieder auf Granit gestoßen sind.

Jene von Teilen der Friedensbewegung genährte Legende von der Geisel Europa und vom Faustpfand BRD, die in erster Linie den westdeutschen Imperialismus verharmlost, stellt die Verhältnisse auf den Kopf. Mit der Nachrüstung verschafft sich die NATO den strategischen Vorteil, die Schlachtfelder der Zukunft wieder selbst definieren, d.h. den Kampf zum Gegner tragen zu können (Airland-Battle). Die Epoche, wo Kriege zwischen den Blöcken nur auf dem Niveau des atomaren Schlagabtauschs und um den Preis gegenseitiger Auslöschung denkbar waren, geht zu Ende. Die Kriegsgefahr besteht nicht etwa in der abstrakten Möglichkeit einer atomaren Katastrophe als Folge der Produktion und Lagerung von overkill-Kapazitäten eine Möglichkeit, die in der BRD (und keineswegs nur hier) bekanntlich seit Jahrzehnten gegeben ist sie besteht vielmehr darin, daß die NATO-Staaten mit den qualitativ neuen Waffensystemen Kriege für sich wieder kalkulierbarer gemacht haben. Die Konstruktion der Pershing 2 bedeutet Option zum strategischen Erstschlag. Ihre technischen Eigenschaften wie Präzision, Flugdauer und Reichweite erlauben es, atomare Gefechte unterhalb des allgemeinen Infernos zu inszenieren und zwar dort, wo man den Gegner stellen will. Der Rogers-Plan15, das Konzept Airland-Battle16 zum Teil mit Erleichterung aufgenommen, wird doch Krieg scheinbar wieder auf

das erträgliche Niveau konventioneller Waffengänge zurückgeschraubt geben den Rahmen ab, innerhalb dessen die Nachrüstung ihren Sinn bekommt. Sie eröffnet mit der Fähigkeit des westlichen Imperialismus zum wenn auch noch so verheerenden Sieg eine neue Ära, in der der Möglichkeit, unterhalb dieser Schwelle weltweit und umfassend sowohl ökonomisch wie auch politisch erpressen zu können, keine Schranke mehr gesetzt sein soll. Widersetzen sich die Opfer diesen Manövern, so werden aus ihnen Aggressoren gemacht, die eine militärische Antwort herausfordern.

## **Imperialismus und 3. Welt**

### **der Bankrott nationaler Entwicklungsmodelle**

Während die Mehrheit der Friedensbewegung von der Angst umgetrieben wird, sie selbst, unser Land, ja ganz Europa könne Schlachtopfer im Kampf der Supermächte werden, hat die radikale Linke immer wieder versucht, diese eurozentristische und rassistische Einengung zu durchbrechen und die Kriege, Völkermord- und Vernichtungsstrategien ins Bewußtsein zu rücken, die der Imperialismus mitten im 40jährigen Frieden in ununterbrochener Folge an den Völkern der 3. Welt exekutiert hat. Diese richtige Diskussion über die trikontinentale Dimension der neuen NATO-Strategien rückte gleichzeitig die Stationierung in ein anderes Licht. Sie war Beweis für die aggressive Gegenoffensive des durch Vietnam, Ölkrise<sup>17</sup>, Iran, Nicaragua usw. in seiner Vormachtstellung bedrängten US-Imperialismus, der überall, wo er in dieser Welt auf seine Grenzen stößt, die Sowjetunion als Drahtzieher ausmacht und diese mit seinen qualitativ neuen Waffensystemen nun zwingen will, die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen in der 3. Welt einzustellen. Es ist unbestritten, daß die Voraussetzungen für die trikontinentalen Befreiungskämpfe ohne die Sowjetunion denkbar schlechter wären und allein schon die Existenz einer konkurrierenden Großmacht direkte militärische Intervention der imperialistischen Staaten riskanter macht. Trotzdem ist die Neutralisierung der Sowjetunion unserer Meinung nach nicht der Hauptzweck der Nachrüstung. Ob angeschlagen oder führungsschwach, die wirtschaftliche, politische und militärische Potenz des imperialistischen Lagers gibt ihm auch ohne Nachrüstung die Macht, den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas seine zerstörerischen Ausbeutungs- und Vernutzungsbedingungen aufzuherrschen bzw. die Früchte ihrer schwer erkämpften Siege so bitter zu machen und zu vergiften ein Erbe, mit dem z.B. Vietnam auf Generationen zu kämpfen hat.

Die überwiegende Mehrheit der Länder der 3. Welt ist heute durch die Metropolen in einem Ausmaß ruiniert, das zur Verzweiflung treiben kann. Meist ist die Selbstversorgung dieser Völker so umfassend zerstört worden, daß sie zu ihrem physischen Überleben auf Nahrungsmittelimporte aus den Zentren angewiesen sind. Die Zerstörung der Subsistenzwirtschaft war von Anfang an erklärtes Ziel der imperialistischen Entwicklungsstrategie. So beklagt die Trilaterale auf ihren Weltwirtschaftsgipfeln unter dem Stichwort Welthungerkatastrophe keine Fehlentwicklung, sondern kann sich bescheinigen, auf ganzer Linie erfolgreich gewesen zu sein. Ebenso wenig hatten die verschiedenen nationalen Entwicklungsmodelle jemals eine Chance. Beschränken wir uns auf die wichtigsten, das Model Handelsnation, das vornehmlich Afrika beherrscht und das Modell Schwellenland, von dem sich die AKP-Staaten (Asien/Karibik/Pazifik<sup>18</sup>) einen Ausweg aus der Misere versprochen haben. Die afrikanischen Handelsnationen als Erben monokultureller Zurichtung während der Kolonialzeit forcieren bekanntlich den Export landeseigener Naturalien und Rohstoffe auf Kosten der nationalen Selbstversorgung in der Hoffnung, auf diese Weise an Devisen als Voraussetzung nationaler Reichtumsakkumulation zu kommen. Da ihre Exporte jedoch keinem nationalen Überschuß entspringen, können sie auf dem Weltmarkt dafür keine Preise verlangen, die den Gestehungskosten entsprechen. Der Preis wird ihnen demnach von den Abnehmern diktiert, also auf den Spekulationsmärkten der Warenbörsen in den imperialistischen Zentren festgesetzt. Die

afrikanischen Länder haben von sich aus keinerlei Druckmittel in der Hand. Sie können nicht mit Boykott drohen, sondern müssen im Gegenteil um die Abnehmer ihrer Naturalien noch untereinander konkurrieren. Daß auf diese Weise ihre Handelsbilanzen ins Bodenlose versinken und die Länder mit ihnen, ist wie gesagt keine beklagenswerte Fehlentwicklung, sondern das Ziel der Entwicklung zur Unterentwicklung (Amin/Frank). Vor allem lateinamerikanische Staaten wie Mexiko, Argentinien und Brasilien haben versucht, als sogenannte Schwellenländer aus der monokulturellen Zurichtung für den Imperialismus durch eine eigenständige Industrialisierung herauszukommen (darauf gründet sich der Mythos des Peronismus<sup>19</sup> und daran scheiterte er auch). Die Erfahrung, daß das Nachholen der ursprünglichen Akkumulation im Rahmen eines durchkapitalisierten Weltmarktes nicht möglich ist bzw. nicht zugelassen wird, bezahlen diese Länder heute mit ihrem realen wenn auch nicht formellen Bankrott. Da sie eine einheimische Industrie nicht mit akkumuliertem Kapital, sondern nur über Verschuldung aufbauen konnten, war der ganze Rattenschwanz von Inflation, Spekulantentum und letztendlich ihre Kolonisierung unter das imperialistische Kreditsystem bereits vorprogrammiert. Schon längst sehen sie sich wieder gezwungen in Konkurrenz mit den Habenichtsen dieser Welt ihren Gläubigern Land und Leute als freie Produktionszonen<sup>20</sup> zum Ausverkauf anzudienen bzw. sich als Militärbasen und Stabilisierungsfaktoren in ihrer Region anzubieten.

Es scheint so, als seien diese ruinösen Formen postkolonialer Zurichtung und Auspressung der 3. Welt für den Imperialismus unter dem Gesichtspunkt der Kapitalverwertung nicht mehr wesentlich steigerbar. Ein erstes Fazit daraus hat der Wirtschaftsgipfel in Cancun gezogen, auf dem die westlichen Staaten mit der ihrer Macht eigenen Zynik an die Adresse der 3. Welt erklärten, daß sie von nun an nichts mehr zu verschenken haben, daß keine übergebührlchen Rücksichten mehr genommen werden können und eine grundsätzliche Revision und Limitierung ihres- viel zu großzügig vergebenen Kreditvolumens anstehe.

Die Daumenschrauben werden immer enger angezogen und die brutalen Auswirkungen dieser endgültigen wirtschaftlichen Ruinierung sind in ihrem Ausmaß überhaupt nicht absehbar. Hungerrevolten wie in Brasilien sind sicherlich erste Vorboten. Der forcierte Nationalismus, dieses zweischneidige Erbe der Entkolonialisierung, der so lange nationale Eliten und Unterklassen zusammengeschmiedet hat, wird als Klammer offensichtlich brüchig. Dies beschwört einerseits die Gefahr von Kriegen herauf; der Krieg am Golf und das Malvinenabenteuer der argentinischen Generäle müssen auch als Versuch verstanden werden, die jeweiligen Nationen hinter sich zusammenzubringen. Auch die neuerdings hervorgebrachte Kritik der einheimischen Eliten am mörderischen Diktat des IWF entspringt sicher nicht nur lauter Empörung, sondern auch der Absicht, sich selbst als Beteiligte und Nutznießer an der Ruinierung ihrer Völker aus der Schußlinie zu bringen.

Viel wichtiger ist jedoch, daß in den neuen Revolten<sup>21</sup>, die in den Slums und Elendsquartieren der 3. Welt gären, die Frage anders gestellt wird. Es geht nicht mehr um trügerische nationale Souveränität, an die sich so viele Hoffnungen knüpften, die den Massen aber meist nichts einbrachte außer einem Staat, der nur kostete und den sie nicht brauchen, einer Armee, Verwaltung, Wahlen, Kleinfamilie usw. alles Dinge, die kein Mensch braucht und eine Bäuerin oder ein Arbeiter in der 3. Welt schon gar nicht. Was sie brauchen, nämlich die stofflichen Grundlagen für ein menschenwürdiges und gutes Leben, hat ihnen die nationale Befreiung allein nirgends gebracht. Die von den nationalen Eliten betriebenen Entwicklungsmodelle sind auf ihrem Rücken und auf ihre Kosten organisiert worden. Die Massenaufstände und Hungerrevolten machen neue Fronten auf: interne Klassenfronten gegen die einheimischen Eliten um menschenwürdige Lebensbedingungen und soziale Gerechtigkeit.

Der Bankrott der Schwellenländer jenes verheißungsvollen und trügerischen Entwicklungsmodells, mit dem der Imperialismus die fortgeschrittenen Länder der 3. Welt ködern konnte, weil sie sich davon die Aufnahme in den Reigen der Industrienationen versprochen wird weitreichende Konsequenzen haben. Vor dem Hintergrund ihres Ruins wird eine ganz neue Attraktivität von Ländern wie Kuba, Nicaragua oder Vietnam ausstrahlen, Länder, wo nationale mit sozialer Befreiung



verknüpft wurde, wo niemand mehr hungert, ärztliche Versorgung für alle gewährleistet ist, die Menschen lesen und schreiben lernen. Gemessen an den ruinösen Lebensbedingungen der Massen in der 3. Welt sind dies äußerst erstrebenswerte Verhältnisse. Der militärische Überfall auf Grenada<sup>22</sup>, der Abnutzungskrieg an den Grenzen Nicaraguas, die eskalierenden Interventionen in Salvador sind Indiz dafür, daß der Imperialismus um diese Dynamik weiß und sie mit aller Macht zu zerschlagen versucht.

Es zeichnet sich ab, daß die Konsolidierung sozialer Befreiungen in den Ländern der 3. Welt immer aktueller an die Bedingungen des Kampfes gegen den Imperialismus in den Metropolen gebunden ist. Nur in der Gleichzeitigkeit der Kämpfe in den Zentren wie in den Ländern der 3. Welt begründet sich die Hoffnung, daß der erreichte Stand sozialer Befreiung in Nicaragua, in Kuba usw. nicht einem neuerlichen Vernichtungsfeldzug des Imperialismus zum Opfer fällt, sondern zum Orientierungspunkt der Befreiungsbewegungen der ganzen Welt wird.

## **Der Ostblock ein blinder Fleck in der politischen Geographie der Linken**

Obwohl die Pershings und die Cruise Missiles direkt auf den Ostblock zielen, vertreten wie gesagt große Teile der radikalen Linken die These, daß dieser nicht an sich damit gemeint sei, sondern vielmehr in seiner Rolle als Unterstützer nationaler Befreiungsbewegungen erpreßt werden soll. Sie pflegen der Sowjetunion gegenüber ein seltsam widersprüchliches Verhältnis

einerseits ist sie für sie mit ihrem öden, heruntergekommenen Realsozialismus völlig indiskutabel, andererseits trauen sie ihr aber einen durchaus respektablen Rest an revolutionärem Internationalismus zu. Weil aber die inneren Verhältnisse der Sowjetunion aus der politischen Diskussion völlig ausgeblendet werden und der Ostblock ein blinder Fleck in der politischen Geographie der Linken ist, kann sich der Mythos von seiner Rolle als Freund der Verdammten dieser Erde<sup>23</sup> so hartnäckig halten. Die Fakten sprechen eine andere Sprache.

Das Ideal des revolutionären Internationalismus hat niemals die sowjetische Außenpolitik bestimmt weder zu Zeiten Stalins<sup>24</sup>, der die kommunistischen Parteien Deutschlands und Jugoslawiens ans Messer geliefert hat und die kommunistische Widerstandsbewegung Griechenlands an die Alliierten, noch zu Zeiten Chruschtschows<sup>25</sup>, Brechnews<sup>26</sup> oder Andropows.<sup>27</sup> Die sowjetische Außenpolitik war vielmehr bestimmt von geostrategischen Interessen und dem Vorrang ihrer Existenzsicherung. Das Streben nach Anerkennung und Ausgleich mit dem westlichen Imperialismus und nicht nach Weltrevolution zieht sich wie ein roter Faden durch ihre weltpolitischen Aktivitäten. So empfing sie Kissinger zu Entspannungsgesprächen, während die USA Haiphong<sup>28</sup> bombardierten und war bereit, sich aus geostrategischen Interessen mit blutrünstigen Diktatoren wie Idi Amin<sup>29</sup> und Siad Barre<sup>30</sup> zu verbünden. Auch im Handel mit der 3. Welt kann und will der Ostblock keineswegs auf die Vorteile verzichten, die ihm auf diesem Gebiet aus der internationalen Arbeitsteilung erwachsen: Interessanterweise weisen die sozialistischen Länder denn auch im Handel mit den unterentwickelten Ländern einen wachsenden Überschuß auf; d.h. die unterentwickelten Länder haben sowohl gegenüber den imperialistischen Ländern als auch gegenüber den sozialistischen Ländern ein Defizit, so daß der zunehmende Austausch mit den sozialistischen Ländern das Defizit der unterentwickelten Länder nur noch vergrößert. (A.G. Frank)

Das heißt: der Ostblock versucht die Verschlechterung seiner Zahlungsbilanzen gegenüber den imperialistischen Ländern im Handel mit der 3. Welt abzufangen. Was die RGW<sup>31</sup>-Staaten für den Technologie-Import aus der westlichen Welt zahlen müssen, schaffen sie über den Warenexport an die 3. Welt und zu deren Lasten wieder heran.

Über die Devisenbeschaffung hinaus benutzt der Ostblock die Wirtschaftsbeziehungen mit der 3. Welt

zur Sicherung von Rohstoffen. Und die ohnehin nur knapp bemessene Entwicklungshilfe, die überdies nur zu harten Konditionen gewährt wird, wird auch von sozialistischen Ländern nicht unter der Maßgabe verteilt, wirtschaftliche Unabhängigkeit zu schaffen und zu stabilisieren. Vorrang hat auch hier wie in der Außenpolitik das Interesse an der strategischen Lage der meisten Bezieherländer. Trotz alledem kann nicht bestritten werden, daß die Voraussetzungen für die Befreiungskämpfe in der 3. Welt ohne die Sowjetunion denkbar schlechter wären. Allein die Existenz einer konkurrierenden Supermacht hat den Spielraum der imperialistischen Staaten immer wieder beschnitten und umgekehrt die Sowjetunion dazu veranlaßt, Befreiungsbewegungen im Einflußbereich des Gegners zumindest partiell zu unterstützen.

Diese Tatsache hat jedoch nicht verhindern können, daß der Einfluß der Sowjetunion als Weltmacht in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist selbst in ihrem ureigensten Einflußbereich. Solange die Sowjetunion in der 3. Welt auf dem Vormarsch war, war sie es vor allem als Ergebnis kolonialer Auflösungsprozesse. Um diesen Einfluß zu stabilisieren, nachdem die Befreiungsbewegungen Nation, Staat geworden waren, hätte es in erster Linie ökonomischer Mittel bedurft. Die Sowjetunion hat aber gegenüber dem Imperialismus den entscheidenden Nachteil, daß ihr Expansionismus auf Mangel und nicht auf Überschuß gegründet ist. Sie kann nicht auf die sanfte Gewalt einer aus ihrer Logik heraus expandierenden Produktionsweise zurückgreifen, um Abhängigkeiten dauerhaft zu gestalten. Gerade wegen ihres Mangels an ökonomischer Potenz stößt die Sowjetunion in der 3. Welt so schnell an ihre Grenzen, ist sie auf die Reklamation eines weltpolitischen Idealismus im Namen der Völkerfreundschaft oder aber auf rein militärische Formen der Sicherung von Einflußzonen verwiesen.

So ist der Sowjetunion die einzig dauerhafte Erweiterung ihrer Machtsphäre im Kampf gegen den Faschismus gelungen. Das Bündnis mit China hat sich in jahrzehntelange Feindschaft verkehrt, aus Ägypten ist sie regelrecht rausgeschmissen worden. Kuba und Vietnam müssen wegen des imperialistischen Boykotts weitgehend bezuschußt werden. Angola und Mozambique sind ständig militärischen Angriffen Südafrikas ausgesetzt und gleichzeitig ökonomisch so stark von ihm abhängig, daß sie sich aus dem RGW abgekoppelt haben. Algerien ist ebenfalls stärker vom Weltmarkt abhängig als von der Völkerfreundschaft zur Sowjetunion. Und Libyen und Syrien sind mehr zufällige Partner aus einer augenblicklichen Feindschaft zu den USA heraus. Was bleibt, ist im wesentlichen Waffenhilfe für nationale Befreiungsbewegungen, die nach ihrem Sieg wie Nicaragua auch im Interesse der Sowjetunion versuchen müssen, einen 3. Weg zu gehen, denn diese kann sich weder ökonomisch noch machtpolitisch weitere Kubas leisten.

Auch die militärische Intervention in Afghanistan<sup>32</sup> hat die Sowjetunion nicht gerade stärker gemacht, sondern den Beweis geliefert, daß sie selbst in diesem traditionell befreundeten Land ihre Statthalter kaum noch halten kann. Doch entscheidender ist wahrscheinlich, daß dieser Überfall Moskau einen weiteren Sympathieverlust bei den im Lauf der Jahre immer mehr auf Distanz gegangenen Blockfreien<sup>33</sup> gekostet hat.

Angesichts dieser Machtverhältnisse blamiert sich jede Rechtfertigung der militärischen Eskalation der NATO, die sich auf den Zwang zur Eindämmung des sowjetischen Expansionismus beruft, bis auf die Knochen und verrät viel mehr über den aggressiven imperialistischen Charakter des westlichen Bündnisses. Die militärische Einkreisung des Ostblocks ist kein Hirngespinnst paranoider Sowjetführer, sondern Realität, die täglich neue Fakten schafft: die NATO ist nicht nur selbst übermächtiger Gegner, sondern über die USA auch mit dem ANZUS-Pakt<sup>34</sup>

(Australien/Neuseeland/USA/Pazifik-Pakt) und der OAS<sup>35</sup> (Organisation amerikanischer Staaten) verbündet. Sie verfügt außerhalb ihres Hoheitsgebietes über rund 400 wichtige militärische Basen in aller Welt, vor allem im asiatischen Raum (z.B. Philippinen), und sie forciert gerade in jüngster Zeit neben dem Zugewinn neuer Stützpunkte in Afrika (Ägypten, Somalia, Kenia, Sudan, Marokko) und dem Nahen Osten (Saudiarabien, Oman) den Ausbau bzw. die Modernisierung ihrer weltweiten militärischen Infrastruktur. Buchstäblich in die Zange genommen wird der Ostblock allerdings durch

die neuen Operationen, die sich direkt an seinen Grenzen abspielen.

Der bedrohliche Würgegriff reicht von der Ausrüstung Westeuropas mit Präzisions- und Erstschlagwaffen über den Ausbau des NATO-Flugzeugträgers Türkei zum neuen imperialistischen Kettenhund anstelle des Iran bis zur Bildung eines Oberkommandos Südwest-Asien, das die Region von Ägypten bis Pakistan beherrscht und den Persischen Golf mit einschließt. Die Einkreisung setzt sich fort in Japan, das sich voll in die NATO-Strategien integriert hat, d.h. im Kriegsfall die Ausgänge aus dem Japanischen Meer vermint, um die sowjetische Flotte bei Wladiwostok einzuschließen, amerikanische F-16 Kampfflugzeuge stationiert und gemeinsam mit den USA gegenüber Sachalin dem strategischen Zentrum der Sowjetunion auf Hokkaido Landmanöver trainiert. In dieser Front wird neuerdings auch China zumindest als Horchposten, aber auch über Technologie- und Waffenlieferungen eingebunden.

## **Die Entspannungspolitik ein Lehrbeispiel politökonomischer Ruinierung**

Diese systematisch vorangetriebene militärpolitische Einkreisung des Ostblocks kann in ihrem Kern nur so interpretiert werden, daß sie direkt auf dessen Substanz als politisches und militärisches Bündnis zielt. Noch waren die Mittelstreckenraketen in Europa nicht stationiert, noch war also der atomare Vorsprung nicht erreicht, und dennoch versuchte die US-Regierung die Aufnahme der Verhandlungen über die Stationierung von Zugeständnissen der Sowjetunion in Polen abhängig zu machen. Gespräche seien nur dann möglich so hieß es vor einem Jahr, wenn die sowjetische Militärpräsenz in Polen und an den Grenzen des Landes in etwa auf den Stand vor Beginn der Polen-Krise<sup>36</sup> zurückgeschraubt würde. Dies demonstriert im Vorfeld, welche qualitativ verschärfte Möglichkeiten der Druckausübung auf die inneren Verhältnisse des Ostblocks sich der westliche Imperialismus von seinem strategisch neuen Erpressungspotential verspricht.

Die vielerorts beklagte Zuspitzung des Ost-West-Konflikts wird fälschlicherweise als Bruch und Kontrapunkt zur vorausgegangen Ära der Entspannungspolitik definiert, stellt sich aber bei genauerem Hinsehen als deren logische Konsequenz und Weiterverfolgung mit anderen Mitteln heraus. Die Entspannungspolitik war niemals diese treuherzige Aussöhnung mit der Realität des sozialistischen Blocks, als was sie sich verkaufte. Im Gegenteil

der Ostblock hat sich für das Linsengericht seiner Anerkennung als Handels- und Verhandlungspartner und der damit vermeintlich verbundenen Anerkennung seiner Existenz den schleichenden Zugriff des freien Westens auf seine ökonomischen und politischen Strukturen eingehandelt. Die Länder des Staatssozialismus und der Planwirtschaften haben sich aus gutem Grund jahrzehntelang gegen den Weltmarkt abgeschottet, denn dessen ausschließliche Nutznießer waren schon immer seine Subjekte, die imperialistischen Metropolen. Alle anderen werden darin zu Objekten, zu mehr oder weniger rentabler Manövriermasse gemacht.

Ein Jahrzehnt Entspannungspolitik hat genügt, um den RGW zu unterhöheln. Denn seine Grundlage ist nicht die Warenzirkulation, sondern sind multilaterale, arbeitsteilige Produktionsvereinbarungen zur Stärkung der wirtschaftlichen Potenz des Bündnisses im Klartext: er basiert auf Mangelausgleich. Entsprechend sind die Währungen des Ostblocks kein international anerkanntes Geld, sondern interne Verrechnungseinheiten. Der angestrebte Technologietransfer aus dem kapitalistischen Westen brachte folglich den Zwang zur Devisenbeschaffung mit sich. Das bedeutet die Einrichtung von Exportbranchen auf Kosten der Produktion innerhalb des RGW, langfristige und damit teure Lieferungen an Rohstoffen und Materialien, die in Form von Kompensationsgeschäften und schließlich über die Einführung des Verlagssystems und der Lizenzfabrikation die Vermietung von Produktionshallen, Arbeitskräften und Rohstoffen an den imperialistischen Westen.

Vor allem aber die Subsumierung unter das internationale Kreditsystem war der Hebel, den Ostblock zu immer umfassenderen Zugeständnissen an das kapitalistische Geschäft zu zwingen, d.h. zum ungehinderten Kauf und Verkauf von Arbeitskraft und Kapital in Form von Direktinvestitionen. Wie weit die ökonomische Erosion des Ostblocks heute gediehen ist, belegt das gigantische Volumen seiner Kreditverschuldung, so daß heute in den Direktorien der Deutschen Bank oder des IWF mit darüber entschieden wird, ob ein 5-Jahres-Plan erfüllbar ist oder nicht. Die Wirtschaftspolitik in den RGW-Staaten ist vom Mangelausgleich zwischen Plan- und Bedarfswirtschaft zur Konkurrenz um westliche Kredite verkommen, und es ist nicht erkenntlich, wie dieser Prozeß auch in seinen politischen Dimensionen aufzuhalten ist. Die Polenkrise ist hierfür sichtbarster Ausdruck. Rumänien mit seiner engen Anlehnung an den Westen, der Kontaktaufnahme zu China und den regen Beziehungen zu Israel braucht keine Sanktionen zu befürchten. Die DDR und Ungarn bieten inzwischen dem Westen Arbeitskräfte zur Vermietung an.

In diesem Zusammenhang muß die militärische Eskalation des imperialistischen Westens als konsequente Fortsetzung der Entspannungspolitik mit anderen Mitteln begriffen werden. Die Sowjetunion soll mit dem überlegenen atomaren Drohpotential neutralisiert, d.h. erpreßbar, werden und mit gefesselten Händen dem Zerfall ihres Staatenbündnisses, dessen Zurichtung und Vernutzung unter kapitalistische Verwertungsbedingungen und dem damit einhergehenden politischen Systemwandel zusehen müssen.

Die sowjetischen Führer müssen wählen zwischen einer friedlichen Änderung ihres kommunistischen Systems in die vom Westen verfolgte Richtung oder in den Krieg ziehen. (Richard Pipes, US-Außenministerium)

Im Entsetzen über die obszöne Offenheit dieser Programmatik geht meist ihre eigentliche Bedeutung unter: die absolute Machtüberlegenheit und Souveränität, die sich des Erfolgs ganz sicher dünkt.

Erscheint doch endlich nach 40 Jahren ein Fehler der Geschichte korrigierbar, der laut Churchill<sup>37</sup> darin bestand, daß mit dem Faschismus das falsche Schwein geschlachtet wurde. Der Zweck des heutigen imperialistischen Aufmarsches ist in erster Linie die schrankenlose kapitalistische Durchdringung und Ausbeutung des Ostblocks, gerade auch um die Krisen- und Neustrukturierungskosten auf ihn abzuwälzen, und nicht seine militärische Vernichtung.

Die bewußt geschürten Kriegsängste und Bedrohungsgefühle sollen den Blick dafür trüben, daß wir nicht die Opfer sind, sondern wieder mal andere im Interesse des freien Westens in die Knie gezwungen werden sollen. Wer dies als Kampf der Supermächte interpretiert, unterschlägt, daß das westeuropäische Kapital allen voran das westdeutsche ein ureigenstes Interesse an der Kapitulation des Ostblocks hat, war es doch der Hauptbetreiber und Profiteur der Entspannungspolitik.

Hinter dem Willen zur Unterwerfung auch dieses letzten Bereichs des Globus unter kapitalistische Verwertungs- und Akkumulationsbedingungen scheint das Projekt der Zukunft hervor. Denn eine dem westlichen Imperialismus gänzlich zur Nutzung unterworfenen Welt ermöglicht auch ganz andere Formen der Reichtumsakkumulation und der Herrschaftssicherung.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Krieg Krise Friedensbewegung In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod Dezember 1983

## Neue Formen der Reichtumsakkumulation und Herrschaftssicherung

Die eigentliche Ursache der Krise, nämlich der Fall der Profitrate, würde durch eine totale Unterwerfung und Integration des Ostblocks unter kapitalistische Verwertungsbedingungen zwar aufgehoben, aber nicht grundsätzlich umgekehrt. Um die Profitrate auf neuer, höherer Stufe zu realisieren, bedarf es einer grundlegenden Veränderung im weltweiten politökonomischen Verhältnis zwischen Kapital und Unterklassen, vermittelt über neue strategische Sektoren und eine Neustrukturierung der Produktionsformen. Das heißt aber, daß das Nachkriegsmodell, das durch Fließband und industrielle Massenproduktion samt Massenarbeit und Vollbeschäftigung gekennzeichnet ist und in dem Auto-, Elektro- und Chemieindustrie die entscheidenden Quellen der Profitmaximierung sind, ausgereizt ist und daß in der organischen Zusammensetzung des Kapitals, also im Verhältnis von toter, angehäufter Arbeit und lebendiger Arbeitskraft, eine ganz entscheidende Verschiebung zugunsten des fixen Kapitals vollzogen wird.

Als neue strategische Sektoren gelten neben der Biotechnologie und der Mikroelektronik der Energiesektor, der Nahrungsmittelsektor sowie die Rohstoffausbeutung der Meere und Pole. Das Entscheidende an diesen Sektoren was ihre strategische Qualität erst ausmacht ist, daß sie in der ausschließlichen Verfügungsgewalt des westlichen Imperialismus liegen müssen. Denn allein die Tatsache, daß alle anderen Mangel an diesen grundlegenden Lebens- und Produktionsressourcen leiden, macht sie zu Profitquellen in wahrhaft unbegrenzter Höhe. Über dieses Verhältnis: ausschließliche Verfügungsgewalt/weltweiter Mangel lassen sich jeder Preis diktieren und grenzenlose Extraprofite realisieren. In diesem Verhältnis liegt darüberhinaus ein ungeheurer Zuwachs an Kontrolle über die Existenzbedingungen der weltweiten Unterklassen und subsumierten Völker, was der Vision einer totalen Herrschaftssicherung des westlichen Imperialismus näher kommt als je zuvor.

Am Energiesektor weil am weitesten vorangetrieben läßt sich am besten verdeutlichen, was damit gemeint ist. Bekanntlich sprudelt der Energieträger Nr. 1 das Erdöl ja nicht am ergiebigsten auf dem Territorium des freien Westens, sondern im Orient. Diesem Mißstand der Natur wird seit den 70er Jahren energisch entgegengearbeitet. Dabei hatten die Ölländer niemals die Verfügungsgewalt über ihre Energiequellen, sondern nur den Eigentumstitel, der ihnen mit einer schäbigen Grundrente abgegolten wurde. Die entscheidenden Erschließungs-, Abbau- und Transporttechnologien lagen immer ausschließlich in den Händen des westlichen Imperialismus. Mit dem Energieprojekt Project independence wurde beschlossen, auch diesen schmerzlich vermißten Eigentumstitel in die Metropolen zu holen. Denn eine Abhängigkeit in diesem strategischen Bereich ist für die Industrie untragbar.

Die OPEC-Staaten vollzogen die von der Abteilung Brennstoffe und Energie des US-Außenministeriums forcierte Ölpreiserhöhung praktisch nur nach. Sie machten damit gezwungenermaßen den Weg frei für ein Programm, das einerseits über die hochgetriebenen Ölpreise den schwierigen und teuren Abbau der eigenen metropolitanen Ölquellen profitabel machen und andererseits mit einem Billionen-Dollar-Aufwand die Entwicklung neuer, unabhängiger Energiequellen mit Hilfe von Atomspaltung und -fusion, Solartechniken und Erdwärme vorantreiben soll. Das bedeutet die Rückverlagerung des Energiesektors in die Metropolen, um dadurch die bisher

eingeschränkte, weil nur technologische, Verfügungsgewalt zu einer totalen zu machen.

Die gleiche Entwicklung läßt sich auf dem Nahrungsmittelsektor<sup>38</sup> beobachten: Weizen als eine der mächtigsten Waffen gegenüber dem Ostblock und den Entwicklungsländern!

(US-Landwirtschaftsministerium) das ist keine Übertreibung, sondern beweist, wie weit die strategische Kontrolle speziell der USA auf dem Nahrungsmittelsektor gediehen ist. Voraussetzung dafür war und ist die Ruinierung der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft in der 3. Welt und die überdimensionale Subventionierung der westlichen Agrarmärkte, an der die Exporteure der 3. Welt regelmäßig scheitern.

Mittlerweile wächst im Zuge des kometenhaften Aufstiegs der Biowissenschaften ein weiteres Instrument zur Unterwerfung der Welternährung unter die Kontrolle des Imperialismus heran, das riesige Profite verspricht. Längst haben sich die Giganten unter den Erdöl-, Chemie- und Agrokonzernen in die Saatgutbranche eingekauft, um sich Patent und Verfügungsgewalt über die genetische Konstruktion der Lebensmittel der Zukunft zu sichern. Von einer zweiten Phase der grünen Revolution ist die Rede, die direkt an der Wurzel der Nahrungsproduktion der Züchtung von Saatgut ansetzt. Superpflanzen aus den molekular- und zellbiologischen Laboratorien einiger dutzend Transnationaler wie Shell<sup>39</sup> oder Ciba-Geigy<sup>40</sup> werden die Ruinierung des über Jahrtausende gewachsenen Reichtums unterschiedlichster Agrokulturen weiter forcieren und die Abhängigkeit der weltweiten Nahrungsmittelproduktion von den Investitionsentscheidungen und Gewinnmargen jener Konzerne zementieren.

Die industrielle Verwertung biotechnischer Grundlagenforschung geht jedoch weit über den Nahrungsmittelsektor hinaus. Die Reproduktion von Natur bedeutet einen entscheidenden Durchbruch hin zu neuen Herstellungsverfahren und Produkten, zu neuen Märkten und Profitquellen.

Bakterienfabriken werden zur Produktionsstätte biologischer Wirkstoffe und chemischer Grundstoffe, die Wiederaufbereitung und Substitution von Rohstoffen durch genetisch manipulierte Organismen liegt im Bereich des Machbaren. Und jenseits dieses Milliardenengeschäfts, das die Biotechnik eröffnet, liefert sie das Rüstzeug für eine perfekte qualitativ neue Bevölkerungskontrolle, die auch vor dem direkten Zugriff auf Köpfe und Körper vor allem Frauenkörper nicht zurückschrecken wird, wenn es gilt, den Menschen an die veränderten Verwertungsbedingungen anzupassen.

Parallel zu diesen Projekten sichert sich der westliche Imperialismus zur Zeit auf den Seerecht- und Antarktiskonferenzen über die Nahrungsmittel und Bodenschätze der Meere und Pole die entscheidenden Eigentumstitel nach dem Motto: die Meere und Polen sollen denen gehören, die über die Mittel und Technologien verfügen, sie auszubeuten.

Was die Beschlagnahme des Weltraums betrifft, so hat im All noch nie ein anderes Prinzip gegolten. Waren die Raumflüge allerdings bislang vor allem militärischen Erwägungen und informationstechnischen Experimenten vorbehalten, so steht nun der Sprung in die Industrialisierung des Alls an. Die vollautomatisierte Fertigung unter den besonderen physikalischen Bedingungen des Weltraumes wie Schwerelosigkeit, Vakuum und extremen Temperaturunterschieden befindet sich zwar noch in der Anfangsphase, dennoch versprechen sich die Großunternehmen von Produkten Made in Space heute schon derartige Gewinne, daß sie Riesensummen in dieses Zukunftsprojekt investieren. Auf diesem Gebiet ist wohl die sowjetische Konkurrenz mit ihrem intensiv vorangetriebenen Weltraumprogramm mehr als nur lästig.

Die Sowjetunion stellt aber auch das Haupthindernis dar für das Projekt der weltweiten, ausschließlichen Kontrolle über alle entscheidenden Ressourcen. In ihren riesigen, aber schwer zugänglichen Bodenschätzen in Sibirien liegt für sie die Möglichkeit zur Autarkie beschlossen. Diese muß gebrochen werden, d.h. die Sowjetunion soll konkret über Verschuldung und einen gigantischen Rüstungsetat daran gehindert werden, die schwierigen Technologien für die Erschließung und den Abbau ihrer Naturressourcen zu entwickeln. Das Ziel dabei ist, ihr wie dem Nahen Osten das Grundrentemodell aufzuzwingen, sie mit Abschlagszahlungen für die Nutzungsrechte abzuspeisen, während der westliche Imperialismus Erschließung und Abbau kontrolliert und den Preis diktiert. Die

sprunghafte Erhöhung der Erdöl- und Weizenpreise Anfang der 70er Jahre eröffnete jedoch noch eine weitere Dimension: damit wurde eine weitgehende Abschöpfung der Masseneinkommen in den Metropolen, die Aufsaugung der Devisenbestände des Ostblocks und die Abpressung der letzten Bonitäten der 3. Welt erzwungen (Selbst das, was die OPEC-Staaten daran profitierten, floß in Form des Petro-Dollar-Recycling<sup>41</sup> wieder in die Metropolen zurück). Über dieses externe Zwangssparen saugten die imperialistischen Zentren Billionenbeträge ab für eine gigantische Kapitalansammlung, mit deren Hilfe die umfassende Neustrukturierung der Weltökonomie zu ihrem ausschließlichen Nutzen finanziert werden soll.

Und noch etwas kennzeichnet die neuen strategischen Sektoren: sie sind in nie gekannter Weise kapitalintensiv, ermöglichen einen riesigen Investitionsboom, ohne gleichzeitig große Arbeiterheere neu zu erzeugen. Im Gegenteil in ihnen wird die Nachfrage nach lebendiger Arbeitskraft auf ein Maß zurückgeschraubt, daß mit Fug und Recht von der Abschaffung der Arbeiterklasse in diesen Bereichen gesprochen werden kann. Das heißt, sie sind strategisch auch in dem Sinn, daß in ihnen mit der Eliminierung lebendiger Arbeit der Klassenkampf abgeschafft wird. Das ist in der Tat ein ganz entscheidender Schritt zur totalen Herrschaftssicherung.

Die Extraprofite der neuen strategischen Sektoren, die sich heute schon in den Öl- und Weizenpreiserhöhungen realisieren, setzen einen Mechanismus von Geldschöpfung jenseits von Arbeit und Mehrwert in Gang, der auch zum Rentabilitätsmaßstab für Investitionen im Produktionsbereich wird. Das heißt, diese müssen sehr mehrwertintensiv sein, um angesichts der Geldschöpfung von Weizen und Öl noch profitabel zu sein. Dieser innere Zusammenhang erhellt den Hintergrund für die so vehement beklagte Investitionsunlust unserer Unternehmer, ihre mangelnde Risikobereitschaft und erklärt, warum statt dessen die Kapitalmärkte anschwellen und die Spekulationsbörsen florieren. Das Kapital nutzt nur noch die extremsten Bedingungen für seine Produktion. Das bedeutet selbstverständlich nicht seinen Rückzug auf einige wenige ökonomische Inseln, sondern die Zerschlagung aller wirtschaftlichen und politischen Strukturen, die dieser extremen Profitrealisierung im Wege stehen.

Haupthindernisse sind dabei das klassische Fabrikssystem und die freie Lohnarbeit. Die Fabrik als Konzentrationspunkt des Lohnarbeit/Kapital-Verhältnisses und damit als Zentrum des Klassenkampfes wird systematisch auseinandergebrochen und neu zusammengesetzt, wie es z.B. FIAT<sup>42</sup> vormacht. Ihr Kern soll weitgehend arbeitsfrei gemacht werden. Hierauf konzentrieren sich Rationalisierung und der Einsatz von numerisch gesteuerten Maschinen, von Robotern und von Computern, um Störungen im Produktionsablauf und den Klassenkampf außen vor zu halten. Doch hat die Rationalisierung neben ihrem ökonomischen Kalkül auch ein wesentlich politisches: Menschen zu trainieren, damit sie ihre unregelmäßigen Arbeitsgewohnheiten ablegen und sich mit der unveränderlichen Regelmäßigkeit des komplexen Automaten identifizieren. (Ure)

Alle anderen Bereiche werden möglichst ausgelagert, damit die Klasse nirgends mehr zentriert wird, sondern automatisiert, um sie in entgarantierten Arbeitsverhältnissen, also jenseits aller rechtlichen und lohnvermittelnden Beziehungen, extrem vernutzen zu können. Dies wird sich zunehmend unter den Bedingungen von Kontraktarbeit, Leiharbeit, Teilzeitarbeit, Saison- und Heimarbeit und illegaler Beschäftigung vollziehen bzw. in Form unentlohnter Arbeit wie der sogenannten Eigenarbeit, der Subsistenzarbeit und der meist vergessenen Hausarbeit kurz: Arbeit, die angeeignet und nicht gekauft wird.

Die Wahrnehmung nur noch der extremsten Bedingungen der Kapitalverwertung wird das Heer der Überflüssigen ständig anwachsen lassen und zunehmend auch billigste Arbeitskraft unvernutzt lassen. So ist speziell in der 3. Welt die Tendenz zu beobachten, daß der Imperialismus regionales Verhungernlassen der Ausbeutung der Arbeitskraft vorzieht.

Das ist die Antwort des Kapitals auf den Streik- und Kampfzyklus der Unterklassen von 1967-74 und gleichzeitig der Hebel zur Abschaffung der freien Lohnarbeit, auch für ihren eigentlichen Exponenten, den weißen männlichen Metropolenarbeiter, dessen Freiheit idealtypisch darin bestand, seine

Arbeitskraft für eine permanente Anstellung und einen Lohn, der zur Reproduktion einer Familie ausreicht, zu verkaufen. Der Prototyp dieses als zentral definierten Produktionsverhältnisses war immer nur eine Form der Ausbeutung, nur in einer bestimmten Phase des Kapitalismus vorherrschend und auf einige wenige Regionen der Erde, nämlich die Zentren der Kapitalakkumulation, beschränkt. Die Abschaffung der garantierten, entlohnten Arbeit bedeutet daher die Verallgemeinerung von Arbeitsbedingungen, denen die Mehrheit der Menschen in der 3. Welt und die Frauen schon lange unterworfen sind; denn die wilden Früchte ihrer Arbeit waren seit jeher die stofflichen Grundlagen für den Reichtum in den Metropolen.

Ich glaube, daß wir den historischen Moment erleben, in dem die Säule- kapitalistischer Produktion, der freie Lohnarbeiter oder Proletarier, auf Nimmerwiedersehen verschwindet. Es handelt sich um eben jenen Arbeiter, der seit dem 19. Jahrhundert die klassische- Figur des vom Kapital ausgebeuteten und daher auch subjektiv zur Umwälzung der Gesellschaft Berufenen abgibt, zumindest was die Meinung der Linken betrifft. Aber auch die Nichtlinken hatten im wesentlichen diesen Arbeiter im Blick, wenn sie ihn auch nicht Proletarier nannten, sondern Mittelschicht, schweigende Mehrheit- etc. Denn Proletarier ist nicht nur der Fabrikarbeiter, sondern grundsätzlich jeder, der seinen Lebensunterhalt in erster Linie mittels eines Lohnes (bzw. eines Gehalts) bestreitet. Dieser Typ des Lohnarbeiters stellte bei uns immerhin eine Art Mehrheit dar, er trug die Gesellschaft, die Demokratie, er war Wähler (aus: Frauen, die letzte Kolonie<sup>43</sup>)

In der feministischen Theorie wird schon seit längerem darauf hingewiesen, daß mit der Abschaffung der klassischen Lohnarbeit auch ihre Entsprechung, das klassische revolutionäre Subjekt, verschwindet und die Frage nach dem zukünftigen Protagonisten revolutionärer Veränderungen ganz neu und viel umfassender gestellt werden muß.

Darüberhinaus wird die Zerschlagung der überkommenen wirtschaftlichen Strukturen zu knallharten politischen Konsequenzen führen, denn damit werden auch deren politische Entsprechungen, die bürgerlichen Demokratien, absolut. Das Kapital schickt sich an, die Gesellschaft mit ungeheurer ökonomischer und sozialer Gewalt umzuwälzen, die in ihrer Brutalität den vorausgegangenen Akkumulationskrisen und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen um nichts nachstehen wird. Der Staat als politischer Garant dieses Prozesses der schöpferischen Zerstörung wie ihn das Kapital zu charakterisieren beliebt und der in Wirklichkeit ein menschlicher und gesellschaftlicher Vernichtungsprozeß ist, wird diese Aufgabe in seiner jetzigen organisatorischen und politischen Form und dem Maß an institutioneller und technologischer Gewalt, über das er heute verfügt, nicht gewährleisten können. Die provozierten Spannungen und Brüche werden viel zu explosiv sein, um sie mit dem herrschenden System der Regierungen der knappen Mehrheiten unterdrücken zu können. So werden denn auch in den Stäben der Trilateralen längst neue Herrschaftsmodelle projiziert, da die Regierungssysteme der westlichen Hemisphäre zu demokratisch geworden sind. An der Entpolitisierung von Schlüsselproblemen wie Rüstung, Arbeitslosigkeit und Inflation wird gearbeitet und daran, wie sie der demokratischen Kontrolle zu entziehen seien. Welche Formen die heraufziehenden metropolitanen Zwangsstaaten letztlich annehmen werden, läßt sich nicht vorherbestimmen, zumal solche Planungen sich in der Konfrontation mit der Realität immer wieder verändern. Jedenfalls werden die neuen Herrschaftsinstrumente der globalen Erfassung, Kontrolle und Überwachung bereits mit fliegender Eile entworfen. Wir waren lange Zeit mit der ehemaligen Gauche Proletarienne<sup>44</sup> der Meinung, daß heute nicht mehr der Faschismus das Innenministerium erobern muß, sondern das Innenministerium viel effektiver und reibungsloser durch den strukturellen Faschismus des Überwachungsstaates das Land kontrolliert. Wir sind uns da nicht mehr so sicher, ob das ausreicht und glauben, daß diese Einschätzung den heute bereits zu Ende gehenden politökonomischen Verhältnissen der Nachkriegsära entsprang.

Wenn heute die Herrschenden sagen, sie müssen auf jeden Fall die Schlacht um die Seelen der Völker gewinnen, dann deutet das an, daß allein mit Überwachen, Einbetonieren, Atomisieren und Telenarkose eine Ruhigstellung des Patienten nicht mehr garantiert ist.



Das kapitalistische System des freien Westens hat jenseits seines Warenangebots in den letzten 40 Jahren keine Legitimation gebraucht. Jetzt wird es eine brauchen, und da es keine gibt, wird es ideologisch und gesellschaftlich-organisatorisch mobil machen müssen, um die drohenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die Revolten, Randalen und Riots umzubiegen und zu kanalisieren. Die einzige radikale Kampfideologie jedoch, über die der Imperialismus verfügt, ist das Faschismus-/Sexismus-/Rassismus- und Nationalismus-Syndrom. Die ersten alarmierenden Auswirkungen dieser geistig-moralischen Wende sind in allen Metropolenländern zu beobachten. Immer systematischer wird das durch soziale und wirtschaftliche Verelendung erzeugte individuelle und gesellschaftliche Haß- und Verzweiflungspotential nach unten kanalisiert und explodiert in Frauenhaß und Ausländerhatz, verkehrt sich in die Einkreisung der anderen, der Nichtdeutschen, der Nichtmänner, der Nichtweißen und soll sich zunehmend in militärischen Interventionen auf den Malvinen, im Tschad, im Libanon und auf Grenada nationalistisch befriedigen.

Genauso systematisch wird die Brutalisierung von Kindern und Jugendlichen über Video-Gewalt und -Vergewaltigung und Feindbild-Telespiele forciert, die sich dann bei Fußballspielen, der Jagd auf Türken und zunehmenden Gruppenvergewaltigungen ihre faschistoiden Höhepunkte ganz von selbst verschafft. Die Hölle, das sind die anderen. (Sartre) Gewalt gegen Frauen und die anderen das ist die neue Ware, die als software Videorecorder, Computer und Telespiele erst möglich macht. Hier sehen wir, daß Krieg als Krisenlösung bereits stattfindet in den Köpfen und im Unterbewußtsein von Millionen junger und alter Männer in dieser Gesellschaft, daß die Aggressionen gerichtet werden auf Frauen, Ausländer, Farbige, Unterentwickelte.

Nur in scheinbarem Gegensatz zu diesen aggressiven polit-ökonomischen Strategien stehen die biedereren Figuren eines abgetakelten Schauspielers<sup>45</sup> oder eines behäbigen Pfälzers.<sup>46</sup> Sie sind vielmehr die idealen Protagonisten eines knallharten Imperialismus nach innen und außen mit gottesfürchtigem Herz und wabberndem Gemüt. Auch ihre so oft beklagten oder bespöttelten Unzulänglichkeiten ziehen unermüdlich Konzentration auf sich und von den brutal geschaffenen Fakten ab. Fakten, die mit reaktionärem Konservatismus oder Rezepten der 50er Jahre nichts zu tun haben und dafür umso mehr mit den neuen imperialistischen Strategien, die

die 3. Welt völlig ruinieren;

den Zerfall des Ostblocks und seine totale Unterwerfung unter kapitalistische Verwertungsbedingungen mit allen politökonomischen und militärischen Mitteln verfolgen;

in den Metropolen die freie Lohnarbeit abschaffen, um die Klasse zu atomisieren und unter extremsten Bedingungen vernutzen zu können;

gesellschaftlich mobil machen, um das Haß- und Verzweiflungspotential, das dieser sozialen Verelendung entspringt, nach unten auf Frauen, Ausländer, die anderen zu konzentrieren;

und sich anschicken, über die Besetzung neuer strategischer Sektoren die Grundvoraussetzungen jeglicher menschlicher Existenz und Produktion nämlich Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe ihrer ausschließlichen Verfügungsgewalt zu unterwerfen.

Diese Analyse der aktuellen und zukünftigen Imperialismusstrategien haben wir nicht gemacht, weil wir die heutigen Verhältnisse zu gemächlich finden und deshalb eine Horrovision an die Wand malen in der Hoffnung, damit die Leute zu agitieren. Das Gefühl der Ohnmacht war noch nie eine gute Antriebskraft, aus der heraus revolutionäre Energie erwachsen kann.

Wir haben diese Analyse gemacht, weil die Nachrüstung in den imperialistischen Strategien nur ein Puzzlestein ist, der aus seinem Zusammenhang gelöst nicht zu verstehen ist. Die Flut von Scheindiskussionen, die uns seit Jahren überschwemmt, ist dafür der beste Beweis. Nur wenn wir die

Hintergründe der Stationierung, ihren imperialistischen Zweck, zu begreifen versuchen, haben wir eine Chance, Spaltungs- und Herrschaftsmechanismen zu durchschauen und Bruchstellen im Projekt der Zukunft auszumachen, an denen sich Widerstand entwickeln kann. Andernfalls werden von unseren Unklarheiten immer die profitieren, die die Betreiber einer neuen Weltordnung sind.

## Lauer Herbst und kalter Winter?

Was eine Bewegung im Bewußtsein ihrer Anhänger bedeutet und welche objektive Rolle in der Geschichte sie tatsächlich einnimmt, muß nicht dasselbe sein. Die Friedensbewegung hat begünstigt durch ihre Zusammensetzung und durch ihre Struktur schon immer zwischen Radikalisierung und Anpassung laviert und steht mittlerweile an einem entscheidenden Punkt. Denn so aufrichtig und zum Teil unbekümmert die Beweggründe der Mehrzahl ihrer Mitglieder auch sein mögen was sie als politische Kraft in ihrer Gesamtheit hinterläßt, selbst wenn die Raketen längst stationiert sind, weist über ihren unmittelbaren Anlaß und ihr erklärtes Ziel hinaus und birgt die Gefahr in sich, daß zwar nicht die Pershing 2, wohl aber die radikale Linke und zentrale Inhalte ihres bisherigen Selbstverständnisses auf der Strecke bleiben.

Dem widerspricht nicht, daß es innerhalb der Friedensbewegung von Beginn an minoritäre Gruppen gegeben hat, die deren Abgleiten zur verstaatlichten Protestform durch die hartnäckige Behauptung autonomer Handlungsspielräume aufzuhalten versucht haben. Die Gegendemonstranten in Krefeld<sup>47</sup>, jene Frauen, die im Hunsrück<sup>48</sup> auf ein Militärgelände vordringen und es kurzfristig besetzen konnten, die vielen Friedensinitiativen, die die Blockaden nicht nur als spielerische Selbstdarstellung, sondern als ernsthaften Versuch der Störung und Behinderung der Kriegstreiberei begriffen und praktiziert haben sie alle standen für die Hoffnung auf eine massenhafte Radikalisierung, die tatsächlich an die Wurzeln des Systems geht, sich von Kriegsangst nicht blind machen läßt, sondern die atomare Drohung als letzte Konsequenz der Ausbeutungs- und Vernichtungsstrategien des hauseigenen Imperialismus begreift, der sich tagtäglich auf allen Ebenen reproduziert und uns nicht nur zu Opfern, sondern auch ständig zu Mittätern macht. Der Kampf gegen die Nachrüstung wollte er wirklich ernst machen hätte die Grundlage und Legitimation des Systems in Frage stellen müssen und schien gerade deshalb prädestiniert, zur Klammer und Vermittlung zwischen den unverbundenen sozialen, ökologischen, feministischen und anderen gesellschaftlichen Teilbewegungen zu werden, sie zu vereinheitlichen und zu potenzieren. Dies war offensichtlich ein Trugschluß. Statt den imperialistischen Zusammenhang zwischen Rüstung und Krise, 3. Welt-Elend und Sozialabbau, Sexismus und Rassismus usw. herauszuschälen und an all diesen Demarkationslinien neue Fronten aufzumachen, ist genau das Gegenteil eingetreten.

Aus allen gesellschaftlichen Bereichen haben sich Leute zurückgezogen und auf die Hauptgefahr hin konzentriert und organisiert. Die überdimensionale Bedrohung schärfte nicht den Blick für Ursachen und Zusammenhänge, sondern ließ Angst und Verzweiflung ins Kraut schießen, bewegte sich immer weiter weg von den Wurzeln, wo sich die Frage wer wen? konkret stellt und auch mit schwachen Kräften effektiver Widerstand machbar ist. Die Dialektik, daß sich die Kämpfe, je größer und globaler die Gefahr ist, umso gezielter und heftiger gegen die Fundamente der Macht richten müssen, diese Dialektik hat die Friedensbewegung ob bewußt oder unbewußt, sei dahingestellt außer Kraft gesetzt. Dagegen konnten sich auch die Versuche des autonomen Teils der Friedensbewegung, real zu behindern, zu stören, zu sabotieren, nicht durchsetzen. Die Hoffnung, der Protest gegen die Nachrüstung werde sich radikalieren und zur Konfrontation mit dem Regime eskalieren, indem die Autonomen ihren sozialen und antiimperialistischen Widerstand eng an Formen und Inhalte der organisierten Friedensbewegung orientierten, hat sich nicht eingelöst. Die alte Erfahrung, daß sich eine Bewegung nicht von innen heraus kritisieren läßt, sondern sich Kritik inhaltlich und praktisch in einer Gegenbewegung verwirklichen muß, scheinen wir offensichtlich immer wieder von Neuem

machen zu müssen.

Davon unberührt bleibt die Tatsache, daß viele im Protest gegen die Stationierung individuelle Erfahrungen gemacht haben, die ihnen niemand mehr nehmen kann grundsätzliche Erfahrungen, nicht nur im Verhältnis zur Macht und ihrer Arroganz und Gewalt, sondern auch im Verhältnis zu sich selbst, zur eigenen gesellschaftlichen Rolle, zu den Beziehungen untereinander. In diesen Teilen der Friedensbewegung hat sich ein Widerstandspotential herauskristallisiert, dessen Bedeutung sich in den kommenden Auseinandersetzungen bewahrheiten wird. Und wenn aus dem Innenministerium Befürchtungen laut werden, daß sich die militanten Kerne der Friedensbewegung zur neuen terroristischen Generation entwickeln könnten, so spricht daraus nicht nur Propagandaabsicht, sondern auch das Eingeständnis, daß die Verstaatlichung des Protests nicht restlos geglückt ist. Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß die Teile der Friedensbewegung, die den Zusammenhang von Nachrüstung und Imperialismus thematisiert und praktisch angegriffen haben, stets in der Minderheit geblieben sind. In ihrer Mehrheit will die Friedensbewegung davon nicht wissen.

Im Gegenteil: die Analyse der Welt in die Kategorien des Klassenkampfes wird überlagert von einem scheinmoralischen Dualismus, der nicht zwischen oben und unten, sondern zwischen gut und böse unterscheidet. Das neue und doch so uralte Ideal, das zugleich gefährlich ist, weil es letztlich immer vor den materiellen Bedingungen kapituliert, ist wieder mal der friedfertige Mensch, der Klassenwidersprüche als Ausdruck menschlichen Fehlverhaltens begreift und sich ihre Lösung aus einer umfassenden moralischen Runderneuerung erhofft, während er hinter Konfrontationen und Kampf von unten die gleichen aggressiven Triebkräfte wittert wie in den menschenvernichtenden imperialistischen Globalstrategien. Aus dieser Sicht kann Friede nur die Folge massenhafter persönlicher Abrüstung und moralischer Aufrüstung sein und keinesfalls das mögliche Resultat einer Entwicklung, in deren Verlauf um die Abschaffung von Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen gekämpft wird. Hier hat das fadenscheinige Argument, daß man zunächst einmal mit sich selbst ins Reine kommen müsse, um die Sache des Friedens überhaupt glaubwürdig vertreten zu können, seine Basis; hier gilt, daß die Hände zum Beten gefaltet werden, damit sie sich nicht zu Fäusten ballen können.

In diesem moralisch-religiösen Weltbild schließen sich Engagement für den Frieden und Klassenkampf antagonistisch aus, weil der Kampf als solcher das Problem ist, gegen das man sich zusammengeschlossen hat. Die Friedensbewegung in ihrer Masse will nicht Widersprüche vorantreiben und austragen, sondern sich gegen sie abschotten. Sie sucht Oasen der Ruhe in einer Welt voller schreiender Gegensätze. Die Friedensgemeinde ist nicht nur Rückhalt angesichts der atomaren Bedrohung, sondern zugleich Objekt jener Vision von Ganzheit, von heiler Welt, die in der Realität in die Brüche geht. Vielleicht erklärt sich aus diesem überwältigenden Harmoniebedürfnis die kaum begreifliche Mischung aus demonstrativer Angst und beschaulicher Gelassenheit, der man auf den Kundgebungen der Friedensbewegung begegnet. Vielleicht liegt darin der Grund für die offensichtliche Diskrepanz zwischen der Dramatik, mit der die Folgen eines Atomkriegs ausgemalt werden und der penetranten Harmlosigkeit ihrer Aktionsformen. Die Demutsgesten und die Opferbereitschaft, die Frömmelei und der missionarische Eifer, die innere Leere, ja Seichtheit, die einem auf Friedensfesten entgegenschlägt all dies sind Indizien dafür, daß der Protest gegen die Raketen vor allem als Pazifisierung nach innen, als Entschärfung der Zeitbombe, die jedes Herz sein könnte, verstanden und gehandhabt wird.

Es läßt sich wahrscheinlich nicht genau ausmachen, ob die Entpolitisierung und Moralisierung der Friedensbewegung die Bedingung oder der Preis für den Einstieg und den zunehmenden Einfluß der Grün-Alternativen, der Kirchen, der traditionellen Kommunisten und Sozialisten und schließlich der Integrationsapostel aus den Reihen der Sozialdemokratie die, noch im Besitz der Macht, genauso knallhart stationiert hätte waren. Gleichwohl ist ihnen allen der Vorwurf zu machen, daß sie der gemüthlichen Grundstimmung innerhalb der Friedensbewegung nicht entgegengewirkt, sondern sie vielmehr genährt und genutzt haben, um ihr plattes Konzept der Verbreiterung, das in dem bloßen

Anwachsen einer Bewegung bereits ein Zeichen für ihre Stärke sieht, durchzusetzen. Doch weder dieser Vorwurf, noch die xte Auflage der wer hat uns verraten?-Klage, noch die richtige und absolut notwendige Kritik an Führungscliquen, Staatsverträgen und Standleitungen beantworten die brisante Frage, ob das konservative Grundmotiv innerhalb der Friedensbewegung lediglich deshalb so breite Resonanz findet, weil es nicht praktisch mit einer klassenkämpferischen Bewegung und Kultur konfrontiert wird oder ob heute angesichts der ständig eskalierenden Drohungsspirale breite Volksbewegungen nur zu den Bedingungen eines derartigen moralisch-religiösen Weltbilds zu haben sind und ob sich wirklich das Prinzip Hoffnung immer weniger am Menschen und seiner Fähigkeit, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen also am Klassenkampf festmacht, sondern sich jenseits aller materiellen Verhältnisse Rettung und Heil aus einer klassennegierenden, herrschaftsverbrüdernden moralischen Umkehr verspricht. Die weltweite Renaissance der Religionen, Sekten, Mythen und Mysterien könnte hierfür ein Indiz sein. Wie auch immer die Hintergründe dieses Phänomens haben wenig Mysteriöses an sich. Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, schreibt Marx und die Drangsal wird täglich neu geschürt. In unablässiger Folge spucken die Administrationen der Macht globale Endzeitstudien und Katastrophenszenarios aus, nichts wird hinterm Berg gehalten, bemäntelt oder beschönigt. Noch nie hat ein System die verheerenden, menschenvernichtenden Konsequenzen seiner Herrschaft derart offen und offensiv propagiert und von sich aus ohne jegliche Zensur ständig neues Tatsachenmaterial über seine überdimensionale Bedrohlichkeit ins Volk lanciert. Die sich überschlagenden Konjunkturen von Angst und Schrecken haben Methode, entspringen eiskaltem Machtkalkül, sind eine Waffe. So werden die Raketen nicht klammheimlich untergeschoben wie vor ihnen Generationen von Waffensystemen sondern schon vor ihrer Fertigstellung in alle Kanäle der gesellschaftlichen Kommunikation gepreßt. Verhandlungen werden inszeniert, um das heiße Thema ständig am Köcheln zu halten:

Gute Durchsetzungsbedingungen erwarten sich die Politstrategen davon, daß zwar der konkrete Inhalt der Konsultationen geheim bleibt, das Verfahren und der Zweck allerdings offensiv in die Öffentlichkeit getragen wird, damit die möglicherweise erforderlich werdenden Opfer und Kollektivmaßnahmen innenpolitisch gestützt werden. (aus: Die Sicherheit des Westens Neue Dimensionen und Aufgaben).

Weil der Imperialismus Proteste gegen die militärische Eskalation nicht von vornherein ausschalten kann, zieht er alle Register, um dessen Stoßrichtung in seinem Sinne zu steuern und die berechtigte Kriegsangst zur Massenpsychose umzudrehen, die er im Interesse der Durchsetzung des Projekts der Zukunft mobilisieren kann. Damit wird selbstverständlich nicht die Angst vor der atomaren Aufrüstung gegenstandslos oder als Paranoia denunziert. Denunziert werden muß aber ihre absichtsvolle und manipulative Inszenierung durch die Macht:

Denunziert werden muß jeglicher Versuch, Katastrophenstimmung zu schüren und wachzuhalten, damit das Regime umso freiere Hand bei der Umsetzung des imperialistischen Projekts nach innen hat. Im Schatten der Vernichtungsdrohung wird die Wende angepeilt, wird die Auflösung des Wohlfahrtsstaats<sup>49</sup> betrieben, werden die Weichen zu einer neuen Politik der Verarmung, der Vertreibung und Vernichtung gestellt. Die Krisenstrategen verschaffen sich freie Bahn, indem sie Folgen der Krise als das kleinere Übel und notwendiges Opfer verkaufen, das zur Vermeidung einer weitaus größeren Katastrophe gebracht werden muß. Die Utopie einer freien Gesellschaft fällt einer politischen Moral anheim, deren einziger Wert im physischen Überleben der Menschheit besteht. Denunziert werden muß jeder Versuch, Endzeitstimmung propagandistisch anzuheizen, um dem gesellschaftlichen Individuum seine Ausgeliefertheit und seine Machtlosigkeit einzuhämmern. Das Gefühl der überwältigenden Bedrohung wird in dem Maße zur Legitimationsgrundlage für den imperialistischen Staat, wie Lösungen nicht mehr gegen die Herrschenden, sondern nur noch im Verein mit ihnen möglich erscheinen. Je brutaler die Krise exekutiert wird, umso stärker wächst das Heer der eifrigen kleinen Polit- und Militärstrategen, die den Mächtigen dieser Welt Ratschläge andienen, was sie wie besser machen könnten. Auf allen Kanälen wird der Dialog mit der Macht

wieder geknüpft, richtet sich die Hoffnung auf Parlamente, Ministerien, Abgeordnete, ja selbst den Sicherheitsapparat und es gerät dabei in Vergessenheit, daß die Beziehung einer Emanzipationsbewegung zur Politik nicht partizipativ sein darf, sondern destruktiv sein muß (Agnoli50)

Und schließlich muß jeder Versuch denunziert werden, jene Mischung aus apokalyptischer Grundstimmung, abstrakter Friedenssehnsucht und sozialer Begriffslosigkeit, die für die Friedensbewegung so typisch ist, dazu auszunutzen, um ganz anderen Forderungen und Zielen die Legitimation einer Massenbasis zu verschaffen. Die Übungen in Machtunterwerfung, die Dressur von Gewaltfreiheit, der Konsenszwang in Bezugsgruppen sind nicht so harmlos, wie sie auf den ersten Blick aussehen. Das darin verwurzelte Gefühl moralischer Überlegenheit könnte sich in Verbindung mit der immer wieder geschürten Angst vor totaler Vernichtung leicht als hochbrisantes Gemisch erweisen, das seine Sprengkraft allerdings in ganz anderen Konstellationen entfaltet. Die Grenzen zwischen missionarischem Eifer und Kreuzzugsmentalität sind bekanntlich fließend. Die Gefahr liegt nicht allein darin, daß die Friedensbewegung Resignation und Verzweiflung hinterläßt, sondern daß sie zum Durchlauferhitzer einer politischen Programmatik wird, die ihre ursprünglichen Intentionen bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

Wie leicht das dumpfe Gefühl der Bedrohung umschlagen kann, gegen ausgemachte Störenfriede mobilisierbar ist, haben die organisierten Teile der Friedensbewegung in ihrer Reaktion auf das autonome und militante Spektrum insbesondere nach Krefeld anschaulich vorgeführt. Die Heftigkeit und Wut, mit der dort auf der Seite des Staates gegen die Chaoten vom Leder gezogen wurde, ist lediglich die häßliche Fratze, die Kehrseite des Ideals vom guten Menschen. Es mag persönliche Motive und auch sonst gute Gründe geben, warum es in bestimmten Situationen falsch oder fragwürdig ist, seine Ziele mit gewaltsamen Mitteln zu verfolgen. Wo Gewaltfreiheit aber zum unantastbaren Prinzip erhoben wird, an dem sich gut und böse scheiden, geht es nicht um Argumente, sondern um Unterordnung und Gehorsam. Mit ihren Distanzierungen und Denunziationen haben die Friedensfunktionäre vor allem eines klargelegt: daß sie den Maßstab, dem sie sich verpflichtet fühlen mögen, längst als Machtanspruch über die gesamte Bewegung verstehen und handhaben. Natürlich steht dahinter weniger Moral als vielmehr politisches Kalkül: es setzt auf den historischen Kompromiß im Innern, der im übergeordneten Interesse der Erhaltung als Gattung (Bahro51) geschlossen werden soll und als dessen Wegbereiter und Garant die Führungsschicht der Friedensbewegung nach unten abwiegelt und nach oben Verträge schließt ganz so als ließe sich der Verzicht auf die Raketen gegen das Angebot der Sozialpartnerschaft einhandeln. Wenn Robert Jungk52 behauptet, daß, wer Nie wieder Krieg sagt, auch Nie wieder Bürgerkrieg sagen müsse, dann stellt er die wirkliche Alternative der Geschichte Sozialismus oder Barbarei, Bürgerkrieg oder Völkermord endgültig auf den Kopf. So verhindert man nicht imperialistische Kriege, sondern im Gegenteil: so strickt man mit am inneren Frieden als eine ihrer zentralen Voraussetzungen. Dennoch: im lähmenden Streit um die Gewaltfrage droht unterzugehen, daß der historische Kompromiß nur Vehikel ist, um ganz anderen Zielen Nachdruck zu verleihen. Organisierte Teile der Friedensbewegung schicken sich an, ihr politisches Süppchen auf deren Rücken zu kochen. Ihre Kritik an der Nachrüstung geht weiter über die Raketenfrage hinaus und mündet in der Perspektive einer blockfreien Großmacht Europa. Wenn die Hegemonialmächte den Krieg wollen und man selbst den Frieden so die fatale Logik dann muß man selbst nur stark genug werden, um die anderen zur Vernunft bringen zu können. Wir müssen leider selbst gefährlich werden, um den Frieden zu wahren, hat Manes Sperber53 die Perspektiven der Friedensbewegung aus französischer Sicht abgesteckt, als ihm der Friedenspreis übergeben wurde. Ist es nur Schlamperei, daß sich kein Bastian54 und keine Petra Kelly55 dagegen empört haben oder ist es stillschweigendes Einverständnis? Und da in Europa nichts läuft, ohne daß an der deutschen Frage gerührt wird, ist von links das Problem der Wiedervereinigung aufgeworfen worden. Im vorgeblichen Interesse der Abrüstung wird so an der Fiktion eines progressiven deutschen Nationalismus gewerkelt eines Nationalismus, in dessen Namen

nicht nur zwei verheerende Weltkriege entfesselt, sondern auch jene Endlösung, jener Holocaust inszeniert wurden, als deren zukünftiges Opfer die Friedensbewegung heute demonstratives Massensterben veranstaltet. Geschichte verkehrt!

Die Legende von der Geisel Europa und die Parole von der besetzten BRD, die zwischen den Supermächten USA und UdSSR zermalmt zu werden droht, tragen nicht nur zur Verharmlosung und Entschärfung des westdeutschen und westeuropäischen Imperialismus bei. Sie dienen den grün-sozialdemokratischen Politstrategen darüberhinaus zur Begründung einer souveränen europäischen und deutschen Politik, deren materielle Basis selbst gar nicht mehr zur Debatte steht: Wir bemühen uns, eine eigene europäische Politik zu betreiben wenn dies die konkrete Alternative ist, dann sage ich ja, die unterstütze ich. Ich würde sie auch dann unterstützen, wenn sie eine lupenreine kapitalistische wäre. (Dan Diner/SB56)

Zum lupenreinen Kapitalismus gehört der Expansionismus wie das Salz zur Suppe. Ein lupenreiner Kapitalismus hält sich nicht an die Grenzen des Nationalstaats, sondern muß auf der Jagd nach Profiten diese immer wieder überschreiten. Lupenreiner Kapitalismus hat wenig mit Frieden und dafür umso mehr mit Imperialismus und Krieg zu tun. Das gilt auch und in zunehmendem Maß für das westdeutsche Kapital, dessen Wiedererstarken in dem scheinbar progressiven Postulat nach Überwindung des Blocksystems lediglich ideell nachvollzogen wird. Die innerimperialistische Kräfteverschiebung schlägt sich in der Forderung nach einer neuen Nachkriegsordnung nieder. Dem westeuropäischen namentlich dem westdeutschen Kapital soll endlich das Stück vom Kuchen der weltweiten Ausbeutung zugestanden werden, das seinem ökonomischen Gewicht angemessen ist. Blockfreiheit im Namen des Friedens massenwirksam vermittelt das ist das Wasser auf die Mühlen derer, die sich von einem neutralen Westeuropa Spielraum für einen flexibleren imperialistischen Kurs versprechen.

Daß die innerimperialistische Konkurrenz hinter den globalstrategischen Interessen der NATO-Staaten gegenüber dem Rest der Welt zurücksteht, haben wir gesagt. Ein blockfreies Europa ist keineswegs neutral, bedeutet nicht Abkopplung vom Westen, also Schwächung des imperialistischen Lagers, sondern Verdopplung seiner Macht. Die Revision von Jalta57, die quer durch die politischen Parteien propagiert wird, zielt auf die Überwindung der europäischen Teilung unter westlicher Flagge, zielt nicht auf ein atomwaffenfreies, sondern auf ein kapitalistisches Europa von Polen bis Portugal.

Wer heute einem linken Patriotismus das Wort redet und die Friedensbewegung für ein blockfreies Europa zu mobilisieren versucht, ohne dessen ökonomisch-politische Strukturen anzugreifen, darf sich nicht wundern, wenn unterm Strich eine nationalchauvinistische Bewegung dabei herauskommt, die bewußt oder auch nicht im Kielwasser imperialistischer Destabilisierungspolitik schwimmt. Die Friedensbewegung darf nicht ausgewogen, sie muß einseitig antiimperialistisch sein oder sie entwickelt sich zum Auffangbecken nationalistischer Emotionen, von denen noch immer die Herrschenden profitiert haben. Warum fordern die Grün-Alternativen in schönster Ausgewogenheit Abrüstung in Ost und West, statt dem Mythos einer Bedrohung aus dem Osten, der schon immer zur Legitimation westlicher Aufrüstung hat herhalten müssen, entgegenzutreten? Warum stoßen sie sich nicht daran, wenn sie mit ihren Initiativen zu einem günstigen Zusammenschluß der Friedensbewegung West mit einer unabhängigen Friedensbewegung Ost, ebenso mit ihren Aktionen auf dem Alexanderplatz58 oder mit ihrer vorbehaltlosen Solidarität mit der Solidarnosc59 und der Charta 7760 stets Beifall von den falschen Rängen ernten? Und warum können sie nicht über den US-Imperialismus, über Grenada reden, ohne im selben Atemzug Schweinereien der Sowjetunion aufzuzählen? Mit der Mobilisierung antiamerikanischer und antikommunistischer Ressentiments lassen sich in der BRD leicht Mehrheiten gewinnen. Ein Beispiel von politischer Stärke im Sinne von Emanzipation ist das nicht. Im Gegenteil so verstandene europäische Politik leistet einem Befreiungsnationalismus Vorschub, der nichts mit der Linken zu tun hat und seine politische Basis dort finden wird, wo der deutsche Patriotismus schon immer beheimatet war: im reaktionären und

rechtsradikalen Lager.

Der linke Patriotismus ist nicht die Ausnahme, sondern er liegt im Trend. Anstatt die konservative Erneuerung von oben mit einer radikalen Gegenkultur zu konfrontieren, schwimmt die Friedensbewegung in deren Sog. Wenn die neuen grünen Philosophen den Wertkonservatismus entdecken und Abschied vom Proletariat<sup>61</sup> nehmen, um in Zukunft in den trüben Reservaten konservativer Provenienz zu fischen, müssen sie als erstes mit ihrer linken Vergangenheit brechen und fundamentale emanzipatorische Positionen über Bord werfen. Die Friedensfrauen revidieren das Selbstverständnis der Frauenbewegung, indem sie den Kampf gegen Unterdrückung, gegen Sexismus, gegen strukturelle Gewalt hinter das große gemeinsame Ziel des Friedens zurückstellen. Und wenn Teile der Frauenbewegung sich wieder auf genuin weibliche Normen und Verhaltensweisen besinnen, um in der Natur der Frau bereits alle Eigenschaften angelegt zu sehen, die in den Wertmaßstäben der Friedensbewegung in Form von Opferbereitschaft, Unterwürfigkeit, Absage an Konfrontation und Kampf ihre Entsprechung gefunden haben, so begünstigen sie damit die biologische Zementierung einer Weiblichkeit, die längst als Produkt von Herrschaft begriffen und bekämpft worden war. Die schleichende Einnistung reaktionärer Ziele und Inhalte im progressiven Gewand ist nicht zuletzt Ausdruck und Resultat linker Versäumnisse. Nicht die Rechten haben sich in den sozialen Bewegungen breitgemacht, sondern die Krise der Linken hat dazu beitragen, daß dort Unklarheiten und Positionen herumgeistern, von denen letztlich die Rechten profitieren. So hat die apokalyptische Vision von der Auslöschung der Menschheit als Argument gegen die Atomenergie bereits in linken Teilen der AKW-Bewegung eine Rolle gespielt, beinhaltete die Warnung vor dem nuklearen Gau, der ganze Bevölkerungsteile vernichten würde, den propagandistischen Appell an die globale Betroffenheit einer abstrakten Volksgemeinschaft, deren Überlebensinteresse vor sozialen und politischen Interessen rangiert, von rechts also leicht gegen die Klassenfrage ausgespielt werden kann. Und selbst in linksradikalen Gruppen wurde unter Antiimperialismus vor allem Anti-US-Imperialismus verstanden, während die Aufrüstung der westeuropäischen Staaten und ihre zunehmende Bedeutung auf dem Weltmarkt praktisch unter den Tisch gefallen sind. Auf einem solchen Boden konnte die Legende von der besetzten BRD, konnte der linke Patriotismus prächtig gedeihen.

## Fragen keine Rezepte ...

Was unsere Kritik an der Friedensbewegung betrifft, so sind die Schlußfolgerungen einigermaßen klar wir müssen aus der fatalen Abhängigkeit von dem Friedensbündnis herauskommen und eigene Fronten aufmachen. Die Anlehnung und Orientierung an Themen und Verlaufsformen des Protests gegen die Stationierung bedeutet eine politische wie praktische Einengung, aufgrund derer sich die erklärten Ziele in ihr Gegenteil zu verkehren drohen. Mit der biologistischen und rassistischen Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa von Polen bis Portugal haben Linke nichts gemeinsam! Nur in der Perspektive einer autonomen Gegenbewegung, die sich von den inhaltlichen Beschränkungen und vom Niveau der Friedensbewegung frei macht, den Zusammenhang von Krise und Krieg wieder artikuliert und ihre Kritik als Praxis begreift, besteht die Chance, das Bündnis zu polarisieren und ein Gegengewicht zu schaffen, das einer Transformation der Friedensbewegung in einen neuen Befreiungsnationalismus entgegenwirkt. Innere Unruhe und Zersetzung der Fundamente der Macht an den Punkten, wo mit schwachen Kräften effektiver Widerstand zu leisten ist, sind nach wie vor die entscheidenden Mittel gegen die Aufrüstung. Solange eine radikale Massenbewegung nicht in Sicht ist, die im Widerstand gegen die imperialistischen Vernichtungsstrategien zugleich die Machtfrage stellt, bleibt uns keine andere Wahl

unsere Politik muß weiterhin auf eine Stärkung der Linken, auf ihre Radikalisierung und erweiterte Militanz abzielen. Sie darf sich nicht auf Ausschnitte der gesellschaftlichen Wirklichkeit angesichts

einer vermeintlichen Hauptgefahr begrenzen, sondern muß das System in seiner Totalität angreifen und die Verbindungslinie zwischen Krise und Krieg, zwischen sozialer Verarmung in den Metropolen und Verelendung und Vernichtung in der 3. Welt, zwischen Sexismus und Rassismus, zwischen technologisch vermitteltem Angriff von oben und ökologischer Verödung ziehen. Die Konsequenzen, die sich aus unserer Analyse des imperialistischen Projekts der Zukunft ergeben, gehen allerdings darüber hinaus, ohne daß sie uns in ihrer Tragweite bereits klar wären. Wir wollen keine Antworten vorspiegeln, wo wir selbst vor allem offene Fragen haben

Die neuen sozialen Bewegungen das hat die Friedensbewegung auf den Punkt gebracht verlaufen zunehmend quer zur Klassenfrage, überlagern soziale Inhalte und entwickeln sich in Teilen nach rechts. Als ausschließlicher Bezugspunkt einer revolutionären Praxis werden sie fragwürdig. Jenes Ab in die Bewegung!, das die Frage der Mobilisierung vor ihre Inhalte und Ziel stellt, reicht als Kriterium nicht länger aus. Die Unterklassen sind zwar als neues Subjekt revolutionärer Veränderungen ausgemacht, allerdings nur auf der Ebene der Analyse und kaum auf der Ebene gesellschaftspolitischer Praxis. Wo sie sich wehren und kämpfen, entwickeln sie Widerstandsformen, die sich von denen der neuen sozialen Bewegungen grundsätzlich unterscheiden. Kurze, aber heftige Randalen, Krawalle, Riots wie sie sich seit Brixton und Toxteth<sup>62</sup> abzeichnen haben mit traditioneller Kampagnenpolitik nichts mehr zu tun. Eine Linke, die sich auf die Unterklassen bezieht, muß die Verlaufs- und Organisationsformen ihres eigenen Widerstandes überdenken, wenn sie Vermittlungsmöglichkeiten nach unten finden will.

Vor dem Hintergrund der Abschaffung der freien Lohnarbeit und der Verallgemeinerung von Arbeits- und Reproduktionsformen, die nicht mehr von der Zentralisation der Klasse ausgehen, sondern deren Atomisierung und Zersplitterung beabsichtigen, stellt sich die Frage nach den Konstitutionsbedingungen von Bewußtsein und Organisation in neuer Form. Die Behauptung, daß die Frauen, die Ausländer, die von sozialer Verarmung Betroffenen und Bedrohten die neuen Protagonisten der zukünftigen Kämpfe sein werden, sagt noch nichts darüber aus, wie sich angesichts der Umwälzung der Lebensbedingungen in den Metropolen tatsächlich Subjektivität herauschälen kann und welche Aufgabe eine radikale Praxis der Linken im Prozeß der Konstitution von Bewußtsein spielen wird. Die 3. Welt kann in ihrer Gesamtheit nicht mehr als historisches Subjekt verstanden werden, von dem revolutionäre Veränderungen auch in den Zentren der Kapitalakkumulation ausgehen und als dessen verlängerter Arm der Widerstand hier sich definiert. Die unterdrückten Völker und Länder können nur partielle Befreiungsprozesse aus kolonialer Abhängigkeit machen. Die Konsolidierung dieses Prozesses ist an die Bedingung des Kampfes im Herzen der Bestie (Che<sup>63</sup>), an die Zerstörung des Imperialismus in seinen Kernländern gebunden.

Gleichzeitig scheint die Ära nationaler Befreiungskämpfe zu Ende zu gehen. In den Hungerrevolten und Plünderungen in Sao Paulo deutet sich an, daß die nationalistische Klammer zwischen einheimischen Eliten und Unterklassen brüchig geworden ist und der gemeinsame Kampf um soziale Befreiung in den Metropolen wie in der 3. Welt zur materiellen Grundlage eines neuen Internationalismus wird.

Die Bedeutung der neuen strategischen Sektoren, die Quelle einer gigantischen Reichtumsakkumulation und Herrschaftsinstrument zugleich sind, muß sich in praktischen Konsequenzen niederschlagen. Es stellt sich die Frage, ob sie zu zentralen Angriffspunkten einer revolutionären Strategie in den Metropolen werden, ob Sabotage zur vorrangigen Kampfform der radikalen Linken wird, auf die hin wir uns zu qualifizieren und zu organisieren haben.

Die Transformation der bürgerlichen Demokratien, die aus den politökonomischen Umwälzungen resultiert, wird die legalen Handlungsspielräume der Linken weiter einengen, zumal dann, wenn die Bedingungen selbst eine Radikalisierung des Widerstands erfordern. Daß die neuen sozialen Bewegungen keinen Schutz darstellen, in dessen Schatten sich Militär organisieren läßt, hat die



Friedensbewegung hinlänglich bewiesen. Eine radikale Linke, deren Selbstverständnis darin besteht, Widerstand immer wieder zu ermöglichen, muß sich eigene Strukturen von Subversion und Illegalität schaffen, um unberechenbar, unfaßbar, unbesiegbar zu bleiben.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Vorbemerkung

## Die wilden Streiks 1969 und 1973

Im September 1969 verweigerten rund 150.000 Arbeiterinnen der Gewerkschaftsführung ihre Gefolgschaft und beteiligten sich an sog. wilden Streiks vor allem in der Stahlindustrie, dem Bergbau, der Metallindustrie, den Werften, der Textilindustrie und im öffentlichen Dienst. Sie konnten so Lohnerhöhungen von bis zu 10 % durchsetzen.

Im Verlauf des Jahres 1973 kam es wiederum zu spontanen Streiks, an denen sich ca. 275.000 ArbeiterInnen aus mindestens 335 auch kleineren und mittleren Betrieben beteiligten. Die Streiks wurden vor allem von unqualifizierten Arbeitern, von ausländischen Arbeitern und von deutschen und ausländischen Frauen getragen. Daher rückten neben der Forderung nach Lohnerhöhung die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Vordergrund

die Abschaffung von Leichtlohngruppen, längerer und zusammenhängender Urlaub, Verlangsamung der Bandgeschwindigkeit etc.

Kennzeichnend für die 73er Streiks war, daß sie sich von Februar bis Oktober über das ganze Jahr verteilten und unterschiedliche Forderungen je nach den Besonderheiten der jeweiligen Arbeitsbedingungen erhoben wurden. Dies führte dazu, daß die Streikenden in einigen Fällen (z.B. bei Pierburg) Erfolge aushandeln konnten, in anderen Betrieben nur Teilerfolge erzielten oder gar ganz leer ausgingen.

Die Gewerkschaftsführung stellte die Streikenden zunächst als gewerkschaftsschädigend dar, forderte sie zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit auf und versuchte, die Streikbewegung als von Linksextremisten gesteuert zu diffamieren.

## Betriebsarbeit der Linken

Von den Linken waren Anfang der 70er Jahre verschiedene Gruppen in die Betriebe gegangen, um gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben; vor allem die Streikwelle 1973 gab ihnen Hoffnungen neue Nahrung.

Mitte der 70er Jahre allerdings hatten sich die meisten linksradikalen Gruppen aus der Betriebsarbeit zurückgezogen, nachdem ihre Hoffnungen auf die Arbeiterklasse als dem revolutionäre Subjekt nicht in Erfüllung gingen, aber auch, weil Fabrikarbeit vor allem mit der Entwicklung der Alternativszene kaum noch mit ihrem sonstigen Alltag zu vereinbaren war.

In den Betrieben fanden sich in den folgenden Jahren zwar weiterhin linke gewerkschaftsoppositionelle Gruppen, die meisten Linksradikalen aber sahen die Betriebe nicht mehr als ein Feld für ihre politische Arbeit an. Viele verweigerten regelmäßige, gesicherte Arbeitsverhältnisse. Sie übernahmen kurzfristige Jobs, sicherten ihren Lebensunterhalt durch BAFöG, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe oder arbeiteten in Alternativbetrieben.

So wurden ab Ende der 70er Jahre Jobberinitiativen gegründet, die angesichts der zunehmenden Zahl derer, die in ungesicherten Arbeitsverhältnissen beschäftigt waren, dies zum Ausgangspunkt ihrer politischen Arbeit machten. Zur gleichen Zeit entstanden Selbsthilfegruppen von Arbeitslosen.

## Die Revolutionären Zellen

veröffentlichten im März 1984 das Diskussionspapier Wolf im Schafspelz 35-Stunden-Woche, Sozialpartnerschaft, Linke, Klassenantagonismus. Angesichts der bevorstehenden Verhandlungen um die 35-Stunden-Woche analysieren sie die Interessen der Gewerkschaften und der Unternehmer an der Arbeitszeitverkürzung und die Folgen für die ArbeiterInnen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Umstrukturierung.

Die Revolutionäre Zelle in der Industriegewerkschaft Metall zeichnet in den Jahren 1979, 1980 und 1982 für mehrere Aktionen verantwortlich

So gegen die Gewerkschaftsfunktionäre Loderer und Mayr, auf das Bundesarbeitsgericht in Kassel und auf einen Journalisten der Braunschweiger Zeitung.

Im Januar 1980 hat ein Anschlag der Revolutionären Arbeitslosen-Zelle die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zum Ziel, im März 1985 legen die RZ Sprengsätze bei dem Unternehmerverband Ruhrbergbau, der Firma Peter Döhle und der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, die wirtschaftliche Hilfe für die Niederschlagung des britischen Bergarbeiterstreiks geleistet haben.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 741

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# **Wolf im Schafspelz 35-Stundenwoche**

## **Sozialpartnerschaft Linke Klassenantagonismus**

### **März 84**

Wollen wir wieder dem Wirbel der Medien Glauben schenken, so steht uns nach einem heißen Herbst nun ein heißer Frühling ins Haus.

Nicht ohne Übertreibung jedenfalls sollen die Verhandlungen und die sie begleitenden Arbeitsniederlegungen über die 35-Stunden-Woche zur größten gesellschaftlichen Auseinandersetzung der 80er, wenn nicht sogar der Nachkriegszeit werden. Da bleibt kein Auge trocken und auch die Herzen der skeptischsten Gewerkschaftskritiker schlagen schneller. Die sogenannte Basis aber läßt sich nur mühsam auf Vordermann bringen. Die Stimmung selbst in der IGM Bastion Daimler/Untertürkheim ist lustlos wie nie zuvor und nicht wenigen realistischen Metallern wird's irgendwie mulmig, wenn sie an die nötigen 75 % bei der Urabstimmung denken. In 35 Stunden wird das Gleiche geschafft nur für weniger Geld ist die einleuchtende Begründung für die Ablehnung. Und wie sie angesichts des Frontalangriffs des Kapitals und der Defensive der Klassen durchgesetzt werden soll, eine andere.

Und nicht zuletzt sind da die Erfahrung mit dem bundesdeutschen Gewerkschaftsapparat, der sich schwertut, auch mit noch so radikalen Parolen und Reden sich glaubwürdig und Geschehenes vergessen zu machen. Nicht so die (Gewerkschafts-)Linke. Die ficht's nicht an. Wenngleich selbst die ansonsten unverdächtige Revier1 (1/84) davor warnt, sich mit geschlossenen Augen vor den Karren spannen zu lassen. Es ist nicht das erste Mal, daß das berühmte Wer hat uns verraten scheinbar absolut und bei gegebenem Anlaß wieder in aller Munde sein wird.

Es ist plötzlich wieder notwendig, die Gewerkschaften vor dem politischen Ruin zu bewahren und nahezu vorbehaltlos- und kritiklos die 35-Stunden-Forderung zu unterstützen.

Und überhaupt: Arbeitszeitverkürzung ist doch richtig. Mehr Freizeit und weniger arbeiten wollten wir schon immer.

So eint die Systemfrage diejenigen, die eben dieses bekämpfen wollten und diejenigen, die dies sagen, um es auf Trab zu bringen. (Dieter Marcello in der TAZ vom 17.2.84)

Wir schreiben dieses Papier, um einerseits diese Einigung zu untergraben, weil wir sie für falsch und gefährlich halten und dies nicht hinterher erst feststellen wollen. Andererseits weil's prinzipiell notwendig ist, sich mit den Bedingungen, dem Was, Wer, Wie, Wo und Warum von Forderungen und Kämpfen auseinanderzusetzen, erst recht, wenn sie von Oben aufgestellt und dirigiert werden.

Wenn heuer für die 35-Stunden-Woche die Klamotten hingeschmissen werden sollen, so ist's nicht das erste Mal.

Der Stahlarbeiterstreik<sup>2</sup> des Winters 78/79 wie auch die damalige gesellschaftspolitische Situation ist uns deshalb aus aktuellem Anlaß einen Rückblick wert. Charakteristisches Ergebnis der Krise der Massenarbeit, des Kampfzyklus 68/73 (in der BRD: Septemberstreiks 1969 und Stahl- und Automobilarbeiterkämpfe 1973) war die weitgehende Trennung von Leistung und Lohn. Und auf der Haben-Seite zu verbuchen: Lohnsteigerungen (von 69 bis 74/75 real ca. 30 %) über Produktivitätszuwachs.

Die Ablehnung, die Lohnarbeit als alleinigen Gradmesser von Selbstwert und Bedürfnisbefriedigung anzuerkennen, war dessen Spiegelbild im gesellschaftspolitischen Bewußtsein.

Die Abkopplung von Arbeit und Einkommen war ein Meilenstein gegen die insbesondere in der BRD aus dem Nationalsozialismus überlieferte Tradition des Leistungsdenkens.

Frontal gegen diesen bewußtseinsmäßigen Einbruch steht die vom DGB seit Jahren propagierte Parole des Rechts auf Arbeit, die an das Arbeit macht frei der Nazis erinnert.

Sicher als Folge davon führen die Ölkrise des Jahres 73, die Massenentlassungen und die Arbeitslosigkeit (mittels Rationalisierung und Internationaler Arbeitsteilung durchgesetzt) seit 74 als Angriff auf Zusammensetzung und Einkommen der Klasse nur bedingt zu dem gewünschten Resultat. Trotz Arbeitslosigkeit steigen die Löhne (7476), die Arbeitsmoral ist schlapp, Blaumachen ist immer noch auf der Tagesordnung und in der sozialen Hängematte kann mensch sich noch durchschaukeln. Da ein umfassenderer Angriff als Arbeitslosigkeit und Ölkrise nicht sofort aus dem Ärmel zu schütteln war, setzte das Kapital noch einmal auf Ausweitung von Produktion und Arbeit: Ende 76 wird der Einstellungsstopp der Großbetriebe aufgehoben, im Frühjahr 1977 beginnt die Bundesanstalt für Arbeit eine Vermittlungsoffensive via ABM, Umschulung usw. Die Zahl der Arbeitslosen bewegt sich 76/78 um 950.000 mit sinkender Tendenz und einem wachsenden Anteil jugendlicher Neu-Arbeitsloser.

## **Einleitung der Restrukturierung 35-Stunden-Forderung und Stahlarbeiterstreik**

Inhaltlich an die alte Massenarbeiter3-Losung Mehr Lohn Weniger Arbeit anknüpfend, auf einer IGM-Tagung Anfang 77 in Köln erstmals (soweit wir's wissen) unter dem Begriff Modellsolidarität konkretisiert, wurde die 35-Stunden-Forderung auf dem IGM-Gewerkschaftstag im September 77 gegen den Vorstand, der dies mit allen Mitteln zu verhindern suchte, in den Forderungskatalog aufgenommen. Eugen Loderer, damaliger Vorsitzender der IGM, nannte die Forderung übertrieben und nicht durchsetzbar. Eine Einschätzung, der ein gutes Jahr später offensichtlich eine Änderung widerfahren sollte eine Änderung, die sich ausschließlich auf den nordrhein-westfälischen Tarifbezirk, genauer

auf die Stahlindustrie, bezog, nicht aber auf den Rest der Republik.

## **Fakten zum Hintergrund**

1. In der strukturell schon damals angeschlagenen bundesdeutschen Stahlindustrie waren seit 1975 40.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden. Demzufolge war auch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Eindämmung anstehender Freisetzungen wenigsten bei den betrieblichen Gewerkschaftskadern der Stahlbranche sehr populär (durch die bei 35 Stunden Wochenarbeitszeit notwendige Einführung einer 5. Schicht hätte zumindest eine Umverteilung der bestehenden Belegschaften, wenn nicht wenigstens vorübergehende Neueinstellungen rausspringen können). Nicht zuletzt sollte mit der angestrebten Stabilisierung der Belegschaften auch ihre Kampfstärke er- und zusammengehalten werden.
2. Die Kampfstärke und -bereitschaft der Stahlarbeiter hatte Tradition. Wie bei den Septemberstreiks 1969 waren sie auch im Streikjahr 1973 die ersten, die gegen die miesen Tarifabschlüsse der IGM Lohnerhöhungen erkämpften (Klöckner/Bremen, Hoesch/Dortmund, Mannesmann/Duisburg etc.) natürlich gegen den Willen der Gewerkschaftsführung, die ihre Zerschlagung in vorderster Reihe betrieb. Diese Erfahrung sowie die butterweiche Tarifpolitik der nächsten Jahre, die unter Kurt Herb in NRW mit List und Tücke den Arbeitsfrieden wahrte, hatten die Distanz der sog. Basis zur Gewerkschaftsführung konserviert.
3. Das Ruhrgebiet und dabei speziell die Stahlindustrie sollte in den nächsten Jahren einem einschneidenden Wandel durch Strukturkrisen unterzogen werden: Planmäßige Ruinierung der ökonomischen Substanz der Region und damit ihre Zurichtung zur Billiglohnregion in der Metropolen selbst (die Errichtung Freier Produktionzonen<sup>4</sup> ist in Planung). Die heutige Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet liegt bei 14,6 % (und lokal z.T. bei 25 %).

Die krisengeschüttelte Perspektive der Region verbunden mit der labilen Kontrolle der Klasse durch die Gewerkschaftsführung dürfte den Ausschlag gegeben haben, einerseits durch einen großen Streik die Belegschaften wieder mehr an die Gewerkschaft zu binden und andererseits durch seine wie sich zeigen sollte resignativen Folgen die Ruhe für die nächsten Jahre zu garantieren.

## Zum Streik selbst

Zeitpunkt

Dezember 78/Januar 79

Die Bedingungen für einen unwirksamen Streik sind ideal

die Automobilindustrie als Hauptabnehmer von Stahl hat ihre Konjunktur erst im Frühjahr. Schon allein deshalb war klar, daß es lange dauern würde, bis sich Lieferschwierigkeiten bemerkbar machen. Überdies war in der Zeit vor dem Streik Stahl auf Vorrat hergestellt worden. Auch ist die Jahreswende nicht gerade der Zeitpunkt, zu dem auf Hochtouren produziert wird: Weihnachtszeit Ferienzeit.

Der Streik beginnt am 28.11. nach nur 2-wöchiger Mobilisierung. Sie ist trotzdem außerordentlich hoch. Es wird ein aktiver Streik, an dem nicht nur die Mitglieder, sondern auch ihre Familien teilnehmen. Entgegen der Forderung der Basis wird nur schwerpunktmäßig (etwa 25 % der Mitglieder) gestreikt.

Dem Verlangen nach Vollstreik wird auch dann nicht nachgekommen, als das Kapital zusätzlich 29.000 Arbeiter aussperrt und eine Koordinationsstelle für Terminaufträge einrichtet, die die durch Streik und Aussperrung ausfallende Produktion auf die restlichen Betriebe umdirigiert.

Bereits am 6.12. wird NRW-Minister Farthmann, der bekanntlich gegen die Arbeitszeitverkürzung ist, als Schlichter akzeptiert und ernannt. Während in über 30 Städten von DGB und IGM organisierte Kundgebungen gegen die Aussperrung stattfinden, liegt am 17.12. das Verhandlungsergebnis auf dem Tisch: 4 % mehr Lohn bei 15-monatiger Laufzeit (= 3,2 % auf's Jahr bezogen) plus ein paar Freischichten und etwas mehr Urlaub.

Der Vorschlag wird von der Großen Tarifkommission abgelehnt und die Ablehnung mit der Ankündigung, den Streik auszuweiten, verbunden. Was die Streikenden zu der Annahme verleitet, am Streikziel würde festgehalten und es solle durch die Ausweitung unterstrichen werden. Denkste! Bis zur Einbeziehung von weiteren 20.000 Stahlkochern dauert es noch ganze 2 Wochen (3.1.). Einziger Grund für die Ablehnung des Kompromisses war nämlich die Beschränkung der Freischichten auf die Nachtschicht (was im endgültigen Abschluß hieß: 3 Freischichten für über 50-Jährige). In der ganzen Zeit wird langwierig verhandelt und in bitterer Kälte weitergestreikt. Am 7.1. erfolgt die Einigung auf der Basis der seit Wochen existierenden Formel, mit einer Laufzeit des Manteltarifvertrages bis 31.12.83, d.h. Festschreibung der 40-Stunden-Woche auf 5 Jahre. Unter dem Protest der Streikenden segnet die Große Tarifkommission den Abschluß ab.

Die Stimmung für die Urabstimmung am 11.1. wird durch die planmäßige Demontage des Streiks (Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Arbeit) aufbereitet und ihr Ergebnis nach dem Motto: Ihr könnt ruhig wählen, solange wir die Stimmen zählen durch massive Manipulation in manierliche Form gebracht.

Es sollte sich sehr bald zeigen, daß die Strategie des IGÖorstandes aufgegangen war. Trotz der während des Streik intensivierten autonomen Strukturen wurde die Niederlage akzeptiert, d.h. sich mit ihr abgefunden. Während der Großteil also resignierte, kanalisiert sich Wut und Schmerz des Restes zum hundertsten Mal in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in dem auch diesmal erfolglosen Versuch, den verknöcherten hierarchischen Apparat zu reformieren.

## Kybernetisierung Prekarisierung Arbeitszwang

Was hat sich nun in den 5 Jahren seit dem Stahlarbeiterstreik getan, was ist heute die Situation?

Das Kapital weitete das Arbeitsvolumen bis in den Herbst 80 weiter aus. So stiegen allein 1979 die registrierten Ausbeutungsverhältnisse um über 300.000. Ebenfalls vergrößert wurde der Sektor der illegalen Arbeit, vor allem auf dem Bau. Auf der anderen Seite wurde mit z.T. gewaltigen Investitionen (Automobilindustrie 79/80: 35 Mrd.) der technologisch vermittelte Angriff auf die Klasse vorbereitet. Über die Kybernetisierung von Hand- und Kopfarbeit sollen die traditionellen Facharbeiter-, unteren und mittleren Angestellten- und Technikerschichten entqualifiziert, aufgelöst und unter dem zentralisierten Kommando des Kapitals neu zusammengesetzt werden (NC/CNC-Automaten, Vernetzung der technischen und Verwaltungsabteilungen mit Terminals, elektronische Heimarbeit usw.). Desgleichen werden die alten Massenarbeiterabteilungen über die technologische Restrukturierung (automatisierte Fertigungsleittechnik, Roboterisierung) und forcierte Transnationalisierung (z.B. Produktion des Opel-Corsa, Ford-Fiesta und Ford-Escort in Spanien ... bis hin zur Vernutzung der ostdeutschen und chinesischen Arbeiterklasse durch VW) zersetzt.

Dieser Angriff setzt im Herbst 80 ein. In dessen Folge werden die erfaßten Ausbeutungsverhältnisse bis Ende 82 um eine Million reduziert. Die offizielle Arbeitslosenzahl wird im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt (850.000 2,2 Mio.) ganz zu schweigen von der Stillen Reserve.

Dagegen werden die illegale Arbeit und die entgarantierten Ausbeutungsverhältnisse erheblich ausgeweitet (Nach einer im Oktober 83 von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Untersuchung wurden von den 1977 gemeldeten Arbeitslosen 90 % wieder vermittelt, davon aber nur etwa jeder zweite in ein garantiertes Arbeitsverhältnis.) gekoppelt mit einer rigorosen Einschränkung und Kürzung des Soziallohns. So überschritt bereits im Mai 80 die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, die kein Geld erhielten, weil entweder ihr Antrag nicht bearbeitet (27,7 %) bzw. abschlägig beschieden (22,5 %) wurde, erstmals die 50 %-Marke.

Dieser bekanntlich unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung eingeleiteten Soziallohnbeschneidung, gekoppelt mit der Zwangsmobilisierung und -flexibilisierung der Arbeitsmärkte entsprach auf der Seite der (noch) garantierten Teile der Klasse die von den Gewerkschaften mitgetragene Kybernetisierung von Produktion und Verwaltung verbunden mit einer seit 1980 anhaltenden Reallohnsenkung (jährlich zwischen -0,3 und -2,2 %).

Konsequent fortgesetzt wurde und wird diese Politik von den Fraktionen der Bonner Wende.5 Neben den bereits erfolgten Maßnahmen wie beispielsweise der Streichung des Invaliditätsrentenanspruches für die Ungarantierten und einer neuen Arbeitszeitordnung (die die alte von den Nazis 1938 für die Kriegsproduktion erlassene bei weitem übertrifft) stehen u.a. demnächst an:

Speziell die Entgarantierung und Flexibilisierung des gesamten Klitschensektors (maximal 5 Beschäftigte) durch

Aufhebung des Kündigungsschutzes

die Möglichkeit, unbeschränkt viele Teilschaffer/innen bis zu 45 Stunden monatlich zu vernutzen, ohne daß dadurch der Klitschenstatus aufgehoben wird.

Allgemein die

Erweiterung der zulässigen Befristung von Ausbeutungsverhältnissen von einem halben auf ein Jahr.

Aufhebung der bisherigen 3-Monats-Grenze für den Einsatz der legalen Sklaven(Leih)arbeiter.

Vereinheitlichung der Hinzuverdienstgrenzen für Rentner auf 390 DM im Monat bei gleichzeitigen

Rentenkürzungen.

Einführung der Teil-Arbeitsfähigkeit für Kranke.

Zwangsarbeit für arbeitslose Jugendliche bis 28 Jahren durch Koppelung der Zahlung des Arbeitslosengeldes/hilfe an Leistung unbezahlter Arbeit bzw. Weiterbildung.

Mit der Befreiung der Sozialdemokraten von der Regierungsverantwortung änderte sich ihre Rolle und damit auch die der von ihnen hegemonisierten Gewerkschaften. Die Zeit des offensichtlichen Schulterschlusses mit der offiziellen Bonner Politik ist vorbei, es darf oder besser

soll wieder Flagge gezeigt werden. Integration ist angesagt, denn der allorts diagnostizierte soziale Sprengsatz muß entschärft werden. Der Versuch des DGB im Winter 82, die Arbeitslosen in die eigenen Fittiche zu bekommen, war der erste, der massive Einstieg von SPD und DGB in die Friedensbewegung der nächste Schritt. Diese integrative Funktion der Sozialdemokratie ist nicht nur Strategie zur kapitalistischen Herrschaftssicherung. Sie ist gleichzeitig immer auch die Latte, an der sich die politische Existenzberechtigung der Sozialdemokraten als Herrschaftselite messen lassen und unter Beweis stellen muß.

Ein zusätzlicher Punkt, der für die momentane Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche von Bedeutung ist, ist die Absicherung des eigenen Apparats. Durch die von den Gewerkschaften in aller Konsequenz mitgetragene Restrukturierung wird eben auch die eigene Machtbasis, das sind die Kernbelegschaften der Großbetriebe, zersetzt. So verlor allein die IG Metall seit 1980 knapp 100.000 Mitglieder, Tendenz steigend. Und Mitglieder sind vor allem Beitragszahler. So dürfte allein der dadurch bedingte Beitragsverlust der IGM bei ca. 25 bis 30 Mio. DM liegen. Diese Kernbelegschaften müssen also der eigenen Selbsterhaltung wegen so weit als möglich stabilisiert werden, wozu gleichzeitig gehört, nach Jahren der Reallohnsenkung auch mal wieder Erfolge vorzuweisen. In diesem Sinn stellt auch die sonst gewiß nicht gewerkschaftsprotégierende FAZ fest: Schwache Gewerkschaften nützen niemandem.

## **Der Weg nach Silicon Valley führt nicht über die subventionierte Frührente**

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich (35-Stunden-Woche) steht auf den ersten Blick in offensichtlichem Gegensatz zur vom Kapital geforderten Flexibilisierung, Mobilität, Reallohnsenkung und Ausdehnung des Arbeitstages.

Auf dem Hintergrund der zunehmenden Eliminierung nahezu aller Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung der letzten 100 Jahre DGB-Zimmermann

Es geht um die gesellschaftspolitische Substanz der Republik und des Vorschickens der IGM als kampfstärkster Organisation seitens der HBV, DPG, ÖTV und IG Druck und Papier scheint sich eine scharfe Konfrontation abzuzeichnen. Darauf könnte auch der strategische Schachzug des Kapitals im Vorfeld der Tarifaueinandersetzungen, die Blüm'sche6 Vorruhestandsregelung, hindeuten. Diese greift die Tendenz zur Verjüngung der Arbeitskraft auf, betrifft ohnehin nicht viele, da das durchschnittliche Ausscheidungsalter inzwischen bei 54 Jahren liegt und ist sowieso nur Ersatz für den Wegfall des vorgezogenen Altersruhegeldes nach der bisherigen 58er- oder 59er-Regelung. Mit dem einzigen, nicht unwesentlichen Unterschied, daß der Blüm'sche Entwurf die finanziellen Lasten mehr vom Staatshaushalt weg auf die Mittel- und Großbetriebe **und** die Betroffenen verschiebt.

Dies alles auf dem Hintergrund, daß sich die in einem Boom befindlichen Automultis einen Streik



kaum leisten können.

Daß der Blüm'sche Schachzug erfolgreich sein könnte, deutete zunächst auch der Beifall der rechtssozialdemokratischen, mehr betriebs- als sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften unter Führung der IG Chemie an.

Bis hierhin fügt sich alles noch in ein weitverbreitetes Bild.

Während die Unternehmer noch in verschiedenen Städten der BRD auf die Straße gehen, wird Anfang Januar im Manager Magazin erstmals von dieser Seite die Vorruhestandsregelung öffentlich in Frage gestellt. Der Weg nach Silicon Valley (gemeint ist das in wenigen Jahren mit sog. Risikokapital aus dem Boden gestampfte kalifornische Mikroelektronikparadies) führt nicht über die subventionierte Frührente, verbunden mit der abschließenden Fragestellung, wieviel der soziale Friede eigentlich wert sei.

Während Anfang Februar BMW-Chef Kuenheim auf der Bilanzpressekonferenz seines Konzerns verkündete, in der Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung sei kein Kompromiß möglich und damit droht, das geplante Werk in Regensburg im Fall ihrer Durchsetzung nicht zu bauen, ist in dem bereits zur gleichen Zeit an den Kiosken ausliegenden Monatsjournal Capital<sup>7</sup> aktueller als jede Tageszeitung just jenes Zitat als kürzlich geäußert schon nachzulesen. Eingebunden in einen Bericht, wonach derzeit bei BMW die 36-Stunden-Woche als Kompromiß favorisiert werde und zwar an vier Tagen je 9 (!) Stunden, verbunden mit regelmäßiger Samstagsarbeit. Darüber Ausdehnung der Betriebszeit von jetzt 80 Stunden. (6Tage M-` 16 Stunden = 3 Schichten M-` 86 Stunden)

Die am gleichen Tag erscheinende Wirtschaftswoche schlägt in dieselbe Kerbe: Es besteht im übrigen kein Gegensatz zwischen Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung. Im Gegenteil: Eine 35-Stunden-Woche läßt sich sogar noch flexibler handhaben als die gegenwärtige 40-Stunden-Woche. Auch der neuste Stern<sup>8</sup> (5/84) weiß aus dem eigenen Lager zu berichten, daß der für die IGM-Tarifpolitik zuständige Jannsen eine verbindliche, starre Arbeitszeitsregelung wie etwa den 7-Stunden-Tag nicht anstrebe. Er denke an Blockfreizeiten, Freischichten, an Mischmodelle zwischen längerer Tages- und kürzerer Nachtarbeit. Über die jeweilige Regelung sollten die Betriebe selbst entscheiden! Es dauert nun keine zwei Tage, da macht auch die IG Chemie einen Schwenk: wurde bisher eindeutig eine Lebensarbeitszeitverkürzung favorisiert, empfiehlt der Hauptvorstand den regionalen Tarifkommissionen nun die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit. Verstärkt wird nun auch von gleicher Seite die seit langem bekannte finanzielle Ausgestaltung der Blüm'schen Vorruhestandsregelung kritisiert.

Die ungebrochenen verbalen Attacks und öffentlichen Auftritte vor allem der Lobbyisten der Klein- und Klitschenbetriebe, die in diesem Konzept **real** sowieso nix zu sagen haben und der Funktionäre von Gesamtmetall sind die notwendige Begleitmusik, um eine Kompromißformel auf der Basis des BMW-Modells durchzuboxen: weitgehendes Entgegenkommen in punkto 35-Stunden-Woche gegen totale Arbeitszeitflexibilisierung. Mithin Geben und Nehmen auf beiden Seiten (Capital).

Für den Gewerkschaftsapparat wäre ein evtl. 36-Stunden-Abschluß (denkbar in 2 Etappen, z.B. 1985 oder 1986: 38 Stunden; 1988: 36 Stunden) ein vorweisbares Traumergebnis, ein Sieg mit bitterem Nachgeschmack allerdings.

Für's Kapital hieße das: Wiedereinführung der Samstagsarbeit (für die dann der 25 %-Zuschlag incl. weiterer Zugeständnisse entfielen), 6-Tage-Woche und Aufhebung des 8-Stunden-Tages. (Das jüngst mit großem Hallo in allen Medien publizierte Beispiel der Gummiwerke Fulda zeigt denn auch vorbildlich, wo der Hase langläuft: 38,5 Wochenstunden auf dem Papier = 44 Stunden plus Samstagsarbeit die Reifenindustrie erlebt derzeit im Gefolge der Autoindustrie einen Boom und dafür entsprechend Freizeit). Damit, über die Verringerung der Totzeit, bessere Auslastung und schnellerer Umschlag des fixen Kapitals, mithin eine Reduzierung der auf die Profitrate drückenden fixen Kapitalkosten. Ein Modell, das nicht nur auf die unmittelbaren Produktionsabteilungen, sondern auch auf die privilegierten Facharbeiter-, Techniker- und Angestelltenschichten anwendbar ist (neben 6-Tage-Woche Einführung der Schichtarbeit). Darüberhinaus sind hierbei einer verschärften

Arbeitszeitintensivierung keine Grenzen gesetzt. So hat sich die IGM auch ganz bewußt gegen eine Verbindung der 35-Stunden-Forderung mit einer Definition der Arbeitsbedingungen entschieden. Die Frage des Lohnausgleichs ist dabei vor allem aus zwei Gründen nur von geringer Bedeutung:

1. meinte die bewußt diffus gehaltene Forderung von vollem Lohnausgleich nie Reallohnenausgleich,
2. wurde die IGM von Anfang an nicht müde zu betonen, daß ein Lohnausgleich bei den Lohnverhandlungen berücksichtigt werde. Erst Anfang Februar wieder machte IGM-Mayr in einem Interview mit dem Handelsblatt folgende Rechnung auf: 1984 fordere die IGM nur eine Lohnerhöhung in Höhe der Inflationsrate (3 %). Ohne Arbeitszeitverkürzung aber müßte sie 1984 höher sein als 1983, wo sie 7 % betragen habe und mit 3,2 % abgeschlossen wurde.

Hiernach ist der Lohnausgleich also reine Definitionssache. Das zeigt auch folgende Rechnung

Geht man von einer 36-Stunden-Regelung aus, so käme allein der nominale Lohnausgleich fürs Kapital einer Lohnerhöhung von insgesamt 11,1 % gleich. Bei der üblichen 5-jährigen Geltungsdauer des Manteltarifvertrags wären dies im jährlichen Schnitt 2,22 %.

Wenn die IGM nun 3 % zusätzlich fordert, meint sie damit erfahrungsgemäß 1,3 bis 1,4 %. Macht summa summarum

3,5 bis 3,6 %, also das Übliche. In diesem Zusammenhang erscheint uns noch bemerkenswert, daß die gewerkschaftsoppositionellen Gruppen die Frage des Lohnausgleichs in ihren Einzelkritiken nie problematisiert haben ganz zu schweigen von grünen Ökologen, die einen Lohnausgleich, von wegen Konsumverzicht (für die Massen, versteht sich) am liebsten ganz vom Tisch hätten.

Dem Gewerkschaftsapparat wäre mit der angedeuteten Kompromißformel in zweierlei Hinsicht gedient:

1. Durch die damit erforderliche Ausweitung der Schichten (z.B. dann 3 Schichten statt bisher 2) wäre der weitere Abbau der Mitgliederbasis in den Großbetrieben zunächst gestoppt. In diesem Sinn rechnete auch der Vorsitzende der DPG van Haaren Anfang Februar folgendes vor: die Post wolle in den nächsten Jahren 30.000 Arbeitsplätze wegrationalisieren. Werde nun die 35-Stunden-Woche durchgesetzt, so bedeute dies rein rechnerisch 70.000 neue Arbeitsplätze. Selbst wenn über Rationalisierung (gemeint ist Arbeitsintensivierung) die Hälfte davon unterlaufen werde, blieben immer noch 35.000.

2. Auch wenn es der Apparat bislang noch nicht geschafft hat, seine aus Erfahrung zu Recht mißtrauische Basis für den großen Kampf zu mobilisieren, so doch seine in- wie externe linke Opposition, trotz oder besser wegen aller Detailkritiken. Und das ist ihm nicht weniger wichtig. Allenthalben werden die Messer gewetzt und in diesem Zusammenhang gar von Nur noch die Utopien sind realistisch (Oskar Negt<sup>9</sup> in der TAZ) gesabbert. Im Fall eines Streiks dürfte der Schulterschuß dann ein totaler sein.

Und das ist exakt der Punkt, an dem sich das sozialpartnerschaftliche (IGM) gegenüber dem betriebspartnerschaftlichen (IG Chemie) Gewerkschaftsmodell für das Kapital beweisen kann. Dabei ist nicht die Frage ob, sondern WIE die totale Arbeitszeitflexibilisierung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene am konfliktfreiesten durchgeführt werden kann. Einzelbetriebliche Lösungen, wie z.B. in den Chemiekonzernen seit einiger Zeit praktiziert, sind für's Kapital (auch intern, z.B. in Bezug auf die Kleinbetriebe) erstmal der bequemere und vielleicht auch billigere Weg.

Das hat allerdings auch viel damit zu tun, daß in diesem Sektor oppositionelle Tendenzen bislang erfolgreich aus welchen Gründen auch immer ein- und ausgegrenzt werden konnten.

Dem gegenüber basiert das sozialpartnerschaftliche Modell der IGM prinzipiell mehr darauf, die Linke in die kapitalistische Krisenstrategie produktiv mit einzuspannen (ohne jedoch darauf zu verzichten, wenn nötig kritische Teile auszuschließen).

Auf den konkreten Fall bezogen heißt das: wenn sich die Situation auf die Alternative: **keine Arbeitszeitverkürzung Arbeitszeitverkürzung gegen Flexibilisierung** zuspitzt, wird auch die Linke, wenngleich mit knirschenden Zähnen, der letzteren den Vorzug geben. Die bittere Pille einmal mitgeschluckt, werden sie dann auch das Maul halten müssen.

Wenn IGÖize Steinkühler am vorletzten Februarwochenende auf einer 35-Stunden-Solidaritätskonferenz im Frankfurter Holiday Inn von dem schweren Weg in die 35-Stunden-Woche sprach, der mit großen Opfern verbunden sein kann, so meinte er genau das. An wen dagegen sein Appell gerichtet war, daß die Gewerkschaften im Fall eines Scheiterns gebrochen seien würden und auf viele Jahre nicht mehr Hoffnungsträger sein könnten, ob nun an die Basis, die Linke, das Kapital oder alle gleichermaßen, kann dahingestellt bleiben.

## **Alles hat seinen Preis. Das war schon vor 60 Jahren so!**

Die gelben Firmengewerkschaften wurden in Deutschland 1918 aufgelöst. Das Zugeständnis, Anerkennung der Gewerkschaften und vorübergehende Einführung des 8-Stunden-Tages wurde in der Zentralarbeitsgemeinschaft ausgehandelt. Von AEG-Chef Rathenau als Reaktion auf die revolutionären Kämpfe der Klasse initiiert, war sie ein Pakt zwischen Kapital und Gewerkschaften. Auf deren offizielle Anerkennung erfolgte im Gegenzug die blutige Niederschlagung der Arbeiteraufstände durch die Sozialdemokratie in der Ära Noske.<sup>10</sup> Der Sekretär der Zentralarbeitsgemeinschaft hieß übrigens Hans Böckler. Er gelangte später als legendärer Führer des DGB zu Ruhm und Ansehen.

Die Kampagne um die 35-Stunden-Woche auf das zu reduzieren, was sie bestenfalls ist, nämlich der Kampf zweier Linien um die beste Strategie für die Durchsetzung der Flexibilisierung ist eine Sache. Eine Sache, für die angesichts des gesunden Mißtrauens in den Betrieben die Zeichen gar nicht so schlecht stehen wenn die Linke sich nicht weiterhin bereitwillig vor fremde Karren spannen läßt. Eine ganz andere Sache ist es, das, was die 35-Stunden-Kampagne zum Teil jedenfalls vorgibt zu sein, in- und außerhalb der Betriebe tatsächlich anzupacken: der Kampf gegen die vom Kapital abverlangte Zwangsmobilität und -flexibilität, gegen die technologisch vermittelte Restrukturierung von Fabrik und Gesellschaft im Sinne von sozialer Desorganisation der Klasse, Vereinzelung, Ausgrenzung, Verelendung und Vernichtung.

Die Desorientierung und Verunsicherung der Linken als wesentliche Voraussetzung für die Bereitschaft, breite diffuse Bündnisse in der Hoffnung einzugehen, dort von innen her etwas aufzubrechen und bei allen Detailkritiken schließlich doch den Schritt in die richtige Richtung herauszudeuteln, hat sicher neben subjektiven vor allem objektive Ursachen.

Mit dem Abflauen der autonomen Revolten der frühen 70er, die auch im Reproduktionsbereich sowohl die verschiedenen Klassensegmente repräsentierten, als sich auch zumindest inhaltlich den Kämpfen der Massenerbeiter zuordneten, reduzierte sich die Thematisierung des Klassenantagonismus langsam aber sicher und blieb letztlich auf theoretische Zirkel beschränkt. Der Rückzug überwiegender Teile der damaligen radikalen Linken ins Alternative vermittelte psychologisch Resignation und bedeutete politisch einen Bruch in der Vermittlung von Kontinuität und historischen Erfahrungen.

Unter anderem mit dem Ergebnis, daß sich die Kämpfe im Reproduktionsbereich vor allem inhaltlich vom Bezug zum Produktionsbereich entfernten. Dementsprechend günstig sind heute, wo die soziale Frage diesmal vom Kapital neu definiert und in Angriff genommen wird, die Erfolgsprognosen reformistischer Integrations- und Vereinnahmungstendenzen.

Und das allgemein verbreitete Gefühl, mit dem Rücken an der Wand zu stehen, trägt sicher auch nicht gerade dazu bei, den Blick zu schärfen.

Es mag auch bequemer sein, sich an die Spitze einer Kampagne zu setzen und deren Ziele und

Forderungen, die mensch weder formuliert hat, noch überblickt, mit den eigenen mehr oder minder revolutionären Projektionen zu überlagern.

Schlimm daran ist weniger, daß so betriebene linke Politik inkonsequent ist. Schlimm sind vielmehr die Auswirkungen. Zimmert doch die Linke durch ihre Beteiligung aktiv an der Verfestigung der verbreiteten Resignation und Perspektivlosigkeit mit, wird unglaublich und fällt damit auch als möglicher Bezugs- und Orientierungspunkt der Klasse flach.

Wie die politische Strategie im Gegenzug auszusehen hat, können wir auch nur vage umreißen. Es kann dabei aber ohnehin nicht um Patentrezepte und -programme gehen. Ergebnisse kann da nur eine massive und massenhafte auch theoretische Auseinandersetzung bringen, in der es zunächst darauf ankommt, entlang der Klassenlinie die zweifelsohne verschütteten antagonistischen Tendenzen aufzuspüren und freizulegen.

Das heißt: auf der einen Seite autonome sozialrevolutionäre Positionen zu entwickeln wenn sie auch vorerst minoritär bleiben werden , die das Kapitalprojekt definieren und auf seine möglichen Bruchstellen hin abklopfen. Und es heißt auf der anderen Seite, sie alsbald praktisch und organisatorisch zu thematisieren und sie sowohl auf Massen- (politischer), wie auf militanter Ebene voranzutreiben.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Aktion gegen Eugen Loderer und Hans Mayr (April 79)

Uns reicht's!

Wir haben die Schnauze voll von dem Funktionärsklüngel, der immer in langwierigen und zähen Verhandlungen das Alleräußerste für die Kollegen herausgeholt hat die Verarschten sind immer wir und das schon viel zu lange. Deshalb haben wir zum 1. Mai angefangen, den Spieß endlich rumzudrehen

Dem großen Vorsitzenden der IGM und Multifunktionär(-millionär?) Eugen Loderer haben wir seinen Bungalow, vornehm gelegen in Frankfurt, Am Niddatal 27, rundherum eingeteert und seinen Garten mit Unkrautvernichtungsmittel behandelt, auf daß er kahler werde als unser Essenstisch während des Streiks.

Dem 2. Vorsitzenden der IGM, Hans Mayr, exklusiv im Frankfurter Vorort Dreieichenhain, Philipp-Holzmann-Str. 62 wohnend, haben wir seinen Mercedes mit Unterbodenschutz neu lackiert (mehrjährige Rostschutzgarantie selbstverständlich inclusive). Um ihn an die gute Luft im Ruhrpott zu erinnern, haben wir ihm noch eine ordentliche Portion widerlich stinkender Buttersäure in den Hausflur geschüttet.

Diese beiden Herren zeichnen in erster Linie verantwortlich für die Niederlage im sechswöchigen Stahlarbeiterstreik. Daß sie diese Niederlage von Anfang an geplant haben, zeigen sowohl Zeitpunkt und Streiktaktik als auch die organisierte Wahlfälschung bei der abschließenden Urabstimmung, deren Ergebnis dokumentieren sollte, daß die Mehrheit der Kollegen hinter ihnen steht. Viele Kollegen haben immer noch Skrupel, Loderer, Mayr & Co. dort zu sehen, wo sie wirklich stehen: auf der anderen Seite der Barrikade. Sie sind lange schon keine Kollegen mehr, sondern Unternehmer im Blaumannkostüm. Gewerkschaftsposten waren immer (vor 50 Jahren wie heute) Aufstiegsleiter und Sprungbrett des Proleten zu Geld und Macht: Ministersessel Parlamentssitze Aufsichtsratsposten usw. So dient auch die Mitbestimmung letztlich den Funktionären dazu, an Aufsichtsratsposten und die damit verbundenen dicken Tantiemen zu kommen.

So ist MAYR stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats bei Thyssen, Klöckner und Thyssen Industrie AG Loderer besetzt den gleichen Posten bei VW, Mannesmann und den Mannesmann-Röhren-Werken, ist Mitglied des Aufsichtsrates bei der Bank für Gemeinwirtschaft und der Neuen Heimat, Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes und im Europäischen Gewerkschaftsbund sowie demnächst Abgeordneter im Europaparlament. Weiter sitzt er in der Trilateralen Kommission 11, einem relativ unbekanntem, dafür umso mächtigeren Gremium. 1973 gegründet vom Rockefeller-Clan, gehören ihr Vertreter der multinationalen Konzerne und Banken, der Massenmedien, Regierungsmitglieder und ausgewählte Gewerkschafter (aus der BRD Vetter, Hauenschild, Loderer!) aus den USA, Japan und der EG an. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise optimale Bedingungen und Strategien für eine bessere Kapitalverwertung sprich Ausbeutung sprich Rationalisierung zu erarbeiten und durchzusetzen. Also genau das, WOGEGEN wir gestreikt haben.

Die Bosse haben die 40-Stunden-Woche für die nächsten 5 Jahre festgeschrieben; bis dahin sollen 25 % aller Arbeitsplätze in der Stahlindustrie wegrationalisiert werden. Wenn wir das kampflos hinnehmen, haben wir's nicht besser verdient. Der Kampf gegen diesen massiven Angriff auf unsere Lebensbedingungen und Existenz kann nur außerhalb und unabhängig von den vorgegebenen Apparaten und Institutionen geführt werden. Auf Abteilungs-, Betriebs- und zwischenbetrieblicher

Ebene. Das schließt auch ein, daß wir es endlich schaffen, unsere angeblichen Vertreter, die uns eh nur auf'm Kopf rumtrampeln, mitsamt ihren parlamentarischen Mauschelgremien zum Teufel zu jagen. Unsere einzigen und echten Interessenvertreter sind wir selbst und sonst niemand. Die Kämpfe der lothringischen Kollegen zeigen, daß Widerstand möglich ist und keine Legalitätsschranke kennen darf und kann!

Revolutionäre Zelle in der IGM

## **Anschlag gegen die Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg (Januar 80)**

Es wird Zeit, daß wir leben

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg ist die Zentrale aller bundesdeutschen Arbeitsämter. Hier werden die Schritte der staatlichen Arbeitsmarktpolitik bestimmt und angeordnet, deren Auswirkungen dann jeder einzelne in seinem Arbeitslosenalltag zu spüren bekommt, z.B. - Bis zu 6-monatige Bearbeitungszeiten der Anträge auf Arbeitslosengeld (so lange gibt's auch keinen Pfennig); im Krankheitsfalle geht die ganze Schikane von vorne los.

Die Zumutbarkeitsklausel, die zum einen große räumliche Mobilität verlangt, zum anderen die Annahme von unterqualifizierter Arbeit und das zum Tariflohn derselben, d.h. doppelte finanzielle Abgruppierung.

die ABM-Stellen (z.Zt. fast 100.000) bedeuten für uns, zum niedrigsten Tariflohn ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld arbeiten zu müssen und für die Unternehmer, daß teure Arbeitskräfte durch kostenlose ersetzt werden.

die gerade beginnende Computerisierung (Erfassung aller Arbeitslosendaten und Stellenangebote) der Vermittlungstätigkeit, die uns auch die letzte Einflußmöglichkeit auf die Arbeitsvermittlung nimmt und uns endgültig zur Computernummer degradiert (Der Modellversuch hierfür läuft seit November 79 in Marburg und soll bis spätestens Mitte der 80er Jahre auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt werden).

Die Maßnahme verfolgt zwei Ziele

Zum einen werden vor allem Frauen, Ausländer, Ältere in die stille Reserve abgeschoben, wo sie das System nichts oder verhältnismäßig wenig kosten; deren Anzahl liegt mittlerweile über der offiziellen Arbeitslosenzahl. Zum anderen sind diejenigen, die überhaupt noch vermittelt werden, gezwungen, zu sich ständig verschlechternden Bedingungen zu arbeiten. Somit ergänzt die Bundesanstalt mit ihrer Arbeitsmarktpolitik mitgetragen von DGB und DAG, die beide im Nürnberger Verwaltungsrat sitzen die Rationalisierungspraxis des Kapitals.

Diese Bastion des modernen Sklavenhandels, deren Macht sich vor allem in unserer Vereinzelung und fehlenden Organisation begründet, haben wir wenn auch nur mit Sprengstoff zum Beben gebracht.

Arbeitslosigkeit ist heute kein Ausdruck konjunktureller Krisen, die mit diesen auftaucht und auch wieder verschwindet (so ist die Arbeitslosenzahl in der momentanen Phase des Booms mehr als doppelt so hoch als während der Rezession 1967), sondern Ergebnis der technologischen Entwicklung. Eine technologische Entwicklung, die uns nur zwei Wege offenläßt:

Entweder wir erkennen die Existenzberechtigung des Kapitals an, wie es die Gewerkschaften tun, was

heißt: Profit als einzigen Orientierungspunkt zu akzeptieren und steigende Arbeitslosigkeit genauso wie mörderische Arbeitsbedingungen und Arbeitshetze (für immer weniger Geld), Verschleißproduktion genauso wie die Zerstörung der Lebensbedingungen von Mensch und Natur (Chemie-Industrie, Atomkraftwerke, Betonsilos usw.) hinzunehmen. Oder wir wollen eine menschen- wie naturorientierte Produktion, die weniger Arbeit und mehr Zeit zum Leben für alle bedeutet, die Selbstbestimmung darüber, was, wie und wo produziert wird.

Nur geschenkt kriegen wir nichts. Auf gehts!

Revolutionäre Arbeitslosen-Zelle

## **Anschlag gegen das Bundesarbeitsgericht, Kassel (März 80)**

Wer das Geld hat, hat die Macht,  
und wer die Macht hat, hat das Recht

Solange jedenfalls, wie wir zulassen, daß Machtfragen als Rechtsfragen behandelt werden und die Entscheidung darüber untertänigst in die Hände irgendwelcher obskurer Gerichtshöfe legen, wird sich daran nichts ändern.

Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat bisher noch immer eindeutig gezeigt, welchen Herren es dient, durch die Kriminalisierung politischer und wilder Streiks wie auch durch die Anerkennung der Aussperrung in den Jahren 1955 und 1971 was sollte 1980 daran etwas ändern?

Die kaum begonnene, schon zurückgenommene Kampagne und sonstige Scheinaktivitäten des DGB bestimmt nichts das wissen die Herren Gewerkschafts**f**ührer Vetter, Loderer & Co. sehr genau.

Deren Dilemma findet in den Büttreden von Eugen Loderer seinen schärfsten Ausdruck: Selbst im Laufe seiner Funktionärskarriere vom Schlosser zum Millionär aufgestiegen, klingt es wie Hohn, wenn er die Macht der Millionen gegen die Macht der Millionäre als unsere Losung ausgibt.

Wir sollten ihn beim Wort nehmen und endlich Organisationstrukturen schaffen, die Führerschaft und Bürokratenkaste ausschließen. Andernfalls züchten wir uns nur weiter diese Wölfe im Schafspelz heran, die vor nichts mehr Angst haben, als daß wir unsere Interessen selbst vertreten. Sie wollen weiterhin gut von einer sich in Pseudoaktivitäten erschöpfenden Politik leben, die uns nur die Rolle der Beifallklatscher und Abstimmungstrottel zuteilt und deren vorprogrammierte Niederlagen allein wir ausbaden haben.

So ist **Aussperrung** kein Relikt aus Zeiten uneingeschränkter Unternehmerherrschaft und was die Bonzen sonst noch so durch die Mikrofone lallen sondern schlicht und einfach Ausdruck der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, von denen wir ein Teil sind. Machtverhältnisse, die sich weder durch lautstarke Appelle, Unterschriftenlisten, Petitionen, noch mit dem Stimmzettel verändern lassen.

Wie zu allem, gehören auch zur **Aussperrung** immer zwei: die, die aussperren die, die sich aussperren **lassen**. Folgen etwa auf jede **Aussperrung Betriebsbesetzungen** verbunden mit Solidaritätsaktionen in anderen Branchen, wendet sie sich gegen die Aussperrer selbst.

So wird sich die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der **Aussperrung** auch nur aus einer starken Kampfposition heraus durchsetzen lassen und nicht durch Türklinkeputzen bei der SPD.

Eingedenk der Worte unseres großen Vorsitzenden Eugen: Wir werden die Aussperrung aus dem Felde fegen, wenn wir nur wollen und wollen wollen wir ja alle, oder? haben wir gestern abend in Kassel beim Bundesarbeitsgericht mit dem Fegen schon mal angefangen.

Revolutionäre Zelle in der IG Metall

## **Aktion gegen den Journalisten Luze (November 82)**

Wir haben heute, am 10.11.82, Herrn Georg Luze, Chef vom Dienst der Braunschweiger Zeitung, die Hammelbeine langgezogen.

Die giftige Galle, die uns hochkam, als wir am 1. November die Zeitung aufschlugen, haben wir in Form einer stinkenden Flüssigkeit in seine Wohnung transportiert.

Diese Aktion ist zugleich ein Angriff auf das Pressemonopol der Braunschweiger Zeitung, die fast sämtliche andere Tageszeitungen in der Region ruiniert hat. Wer hier von Pressefreiheit spricht, über den lachen nicht einmal mehr die Hühner.

Luze besitzt die Unverschämtheit, den Arbeitern vorzuschlagen, ihre Lohntüten freiwillig zu plündern zugunsten der Arbeitslosen, da die Arbeiter ja den Vorzug genießen, sich ausbeuten lassen zu dürfen. Als ob Staat und Unternehmer uns nicht schon genug aus der Tasche ziehen, womit sie ihre Microchips und andere Rationalisierungsmaßnahmen finanzieren, die uns die Arbeitsplätze rauben. Zu solchen schmierigen Spaltungsmanövern meinen wir, daß wir uns weder als Arbeitslose finanziell aushungern lassen, noch als Arbeitstiere dahinvegetieren wollen. Das Einzige, was uns hilft, ist der Angriff auf Unternehmer und Staat.

Dieser Angriff muß allerdings über die Wortradikalität unserer Gewerkschaftsführer hinausgehen. Anstatt in der Krise zu direkten Widerstandsaktionen aufzurufen, karren sie uns samstags, außerhalb der Arbeitszeit natürlich, auf die Märktplätze. Sie wollen den sozialen Frieden und unseren Sozialstaat verteidigen, das heißt, die möglichst geregelte und ruhige Ausplünderung des Volkes, von der auch sie profitieren (die Neue Heimat dürfte da nur die Spitze sein). Anstatt Taten folgen zu lassen, wenn Lambsdorff nur sein dreckiges Maul aufreißt, kommen selbst dann nur hohle Proteste, wenn die Vorschläge dieses Kapitalistenknechts in die Tat umgesetzt werden. Wenn den Arbeitern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Schülern und Studenten das Geld geklaut wird, das anschließend den Unternehmern in den Arsch geschoben wird, damit diese kräftig rationalisieren können.

Die Ausgebeuteten und Angeschmierten, auf deren Rücken der Staat sich sanieren will, will Luze gegen die Atomkraftgegner ins Feld schicken. Die sind ja so brutal gegen unsere Polizisten.

Was er nicht geschrieben hat, ist: Auf der Konrad-Demo12 Festgenommene mußten, bevor sie auf das MAN-Gelände verschleppt wurden, zwischen den Bullen Spalier laufen (Spießbrutenlaufen). Das Ergebnis waren Knochenbrüche, Platzwunden und Prellungen. Der Vergleich mit Ländern wie Chile oder Türkei liegt dabei gar nicht mehr so fern. Es fehlt nur noch die Exekution. Was sich da zeigt, ist Faschismus, der sich vorläufig noch an Minderheiten austobt. Wenn wir ihm nichts entgegensetzen, werden in wenigen Jahren streikende Arbeiter ebenso traktiert werden.

Wobei wir klar sagen, daß wir keine Pazifisten sind. Die Gewalt der Unterdrückten ist Gegenwehr, etwas grundsätzlich anderes, als die Gewalt der Unterdrücker, die der Ursprung der Gewalt ist. Die



Ideologie der Gewaltfreiheit ist Abwiegelei, es ist der Versuch der linken Mittelschicht, möglichst gut über die Runden des sozialen Krieges zu kommen.

RZ in der IG Metall

## **Aktionen zum Bergarbeiterstreik in Großbritannien (März 85)**

Der Streik der britischen Bergarbeiter und ihrer Familien ist zu Ende. Zahllose Überstunden in den Streikbrecherregionen, der nicht abreißende Kohlenachschub aus dem Ausland, das Ende des Winters, die mangelnde Unterstützung aus den Reihen der britischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung, die nackte Not der Menschen in den Zentren der Klassenauseinandersetzung haben die Durchschlagskraft des Streiks ausgehöhlt. Die Aufweichung der Streikfront hat die Kräfteverhältnisse in der NUM verschoben. Mit knapper Mehrheit hat sie ihre Mitglieder zur geschlossenen Rückkehr in die Zechen aufgerufen.

Das bittere Ende dieses Streiks liest sich wie das letzte Kapitel der über 100jährigen Geschichte der alten Arbeiterbewegung. Die weltweite Krisenpolitik des Kapitals der 80er Jahre, die auf die Zersetzung und soziale Auflösung gewachsener proletarischer Lebenszusammenhänge zielt, scheint in eine der letzten Bastionen traditioneller Arbeitermacht vorgedrungen zu sein.

Nirgendwo, in keiner der westlichen Metropolen ist diese Offensive auf so erbitterten Widerstand gestoßen, wie in den Kohlezentren Großbritanniens. Die Bilder aus den Streikgebieten: der Mut und die Kompromißlosigkeit der Streikposten, die Zähigkeit und Kraft der Frauen aus den Unterstützungskomitees, die leidenschaftlichen Debatten in den Gewerkschaftshäusern und Pubs, die Versorgung in den Gemeinschaftsküchen, der Zusammenhalt ganzer Dorfgemeinden, der es erst ermöglicht hat, daß der Streik 12 Monate lang nicht ausgehungert werden konnte diese faszinierenden Bilder haben vorgeführt, zu was Klassenbewußtsein und Solidarität fähig sind, wenn sie nicht als Spruchblasen im Mund geführt, sondern mit Leben gefüllt werden.

Wenn sich das Blatt jetzt dennoch zugunsten der Thatcher13-Regierung und der nationalen Kohlebehörde NCB gewendet hat, so liegt ein maßgeblicher Grund dafür in der Rückendeckung, die sie international erfahren haben, Kohleimporte aus aller Welt haben den Druck entschärft, den ein Produktionsausfall im nationalen Rahmen hätte entfalten können.

## **Die Totengräber des Bergarbeiterstreiks sitzen auch in der BRD!**

Es sind

der Unternehmensverband Ruhrbergbau, Essen

die Peter Döhle KG, Hamburg,

die Industrie-Gewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum.

Die Revolutionäre Zelle hat dort Bomben gelegt, damit sie nicht völlig ungestraft von ihren Streikbrechergeschäften profitieren.

Der **Unternehmensverband Ruhrbergbau** ist die Lobby der bundesdeutschen Kohleindustrie, die die Gunst der Stunde genutzt hat, um die eigenen Halden zu räumen und damit die Löcher zu stopfen, die der Streik gerissen hatte. Während der vergangenen 12 Monate sind die Kohleexporte der BRD

nach Großbritannien um 1.000 % gestiegen eine Entwicklung, die die Ruhrkohle AG unzweideutig besonderen Faktoren in den EG-Ländern zuschreibt.

Die **Peter Döhle KG** betätigt sich als Schiffsmakler. Während der Streikmonate war sie Schaltstelle für die Abwicklung der Kohletransporte nach Großbritannien, die in Hamburg verladen wurden. Ein einträgliches Geschäft, wenn man weiß, daß über die Hälfte der Streikbrecherkohle unter bundesdeutscher Flagge nach England eingeschmuggelt wurde.

Die Führung der **Industrie-Gewerkschaft Bergbau und Energie** hat Almosen für die Opfer des Streiks gesammelt, die an der NUM vorbei verteilt wurden und im übrigen den Streik nach Kräften sabotiert. Sie hat gelogen, taktiert und Hetztiraden losgelassen, um die NUM international zu isolieren. Ihr Selbstverständnis als kapitalistische Ordnungsmacht geht so weit, andere Gewerkschaften zu ruinieren, die sich noch als Klassenorganisation begreifen.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Vorbemerkung

## ImmigrantInnen und Flüchtlinge in der BRD

Von 1955 (deutsch-italienischer Anwerbevertrag) bis zum Anwerbestopp im Krisenjahr 1973 wurden GastarbeiterInnen entsprechend den jeweiligen wirtschaftlichen Bedürfnissen ins Land geholt bzw. wieder ausgewiesen. Rentabel für die Unternehmen in der BRD sind sie vor allem deshalb, weil sie unter schlechtesten Arbeitsbedingungen und zu niedrigeren Löhnen arbeiteten, soziale Kosten wie Ausbildung etc. nicht von der BRD aufgebracht werden müssen und sie da oftmals die Aufenthaltserlaubnis einen konkreten Arbeitsplatz gebunden ist in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden können, sobald für sie kein Bedarf mehr besteht.

Zusätzlich zu den ArbeitsimmigrantInnen reisten bis Mitte der 70er Jahre politische Flüchtlinge, vor allem aus osteuropäischen Ländern ein, die ohne größere Probleme in die BRD integriert wurden.

Mitte der 70er Jahre veränderte sich dann die nationale Zusammensetzung der Flüchtlinge: mehr als 50 % kamen nun aus Krisenregionen der 3. Welt (z.B. aus Sri Lanka, Äthiopien, Libanon). Gleichzeitig sank die Anerkennungsquote rapide; hatte sie zuvor zwischen 15 und 50 % gelegen, sollte sie von nun an die 15 %-Marke nicht mehr überschreiten. Die Armuts- und Kriegsflüchtlinge können die Kriterien, an die eine Anerkennung als Asylberechtigter gebunden sind, wie z.B. die konkrete individuelle Verfolgung durch staatliche Organe, nicht erfüllen.

Ab Anfang der 80er Jahre führten weltweite ökonomische und soziale Veränderungen, die die Existenzgrundlagen vieler Menschen in den Ländern der 3. Welt vernichten, Kriege, Hungerkatastrophen und Krisen zu einer enormen Zunahme der weltweiten Flüchtlingsströme. Nur ca. 5 % dieser Flüchtlinge erreichten nach offiziellen Statistiken ein westliches Industrieland.

Die Bundesregierung begann nunmehr wie auch die Regierungen der anderen westeuropäischen Industriestaaten die gesetzlichen, administrativen und ideologischen Grundlagen für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen zu schaffen: das Asylrecht wurde mehrfach verschärft, die Anforderungen für die Anerkennung als politischer Flüchtling wurden teils durch politische, teils durch gerichtliche Entscheidungen hochgesetzt.

Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten für flüchtende Menschen, überhaupt bis Europa zu gelangen, durch die Einführung eines Visumszwangs oder auch den mit Hilfe der SPD ausgehandelten Vertrag mit der ehemaligen DDR, die gegen Kredite aus der BRD die Einreise von Flüchtlingen über Ostberlin unterband, einschneidend begrenzt. Auch die sozialen Lebensbedingungen von Asylsuchenden in der BRD wurden zur Abschreckung verschärft: auf das bereits 1980 beschlossene zweijährige Arbeitsverbot, die Ausgabe von Sozialhilfe in Form von Sachleistungen, der räumlichen Beschränkung auf eine Stadt bzw. Landkreis folgte die Zwangseinweisung in Lager.

Propagandistisch begleitet wurden diese Maßnahmen von einer rassistischen Hetze der Politiker, Sprachregelungen wie Asylantenschwemme, Wirtschaftsflüchtlinge etc. wurden mit Hilfe einer willigen Presse etabliert.

## Autonome Flüchtlingspolitik

Im Sommer 1986 erreichte die staatlich instrumentalisierte und von den Medien begleitete Kampagne gegen die Flüchtlinge einen Höhepunkt. Zusätzlich zu den bereits länger bestehenden UnterstützerInnenkreisen aus kirchlichen und sozialen Bereichen entstanden autonome Flüchtlingsgruppen und Gruppen aus dem politischen Spektrum der Grün-alternativen Listen in

Bremen, Hamburg und Berlin.

Neben praktischen Ansätzen, wie Umtausch von Gutscheinen gegen Bargeld, Sprachkursen etc., Unterstützung von Widerstandsaktionen der Flüchtlinge bis hin zu Fluchthilfe, thematisierten die Gruppen die Fluchtursachen, die weltweiten wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen 1. und 3. Welt und mögliche Formen einer internationalen Solidarität.

In der praktischen Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen entstanden allerdings zunehmend Probleme, die die autonomen Flüchtlingsgruppen an Grenzen stoßen ließen.

Nehmen schon die Fluchterfahrungen, die unsichere rechtliche Stellung in der BRD, die permanente Konfrontation mit Ausländerbehörden, alltägliche rassistische Übergriffe etc. vielen Flüchtlingen jeglichen Mut zum Widerstand, wurde offensichtlich, daß unter den in die BRD gelangten Flüchtlinge viele der Mittel- oder Oberschicht entstammen (meist sind nur in diesen Schichten die finanziellen Möglichkeit für eine Flucht nach Europa gegeben) und somit die politischen Ziele und Interessen der Flüchtlingen und ihrer linken UnterstützerInnen jenseits der Forderung nach Aufenthaltsrecht weit auseinandergehen. Andere Flüchtlinge, z.B. aus der Türkei, aus Kurdistan oder Eritrea bezogen sich in ihrem politischen Handeln vor allem auf den Befreiungskampf in ihrem Heimatland und konnten sich in der BRD auf soziale und politische Strukturen ihrer Landsleute stützen.

Auch die Verhältnisse der Flüchtlinge zueinander, die nationalen oder ethnischen Abgrenzungen und Hierarchisierungen oder das Verhalten männlicher Flüchtlinge gegenüber Frauen widersprach dem Selbstverständnis der UnterstützerInnen. Hinzu kam, daß viele Flüchtlinge aufgrund ihrer tatsächlichen Situation in der BRD eine praktische, auf die einzelnen Personen bezogene Unterstützung brauchen. Dies überfordert zum einen die Kräfte der meisten UnterstützerInnengruppen und kollidiert auch mit dem Anspruch, über Einzelfallhilfe hinaus politisch wirksam zu handeln.

## **Revolutionäre Zellen**

begannen 1985 eine Kampagne gegen Rassismus und Sexismus. Zunächst richteten sich ihre Anschläge gegen deutsche Firmen, die mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime zusammenarbeiten, um den schwarzen Befreiungskampf als Widerstand gegen eine der schärfsten Formen rassistischer Unterdrückung zu unterstützen.

Ab August 1986 griffen sie Institutionen, die für die staatliche Flüchtlingspolitik verantwortlich sind, an. Ab Ende 1989 konzentrierten sie sich auf die Unterstützung der von Abschiebung bedrohten Roma und Sinti.

Im Revolutionären Zorn Extra von Oktober 86 formulieren sie diese Aktionen als einen Vorschlag an die autonome und sozialrevolutionäre Linke in der BRD, mit der Orientierung an der Flüchtlingsfrage zur Rückgewinnung eines konkreten Antiimperialismus in der BRD beizutragen.

Wie die RZ heute schreiben (in Das Ende unserer Politik) hofften sie, in dieser Kampagne über die Teilbereichsbewegungen hinaus zur sozialen Frage zu kommen, sich einem möglichen revolutionären Subjekt anzunähern und seine Kämpfe vorwegnehmen zu können und in der Verbindung von sozialer Thematik und Flüchtlingskampagne einen neuen Handlungsspielraum für internationale Solidarität in der Metropole selbst zu eröffnen. Das Scheitern dieses Ansatzes führte bei dieser Gruppe der RZ zu dem Entschluß, ihre bisherige Politik aufzugeben, da sie keine Resonanz erhielten und politisch isoliert blieben. Sie kritisieren an ihrer Kampagne, daß sie bei ihrem Versuch einer Neubestimmung weder die eigene Organisationsform, die bisherigen Methoden noch das linksradikale Milieu als Adressatenkreis in Frage stellten.

## Das Diskussionspapier Was ist das Patriarchat

In den Erklärungen zu ihrer Kampagne rücken die RZ zunehmend die schwarzen, die Flüchtlings-, später die Roma-Frauen als durch Rassismus und Sexismus doppelt Unterdrückte in den Vordergrund. In ihren Positionen spiegelt sich die Diskussion über die Mechanismen der Triple Oppression, der dreifachen Unterdrückung durch Kapitalismus, Rassismus und Sexismus wider, die Anfang der 80er Jahre in der Frauenbewegung initiiert, dann aber auch in der autonomen Linken aufgegriffen wurde.

In dem Diskussionspapier Was ist das Patriarchat untersuchen die Revolutionären Zellen die Lage der südafrikanischen schwarzen Arbeiterin, die dreifach unterdrückt ist als Schwarze, Frau und Arbeiterin. Das Papier sollte die Grundlage einer Diskussion über Imperialismus und Patriarchat sein, fiel aber wie sie heute schreiben internen Spannungen zum Opfer.

Da dieser Text offensichtlich im Kontext der Flüchtlingskampagne der RZ steht, ist er am Ende dieses Kapitels dokumentiert.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 742 ff.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Aktion gegen die Zahnradfabrik, Friedrichshafen und gegen Daimler, Schwäbisch-Gmünd (Oktober 85)

Wir haben in der Nacht vom 13.10. auf den 14.10.85 den Stromversorgungsmast der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF) und die Niederlassung von **Daimler Benz** in Schwäbisch-Gmünd mit Sprengsätzen angegriffen.

Daimler Benz nach der Übernahme von MTU und Dornier mit einem für 1985 angepeilten Umsatz von über 50 Milliarden DM wohl der zweitgrößte Rüstungskonzern nach Siemens ist schon lang eine der wichtigsten Stützen des faschistischen Systems der Republik Südafrika (RSA)

Schon 1972 reiste der Chef der südafrikanischen Streitkräfte, General Hienstra, auf Kosten der Firma quer durch die BRD anlässlich eines Abschlusses eines beträchtlichen Unimog-Geschäfts. Die Zahlen sind gängig: weit über 6.000 dieser Fahrzeuge wurden bis heute verschifft, zum Teil direkt ab Werk Gaggenau versehen mit Tarnbeleuchtung, infrarotabweisender Lackierung, schußsicheren Führerhauben, Waffenhalterungen für Maschinengewehre und Raketen.

Direkt vor Ort in East-London/Pretoria produziert die **Mercedes Benz of South Africa** samt ihrer 13 Tochtergesellschaften Motoren und sog. Nutzfahrzeuge, zu 50,1 % im Besitz von Daimler Benz; 23,4 % gehören der schweizerischen Ernst-Göhner-Stiftung, 26,5 % der südafrikanischen Volkskas. Aus strategischen Gründen ist ein anderer Motorenhersteller als Daimler Benz in der RSA nicht zugelassen. Der heutige Kriegsminister General Malan erklärte das anlässlich der Volkskas-Jahresversammlung im August 1980 so: Total strategy heißt, daß jedes Mittel des Staates eine Waffe wird. Es handelt sich um eine Schlacht, in der der Soldat in den Hindergrund rückt. Aber der Geschäftsmann, der Diplomat, der Wirtschaftswissenschaftler, der Industriemanager, der Psychologe etc. rücken in den Brennpunkt der Szene. Ebenso sind Diplomatie, Industrie, Handel und Technologie Waffen geworden. Dabei ist die Wirtschaft eines der Hauptschlachtfelder ...

Im Zuge der staatlichen Koordination dieser Terrormaschinerie, gestützt auf das national supplies procurement nr. 89, wonach das südafrikanische Kriegsministerium jederzeit die Möglichkeit hat, zivile Betriebe wenn es für die Sicherheit des Landes notwendig ist auf Rüstungsproduktion zu verpflichten, hat also Daimler Benz das Monopol auf die Motorenproduktion, mit der z.B. 1978 300 Fahrzeuge zum Einfall nach Namibia ausgestattet wurden Motoren, die sämtliche Jeeps der Army antreiben oder die bei **Atlantic Diesel Engines S.A.** in Lizenz für gepanzerte Mannschaftswagen, Panzer und Kampfschiffe gebaut werden.

Nur, verpflichtet werden zu dieser Produktion mußte Daimler Benz nie! Für den Profit läßt der Konzern in der RSA 5.400 Arbeiter schwitzen, davon 3.000 Schwarze. Und wenn die Wirtschaft des Landes im Niedergang begriffen ist, dann werden auch mal einige von ihnen auf die Straße gesetzt wie geschehen Anfang dieses Jahres, als 280 schwarze Arbeiter abtransportiert wurden. Erst 1981, durch den Druck interner Fabrikkämpfe und zunehmender internationaler Solidarisierung verzichtete die Firma, die hierzulande viel auf ihre freiwilligen Sozialleistungen und humane Arbeitsplatzgestaltung gibt, auf die räumliche Aufteilung der Kantinen, Duschen usw. für Schwarze und Weiße. Bis dahin wurden für Schwarze Löhne nur knapp über dem Existenzminimum gezahlt, gewerkschaftliche Betätigung für Schwarze war generell verboten, Aufstiegschancen und Bildungseinrichtungen existierten nur für Weiße. Wenn sich das geändert hat, dann ist es Resultat der Klassenkämpfe, sicher aber nicht Auswirkung dieser dreckigen Unternehmerphilosophie!

Abgerundet wird das Bild mit den Aktivitäten der Tochter MTU, die mit Motoren für Minenkampf- und Raketenschnellboote sowie mit C-160-Transall-Triebwerken die Marine und Luftwaffe der RSA-Army versorgt.

Doch was wären alle diese verdammten Motoren ohne die Technik und das Know-How der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF), Europas größtem Getriebehersteller! In den meisten Militärfahrzeugen arbeiten ZF-Getriebe und -Lenkungen. ZF liefert Lizenzen, Konstruktionspläne und Kapital für den Aufbau eines neuen Unternehmens in der RSA, der AS transmissions and steering, die zur Zeit durch Ausbau der Maschinenfabrik Sandock-Austral (Herstellung von gepanzerten Fahrzeugen, Schiffen und Spezialgetrieben) entsteht, um als Direktzulieferer der **Atlantic Diesel Engines**-Motoren zu fungieren. Und das über alles Geschwätz von Boykott, Sanktion usw. hinweg.

Die Kooperation zweier deutscher Rüstungskonzerne, Daimler Benz und ZF unter den Fittichen der südafrikanischen Army zur Stützung eines faschistischen Systems, dem das international kämpfende Proletariat den Krieg erklärt hat!

Die gegenwärtigen Kämpfe der schwarzen Mehrheit gegen das weiße Rassistenregime sind im Kern Klassenkämpfe. Sie richten sich gegen die weiße Bourgeoisie und das internationale Kapital, die beide die Apartheid als politisches System zur Durchsetzung ihrer Herrschaft benutzen. Hunger, Entrechtung der schwarzen Arbeiter, Verbot der meisten ihrer Gewerkschaften, Verhaftung, Folter und Mord bei Zuwiderhandlung das ist bis heute die gesicherte Rechtsordnung, die das westdeutsche Kapital so bejubelt. Die höchsten Profitraten der Welt, d.h. höchste Ausbeutung der Arbeiter bei niedrigsten Löhnen, das ist die eigentliche Funktion der Apartheid, der spezifischen Verknüpfung von Rassismus und kapitalistischer Produktionsweise.

Außerdem gilt die RSA als klassisches Rohstoffland im südlichen Afrika mit großen Vorkommen an strategischen Mineralien wie Chrom, Mangan, Asbest sowie Gold und Uran, die fast ausschließlich durch transnationale Konzerne kontrolliert sind.

Zur Absicherung der imperialistischen Interessen wurde die südafrikanische Armee mit modernsten Waffen und Geräten ausgestattet und in die NATO-Strategie integriert. Die RSA besitzt die stärkste Armee in Afrika und stellt durch die Besetzung Namibias<sup>1</sup> und militärische Aggressionen gegen die Nachbarländer auch eine ständige Bedrohung für die Völker in Angola und Mozambique dar. Die RSA hat für den Süden Afrikas dieselbe Funktion als Ordnungsmacht wie Israel im Nahen Osten. Mit dieser Armee und durch ökonomischen Druck hält die RSA die Märkte des südlichen Afrikas offen für die Ausplünderungsabsichten der westlichen Industrienationen.

Die Verbrechen, die die Rassisten aus Pretoria im südlichen Afrika begehen, sind nicht die Verbrechen eines isolierten, selbständigen Regimes. Für jegliche Ausbeutung, jegliche Unterdrückung, jeden Toten im Befreiungskrieg zeichnen die britischen, amerikanischen und westdeutschen Imperialisten verantwortlich.

Allein die Bundesregierung vergibt Steuergeschenke in Millionenhöhe an Firmen, die in der RSA tätig sind.

Bundesdeutsche Banken unterstützen das Regime durch Milliardenkredite und sind gerade jetzt nach dem Teil-Rückzug<sup>2</sup> anderer imperialistischer Länder zu einer der wichtigsten Stützen der Rassisten geworden. Die BRD, deren ungebrochene faschistische Tradition erst kürzlich die Ermordung von Günter Sare<sup>3</sup> zu verantworten hatte, ist inzwischen noch vor den USA zum wichtigsten Lieferland für die rassistische RSA avanciert!

# Anschlag gegen Brüggemann & Brandt, Hagen und Mercedes Lueg, Bochum (Dezember 85)

Burn, Baby, Burn4

Südafrika 1985 tägliche Zusammenstöße mit der Polizei, Verwundete und Erschossene, Tausende von Internierten, zuletzt auch Hinrichtungen.

Und dennoch ein Jahr der Hoffnung, dort, aber auch für uns. Hoffnung auf eine breite, vor allem von Jugendlichen getragene Bewegung, die nicht um den Abfall vom Tisch der weißen Herren kämpft, sondern in einer Mischung aus schwarzem Selbstbewußtsein, krimineller Aneignung und militanter politischer Praxis in den Straßen, das Überleben im Ghetto das war ein Funke, der auch in den afro-karibischen<sup>5</sup> Revolten in den englischen Slums gezündet hat. Auch hier ist Südafrika war zu hören, als im Sommer vor den geplünderten, brennenden Läden getanzt wurde. Hoffnung auf Südafrika, weil die innere Reform, die Modernisierung des Rassismus bisher nicht funktioniert hat.

Mit Reformgesten war das Botha-Regime angetreten, die schwarzen Gewerkschaften wurden legalisiert, die blutige Fassade, die altmodisch stinkende Apartheid sollte übertüncht werden. Und dennoch eine Explosion der Kämpfe, kompromißlos wie nie zuvor: gegen die Hungerpolitik, gegen die Zwangsmobilisierung der Arbeiter, gegen die Umsiedlung und Zerstörung der schwarzen Gemeinschaften, gegen das militärische Kommando über die Minen, gegen die schwarzen Kollaborateure.

Und dann wird der Alptraum der Buren erstmals wahr: die schwarzen Hungerleider dringen nicht als Bittsteller oder Arbeitstiere, sondern in einem Rausch der Zerstörung in die weißen Sicherheitszonen und Wohnviertel ein, wo nicht nur Scherben, sondern der Mythos der weißen Unberührbarkeit zerschlagen wird. Hoffnung auf Südafrika, weil damit nicht nur die Segregation, die Parkbänke für schwarz und weiß, die Rassengesetze zum Thema wurden, sondern der Kampf um die Existenz, um Lebensmittel, Wohnen, Gesundheitsversorgung im kompromißlosen Angriff auf die weißen, imperialistischen Inseln. Das löste das Alarmsignal in den USA, in Europa, in den Zentralen der Multis aus, denn im Verhältnis zwischen dem schwarzen Land und den städtischen weißen Inseln bildet sich nichts anderes ab, als das Verhältnis von Metropolen und 3. Welt, nur eben das ist das persönliche Pech der Buren in der Reichweite von Steinen und Gewehren.

Befreiung, das ist nicht mehr nur das Ende der Apartheid, die Erhöhung der Mindestlöhne. Befreiung, das wird mehr sein, als bei den Geheimverhandlungen zwischen ANC und südafrikanischen Kapitalisten Konsens war.

Dennoch wird dieser Kampf noch lange dauern. Das Regime ist bemerkenswert stabil, es wird nicht nur von aussen gestützt, sondern von Millionen entschlossener, bis an die Zähne bewaffneter Weisser getragen. In diesem Jahr der heftigen internen Kämpfe ist es der südafrikanischen Armee gelungen, den eigenen Einfluß und Operationsbereich auf die gesamte südliche Hemisphäre Afrikas auszudehnen, auf Namibia, Angola, Lesotho, Mozambique. Anders als die imperialistische Solidarität war die der westdeutschen Linken immer schwach, halbherzig, bestenfalls konjunkturell. So löste z.B. die provokative Hinrichtung schwarzer Widerstandskämpfer vor wenigen Wochen nicht die geringste Reaktion aus, mit der Demo-Pflichtübung<sup>6</sup> in Bonn wurde sich vorab schon Absolution erteilt. Politisch, kulturell waren der westdeutschen Linken die Lateinamerikaner, die Palästinenser, die Iraner stets näher das ist unser kleiner Rassismus.

Die praktische Solidaritätsarbeit ist deshalb auch getragen und bestimmt gewesen von kirchlichen



Gruppierungen. Ihr Verdienst war es, den südafrikanischen Rassismus zum politischen Thema gemacht zu haben, aber ohne jedes Interesse an einer Radikalisierung eigener Aktionsformen oder der Wahrnehmung des südafrikanischen Widerstandes über den Kampf gegen die Apartheid, gegen den stiernackigen Rassismus hinaus.

Im Insistieren auf Anti-Apartheid war diese und auch unsere Solidarität nicht anders als die Kehrseite der jämmerlichen Hungerhilfe, nicht einmal Brot für die Welt<sup>7</sup>, nur gute Worte.

Unser Thema sind aber nicht Desinvestment<sup>8</sup>, Mindestlöhne, ein antirassistischer Verhaltenskodex oder das Verstecken der Krüger-Rands<sup>9</sup> in die hinteren Schubladen: wir wollen die fast 150 westdeutschen Multis, die den südafrikanischen Subkontinent an die Ausbeutungs- und Kapitalströme der Metropolen ankoppeln, nicht zu einer fairen Geschäftspolitik anhalten. Sie sind als Teil einer weltweiten imperialistischen Ausbeutungsstruktur hier wie dort anzugreifen.

Nicht nur in ihren Glaspalästen und Computerzentralen, auch in der Verbindung mit unseren Schwarzen, den ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern, den Asylbewerber/innen.

Das war unsere Absicht bei den Besuchen, die wir der Firma Brüggemann und Brandt in Wengern bei Hagen und der Firma Mercedes Lueg in Bochum-Wattenscheidt abgestattet haben.

Beide Firmen sind mit ihren Tochterunternehmen unmittelbar an der militärischen Ausrüstung der südafrikanischen Armee beteiligt, Brüggemann und Brandt mit Fallschirmen und Luftladegeräten, Daimler Benz mit Lastkraftwagen und Geländefahrzeugen.

Solidarität.

Das darf nicht nur Feuer in unseren Herzen sein, das müssen Feuersbrünste in ihren Produktionshallen, unter ihrer Konsumscheiße werden.

## **Sprengsatz gegen Daimler Benz, Wuppertal (Januar 86)**

Wir haben in der Nacht vom 12. auf den 13.1.86 die Daimler Benz-Vertretung in Wuppertal mit einem Sprengsatz angegriffen.

Die Daimler Benz AG kürzlich durch die Übernahme der AEG zum größten BRD-Konzern aufgestiegen spielt innerhalb des Zentralisationsprozesses des BRD-Kapitals eine Vorreiterrolle.

Die weltweit stattfindende Kapitalkonzentration setzt auf Monopolbildung in strategisch wichtigen Produktionsbereichen. Strategisch wichtig sind für die kapitalistischen Ökonomien: e

- a) Investitionen, die unter den gegebenen Bedingungen eine Profitmaximierung versprechen und
- b) perspektivisch den Weg für eine Kapital- und Machtzusammenballung ebnen.

**Gegenwärtig sind da vor allem die Hochtechnologiebereiche zu nennen Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Gentechnologie.**

**Daimler Benz (durch Direktbeteiligung 25 % und Depotstimmrecht vorwiegend durch die Deutsche Bank beherrscht) setzt in ihrer Produktdiversifizierung und Investitionspolitik in zunehmendem Maße auf die Rüstungsproduktion, die kontinuierlich durch technologische Innovationen steigende Gewinne garantiert. Dornier10 und AEG, die Daimler Benz den Titel größter Rüstungsproduzent der BRD einbrachten, garantieren dem Konzern zugleich eine Beteiligung am SDI-Projekt.**

Daimler Benz im innerimperialistischen Konkurrenzkampf zur zentralen Machtfigur des BRD-Kapitals gewachsen, nutzt ihre durch Kapitalzusammenballung gestiegene politische Macht skrupellos aus, ohne auf größeren Widerstand zu stoßen, wie sich kürzlich in der 150 Millionen DM-Investition in ein Tochterunternehmen in Südafrika zeigte. Durch diese Kapitalverlagerung wird auch deutlich, daß das Apartheid-System in Südafrika seinen rassistischen Krieg gegen das Volk nicht allein führt. Es ist lediglich Teil der imperialistischen Gesamtstrategie, die darauf abzielt, günstige Investitionsbedingungen weltweit durchzusetzen bzw. zu erhalten.

Das BRD-Kapital wird immer mehr zum wichtigsten Stützpfeiler der südafrikanischen Wirtschaft und damit gleichzeitig auch der Apartheid.

Daimler Benz ist an dieser Stützfunktion in doppelter Weise beteiligt: e

1. durch direkte Investitionen (Produktionsstätten in Pretoria, Kapstadt, East-London),
2. durch die Lieferung von Militärlastwagen, Zugmaschinen und Unimogs an das Botha-Regime.

Wir begreifen unsere Aktion als Solidarität mit dem revolutionären Befreiungskampf der Schwarzen in Südafrika. Dieser Befreiungskampf kann nur erfolgreich sein, wenn die verschiedenen politischen Strömungen des südafrikanischen Widerstands eine gemeinsame Front bilden. Diese Einheit ist Bedingung für die Umkehrung der Machtverhältnisse zugunsten des Volkes. Deshalb wäre es auch falsch, aus unserem Metropolenblickwinkel heraus einer möglichen Spaltung Vorschub zu leisten und die verschiedenen Widerstandsbewegungen genannt seien an dieser Stelle nur die Volksorganisationen ANC, AZAPO, PAC in gut und böse, falsch und richtig, revolutionär und reformistisch einzuteilen.

Der seit Jahrzehnten andauernde imperialistische Krieg der Rassisten und des westlichen Kapitals gegen das Volk von Südafrika ist in den letzten Monaten in eine neue Phase eingetreten. Zunehmender Widerstand der Unterdrückten und Ausgebeuteten und die brutale Reaktion des Repressionsapparates führte zu einer Eskalation der Kämpfe, in denen allein im Jahr 1985 über 1.000 Schwarze ermordet wurden.

Angesichts dieser Situation sind die schwachen und halbherzigen Solidaritätsbekundungen der BRD-Linken ein unerträglicher Zustand.

Kämpfende Revolutionäre in den Metropolen sind Teil einer internationalen Front gegen den Imperialismus.

Es bleibt eine Tatsache, daß erfolgreiche Befreiungskämpfe in der 3. Welt (Vietnam, Nicaragua) auch in den Metropolen ihre Wirkung erzielen. Bedingung für eine politisch effiziente Solidarität, die über gut gemeinte Absichtserklärungen hinausgeht, ist ein starkes revolutionäres Widerstandspotential. Der Kampf gegen den Imperialismus in den Metropolenländern entwickelt sich erst an den Bedingungen, die hier die Lebens- und Arbeitsbedingungen prägen, zu seiner eigentlichen Schärfe. Nur ein klassenbewußter Kampf, der den imperialistischen Angriff auf die Menschen hier aufzeigt, kann perspektivisch gesellschaftliche Gegenmacht gegen die Herrschaft des Geldes und der weißen Männer über den Rest der Welt entwickeln.

Das ist wesentlicher Bestandteil einer revolutionären Bewegung im Kampf gegen den heutigen Imperialismus sich auf die weltweiten Befreiungskämpfe zu beziehen, deren positive Wechselwirkung allen revolutionären Prozessen neue Kraft gibt.

Die aktuellsten Beispiele für diese Wechselwirkung sind die Kämpfe der Unterklassen in Südafrika und die fast gleichzeitig stattfindenden Ghettoaufstände in den englischen Städten Tottenham, Brixton usw.

Copypat-Aufstände nannte der britische Innenminister die Unruhen in Tottenham, womit er meinte, daß die Klassenauseinandersetzungen in den englischen Slums als Reaktion auf die ausführliche Berichterstattung der britischen Medien über die Unruhen in Südafrika verstanden werden müßten.

Orientierungspunkt für die westeuropäischen revolutionären Bewegungen kann allerdings nicht nur der Befreiungskampf der Völker der 3. Welt sein, auch wenn er in der Regel weiter entwickelt ist. Ausgehend von den Verhältnissen hier in den imperialistischen Zentren und aufbauend auf den Widersprüchen einer kapitalistischen Metropolengesellschaft, die Entwicklung eines breiten militanten Widerstandspotentials voranzutreiben, ist die primäre Aufgabe der Revolutionäre in der momentanen Phase des Klassenkampfes.

Diese Zielsetzung beruht auf dem Bewußtsein, daß e

- a) eine Befreiung von den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen sich weltweit nur durchsetzen läßt, wenn an verschiedenen Abschnitten der Feind gleichzeitig angegriffen wird und
- b) eine Verbreiterung und Verankerung des revolutionären Widerstands in der BRD-Gesellschaft sich am ehesten über einen Angriff auf die systemspezifischen Produktions- und Lebensverhältnisse durchsetzen läßt.

Aktuelle Angriffspunkte wären z.B. die Projekte in der Gentechnologie Züchtung von Hohertragsorten in der Pflanzenforschung, die die Abhängigkeit der 3. Welt auf Dauer zementieren soll, Zugriff auf die Frauenkörper oder die Weiterentwicklung der Mikroelektronik, die durch profitorientierte Produktionsweise Arbeitslosigkeit und Verelendung hervorruft, sowie den staatlichen Überwachungs- und Repressionsapparat vervollkommnet.

Eine sozialrevolutionäre Linie zu entwickeln heißt momentan, kontinuierlich den Widerstand unter anderem zu den genannten Sektoren voranzutreiben, wobei man/frau sich nicht der Verpflichtung gegenüber den Befreiungskämpfen in der 3. Welt entziehen kann.

Freiheit für Nelson Mandela<sup>11</sup> und alle gefangenen Kämpfer/innen des südafrikanischen Widerstands!

Liebe und Kraft dem südafrikanischen Volk!

## Aktion gegen Firma REWE, Wesel (November 87)

Auch REWE verdient an der Unterdrückung der schwarzen Frauen!

Weltweit bestimmten frühkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse das Bild in den Weltmarktfabriken, den Außenstellen der Multis oder den riesigen Agrarplantagen. Immer wieder sind es die Frauen, die diese Unterdrückung doppelt und dreifach ertragen müssen.

Eines der gravierendsten Beispiele dafür ist die Obst-, Gemüse- und Konservenproduktion in Südafrika. Die Früchte, die in den Zeitungsannoncen der hiesigen Supermarktketten als Sonderangebot offeriert werden, sind das Produkt von Frauenarbeit, unter Bedingungen, die die gesamte Breite der kapitalistischen und sexistischen Unterdrückung darstellen:

Durch die Technisierung der Anbaumethoden und den dadurch verringerten Arbeitskräftebedarf haben Arbeiterinnen meist nur noch den Status von Saisonarbeiterinnen oder Tagelöhnerinnen; gleichzeitig haben sie auch die gesundheitlichen Folgen der Kapitalisierung der Landwirtschaft die durch Pestizid-12 und Kunstdüngereinsatz entstehenden Krankheiten zu tragen. Sie werden für die gleiche Arbeit weit geringer entlohnt als die Männer, wenn sie überhaupt Geld erhalten und nicht in Naturalien (z.B. Trauben oder Tomaten) ausgezahlt werden. Sie arbeiten durchschnittlich 60 bis 70 Stunden in der Woche, ohne Arbeitszeitbegrenzung oder Überstundenentlohnung, wobei oft auch noch die Kinder umsonst mitarbeiten müssen, da die Mütter nicht wissen, wo sie den Nachwuchs während der Arbeit lassen sollen.

Frauen werden durch die Paßgesetze gezwungen, ihr Leben lang auf Farmen zu arbeiten, während die Gesetze auf der anderen Seite weder Sozialleistungen noch Mutterschaftsurlaub vorsehen. Darüberhinaus sind sie der alltäglichen Gewalt der weißen Vorarbeiter ausgesetzt, wobei selbst die Tatsache, daß Südafrika die weltweit höchste Vergewaltigungsquote hat, wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs des permanenten Gewaltverhältnisses sichtbar werden läßt.

Wenn die Landwirtschaft im Staat der Buren auch eines der augenfälligsten Beispiele für die Unterdrückung der Frauen ist, so erschöpft sie sich darin noch lange nicht. Für Frauen heißt es seit dem Bestehen des rassistischen Systems, dreifach unterdrückt zu sein und dagegen zu kämpfen:

Als Schwarze unterliegen sie der gesamten rassistischen Unterdrückung durch die selbsternannte weiße **Herrenrasse**;

als Teil der schwarzen Unterklassen werden sie in den miesesten Jobs mit den schlechtesten Löhnen ausgebeutet und vernutzt

und als schwarze Frauen sind sie aufgrund ihres Geschlechts immer mit Männergewalt und -herrschaft konfrontiert.

Konkret bedeutet dies für schwarze Frauen u.a.:

daß sie als Minderjährige lebenslänglich unter der Vormundschaft ihrer männlichen Verwandten stehen,

daß sie bei einem Tod des Mannes ihr Wohn- und Landrecht verlieren,

daß durch die Praxis der Wanderarbeit die Familien zerrüttet sind und Frauen meist allein die Verantwortung für Kinder und Lebensunterhalt haben,

und daß sie einer rassistischen Bevölkerungspolitik ausgesetzt sind, die durch Zwangssterilisation und Drei-Monats-Spritzen versucht, den Anteil der schwarzen Bevölkerung zu senken.

Gleichzeitig bilden Frauen die Grundlage jeglichen Widerstandes, was nur allzuoft übersehen wird. Sie schaffen erst die Bedingungen, die in den überfüllten Slums der Townships oder den vertrockneten Homelands das Überleben sichern. Sie organisieren den Widerstand gegen Umsiedlungen und Mietpreiserhöhungen und protestieren in Form von Boykotten und Überfällen auf Großhändler gegen Wucher und Kollaboration. Sie machen die großen Streiks wie kürzlich die der Daimler-Arbeiter und der Bergleute erst möglich, weil sie durch ihre Arbeit und ihre Organisation die ohne Streikgeld zurückkommenden Wanderarbeiter versorgen. Genauso kämpfen Frauen in den militanten Gruppen der Townships oder der Guerilla.

Diesem Kampf der Frauen gehört unsere Solidarität, nicht nur in Zeiten der tagespolitischen Aktualität. Es geht um internationale Solidarität jenseits von Konjunkturen und politischer Mode. Und es geht darum, die Multis und Konzerne, die als Teil einer weltweiten imperialistischen Ausbeutungsstruktur das rassistische Regime stützen, anzugreifen.

Der ehemalige Premierminister von SA Vorster hat 1972 geäußert: Jeder Kauf eines südafrikanischen Produkts ist ein neuer Baustein für die Mauer unseres Fortbestehens. Darauf antworteten kirchliche Frauengruppen, deren Verdienst es ist, seit Jahren den Boykott südafrikanische Waren zu propagieren, daß sie nicht an dieser Mauer mitbauen wollten, da diese auf Apartheid gründe.

**Wir wollen diese Mauer zerstören.** Uns geht es nicht um halbherzige Sanktionen oder wortgewaltige Stellungnahmen. Wir wollen, daß die Waren aus den Regalen verschwinden.

Aus diesem Grund waren wir am 31.10.1987 in der Weseler Niederlassung der REWE-Gruppe. REWE ist eine diese Warenhausketten, die letztlich von der Ausbeutung der schwarzen Frauen profitieren. In über 7.000 Geschäften dieser Gruppe werden täglich Obst und Gemüse sowie Konserven aus Südafrika verschachert. REWE verkauft nicht nur im Einzelhandel, sondern beliefert auch in großem Umfang Großverbraucher wie Kantinen, Krankenhäuser und Großküchen. Bezeichnend für den Profit aus dem Geschäft mit südafrikanischem Obst und Gemüse, welches selbst nach einem Transport über zehntausende von Kilometern und den damit verbundenen Frachtkosten hier noch konkurrenzfähig sein kann, ist ein Satz aus einer Konzernmitteilung 1986. ...verzeichnen die Spezialgroßhandlungen (Obst, Gemüse, Großverbraucher) außerordentlich gute Ergebnisse.

Solidarität mit dem Befreiungskampf der schwarzen Frauen und Männer in Südafrika!

## **Aktion gegen die Transportfirma Olf & Sohn, Hamburg (April 88)**

Solidarität mit dem Volksaufstand im besetzten Palästina!13

Solidarität mit dem Freiheitskampf in Azania!14

Was in diesen Tagen in der Weltöffentlichkeit als brutaler Umgang der Israelis mit dem sogenannten palästinensischen Flüchtlingsproblem gezeigt wird, ist in Wirklichkeit die direkte Konfrontation zwischen dem unterdrückten und ausgebeuteten palästinensischen Volk und der zionistischen Bevölkerungspolitik, zwischen dem kämpferischen antikolonialen und antiimperialistischen

palästinensischen Proletariat und den arabischen Bourgeoisien in Kooperation mit dem Zionismus. Es geht heute um mehr im Nahen Osten als nur um regional begrenzte Kriege (Palästina, Libanon, Kurdistan, Golfkrieg) langanhaltender bewaffneter Volks- und Klassenkrieg gegen Durchsetzung einer neuen imperialistischen Ordnung. Als Reservoirs für billige Arbeitskräfte erfüllen die sogenannten besetzten Gebiete in Palästina dieselbe Aufgabe wie die sogenannten Homelands in Südafrika. Es ist kein Zufall, daß die beiden Apartheid-Regimes in Israel und Südafrika eng miteinander zusammenarbeiten

Entwicklung und Herstellung gemeinsamer Waffen; Destabilisierung von fortschrittlichen Ländern in Afrika, Terrorisierung und Liquidierung von afrikanischen Freiheitskämpfer/innen. Neben dem Schutz des Regimes in Pretoria vor Umsturz und der Hilfe zur Umgehung von Sanktionen sind die zionistischen subversiven Aktivitäten in Afrika Teil der imperialistischen Strategie zur Unterwerfung afrikanischer Länder unter kapitalistische Interessen und zur Niederschlagung revolutionärer Befreiungsbewegungen. Inzwischen hat der Freiheitskampf unserer Schwestern und Brüder in Südafrika und Palästina gegen Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus einen neuen Aufschwung erfahren. Seit Anfang Dezember 1987 hat sich der Widerstand des palästinensischen Volkes hundertausende Jugendliche und Frauen voran zu einem breiten Volksaufstand entwickelt. Revolutionärer Internationalismus in den Metropolen muß da praktisch werden, wo neben den Streiks der umfassende ökonomische und politische Boykott gegen Israel und Südafrika zur Waffe werden kann und hier bei uns vor Ort die Konzerne ihre Geschäfte weiterführen. Hamburg ist der zentrale Importhafen für Früchte aus Südafrika und Israel. In der Oberhafenstraße beim Fruchthof liegt die Verwaltungszentrale der wichtigsten Firmen des internationalen Fruchtegeschäfts. Exemplarisch zu nennen ist die SCIPIO-Tochtergesellschaft OLFF & SOHN als Generalagent für südafrikanisches und israelisches Obst, die zugleich den Umschlag und Transport der Ware mitorganisiert und damit zu führenden Partnern der beiden Regimes wird. Wir haben uns bemüht, daß Feuer und Flamme Zugang in die Verwaltungszentrale finden.

Den antiimperialistischen Kampf in den drei Kontinenten aufgreifen und in das Herz der Bestie tragen!

Die Widersprüche hier zur Explosion bringen!

Thaura hat al Nassr Revolution bis zum Sieg!

Asijiki! Wir werden nicht zurückweichen!

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora  
ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Zorn-Extra 9. Zeitung der Revolutionären Zellen

## Oktober 1986

In den vergangenen Wochen haben wir eine Reihe von Aktionen gegen Institutionen der Abschreckung und Kontrolle von Flüchtlingen gemacht, die wir hier zusammenhängend dokumentieren.

Um es nochmals zu betonen

wir begreifen diese Aktionen nicht als Reaktion auf den rassistischen Propagandafeldzug, den das Regime gegen die Flüchtlinge inszeniert und in dessen beabsichtigter Folge das Arsenal der Abschreckungsmaßnahmen um das bedrohliche Moment des Pogroms erweitert wurde. Wir teilen aber auch nicht jenes humanitäre, naiv-rechtsstaatliche Selbstverständnis, aus dem heraus vor allem kirchliche, gewerkschaftliche und politisch etablierte Gruppen die Verteidigung des Asylrechts beschwören. Der Staat, von dem die Gewalt gegen die Flüchtlinge ausgeht, taugt nicht als Adressat für Appelle und Resolutionen. Darüberhinaus beinhaltet die Beharrlichkeit, mit der der Status des politischen Asyls hochgehalten wird, die Verlängerung jener Differenzierung und Selektion von Flüchtlingen, die der Sonderbehandlung zugrundeliegt und diese erst begründet. Aus welchen Gründen auch immer Menschen in die BRD kommen sie können bleiben, weil sie hier sind. Wir wollen zur Rückgewinnung eines konkreten Antiimperialismus in der BRD beitragen in diesem Zusammenhang steht unsere Orientierung an der Flüchtlingsfrage. Denn Antiimperialismus bedeutet nicht allein Angriff auf militärisch-industrielle Apparate und ist mehr als Solidarität mit fernen Befreiungsbewegungen. Unsere Aufgabe ist es, eine antiimperialistische Politik auf die Klassenfront hier und auf die Rückwirkungen in diesem Land zu beziehen. Dabei ist die Flüchtlingsfrage in doppelter Hinsicht ein entscheidender Angelpunkt:

1. Die Migrationsbewegungen, von denen die hier ankommenden Flüchtlinge ja nur die Rauchschwaden eines Vulkanes sind, sind Ausdruck und Folge der Zerstörungen, mit denen der Imperialismus die Herkunftsländer überzieht; ihre Anzahl wächst als Kehrseite des tatsächlich erreichten Grades an kapitalistischer Durchdringung. Aber die zwangsweise Vertreibung geht einher mit dem Willen und der Entschlossenheit der Flüchtlinge, aus den Verhältnissen auszubrechen und hier, in den Metropolen, ihren Anspruch auf Leben und Entschädigung zu stellen. Es geht darum, die Mobilität des Proletariats zurückzuerobern gegenüber einem Kapital, das sich über nationale Grenzen schon längst hinweggesetzt hat. Wenn die metropolitanen Regimes darauf zielen, ihre innere Stabilität durch Abschottung der Grenzen zu behaupten, so können wir dem nur den Kampf um offene Grenzen entgegensetzen.

2. Der BRD-Sozialstaat zeigt in der Behandlung der Flüchtlinge sein eigentliches Gesicht und genau an diesem Punkt müssen wir ihn angreifen. Der Katalog von Sondermaßnahmen ist keine Entgleisung, die es zu korrigieren und auf sozialpolitisches Normalmaß zurückzubringen gilt. Da es gegenüber Flüchtlingen keinerlei Rücksichtnahme auf einen gesellschaftlichen Status quo gibt, reduziert sich Sozialpolitik vielmehr auf das, was sie ihrem Wesen nach ist: ein Herrschaftskalkül, dem es allein um Arbeitsmarktregulation und soziale Kontrolle zu tun ist. Die rassistische Verklausulierung sichert dem Regime Unterstützung sogar bei denen, die selbst potentiell Angriffsziel dieser Politik sind. Ob und wie Maßnahmen wie Lager, Lebensmittelgutscheine oder Sondergerichtsbarkeit als Modell für spätere Schritte gegen arbeitslose Jugendliche oder ausgesteuerte Proleten dienen oder ob sie nur als Drohung stehen bleiben, hängt von der weiteren Entwicklung der sozialen Konfrontation ab. Aber wir müssen nicht erst auf bedrohlichere Zeiten verweisen, um Angriffe auf die repressivsten und extremsten Ausprägungen des Sozialstaates zu begründen die sozialrassistische Praxis gegen die Flüchtlinge ist dafür Grund genug. Noch wissen wir nicht, ob sich an der Flüchtlingsfrage antiimperialistische Politik

mit Konfrontationslinien im entgarantierten Sektor verbinden wird, aber der Kampf um das faktische Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge ist auch dann richtig, wenn er vorerst von den weißen Schichten des Proletariats weitgehend isoliert bleibt.

Natürlich geht es um offene Grenzen und um freie Flüchtlingsstädte. Allerdings sind diese nicht vom Staat zu fordern sie sind nur vorstellbar und nur durchzusetzen, indem wir den Flüchtlingen einen Raum verschaffen, der nicht mehr staatlich kontrolliert und reglementiert wird. Der Beitrag, den wir oder Gruppen wie wir zu einem solchen Projekt leisten können, besteht im Angriff auf die polizeiliche und sozialbehördliche Kontrolle, der aus öffentlichen Kampagnen allein nicht getragen werden kann. Aber dieser Angriff ist erst sinnvoll, wenn daneben Netze für die konkrete Unterstützung der Flüchtlinge aufgebaut werden, wenn eine subversive Praxis die Verhältnisse faktisch verändert.

In Hamburg wollten wir die Ausländerabteilung der Bullen lahmlegen, die Razzien und Ermittlungen gegen Illegale durchführt und die Abschiebungen vorbereitet deswegen sind wir dort eingebrochen und haben Feuer gelegt. Es ging uns darum, möglichst viele Akten zu vernichten, die Bullen eine Zeitlang mit Aufräumarbeiten statt Menschenjagd zu beschäftigen und so den Flüchtlingen wenigstens eine Weile Luft zu verschaffen. Die Beharrlichkeit, mit der betont wurde, alle Akten seien doppelt vorhanden, betrachten wir eher als Indiz fürs Gegenteil.

In Köln haben wir das Rechenzentrum des Ausländerzentralregisters angegriffen, in dem Daten sämtlicher in der BRD erfaßter Ausländer bearbeitet werden. Weil an den Computern selbst rund um die Uhr gearbeitet wird und wir kein Menschenleben gefährden wollten, haben wir im Luftschacht der Klimaanlage einen Sprengsatz angebracht, der die Klimaanlage, die Stromversorgung des Rechenzentrums und auch das Notstromaggregat zerstört hat. Da Großrechner auf Spannungs- und Temperaturschwankungen empfindlich reagieren und da Chips und Schreib/Leseköpfe gegen metallische Stäube allergisch sind, ist davon auszugehen, daß einiges an Hardware und jede Menge Informationen zu Bruch gegangen sind. Und auch Wochen nach dem Anschlag auf das AZR geht dort nichts mehr. Wo früher rund um die Uhr emsig Daten gesammelt, geknüpft und gespeichert wurden, ist es heute stockfinster: eine tote Festung. Die vom BKA lancierte und von den Medien verbreitete Behauptung, das Rechenzentrum sei ausschließlich in seiner baulichen Substanz betroffen, erweist sich als propagandistische Zwecklüge.

In Lüneburg galt unser Anschlag einer Institution der Justiz, die sich dabei hervorgetan hat, die administrativen Maßnahmen der Flüchtlingsschikanierung durch ihre Urteile ideologisch zu untermauern. Der Zerstörung der Verhandlungssäle, die leider nicht geklappt hat, hätte der Brandmarkung eines Gerichts gedient, das sich nicht scheut, Menschen gnadenlos der Folter auszuliefern.

In Berlin gehört dem DRK endlich das Handwerk gelegt, das dem Senat das schmutzige Geschäft der Lagerhaltung von Flüchtlingen abnimmt und hinter dessen Renomee als internationale Hilfsorganisation sich eindeutige Parteinahme für die imperialistische Flüchtlingspolitik verbirgt nicht nur in Berlin. Dieser Rolle wäre es angemessen gewesen, die Berliner Zentrale zu zerstören. Wir haben darauf verzichtet, weil wir auch dort Menschen getroffen hätten, die wir nicht treffen wollten. Statt dessen haben wir uns die Autos zweier leitender DRK-Funktionäre vorgenommen.

In Hagen und Hamm richteten sich unsere Anschläge gegen die Ausländerbehörden dieser Städte. Sie sind Orte alltäglicher Schikanen, denen wir gezielte Aktionen und alltäglichen Widerstand entgegensetzen müssen.

## **Erkämpft das freie Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge und Immigranten!**

Mit unseren Aktionen gegen die Hamburger Ausländerpolizei, das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, das Ausländerzentralregister in Köln und das DRK in Berlin haben wir den Kampf gegen die verantwortlichen Instanzen der imperialistischen Flüchtlingspolitik in der BRD begonnen. Unsere



Aktionen werden aber wirkungslos verpuffen, wenn sie nicht zur Entwicklung eines neuen Ansatzes von Antimperialismus der radikalen Linken beitragen.

Was heißt das? Die Flüchtlingsfrage ist keine humanitäre oder juristische Frage und beschränkt sich nicht auf die Frage des politischen Asyls. Sie ist Teil eines globalen Klassenkampfes und Ausdruck eines vom imperialistischen Weltsystem gesetzten Widerspruchs, der ein Proletariat neuen Typs hervorbringt; die mobilisierten, vertriebenen, entwurzelten Massen der 3. Welt.

So wie die Flüchtlingsbewegungen die Grenzen zwischen dritter und erster Welt überschreiten, muß heute der antiimperialistische Kampf auf die Metropole zurückbezogen werden. Es ist das gleiche imperialistische System, das die Menschen dort vertreibt, sie hier in Lager sperrt und ihnen als Sozialpolitik gegenübertritt. Antiimperialismus wird konkret, wo er Bezug auf die gesellschaftspolitischen Konflikte nimmt, die sich vor unseren Augen abspielen und wo er sich ins Verhältnis setzen läßt zu einem möglichen Klassensubjekt.

Antiimperialistische Politik in der BRD hat sich bisher an den beiden Polen der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der 3. Welt und der Bekämpfung der imperialistischen Kriegsmaschinerien orientiert.

Wir haben nicht die Illusion, daß die Immigranten und Flüchtlinge in der BRD mit Teilen der westdeutschen Unterklassen rasch gemeinsame Interessen entwickeln können. Trotzdem muß antiimperialistische Politik genau da angesiedelt sein, wo sich rassistisch vermittelte Klassenspaltungen tendenziell aufbrechen lassen.

Es geht also nicht um humanitäre Gesten gegenüber Flüchtlingen, es geht nicht um die Verantwortlichkeit des Sozialstaates und auch nicht um die Verteidigung des Asylrechts.

Die ersten Aufgaben antiimperialistischer Politik liegen vielmehr darin, die staatliche Regulation der Flüchtlingsbewegungen, die Abgrenzungen der BRD vor der Armut der 3. Welt, zu unterlaufen und die polizeilichen und sozialpolitischen Restriktionen gegenüber Flüchtlingen zurückzudrängen.

Unser Ziel muß es sein, ein faktisches Aufenthaltsrecht für alle Immigranten und Flüchtlinge in der BRD durchzusetzen. Der Weg dorthin führt nicht über Forderungen an den Staat, sondern bestimmt sich nach dem Ausmaß unserer eigenen Widerstandsaktionen.

Unser Vorschlag richtet sich an die autonome und sozialrevolutionäre Linke in der BRD, die Flüchtlingsfrage aus einer antiimperialistischen Perspektive heraus aufzugreifen und zum Prüfstein des politischen Handelns auf verschiedenen Ebenen zu machen:

Kampagnen gegen die Einschränkung der Aufenthaltsbedingungen und Lebensverhältnisse der Flüchtlinge (Fahrkarten drucken, Warengutscheine umtauschen oder herstellen, Lebensmittelgeschäfte plündern, Krankenversorgung sicherstellen)

Netze zur Verteidigung von Flüchtlingen gegen rassistische Übergriffe aufbauen (Telefonketten)

Aktionen gegen Zwangsprostitution und Frauenhandel

Kampagnen gegen Zwangsarbeit und Niedriglohn

Unterstützung illegaler Strukturen von Flüchtlingen (Unterbringung, Papiere)

Aktionen gegen Razzien der Ausländerbullen (z.B. in öffentlichen Verkehrsmitteln) und gegen zwangsweise Umverteilung innerhalb der BRD

Aktionen gegen Abschiebung von Flüchtlingen (z.B. auf Flughäfen).

Wir haben heute die Ausländerbehörden in Hagen und Hamm angegriffen.

Ausländerbehörden sind die Eckpfeiler der Flüchtlingspolitik, zuständig für Art und Umfang der

Aufenthaltsgenehmigung wie für sog. aufenthaltsbeendende Maßnahmen, Razzien und Abschiebungen. Sie sind die alltäglichen Schauplätze einer Abschreckungsstrategie. Daß die Asylpraxis in Nordrhein-Westfalen relativ weniger restriktiv gehandhabt wird, als in anderen Bundesländern, bewegt sich im Rahmen eines abgestuften sozialpolitischen Experiments und einer datenmäßigen koordinierten Arbeitsteilung, in der die Lagerhaltung und Abschiebung anderen Ländern überlassen bleibt und die Grenzen dicht gemacht werden.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Aktion gegen die Ausländerpolizei Hamburg (August 86)

Der Angriff auf die FD 624 der Hamburger Polizei ist keine Reaktion auf die gegenwärtige Aktualität des Flüchtlingsthemas. Bislang diente die Konstruktion des Asylantenproblems in erster Linie als Vorwand für sozialpolitische Experimente, als Rechtfertigung, Menschen wieder in Lager einzupferchen, sie in ihrer Bewegungsfreiheit zu beschneiden, ihnen Sozialgelder drastisch zu kürzen oder zu verweigern. Zwar trugen diese Verwaltungsakte stets auch den Stempel rassistischer Stigmatisierung einer exponierten Bevölkerungsgruppe, ihr vordringlicher Zweck war jedoch ein anderer.

Die Flüchtlinge taugten als Manövriermasse, an der das sozial-technische Instrumentarium eingeschliffen, sowie auf seine Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit hin erprobt werden konnte. Das Arbeitsverbot stellte sicher, daß dem illegalen Arbeitsmarkt jederzeit frei verfügbare Kräfte zuflossen. Die Lebensmittelgutscheine ermöglichten eine umfassende Reglementierung der Reproduktion. Und die Zwangsumverteilung zumal in kleine Dörfer und ländlich konservative Randgebiete folgte zum einen dem Kalkül, die Konfrontation mit der dort ansässigen Bevölkerung zu schüren. In ihr spiegelt sich aber gleichermaßen der Versuch, dem Entstehen einer Subkultur der Minderheiten das Wasser abzugraben, und durch Zerstreung jede Form der Selbstbestimmung bereits im Ansatz abzubiegen.

Wenn die Flüchtlingsfrage nun jedoch zum Wahlkampfthema, als Medienereignis hochgekocht wird, so liegt darin eine neue Qualität: die behördlich kalkulierte Diskriminierung verbindet sich mit offen rassistischer Mobilisierung. Das sozialtechnische Management der Flüchtlingspolitik probt das Bündnis mit dem fremdenfeindlichen Mob.

Mit verschärften Kontrollen, zusätzlichen Razzien und der Umschreibung von bisher üblicher Duldung in den Asylstatus wird die Zahl der Asylanträge künstlich in die Höhe geschraubt. Demonstrativ werden Baucontainer plaziert und Zeltlager aufgeschlagen unter dem Vorwand, daß die Welle der neuankommenden Flüchtlinge anders nicht zu bewältigen sei. Flüchtlinge, die in Berlin oder Hamburg gar nicht weiter aufgefallen wären, werden in einer Kleinstadt wie Helmstedt zu tausenden konzentriert und erst dadurch sichtbar gemacht.

Diese Form der Zurschaustellung, der sozialen Markierung, ebnet den Weg vom fremdenfeindlichen Ressentiment zum handgreiflichen Pogrom. Bürgerproteste und Rollkommandos gegen die Flüchtlinge erscheinen nun als zwangsläufige und legitime Reaktion auf ein soziales Problem, das durch bürokratische Erlasse und Verfügungen aber erst geschaffen wurde. Und umgekehrt entwickelt sich aus der Dynamik von Medieninszenierung, sozialhygienischen Bürgerinitiativen und Schlägertrupps jener Druck von unten, aus dem heraus die fortschreitende Formierung des noch brüchigen Apparats der Flüchtlingsverwaltung, ebenso wie der nächste Schub staatlicher Zwangsmaßnahmen, ihre Legitimation beziehen. Wie im Nationalsozialismus die Auslöschung des Gemeinschaftsfremden mit rassistischer Propaganda und einer Differenzierung der Sozialgesetzgebung begann, so ist auch die derzeitige Eskalation im Vorgehen gegen die Flüchtlinge Ausdruck und Modell eines sozialrassistischen Kurses.

Doch auch in der Wahnvorstellung von einer BRD, die durch die große Anzahl von Asylsuchenden bedroht würde, ist ein Fünkchen Wahrheit enthalten.

Die BRD ist ein imperialistisches Land und der Imperialismus hat die weltweiten Flüchtlingsbewegungen in Gang gesetzt. Es ist die transnationale Kapitalakkumulation im imperialistischen Weltsystem, die den Menschen die Existenzgrundlagen zerstört und verwüstet, sie

mit Kriegen überzieht und dem Hunger ausliefert. In dieser Entwicklung sind die Nationalgrenzen längst überholt. Sie dienen lediglich noch der Regulation der internationalen Mobilität der Arbeitskräfte und als Barrieren gegen unerwünschte Einwanderungen. Wenn dennoch beharrlich an einer nationalstaatlichen Definition von Bevölkerung festgehalten und die Imagination der Volksgemeinschaft wieder festgeklopft wird, so liegt der Sinn einzig in dem daraus abgeleiteten Rechtsanspruch, andere Fremde kenntlich zu machen, sonderzubehandeln, zu verfolgen und zu vertreiben.

Und das ist die Sorge, die die Scharfmacher der Ausländerpolitik tatsächlich umtreibt: daß die Massen der trikontinentalen und südeuropäischen Armutsbevölkerung auf den von der Arbeitsmigration gesteckten Routen nachfolgen und ihren Anspruch auf Leben und Entschädigung hier massiv vorbringen werden eine Entwicklung, die das soziale und politische Gefüge der BRD in nicht absehbarem Ausmaß durcheinanderwirbeln würde. Was weder die hiesigen Politiker wünschen noch der linke Mittelstand, der einen begrenzten Zuzug von Ausländern allenfalls als folkloristische Bereicherung des sozialen und kulturellen Klimas akzeptiert.

In der Flüchtlingsfrage gibt es keine Forderungen an den Staat zu stellen. Es geht einzig darum, den Flüchtlingen zu einem selbstverständlichen Recht nämlich zu bleiben, wie lange sie wollen zu verhelfen, ihnen Lebensmöglichkeiten zu schaffen und zu sichern. Es geht darum, die Grenzen zu durchlöchern und für die selbstbestimmte Mobilität der Armutsbevölkerung zu kämpfen, weil dies die einzig angemessene und die radikalste Antwort auf die transnationale Akkumulation des Kapitals und die Verwertung der Menschen ist. Der Angriff auf die Institutionen der Grenzkontrolle und der inneren Regulation ist daher notwendiger Bestandteil dieses Kampfes.

Gleichermaßen fragwürdig ist die Hoffnung oder der taktische Umgang, was die Versprechungen des Asylrechts betrifft. Nicht nur, daß es die willkürliche Unterscheidung zwischen einheimischer Bevölkerung und den Fremden festschreibt und die Interessen der Flüchtlinge einem staatlichen Gnadenakt überantwortet. Gedacht als löcheriges Privileg für eine schmale Schicht politischer und intellektueller, weißer, männlicher Opposition mag es auf einen Teil der hier ankommenden Flüchtlinge noch zutreffen, insofern es sich etwa bei den Tamilen oder Iranern um politisch verfolgte Mittelschichten handelt. Es taugt jedoch nicht vor dem Hintergrund weltweiter Mobilisierung der Armutsbevölkerung. Was momentan vor sich geht, ist eine gigantische Umschichtung der Weltbevölkerung, deren Ausmaß die Migrationsbewegungen des 19. Jahrhunderts in den Schatten stellt und deren metropolitane Gestalt bisher nur die Spitze eines Eisberg darstellt.

Die Fachdirektion 624 der Ausländerpolizei ist in Hamburg die Institution, die für Razzien in den Lagern, für Festnahmen und Abschiebungen verantwortlich zeichnet. Sie ist zugleich die Polizeidienststelle, in deren Kompetenz die Kontrolle und Steuerung des illegalen Arbeitsmarktes fällt: sie hält sich im Hintergrund, wenn z.B. die Obsternte im Alten Land den Einsatz der Flüchtlinge erfordert und sie beginnt ihre Menschenjagd, wenn die Nachfrage auf der untersten Stufe des Arbeitsmarktes sinkt.

## **Aktion gegen das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg (September 86)**

Der 11. Senat des Obergerverwaltungsgerichts (OVG) Lüneburg steht in einem legendären Ruf nicht nur, weil er bis heute noch jeden Asylantrag mit Erfolg und gleichgültig gegen jeden Inhalt abgeschmettert hat, sondern auch, weil er sich dabei durch Einfallsreichtum und Pioniergeist hervorgetan hat.

In der Abwägung zwischen Staatsraison und Menschenrecht hat er sich unbestechlich von der Devise

leiten lassen, daß menschliches Leid hinter dem Wohl des Staates zurückzustehen habe.

Folter so der Senat ist kein Asylgrund, wenn körperliche Mißhandlung zum Arsenal des Strafvollzuges eines Staates, wie zu dessen traditionellen Kulturgütern gehörten.

Eine drohende Todesstrafe schützt nicht vor Abschiebung, weil deutsche Behörden schon aus Eigenschutz die Hoheitsgewalt fremder Staaten respektieren müssen.

Ein Ausländer, der hier Asyl beantragt hat, sollte sich jeder politischen Aktivität enthalten, da sonst unterstellt werden muß, daß er mit Absicht im nachhinein asylrelevante Gründe provozieren will.

Auch wenn sich dieser Horrorsenat mit derlei Entscheidungen und Begründungen in den Vordergrund gespielt hat der Vorwurf der Mißachtung oder gar Aushöhlung der Verfassung geht ins Leere. Er schöpft nur die Möglichkeiten aus, die darin enthalten sind. Das Grundrecht auf Asyl ist so vorbehaltlos in die Verfassung hineinformuliert worden, daß ihm jede beliebige Auslegung übergestülpt werden kann. Ein Ausländerrecht, das den Begriff des politischen Asyls nicht definiert, überläßt implizit den Behörden die Entscheidung, ob jemand aufgenommen wird oder nicht. Die Freizügigkeit und vermeintliche Generosität des Artikel 16 GG ist gewissermaßen die Bedingung, daß das Asylrecht administrativ und nach Maßgabe der politischen Opportunität exekuiert werden kann.

Das Paradox, daß sich die BRD einerseits mit einem äußerst liberalen Asylrecht schmückt und andererseits federführend ist, wenn es um die Abschottung der Grenzen Westeuropas geht, erklärt sich aus dieser Unbestimmtheit des Artikel 16 GG. Der scheinbare Gegensatz von hohen Werten und brutalen Fakten, von Anspruch und gleichzeitiger Verweigerung ist nicht anderes als das Strickmuster, nach dem die bürgerliche Demokratie funktioniert.

Gradmesser für die Auslegung des Asylrechts ist deshalb nicht etwa, worüber schon 1949 im Parlamentarischen Rat<sup>15</sup> gestritten wurde und was als fauler Kompromiß dabei herausgekommen ist. Gradmesser ist vielmehr das aktuelle politische Programm und dessen Quintessenz lautet schlicht und einfach: Wir haben nichts gegen Ausländer, aber sie sind zu viele. (Kohl)

Es ist nur folgerichtig, daß das Asylrecht in dem Maße zu bloßer Makulatur wird, wie es von den falschen Leuten in Anspruch genommen wird. Seine faktische Außerkraftsetzung steht in unmittelbarer Relation zu der interkontinentalen Dimension der heutigen Migration. Es ist ein Privileg für einzelne und kein Rechtsanspruch für Massen, es wird aufrecht erhalten für Weiße und für null und nichtig erklärt, wenn Flüchtlinge aus Asien, Afrika oder Lateinamerika kommen.

Dies ist die Lektion, die zu erteilen die Behörden angetreten sind. Ausgestattet mit der Macht, die ihnen das Grundgesetz einräumt, kommt der Apparat in Schwung, wird jeder Beamte zum funktionierenden Scharnier dieser gewaltigen Maschinerie. Die rassistische Mobilisierung der letzten Wochen hat nicht nur den Mob erreicht, sondern auch die inneren Reihen der Administration geschlossen. Vorstöße wie die des OVG Lüneburg müssen zur Regel werden. Nicht kleinliche Klauseln, Dienstanweisungen, Verordnungen bieten die Gewähr für eine sachgerechte Abwicklung, sondern die Gewißheit, daß die staatlichen Organe ihren Auftrag und jeder Beamte seine Mission begriffen haben: um die BRD vor der drohenden Überfremdung zu schützen, ist jedes Mittel Recht. Die Politik der Abschreckung schließt Tote ein.

Am 30. September 1983 flüchtete Cemal Altun selbst in den Tod, bevor ihn die deutsche Justiz an die Henker des türkischen Regimes ausliefern konnte.

# Aktion gegen das Deutsche Rote Kreuz, Berlin (September 86)

Nutznießer Rotes Kreuz

Es ist doch für die meisten von denen eh zu kalt hier, die kriegen doch bloß Schnupfen. (Prinz Wittgenstein, Chef vom DRK)

In den letzten Wochen sind die Flüchtlinge wieder einmal Thema Nr. 1 in Berliner und westdeutsche Medien. Kaum ein Tag, wo nicht mit reaktionärem Gewäsch über Asylantenschwemme, Überfremdung u.ä. Jagd auf die Flüchtlinge gemacht wird. Parallel dazu verschlimmert der Senat systematisch die Lebensbedingungen der ankommenden Flüchtlinge, die in Turnhallen, Lager oder Container gepfercht werden, bewacht von Bullen und Hunden.

Wir haben uns erlaubt, zwei Repräsentanten der wichtigsten Erfüllungsgehilfen dieser reaktionären Politik, die so häufig vergessen werden, ins Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Die Herren Schmidt und Meisner haben heute eine unruhige Nacht verbracht, leichten Sachschaden erlitten und sind jetzt vielleicht auch verschnupft. Schmidt ist seit 1976 Präsident des Berliner Roten Kreuzes (BRK), Meisner ist als Abteilungsleiter Soziales für die Unterbringung der Flüchtlinge verantwortlich.

Das Berliner RK ist als einzige Wohlfahrtsorganisation der Stadt bereit, die Machenschaften des Senats voll zu unterstützen. Dies geschieht mittels eines mit dem Senat abgeschlossenen Generalvertrages, durch den das BRK eine Art Monopolstellung in der Flüchtlingsversorgung bekommt. Außerdem betreibt das BRK die Containerunterbringung und die Zeltlager. Es ist zuständig für die medizinische Versorgung neuerdings mit Lagerärzten und DRK-Krankenscheinern, die Verpflegung, sowie die Förderung der Rückkehrbereitschaft sprich: freiwillig in die Armut, den Krieg oder die Folterkammer zurück.

Ebenso obliegt ihm die technische Durchführung dieser Rückkehr. Daß sich dieser dubiose Menschlichkeitskonzern dabei eine goldene Nase verdient, versteht sich fast von selbst. Pro Flüchtling kassiert das BRK vom Senat 32,50 DM pro Tag, für jedes Kind weitere 15 DM. Davon werden für alle Versorgungsmaßnahmen nicht mehr als 10 DM pro Tag ausgegeben, der Rest einkassiert. Bei einem Umsatz von 30 bis 40 Millionen pro Jahr ein lukratives Geschäft, allerdings nicht das einzige.

Neben der Flüchtlingsversorgung betreibt das DRK ein weitaus größeres Geschäft mit den sog. Blutspenden. Mit dem daraus gewonnenen Plasma werden im hauseigenen Pharmakonzern Milliardenumsätze und -profite erzielt steuerbegünstigt, da gemeinnützig.

Unter dem gleichen Deckmantel der humanitären Hilfe verbergen sich die Machenschaften im Dritten Reich, ganz im Sinne der Gesetze über die Rassen- und Erbbiologie. Willfähriger Helfer der Nazi-Ideologie, strategisch erfinderisch und innovativ für die gesamte Politik im Dritten Reich war das DRK im sog. Euthanasieprogramm, der Vernichtung geistig und moralisch minderwertigen Lebens. Zigtausende von behinderten Kindern und Erwachsenen, aber auch Schwule und Lesben wurden im DRK-eigenen Wagen in die Tötungslager gefahren. Damaliger Chef des DRK war der Reichsarzt SS Dr. Grawitz, neben Reichsärztführer Dr. Conti der Planer des Euthanasieprogramms. Ein Wohlfahrtskonzern mit zweifelhafter Vergangenheit.

Wir wollen mit unserer Aktion nicht die tausenden ehrenamtlichen Helfer, die täglich Menschenleben retten und pflegen, angreifen. Die allermeisten handeln aus ehrlichen Motiven und wissen nichts von der Politik ihrer Konzernbosse.

Die wir angreifen, sind die Ärzte, die in den Flüchtlingslagern Menschen mißhandeln, die Berater, die zur freiwilligen Rückkehr in den Tod zwingen, und die Strategen, die einerseits bewußt an der letzten und endgültigen Ausbeutung der Flüchtlinge teilnehmen und andererseits die reaktionäre Hetze von CDU und SPD sowie die Jagd auf die Flüchtlinge mitbetreiben und mitorganisieren.

Für freies Fluten RZ

## **Anschlag gegen das Ausländerzentralregister, Köln (September 86)**

Das Ausländerzentralregister (AZR) ist ein rassistisches und totalitäres Register. Es muß deshalb weg.

Die neuen Techniken der Sozialkontrolle, die im Kampf gegen Volkszählung<sup>16</sup>, maschinenlesbare Personalausweise usw. blockiert und sabotiert werden müssen, diese Techniken sind nicht wirklich neu. Zumindest für Ausländerinnen und Ausländer haben sie sich in der BRD längst zur materiellen Gewalt formiert in bruchloser Kontinuität zum Nationalsozialismus übrigens.

Im Ausländerzentralregister beim Bundesverwaltungsamt in Köln ist das gesamte Herrschaftswissen über alle Nichtdeutschen, die in der BRD aufhältig sind oder es jemals waren, in einem gigantischen Pool konzentriert. Die angeworbenen Arbeiterinnen- und Arbeiterkontingente, ihre Familien, die anerkannten und abgelehnten, die geduldeten und abgeschobenen oder ausgelieferten Flüchtlinge insgesamt 10 Millionen Männer und Frauen sind dort totalerfaßt.

Aufgeschlüsselt nach den berichtigten Personenkennziffern fließt jedwede behördliche Erfassung ihrer Person durch Meldeämter, Ausländerbehörde, Polizeidienststellen, Zirndorf, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Interpol im AZR zu einem Datenberg von bis zu 60 Einzelfeldern pro Mensch zusammen zur absolut größten Erfassungs-, Überwachungs- und Aussonderungskartei in der öffentlichen Verwaltung der BRD. On-line mit dem gesamten Exekutiv- und Verwaltungsapparat, ohne Auskunftssperren, ohne Löschfristen, gewinnt das AZR als vollkommen unlimitiertes Zweitdepot all dieser institutionellen Datenbanken eine immens strategische Bedeutung. Das Ausländerzentralregister ist das Kernstück im Kampf gegen die Flüchtlinge, der zunehmend an die Grenzen, Flughäfen und in die Herkunftsländer der Emigrantinnen und Emigranten verlagert wird. Es speist das Grenzinformationssystem und die Visaabteilungen von inzwischen 40 Botschaften.

Vor allem aber wirkt es nach innen: auf die quantitative Regulierung der Ausländerkontingente, auf die Manipulation ihrer Zusammensetzung, auf ihre arbeitsmarktorientierte Vernutzung oder Aussonderung. Das AZR sammelt und liefert das Material für die Strategien, die auf eine Liquidierung und Durchstaatlichung der Ausländerkolonien und -communities, ihres Solidaritätsnetzes, ihrer verdeckten Strukturen, ihrer Subkulturen und illegalen Lebensformen.

Wie gesagt: Das Ausländerzentralregister ist ein rassistisches und totalitäres Register. Es muß deshalb weg.

## **Anschlag auf die Deutsche Lufthansa, Köln (Oktober 86)**

Für Freies Fluten

Schotten dicht für die Flüchtlinge, die in die BRD reinwollen. Flug frei für alle, die raus sollen. Die deutsche Lufthansa (DLH), immer treu im Dienste des Staates, macht es möglich.

Wer sich vor Hunger, Verfolgung, Folter, Krieg und Tod in die Bundesrepublik zu retten versucht, muß dazu ein Flugzeug benutzen. Und wer von diesem Staat zum Abschübling erklärt wird, wird wieder zurück ins Flugzeug getreten. Von den über 8.000 Abschiebungen im Jahr 1984 hat die DLH rund 6.000 übernommen. Das sind mindestens 16 Flüchtlinge pro Tag. Der Umsatz für diese Hilfspolizeileistungen lag 1984 bei circa 8 Millionen Mark. Um die Lage an Bord unter Kontrolle zu halten, fliegen seit einiger Zeit Ex-GSG-9ler mit; Flüchtlinge, die sich gegen die Abschiebung wehren, werden unter Drogen gesetzt. Piloten und Stewardessen, die sich weigern, bei dieser Praxis mitzumachen, werden mit beruflichen Konsequenzen bedroht.

Frauen können sich meist nicht einmal das nötige Flugticket für die Flucht leisten. Frauen sind nicht nur Opfer der imperialistischen Politik der Profitmaximierung, sondern auch die des Welt-Patriarchats. Es ist keine Frage, wen die Familien zum Überleben mit dem letzten Geld nach Europa schicken: den Sohn, nicht die Tochter; Männer können versuchen, wenigstens die eigene Haut zu retten, während die Frauen mit den Kindern zurückbleiben und höchstens bis ins nächste UN-Flüchtlingslager kommen. Deshalb sind die Frauen der drei Kontinente eine Minderheit unter denen, die es bis in die Metropolen schaffen, obwohl sie weltweit die Mehrheit der Flüchtlinge ausmachen. In Südostasien hat sich eine spezifische Form der Frauenimmigration entwickelt. Da die Frauen nicht anders aus ihrer elenden Lage herauskommen, verkaufen sie sich als Katalogbräute. Käufer sind vor allem bundesdeutsche Männer.

Die Deutsche Lufthansa weiß auch aus dieser Situation etwas herauszuschlagen: über ihre Tochtergesellschaft Condor. Die transportiert die Männer mit Bumsbomben nach Bangkok und Manila und schnappt sich so ihren Teil am internationalen Zuhälterprofit mit Prostitution und Frauenhandel. Während die Ware Frau also locker verschubt wird, weist die DLH andere Flüchtlinge schon im Vorfeld zurück. Als erste Fluggesellschaft führte die Lufthansa beim Check-In in den entsprechenden Abflughäfen Visakontrollen als Selektionsmaßnahme ein.

Wie alle deutschen Traditionsunternehmen hat es auch die Lufthansa geschafft, den historischen Dreck, den sie am Stecken hat, vergessen zu machen und sich als honoriges Unternehmen mit positiver Geschäftsbilanz und positivem Image zu präsentieren. Als Staatsunternehmen leistete die Lufthansa Pionierarbeit bei der Erschließung des südamerikanischen Raumes im Sinne nationalsozialistischer Großraumpolitik. Sie beteiligte sich aktiv am Auf- und Wiederaufbau der Luftwaffe und trug entscheidend zur Zerschlagung der spanischen Revolution bei. Das Lufthansa-Tarnunternehmen Condor transportierte die Franco-Truppe von Marokko nach Spanien, bombardierte als Legion Condor die Stadt Guernica. Im selben Jahr, 1939, feierte die Lufthansa ihr erfolgreichstes Geschäftsjahr seit Bestehen.

1985 scheffelte die Deutsche Lufthansa 146 Millionen Mark Gewinn. Ihr primäres Wachstumsfeld ist aber weniger die Passagierbeförderung als der Gütertransport. Allein im Geschäftsjahr 1985 wurden mehr als 600.000 Tonnen Fracht gefördert. Ein Großteil davon sind Rohstoffe und Waren, die in den Billiglohnländern den Menschen abgepreßt wurden und an denen die Deutsche Lufthansa via Frachtkosten mitprofittiert.

Und sie verdient noch einmal daran, daß sie die Flüchtlinge aus diesen ausgebeuteten Ländern in die Baracken und Gefängnisse zurücktransportiert, vor denen sie geflohen sind.



# Schüsse in die Knie des Leiters der Ausländerpolizei Hollenberg, Berlin (Oktober 86)

Der Berliner Ausländerpolizeichef Hollenberg ist ein Menschenjäger und ein Schreibtischtäter. Sein Jagdrevier Westberlin ist der Brennspeigel bundesdeutscher Ausländerpolitik, das heikle und heiße Pflaster, auf dem sich die jeweiligen Projektierungen exemplarisch verdichten und hochgekocht werden. Mögen die Ausländerpopulationen auch wechseln, die taktische Aufarbeitung bleibt sich doch immer gleich. Über eine Abfolge von staatlich gesteuerter Stigmatisierung einzelner Segmente, zunehmend jedoch der ausländischen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, über eine genau kalkulierte, völkische Mobilisierung wird das Terrain geebnet für blutige Pogrome und radikale Repressionen. Nach diesem Muster verliefen die Angriffslinien gegen die türkischen Arbeitsemigrantinnen und -emigranten ab Mitte der 70er Jahre mit dem Ziel, sie generell aus den arbeits- und sozialrechtlichen Sicherungen herauszubrechen, um über eine flexible, vollkommen rechtlose Verschiebmasse auf dem Arbeitsmarkt zu verfügen. Nach diesem Muster verliefen auch die verschiedenen Angriffswellen gegen die Flüchtlingskontingente. Nach den bilateralen, schmutzigen Deals mit der NATO-Türkei und dem Libanon, zeichnet sich über das jüngste DDR-Abkommen, die Mitarbeit des Ostblocks an den kapitalistischen Eindämmungsstrategien gegenüber den internationalen Flüchtlings- und Wanderarbeiterbewegungen ab. Mag dabei auch politisches Kalkül und ökonomischer Zugzwang eine Rolle spielen, de facto konstituiert sich damit ein Bündnis von Imperialismus und Staatssozialismus gegen die Armutsbevölkerung der drei Kontinente.

Der Chef der Berliner Ausländerpolizei und Lummer18-Protégé Hollenberg steht in diesem Abwehrkampf an vorderster Front, in Geist und Tradition der kämpfenden Verwaltung, wie sie NS-Heydrich19 definiert und formiert hat. Dabei ist weniger ausschlaggebend, ein scharfer Hund zu sein, vielmehr kommt es darauf an, ein untrügliches Gespür für die Absichten und Planungen der Macht zu haben, um effektiv und flexibel an den Gesamtkonzeptionen mitzuarbeiten. Daß Hollenberg über dieses unersetzliche, symbiotische Verhältnis zur Macht verfügt, beweist seine rasche Wiedereinsetzung als Ausländerpolizeichef im übrigen ein beispielloser Vorgang nachdem er zuvor wegen seiner Verwicklungen in die Schmitz-Korruptionsaffäre verabschiedet werden mußte. Seither übt er sein Amt diskreter, dafür umso effizienter aus.

Hollenberg ist zuständig für den täglichen Terror, für die über hunderttausend Kontrollen, für zehntausende von Festnahmen, für tausende von Razzien im Jahr auf ausländerrelevante Orte. Er befiehlt die zahllosen Überfälle und Durchsuchungen von Ausländerwohnheimen und -wohnungen auf der Suche nach Asylern, Abschiebern, illegalen Schwarzarbeitern und Scheinehen.

Und er ist mitverantwortlich für den grauenvollen Verbrennungstod von sechs Männern in der Abschiebehafte Augustastraße20, denn er sorgt dafür, daß diese Käfige ständig überfüllt sind. Die provozierte Enge, der Dreck, der Gestank und die Aggressionen sind kalkuliert, um einen Rassismus zu schüren, der keine Hemmschwellen mehr kennt, Menschen aus Pflichtbewußtsein verbrennen zu lassen.

Das taktische Zusammenspiel zwischen den rigorosen Projekten der Macht und dem exekutierenden Verwaltungsapparat hat in diesem Sommer einen erschreckenden Höhepunkt erreicht. In diesen Manövern hat sich auch der Chef der Berliner Ausländerpolizei blutige Meriten erworben. Um die Flüchtlingszahlen demagogisch hochzutreiben, ließ er durch seine Greiftrupps zur gezielten Ausländerfahndung die Frontstadt praktisch dichtmachen und ausnahmslos alle nichtweißen Frauen, Männer und Kinder selbst Durchreisende und Besucher einfangen und zwangsassylieren. Zeltstädte und Containerlager wurden in Szene gesetzt Potemkinsche Dörfer21 allein für den Augenblick und

Zweck geschaffen, ein mörderisches völkisches Klima hochzuputzen und sich eine breite Akzeptanz zu sichern für die eigentlichen imperialen Lösungsstrategien. Diese zielen, jenseits allen wahltaktisch inszenierten Gerangels Grundgesetzänderung versus DDR-Deal<sup>22</sup> auf eine völlige Umkehrung der jetzigen Situation. Über ein ganzes Paket aufeinander abgestimmter, drakonischer Repressionen soll ein grundsätzlich neues, griffiges Instrumentarium geschmiedet werden, um die internationalen Flüchtlings- und Wanderbewegungen im Vorfeld abzublocken und einschneidend zu dezimieren. Die solchermaßen Vorsortierten sollen dann einer neuerlichen Selektion nach Alter, Geschlecht, politischer Gesinnung und beruflicher Qualifikation unterworfen werden, um unter arbeitsmarktstrategischen Kriterien als entgarantierte Ausbeutungs- und Verschiebemasse je nach Bedarf eingesogen oder ausgestoßen zu werden. Das ist der reale, harte Kern der staatlich inszenierten Asylrechtsdiskussion. Insoweit ist dies kein spezifisch bundesrepublikanisches Thema, sondern wird im gesamten kapitalistischen Westen verhandelt. Für die innerdeutsche Aufbereitung dieser Verwertungs- und Vernichtungsstrategien ist allerdings der immense Druck, der in Berlin produziert wurde, von exemplarischer Bedeutung und exakt auskalkuliert. Über dieses Spannungsfeld definiert sich auch die spezielle Funktion des Berliner Ausländerpolizeichefs.

Eine ganze Reihe politischer Weichen in diesem unerklärten Kriegs gegen die Armutsmassen der 3 Kontinente sind hier gestellt worden. Der erste, mit Ostberlin ausgehandelte konzentrierte Angriff galt den Tamilen. Dann dechiffrierte sich der La Belle-Anschlag zum einen als bestellter Vorwand der US-Administration für die mörderische Bombardierung libyscher Städte. Zum anderen als die, von den Alliierten legitimierte, Gelegenheit zur Grenzabriegelung und systematischen Durchkämpfung Westberlins durch Hollenbergs Sondereinheiten. Vergleichbar national wie international angelegt war die Operation Libanon. Die Suche nach vier Libanesen mit Sprengstoffkoffern erwies sich schnell als durchsichtige Konstruktion für die brutale und beispiellose Großrazzia mit 2 Schützenpanzern, 30 Wannen und 12.000 Polizisten, die sämtliche Berliner Zwangslager und Ausländerheime aufrollten. Zweifellos ein wichtiges Datum in der Hollenbergschen Karriere. Für die internationale Auswertung dieser Operation sorgte Innensenator Kewenig mit seinem Libanon-Trip, um den letzten garantierten Schutz, das Verbot der Auslieferung in Kriegs- und Krisengebiete, zu schleifen. In nahtloser Übereinstimmung mit dem Vorgehen der Regierungen in Paris, London und Rom.

Die Strategie ist gesamtimperialistisch, die Aufbereitung national; Westberlin kommt dabei die Funktion eines taktischen Zentrums zu und der Chef der berliner Ausländerpolizei Hollenberg exekutiert diese Repressions- und Selektionstrategien direkt an den Flüchtlingen und Arbeitemigranten.

## **Aktion gegen die Sozialhilfestelle für Asylbewerber, Berlin (Februar 87)**

Unser Angriff auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) in Berlin richtet sich gegen die Asylpolitik der rassistischen Sonderbehörde.

Es ist kein Appell für eine menschlichere Asylpolitik. Es ist fatal zu glauben, durch Forderungen an die Herrschenden irgendetwas zu erreichen. Am Beispiel der jüngsten Ausweisungen in den Libanon verdeutlicht sich die eiskalte Logik gnadenloser Abschiebepolitiker. Bestandteil und Voraussetzung dieser Politik ist die verwaltungstechnische Umsetzung der Vorgaben des Berliner Senats bzw. des Innenministers. Diese Rolle übernimmt in Berlin die ZSA, eine zentralistische Sonderbehörde, speziell geschaffen für die hier ankommenden Flüchtlinge.

Die politischen, rassistischen Prämissen, unter denen diese Behörde agiert, stehen im direkten

Interesse der europäischen Verbündeten: systematische Abschottung gegenüber den weltweiten Migrantenbewegungen durch Schließung der Grenzen, vor allem des Zugangs nach Westberlin, durch Kanalisierung und Konzentration der Flüchtlinge in Sammellager.

Genau wie das Ausländerzentralregister in Köln und die Ausländerabteilungen der Bullen ist die ZSA absolut zentral organisiert in Abweichung der Struktur sonstiger Sozialbehörden die kommunal bzw. bezirklich gegliedert sind. Mit einem optimierten Verwaltungsapparat und einer rigiden Anwendung des sozialtechnischen Instrumentariums setzt diese rassistische Sonderbehörde Maßstäbe für die Kontrolle kommender sozialer Auseinandersetzungen.

Neben der Verteilung der Flüchtlinge auf die Lager in der BRD bzw. in Sammellager des Deutschen Roten Kreuzes, regelt die ZSA die soziale und medizinische Betreuung. Mit dem DRK besteht eine perfekte Symbiose in der täglichen Ausbeutung und Unterdrückung der Lagerbewohner. Das beginnt mit dem Zwang, in der ZSA Soziknete zu beantragen, weil den Flüchtlingen mit einem 2jährigen Arbeitsverbot jede Existenzgrundlage genommen wird. Die ZSA erteilt einen erheblich verminderten Sozialhilfesatz: die Flüchtlinge erhalten 50 DM im Monat und leben sie außerhalb der Lager 190 DM an Wertgutscheinen. Mit allen Mitteln, häufig durch Streichung der Wertgutscheine, der Soziknete, der Mietzahlungen etc. versucht die ZSA die Flüchtlinge in die Sammellager zu zwingen.

Die Konzentration auf die Lager hat vorrangig drei Gründe: Zum einen sichert sie die arbeitsmarktorientierte Vernutzung der Flüchtlinge, weil sie leichter zu Zwangsarbeit verpflichtet werden können. Zum zweiten verdient sich das DRK an den Lagern eine goldene Nase. In unserer Erklärung zu den Brandanschlägen auf die Autos der DRK-Funktionäre sind wir darauf eingegangen. Zum dritten zielt die Zwangskasernierung verschiedener Nationalitäten auf die Widerstandskraft der Flüchtlinge: die gegeneinandergetriebenen Flüchtlinge werden von der Organisation notwendiger Flüchtlingshilfen abgelenkt und am Aufbau klandestiner Strukturen gehindert. Nicht zuletzt erschwert der um die Lager gezogene Stacheldraht eine Vermischung mit dem hier existierenden Milieu. Der auf niedrigstem Niveau eingeeengte Lebensstandard und die Mißachtung elementarer Hilfeleistungen Krankenscheine werden zurückgehalten, Atteste nicht akzeptiert, Krankenbehandlungen unterlassen ist nicht der Gipfel der Willkür, sondern die Methode eines logisch funktionierenden, rassistischen Verwaltungsapparates.

Unser Ziel ist es nicht, für eine verbesserte Sozialtechnokratie zu kämpfen, unser Angriff auf die Sonderbehörde ist grundsätzlicher Natur.

Die ZSA und mit ihr alle rassistischen Behörden müssen weg!

## **Knieschüsse auf den Vorsitzenden Richter des Bundesverwaltungsgerichts Korbmacher, Berlin (September 87)**

Das Unrecht ist nicht anonym, es hat einen Namen und eine Adresse, sagt Brecht. Eine erste Adresse bei der Vollstreckung moderner Flüchtlingspolitik ist Dr. Günter Korbmacher, Vorsitzender Richter des Asylsenats am Bundesverwaltungsgericht. Dieser 9. Senat ist kein herkömmlicher Senat, sondern ein 1980/81 gegen die trikontinentale Flüchtlingsbewegung einberufener Sondersenat, der den Auftrag hat, sie auf seinem Terrain und mit seinen Mitteln zu brechen. Der oberste Asylsenat mit seiner politisch handverlesenen Richterbesetzung ist als juristischer Begleitschutz konzipiert worden für den ab 1982 forcierten, legislativen und administrativen Gegenangriff auf die Zwangsmobilisierten und Armgemachten des Trikonts, die in wachsender Anzahl den Abwehrkordon der Metropolen

überwandern. Erste wesentliche Durchbrüche in diesem Klassenkrieg waren bereits in unmittelbarer Folge zu verzeichnen. Die Zahl der Asylverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde durch eine Flut einschneidender Sondererlasse von 12.000 im Jahr auf 800 heruntergedrückt und damit ein zuvor durch jahrelange Verfahrensdauer garantierter Überlebensraum für Immigranten vernichtet in der Begrifflichkeit moderner Sozialtechnik ein Abschmelzen der Altlasten.

Die Neulasten werden durch industrialisierte Schnellgerichtsverfahren gepreßt, die einen frappierenden Massenausstoß an Urteilsproduktion garantieren. Aufgrund ihrer Massierung sind die Asylverfahren zum bevorzugten Terrain einer fabrikorientierten Durchorganisation und Systematisierung der dritten Gewalt avanciert, die mit seriellen, computerisierten, beliebig verknüpfbaren Urteilssegmentierungen arbeitet. Vergleichbar der seriellen Normierung im Sozialrecht wurde in den letzten Jahren alles lebendige Fleisch aus dem Asylrecht herausgeschnitten und die blanke Maschine installiert, die katalogisiert, zählt und auspunktet. Damit wird jeder herkömmliche Transmissionsriemen zwischen den Projekten der Macht und der dritten Gewalt überflüssig, da die Exekutive jetzt die Justizmaschine im direkten Verfahren selbst programmiert. Zum einen hat das eine immense Steigerung der Effizienz zur Folge. Die Produktionsziffern der Entscheidungen des obersten Asylsenats sprengen zur Zeit jeden Rahmen, ja die Erledigungsquoten der Richter Korbmacher, Eckstein, Säcker, Kemper und Bender sind so enorm, daß sie seit Jahren schamhaft aus den Geschäftslageberichten des Bundesverwaltungsgerichts eliminiert werden müssen, um die allgemeine Leistungsbilanz nicht unzulässig zu beschönigen.

Zum strategischen Ort in dieser Variante des Klassenkrieges hat sich das Grundrecht auf Asyl kristallisiert. Da es so gut wie keinem Menschen zugestanden wird Frauen werden von diesem patriarchalischen Definitionsapparat von vornherein ausgeschlossen wird viel über seine Aushöhlung geklagt. Doch diese Klage geht völlig in die Irre. Selbstverständlich wußten die Legislatoren des NS-Nachfolgestaates, warum sie die generelle Bestimmung Flüchtlinge nicht wollten und statt dessen dem einschränkenden, interpretierbaren Terminus politisch Verfolgte den Vorzug gaben und warum sie sich hartnäckig KPD-Forderungen widersetzen, die eine grundgesetzliche Festschreibung existenzieller Rechte, wie Arbeitserlaubnis und Bewegungsfreiheit für die Immigranten bedeutet hätten. Das Asylrecht ist seinem Wesen nach eben nicht als einklagbares Individualrecht konzipiert worden vielmehr ist es von vornherein allen opportunen staatlichen Auslegungen und imperialistischen Dispositionen geöffnet worden und daher in seinem Kern ein Staatsschutzrecht. Folglich geht es heute nicht um seine Aushöhlung, sondern um seine Modernisierung zu einem paßgenauen Instrument imperialer Flüchtlingspolitik.

Diesen Modernisierungsschub gestalten in letzter Instanz die Richter Korbmacher & Co. vom Bundesverwaltungsgericht. Die Schneisen, die die Flüchtlingsverwaltung und die Untergerichte geschlagen haben, werden von ihnen geordnet und in eine imperialistische Großraum- und Ordnungspolitik umgesetzt. Aus diesem Grund also erschöpft sich die Arbeit dieses Kollegiums nicht in seiner höchstrichterlichen Absegnung von Asylverweigerung als Mittel, die Metropolen gegen die Flüchtlingsbewegung abzuschotten. Seit einigen Jahren geht es entschieden um mehr, um die rechtliche Legitimierung einer Praxis internationaler Aufstandsbekämpfung, die in die zentralen Urteile zum Asylrecht verpackt ist.

Die Technik, das Recht auf Asyl zum Ausgangspunkt einer internationalen Legitimationsordnung für Terror, Folter und Völkermord zu machen, ist frappierend, jedoch im Asylrecht genuin angelegt. Weder die sozialen oder politökonomischen Verhältnisse eines Staates, noch die politische und soziale Praxis der Flüchtenden sind für die Urteilsfindung von Belang. Gewogen wird ausschließlich das Staatsschutzargument der betreffenden Mächte, die unisono versichern, daß es in ihrem Herrschaftsbereich weder einen politisch noch einen sozial legitimierten Widerstand geben könne.

Eine grausame Platitüde, denn kein Staat auf dieser Welt definiert das, was ihn grundsätzlich in Frage stellt, als politischen Widerstand, sondern ausnahmslos als kriminelles Verbrechen.

Das weiß natürlich auch der oberste Asylsenat. Ihm geht es bei seiner aktuellen Rechtsprechung darum, die jeweiligen Staatsschutzräume weltweit entscheidend auszudehnen, staatliche Gewalt generell dafür zu legitimieren, alle Poren der trikontinentalen Gesellschaften zu durchdringen, um einen globalen, kapitalgerecht verwertbaren Menschentypus zu erzwingen. Alles Widerständige und nicht Vernutzbare wird ausdrücklich unter dem terminus technicus Staatsnotwehr der Vernichtung anheim gegeben. Es geht dabei essentiell nicht um die Souveränität der jeweiligen Regime. Sie dienen nur als Transmissionsriemen einer imperialistischen Weltinnenpolitik, in der die westlichen Kapitalzentren entscheiden, welche Bevölkerungsgruppe zu welchem Zweck und mit welchen Mitteln bekämpft, unterworfen oder vernichtet wird. Dem Asylsenat fällt in diesem Rahmen die Aufgabe zu, Aufstandsbekämpfung in aller Welt zu qualifizieren, mit dem ganzen Gewicht eines Metropolengerichtshofes politisch zu sanktionieren und juristisch zu legitimieren.

Aufhänger für diesen qualitativ neuen Vorstoß waren Verfahren von Kurden, deren Asylanträge abgelehnt worden waren, da Folter in der Türkei als allgemein kriminalpolitisches Phänomen gelten könne. Das war dem Korbmacher-Senat zu anspruchslos und zu kurzfristig, da dieses Urteil die blutigen Statthalterregime nur generös deckt und auf jede weiterreichende Einflußnahme und Zielsetzung verzichtet. Sie schöpfen die globale ordnungspolitische Dimension im Asylrecht nur unzureichend aus und definieren sich auf dem Hintergrund eines obsoleten Neokolonialismus, anstatt sich als Instrument einer neuen imperialistischen Weltinnenpolitik zu begreifen.

Dagegen bedient sich das Bundesverwaltungsgericht der zur Verhandlung stehenden Verfolgungen, Revolten, sozialen Verwüstungen und Bürgerkriege, um eine Weltordnung rechtsförmig zu legitimieren, die den jeweiligen Staatsterror ausdrücklich fordert. Einen Staatsterror nicht per se, sondern als Voraussetzung, um die Gesellschaften der drei Kontinente einzuschleifen, verwertbare Populationen von nicht verwertbaren zu scheiden und kapitalgerecht aufzubereiten. Im Koordinationssystem dieses Unterwerfungskonzepts entwickelt der Korbmacher-Senat den operativen Begriff vom Staat als absolutem Subjekt. Damit wird per definitionem jeder soziale und politische Widerstand automatisch zum Staatsverbrechen erklärt und seine Bekämpfung verlangt. Zitate aus den Kurden-Urteilen belegen das: Folter und Völkermord, die der Abwehr von Umsturzversuchen oder Gebietsabtrennungen dienen sind keine politische Verfolgung, sondern notwendig, denn der Staat selbst, sein Gebietsbestand und seine Grundordnung sind Schutzgüter. Jede staatliche Maßnahme, einschließlich Massakern, ist gerechtfertigt, wenn sie nur zur Überwindung von Notstandssituationen und zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit dient oder zur Behandlung von Minderheiten, weil ein Mehrvölkerstaat in besonderem Maße auf die Sicherung seiner staatlichen Einheit und seines Gebietsstandes bedacht sein wird und dieses Ziel auch durchsetzen darf. Insbesondere, wenn ein Flüchtling einer gewaltbejahenden Gruppe angehört, verstärkt sich grundsätzlich die Wahrscheinlichkeit einer auf den kriminellen und nicht auf den politischen Gehalt der Tat beschränkten Reaktion, je gravierender die Mittel sind, mit denen der Gesinnungstäter die Ordnung der von ihm abgelehnten Staatsmacht bekämpft.

Noch deutlicher wird diese Linie, wenn das Gericht tamilische Flüchtlinge in die Völkermordregion Sri Lanka zurückschickt, weil die wahllosen Vergeltungsschläge gegen die tamilische Bevölkerung mit der hohen Zahl von Todesopfern nicht der subjektiven Motivation des Staates zur politischen Verfolgung entspringen, sondern der Absicht, durch den Einsatz der Sicherheitskräfte seine staatliche Einheit und seinen territorialen Stand zu wahren.

Mit dieser restlosen Ineinssetzung von Staat und Recht besorgt das Bundesverwaltungsgericht die juristische Fundierung für eine international abgestufte Ausbeutungs- und Vernichtungsordnung, die

ein Weltrecht konzipiert, mit dem sukzessive alle Klassenantagonismen einem imperialistischen Rechtskodex subsumiert werden, um sie offiziell und effektiver liquidieren zu können.

Über die strategische Funktion seines Amtes hinaus legt der Vorsitzende Richter am obersten Asylsenat Dr. Günter Korbmacher einen ausgesprochen eigenen politischen Geltungsdrang an den Tag. Auf dem Höhepunkt der rassistischen Hetzkampagne gegen die Flüchtlinge warf er sich persönlich an die Medienfront, um vehement eine Grundgesetzänderung des Asylrechts zu fordern, damit in Zukunft garantiert sei, daß nur noch politisch handverlesene und ökonomisch verwertbare, vorselektierte Immigranten zur Disposition stünden. Mit entsprechender Rigorosität hat er sich dem unnachgiebigen Kampf zur Abschaffung der Nachfluchtgründe verschrieben, die er als weiche Stelle und Schlupfloch im Sicherheitskordon ausgemacht hat geeignet, die gesamte Abwehrfront gegen die Flüchtlingsflut zu unterminieren und ad absurdum zu führen.

Wir meinen, der oberste Asylrichter Korbmacher ist ein furchtbarer Jurist.<sup>23</sup>

Die Entscheidung, einer Person in die Knie zu schießen, enthält eine bewußte und präzise praktische und politische Limitierung. Der Angegriffene und unmittelbare Tatzeuge soll überleben, ja er muß es unter allen Umständen, denn dies ist die entscheidende Bestimmung der Aktion, selbst wenn sie zum Preis eines erhöhten Risikos für die ausführenden Genossinnen und Genossen erkaufte werden muß.

Der Angegriffene ist ein Schreibtischtäter par excellence, eine Ausgeburt moderner Herrschaft, ausgestattet mit allen Insignien repräsentativer Macht, die sich selbst zelebriert. Person und Körper verschwinden dahinter, verobjektivieren sich. Richter Korbmacher, der haßt, verachtet, eindämmt, raussäubert, de facto wertlos von unwertem Leben am Fließband sortiert, letzte Instanz über Leib und Leben zahlloser Menschen, ritualisiert sich erfolgreich aus seiner Person und existenziellen Verantwortung heraus. Erfolgreich in zweifacher Hinsicht. So hat dieser Berufsstand trotz seiner terroristischen NS-Geschichte ein ungebrochen fettes gutes Gewissen und sich aufgrund seiner spezifischen Herrschaftsstruktur nicht angemessen zum Objekt von Klassenhaß verdichtet. Eine strikt geregelte Arbeitsteilung enthebt ihn der physischen Präsenz in Klassenauseinandersetzungen er gibt die Richtung an und legt die Regeln fest, legitimiert die Schergen. Drangsalieren, einsperren, rausprügeln tun andere, foltern und exekutieren wieder andere. Bei Folterern, Polizeischergen, terroristischen Ämterchefs hat der Klassenhaß genug konkrete Angriffsflächen, um zu greifen, an Schreibtischtätern gleitet er immer wieder an ihrer fehlenden physischen Präsenz, ihrer mangelnden Körperlichkeit ab, vor die sich die Institutionen, Rituale und Mystifikationen schieben.

Die Schüsse auf die Beine des obersten Asylrichters sollen dem kalt ausgeheckten Unrecht, der kodifizierten Brutalität, die das Leben so vieler Menschen zerstört, wieder einen konkreten Namen, ein Gesicht, einen Körper verleihen. Diese Schüsse sollen ihn zweifach brandmarken. Sie sollen ihn verletzen, eine nachhaltige Erschütterung seiner Existenz durch einen intensiven körperlichen Schmerz und eine langwierige körperliche Beeinträchtigung bewirken und er soll leiden, damit er bezahlt und versteht. Verstehen nicht im Sinne einer Läuterung darauf haben wir keinen Einfluß sondern, indem er mit jeder Faser seines Körpers und seines Bewußtseins in eine umgekehrte Situation gezwungen wird, der er sich unmöglich entziehen kann, die an ihm haften wird.

Und diese Schüsse sollen ihn politisch brandmarken. Sie sollen ihn ins öffentliche Bewußtsein brennen als Hauptverantwortlichen im juristischen Kampf gegen die Opfer imperialistischer Großraumpolitik, der darüberhinaus von einem persönlichen Haß und Eifer in seiner Arbeit angetrieben wird. Wir wollen den suggestiven Nimbus der Macht zerstören, durch den er sich geschützt glaubt, und ihn öffentlich vor aller Augen in die Knie zwingen. Und wir wollen seine Karriere zerstören, denn wer einmal dieses suggestiven Nimbus beraubt worden ist, wer einmal der Guerilla in die Hände gefallen ist, der wird seiner eigenen wölfischen Klasse suspekt und zur

peinlichen politischen Last. Sie selbst wird dafür sorgen, daß er auf Dauer beruflich und politisch erledigt ist, so wie sie es mit Peter Lorenz<sup>24</sup> gemacht hat.

Außer diesen konkreten Bestimmungen der Aktion gibt es für uns zwei weitere wesentliche Aspekte, die den bewaffneten Angriff auf Personen wie Korbmacher und Hollenberg begründen. Zum einen die NS-Methoden, mit denen die internationale Flucht- und Wanderarbeiterbewegung in den Metropolen eingedämmt werden soll. Die unverhüllte Brutalität, die Klassenherrschaft hier annimmt, übersteigt bewußt und gezielt das austarierte, kalkulierte Niveau, auf dem Klassenkämpfe in den Metropolen gehalten werden. Die Schärfe des Angriffs auf Existenzrecht und Egalitätsansprüche muß in den politischen Antworten des revolutionären Widerstands, der adäquaten Wahl der Waffen und Aktionsebenen seine Entsprechung finden, wenn er glaubwürdig sein will. Jemandem, der Menschen in die Folter oder einen drohenden Tod schickt, kann man nicht das Auto anstecken oder eine Abreibung verpassen. Das ist unangemessen und verniedlicht sein Verbrechen.

Warum ihn dann nicht gleich töten? Wir meinen, wenn nicht offener Klassenkrieg herrscht, in dem die Liquidierung des Gegners zu einer Macht- und Überlebensfrage der Unterklassen wird Zustände, von denen wir weit entfernt sind kann ein politischer Mord nur einen exemplarischen Charakter haben.

Seine Bedeutung, seine einzige Rechtfertigung liegt in seiner politischen Dimension, da er die realen Machtverhältnisse nicht wirklich erschüttern und ernsthaft in Bedrängnis bringen kann. Seine Legitimation muß sich in seiner direkten Wirkung auf die Klassenauseinandersetzungen und die Zuspitzung des Klassenbewußtseins erweisen und kann sich nicht ausschließlich in der Bekämpfung des Gegners erschöpfen. Der politische Mord an einem bislang anonymen Funktionsträger von Staat und Kapital und mag er noch so wichtige Funktionen bekleidet haben muß politisch verpuffen. Denn was sagt die Aktion anderes aus als: da war jemand, der für das und das verantwortlich war und jetzt ist er weg, aus der Welt geschafft. Das Volk erfährt von seiner Existenz erst, nachdem sie ausgelöscht ist. Es gibt keine Chance, ihn zu hassen, seinen Tod zu wünschen.

Ein solcher Tod kann kein Aufatmen, keine Erleichterung auslösen. Das ist das politische Dilemma der Ermordung eines von Braunmühl<sup>25</sup> zum Beispiel.

Etwas anderes dagegen vermittelte die Hinrichtung des Menschenjägers Buback.<sup>26</sup> Mit ihm ist ein allgemein verhaßter und gefürchteter Volksfeind gefallen, dessen Tod ein Gefühl der Befreiung und Ermutigung ausgelöst hat. Einzig und allein diese Wirkung rechtfertigt etwas dermaßen Schwerwiegendes wie die politische Tötung eines Menschen, dieses äußerste und extremste Mittel im Klassenkampf, das sich durch seinen inflationären Gebrauch selbst entwertet.

Eine Guerilla, die leichtfertig gegen diese absolut verpflichtenden Gesetze der politischen Moral und Verantwortung verstößt, die zunehmend ihre Skrupel dieses wesentliche Merkmal, das revolutionäre Frauen und Männer vom Klassenfeind unterscheidet über Bord wirft, verspielt und verliert damit auch ihren eigentlichen Kredit und Anspruch: einen Klassenkampf mit dem Volk und für das Volk zu führen, in dem die Ziele einer freien, egalitären, menschlichen Gesellschaft aufscheinen.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Aktion gegen das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Dortmund (September 87)

Soziale Revolution gegen imperialistische Flüchtlingspolitik

Nachts, zwei Uhr. Eine Gruppe Berber, Nichtseßhafter, Sozialhilfeempfänger und Arbeitssuchende für eine schnelle Mark finden sich vor dem Gebäude des Schnelldienstes des Dortmunder Arbeitsamtes ein. Mit lautem Hallo und einigen Pullen Bier gegen die Kälte und Langeweile wird der Morgen erwartet. Viele kennen sich, denn die Prozedur wiederholt sich Nacht für Nacht. Sie kommen nicht freiwillig.

Das Programm, das sie herzwingt, bekannt als Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger ist die Knute der Sozialverwaltung, ihre Klientel zu disziplinieren, und sie führt gleichzeitig den verschiedensten Unternehmen frei disponsible Arbeitskraft zur billigsten Vernutzung zu.

Das System funktioniert so: wenn es auf der Schelle Arbeit gibt und sei es auch nur für einen Tag gibt es keine Sozialhilfe; wer keine Arbeit bekommt, braucht unbedingt den Amtsstempel, mit dem die Bereitschaft dokumentiert wird, am staatlichen Sklavenmarkt teilzunehmen. Denn ohne Stempel keine Sozialhilfe.

Szenenwechsel: ein paar Stunden später, dasselbe Gebäude, eine Tür weiter: hier ist die Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Zirndorf.

Diejenigen, die zur Arbeit gezwungen werden, sind längst weg. Nun finden sich die ein, denen von Amts wegen für Jahre jegliche Arbeit verboten wird: Flüchtlinge, Immigranten, AsylantragstellerInnen.

Hier wird im ersten Anlauf festgestellt, was vom Staat als politischer Asylgrund akzeptiert wird, was nicht. Sogenannte Entscheider, bundesrepublikweit 140 an der Zahl, befinden nach diesem Verhör über die Anerkennung, 70.000 Verhöre in einem Jahr. Inzwischen werden 90 % abgelehnt. Und Ablehnungsgründe gibt es viele. Wer aus beruflichen oder wirtschaftlichen Gründen flieht, wer gar eine Strafverfolgung befürchtet, ist sofort aus dem Rennen. Desertation oder Kriegsdienstverweigerung (Iran), Folter und Totschlag (Türkei), sogar Völkermord (Tamilen) sind schon lange kein Asylgrund mehr, weil diese Formen der Behandlung von Menschen zum normalen, traditionellen und nicht außergewöhnlichen Instrumentarium der jeweils herrschenden Klasse gehören.

Hektographierte Zettel als Ablehnungsbescheide mit Standardbegründungen erleichtern das Geschäft, es ist der alltägliche zynische Umgang mit der Macht, die über Menschenleben entscheidet.

Den Zurückgestoßenen bleibt der mühsame, erniedrigende und erfolglose Weg über die Verwaltungsgerichte, um dort die Rückfahrkarte und den Abschiebeknast verpaßt zu bekommen.

Die Zufälligkeit, mit der in Dortmund zwei Ausformungen derselben Sozialpolitik örtlich zusammengeführt wurden, versinnbildlicht den repressiven Charakter des Sozialverwaltungssystems: Sonderbehandlung von Minderheiten mit dem Ziel der Kontrolle und der Selektion, mit der Intention rassistisch vermittelte Klassenspaltung zu schaffen und der stillschweigenden Akzeptanz der Auspressung in ungarantierten Arbeitsverhältnissen.

Wo im letzten Sommer noch aus Zeltstädten und überquellenden Sammellagern dem deutschen



Stammwähler die Asylantenflut den sicheren Heimatboden wegzuspülen drohte, wo des Volkes Stimmung mobilisiert wurde, um in alter Tradition Fremdenhaß zu säen, wird heute die Einkreisung der hier verbleibenden Flüchtlinge organisiert.

Hatten noch Maßnahmen wie Grenzschießung, Einschränkung der Bewegungsfreiheit und die Kasernierung Gegenkräfte mobilisiert, scheint das Thema Asyl nur noch als billiges Profilierungsgequatsche zu den Menschenrechten zu taugen. Die Torturen und die Leideswege der Flüchtlinge der drei Kontinente sind immer noch die gleichen geblieben.

Die Einkreisungspolitik zielt darauf ab, die restlichen Flüchtlinge aus dem Land zu treiben, indem ihnen die Lebensgrundlagen entzogen werden. Die geplante Herausnahme aus dem Bundessozialhilfegesetz und die Schaffung eines Sondergesetzes, das nur noch Gelder bewilligen soll, die dem Lebensstandard in den Heimatländern entsprechen sollen, hungert die Menschen aus.

Die Anerkennungsquote wird systematisch runtergeschraubt. Daß die Flüchtlinge auf diese Weise dem illegalen Arbeitsmarkt zugeführt werden, gehört zum Repertoire kapitalistischer Ausbeutungsmethoden. Einige Branchen setzen zunehmend auf die Vernutzung illegaler Arbeitskraft aus dem Flüchtlingsmilieu.

Im Zusammenhang mit der Leiharbeit und dem staatlichen Zwangsarbeitssystem wird deutlich, daß der Anteil der ungarantierten Arbeit wächst. Gegen diesen Klassenkrieg von Oben müssen die Angriffslinien gegen das System liegen, um die Kampagnen gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik auszuweiten zum Kampf gegen die repressive Sozialpolitik und ihren Vermittlungsagenturen.

Unser Angriff auf beide Orte stellt eine Verbindung her, die die Ausweitung der Kampagne thematisiert. Dabei wissen wir natürlich, daß unsere Aktion die Politik der Spaltung und Desorientierung durch die Herrschenden nicht aufhebt und die rassistische Klassenstruktur nicht überwindet. Sie gibt eine Möglichkeit für zukünftige Konfliktlinien an.

Die verbrannten Akten in der Dortmunder Außenstelle des Zirndorfer Amtes sollen den Flüchtlingen eine Atempause verschaffen und ein Beitrag dazu sein, das faktische Aufenthaltsrecht durchzusetzen.

## **Anschläge gegen das Verwaltungsgericht Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht Münster (1989)**

Soziale Revolution gegen imperialistische Flüchtlingspolitik

Sie machen sich nicht selbst die Hände schmutzig. Sie beteiligen sich nicht selbst an Folterungen, Vergewaltigungen oder Hinrichtungen, etwa von kurdischen oder tamilischen Frauen und Männern.

Dennoch ihre Arbeit ist ein blutiges Geschäft.

Sie sind ein kleines, aber wirksames Rad im internationalen Klassenkrieg gegen die Armen der drei Kontinente. Ihre Waffe ist das Asylrecht. Ihr Schutz die Anonymität des Justizapparates: die Richter an den Asylkammern der westdeutschen Verwaltungsgerichte.

Wenn überhaupt was über die rassistischen Praktiken der Gerichte bekannt wird, sind es die ganz spektakulären Fälle etwa der Tod eines Schwarzen aus Sierra Leone, der, nachdem er von der 18. Kammer des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts ausgesondert worden war, in seiner Heimat von

seinen Verfolgern ermordet wurde der Täter: Richter Fix.

Die Geschwindigkeit und Präzision, mit der dieser Richter an der Horrorkammer abschlägige Urteile gegen Flüchtlinge fällt, hat in Deutschland Tradition. Der zynische Kommentar seines Dienstherrn: der Tod des Schwarzafrikaners seit letztlich ein schicksalhaftes Geschehen.

Der alltägliche Horror, die Normalität ist die Aussonderung der Flüchtlinge aus dem Trikont die Verweigerung ihres Existenzrechts.

Der weitaus größte Teil der weltweit zwangsmobilisierten Flüchtlinge sind Frauen. Die meisten von denen, die es trotz Abschottung der Metropolen überhaupt schaffen herzukommen, sind Männer. Es ist angesichts des 5jährigen Arbeitsverbotes, Bewegungsverbotes, dem Leben in Lagern, der ständigen Unsicherheit ein zweifelhaftes Privileg aber immerhin noch besser als die Lebensbedingungen der Frauen und Kinder, die in den Flüchtlingslagern der Armutszonen der Welt täglich um ihr Überleben kämpfen müssen wie z. B. die kurdischen Flüchtlinge in der Türkei, die vor den deutschen Giftgasgranaten<sup>27</sup> aus dem Irak fliehen mußten.

Die Flüchtlingsfrauen<sup>28</sup>, die sich hier nicht als Prostituierte in Bordellen wiederfinden oder als Ehefrauen verkauft werden, sondern ihr Recht auf Leben in Form von Asyl einklagen, haben ganz schlechte Karten: sexistische Gewalt ist vor den Gerichten in der BRD kein Fluchtgrund trotz Folter und Vergewaltigung an Frauen aus dem Widerstand oder von sozialen Minderheiten.

Wird Folter an politischen Gefangenen z.B. aus der Türkei von den Gerichten hier nur als normale Verfolgungsmaßnahme im Staatsschutzinteresse bezeichnet, so charakterisiert das Oberverwaltungsgericht Münster in einer Grundsatzentscheidung sexistische Gewalt gegen Frauen als allgemeine Verfolgungsmaßnahme, die nicht gegen Frauen als Geschlecht gerichtet sei. In diesem konkreten Fall entschied dieses Gericht gegen eine Frau aus Sri Lanka, weil eine Vergewaltigung als ganz normale Erscheinung in Bürgerkriegssituationen kein individuell einklagbares Recht auf Asyl begründen würde.

Wenn Flüchtlingsfrauen überhaupt ein Aufenthaltsrecht zugebilligt wird, dann als Ehefrau eines anerkannten Mannes.

Es ist die Verachtung gegenüber Frauen, die ihnen hier wie dort als Sexismus gegenübertritt. Der Angriff auf die weibliche Identität ist aber auch die Angst der Herrschenden vor dem zunehmenden weltweiten Widerstand von Frauen dem Widerstand der Besitzlosen, der alle Machtverhältnisse zum Einsturz zu bringen droht.

Wir haben heute am Oberverwaltungsgericht Münster und im Verwaltungsgericht Düsseldorf Sprengsätze gezündet, weil alle, die sich an der Aussonderung und Kontrolle von Flüchtlingen beteiligen, wissen sollen, daß auch sie die Solidarität der Unterdrückten treffen kann.

Wir haben inzwischen gelernt, daß die imperialistische Flüchtlingspolitik nicht geschlechtsneutral ist. Wenn Männer in der Metropole den Kampf gegen institutionalisierte Formen männlicher Macht aufnehmen, dann nicht unter dem Vorzeichen einer angeblichen Gleichheit. Das wäre nichts anderes, als der Ansatz zu einer neuen Dimension des Betrugs.

Denn als Metropolenmänner sind wir selbst Teil des Problems, Profiteure der sexistischen und rassistischen Machtstrukturen. Deshalb ist unser Kampf für die Aufhebung aller Gewaltverhältnisse mit Sicherheit erstmal ein widersprüchlicher Prozeß. Der Bezug auf den weltweiten Widerstand von Frauen und Farbigen muß aber praktisch werden und hier die institutionalisierten Formen des Rassismus und Sexismus angreifen Solidarität ist ein Kampfbegriff.

Wir knüpfen heute an unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik an, die wir begonnen hatten, als im Sommer 86 die rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge als Hetzkampagne gegen Wirtschaftsflüchtlinge und Überfremdung einsetzte. Ergebnis dieser wohlinszenierten Staatskampagne waren die verschärften Lebensbedingungen für Flüchtlinge und die dichten Grenzen. Die rassistische Ausländerpolitik hier ist Teil einer globalen Bevölkerungs- und Sozialpolitik gegen die arm gemachten Massen der 3 Kontinente. Sie richtet sich gegen ihren Versuch, ihr Recht auf Leben und Existenz hier in den imperialistischen Zentren zurückzufordern. Sie ist aber auch Teil der Sozialpolitik hier zur Neuzusammensetzung der Klasse. Die rassistisch vermittelte Klassenspaltung und der Sexismus sind die einzigen ideologischen Kampfmittel der Herrschenden zur Ablenkung von den sozialen Folgen der kapitalistischen Umstrukturierung, dem Angriff auf den Soziallohn, der Entgarantierung der Arbeitsverhältnisse, den miesen Jobs zu Niedriglohnbedingungen, dem Arbeitszwang für Sozi-Empfänger, die Aussonderung der Alten und Kranken.

Die Propagierung der Kleinfamilie, die Kampagne der Rechten gegen den 218, die Einführung der neuen Reproduktionstechniken sind Teil des Angriffs auf die Identität von Frauen, die sich auch hier zunehmend patriarchalen Strukturen verweigern und widersetzen.

Die Bevölkerungs- und Sozialpolitik ist von ihrem Charakter her sozialdarwinistisch.<sup>29</sup> Das Prinzip der Auslese und Ausmerze wird schon daran deutlich, wie die Verschärfung des Ausländerrechts und die Durchsetzung der Gen- und Reproduktionstechnologien propagiert werden. So sind in der Begründung für ein europäisches Forschungsprojekt Prädikative Medizin offen eugenische Kriterien benannt worden. Im ersten Entwurf für ein neues Ausländerrecht wurden nationalistisch-völkische Kriterien in den Gesetzestext wiedereingeführt. Dieser Entwurf verdeutlicht nur die Essenz der Ausländerpolitik: die Abschottung der Herrenmenschen vor den unnützen Essern, den Farbigen des Trikonts und gleichzeitig ihre Verwertung als Arbeitsvölker. Nach den Plänen für das neue Ausländerrecht wird es für die schon aus der Zeit vor dem Anwerbestop 1973 hier arbeitenden ImmigrantInnen minimale Verbesserungen geben, für alle anderen gibt es keinen gesicherten Aufenthalt. Die Bestimmungen sind so vage gehalten, daß die Ausländerbehörden, je nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und politischem Wohlverhalten, befristete Arbeitserlaubnisse erteilen können. Die de-facto-Flüchtlinge sollen konsequent abgeschoben werden.

Die Aufnahme von hunderttausenden von Flüchtlingen aus Osteuropa steht zur restriktiven Ausländerpolitik nicht im Gegensatz: die Aussiedler werden zum begehrten Objekt zur Sicherung der Niedriglohnpolitik, analog der Adenauerschen Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik in der Nachkriegszeit. Sie werden aber auch selbst zum Objekt des Rassismus in der Gesellschaft.

Die Tatsache, daß an den Grenzen der BRD heute ein NSDAP-Mitgliedsbuch mehr gilt, als die Folterspuren am Körper einer Farbigen, weist auf eine Kontinuität europäischer Großraumpolitik seit dem Nationalsozialismus hin.

So ist die Vereinheitlichung der Flüchtlingspolitik zum Schmiermittel zur Durchsetzung der Vereinigten Staaten von Europa geworden, des Europa der Bullen und Bonzen, im Interesse der Multis. Gegenstand vieler Konferenzen und Verträge im Vorfeld des europäischen Binnenmarktes, wie TREVI<sup>30</sup> und Schengener Abkommen<sup>31</sup>, waren immer die Vereinheitlichung der Sicherheitsapparate und die Ausländerpolitik. Es geht dabei um nicht weniger, als den Entwurf einer modernisierten Innen- und Sozialpolitik im europäischen Großraum. Dabei sind die einheitlichen Mechanismen zur Zwangsmobilisierung der Arbeitskräfte aus den angrenzenden Armuts- und Aufstandsregionen des Nahen Ostens (einschließlich der Türkei) und Nordafrikas von besonderer Bedeutung.

Wir hatten unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik im Herbst 86 als Vorschlag an die gesamte autonome und sozialrevolutionäre Linke in der BRD formuliert.

Wir gehen nach wie vor davon aus, daß Antimperialismus in der Metropole nur konkret werden kann, wenn er sich auf gesellschaftliche Konflikte hier bezieht und sich ins Verhältnis setzt zu einem möglichen Klassensubjekt in der Metropole und gleichzeitig zu den Kämpfen der Massen in den drei Kontinenten. In diesem Zusammenhang sehen wir auch unsere Aktionen gegen transnationale Konzerne hier zur Unterstützung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika.

Auch wenn unser Vorschlag nicht massenhaft praktisch aufgegriffen wurde, so waren die Auseinandersetzungen um die Kampagne gegen das Treffen des internationalen Mordkartells in Berlin<sup>32</sup> ein wichtiger Schritt zur Entwicklung eines antiimperialistischen Bewußtseins der Linken.

Daß der Feind aber nicht schläft, ist schon nach den Schüssen an der Startbahn<sup>33</sup> deutlich geworden. Die Schüsse waren nur der Auftakt einer Verfolgungswelle, mit der der Staat versucht, all die politischen Ansätze der letzten Jahre und die Entwicklung des militanten Widerstandes seit Anfang der 80er einzudämmen. Durch den permanenten Belagerungszustand, die Ausweitung der Anti-Terror-Gesetze, den verstärkten Einsatz geheimdienstlicher Mittel, ist die radikale Linke seitdem auf sich selbst zurückgeworfen.

Die Repression wird aber nicht im Protest gegen die Repression selbst gebrochen, sondern durch die Verankerung sozialrevolutionärer Politik.

Die politische Entwicklung in diesem Land, insbesondere die Wahlerfolge neofaschistischer Gruppen<sup>34</sup>, haben uns darin bestätigt, daß antiimperialistische Politik in der Metropole nur dann eine Perspektive hat, wenn sie gleichzeitig auch eine Antwort ist auf soziale Fragen: Das Herz des Staates ist das Bewußtsein der Unterdrückten Revolution ist ohne den Kampf um die Köpfe der Menschen nicht denkbar.

Wir hatten nie die Illusion, daß Teile der proletarischen Jugend, der Frauen, der Arbeitslosen oder anderer Teile der Gesellschaft rasch gemeinsame Interessen mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen entwickeln würden, dafür greift der Sexismus und der Rassismus nur zu gut. Antimperialismus muß aber genau dort angesiedelt sein und diesen Knoten durchschlagen.

Den Befreiungskampf der Frauen und Farbigen in den drei Kontinenten aufgreifen  
den antiimperialistischen Kampf im Herz der Bestie führen!

## **Erklärung zum Anschlag auf das Ausländeramt Böblingen (August 91)**

Morgens hörst du die Nachrichten Bundesinnenminister Schäuble schlägt vor, daß die west- und osteuropäischen Länder eine abgestimmte und umfassende Abwehrstrategie gegen die Einreise von Flüchtlingen entwickeln sollen.

Du gehst beim Bäcker vorbei. Im Laden hörst du, wie die Verkäuferin zur Kundin sagt Da muß man aufpassen, die klauen doch immer. Sie meint einen Mann mit schwarzer Hautfarbe, der vor dem Ladenregal steht.

Mittags schlägst du die Zeitung auf und liest die Überschrift: Brandanschlag auf Flüchtlingswohnheim. Einige BewohnerInnen wurden mit Rauchverletzungen ins Krankenhaus

eingeliefert.

Du fährst in die Stadt. Unterwegs triffst du eine kurdische Genossin. Sie erzählt dir, daß ihre vor einer Woche abgeschobene Freundin in der Türkei festgenommen wurde. Sie haben sie mehrere Tage gefoltert. Abends gehst du in deine Szene-Kneipe. Dort hängt ein Plakat: Internationales Fest für Völkerverständigung mit ausländischem Essen und afrikanischer Trommelmusik.

Das ist sicherlich nur ein Ausschnitt von dem, was wir täglich hören, lesen und sehen. Beispiele für den alltäglichen Rassismus und Vernichtungswillen, dem die hier lebenden Flüchtlinge und ImmigrantInnen permanent ausgesetzt sind. Situationen, die auch bei uns Wut und Haß gegen die dafür Verantwortlichen hervorrufen.

Doch durch unsere politische Arbeit wissen wir, daß Betroffenheit alleine keine ausreichende Grundlage für kontinuierliches politisches Handeln ist. Denn erst das Analysieren der Herrschaftsverhältnisse, daß z.B. Rassismus ein integraler Bestandteil der imperialistischen Ausbeutung ist und daß diese durch die rassistische Sozialisation jeder und jedes einzelnen gesellschaftlich abgesichert wird, macht es uns möglich, Ansatzpunkte für einen revolutionären Widerstand zu finden. Hinzu kommt, daß Betroffenheit allein dazu führen kann, in Flüchtlingen und Immigrant/inn/en nur die Opfer zu sehen, anstatt auch ihren tagtäglichen Widerstand gegen die hier bestehenden Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse wahrzunehmen.

Es ist notwendig, daß wir unsere rassistische Sichtweise ablegen und unseren Blickwinkel erweitern: Ob in überfüllten Sammellagern oder auf Dörfern in der Ex-DDR, ob auf Ämtern oder auf der Straße überall kämpfen sie gegen ihre Diskriminierung und für ein menschenwürdiges Leben. Sie organisieren sich und machen Demonstrationen, Besetzungen, Hungerstreiks und andere Protestaktionen.

## ÜE

### Herrschaftsabsicherung auf unterster Ebene

Die Ausländerbehörde spielt für Flüchtlinge und Immigrant/inn/en eine zentrale Rolle. Permanent sind sie mit dem institutionalisierten Rassismus dieser Behörde konfrontiert.

Auf der Grundlage des Ausländergesetzes und anderer Sondergesetze wird hier über Aufenthaltsstatus, Arbeitserlaubnis oder Ausweisung entschieden. Neben diesem in Gesetze gegossenen Rassismus treffen Flüchtlinge und Immigrant/inn/en auf den Rassismus der Schreibtischtäter/innen und müssen sich gegen deren Willkür, Schikanen und Erniedrigungen zur Wehr setzen. Die Beamt/inn/en spielen in vielen Fällen ihre Macht aus, z.B. wenn sie Flüchtlingen die notwendige Erlaubnis zum Besuch von Familienangehörigen in einem anderen Landkreis verwehren. Immer bleibt Flüchtlingen und Immigrant/inn/en das Gefühl, hier nicht erwünscht zu sein, den herrschenden Normen in den Metropolen nicht zu entsprechen, weil sie bestimmte Kriterien nicht erfüllen sei es die richtige Hautfarbe oder das richtige Geschlecht, sei es ausreichender Wohnraum oder die angepaßte politische Überzeugung, sei es die falsche Kultur oder Religion, sei es die unbrauchbare Arbeitskraft oder die Herkunft aus dem Trikont. Die Mechanismen zur Absicherung der imperialistischen, rassistischen, patriarchalen Herrschaft greifen auf unterster Eben

Die Beamt/inn/en selektieren Flüchtlinge und Immigrant/inn/en nach deren Verwertbarkeit. Die Beamt/inn/en kontrollieren deren Alltag und politische Aktivitäten. Die Beamt/inn/en leiten die Abschiebung ein, wenn Flüchtlinge und Immigrant/inn/en nicht oder nicht mehr verwertbar sind. Auch einzelne, sozial eingestellte Beamt/inn/en ändern nichts an der Tatsache, daß sie

Handlanger/innen der imperialistischen Migrationspolitik sind.

**ÜE**

## **Das Unrecht ist nicht anonym. Es hat einen Namen und eine Adresse (Brecht)**

Zum Beispiel das Ausländeramt in der Steinbeisstraße in Böblingen. Am 22.8.91 haben wir bei diesem Amt einen Sprengsatz gezündet.

Mit der Einführung des neuen Ausländergesetzes am 1.1.91 eröffneten die Herrschenden in der BRD eine neue Etappe gegen die Menschen aus Nicht-EG-Ländern. Es ist die Grundlage für die am 3. Mai auf der Innenministerkonferenz beschlossene Abschiebung von De-Facto-Flüchtlingen. Über 50.000 Menschen, die bisher wegen der besonderen Lage im Heimatland aus humanitären Gründen in der BRD geduldet wurden, sollen jetzt wieder der Verfolgung und Vernichtung ausgesetzt werden. Gegen die angekündigten Massenabschiebungen regte sich überwiegend aus dem humanistisch-christlichen Spektrum Protest, der dazu beigetragen hat, daß es am 15. Juli zu einer erneuten Innenministerkonferenz kam. Die Herrschenden änderten die Modalitäten der Abschiebungen und einigten sich auf eine Salami-Taktik. Der bisher praktizierte generelle Abschiebestopp für Flüchtlinge aus bestimmten Ländern wurde beseitigt. Flüchtlinge sollen, je nach Herkunftsland, zeitlich versetzt abgeschoben werden. Daß diese Politik jetzt nur noch die ab dem 1.1.89 eingereisten De-Facto-Flüchtlinge betreffen soll, ändert nichts am Zynismus der BRD, Menschen überhaupt in Krisen- und Kriegsgebiete abzuschieben. Diese aktuelle Regelung entspricht voll und ganz den bürokratischen und organisatorischen Möglichkeiten der Abschiebebehörden. Wir sehen dahinter das Ziel, das reformistische und christliche Spektrum zu beruhigen und den gemeinsamen solidarischen Widerstand der Betroffenen zu spalten und isolieren. Den von Abschiebung bedrohten De-Facto-Flüchtlingen bleibt nur noch die Möglichkeit der Einzelfallprüfung. Etliche wissen, daß dieser Weg aussichtslos ist und reisen statt dessen freiwillig aus, bzw. versuchen, illegal in ein anderes Land zu kommen.

**ÜE**

## **Krieg gegen die Immigrant/inn/en und Flüchtlinge Abschottung und Selektion**

Innerhalb der EG wird es für Flüchtlinge und Immigrant/inn/en schon vor dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens zunehmend schwerer, sicher zu leben. So will z.B. Frankreich rigoros gegen legale und illegale Flüchtlinge vorgehen und über 70.000 von ihnen abschieben. Ein französischer Regierungssprecher nennt diese Politik gegen die illegalen Immigrant/inn/en konsequenterweise Krieg.

Es ist ein Krieg in Italien, der mit brutalster Härte gegen albanische Flüchtlinge geführt wird. Die italienischen Behörden schrecken nicht davor zurück, tausende von Menschen im Stadion von Bari zu internieren, um sie dann zu deportieren. Durch die absichtlich ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln, die miserable ärztliche Betreuung und den Einsatz von Waffen, haben sie Verletzte und Tote in Kauf genommen.

Es ist ein Krieg, der Flüchtlinge oft schon umbringt, wenn sie z.B. aus dem Maghreb unter lebensgefährlichen Bedingungen übers Meer nach Spanien fliehen müssen. An den Grenzlinien zwischen Nord und Süd wird der Krieg bald die Form des Krieges der USA annehmen, die schon

jahrelang am Rio Grande auf die Immigrant/inn/en aus dem Süden schießen.

Inzwischen ist überall in den Metropolenstaaten offensichtlich, wie dieser Spezialkrieg aussieht und sich entwickeln wird. Die bürgerlichen Medien verbreiten im Sinn der Herrschenden das Schreckensszenario von einer Flüchtlingsflut, als ob nicht bekannt wäre, daß die Mehrheit der Migrant/inn/en (80 % davon sind Frauen und Kinder) innerhalb des Trikonts selbst flüchten. Nur ein geringer Teil der Menschen, die auf der Flucht sind, kommen bis nach Europa. Genauso bekannt ist, daß die imperialistische, patriarchale und rassistische Ausbeutungspolitik der Metropolenländer zur massiven Zerstörung der Subsistenzwirtschaft im Trikont beiträgt. Das ist eine der Hauptursachen für die weltweite Migrationsbewegung.

Die Folgen dieser Zerstörung treffen Frauen und Männer unterschiedlich. Frauen haben im Gegensatz zu Männern weit weniger die Möglichkeit zu Lohnarbeit in weiter entfernten Ländern oder anderen Kontinenten. Sie sind weniger mobil, weil sie die Versorgung der Familie leisten müssen. Wenn sie flüchten, flüchten sie zumeist in Nachbarregionen oder in angrenzende Länder, vegetieren in Flüchtlingslagern dahin oder versuchen ihr nacktes Überleben in den Großstadtlums zu organisieren. Bestenfalls werden die jüngsten und gesündesten von ihnen in den Weltmarktfabriken vernutzt. Vielen Frauen bleibt nichts anderes übrig, als sich als Prostituierte über Wasser zu halten. Nicht selten müssen sie sich an weiße Sextouristen verkaufen.

Erst in den letzten Jahren kommen aus bestimmten Trikontländern und Osteuropa mehr Frauen als früher in die reichen Metropolen. Hier erwartet sie eine patriarchale Gesetzgebung, die sie zum rechtlosen Anhängels der (Ehe-)Männer macht und ein sexistisches Klima, das sie zwingt, sich und ihren Körper für die rassistisch-sexistischen Interessen weißer Männer zu prostituieren. Die Frauen haben auch in den Metropolen die Aufgabe, ihre Männer zu reproduzieren. Frauenspezifische Fluchtgründe werden im Asylverfahren nicht anerkannt. Als Ehefrauen erhalten sie kein eigenständiges, gesichertes Aufenthaltsrecht.

Nur wenige Frauen und Männer haben das oft zweifelhafte Glück, den Weg in den reichen Norden zu schaffen. Sie sind die sinnlich erfahrbare Rückwirkung der Folgen der imperialistischen Ausplünderung, der ökologischen Zerstörung und der dadurch entstehenden Kriege und Befreiungskämpfe.

Dazu schreiben Immigrant/inn/en: Heute, wo fast 20 Millionen ImmigrantInnen in den europäischen Staaten leben, kann niemand mehr die Realität verdrängen, daß aus der Armut eine Völkerwanderung stattfindet: zu dem Reichtum.

Ursachen für diese Völkerwanderung sind 500jährige Kolonialgeschichte, neue kolonialistische und gegenwärtige Export- und Kriegswirtschaft. Aufgrund dieser jahrhundertelangen kolonialistischen und imperialistischen Ausbeutungspolitik herrscht im größten Teil der Welt Hunger und Armut. Und aufgrund dieser Politik sind die in den Metropolen lebenden Menschen privilegiert und leben im Wohlstand. Deshalb sind die Menschen, die aus der Armut zu dem Reichtum immigrieren, berechtigt, hierzubleiben. **Egal, aus welchem Grund sie da sind.** Diese Migration ist als eine Art Kriegsführung zu verstehen. Gegenüber den Armutsverursachern und als eine Art Manöver, um vorzuzeigen, daß sie berechtigterweise Anspruch auf die jahrhundertlang geraubten Güter geltend machen werden. (aus: radikal 142)

Diese alte neue Weltordnung, die jetzt gegenüber den Flüchtlingen und Immigrant/inn/en die letzten Masken fallen läßt, zeigt offenkundig für jede/n, die und der es sehen will, wie der imperialistische Weg als globales Modell faktisch funktioniert. Der Status quo kann in den reichen, relativ befriedeten Metropolen nur abgesichert werden, wenn 3/4 der Welt abgehängt werden. Systematische

Verelendung und Vernichtung sind das Prinzip. Daß hierbei inzwischen etliche Länder und halbe Kontinente als Ausschuß betrachtet und abgeschrieben werden, juckt die wenigsten Metropolenbürger/innen.

In Europa setzt die BRD-Politik den Maßstab für den Abwehrkrieg, den andere europäische Staaten übernehmen müssen. Die Herrschenden bereiten sich darauf vor: rechtlich, politisch, ideologisch, militärisch. Sie werden sich die menschlichen Rosinen sprich: (aus-)gebildete, leicht integrierbare Menschen aus dem Trikont und zukünftig auch aus der Sowjetunion und Osteuropa herauspicken und den Rest sofern nicht kurzfristig verwertbar abschieben.

Reuter von Daimler-Benz und Geißler von der CDU sind sich gegenüber der deutschen und europäischen Rechten einig: Einwanderung im richtigen Maß ist die Zukunftsparole. Welches Maß das ist, können wir uns denken. Flüchtlinge und Immigrant/inn/en sind dann kein Problem, wenn sie sich kontrolliert für die Absicherung des beutemachenden Lebensstils einsetzen lassen. Ob als billige, nicht aufmuckende Hamburgerproduzent/inn/en bei MacDonalds ob als tschechoslowakische oder polnische Saisonarbeiter/inn/en in Bauwesen, Landwirtschaft oder Gastronomie, ob als zwangsarbeitende Flüchtlinge für 2,50 DM die Stunde im bayrischen Wald, ob als erotisch-exotische Prostituierte und/oder Hausfrauen oder ob sie als Unterhaltungskünstler/innen den öden deutschen Alltag bereichern, so sind sie willkommen.

Der Selektionskatalog ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Abschottungs- und Abschiebepolitik. Europaweit werden Flüchtlinge und Immigrant/inn/en aussortiert, gezielt eingesetzt, geschlechtsspezifisch vernutzt, ausgetauscht und kontrolliert. Es ist wichtig, daß ihre potentielle Verwertbarkeit schnell genug herausgefunden werden kann die europäischen Selektionsexpert/inn/en stehen schon bereit.

Wer aussortiert wird wie z.B. die Roma gelangt in Zukunft kaum wieder in die reichen europäischen Metropolenländer. Roma sind immer die letzten, die hier gebraucht werden und erwünscht sind, und sie sind immer die ersten, die abgeschoben werden.

So funktioniert neben dem Sexismus ein sich multikulturell gebender, aber knallhart kalkulierender Rassismus als Herrschaftsinstrument.

## ÜE

### Die Hilflosigkeit der Linken

Immigrant/inn/en und Flüchtlinge, die hierher kommen, handeln im Sinne der Wiederaneignung ihrer Lebenschancen, ihrer Gesundheit und ihrer Würde. Das ist den Herrschenden im Gegensatz zur metropolitanen Linken -längst klar. Dazu schreiben die Immigrant/inn/en Aber leider kann der größte Teil der antiimperialistisch und antikapitalistisch gesinnten Linken in diesem Land diesen antiimperialistischen Ansatz nicht verstehen. Dieser Migrationsprozeß, der aus der Vertreibung und Entwurzelung von Millionen resultiert, der auch als Rache der Enterbten und als Kampfansage gegen das Kapital verstanden werden soll, läßt die deutsche Linke in Hilflosigkeit und Lähmung fallen. (aus radikal Nr. 142)

Wenn sich die Linke nur über die Abschiebeseite der Migrationspolitik entrüstet und die Seite der selektiven Verwertung in ihrem postmodernen Lebensstil ausblendet, trägt sie damit ihren Teil zur Zementierung der globalen Ausbeutungsverhältnisse bei. Der Gewinn, der immer noch abfällt, korrumpiert und vernebelt den Blick gegenüber den patriarchalen, rassistischen und imperialistischen



Interessen. Er läßt den Protest gegen Abschiebungen als Krokodilstränen daherkullern und lähmt die Entwicklung eigener radikaler Handlungsansätze.

## ÜE

### Was tun? Was tun!

Die Entscheidung, der herrschenden imperialistischen Flüchtlingspolitik Widerstand entgegenzusetzen, ist eine praktische Konsequenz aus unserem antiimperialistischen Verständnis. Denn die Solidarität endet nicht bei der Unterstützung von Befreiungsbewegungen, sondern zeigt sich auch in unserer praktischen Solidarität mit den Flüchtlingen und Immigrant/inn/en hier. Sie findet ihren notwendigen Ausdruck im Angriff auf die Verantwortlichen für die Ausländergesetze, auf die Schreibtischtäter/inn/en, Abschiebeschweine und Gesetzesvollstrecker/innen mit weißen Kragen.

Antiimperialismus hat zwar immer eine wesentliche Rolle in linker Theorie und Praxis gespielt, aber die patriarchalen und rassistischen Grundlagen der weltweiten Ausbeutungsverhältnisse sind erst in den letzten Jahren ansatzweise Bestandteil im linksradikalen Spektrum geworden.

Wir kämpfen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Dazu müssen wir die verschiedenen Unterdrückungsformen und die gesellschaftlichen Widersprüche benennen, die wir abschaffen wollen. Mit Freiheit verbinden wir die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen weltweit und das Ende aller patriarchalen und rassistischen Gewaltverhältnisse.

Wir werden hier als weißer Zusammenhang für antirassistische Lebensvorstellungen kämpfen und das in einer eigenständigen Auseinandersetzung und politischen Praxis umsetzen. Dabei gibt es für uns nach wie vor mehr Fragen als fertige Antworten. Unser Ausgangspunkt unser politisches Ziel und unsere politische (Alltags-)Praxis müssen sich deshalb immer wieder der Diskussion stellen und hinterfragen lassen. Unsere Glaubwürdigkeit ergibt sich nicht nur aus Schreibtischanalysen, sondern entscheidend auch aus unserer Praxis.

Wir solidarisieren uns mit Flüchtlingen und Immigrant/inn/en und beziehen dabei Position. Fehler und Widersprüche werden sich immer wieder herausstellen.

Wir kämpfen nicht stellvertretend für Flüchtlinge und Immigrant/inn/en, doch wir haben die Hoffnung, daß wir perspektivisch eine politische Kraft entwickeln, gemeinsam mit ihnen genauso wie mit anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Eigenständige Organisierung und Praxis sehen wir als Basis für diese Perspektive. Wie die Zusammenarbeit aussehen kann, ob in Bündnissen oder in gemischten Zusammenhängen, wird sich zeigen. Für uns stellt sich die Frage, was wir dazu beitragen können und welche Voraussetzungen wir von unserer Seite aus schaffen müssen. Als weiße Linke und als weiße Feministinnen profitieren wir von rassistischer Unterdrückung und wissen, daß es nicht ausreicht, die Vorteile, die uns dieses System bietet, zurückzuweisen und so zu tun, als ob wir uns einfach auf die andere Seite stellen könnten. Als weiße Männer und Frauen müssen wir uns bewußt machen, daß wir in einer langen Geschichte von kolonialistischer und imperialistischer Ausplünderung der Welt und dem vielfältigen Widerstand der Menschen dagegen stehen.

Wir sehen die schwierige, aber unumgängliche Aufgabe, dieses historische Erbe genau aus unserer Situation als metropolitane Linke aufzuarbeiten und uns kritisch anzueignen.

Es ist ein theoretischer und praktischer Prozeß, der nicht individuell, glatt und platt gelingen kann, sondern mit Menschen aus dem antiimperialistischen Widerstand, mit Flüchtlingen und

Immigrant/inn/en allmählich erarbeitet werden muß. So kann internationale Solidarität lebendig werden und indem sie praktisch wird, können wir sie gegen die Verantwortlichen für die imperialistische Zerstörung richten, ohne unsere metropolitane Geschichte zu verleugnen.

Aus diesem internationalistischen Verständnis heraus verstehen und erleben wir die Abschaffung rassistischer Spaltungs-, Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen als Teil unserer eigenen Befreiung und als Teil der Befreiung von sämtlichen Machtstrukturen. Es wird ein langer widerspruchsvoller Weg sein, zu dem es keine Alternative gibt.

Es geht darum, die alltägliche Gewöhnung an rassistische und sexistische Übergriffe zu durchbrechen, uns zu sensibilisieren und schlagkräftig zu werden auf allen politischen Ebenen. Das bedeutet auch, die ausländerbehördliche Praxis vor Ort aus dem Schatten der Anonymität zu reißen, die Orte des rassistischen Alltags, der vielen Flüchtlingen und Immigrant/inn/en gerade dort begegnet, ans Licht zu bringen und anzugreifen. Die Arbeit der Abschiebeschweine muß be- und verhindert werden, wo es uns möglich ist. Wir wissen, daß sich im Moment nur wenige Menschen hier in den Metropolen mit Flüchtlingen und Immigrant/inn/en solidarisieren.

Doch unser Kampf hat zum Ziel, genau diese Solidariät zu entwickeln, um damit den Herrschenden ihre Spaltungs- und Ausbeutungswerkzeuge zu entreißen.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Aktion gegen die A+B-Stelle für Roma + Sinti, Köln (November 89)

Uneingeschränktes Bleiberecht für Sinti und Roma!

Als im April 1919 bewaffnete Arbeiter der Münchner Räterepublik das Polizeipräsidium besetzten, da flogen zusammen mit den Akten der politischen Polizei auch tausende von Zigeuner-Personalakten aus den Fenstern und gingen im Hof in Flammen auf. Die revolutionären Arbeiter vernichteten die Aktenbestände der bereits 1899 in Bayern eingerichteten Zigeunerzentrale, die mit den damals verfügbaren modernsten Polizeimethoden und in Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden im ganzen Reich das Ziel einer zentralisierten und totalen Registrierung und Überwachung der in Deutschland lebenden Sinti und Roma verfolgte.

Die Episode wirft ein Licht auf die Tradition, in der die Kölner Sozial- und Ordnungsbehörden siebzig Jahre später eine Zigeunerdatei über alle in Köln lebenden heimatlosen Roma angelegt haben. Seit 1986 wurden im Rahmen des sogenannten Kölner Modells der Roma-Betreuung umfangreiche Daten gesammelt, die sämtliche Lebensbereiche der Kölner Roma erfassen. Im Zusammenspiel von Ordnungs- und Sozialbehörden, Staatsanwaltschaft, Polizei und Justiz diente das Material nicht nur dazu, im tagtäglichen Kleinkrieg von Kontrolle, Diskriminierung und Terrorisierung den Roma das Überleben so schwer wie möglich zu machen. Es begründet heute die Forderung und Androhung der Abschiebung gegen Roma-Familien durch die Kölner Sozialbehörde und das Ausländeramt.

Wir sehen den Skandal dieses Vorgangs nicht in dem einen oder anderen Verstoß gegen den Datenschutz, vielmehr in der Normalität und Kontinuität der rassistischen Sondererfassung und Sonderbehandlung, der die Roma immer noch ausgesetzt sind.

Wer sich auch nur im Ansatz mit der Geschichte der Verfolgung von Sinti und Roma in Deutschland beschäftigt, dem erscheint die fast bruchlose Kontinuität unfassbar, mit der die gleichen Institutionen der Verfolgung unter wechselnden Namen, aber mit den immer gleichen Methoden, Inhalten und Personal den sozialen Krieg gegen die Zigeuner organisierten, um durch Zwangsassimilierung, Kriminalisierung, Vertreibung und die schließliche Vernichtung im Nationalsozialismus ihre Lebensgrundlage und Lebensweise zu zerstören. Das Instrumentarium der lückenlosen Ausforschung, Überwachung und Sozialkontrolle war dabei immer Basis und Voraussetzung für alle weiteren staatlichen Maßnahmen zur Drangsalierung, die im Völkermord an einer halben Million Sinti und Roma ihren Höhepunkt fand.

Die Bestände der Münchener Zigeunerzentrale, deren Akten den revolutionären Arbeitern in die Hände gefallen waren, wurden nach Niederschlagung der Räterepublik schnell wieder aufgebaut. Ihre Tätigkeit läßt sich bis in den Nationalsozialismus weiterverfolgen, wo sie durch Erlaß Himmlers<sup>35</sup> in die Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens als Teil des Reichskriminalpolizeiamtes und des Reichssicherheitshauptamtes überführt wurde. Die Aufgaben der modernisierten und neustrukturierten Reichszentrale bleiben dieselben. Der Bruch, den der NS markiert, liegt darin, daß er der alltäglichen verwaltungsmäßigen Repression den Vernichtungswillen hinzufügte, der die Sinti und Roma in die Gaskammern und vor die Gewehrläufe der Einsatzgruppen<sup>36</sup> in den besetzten Gebieten zwang. Gleichzeitig stellte der NS die bisherige rassistische Verfolgung durch die Verstaatlichung der Rassentheorie und Rassenforschung auf eine wissenschaftliche Grundlage.

Zum wichtigsten Instrument der Verfolgung der Zigeuner im NS wurde die Rassenhygienische und erbbiologische Forschungsstelle des Dr. Ritter, die ab 1937 im Auftrag und mit Unterstützung des Reichssicherheitshauptamtes die Rassistische Erforschung und Selektion der Sinti und Roma vorantrieb.

Die Gutachten und Empfehlungen des Rassenhygieneinstituts bestimmten richtungsweisend alle staatlichen Maßnahmen der Ausgrenzung, Umsiedlung, Deportationen, Ghettoisierung, Zwangssterilisierung und am Ende den Völkermord an Sinti und Roma. Der weitgehende Abschluß der wissenschaftlichen Erfassung und rassistischen Begutachtung und die darauf aufbauenden Empfehlungen bildeten die Datenbasis für Himmlers Auschwitz-Erlaß, mit dem die systematische Deportation der deutschen und europäischen Sinti und Roma in die Vernichtungslager begann.

Das Instrumentarium und Personal der Zigeuner-Verfolgung überlebte den NS beinahe bruchlos. Der Geist der Ausmerze bestimmte auch nach 1945 das Vorgehen gegen die Sinti und Roma in Deutschland. Schon 1953 wurde in Bayern die Landfahrerzentrale beim LKA unter Leitung von Josef Eichberger im RSHA der hauptverantwortliche Organisator von Zigeuner-Deportationen eingerichtet. Sie arbeitete auf der gesetzlichen Grundlage der von den Alliierten bis dahin aufgehobenen Landfahrerordnung, mit der die überlebenden Sinti und Roma nun wieder sondererfaßt und -behandelt wurden.

Teile der NS-Zigeunerakten, die die Unterlagen zur Planung und Durchführung des Völkermordes an Sinti und Roma bildeten, gelangten in den Besitz der gerade eingerichteten Landfahrerzentrale. Sie dienten der Reorganisation des polizeilichen Überwachungssystems auf der Basis der Erkenntnisse der nazistischen Zigeunerforschung. Gleichzeitig stellt das LKA in München den Ritter-Schülern NS-Rasseakten als empirisches Material für ihre wissenschaftlichen Abhandlungen zum Zigeunerproblem zur Verfügung. Aus diesem Personal rekrutierten bis in die 70er Jahre das Bundesinnenministerium und das Bundesgesundheitsministerium ihre Berater in Zigeunerfragen. Die bayrische Landfahrerzentrale wurde zwar 1970 offiziell aufgelöst. Die polizeiliche Überwachung und Verfolgung der Sinti und Romas speist sich aber noch bis heute aus dem Material, Methoden und Inhalten der Zigeunerexperten jener Tage. Ihr Wissen ist für die Herrschenden umso wichtiger, als im Zuge der sozialen und politischen Veränderungen in Europa die Anwesenheit von Sinti und Roma in der BRD wieder aktuell wird.

In den letzten Jahren kamen sie besonders aus den südosteuropäischen Ländern auf der Flucht vor staatlich betriebener und geduldeter Verelendung, Verfolgung, Diskriminierung und Vertreibung. In den nächsten Jahren erwarten die europäischen Sozial- und Bevölkerungsplaner im Zuge der Herstellung des Großraums Europas den Zuzug weiterer Zigeunergruppen aus den Südregionen der EG. Sie wollen in ihnen diejenige europäischen Bevölkerungsgruppe ausgemacht haben, die am schnellsten wächst und aufgrund ihrer Mobilität auf der Flucht vor Arbeitslosigkeit und Verelendung am ehesten in den reicheren Norden drängt. Offen und unverhohlen wird deshalb auch die gegenwärtige Politik der Vertreibung südosteuropäischer Sinti und Roma mit der Furcht vor dem Nachzug vieler Tausend begründet, wenn den bereits Ansässigen erst ein Bleiberecht eingeräumt wird.

So schändlich die rassistische Behandlung der Sinti und Roma in den Ländern des real existierenden Sozialismus auch ist, der Teufelskreis aus Verelendung, Vertreibung und Flucht ist für sie im freien Westen nicht aufgebrochen. Nur die wenigsten von ihnen besitzen hier einen gesicherten Aufenthaltsstatus. Für die meisten ist das Leben in polizeilich überwachten Lagern und auf Stellplätzen, miserable Existenzbedingungen, ständige Schikanen durch Behörden und Bevölkerung und die Unklarheit über das weitere Schicksal Realität. Unbemerkt von der Öffentlichkeit versuchen die Ausländerbehörden seit Jahren, die hierher geflohenen Sinti und Roma wieder loszuwerden. Die Abschiebungen wurden z.B. in Hamburg und NRW immer nur für kurze Zeit und nur unter dem Druck und durch den Widerstand der Betroffenen und ihrer Unterstützer ausgesetzt, während anderswo weiter abgeschoben wurde.

Eingekeilt in die Alternative: Zwangsassimilierung oder Vertreibung setzen die Behörden Sinti und

Roma sozialpädagogischen und polizeilichen Sondermaßnahmen aus, bei denen die Betreuung oft zur Vollzugshilfe für Polizei und Abschiebungen wird. Dabei ist von vornherein klar, daß nur wenige auf einen gesicherten Aufenthalt hoffen können. Das Bleiberecht ist an kaum erfüllbare und im Ermessen der Behörden stehende Kriterien der Zwangsintegration und -assimilierung gekoppelt, mit dem die Verantwortlichen über ein Selektionsinstrument und ein abgestuftes System der Hierarchisierung und Kontrolle verfügen, das darüber entscheidet, wer bleiben darf und wer nicht. Im Wissen um die Langlebigkeit einmal erhobener Daten (NS-Akten wurden noch in den 80er Jahren EDV-isiert) haben wir uns in den Besitz von Aktenbeständen der Kölner Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten gebracht. Wir haben gleichzeitig der Forderung der Roma und ihrer Unterstützer nach Schließung der Projekte des Kölner Modells Nachdruck verliehen, indem wir die Räumlichkeiten und das zurückgebliebene Material in Flammen gesetzt haben.

Die A+B-Stelle, dem Kölner Ordnungsamt unterstellt, ist eines der beiden Projekte, in dem die Ausforschung der Roma organisiert wurde. In rund 80 Ordnern wurden hier Sozialdaten über Lebensgewohnheiten, Personen und Familienstrukturen der Kölner Roma festgehalten. Aus dem gesammelten Material haben sich Polizei und Ausländerbehörden bedient und ihre Informationen im Kleinkrieg gegen die Roma bezogen. Seit Anfang August steht die Androhung der Abschiebung durch die Kölner Ausländerbehörden im Raum: begründet und legitimiert mit den Erkenntnissen der A+B-Stelle.

Es erübrigt sich fast, darauf hinzuweisen, daß das Asylrecht als Teil des Instrumentariums der Ausgrenzung und Abschottung gegen Sinti und Roma funktioniert: ohne jede Aussicht auf Erfolg und entgegen den realen Gründen und Ursachen, die sie zur Flucht aus den Herkunftsländern veranlaßt haben, durchlaufen Sinti und Roma das Anerkennungsverfahren als politisch Verfolgte. Danach steht ihr Aufenthalt zur Disposition der Ausländerbehörden. Wenn die Abschiebungsmaßnahmen gegen Sinti und Roma in den nächsten Wochen wieder aufgenommen werden, dann wird ein gespenstisches Szenario wahr: die Züge in die Freiheit<sup>37</sup>, mit denen die DDR-Bürger in die BRD gelangen, kreuzen sich an den Grenzen nach Osteuropa mit den Deportationszügen, die Sinti und Roma in die verelendeten Regionen Europas transportieren.

Das restriktive Asylrecht und die ethnisch-völkisch legitimierten Aufenthaltstitel der Staatsbürgerschaft erweisen sich denn einmal mehr als selektives Instrument der Einwanderungskontrolle in den Händen der Herrschenden, die Flüchtlinge entlang rassistischer und nationalistischer Kriterien spalten und entscheiden, wem die Segnungen der westlichen Freiheit und Demokratie zustehen und wem nicht. Was bedeutet Freizügigkeit für die Arbeitsemigranten aus Nicht-EG-Ländern, für die vom Giftgas vertriebenen Kurden oder diejenigen, die in den Hunger- und Bürgerkriegsregionen ums nackte Überleben kämpfen?

Die Ausgrenzung und Abschottung der Elendsflüchtlinge und die großzügige Aufnahme der DDR-Bürger sind nur ein scheinbarer Widerspruch: Beide sind Manövriermasse in den Planungen von Staat und Kapital, mit dem der Wohlstand der imperialistischen Metropolen gegen die Ansprüche der Armen gesichert und gleichzeitig durch Einordnung der Menschen in die Hierarchie der Ausbeutung erst geschaffen wird.

Im sozial- und bevölkerungspolitischen Kalkül der Herrschenden eignen sich die gut ausgebildeten Facharbeiter aus der DDR, die seitenlang in den Spalten der Bild-Zeitung vom Kapital angeheuert werden, allemal besser zur Sanierung der Sozial- und Rentenversicherungen als die Armut aus den verelendeten Regionen der Welt, die diffamiert werden, sich nur in der BRD aus dem Sozial- und Arbeitsamt der Welt bedienen zu wollen. Daß die Flüchtlinge aus den Ländern der Dritten Welt, die trotz aller Abschottung den Weg hierhergefunden haben, dem Arbeitszwang durch illegale Beschäftigungen und den neuesten staatlichen Planungen zur Vernutzung am untersten Ende der

Ausbeutungshierarchie ausgesetzt werden, steht hierzu nicht im Widerspruch.

In einer Situation der nationalistischen Begeisterung und Besoffenheit, in der die Träume großdeutscher und das heißt imperialistischer Lösungen wieder ernsthaft erwogen werden, wird es darauf ankommen, den sozialen Widerstand zu rekonstruieren. Den Widerstand gegen die Umstrukturierungsmaßnahmen, mit denen die Sozialplaner den globalen Klassenwiderspruch unsichtbar machen sollen. Diesem Ziel dient die Verwandlung Europas in eine Festung gegen Armutsflüchtlinge genauso wie die rassistische Hierarchisierung und Selektion der Flüchtlinge und Einwanderer durch Verteilung von Wohnraum, Arbeit und Sozialleistungen. Es wird notwendig sein, der rassistischen und nationalistischen Mobilisierung und Besetzung der Flüchtlings- und Ausländerthematik durch staatliche und rechtsradikale Abgrenzungs- und Abschottungspopulisten Aktionen entgegenzusetzen, die diejenigen zum Anknüpfungspunkt nehmen, deren Existenz und Überleben hier und in den Drittweltländern in Frage gestellt wird.

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Nationen, sondern zwischen oben und unten!

## **Aktion gegen die Zigeunerdatei der Kölner A+B-Stelle (November 89)**

Mit unserer Aktion gegen die Anlauf und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten in Köln haben wir der öffentlich erhobenen Forderung der Roma und ihrer Unterstützergruppen nach Schließung der städtischen Roma-Projekte Nachdruck verliehen.

In dieser Stelle wurden im Rahmen des Kölner Modells der Roma-Betreuung umfangreiche Daten gesammelt, die sämtliche Lebensbereiche der Kölner Roma erfassen.

Bevor zwei von uns hinterlassene Brandsätze das Projekt in Flammen aufgehen ließen, haben wir umfangreiches Material mitgenommen. Nach unserem Aktenstudium hat sich unsere Einschätzung, daß es sich bei der Kölner A+B-Stelle um eine der umfangreichsten Zigeunerdateien in der BRD handelt, bestätigt.

Wir haben uns entschlossen, einen kleinen, aber wesentlichen Teil der geklauten Aktenberge zu dokumentieren und zu veröffentlichen, um exemplarisch deutlich zu machen, wie unter dem sozialarbeiterischen Mäntelchen der Betreuung von Flüchtlingen eine Sondererfassungsstelle zur Registrierung, Kontrolle und Aussonderung von Roma und Sinti eingerichtet wurde. Innerhalb eines Jahres gelang es den Schreibtischtätern in der Kölner Liebigstraße, sämtliche in Köln lebende Roma + Sinti zu erfassen.

Das vorgefundene Material besteht im wesentlichen aus der eigentlichen Datei und aus einer umfangreichen Sammlung verwaltungsinterner Strategie- und Konzeptionspapiere, der Korrespondenz der beteiligten Behörden und den Tagesprotokollen der Sozialbullen über den gesamten Lebensbereich der Roma.

Die Zigeunerdatei besteht aus drei verschiedenen Erfassungsformen:

**Personalakten:** Die rund tausend personenbezogenen Handakten, von denen wir nur einen Teil mitnehmen konnten, beinhalten im wesentlichen Fotokopien von Ausweispapieren, Lichtbildern. In Beratungs-Protokollen werden die jeweiligen Familienzusammenhänge festgehalten. Außerdem sind in den Akten verschiedene Recherchen bei anderen Ämtern, z.B. Wohnungsämtern und Justizbehörden gesammelt.

Personenkartei: Diese rund tausend Karteikarten beinhalten den Namen, die Geburtsdaten sowie die Angehörigen. Daneben wurden sämtliche straffällig gewordenen Romakinder mit Datum und Delikt erfaßt.

Ausweiskopien: Zusätzlich wurden alle Ausweise, die an diejenigen Roma und Sinti, die auf dem Schiffhof 37a leben und eine befristete Aufenthaltserlaubnis haben, ausgegeben worden sind, fotokopiert und gesammelt. Diese Ausweise enthalten ebenfalls alle ein Lichtbild.

Aus den gefundenen Unterlagen geht hervor, daß folgende Personen die Hauptverantwortlichen für die Errichtung der Landfahrerzentrale sind:

Rossa, Oberstadtdirektor

Kappius, Beigeordneter Ordnungsbehörden

Ruschmeiner, Beigeordneter Soziales

Häger, Leiter Amt für öffentliche Ordnung (32)

Arntz, Stellv. Leiter Amt für öffentl. Ordnung (32)

Hohn, Leiter der Ausländerabteilung (323)

Luhr, Ausländeramt (323)

Weber, Asylgruppe Ausländerabteilung (323)

Spital, Leiter der A+B-Stelle (320/2)

Pyro, A+B-Stelle (320)

Delens, A+B-Stelle (320)

(A+B-Stelle steht für Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten.)

Nachdem seit Mitte der achtziger Jahre immer Roma und Sinti nach Köln kamen, haben die Verantwortlichen der Ordnungs- und Sozialbehörden nach Wegen gesucht, wie sie sich diese Leute wieder vom Hals schaffen können, bzw. wie sie einen weiteren Zuzug unterbinden können. In diesem Zusammenhang hat ein von der Verwaltung eingerichteter Arbeitskreis (AKEM) in Zusammenarbeit mit Zigeuner-Spezialisten aus dem Caritasverband ein Konzept entwickelt, den Zuzug von Roma und Sinti zu verhindern und einen kleinen Teil der in Köln lebenden Familien zu integrieren. Neben dem Roma-Kinderprojekt ist die Anlauf- und Beratungsstelle die zentrale Stelle in diesem Projekt. Die Verantwortlichen verkaufen das ganze Projekt als Hilfe für die Betroffenen, die Praxis sieht jedoch anders aus.

Wie wir aus den Unterlagen rekonstruieren konnten, besteht die alltägliche Praxis im wesentlichen darin

in Zusammenarbeit mit den Bullen, der Presse und dem Jugendamt die Romakinder als Kriminelle zu stigmatisieren;

den Bullen, Ausländer- und Sozialbehörden Hilfestellung für die Identifizierung von Roma und Sinti zu geben;

das soziale Geflecht und die Zusammenhänge zu entschlüsseln (Sippenforschung);

es findet ein permanenter Datenaustausch aller mit den Roma und Sinti befaßten Behörden statt, vom Ausländerzentralregister bis zu den Mitarbeitern eines privaten Wachdienstes auf dem Stellplatz;

die untersten Chargen der Macht, die für die unmittelbare Überwachung und Kontrolle zuständig sind, sind die wichtigsten Informationsbeschaffer an der Basis, die sämtliche Lebensäußerungen dokumentieren und für die Behörden relevante Informationen weitergeben;

dazu hat die Adlerwache (priv. Wachschutz) im Tag- und Nachtdienst den Stellplatz der vorübergehend geduldeten Roma und Sinti überwacht und diese Informationen an die A+B-Stelle weitergegeben;

und die Sozialwachtel Delens akribisch Tagebuch über alle Lebensäußerungen geführt;

die Errichtung kontrollierter Lagerplätze und Asylheime ist wesentliche Bedingung für die lückenlose Überwachung und Kontrolle. Es sind die Bewährungslager für all diejenigen Roma und Sinti, die integrationsbereit sind;

die weitere Kontrolle der integrationswilligen Roma wird durch Patenschaften gewährleistet;

nach dem Prinzip Teile und Herrsche werden Widersprüche zwischen den Familien geschürt und einzelne kooperationsbereite Familien funktionalisiert;

bestürzt haben wir festgestellt, wie weit die Unterstützerguppen in das Gesamtkonzept mit einbezogen werden.

**Die in der A+B-Stelle entwendeten Akten sind in der von der Berliner Zeitschrift Interim unter dem Titel Interdoku im Dezember 1991 in Auszügen veröffentlicht. Gleichzeitig gibt es eine umfassende Dokumentation von Akten zu zentralen Anlauf- und Beratungsstellen ethnischer Minderheiten- von den Revolutionären Zellen selbst.**

**Aktion gegen die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hamburg (November 89)**

Wer erinnert sich nicht an die Demonstration der Roma und Sinti vor dem Rathaus am 2. Oktober. Die Polizei hatte das Klinkerwerk in Neuengamme geräumt, und die Busse waren von der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) zum Abtransport bereitgestellt. Aber die Roma zogen mit ihrer Habe die 35 km zum Rathausplatz. Knüppelnde Polizei schlug dort auf Frauen und Kinder ein. Es gab eine Sitzblockade, Decken und Nahrung wurde benötigt. Während der erste Lastwagen aus der Hafestraße mit Decken und Matratzen eintraf, äußerte sich SPD-Sozialsenator Ortwin Runde Erstens seien alle Decken an die Übersiedler aus der DDR ausgegeben worden. Und selbst, wenn er welche hätte, er würde sie den Zigeunern nicht geben.



Das Zusammenspiel zwischen Runde und Hackmann<sup>38</sup> hat in der Asylfrage und in Bezug auf die Roma und Sinti Tradition. Die Senatsvorlage zur Entscheidung über die Behandlung der Roma und Sinti wurde im August in der BAGS erarbeitet. Sie wurde in der Innenbehörde verschärft und von beiden verantwortlichen Senatoren vorgelegt. Nach dieser Vorlage sollten nur etwa 150 Roma und Sinti, die bereits 4 Jahre in Hamburg leben, bleiben dürfen, während alle übrigen zur Abschiebung freigegeben werden.

Mit diesen 150 sollte nach dem Kölner Modell verfahren werden: 5jährige Bewährungszeit mit intensiver sozialarbeiterischer Kontrolle, Integration durch Arbeit und kulturelle Anpassung. In der Kölner Erfassungsstelle für Roma und Sinti wurden Spitzelberichte der Sozialbürokratie gesammelt und an das Ausländeramt weitergegeben. Das ermöglichte einen kontinuierlichen Selektionsprozess durch Abschiebung. Dieser Erfassungsstelle galt der Anschlag in Köln.

Am 9. November wurden von vielen eine günstige Entscheidung des Hamburger Senats zum Bleiberecht für Roma und Sinti erwartet. In Wirklichkeit war die Entscheidung schon längst gefallen. Der Senat zog es vor, das Echo auf die offene DDR-Grenze auszunutzen und das Thema aus den Schlagzeilen zu nehmen. Stillschweigend wird nach dem sozialdemokratischen Selektionsmodell verfahren:

Auf der Innenministerkonferenz brüstete sich Innensenator Hackmann, daß zwar die CDU/CSU schärfere Gesetze fordere, jedoch kein Bundesland über eine so effiziente Abschiebepolitik verfüge wie Hamburg. Die Abschiebepolitik wurde auf der Grundlage der BAGS-Vorlage schon ab Anfang September in die Tat umgesetzt.

Die Öffnung der Grenze für die Trabi-Kolonnen und die Umarmungsszenen auf der Mauer haben ihr Gegenstück in der rassistischen Selektion von Flüchtlingen. Wer nicht deutschen Bluts ist, wird abgeschoben oder kommt zur Bewährung und Assimilation ins Lager.

Roma und Sinti sind ein in Europa lebendes Volk ohne Grenzen. Schon immer waren sie Zielpunkt rassistischer Ideologie und der Vernichtung und Deportation ausgesetzt. Aber gegen den staatlichen Rassismus sozialdemokratischer Machart gibt es im Schatten der deutschen Frage zum ersten Mal wieder die Hoffnung, daß das faktische Bleiberecht für Flüchtlinge von vielen Menschen durchgesetzt wird. Wir fühlen uns mit all denen, die Roma und Sinti heute unterbringen, herzlich verbunden.

Unser Anschlag auf die BAGS (Abteilung Grundsatzfragen für Ausländerpolitik) gilt der Behörde, die für die sozialdemokratische Lösung des Zigeunerproblems in Hamburg verantwortlich ist.

## **Fehlgeschlagener Anschlag gegen das Amt für öffentliche Ordnung, Köln (Mai 90)**

Wir haben am 5.5. das Amt für öffentliche Ordnung in Köln mit einem Sprengsatz angegriffen. Der Big Bang blieb aus. Die Aktion ist fehlgeschlagen.

Wir bedauern diesen Fehlschlag sehr, weil das Amt für öffentliche Ordnung das administrative Zentrum des Vorgehens gegen ImmigrantInnen, Flüchtlinge und die in Köln ansässige Roma-Bevölkerung ist. Geplant war unsere Aktion als militante Antwort auf die bundesweite Großrazzia gegen Roma von Anfang April.

Die Polizeiaktion von April zielte auf die Einschüchterung der Roma-Bevölkerung, auf Spaltung der Unterstützerbewegung und beackerte nicht zuletzt das gesunde Volksempfinden, indem die

Verantwortlichen ein Klima schaffen, das weitere Repressionsmaßnahmen bis hin zur Deportation der Roma in ihre Heimatländer zuläßt. Was die Betroffenen dort erwartet, läßt sich leicht erahnen, wenn die nationalistischen Pogromaufrufe etwa in Rumänien, der Tschechoslowakei oder Jugoslawien nur zur Kenntnis genommen werden.

Wir beziehen uns mit unserer Aktion gleichzeitig auf den Widerstand gegen das neue alte Ausländerrecht, das beim Amt für öffentliche Ordnung täglich gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge exekutiert wird. Mit dem neuen Ausländergesetz haben sich die Herrschenden ein Instrument geschaffen, das die Abschottung vor weiterer Zuwanderung perfektioniert, die Ausgrenzung der Nichtdeutschen fortschreibt, den Anpassungsdruck erhöht und alle Mittel zu ihrer Vertreibung bereitstellt.

Weg mit dem rassistischen und sexistischen Ausländerrecht!

Schluß mit der Terrorisierung der Roma!

Bleiberecht! Grenzen auf für alle!

## **Aktion gegen die Staatskanzlei und das Ministerium für Arbeit und Soziales, Düsseldorf (Januar 91)**

Rassistische und sexistische Angriffe gegen Roma in Osteuropa

Die Unterdrückung der Roma in den osteuropäischen Staaten hat eine lange Geschichte. Sie wurde in den 45 Jahren des Realen Sozialismus keineswegs aufgeknackt. Im Gegenteil, rassistische und sexistische Politik von oben sorgten zum einen dafür, daß die Roma auch weiterhin diejenigen waren, denen es wirtschaftlich am schlechtesten ging, zum anderen trug sie sicher nicht dazu bei, dieses Gedankengut in den Köpfen der Menschen zu verändern. Durch die Entwicklung der letzten Jahre, der immer stärkeren kapitalistischen Durchdringung dieser Staaten, spitzte sich für die Roma die Situation noch mehr zu. Sie trifft die wirtschaftliche Lage am härtesten. In ganz Jugoslawien, z.B. besonders im Kosovo, droht den Roma die wirtschaftliche Existenzvernichtung, die Lebenshaltungskosten haben sich dort innerhalb eines Jahres versiebenfacht, während der Reallohn nur um 6 % stieg, die Preissteigerung z.B. bei Brot ist 655 %, bei Zucker 1608 %. Die Arbeitslosenquote unter den Roma liegt bei ca. 90 % (Statistiken gibt es nicht), Krankenversicherungen sind für die Familien unerschwinglich. In Schultka, jenem Ghetto bei Skopje, in das die nordrhein-westfälische Landesregierung 1.400 Roma auf freiwilliger Basis reintegrieren will, leben 40.000 bis 50.000 Roma oft ganze Familien in Hütten aus Lehm und Blech, ohne Wasser, Strom, Heizung und Kanalisation.

Doch wenn wir von Migrationsbewegungen reden, mit denen die neu entstehende osteuropäische Armutsbevölkerung, ihrer Lebensgrundlage beraubt, nach Überlebenschancen in Westeuropa sucht, dann stellt dies im Zusammenhang mit den Roma nur einen Teil der Gründe dar, die sie dazu zwingt, hierher zu kommen. Zunehmend sind sie in ihren Herkunftsländern mit sowohl staatlich betriebenen oder geduldetem Rassismus wie auch mit Pogromen von Seiten nationalistisch gesinnter Teile der Bevölkerung konfrontiert und die Roma-Frauen mit permanenten brutalen sexistischen Angriffen.

Ich war gerade draußen, um Wasser zuholen, und als ich zurückkam, sah ich, wie meine beiden Töchter von den Polizisten vergewaltigt wurden. Wir haben es wieder den Behörden gemeldet. Sie sagten: Ach, ihr Zigeuner, immer das gleiche mit euch.

Meine Kinder, die noch in Jugoslawien sind, und ich telefonieren oft zusammen. Sie flehen mich an, auch nach Deutschland kommen zu dürfen. Sie sagen mir jedesmal, daß die Lage in Jugoslawien noch viel schlimmer geworden ist. Meine Tochter hat mir am Telefon gesagt: ganz egal, welcher Mazedone oder Polizist vorbeikommt, ich muß mit ihm schlafen ...

(Aus einem Gesprächsprotokoll der Roma-Union mit einer Frau aus Skopje, Mazedonien.)

Von solchen Angriffen berichten fast alle Roma-Frauen, die aus Jugoslawien kommen. Welchen, die schon einmal hier in der BRD waren, einen Asylantrag stellten und dann wieder abgeschoben wurden, droht der Tod. Sie werden direkt am Ankunftsflughafen von den Bullen abgeholt und in den Knast gesteckt. Von einigen ist seither nichts mehr bekannt, sie haben sich seit ihrer Abschiebung nicht mehr gemeldet ...

In Bulgarien wurden 1954 knapp 200 Kulturvereinigungen einer antifaschistischen Romaorganisation geschlossen, zahlreiche Roma wurden als soziale Parasiten in Lager eingewiesen und umgebracht. In den letzten Jahren wurden viele Romadörfer zerstört, die BewohnerInnen getrennt und in Wohnblocks untergebracht. Als 1989 die bulgarischen TürkInnen in die Türkei vertrieben wurden, befanden sich unter ihnen zahlreiche Roma. Sie wurden von den türkischen Behörden sofort wieder zurückgeschickt.

In der Tschechoslowakei wurden tausende Roma-Frauen zwangssterilisiert. Oft direkt nach einer Geburt, ohne ihr Wissen, schon gar nicht mit ihrem Einverständnis wurden sie in den örtlichen Krankenhäusern sterilisiert.

Unabhängig davon wurden viele durch die Ausnutzung ihrer Situation, dem wirtschaftlichen Überlebensdruck, zur Sterilisation gebracht. Seit 1966 existiert in der CSFR ein Gesetz, das Frauen die Sterilisation möglich macht. Sie müssen zum Zeitpunkt der Operation mindestens 35 Jahre alt sein und schon 3 Kinder zur Welt gebracht haben ... Dieses Gesetz wurde 1986 modifiziert. Seither können sich Frauen ab 18 Jahren sterilisieren lassen und bekommen dafür bis zum 25.000 Kronen (ungefähr das zehnfache eines guten Monatsgehältes). Roma-Frauen erhalten mehr Geld als Nicht-Roma. Und je jünger die Frauen, je weniger Kinder sie bereits haben (plötzlich interessieren die 3 Kinder niemanden mehr), umso höher ist die Geldsumme, die sie erhalten. Diese direkten oder indirekten Zwangssterilisationen sind nichts anderes als rassistische Bevölkerungspolitik mit dem Ziel, die Roma langfristig auszurotten.

In Rumänien agiert die faschistische Organisation Vatra Romaneasca mit stillschweigender Unterstützung der neuen Regierung offen gegen die Roma. Sie rief schon zum blutigen Kampf gegen die Zigeuner auf. Auch in Ceausescus Zeiten waren sie in Rumänien massiver Repression ausgesetzt. Zugunsten agro-industrieller Zentren wurden u.a. auch Roma aus ihren Häusern gezwungen, die Häuser zerstört und die Familien umgesetzt oder ihrem Schicksal überlassen. Die Behörden Ceausescus führten jahrelang Übergriffe gegen Roma aus und verschleppten sie zur Zwangsarbeit ins Donaudelta, wo sie wie Angehörige anderer Nationalitäten starben.

Dies waren nur einzelne Beispiele, die verdeutlichen sollen, wie die Roma in ihren Herkunftsländern mit rassistisch/sexistischer Unterdrückung konfrontiert sind. In der Hoffnung, diesen Angriffen zu entgehen, kommen sie nach Deutschland, in ein Land, in dem vor fünfzig Jahren ungefähr eine halbe Million ihrer Eltern und Großeltern von den Nazis ermordet wurden. Um geplanten Abschiebungen zu widerstehen, haben in Hamburg vor 2 Jahren Romafamilien ein ehemaliges KZ, die Stätte dieser Vernichtung besetzt. Und heute entscheiden saubere deutsche Beamte über die Zumutbarkeit einer Rückführung, entscheiden deutsche Männer darüber, ob sich Roma-Frauen von Männern in ihren Herkunftsländern bedroht fühlen oder nicht. Sorgen wir dafür, daß diese Schreibtischtäter ihre

Drecksarbeit nicht ungestört durchziehen können und vor allem dafür, daß Abschiebungen verhindert werden.

Vor nahezu einem Jahr haben Roma mit einem Bettelmarsch von über tausend Menschen zu Fuß durch NRW gegen ihre rassistische Unterdrückung und Verfolgung protestiert. Diese wochenlange Demonstration sollte ihrer Forderung nach einem Bleiberecht Nachdruck verleihen. Ende Januar 90 brachen die Roma den Marsch ab, nachdem ihnen die Regierung Rau zugesichert hatte, daß alle bleiben könnten, die in einem neuen Aufenthaltsverfahren ihre de-facto-Staatenlosigkeit glaubhaft machen können. Obwohl diese Vereinbarung bereits an selektive Kriterien und Bedingungen (u.a. Integrationsbereitschaft, längerer Aufenthalt) gebunden war, schien sie doch den Roma ein Bleiberecht zu sichern.

Mit dem Kabinettsbeschuß vom 4.12.90 hat die Regierung Rau<sup>40</sup> die Vereinbarung endgültig gekippt und jede Hoffnung auf ein Bleiberecht, zumindest für einen Teil der hierher geflüchteten Roma, zunichte gemacht. Der Skandal eines als neue Flüchtlingspolitik etikettierten Deportationsprogramms ist nicht der Wortbruch eines Ministers. Die jetzt unmittelbar bevorstehende Abschiebung der Roma, die am Bettelmarsch teilgenommen haben, ist nur ein Teil eines umfassenden Programms, das darauf aus ist, NRW (und später auch die gesamte BRD) zigeunerfrei zu machen. Das Abschiebeprogramm, dem nach Ablauf der Asylverfahren nach und nach alle 5.000 Roma aus NRW unterworfen werden sollen, wird flankiert von einer sozialpolitischen Offensive, mit der die Roma rausgeekelt werden sollen.

Die neue Flüchtlingspolitik der SPD-Landesregierung ist die administrative Umsetzung und Verallgemeinerung einer gezielt rassistischen Politik im letzten Jahr, die die nationalistische Stimmung in Großdeutschland gegen die aus Osteuropa geflohenen Roma bündelt und sozialpolitisch mit Ausgrenzung und Druck gegen sie durchsetzt.

Im Sommer waren es die Sozialverwaltungen der Städte, die aktiv als kämpfende Verwaltung das Instrumentarium zur Vertreibung der Roma erprobten. Streichungen von Sozialhilfe, Zelt- und Containerlager, Naturalienzuweisung waren die Mittel, mit denen die Zigeunerfrage sozialtechnisch inszeniert wurde und den Boden bereitete, mit der verhetzte Bürger und bezahlte Schlägertrupps gegen die Roma mobilisiert wurden. In diesen Wochen und Monaten zeigte das sich wiedervereinigte Deutschland seine rassistische Fratze.

Was zunächst als Einzelmaßnahme exekutiert wurde, faßte das Ministerium für Arbeit-, Gesundheit- und Sozialordnung (MAGS) und die Staatskanzlei auf Betreiben der flüchtlingsfeindlichen Forderungen kommunaler Verwaltungsspitzen in einem Katalog repressiver Sozialmaßnahmen zusammen, mit denen das Leben der Roma und der Flüchtlingen insgesamt unerträglich gemacht wird. Beide Institutionen fungieren in diesem Prozeß als die Planungszentren einer endgültigen Bereinigung der Zigeunerfrage in NRW. Sie bestimmen und geben die Systematik vor, mit der die Sozialverwaltungen und Ausländerbehörden den politischen Druck umsetzen, um die Vertreibung der Roma durchzusetzen.

Während das MAGS die Speerspitze der sozialpolitischen Abschreckung darstellt, wurde im Kabinett und in der Staatskanzlei das Rückführungsprojekt nach Jugoslawien ausgeheckt. Wieder einmal tut sich die SPD mit einer verschärften Abschottungspolitik hervor und übernimmt die Vorreiterrolle. Erinnerung sei hier an die sozialdemokratischen Bemühungen von 1987, das Berliner Loch durch einen Kreditvertrag mit der DDR zu stopfen. Und auch diesmal ist es als Kernpunkt wieder ein Kreditvertrag, heute mit der jugoslawischen Regierung, der Massendeportation von mehreren tausend Roma nach Skopje möglich machen soll. Zwar wird das Reintegrationsprogramm mit Millionenbeträgen flankiert, die jedoch in einem ökonomischen Nutzenkalkül mit den hier

entstehenden Kosten aufgerechnet werden und die darüber hinwegtäuschen sollen, daß die Roma gegen ihren Willen in die gleiche Not- und Verfolgungssituation zurückgebracht werden, aus der sie geflohen sind. Es bedeutet einen grenzenlosen Zynismus, die Roma in ein Land zu schicken, das sich in einem unübersehbaren Auflösungsprozeß befindet und in dem die Verfolgung von ethnischen Minderheiten sich in rassistischen Pogromen und staatlich betriebenen oder geduldeten Zwangsmaßnahmen entlädt.

Als Kern des Rückführungsprogramms bleibt der brutale Wille, sich der Flüchtlinge, die vor Armut und Verfolgung geflohen sind, zu entledigen und die Verarmungsprozesse in Osteuropa hier in den reichen Metropolen unsichtbar zu machen. Der Staat weiß sich mit einem Großteil der Metropolenbevölkerung in Übereinstimmung, den Wohlstand zusammengeraubt durch die Ausbeutung überall in der Welt gegen die heranrückenden Armen zu sichern.

Das sich neu formierende Westeuropa hat in den letzten Jahren das Abschottungsinstrumentarium entwickelt und vervollkommnet, um sich von den Flüchtlingsbewegungen aus dem Trikont in die imperialistischen Metropolen abzukoppeln. Durch die Zerrüttung der osteuropäischen Ökonomien, denen der imperialistische Zugriff und die Einführung der kapitalistischen Marktökonomie den Todesstoß versetzt hat, wird Westeuropa mit einer neu entstehenden Armutsbevölkerung konfrontiert. Die politischen Planungstrategen der westeuropäischen Metropolen arbeiten fieberhaft an Konzepten, die Verarmungsprozesse im Zuge der imperialistischen Durchdringung Osteuropas nicht in den Metropolen sichtbar werden zu lassen. Zwei Strategien lassen sich heute ausmachen:

Die Grenzen zwischen Arm und Reich werden dichtgemacht. So wie italienisches Militär die Masseneinwanderung aus Nordafrika verhindern soll, läßt die österreichische Regierung die Grenzen zu Osteuropa militärisch sichern, sperren die CSFR und Polen ihre Grenzen nach Osten, nachdem sie sie dem Westen geöffnet haben.

Gleichzeitig dient die Stabilisierung der ost- und südosteuropäischen Reformstaaten im Zuge einer neu konzipierten europäischen Großraumpolitik sowohl der hierarchischen und selektiven Zurichtung, Vernutzung und Ausbeutung als auch der Schaffung eines politischen und ökonomischen Schutzwalls gegen die unkontrollierte Migrationsbewegung, mit der die neu entstehende osteuropäische Armutsbevölkerung, ihrer Lebensgrundlage beraubt, nach Überlebenschancen in Westeuropa sucht.

Dabei stehen die Roma als der absolut unverwertbare Bettel der Straße im Zentrum der Angriffe, zumal sie ihr Lebensrecht hier nicht als Bittsteller vortragen, sondern offensiv einklagen und einfordern. Gleichzeitig ist es ihr mittlerweile über zehnjähriger zäher Kampf, der die Herrschenden mit einer sich formierenden Flüchtlingsgruppe konfrontiert. In vielen provokativen Aktionen und politischer Praxis haben die Roma an Kampferfahrung gewonnen, der Bedeutung und Gewicht für alle Flüchtlinge in der BRD zukommt, und gerade dies ist es, was die Herrschenden nun zur raschen und endgültigen Zerschlagung des Romawiderstands treibt. Schon jetzt haben hunderte von Roma-Familien aufgrund der sozialpolitischen Angriffe das Land verlassen, teils haben sie sich freiwillig abschieben lassen oder sind untergetaucht. Inzwischen hat sich das Ausmaß der rassistischen Verfolgung und Drangsalierung der Roma in NRW derart zugespitzt, daß in den kommenden Wochen mit dem Beginn von Massenabschiebungen gerechnet werden muß. Der Widerstand gegen diese Maßnahmen formiert sich.

Wir haben heute am Sitz der Düsseldorfer Staatskanzlei und des Arbeits- und Sozialministeriums einen Sprengsatz gezündet. Wir begreifen diese Aktion gegen die politische Schaltzentrale der Vertreibungspolitik gegen die Roma als Unterstützung eines Kampfes gegen die anstehenden Massendeportationen. Wir verstehen diese Aktion als einen Beitrag, die Verantwortlichen zu treffen

und als Aufforderung, auf allen Ebenen Druck zu schaffen und praktische Widerstandsformen zu entwickeln, die das Vertreibungsprogramm blockieren und verunmöglichen. Die Massendeportationen müssen verhindert werden.

Wir haben in den letzten Jahren gelernt, daß der Rassismus eine wesentliche Säule imperialistischer Herrschaft ist.

Eine Linke, die ihre gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit durchbrechen will, muß in einer umfassenden antirassistischen Mobilisierung den Widerstand von Flüchtlingen und ImmigrantInnen aufgreifen und unterstützen. Nur so ist es möglich, einen politischen Gegenpol gegen die Politik der Herrschenden zu bilden, die sich endgültig von der blutigen Geschichte Deutschlands abkoppeln.

Die Verankerung antirassistischer Initiativen ist eine Voraussetzung für eine Widerstandsperspektive gegen das imperialistische Großdeutschland.

In Gefahr und großer Not

bringt der Mittelweg den Tod!!!

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Was ist das Patriarchat? Diskussionstext der Revolutionären Zellen von 1989

## Südafrikanische Geschlechtsordnung oder

das Verschwinden der schwarzen Frauen

Man sagt, die schwarzen Frauen seien dreifach unterdrückt

als Schwarze, als Arbeiterinnen und als Frauen. Damit sind sie abgehakt und erledigt. Der breite Strom der Analysen wälzt sich über sie hinweg und begräbt sie unter sich. Man muß schon mit den Fingernägeln im Boden kratzen, um sie zerhauen und mineralisiert als Salz der Erde wiederzufinden oder gönnerhaft als Töchter Afrikas. Nährstoff oder Männerschöpfung, auf jeden Fall immer ohne ein Selbst. An ihrem Verschwinden arbeitet nicht nur der weiße Mann, sondern auch der schwarze.

Beginnen wir mit der südafrikanischen Raumordnung, die primär eine Geschlechtsordnung ist. Die berüchtigten Reservate sind vor allem Frauenlager, in die vier Millionen schwarze Frauen eingeschlossen sind mit ihren Kindern, mit deportierten Alten und abgeschobenen Arbeitsinvaliden, deren umfassende Versorgung man ihnen wie selbstverständlich aufzwingt und deren existenzielles Überleben sie unter den extremsten Bedingungen zu erarbeiten haben. So ernährt der überwiegende Teil der Reservatsfrauen ausschließlich und allein ihren jeweiligen Familienzusammenhang und bleibt doch lebenslänglich unmündig, eine paradoxe Definition, die sie jedoch sehr real unter die permanente Vormundschaft von Männern, oft ihrer eigenen Söhne zwingt. Diese gezielte Abwertung macht sie gleichzeitig zu absolut Mittellosen, denen in der Regel weder das bearbeitete Land, das besorgte Haus, noch das versorgte Vieh gehören, nicht einmal der eigene Lohn. Denn nach den alten Stammeskodices<sup>41</sup> des schwarzen Mannes heißt Frausein nicht ganz Mensch sein, ein Zustand der Inferiorität<sup>42</sup>, der alle Rechte auslöscht, mit Ausnahme des Rechts auf die notwendige Nahrung und die Kleider am Leibe. Dieser bestürzend phallokratische Kodex ist bezeichnenderweise der einzige, den das patriarchale SA-Regime aus dem komplexen Sittengeflecht einstmals autochthoner<sup>43</sup> Stammesverbände herausgeschnitten hat, um ihn heute hämisch als Banturecht oder Natal<sup>44</sup>-Code den gewaltsam zerstörten und zerrissenen schwarzen Lebenszusammenhängen in den Reservaten juristisch aufzuzwingen. In diesem perfiden<sup>45</sup> Akt soll nicht unbedingt der schwarze Mann mit der Sklavin bestochen werden, vielmehr enthüllt sich darin die Essenz<sup>46</sup> des rassistischen Kapitalismus. Es wird offenbar, daß er sich mit exzessiver Gewalt einen absolut entrechteten und unendlich aussaugbaren Nährboden an schwarzen Frauenkörpern und schwarzer Frauenarbeit schaffen will, um sie als unentgelteten Energietransfer und primären Lebensstoff seiner Maschinerie einzuspeisen. Das drückt der Wille zur Deportation und Internierung perspektivisch aller schwarzen Frauen als Nichtwert aus. Die Internierung als Geschlechtsperspektive, die mit den Mitteln der Separation, des Einschlusses und der vollständigen weiblichen Enteignung das maßloseste aller Ausbeutungsverhältnisse konzipiert, um schwarzer Frauenarbeit den puren und nackten Extraprofit abzapfen zu können.

Dafür sprechen die rigorosen Zuzugssperren und das beständig enger geknüpftete Schleppnetz an Ausweisungserlassen, das sich über den Frauen der städtischen Ghettos zusammenzieht. Indem sie durch Heirat grundsätzlich ihr eigenständiges Aufenthaltsrecht verlieren, es sei denn, sie nehmen sich einen Mann aus dem gleichen Bezirk, wird de facto ein Verbot schwarzer Familiengründungen durchgesetzt, das als Instrument der Bevölkerungspolitik beispiellos ist. Desgleichen ziehen eine Scheidung oder Verwitwung die Deportation der Frau nach sich, ebenso wie die gleichermaßen vage wie allumfassende Abstempelung als Faule Bantu. Faulheit ist die generelle Sprachregelung des SA-Regimes für die diversesten Tatbestände: etwa dafür, keine Lohnarbeit zu haben, es zu wagen,

eine Stelle abzulehnen oder diese oft zu wechseln, sich zu organisieren oder gar zu streiken. Das führt uns auf das Terrain der Frauenlohnarbeit und damit direkt zur zentralen Figur des Arbeitsverwalters. In kafkaesker Allmacht<sup>47</sup> und Willkür kann er eine Arbeitserlaubnis erteilen, verweigern oder widerrufen und damit automatisch die Ausweisung anordnen. Es liegt jedoch wesentlich im Charakter der den schwarzen Frauen aufgezwungenen Arbeiten, der es den wenigsten ermöglicht, ihre Existenz in Südafrika zu legalisieren. Eine zehnjährige Dauerbeschäftigung beim gleichen Arbeitgeber kann kaum eine von ihnen nachweisen, was sie zu Illegalen in ihrem eigenen Land macht.

So schlägt sich ein Teil der Frauen als Händlerinnen und Marktfrauen, als Zeitungsverkäuferinnen und bierbrauende Skokian queens<sup>48</sup>, als Prostituierte, Ladendiebinen und Einbrecherinnen durch. Der Kleinhandel ist jedoch nicht unbedingt Ausdruck neuer weiblicher Privilegien. Vielmehr ist er die einzige Tätigkeit, bei der man kein Anfangskapital oder Eignung, Geld, festen Wohnsitz oder Schutz braucht. (B.Kossodo) Diese Voraussetzungen schaffen allerdings die nötige Beweglichkeit in der Illegalität, das gilt im Besonderen für die wachsende Anzahl junger Frauen, die sich gezielt und zunehmend professioneller von Ladendiebstählen und Einbrüchen ernähren. Etliche junge Frauen mit meist ganz günstigen Zukunftsaussichten (!) sind der Trunksucht verfallen und führen das Leben ständiger Gesetzesbrecherinnen, klagt bestürzt die christliche Sozialarbeiterin Kuzwayo.<sup>49</sup> Schwarze Frauenlohnarbeit wird im System der weißen männlichen Suprematie<sup>50</sup> radikal entwertet; jedenfalls wird ein schwarzer Mann doppelt und dreifach so hoch veranschlagt und ein weißer gar mehr als zwanzigfach. Eine winzige städtische Minderheit schwarzer Frauen arbeitet als Lehrerin, Krankenschwester, Sekretärin oder Verkäuferin die uns nur allzu vertrauten phallokratischen Spiegelungen der Vexierbilder<sup>51</sup> von der domestizierten<sup>52</sup> Frau. Zwischen zehn und zwanzig Prozent, genauer will das offensichtlich niemand wissen, müssen sich zu ebenso abscheulichen wie normativen Konditionen in den border industries verdingen, einer südafrikanischen Version freier Produktionszonen mit ihren berüchtigten Sonderkonditionen und Entrechtungen der Arbeitskraft. Die borders entspringen jüngsten Kapitalstrategien, die darauf drängen, zu extraordinären<sup>53</sup> Profiten die Reservatsarmut abzuschöpfen. Einem eisernen Kordon gleich schlingen sie sich um die Reservatsränder, um aus ihnen schwarze Frauenlohnarbeit herauszupressen für ihre Klitschen, die auf Textil, Nahrungsmittel, Schuhe, Getränke und Tabak zugeschnitten sind. Orte, an denen jedes Arbeitsrecht außer Kraft gesetzt wird, die keinen Mindestlohn kennen, an denen mit einem Entgelt abgespeist wird, das die juristisch gezogene Armutsgrenze drastisch unterschreitet, um die Armut jenseits der Armut zu verwerten.

Die miserabelste und verhaßteste aller Arbeiten aber bleibt unverändert die Feldarbeit, insbesondere in der Form, in der sie Frauen zugemutet wird. Bar jeder nennenswerten technischen Hilfsmittel wird sie zur schweren, erschöpfenden, endlosen Knochenarbeit, die nur allzuoft in minderwertigen Naturalien vergütet wird. Tagelöhnerinnen und Saisonarbeiterinnen, gebückt, zerschunden und extremsten Witterungen ausgesetzt, mit Kindern im Schlepptau, die unentgeltlich mithelfen müssen, diese steinharte Realität enthüllt den galligen Kern des Mythos, Frauen seien der Natur und der Erde näher; wahrhaft im Schweiß ihres Angesichts und gekrümmt unter einer unerträglichen Arbeitslast. Die stürmische Industrialisierung der Landwirtschaft, die rigoros die schwarzen Kleinpächter von ihren Parzellen fegt und männliche Landarbeit entschieden ausdünn und technisiert, saugt sich gleichzeitig ein riesiges Quantum an schwarzen Frauenkörpern ein, aus denen sie den Stoff extrahiert<sup>54</sup>, um Mann und Maschine zu finanzieren. Daher sind die beiden Phänomene kein Widerspruch, sondern die Fermente<sup>55</sup> ein und derselben Dynamik. Je mehr die harte Komponente der Feldarbeit zur spezifischen Frauenarbeit gerinnt, desto nachhaltiger verschwindet sie aus der gesellschaftlichen und analytischen Wahrnehmung. Wie alles, was Frauen berühren. Gänzlich ohne Schatten ist das schwarze Frauenheer, das täglich in den weißen Herrschaftshäusern verschwindet. Im selben Augenblick, in dem es die Schwelle überschreitet, wird es buchstäblich verschlungen, verliert jede körperliche Substanz und menschliche Präsenz. Die Heilige Familie des



SA-Patriarchats gruppiert sich um die Arbeit des schwarzen Weiberpersonals in einer Weise, die zwanghaft und mühelos aus den schwarzen Körpern absolute Leerstellen macht und aus den Seelen totes Inventar ohne Eigennamen. Der Dynamik des Herrn-und-Magd-Verhältnisses wohnt, so Hegel<sup>56</sup>, das stete Bemühen inne, das Bewußtsein der Magd auszulöschen. Insofern entschlüsselt sich das Paradox, daß ausgerechnet die Wesen, die auf gesellschaftspolitischem Territorium am radikalsten entwertet und entschlossensten separiert werden, wiederum dem allerprivatesten, intimsten und geheiligsten Bereich der weißen Herrschaften einverleibt und gezwungen werden, deren gesamte Reproduktion zu erarbeiten. Eben als bewußlose Kreaturen, deren Blick nichts bedeutet.

Domestic service ist eine totale Institution, sagt Nobengazi Kota. Hausarbeit ist lückenlos, ohne zeitliche Konturierungen, ohne Freiraum, ohne einen Ort des Rückzugs, den jede menschliche Identität erheischt. Hausarbeiterinnen bewegen sich ununterbrochen, vollständig isoliert und stetig überwacht in einem fremden und feindlichen Orbit, der nach keinen Regeln funktioniert, außer denen der Willkür der Herrschaft.

Die Hausfrau wird als der schlimmste Dienstherr im Land verurteilt. Sie läßt ihre Angestellten in der Woche durchschnittlich zweiundsiebzig Stunden arbeiten und bezahlt ihnen, was sie nach dem Kolonialwarenhändler, dem Metzger usw. gerade noch aus ihrer Haushaltskasse herausquetschen kann. Obwohl es sich hier um eine alte Klage schwarzer Dienstboten aus den USA handelt und darin zu Unrecht den weißen Hausfrauen die ausschließliche Schuld an der historischen und totalen Institution Hausarbeit angelastet wird, spiegeln sich darin sehr genau die Arbeitsbedingungen der über achthunderttausend maids im heutigen Südafrika wider, insbesondere die der sleeping-in-domestics. Maid gleich Mädchen, gleich pejorativer<sup>57</sup> Stempel des Herrn auf der Magd, auf schwarze Frauen aller Altersstufen, den überwiegend alleinigen Ernährerinnen der durchschnittlich sieben Menschen, die an ihnen hängen. Einige unter ihnen kommen über achtzig Wochenstunden, eine grenzenlose Arbeitswüste ohne Absicherungen, ohne Kranken-, Sozial- und Altersversicherung. Werden sie ernstlich krank oder alt, berichtet Ellen Kuzwayo, enden sie oft in den Durchgangslagern für völlig mittellose Schwarze auf dem Weg in die Deportation.

Die Internierung als weibliche Geschlechtsperspektive ist das schärfste Instrument des SA-Regimes in Bezug auf schwarze Frauenarbeits- und Bevölkerungspolitik. Ihre maßlose Vernutzung in border industries und Feldarbeit geschieht bereits weitgehend aus den Reservaten heraus. Die Hausarbeit in den weißen Herrschaftshäusern ist in sich selbst ein Isolationsgefängnis, das viele Frauen obendrein in die Zementzellen der Dienstbotenquartiere bannt. Selbst die weibliche Population der schwarzen Ghettos, sogenannte Paragraph-Zehner-Frauen mit verbrieftem Aufenthaltsrecht haben keinen sicheren Stand mehr. Immer engere und raffiniertere Abschieberaster höhlen ihren Anspruch aus und sieben rigoros nach einer spezifischen Form der Verwertbarkeit. Man will unbedingt und ausschließlich ein bestimmtes Kontingent an jungen, kinderlosen, unverheirateten, fleißigen, unorganisierten Mädchen-Frauen, also einen absolut ephemeren Zustand weiblicher Arbeitskraft, in den das nachträgliche Verschwinden bereits eingebaut ist.

Mit der Deportation gerade des Geschlechtes aus Südafrika, das die schwarze Gattung produziert und reproduziert, soll mit aller Macht eine einschneidende Dezimierung der autochthonen Bevölkerung erreicht werden. Zwei Drittel der schwarzen Frauen sind bereits durch die systematische Ruinierung ihrer Lebenszusammenhänge alleinstehend. Die verheiratete Minderheit lebt zumindest in den Reservaten ein Witwenleben, in dem einmal im Jahr der Mann in ewiger Migration als Besucher vorbeikommt; wenn er noch kommt.

Die radikale Separation der Geschlechter soll primär einen gravierenden Rückgang der Geburten erzwingen und generell das Aufwachsen neuer schwarzer Generationen blockieren. Bereits heute sterben in den Reservaten siebenmal mehr Neugeborene als in den Ghettos. Unter den toten Säuglingen sind wiederum über zwanzig Prozent mehr weibliche als männliche, weil ein strikter traditioneller Herrschaftskodex verlangt, daß speziell in Notlagen in das männliche Prinzip die letzten Frauenenergien vorgeschossen werden. In dieser Todeslogik, in der der regierungsamtlich definierte

überflüssige Anhang mit allen Mitteln dezimiert werden soll, ist die Abtreibung selbstverständlich verboten, weil schwarzen Frauen ihr Körper keinesfalls selbst gehören darf und mit diesem Verbot der erstrebte Zwang zur Sterilisation wächst. Es gibt weltweit ein wahrhaft grausames Repertoire an staatlichen Geburtenkontrollen und Bevölkerungspolitik. Für die minutiös ausgearbeitete und gewaltsam durchgesetzte Internierung von Frauen kennen wir keinen Vergleich. Sie ist beispiellos. Indes, schwarze Frauen verschwinden in den Reservaten nicht allein durch die Tatsache, daß sie dort eingeschlossen werden. Unsichtbar und der gesellschaftlichen Wahrnehmung vollständig entzogen werden sie durch ihre Arbeit: Frauenarbeit, was nicht Frauenlohnarbeit meint. Lohnarbeit wird auch in ihren niedrigsten Positionen registriert, gemessen und bewertet. Sie erscheint auf dem Arbeitsmarkt und verleiht ihrem Träger eine gewisse Relevanz. Die Produktion der Gattung im umfassendsten Sinne dagegen vollzieht sich in einem absoluten jahrtausendealten Dunkel; sie erscheint nicht als Arbeit, sondern als Fluch. Im gängigen Koordinatenkreuz der Politökonomie wird dieses Phänomen fälschlicherweise mit vorkapitalistisch übersetzt. Durch die Erhaltung des vorkapitalistischen Sektors, aus dem männliche Arbeit in zunehmendem Maße abgezogen wurde und in dem Frauen dominieren sollten, wurde die Aneignung von Arbeit zu unglaublich niedrigen Kosten möglich. Kosten, die in der Regel vom Kapitalisten mitgetragen werden, wurden ausschließlich vom vorkapitalistischen Sektor aufgebracht. Im Klartext: Frauen sorgen für das, was anderswo Arbeitslosenversicherung, Pensionskasse, Erziehung und Heranbildung neuer Arbeitskräfte, Gesundheitsfürsorge und Krankengeld genannt wird. (Ivy Matsepe).

Damit ist Frauenarbeit zwar immer noch nicht erschöpfend definiert. Allein es fällt ins Auge, daß die genannten Versorgungssysteme grundsätzlich und immer von Frauen geleistet werden, wobei einzig das Ausmaß historisch variiert. Vorkapitalistisch ist das beileibe nicht, im Gegenteil. Es ist der Gipfel kapitalistischer Rationalität, ein immer größeres Heer menschlicher Arbeitskraft zunichte, zu Nichtwert zu machen, weil die Verwertungsmaschine ein stetig wachsendes Quantum an unentgelteten Arbeitsleistungen erheischt. Bezeichnenderweise spricht man in diesem Kontext von einer Verweiblichung der Arbeit, denn die restlose, absolut unentgeltliche Aussaugung von Frauenarbeit ist das Ursprungsmodell für den totalen Extraprofit. Wir begreifen, daß der Sexismus die Matrix<sup>58</sup> für den Rassismus ist.

Und so greift denn auch das SA-Regime in seiner Frauenpolitik nicht auf die reichhaltigen vorkapitalistischen Lebens- und Produktionszusammenhänge der schwarzen Stämme zurück, sondern eliminiert sie gnadenlos und unendlich gewaltsam. Die Reservate sind gewaltsame kapitalistische Neuschöpfungen und in ihrer Struktur ebenso modern wie vernichtend. Durch sie wird gezielt der Zusammenhang von Produktion und Reproduktion zerrissen nicht nur räumlich, sondern auch in Bezug auf die Wertabschöpfung; denn durch die radikale Negation der Reproduktionskosten lassen sich exorbitante Profite extrahieren.

## **Das Verschwinden aller Frauen**

### **oder Was ist das Patriarchat?**

Die Frage bleibt, warum läßt sich die Reproduktion der Gattung so radikal negieren? Und warum das Geschlecht, das sie verkörpert? Erinnern wir uns

Frauen sorgen für das, was anderswo Arbeitslosenversicherung, Pensionskasse, Erziehung und Heranbildung neuer Arbeitskräfte, Gesundheitsfürsorge und Krankengeld genannt wird. Wir haben diese Aufstellung moniert, weil sie und das ist kein Zufall den springenden Punkt nicht enthält Frauen produzieren die Gattung.

Dieser unabweisbaren biologischen Tatsache ist, soweit wir wissen, niemals die erforderliche analytische Aufmerksamkeit zuteil geworden, weil sie sich dem linken, männlichen

Gleichheitsgedanken widersetzt und eine unauflösliche Geschlechtsdifferenz schafft. Allein Simone de Beauvoir<sup>59</sup> hat es unternommen, dieses brisante Faktum den Biologen zu entreissen, die daraus die ewige Apologie<sup>60</sup> des Patriarchats schmieden. Sie schreibt und wir fassen zusammen

Wie der Mann ist die Frau ihr Leib; aber ihr Leib ist etwas anders als sie. Von der Pubertät bis zur Menopause ist sie der Schauplatz eines Ablaufs, der sich in ihr vollzieht, ohne sie zu betreffen. Tatsächlich besteht bei dem Kreislauf der Menstruation keinerlei individuelle Zweckhaftigkeit, warum sie auch mancherorts der Fluch- genannt wird. Wahr daran ist, daß die Frau unablässig die Leistung der Schwangerschaft andeutungsweise vollzieht in monatlichem Blut und Schmerzen. In den Schwangerschaftsperioden von einem anderen bewohnt, das sich von ihrer Substanz nährt, ist sie gleichzeitig sie selbst und ein anderes. Eine ermüdende Leistung, die den ganzen Organismus erschüttert und für die Frau keinen privaten Vorteil bietet. Im Gegenteil. Der Konflikt zwischen Art und Individuum, der bei der Niederkunft manchmal zum Drama wird, gibt dem weiblichen Körper eine bedenkliche Anfälligkeit. Man sagt gern, die Frauen hätten Krankheiten im Leibe-; wahr ist, daß sie ein fremdes Element in sich tragen die Gattung, die an ihnen zehrt. Eine Gattung, in der Kinder noch lange nach dem Stillen unfähig bleiben, selber für ihre Bedürfnisse zu sorgen.

So endet die Körperarbeit der Frau nicht an den inneren Grenzen ihres Leibes; die Abnabelung allein macht aus dem Neugeborenen keineswegs ein unabhängiges, lebensfähiges Geschöpf. Diese eigentümliche Hinfälligkeit der menschlichen Gattung erzwingt ein komplexes Versorgungssystem, und tatsächlich produziert das weibliche Geschlecht, indem es die neue Generation hervorbringt, die Sicherung der alten. Art und Ausmaß dieser Belastung sind allerdings keine Naturkonstanten, in ihnen spiegeln sich bereits die historischen und Machtverhältnisse. Ein Frauenleben muß nicht eine ununterbrochene Kette ruinöser Schwangerschaften unter den schlechtesten Lebensbedingungen und extremem körperlichem Verschleiß sein. Das ist bereits die Übersetzung einer biologischen Determinante<sup>61</sup> ins Gesellschaftliche. Und der Bereich des Historischen und der Macht beginnt dort, wo über das spezifisch weibliche Vermögen der Gattungsproduktion ein gesellschaftliches Arbeitsverhältnis gestülpt wird. Ein gesellschaftliches Arbeitsverhältnis, das den gesamten Bereich menschlicher Reproduktion dem Geschlecht aufzwingt und es darin versklavt. In diesem Gewaltakt sieht Hegel süffisant das subjektive Element beim Manne, während das Weib in die Art eingeschlossen bleibt. Dieses Einschließen des Weibes in die Art entspringt weder ihrer Natur noch einem Mythos, vielmehr etwas steinhart Konkretem und Männergemachtem: der Erzwingung unendlicher Arbeitsleistungen von der Frau an der Nahrung, der Kleidung, der Behausung, der Hygiene, der Gesundheit, der Krankheit, der Kindheit und am Alter, kurz der gesamten Gesellschaftsarbeit; die ironischerweise als private erscheint. Wie ist das möglich? Von der Körperarbeit, in die die unaufhebbare Differenz der Geschlechter eingeschrieben ist, ist der Mann, außer des flüchtigen Moments des Koitus, vollkommen frei. Eine zwiespältige Freiheit, weil frei vom Vermögen und frei von der Last der Gattungsproduktion. Diesen Überschuß in der Körperökonomie, dieses Surplus<sup>62</sup> an individuellem und geschlechtskollektivem Spielraum benutzt der Mann, um das gesellschaftliche Terrain zu besetzen und daraus einen Machtraum zu formieren, aus dem er das Geschlecht mit Eigenschaften gewaltsam vertreibt und unter das Joch der Gesellschaftsarbeit zwingt. In diesem ersten historischen Zwangsarbeitsverhältnis enthüllt sich das hegelsche subjektive Moment beim Manne als seine gewaltsam durchgesetzte Befreiung von jeglicher Gesellschaftsarbeit, um frei zu sein für Arbeiten, die seine Machträume erweitern; während das Weib in die Art eingeschlossen bleibt, insofern es gewaltsam aus den öffentlichen Machträumen vertrieben und in den Untergrund einer unendlichen Vernutzung in der Gesellschaftsarbeit eingeschlossen wird. Daher ist es möglich, daß ein ganzes Geschlecht seit Menschengedenken nicht als gesellschaftliches erscheint. Daher verschwinden die Frauen.

Der Akt der gesellschaftlichen Vernichtung der Frauen ist allerdings ein doppelter: der Zwang, der aus Gesellschaftsarbeit unsichtbare Frauenarbeit macht, setzt sich fort in der radikalen Entwertung

dieser Arbeit. Indem der Mann beides Frauen und die ihnen ins Fleisch gebrannte Arbeit in den Orkus verbannt wie Eurydike<sup>63</sup>, nach der er nicht zurückblicken darf, plant er sich die Operationsbasis für ein gesamtgesellschaftliches Herrschaftsmodell, das Arbeit ausdrücklich immer als Unterwerfung und Ausbeutung organisiert und in die Geschichte hineinstaffelt als Sklaverei, Leibeigenschaft bis zur kapitalistischen Mehrwertabpressung, ohne seinen Ursprung preiszugeben: den Extraprofit, den er aus Frauen zieht. Ein Raub, der nicht als solcher erscheint und daher auch nie die Analyse beschäftigt. Denn Frauenarbeit und damit ist nicht Frauenlohnarbeit gemeint, ist flüssig, sie gerinnt nicht zur festen Form, sie vergegenständlicht sich in keinem Produkt, das sich austauschen läßt. Insofern läßt sie sich nicht in Beziehung setzen, nicht messen, bleibt unermesslich und ohne Maß ist wiederum kein Vergleich möglich, einem Äquivalent jeder Boden entzogen. Eine Arbeit indes, die kein Äquivalent<sup>64</sup> kennt, schafft keinen Wert, weil sie sich nicht darin ausdrückt. Sie ist wertlos und macht die Abschöpfung eines Mehrwertes unmöglich. Der dennoch aus ihr gezogene Gewinn entzieht sich jeglicher Akkumulation. Wir sehen: Frauenarbeit schafft keinen Wert, aus ihr lassen sich auch keine akkumulierbaren Profite extrapolieren<sup>65</sup> und ist dennoch unendliche gesellschaftliche Arbeit. Natürlich bleibt sie sich in ihrer Form nicht gleich, sondern ist gravierenden historischen und gesellschaftlichen Veränderungen unterworfen. Indes bergen sämtliche Erscheinungsformen, in die Frauenarbeit gepreßt wird, in sich denselben harten Kern: ihre Substanz und ihre Trägerin sind bis zur Unkenntlichkeit entwertet. Dieser radikalen Negation begegnen wir in allen Ideologiesystemen, Arbeitsanalysen und Werttheorien. Sie ist aus dem gesamten Herrschaftskomplex kategorialer Diskurse<sup>66</sup> gestrichen und ausradiert. Und was dort nicht existent ist, ist auch gesellschaftlich ausgelöscht, weil systematisch seine Artikulation blockiert wird.

Ein Geschlecht, das sich in nichts symbolisieren und sich keine gesellschaftliche Repräsentation schaffen kann, ist ein Geschlecht, das nicht eins ist, sagt Luce Irigaray.<sup>67</sup> Denn der Mensch ist nicht eine natürliche Art, sondern eine historische Idee. Und die historische Idee kennt bis heute nur den Mann. Signifikant<sup>68</sup> wird das an allen gängigen Revolutionstheorien mit ihrem Gleichheitsversprechen, das in Wahrheit eine Drohung ist. Denn was bedeutet es anderes, als daß die unaufhebbare Geschlechtsdifferenz noch entschlossener negiert wird, eine Negation, die nur über die vollständige Einebnung der Frau gelingen kann. Über die eingeebnete Frau gedenkt der Mann sich seiner Fesseln zu entledigen und vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit seiner dritten zu schreiten, als Maß aller Dinge. Die Differenz wird in der Ökonomie des Gleichen, des Einen, ein und desselben vernichtet, und in allergrößter Allgemeinheit in den selbstrepräsentativen Systemen des männlichen Subjekts ausgelöscht. (Irigaray)

Wir verstehen nun, daß der Geschlechterantagonismus eine absolut andere Dimension hat als der Klassenantagonismus. Mehr noch, daß sich bei der Gleichsetzung bewußt die männliche Suprematie in alle Ewigkeit festzuschreiben gedenkt; indem mit Vorsatz die existentielle Mehrarbeit der Frau unterschlagen wird, die fortbesteht jenseits aller Herrschaftsverhältnisse. Klassenantagonismen tragen zumindest perspektivisch die Möglichkeit ihrer Aufhebung in sich. Es existiert keine historische Gesetzmäßigkeit, keine Unabänderlichkeit, die den Menschen zwingt, den Menschen auszubeuten. Unabänderlich indes ist allein die Tatsache, daß beide Geschlechter niemals gleich sein werden. Niemals wird der Mann das Maß aller Dinge sein, es sei denn, er vernichtet das weibliche Geschlecht mit dem ihm innewohnenden Vermögen. Dieses Verlangen verbirgt sich in seinem ebenso aggressiven wie obsessiven<sup>69</sup> Bemühen, mit den Mitteln der technologischen Reproduktion die geschlechtsspezifische Divergenz<sup>70</sup> zu annullieren, sich einzuverleiben, damit sich endlich die lebendige Frau erübrige. Wozu, fragt er sich, hat er die Götter gestürzt, wenn nicht in dem Verlangen, auf Erden der Eine und Einzige zu sein?

Hier entdecken wir eine bestürzende Kohärenz,<sup>71</sup> die den revolutionären Mann einschließt: eine Kohärenz, die alle seine Gegenentwürfe durchzieht. Nachdem er seine Götter und ihr unhaltbares Jenseits offiziell verworfen hat, um sich selbst zu schaffen, läßt er in seinen revolutionären Utopien behende die alten zähen und penetranten Paradiese im Diesseits wieder auferstehen, denn sein Reich

ist ja von dieser Welt. Wir blicken in das gleiche Gedankengebäude, nur der Besitzer hat gewechselt. Der revolutionäre Mann verkündet pathetisch das Reich der Freiheit, der Gleichheit, das Ende aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Das Ende der Frauenausbeutung durch den Mann kann er damit unmöglich meinen, denn dieses Ende zerreißt alle bisherigen Revolutionsentwrfe als Makulatur<sup>72</sup>, entlarvt sie als das, was sie sind: männliche linke Herrschaftsidyllen. Das Ende der Frauenausbeutung bedeutet das Ende der Möglichkeiten, aus der existentiellen Mehrarbeit der Frauen Mnnermacht zu schlagen. Die Macht ohne Macht das ist das Ende des historischen Mannes.  
fett

In chinesischen Legenden steht geschrieben, daß große Meister in ihre Bilder hineingehen und verschwunden sind. Die Frau ist kein großer Meister. Deshalb wird ihr Verschwinden nie vollkommen sein. Sie taucht wieder auf, beschäftigt wie sie ist, mit dem Verschwinden.

---

aus: Die Fruechte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionaeren Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Vorbemerkung

## Die neue Frauenbewegung

**Alles Private ist politisch ist eine der zentralen Parolen der neuen Frauenbewegung seit Ende der 60er Jahre. Sie drückt die Verbindung subjektiver Unterdrückungserfahrungen mit politischen Forderungen aus, aus der diese Bewegung anfangs ihre politische Sprengkraft bezog. Der persönliche Druck war eine starke Antriebskraft, soziale und politische Umwälzungen einzufordern.**

In ihrer ersten großen Kampagne zur Abschaffung des § 218, von der neuen Frauenbewegung 1971 initiiert, wurde eine praktische Unterstützung von Frauen, die abtreiben wollen (z.B. mit Fahrten nach Holland, wo ein liberaleres Abtreibungsgesetz galt), mit der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen verbunden und gleichzeitig die Ausbeutung und Benachteiligung von Frauen in einer patriarchalen Gesellschaft durch Doppelbelastung, Gewalt gegen Frauen, Bezahlung nach Leichtlohngruppen etc. angegriffen. Die Frauen erkannten die gesellschaftlichen Ursachen ihrer zuvor individuell wahrgenommenen Unterdrückung und forderten Veränderungen im privaten und öffentlichen Leben.

Aus dem Bedürfnis nach autonomen repressionsfreien Räumen, zu denen Männer keinen Zugang haben, entwickelte sich im Verlauf der 70er Jahre ein breites Netz von Frauenprojekten; Frauenzentren, Frauencafés und Frauenbuchläden werden gegründet. Als Mitte der 70er Jahre Gewalt gegen Frauen zu einem der zentralen Themen der Frauenbewegung wurde, bauten Frauen zur Unterstützung und zum Schutz von geschlagenen und vergewaltigten Frauen Notrufzentralen und Frauenhäuser auf.

Je mehr die Hoffnungen auf rasche Veränderungen im privaten wie öffentlichen Bereich enttäuscht wurden, desto stärker zogen sich Frauen in diese Strukturen zurück, die einen Schutz vor direkter sexistischer Unterdrückung bieten. Das Ziel und die Hoffnungen auf eine gesamtgesellschaftliche Veränderung trat in den Hintergrund. Ein Teil der Frauen setzte ihre Kraft ein, um die Not derer zu lindern, die direkte Gewalt erfahren haben; andere grenzten sich von der patriarchalen Gesellschaft ab, beschäftigten sich auf der Suche nach Wurzeln weiblicher Identität und Vorbildern mit Magie und Spiritismus und ideologisierten die natürliche Friedfertigkeit der Frau und eine neue Innerlichkeit.

In den 80er Jahren war die Frauenbewegung zersplittert und hatte für viele ihre Anziehungskraft verloren. Gleichzeitig nahmen Frauen, die in gemischten linken Gruppen arbeiteten, feministische Inhalte auf. Ein Beispiel sind die Diskussionen in Mittelamerika-Gruppen über die Lage der Frauen in Nicaragua nach dem Sieg der Befreiungsbewegung.

Aber es wurden auch Forderungen der Frauenbewegung von staatlichen Stellen aufgegriffen, so z.B. Gleichstellungsstellen, die ein gewisses Maß an Emanzipation der Frau zum Ziel haben und bemüht sind, radikale Positionen aus der Frauenbewegung zu integrieren.

Auch die Lesben, die im Verlauf der 70er Jahre einen entscheidenden Teil der Frauenbewegung stellten, entwickelten eigene Strukturen und Positionen, auch wenn es weiterhin eine Zusammenarbeit mit Frauen aus gemischten politischen Zusammenhängen gab.

## Die Rote Zora

bezieht sich aus dem Selbstverständnis ihrer Akteurinnen als Feministinnen heraus auf die Frauenbewegung, kritisiert aber gleichzeitig deren Begrenzung und Reduktion auf frauenspezifische Themen. Mit den ersten Anschlägen unterstützten sowohl die Frauen der Revolutionären Zellen als auch der Roten Zora die Kampagne gegen den § 218. In ihrem Interview vom Juni 1984 aber sagen die Frauen der Roten Zora

Wir wollen keine linke- Arbeitsteilung nach dem Motto

die Frauen für die Frauenfragen, die Männer für allgemein politische Themen. Die Verantwortung für die Veränderung unseres Alltags lassen wir uns nicht nehmen! und richten ihre Anschläge einerseits gegen Frauenhändler und Sex-Shops, andererseits gegen die Siemens-Elektronik, die Computerfirma Nixdorf und das Datenzentrum des Verbandes der Vereine Kreditreform als Widerstand gegen Rüstungsproduktion, Überwachung und wirtschaftliche Umstrukturierung.

1985 greifen sie den Widerstand von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie auf und konzentrieren ihre Anschläge fast ausschließlich auf diesen Bereich.

## Internationale Solidarität

Ein zentrales Element ihrer Politik ist die Solidarität mit Frauen der 3. Welt. Analog zu den Revolutionären Zellen sehen die Frauen der Roten Zora die Analyse des Antiimperialismus als Voraussetzung, die weltweiten Unterdrückungs- und Spaltungsmechanismen zu begreifen und einen effektiven Widerstand entwickeln zu können.

In ihren Aktionen gegen die Bekleidungsfirma Adler setzen sie diese Position praktisch und erfolgreich um

Die Firma Adler läßt einen Großteil ihrer Produktion in südostasiatischen freien Produktionszonen fertigen. Als die südkoreanischen Arbeiterinnen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streikten, legte die Rote Zora zur Unterstützung der Koreanerinnen Brandsätze bei den deutschen Filialen von Adler zunächst am 21. Juni 1987 in der Hauptverwaltung in Haibach, am 15. August 1987 dann gleichzeitig bei neun Filialen in Halstenbeck, Bremen, Oldenburg, Isernhagen, Kassel, Holzwickede, Neuss, Frankfurt und Aachen.

## Ihr Verhältnis zu den Revolutionären Zellen

erklärt die Rote Zora in dem Interview von 1984

Wir haben in unserer Entwicklung eigene Inhalte bestimmt deswegen sind wir ja als Frauen autonom organisiert greifen aber auf die Erfahrungen der RZs zurück. Darüberhinaus kann eine Zusammenarbeit von radikalen Gruppen den militanten Widerstand insgesamt stärken. Es gab produktive Formen der Zusammenarbeit wie die Aktionen zum Reagan-Besuch und das Diskussionspapier zur Friedensbewegung. Es gibt auch immer wieder nervige Diskussionen.

Denn die Männer, die ansonsten ihren radikalen Bruch mit diesem System in eine konsequente Praxis umsetzen, sind oft erschreckend weit davon entfernt zu begreifen, was antisexistischer Kampf heißt und welche Bedeutung er für eine sozialrevolutionäre Perspektive hat. Es ist unter uns Frauen auch umstritten, wo die Grenzen sind, an denen uns die Zusammenarbeit stärkt oder unseren Frauenkampf lähmt. Wir denken aber, daß uns mit einigen Frauen der RZs unsere feministische Identität verbindet.

Im Rückblick läßt sich feststellen, daß die Revolutionären Zellen zwar bereits im Revolutionären Zorn Nr. 1 vom Mai 1975 den Kampf um Frauenbefreiung als Bestandteil ihrer Politik benannten, die praktische Umsetzung jedoch den Frauen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora überlassen blieb.

Aus den neuen Texten der RZ geht hervor, daß sie einerseits mit der Thematisierung von Rassismus und Sexismus eine neue Debatte um einen antipatriarchalen Kampf begonnen haben, andererseits die Rote Zora die Zusammenarbeit mit den Revolutionären Zellen aufgegeben und sich von ihnen getrennt hat.

Da die Erklärungen der gemeinsamen Aktionen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora anderen Schwerpunkten zugeordnet sind, werden hier der Vollständigkeit halber diese Anschläge nochmals genannt

März 1981 Verteilung gefälschter Fahrausweise im Ruhrgebiet.

Juni 1982 anlässlich des NATO-Gipfels und des Besuchs des US-Präsidenten Reagan Brand- und Sprengstoffanschläge gegen mehrere amerikanische Firmen und Einrichtungen: US-Offiziersclubs in Bamberg, Frankfurt, Gelnhausen und Hanau; ITT Hannover; IBM, Düsseldorf; Control Data, Düsseldorf; das deutsch-amerikanische Institut, Tübingen; Bourns-Ketronic, Hamburg; McDonnell Douglas, Köln.

August 1984 Anschläge gegen die Firmen Kreuzer und Koch, die ihre Produkte in Gefängnissen und Psychiatrien fertigen lassen

April 1985 Anschlag gegen die Firma Siemens, Isernhagen.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 747 ff.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---



# Interview1 mit der Roten Zora Juni 1984

Frage

Fangen wir damit an, wer ihr eigentlich seid?

Zora 1

Meinste das jetzt persönlich dann sind wir Frauen zwischen 20 und 51, einige von uns verkaufen ihre Arbeitskraft auf dem Markt der Möglichkeiten, einige nehmen sich, was sie brauchen, andere sind noch nicht durchs soziale Netz gefallen. Einige haben Kinder, viele andere nicht. Manche Frauen sind lesbisch, andere lieben Männer. Wir kaufen in ekelhaften Supermärkten, wir wohnen in häßlichen Häusern, wir gehen gerne spazieren oder ins Kino, ins Theater, die Disco, wir feiern Feste, wir pflegen das Nichtstun. Klar wir leben in dem Widerspruch, daß viele Sachen, die wir machen wollen, hinkriegen wollen, spontan und nach dem Bockprinzip nicht klappen können. Aber nach gelungenen Aktionen freuen wir uns riesig.

Frage

Wie seid ihr zu eurem Namen gekommen?

Zora 2

Die rote Zora und ihre Bande das ist die wilde Göre, die die Reichen bestiehlt, um's den Armen zu geben. Und Banden bilden, sich außerhalb der Gesetze zu bewegen, das scheint bis heute ein männliches Vorrecht zu sein. Dabei müssten doch gerade die tausend privaten und politischen Fesseln, mit denen wir als Mädchen und Frauen kaputtgeschnürt werden, uns massenhaft zu Banditinnen für unsere Freiheit, unsere Würde, unser Menschsein machen. Gesetze, Recht und Ordnung sind grundsätzlich gegen uns, selbst wenn wir uns ein paar Rechte schwer erkämpft haben und täglich neu erkämpfen müssen. Radikaler Frauenkampf und Gesetzestreue das geht nicht zusammen!

Frage

Aber es ist doch kein Zufall, daß euer Name die gleichen Anfangsbuchstaben wie der der Revolutionären Zellen hat.

Zora 1

Nein, natürlich nicht. Rote Zora soll auch ausdrücken, daß wir die gleichen Grundsätze wie die RZ haben, dieselbe Konzeption, illegale Strukturen aufzubauen, ein Netz zu schaffen, das der Kontrolle und dem Zugriff des Staatsapparates entzogen ist. Nur so können wir im Zusammenhang mit den offenen, legalen Kämpfen der verschiedenen Bewegungen auch subversive und direkte Aktionen durchführen. Wir schlagen zurück! diese Parole der Frauen aus dem Mai 682 ist heute in Bezug auf die individuelle Gewalt gegenüber Frauen unumstritten. Heftig umstritten und weitgehend tabuisiert ist sie jedoch als Antwort auf die Herrschaftsverhältnisse, die diese Gewalt erst ständig auf's Neue erzeugen.

Frage

Was für Aktionen habt ihr bisher gemacht und auf welchem Hintergrund?

Zora 2

Angefangen haben die Frauen der RZ 1974 mit einem Bombenanschlag auf das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, weil wir ja alle die Abschaffung des 218 wollten und nicht diese jederzeit manipulierbare Indikationslösung. In der Walpurgisnacht 77 haben wir einen Sprengsatz bei der Bundesärztekammer gezündet, weil von dort aus selbst diese reduzierte Abtreibungsreform mit allen Mitteln hintertrieben wurde. Dann der Anschlag auf Schering während des Duogynonprozesses.<sup>3</sup> Und immer wieder Angriffe gegen Sexshops. Eigentlich sollte täglich einer dieser Pornoläden brennen oder verwüstet werden! Also wir halten es für eine absolute Notwendigkeit, die Ausbeutung der Frau als Sexualobjekt und Kinderproduzentin aus dem Privatbereich herauszureißen und mit Feuer und Flamme unsere Wut und unseren Zorn darüber zu zeigen.

Zora 1

Wir beschränken uns allerdings nicht auf Strukturen direkter, d.h. augenscheinlicher Frauenunterdrückung. Als Frauen sind wir ebenso von den gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen insgesamt betroffen, ob es sich nun um Stadt- oder Umweltzerstörung handelt oder um kapitalistisch organisierte Produktionsformen, also Verhältnisse, denen auch die Männer ausgesetzt sind. Wir wollen keine linke Arbeitsteilung nach dem Motto die Frauen für die Frauenfragen, die Männer für allgemeine politische Themen. Die Verantwortung für die Veränderung unseres Alltags lassen wir uns nicht nehmen! Deshalb haben wir z.B. die Prachtschlitten der Anwälte vom Miethai Kaußen angezündet, die für eine ganze Reihe brutaler Häuserräumungen verantwortlich waren. Deshalb haben wir durch den Nachdruck echter Fahrscheine, die wir zusammen mit den RZs im Ruhrgebiet verteilt haben, ein bißchen den Nulltarif eingeführt.

Zora 2: Unsere letzten Anschläge richteten sich gegen Siemens und die Computerfirma Nixdorf. Sie treiben mit der Entwicklung neuer Herrschaftstechnologien immer ausgeklügeltere Möglichkeiten der Kriegsproduktion und der Widerstandsbekämpfung voran. Darüberhinaus ging es uns dabei um ihre Vorreiterfunktion bei der Umstrukturierung von Arbeit, vor allem auf dem Rücken der Frauen weltweit. So wie hier die Frauen in Heimarbeit, Kapovaz<sup>4</sup> und Teilzeitarbeit voneinander isoliert und ohne soziale Absicherung profitabler ausgebeutet werden sollen mit den Technologien dieser Firmen so werden die Frauen in der sog. 3. Welt bei der Produktion dieser Elektronik regelrecht verschlissen. Mit 25 sind sie total kaputtgearbeitet, ausrangiert!

Frage

Diese Verbindung zur 3. Welt, aus Ausbeutung der Frauen dort inwieweit ist das wichtig für euch?

Zora 1

Diesen Zusammenhang haben wir bisher bei all unseren Anschlägen erklärt, so auch gegen die Frauenhändler und die philippinische Botschaft im vergangenen Jahr. Wir kämpfen nicht für die Frauen in den Ländern der Peripherie, sondern mit ihnen z.B. gegen die Ausbeutung der Frauen als Ware. Dieser moderne Sklavinnenhandel hat ja seine Entsprechung in den ehelichen Besitzverhältnissen hier. Die Formen der Unterdrückung sind zwar verschieden, aber sie haben gemeinsame Wurzeln. Wir wollen uns nicht länger gegeneinander ausspielen lassen. Die Spaltung zwischen Männern und Frauen findet international ihre Entsprechung in der Spaltung zwischen den Völkern der 1. und der 3. Welt. Wir selbst profitieren von der internationalen Arbeitsteilung. Wir wollen unsere Verflechtung mit diesem System durchbrechen und unsere Gemeinsamkeiten mit den Frauen anderer Länder rauskriegen.

Frage

Ihr habt erklärt, wie ihr eure Praxis begreift. Warum ihr euch im Zusammenhang der RZs organisiert,

geht daraus allerdings nicht hervor.

Zora 2

Hauptgrund ist erstmal, daß diese Politik von den RZs entwickelt wurde und wir finden sie nach wie vor richtig. Wir haben in unserer Entwicklung eigene Inhalte bestimmt deswegen sind wir ja als Frauen autonom organisiert greifen aber auf die Erfahrungen der RZs zurück. Darüberhinaus kann eine Zusammenarbeit von radikalen Gruppen den militanten Widerstand insgesamt stärken. Es gab produktive Zusammenarbeit wie die Aktionen zum Reagan-Besuch oder das Diskussionspapier zur Friedensbewegung (In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod!). Es gibt auch immer wieder nervige Diskussionen. Denn die Männer, die ansonsten ihren radikalen Bruch mit diesem System in eine konsequente Praxis umsetzen, sind oft erschreckend weit davon entfernt, zu begreifen, was antisexistischer Kampf heißt und welche Bedeutung er für eine sozialrevolutionäre Perspektive hat. Es ist unter uns Frauen auch umstritten, wo die Grenzen sind, an denen uns die Zusammenarbeit stärkt oder unseren Frauenkampf lähmt. Wir denken aber, daß uns mit einigen Frauen der RZs unsere feministische Identität verbindet.

Frage

Heißt das, daß ihr euch als Feministinnen versteht?

Zora 1

Ja, selbstverständlich gehen wir davon aus, daß das Private politisch ist. Deshalb sind unserer Auffassung nach alle sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse, die das sogenannte Private ja erst strukturieren und verfestigen, eine Aufforderung zum Kampf gerade für uns Frauen. Das sind die Ketten, die wir zerreißen wollen. Aber es ist zu kurz gegriffen, die Unterdrückung von Frauen hier in der BRD zum alleinigen Dreh- und Angelpunkt von Politik zu machen und andere Herrschafts- und Gewaltverhältnisse wie Klassenausbeutung, Rassismus, die Ausrottung ganzer Völker durch den Imperialismus dabei auszublenden. Diese Haltung geht der Misere niemals auf den Grund daß nämlich Frauenunterdrückung und geschlechtliche Arbeitsteilung Voraussetzung und Grundlage für Ausbeutung und Herrschaft in jeglicher Form sind gegenüber anderen Rassen, Minderheiten, Alten und Kranken und vor allem gegenüber Aufständischen und Unbezähmbaren.

Zora 2

Die Schwierigkeiten fangen für uns da an, wo feministische Forderungen dazu benutzt werden, in dieser Gesellschaft Gleichberechtigung und Anerkennung zu fordern. Wir wollen keine Frauen in Männerpositionen und lehnen Frauen ab, die Karriere innerhalb patriarchaler Strukturen unter dem Deckmantel des Frauenkampfes machen. Solche Karrieren bleiben ein individueller Akt, von dem nur einige privilegierte Frauen profitieren. Denn die Verwaltung, die Gestaltung der Macht wird Frauen in dieser Gesellschaft nur gewährt, wenn sie in diesen Positionen Interessen der Männer vertreten oder der jeweilige Aufgabenbereich Fraueninteressen gar nicht erst zuläßt.

Frage

Die Frauenbewegung war in den 70er Jahren ziemlich stark. Sie hat auf legalem Weg einiges erreicht. Stichworte dazu sind Kampf gegen 218, Öffentlichmachung von Gewalt gegen Frauen in Ehe und Familie, Vergewaltigung als Akt der Macht und Gewalt, Schaffung autonomer Gegenstrukturen. Warum behauptet ihr dann die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes?

Zora 1

Sicher, die Frauenbewegung hat vieles erreicht, und ich finde, das wichtigste Ergebnis ist, daß sich ein breites gesellschaftliches Bewußtsein von Frauenunterdrückung entwickelt hat. Und daß Frauen ihre Unterdrückung nicht mehr individuell erfahren, sich gar selbst die Schuld an ihrer Misere geben, sondern daß Frauen sich zusammengefunden und ihre gemeinsame Stärke erfahren haben. Auch das, was durch die Frauenbewegung aufgebaut wurde, die Frauenbuchläden, die Frauenzentren, Frauenzeitungen oder Treffs wie die Sommeruni<sup>5</sup> und Kongresse das alles gehört mittlerweile zur politischen Realität und ist fester Bestandteil für die Weiterentwicklung unseres Kampfes.

Zora 2

Manche Erfolge waren auch eher Ausdruck einer gesellschaftlichen Situation, in der Frauen Freiräume gewährt werden konnten; klar als man die Frauen in die Produktion und in die Büros haben wollte, wurden mehr Kindergartenplätze geschaffen. Zur grundsätzlichen Änderung der Lebenssituation der Frau hat das nicht geführt. Dazu gehört eine kontinuierliche Bewegung, deren Ziele nicht integrierbar sind, deren kompromißloser Teil sich nicht in legale Formen zwingen läßt deren Wut und Entschlossenheit in außerparlamentarischen Kämpfen und antiinstitutionellen Formen ungebrochen zum Ausdruck kommt. Zora 1: Der legale Weg ist nicht ausreichend, denn die gewöhnlichen Unterdrückungs- und Gewaltstrukturen sind ja die Legalität: wenn Ehemänner ihre Frauen schlagen und vergewaltigen, dann ist das legal. Wenn Frauenhändler unsere Schwestern aus der 3. Welt kaufen und an deutsche Biedermänner weiterverkaufen, dann ist das legal. Wenn Frauen für ein Existenzminimum eintönigste Arbeit machen müssen und dabei ihre Gesundheit ruinieren, dann ist das legal. Alles Gewaltverhältnisse, die wir nicht länger bereit sind zu ertragen und hinzunehmen, die nicht allein dadurch abzuschaffen sind, daß wir sie anprangern. Die öffentliche Bewußtmachung des Ausmaßes an Gewalt gegen Frauen ist ein wichtiger Schritt, der aber nicht dazu geführt hat, sie zu verhindern. Es ist ein Phänomen, daß den schreienden Ungerechtigkeiten, denen Frauen ausgesetzt sind, ein unglaubliches Maß an Ignoranz entgegenschlägt. Es ist eine Toleranz, die männliches Nutznießertum entlarvt. Dieser Normalzustand hängt damit zusammen, daß es wenig militante Gegenwehr gibt. Unterdrückung wird erst sichtbar durch Widerstand. Deswegen sabotieren, boykottieren wir, fügen Schaden zu, rächen uns für erfahrene Gewalt und Erniedrigung, indem wir die Verantwortlichen angreifen.

Frage

Wie schätzt ihr die derzeitige Frauenbewegung ein?

Zora 2

Von der Frauenbewegung zu sprechen, finden wir falsch. Einerseits wird unter Frauenbewegung verstanden, was aus den alten Strukturen resultiert und davon übriggeblieben ist, von Projekten, Treffs bis hin zur Mystik. Es gibt viele Strömungen, die sich jedoch nicht fruchtbar ergänzen, sondern teilweise ausschließen und bekämpfen. Andererseits gehen neue politische Impulse von anderen Zusammenhängen aus, in denen sich Frauen als Frauen ihrer Unterdrückung bewußt werden, die radikal patriarchale Strukturen in Frage stellen und im Interesse der Frauen Politik machen z.B. die Frauen in Lateinamerikagruppen, im Häuserkampf, in antiimperialistischen Gruppen. Deswegen stimmt auch der Satz die Frauenbewegung ist tot, es lebe die Frauenbewegung! Denn die Frauenbewegung ist keine Teilbewegung wie die AKW-Bewegung oder der Häuserkampf, die sich überleben, wenn keine AKWs mehr gebaut werden und Spekulationsobjekte nicht länger zur Verfügung stehen. Die Frauenbewegung bezieht sich auf die Totalität patriarchaler Strukturen, auf deren Technologie, deren Arbeitsorganisation, deren Verhältnis zur Natur und ist damit ein Phänomen, das nicht mit der Beseitigung einzelner Auswüchse verschwindet, sondern erst in dem langen Prozeß der sozialen Revolution.

## Zora 1

Die Frauenbewegung hat ihre Niederlage beim 218 und bei der staatlichen Finanzierung von Projekten wie der Frauenhäuser nie richtig analysiert. Es fehlt ein ablehnendes Verhältnis zu staatlicher Politik. Zusätzlich wurde die Wende in der Familienpolitik durch die Welle der neuen Mütterlichkeit<sup>6</sup> in der Frauenbewegung vorweggenommen. Die Klassenfrage wurde auch immer ausgeklammert, soziale Unterschiede wurden durch die Gleichheit der sexistischen Ausbeutung negiert. Das erschwert gerade in der jetzigen Krise eine Antwort auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und verschärfte Ausbeutung sowie auf die reaktionäre Familienpolitik. Das Fehlen einer Handlungsperspektive, um angemessen auf den Krisenangriff zu reagieren, führt zu dem Dilemma, entweder offensiv gegen die reaktionäre Politik vorzugehen oder lediglich die Entfaltung von Subjektivität in Frauenfreiräumen zu retten. Diesen Widerspruch können wir nicht theoretisch lösen und die praktische Konsequenz, z.Zt. Frauenräte/Weiberräte zu bilden, ist keine vorantreibende Lösung. Erfahrungsgemäß erreichen wir Frauen keine Macht auf Wegen, die gerade dazu da sind, Frauen auszuschließen, die patriarchale Herrschaft zu sichern und zu erhalten. Deshalb sehen wir im Weiberrat, der darauf ausgerichtet ist, Einflußnahme in Parteien und Institutionen zu organisieren, den falschen Weg. Zora 2: Aber dazu gibt es mittlerweile auch andere wichtige Diskussionsansätze und Analysen unter Frauen, die die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung zum Gegenstand haben. So werden aus der Sicht von unten die verschärfte Ausbeutung mit Hilfe neuer Technologien untersucht, die neuen Lohn- und Arbeitsformen werden in ihren Folgen für die Frauen analysiert, die indirekten Gewaltstrukturen gegen Frauen werden immer genauer erfaßt. Der Alltagskrieg gegen Frauen die harte Pornowelle und die zunehmende frauenverachtende Propaganda sowie die gesellschaftliche Aufforderung zu mehr Mütterlichkeit, mehr Weiblichkeit werden von vielen Frauen deutlich erkannt und abgelehnt. Ebenso, daß die Krise und die neuen Kapitalstrategien diese rückschrittliche Frauen- und Familienpolitik zur Voraussetzung haben. Bevölkerungspolitik und dazu rechnen wir auch die Änderung des 218 ist der Versuch einer qualitativen Einflußnahme auf die Entwicklung der Bevölkerung. Zusammen mit der staatlich geförderten Gentechnologie ist es unter anderem Ziel, den gesunden deutschen Mittelstand zu vermehren eine Auslese, die verhindert werden muß. Wir brauchen heute dringender denn je eine radikale Frauenbewegung, die die Kraft hat, ganz konkret die gesellschaftliche und sozialpolitische Einkreisung nicht nur der Frauen, sondern auch anderer Bevölkerungsgruppen wie Ausländer und Minderheiten zu verhindern und aufzubrechen. Eine Frauenbefreiungsbewegung, die die Hoffnung auf Revolution nicht nur zu einem schönen Traum verkommen läßt.

## Frage

Begreift ihr euch als Teil der Frauenbewegung oder als Teil der Guerilla oder beides und wie seht ihr den Zusammenhang?

## Zora 1

Wir sind Teil der Frauenbewegung, wir führen den Kampf um Frauenbefreiung. Neben den theoretischen Gemeinsamkeiten gibt es noch einen anderen Zusammenhang zwischen unserer Praxis und der legalen Frauenbewegung nämlich den der subjektiven Radikalisierung, die auch anderen Frauen Mut machen kann, sich zu wehren, die dazu beiträgt, daß Frauen sich selbst und ihren Widerstand ernstnehmen. Das Gefühl der Stärke, wenn du siehst, du schaffst etwas, wovor du vorher Angst hattest und wenn du siehst, es bewirkt was. Diese Erfahrung würden wir auch gerne vermitteln. Wir denken nicht, daß das in den Formen ablaufen muß, die wir gewählt haben. Zum Beispiel die Frauen, die in Berlin eine Peep-Show störten, dort Frauenzeichen und Gestank hinterließen, solche Aktionen machen uns Mut, stärken uns und wir hoffen, daß es anderen Frauen mit unseren Aktionen

auch so geht. Unser Traum ist, daß es überall kleine Frauenbanden gibt wenn in jeder Stadt ein Vergewaltiger, ein Frauenhändler, ein prügelnder Ehemann, ein frauenfeindlicher Zeitungsverleger, ein Pornohändler, ein schweinisher Frauenarzt damit rechnen und sich davor fürchten müßte, daß eine Bande Frauen ihn aufspürt, ihn angreift, ihn öffentlich bekannt und lächerlich macht also z.B. an seinem Haus steht, wer er ist, was er getan hat an seiner Arbeitsstelle, auf seinem Auto Frauenpower überall!

Frage

Bei euren Aktionen gefährdet ihr unter Umständen das Leben Unbeteiligter. Wie könnt ihr das verantworten?

Zora 2

Woher kommt eigentlich die Unterstellung, daß, wer mit Unkraut-Ex oder mit Sprengstoff hantiert, all das über Bord werfen würde, was für euch, für die Frauenbewegung, für die Linke wie selbstverständlich gilt? Umgekehrt! Gerade die Möglichkeit, Leben zu gefährden, zwingt uns zu besonderer Verantwortlichkeit. Du weißt genauso gut wie wir, daß wir einpacken könnten, wenn du mit deiner Frage recht hättest. Es wäre doch paradox, gegen ein System zu kämpfen, dem menschliches Leben nur so viel wert ist, wie es verwertbar ist und im Zuge dessen ebenso zynisch, ebenso brutal zu werden, wie die Verhältnisse sind. Es gibt -zig Aktionen, die wir wieder verworfen haben, weil wir die Gefährdung Unbeteiligter nicht hätten ausschließen können. Manche Firmen wissen sehr genau, warum sie sich mit Vorliebe in belebten Häusern einnisten. Sie spekulierten auf unsere Moral, wenn sie sich in Mehrfamilienhäusern niederlassen, um dadurch ihr Eigentum zu schützen.

Frage

Was sagt ihr zu dem Argument bewaffnete Aktionen schaden der Bewegung. Sie tragen dazu bei, daß die Frauenbewegung mehr als bisher überwacht, bespitzelt wird, daß sie als terroristisch diffamiert, von der Mehrheit der Frauen abgespalten und isoliert werden könnte?

Zora 1

Der Bewegung schaden damit meinst du die einsetzende Repression. Es sind nicht die Aktionen, die der Bewegung schaden im Gegenteil sie sollen und können die Bewegung direkt unterstützen. Unser Angriff auf die Frauenhändler hat z.B. mit dazu beigetragen, daß deren Geschäfte öffentlich wurden, daß sie sich bedroht fühlen und wissen, daß sie mit dem Widerstand von Frauen rechnen müssen, wenn sie ihre Geschäfte weiterbetreiben. Und wenn die Herren wissen, sie haben mit Widerstand zu rechnen, dann ist das eine Stärkung für unsere Bewegung.

Zora 2

Die radikalen Teile mit allen Mitteln abzuspalten und zu isolieren, um die Bewegung insgesamt zu schwächen, ist seit jeher Strategie der Widerstandsbekämpfung. Wir haben in den 70er Jahren die Erfahrung gemacht, wohin es führt, wenn Teile der Linken die Propaganda des Staates übernehmen, wenn sie anfangen, für staatliche Verfolgung, Vernichtung und Repression diejenigen verantwortlich machen, die kompromißlos kämpfen. Sie verwechseln dabei nicht nur Ursache und Wirkung, sondern rechtfertigen damit implizit den Staatsterror. Sie schwächen damit ihre eigene Position. Sie engen den Rahmen ihres Protests, ihres Widerstands selbst ein. Zora 1: Unsere Erfahrung ist: um unberechenbar zu bleiben und uns vor den Zugriffen des Staates zu schützen, ist ein verbindlicher Zusammenschluß notwendig. Wir können es uns nicht mehr leisten, daß jede Gruppe alle Fehler wiederholt. Es muß

Strukturen geben, in denen Erfahrungen und Kenntnisse ausgetauscht werden und der Bewegung nützen können.

Frage

Wie sollen nicht autonom/radikal organisierte Frauen verstehen, was ihr wollt? Bewaffnete Aktionen haben doch eine abschreckende Wirkung.

Zora 2

Warum hat es keine abschreckende Wirkung, wenn ein Typ Frauen verkauft, sondern wenn sein Auto brennt? Dahinter steckt, daß gesellschaftlich legitimierte Gewalt akzeptiert wird, während ein entsprechendes Zurückschlagen abschreckt. Mag sein, daß es erschreckt, wenn Selbstverständliches in Frage gestellt wird, daß Frauen, die von klein auf die Opferhaltung eingebleut kriegen, verunsichert sind, wenn sie damit konfrontiert werden, daß Frauen weder Opfer noch friedfertig sind. Das ist eine Herausforderung. Die Frauen, die ihre Ohnmacht wütend erleben, finden sich in unseren Aktionen wieder. Denn so, wie jeder Gewaltakt gegenüber einer Frau ein Klima von Bedrohung gegenüber allen Frauen schafft, so tragen unsere Aktionen, auch wenn sie sich nur gegen einzelne Verantwortliche richten, mit dazu bei, ein Klima zu entwickeln Widerstand ist möglich!

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# **Aktion gegen die Bundesärztekammer, Köln (April 77)**

Am 28.4.77 haben wir uns die Nacht zurückerobert, die Bundesärztekammer in Köln kann nach unserer Vorarbeit jetzt ihren Frühjahrsputz halten.

Die Bundesärztekammer vereint die Macht der gesamten Ärzteschaft die Landesärztekammer, verschiedene Ärzteverbände (z.B. den Hartmannbund) und die kassenärztliche Vereinigung.

Das war unser Beitrag zur Walpurgisnacht. In der Walpurgisnacht zum 1. Mai demonstrieren überall in der BRD Frauen gegen Vergewaltigung eine Form der Gewalt, die wir Frauen tagtäglich in der Familie, in der Werbung, im Betrieb, auf der Straße und beim Frauenarzt erleben.

Wir verstehen die Bundesärztekammer als Vertreter der Vergewaltiger in weißen Kitteln, die sich über unser Selbstbestimmungsrecht hinwegsetzen und mit unseren Körpern Profit machen wie die großen Chemie-Konzerne. Die Handlanger der Chemie-Konzerne in Gestalt der Arzneimittelkommission sitzen unter einem Dach mit dem Ärztepack.

Besorgt um den Verlust ihrer Einnahmen durch illegale Abtreibungen und mit ihrer Allmacht über den menschlichen Körper, wehren sie sich bis heute erfolgreich gegen eine Streichung des 218.

Vor der Reform riet uns der Hartmannbund: Treibt doch mit dem Schürhaken ab! (anlässlich eines go-ins in Oberursel).

Nach der Reform sind wir Frauen vollends den Ärzten ausgeliefert: e

zwei Drittel der Ärzte boykottieren die Abtreibungen

Gutachten über die soziale Notlage werden von vielen Chefärzten nicht anerkannt

Gleichzeitig soll auf unsere Kosten gespart werden: die kassenärztliche Vereinigung fordert aus dem Hinterhof der Bundesärztekammer heraus die Streichung der Mutterschaftsvorsorge und die Streichung sachfremder Ausgaben, die durch den 218 entstehen.

Dabei geht es den meisten Ärzten schon lange nicht mehr um das gesundheitliche Wohlbefinden ihrer Patienten; ihnen geht es vielmehr darum, die Leute fit für den Arbeitsplatz zu halten. Der Vorsitzende der kassenärztlichen Vereinigung Nordwürttemberg Im Krankheitsfall sollte sich in den ersten sechs Wochen zunächst einmal die Einkommenssituation verschlechtern, damit ein Anreiz zum Gesundwerden da ist.

Damit die Ärzte pro Jahr und Nase durchschnittlich 170.000 DM einstreichen können, geht jede neunte von uns verdiente Mark an die Krankenkassen.

Die Schweine haben Namen. Frauen, sucht euch die Adressen, z.B. in Telefonbüchern! Frauen, denkt an Severing, Alt-Nazi und SS-Mitglied nach 33, heute CSU-Mitglied und Präsident der Bundesärztekammer!

# **Anschlag gegen Schering, Berlin (März 82)**

Am 7.3.82 haben wir bei Schering einen Brandsatz gelegt.

Dieser Konzern, der stolz vermeldet, daß er 1981 seinen Umsatz um 18,2 % auf 3,8 Milliarden Mark



steigern konnte, hat es schon lange verdient, unsere Wut und unseren Zorn zu spüren, die Milliarden, die er anhäuft, werden von Frauen in aller Welt mit Schmerzen, Verstümmelung, Tod und Zerstörung der Würde bezahlt. Für uns Frauen herrscht heute kein Friede, der Krieg wird gegen uns alltäglich geführt, und der Schering Konzern führt diesen Krieg weltweit besonders gegen Frauen. Seine Schweinereien sind so zahlreich, daß wir nur einige nennen können Prostagladine, von Schering hergestellt, wurde bei Abtreibungen von 6000 Frauen unter starken Schmerzen ausprobiert, was sie bis jetzt in ihren scheußlichen Laboratorien Tieren antun, wird jetzt auch Frauen angetan. Ein Prozeß gegen Schering endet mit Freispruch. Duogynon, ein weiteres von Schering hergestelltes Präparat, das nach zahlreichen Mißbildungen bei Kindern offiziell verboten wurden, ist unter dem Namen Cumurit wieder auf dem Markt. Und wieder, der Prozeß gegen Schering endete mit Freispruch.

Auch bei der Erforschung von Gen-Manipulationen hat neben Hoechst, Bayer und BASF der Schering-Konzern seine Finger im Spiel. Wie verlockend muß diesen HERREN die Vorstellung sein, auch die Reproduktion von Menschen (Retortenbabies) die letzte Bastion der Frauen unter ihre Kontrolle zu bringen, um ihr Menschenbild, die weiße Herrenrasse, endgültig durchzusetzen. Wen wundert es dann noch, wenn sich Ärzte, Juristen und Politiker in November 81 in den Räumen von Schering treffen, um endlich praktikable Mittel zu finden, den Hungerstreik politischer Gefangener zu brechen.

Was in den Metropolen erst angefangen hat, ist in der 3. Welt schon lange alltägliche Realität. Nicht umsonst vermerkt Schering, daß seine enorme Umsatzsteigerung vor allem auf dem Export beruht. Dahinter verbirgt sich, daß schon seit den 20er Jahren die Frauen in der 3. Welt mißbraucht werden, um Verhütungsmittel zu testen. Gleichzeitig läuft ein internationales Projekt zur Zwangssterilisationen der Frauen in der 3. Welt, während das Kinderkriegen in den Metropolen mit Geldprämien belohnt wird. So waren bis 1979 in Puerto Rico 34 % der Frauen sterilisiert, davon im Jahre 1979 allein 200.000. In Brasilien wurden allein im Jahre 1981 eine Million Frauen zwangsterilisiert.

Schering und die anderen Pharma-Konzerne setzen die Tradition fort, die die Nazis mit ihren Versuchen an Frauen in den KZs begonnen haben, der Unterschied ist nur, daß sie heute weltweit organisiert sind.

Das Leben ist eine Frau

und ihre Augen

mal zornig mal heiter

sie nimmt sich die Waffe

die ihr paßt

und sagt dir

der Kampf geht weiter

## **Aktion gegen den Arzt Lindemann, Hamburg (Februar 83)**

Am 23.2.83 haben wir das Auto von **Hans-Joachim Lindemann** in Brand gesetzt. Wir wollen dazu beitragen, daß er endlich aufgibt.

Lindemann, Chefarzt am Elisabeth-Krankenhaus in Hamburg, hat sich mit Sterilisationsversuchen an Frauen und als internationale Fachkraft in Sterilisationsfragen in der Dritten Welt hervorgetan. Er personifiziert die Strategie der Imperialisten, über die sog. Bevölkerungspolitik<sup>7</sup> die Gebärfähigkeit der Frauen zu kontrollieren Zwangssterilisation von Sozialhilfeempfängerinnen in den USA, von Indianerinnen und armen Frauen in Lateinamerika, von Türkinnen in der BRD, von ca. 33 % aller Puerto-Ricanerinnen in ihrem von den USA als Kolonie gehaltenen Heimatland. Drohende Aufstände werden mit der Ausrottung der Armen und Unterdrückten bekämpft

Sterilisation als lautlose Waffe der Imperialisten.

Lindemann sucht nach einem Verfahren, das kostengünstig und von den Frauen unbemerkt durchgeführt werden kann. An mindestens 700 Frauen hat er seit 1972 ohne deren Wissen vor einer notwendigen Gebärmutterentfernung Versuche zur operationslosen Sterilisation durchgeführt. Bei 520 hat er zunächst versucht, die Eileiter mittels hochfrequenter Elektrizität zu verkochen. Dann versuchte er 194 Frauen mit einem sogenannten Ethi-block die Eileiter zu verstopfen, als die Erfolgsquote auch hier gering war, verwandte er zusätzlich Silbernitrat, um eine Entzündung im Eileiter und die Verklebung des Ethi-Blocks zu erreichen. Sowohl der vom Pharma-Konzern Ethicon entwickelte Block als auch Silbernitrat (schon in der NS-Zeit erprobt) sind in der Gynäkologie nicht anerkannt. Mit ihrer Anwendung in den Versuchen hat Lindemann die Gesundheit der Frauen auf's Spiel gesetzt und ihr Selbstbestimmungsrecht mit Füßen getreten.

Unterstützt wird seine Forschung besonders von Ethicon und internationalen Bevölkerungspolitikorganisationen, auf deren Tagungen er ein vielgesehener Gast ist.

Lindemann ist zwar nur eine einzelne Figur im Zusammenspiel der Herrschenden, aber er sitzt direkt vor unserer Nase. Ein Strafverfahren gegen ihn ist eingestellt worden, aber er hat im letzten Jahr schon zu spüren bekommen, daß die Frauen nicht bereit sind, seine menschenverachtenden Praktiken und Forschung und die dahinterstehende imperialistische Politik hinzunehmen. Und er soll es weiterhin zu spüren bekommen, wenn er nicht schnellstens aufhört.

Revolutionäre Zellen und Rote Zora

## **Aktionen gegen den Frauenhändler Kirschner, Köln und das Philippinische Konsulat, Bonn (März 83)**

Ihr habt die Macht uns gehört die Nacht!

Für den ersten Sexboom in Südostasien sorgten die US-GIs, deren Kampfmoral im Vietnamkrieg durch organisierte Sexreisen ins benachbarte Ausland aufgemöbelt werden sollte. Sexindustrie und Bordellkultur sind immer eine Begleiterscheinung der militärischen Präsenz ausländischer Truppen; Unterwerfung von Frauen und imperialistischer Krieg gehören eng zusammen.

Die durch die Yanks in Gang gekommenen Sexgeschäfte wurden nach deren Abzug mit staatlicher Förderung weiter ausgebaut und als Tourismusbranche systematisch erschlossen (v.a. für Amerikaner, Deutsche, Japaner und zunehmend reiche Ölaraber).

In der BRD gibt es ca. 200 Unternehmen und es werden täglich mehr die unter dem Deckmantel Ehevermittlungsinstitut oder Reisebüro regelrechten Frauenhandel betreiben mit Asiatinnen, vorzugsweise Philippininnen. Das Angebot reicht von Reisen für alleinstehende Männer über die

Vermittlung von Ehefrauen bis zur Vermittlung von Frauen für Bordelle und Amüsierschuppen. Bei diesem Handel wird der Zusammenhang von Frauenunterdrückung und Ausbeutung der sog. 3. Welt besonders deutlich. Wir haben deswegen den 8. März Internationaler Frauentag zum Anlaß genommen, Betreibern dieses menschenverachtenden Frauenhandels Widerstand entgegenzusetzen.

Wir haben einem dieser Vermittler, Heinz Kirschner in Köln, der besonders dick im Geschäft steckt, das Auto in Brand gesetzt und das philippinische Konsulat in Bonn mit einem Sprengsatz angegriffen, da die philippinische Regierung diese Geschäfte unterstützt und schürt, Land und Leute verkauft, um sich selbst zu bereichern.

Die imperialistische Ausbeutung brachte das Land in eine Situation, die durch extreme Verschuldung und Verarmung der Bevölkerung erst die Voraussetzung schaffte für die Entwicklung von Sextourismus<sup>8</sup> und Prostitution in großem Ausmaß.

Heute hat es sich zu einem der Hauptwirtschaftszweige entwickelt, es ist die drittgrößte Devisenquelle für das Land. Das Geschäft lohnt sich für die philippinische Regierung der Marcos-Clique<sup>9</sup>, doch was haben die Frauen davon?

Ihrer Existenzgrundlage beraubt, bleibt den Frauen gar keine andere Wahl, als sich den weißen Herren zu verdingen, um überhaupt zu überleben ob unter der kurzfristigen und niedrigst bezahlten Lohnarbeit unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken (der Verdienst liegt weit unter dem Existenzminimum) oder durch Prostitution.

Auch Hotelbesitzer, Fluggesellschaften, Reiseunternehmern, Vermittlungsinstitute und die Männer der imperialistischen Staaten profitieren von der ökonomischen Not der Frauen. Der Besitz von DM und Dollars gibt ihnen das Recht, sich Frauen zu kaufen für eine Nacht, ein paar Tage, ein Leben.

Die Ehevermittler wittern hinter der gezielten Verarmung der Frauen nicht nur ihr lukratives Geschäft, sondern sie verstehen sich auch als Vertreter der männlichen Gesellschaftsordnung, die dafür Sorge tragen, daß jeder kleine Mann noch über eine richtige Frau verfügen kann. Da in der BRD die Besitzverhältnisse der Männer gegenüber ihren Ehefrauen durch wachsendes Selbstbewußtsein der Frauen angeknackst werden, sollen hier die philippinischen Frauen herhalten. Die Vermittler werben für ihren Frauenhandel, indem sie vor allem die Eigenschaften der Unterwerfung wie sanft, anschniegamsam und treu (Interpart Rolf Loos, Marstall 6, 3000 Hannover), anspruchslos und zu jedem Dienst bereit als besondere Attraktivität anpreisen.

## **Wirtschaftsmacht und sexuelle Ausbeutung**

Die Philippinen seit dem 16. Jahrhundert unterdrückt zuerst von den Spaniern bis hin zu den Yanks heute, mit deren Unterstützung der Diktator Marcos seine Interessen wahrt und das Land dem internationalen Agrobusiness und anderen Großkonzernen ausverkauft. Die ökonomischen Strukturen des Landes sind rein weltmarktorientiert, die eigenen Kulturformen von Lebens- bis Produktionsweisen sind fast völlig zerstört.

Wenn Del Monte, Dole, Transnational Corporation oder andere Agromultis heute Land wollen, dann schicken sie aufgrund des sich ausweitenden Widerstandes meist zuerst eine militärische oder paramilitärische Anti-Guerilla-Einheit vor. Die mordet, vergewaltigt die Frauen und treibt die Überlebenden in die sog. Wehrdörfer zum Schutz vor der Guerilla oder sie treibt sie einfach in den Wald. Gigantische Brände, Rodungen, Entlaubungen, Bulldozereinheiten machen alles nieder für die Agroausbeuter. Wenn die Überlebenden Glück haben, dürfen sie als Landarbeiter für Hungerlöhne wieder auf ihr Land in die Riesenplantagen, andere landen in den Elendsvierteln der Großstädte. Die meisten Männer werden dann dort als Arbeitssklaven exportiert 200.000 pro Jahr. In den

Arbeitslagern am persischen Golf vegetieren ca. 600.000 Philippinos. Die Frauen werden ohne Umstände den zwei großen Industriebereichen zugeführt den Weltmarktfabriken in den freien Produktionszonen (Textil, Optik, Elektronik vorwiegend, 90 % der dort Beschäftigten sind Frauen) und der multinationalen Prostitutionsindustrie. Jährlich wird ca. 1 Million DM allein am Prostitutionstourismus verdient. Über 80 % der Touristen sind Männer. Mord und Vertreibung sollen auch die Basis der Guerilla treffen, die stärkste in Asien. Man rechnet 30 % des Volkes zu den direkten Sympathisanten und es werden Jahr für Jahr um ein Drittel mehr. Ganze Familien schließen sich dem bewaffneten Kampf an. Immer geht es auch um die Bestrafung der paramilitärischen Mord- und Vergewaltigereinheiten, vor allem des berüchtigten verlorenen Kommandos.

Wir wehren uns dagegen in Solidarität mit den philippinischen Frauen, weil wir uns als Frauen durch diese Praxis angegriffen fühlen. Die Möglichkeit, hier philippinische Frauen wie Handelsware anzupreisen und zu verkaufen, ist verschärfter Ausdruck der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, der Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Männern und Frauen.

Wir greifen die Vertreter der patriarchalen Ordnung an, weil wir es nicht zulassen wollen, daß sie ihr Selbstverständnis von der Beherrschung der Frauen so reibungslos einlösen können.

Wir wollen ihre Ruhe stören, die für uns Frauen und in ganz besonderem Maße für die Frauen der sog. 3. Welt schon lange nur Unterdrückung und Krieg bedeutet. Denn **die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen.**

Was die unterdrückten Leute brauchen

ist nicht eure Sympathie,

eure Tränen oder gar Gebete

was sie am meisten brauchen,

ist eure Wut

(Zitat einer philipp. Frau)

## **Aktion gegen den Frauenhändler Günter Menger, Münster (August 83)**

Ich hab mir eine Frau gekauft (Bild 1983)

Das Geschäft blüht weiter mit dem Frauenhandel aus den Ländern der sog. 3. Welt. In Zeiten verschärfter Lebens- und Arbeitsbedingungen hier ist es immer noch möglich, sich durch die Strukturen imperialistischer Ausbeutung zu bereichern, wenn man nur den richtigen Geschäftssinn entwickelt.

Günter Menger aus Münster in Hessen (Imta), einer der ältesten und größten im Geschäft, hat seinen Handel mit asiatischen Frauen mittlerweile ausgedehnt auf Frauen aus Afrika und Lateinamerika. Sein Geschäft, zu dem auch die Organisation entsprechender Reisen in diese Länder gehört, betreibt er im schmucken Familienhaus auf dem Land mit ASIA-Bar und als Werbeattraktion eine asiatische Pappfrau in Lebensgröße am Fenster des Wohntrakts.

Unser Widerstand gegen diese frauenverachtenden Praktiken wird nicht abbrechen, darum haben wir am 19.8.83 den Flughafen-Service-Bus des Frauenhändlers Menger in Brand gesetzt. Daß er wegen

dieser Geschäfte schon in den 70er Jahren ein Ermittlungsverfahren wegen Menschenhandel und Begünstigung der Prostitution anhängen hatte, zeigt uns nicht, wie eifrig die Staatsanwälte in solchen Fällen ermitteln, sondern wie dick der Typ im Geschäft steckt. Seine Geschäftspraktiken sind ein Beispiel dafür, wie fließend die Grenzen sind zwischen dem Verkauf als Prostituierte und Ehefrau.

Das Verschleppen der Frauen in Bordells, in denen sie unter übelsten, gewalttätigen Bedingungen in Gefangenschaft gehalten werden, ist die unbeschreiblich offen brutale Form der Versklaverei, und findet auch die gesellschaftliche Ächtung, wenngleich wenig dagegen unternommen wird, weil sie im kontrollierten Maß auch Bestandteil der Gewaltverhältnisse hier sind.

Der Verkauf als Ehefrau dasgegen gilt hier als seriöses Geschäft. Immerhin erwirbt sich der Ehemann einen rechtmäßigen Eigentumstitel über die Frau, und die Funktion der Frau als Dienerin des Mannes, dem sie emotional und körperlich zur Verfügung steht, deckt sich mit der herrschenden Familienideologie hier.

Sexismus und Rassismus sind hier so tief verankert, daß es für die weißen Männer eine Selbstverständlichkeit ist, sich die Frauen der 3. Welt nach ihren Bedürfnissen anzueignen wie die Rohstoffe und Naturschätze dieser Länder. Bild wirbt für das Geschäft mit der Serie Wie kaufe ich mir eine Frau? und die Vermittler fänden es einen Jammer, die süßen Blumen ungepflückt zu lassen, wo sie doch hier dafür garantieren können, daß die Männer selbst Alte, Kranke, Verklemmte über eine Frau nach ihrem Geschmack verfügen können: knackig jung, exotisch, anspruchslos. Daß die ausweglose Situation dieser Frauen, in die die imperialistischen Länder sie gebracht haben, ihnen wenig Wahlmöglichkeiten läßt, hat die Rote Zora in ihrer letzten Erklärung aufgezeigt. (Brandanschlag auf das Auto des Heiratsvermittlers Kirschner und Sprengstoffanschlag auf die philippinische Botschaft). Wie sehr die Männer es als ihr Recht ansehen, die Frauen wie Ware zu behandeln, anzubieten und zu verkaufen, durchnummeriert, austauschbar, im Sonderangebot (Menger hält sogar Betten zum Ausprobieren bereit), zeigt die Reaktion von Kirschner wir haben ihn nicht vergessen -, der es nicht verstehen will, wegen seiner seriösen Geschäfte angegriffen zu werden.

Die philippinische Regierung reagierte offiziell betroffen auf den Angriff auf ihre Botschaft. Eine Pressekampagne wurde gestartet, in der sie diese Form der Handelsbeziehungen zwischen den Ländern verurteilt und sich auf die Seite ihrer Frauen stellt. Sie verteidigt ihr nationales Ansehen gegen diese Geschäfte, denen Anrüchiges anhaftet. Dazu kommt noch eine Portion männlicher Chauvinismus. Angeblich will sie hart durchgreifen gegen solche Praktiken des Frauenhandels, während sie andererseits den Sextourismus, drittichtigste Deviseneinnahme der philippinischen Wirtschaft durch staatliche Subventionen fördert. Sie schafft weiterhin die Voraussetzungen dieses Frauenhandels, betreibt den Ausverkauf des Landes an multinationale Konzerne, die dem philippinischen Volk die materielle Lebensgrundlage raubt, ihre ökonomischen und kulturellen Lebenszusammenhänge zerstört und sie somit den Ausbeutungstrategien unterwirft. Den wachsenden Widerstand im Land dagegen versucht sie mit brutalsten Repressionen niederzuschlagen.

Solange wir noch fühlen und denken können, werden diese Herren uns nicht los!

## **Anschlag gegen Siemens, Witten + Braunschweig (November 83)**

Siemens-Elektronik Von der elektrischen Zahnbürste bis zum Rollstuhl alles im Dienste der Menschheit!

Ob im Rechenzentrum der Bundeswehr, bei den Zielsuchgeräten der Tornados, den Panzern Leopard

oder Gepard, der Panzerabwehrrakete Milan, ob bei militärischen Funk- und Radaranlagen, ob beim Ausbau des neuen NATO-Nachrichtensystems NICS (nato-integrated communication systems, eine Zusammenführung sämtlicher ziviler und militärischer Fernmeldeeinrichtungen, wozu die Glasfaserverkabelung der BRD nötig ist) überall ist Siemens-Elektronik mit von der Partie. Keine NATO-Strategie ohne Siemens-Technik, kaum ein Krieg, an dem Siemens sich keine goldene Nase verdient hätte.

Siemens ist der zweitgrößte Rüstungskonzern der BRD (auf den Rüstungsumsatz bezogen) und ist führend an der Forschung für Militärtechnologie beteiligt. Mikroelektronik ist für die Weiterentwicklung der Waffensysteme von entscheidender Bedeutung. 2/3 der Kosten für die neuen Waffen entfallen auf ihre Elektronik. Die Entwicklung der Mikroelektronik ist wie alle Hochtechnologie militärischen Ursprungs.

Informationstechnologie ist ein zentrales Instrument zur Kriegsführung nach innen und außen: Computerdateien, Überwachungsanlagen auf Straßen, in Betrieben und Knästen, Personalinformationssysteme wären ohne Mikroelektronik undenkbar. Das BKA und die Landeskriminalämter sind mit Siemens-Computern ausgerüstet. Siemens ist immer gut im Rennen, wenn staatlich finanzierte Aufträge zu holen sind.

Daß Siemens seinen Anteil an Unterdrückung und Krieg so gerne unter dem Deckmantel eines Konzerns von der elektrischen Zahnbürste bis zum Rollstuhl alles im Dienste der Menschheit versteckt, ist ein Grund mehr für uns, seine glatte Fassade zu zerkratzen, sein sauberes Image zu zerstören. Damit seine Verantwortung an Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung sichtbar wird, haben wir in der Nacht zum 6. November an zwei Werken der Siemens-Kommunikationstechnik in Braunschweig und Witten Sprengsätze gezündet.

## **Computergesteuerte Maschinen brauchen keine Kaffeepausen und sind besser als Türkenfrauen!**

Nicht nur im militärischen Bereich meint Siemens einer glorreichen Zukunft entgegenzugehen. Mikroelektronik ist Voraussetzung für die Umstrukturierung des Arbeitsprozesses. Computergesteuerte Maschinen brauchen keine Kaffeepause und sind besser als Türkenfrauen! Rationalisierung ist wichtigstes Mittel zur Profitsicherung in sämtlichen Produktions- und Dienstleistungsbereichen. Gerade im Bürosektor werden Frauenarbeitsplätze wegrationalisiert, es entstehen neue Arbeitsplätze als Teilzeitarbeit, Aushilfen, Heimarbeit, die enorme Verschlechterungen mit sich bringen. Siemens ist auch hier ganz vorn

es läuft bei Siemens ein Pilotversuch mit Frauen, die ihre Schreibarbeiten zu Hause am selbstfinanzierten Telegarät machen. Erste Ergebnisse

sehr günstig für Siemens: geringerer Preis pro Seite, keine Sozialabgaben, keine Arbeitsplatzkosten.

Durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen konnte der Konzern 1982 seine Gewinne um 16 % steigern. 30.000 verloren in den letzten Jahren bei Siemens ihren Arbeitsplatz. Durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen trägt Siemens dazu bei, einen Markt von entrechteten, noch billigeren, immer verfügbaren Arbeitskräften zu schaffen. Es sind dann dieselben, die durch die Hintertür über Sklavenhändler, ohne vertragliche Absicherung, zu niedrigsten Löhnen und gefährlichen Arbeitsbedingungen wieder bei Siemens auf AKW-Großbaustellen arbeiten (z.B. Philippsburg).

## **Frauen in Weltmarktfabriken Flink, geschickt und unterwürfig...**

Mit Vorliebe investiert Siemens in Ländern mit faschistischen Diktaturen. Um die bestehenden Machtverhältnisse in den jeweiligen Ländern zu stützen, werden Militärhilfe und Waffen an die Machthaber geliefert. So liefert Siemens militärische Aufrüstung und Überwachungssysteme an Südafrika, um den Widerstand der namibischen Befreiungsbewegung<sup>11</sup> zu brechen.

Das günstige Investitionsklima und das phantastische Lohnniveau finden die Siemens-Manager von Portugal bis Südafrika und von Argentinien bis Indonesien. Ausländische Regierungen werben westliche Multis mit der Geschicklichkeit und Unterwürfigkeit ihrer (!) Frauen für Investitionen an. In der Mikrochipproduktion der asiatischen Länder arbeiten bis zu 95 % Frauen. Unter miesesten Bedingungen, ohne Absicherung, für Hungerlöhne arbeiten diese Frauen in der Regel 4 Jahre lang, bis sie durch die ständige Überanstrengung ihrer Augen an den Mikroskopen fast blind sind. Dann bleibt ihnen nur noch die Prostitution oder sie werden von skrupellosen Frauenhändlern in die BRD oder die USA verschleppt.

Der Kreis schließt sich: die Grundlagen der neuen Technologien werden durch Überausbeutung der Frauen in den Ländern der 3. Welt geschaffen, werden hier eingesetzt zur Veränderung der Produktion mit computergesteuerten Maschinen, Industrierobotern und im Büro- und Verwaltungsbereich mit den neuen Informations- und Kommunikationsmedien. Die Folgen hier sind: Entlassungen und verschärfte Ausbeutung besonders auch für Frauen.

Gegen den imperialistischen Normalzustand hilft nur unser Zorn!

Daß Teile der Friedensbewegung so eingleisig auf die Mittelstreckenraketen starren, erweckt leicht den Anschein, mit der Entscheidung über die Stationierung würde Krieg und Frieden entschieden

dabei wird vergessen, daß unzählige Menschen in den sog. Entwicklungsländern Tag für Tag der offenen und versteckten Völkermordpolitik der westlichen Imperialisten zum Opfer fallen künstlich erzeugte Hungersnöte, Zwangssterilisation und Krieg im Namen von Fortschritt und Freiheit nach westlichem Muster.

dabei wird vergessen, daß auch hier die Interessen der Herrschenden mit immer drastischeren Formen der Ausbeutung und Repression gegen uns durchgesetzt werden.

dabei wird vergessen, daß es unsere alltägliche Unterdrückung ist, die den inneren Frieden sichert, den sie für ihre imperialistische Kriegspolitik nach außen braucht.

## **Anschläge gegen Nixdorf, Hannover + den Verband der Vereine Creditreform, Neuss (Dezember 83)**

Bist du wahnsinnig,

wird uns gesagt, wenn wir zu weit gehen,

über die Stränge schlagen, die unseren Alltag einzäunen.

Du bist wahnsinnig!

Laßt uns wahnsinnig sein, Frauen, in der Überschreitung der Grenzen, die unser Leben beschränken und unsere Würde ersticken.

Du bist wahnsinnig -

das ist die männliche Reaktion auf unsere Grenzüberschreitung.

Unsere Reaktion auf die tödliche Rationalität der patriarchalen Verhältnisse wird uns als Schimpfwort, als Lasso um den Hals geworfen, das unsere Radikalität einfangen soll.

aber wir haben keine andere Wahl, als radikal zu sein.

Nur so holen wir unsere Würde zurück und unser Leben.

(Dorothea Brockmann)

Das magische und von allen heraufbeschworene Jahr 1984 ist da

Wir haben es mit unseren Silvesterknallern bei Nixdorf in Hannover und beim Datenzentrum Verband der Vereine Creditreform in Neuss gebührend begrüßt.

Wir hoffen, daß sich bei **Nixdorf** der für 1984 geplante Einzug in den Super-Glaskasten am Rande der Stadt verzögert. In diesem 7-Millionen-Projekt will der Computerriese den Verkauf seiner Elektronengehirne zentralisieren und weiter vorantreiben (15 %ige Umsatzsteigerung im Jahr 1983).

Die Firma Nixdorf beteiligt sich an dem Glasfaser-Modellversuch BIGFON in Hannover, dessen Erkenntnisse für die Verkabelung der gesamten BRD maßgeblich sein sollen. Klar ist, wer außer den beteiligten Firmen den Nutzen davon hat: die Wirtschaftsbosse und der Staat. Seit Ende des Jahres sind auserlesene Postkunden wie das Wirtschaftsministerium und die niedersächsische Staatskanzlei über eine 65 Mio. DM-Glasfaserstrecke miteinander verbunden.

Wir hoffen, daß bei dem Datenzentrum **Verband der Vereine Creditreform** einige Computer nicht mehr einsatzbereit sind.

Diese Firma, nach eigener Darstellung Europas größte Auskunfts- und Inkasso-Organisation (allein in der BRD gibt es 106 Geschäftstellen), erteilt 9 Millionen Auskünfte im Jahr und treibt jährlich für ihre Mitglieder Forderungen in Höhe von 250 Millionen DM ein. Dank ihres umfassend gefütterten Computers weiß die Firma mehr über einen einzelnen Menschen, als dieser auf Anhieb selbst von sich sagen könnte.

Ihre Informationen bezieht sie von ihren Mitgliedern und durch ein gut funktionierendes Informantennetz bei Ämtern, Behörden und Verwaltungen, die für Geld unter der Hand Daten an Creditreform geben.

Ganz legal und nicht weniger ergiebig ist die Zusammenarbeit mit der Schufa12 und den Banken: kostenfrei erhält Creditreform alle Auskünfte über jede Person und das sind nicht wenige, da heute viele Lebensäußerungen übers Konto laufen: Job, Wohnung, Gewerkschaftsbeitrag o.ä. Ganz im Verborgenen und unbeachtet werden hier die Daten zusammengetragen, was dann dazu führt, daß Vermieter oder Arbeitgeber kein Interesse mehr am Zustandekommen eines Vertrages haben, daß der Kleinkredit abgelehnt wird, daß der Leasing-Vertrag nicht klappt, einschneidende Entscheidungen ohne Durchschaubarkeit für den Betroffenen!

Das Jahr 1984 steht als Symbol eines neuen Zeitalters für den alles überwachenden Staat, für ein Leben, in dem der Mensch nur noch Opfer der Technologien im Interesse einer abstrakten Macht ist.



Diese Vision verschleiert aber, daß die technologischen Entwicklungen kein Zufallsprodukt sind, die sich gegen den Menschen schlechthin richten, sondern sie sind konsequente Entwicklung kapitalistischer Strategien im Interesse der HERRschenden.

1984 die Horrorvision des alles überwachenden und kontrollierenden Staates soll den Menschen jeglichen Mut zum Leben und zum Kämpfen nehmen.

Aber wir wissen, daß es hier in den Metropolen viele Menschen gibt, die ihre Phantasie und ihren Mut gegen die herrschende Gewalt setzen, die Überlebensstrategien entwickelt haben, indem sie klauen, schwarzfahren, Versicherungen betrügen, vom Staat Geld abziehen, Fahrkartenautomaten zerstören, Computer betriebsunfähig machen, die sich den Plänen von Staat und Kapital verweigern, sie sabotieren und angreifen.

Wir wissen, daß die Menschen in der dritten Welt Widerstand leisten gegen die zerstörerischen Strategien des Kapitals, daß sie kämpfen gegen die mörderische Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, gegen die Zerschlagung ihrer Strukturen, die Zerstörung ihrer Würde, indem sie auf der Straße die Wahrheit laut hinausschreien, Land und Fabriken besetzen, plündern und sich zurückholen, was ihnen gehört, in den Städten und Bergen den Angriff organisieren.

Wir setzen den Spaltung- und Vereinzelungsstrategien des Staates unsere Kollektivität entgegen, die wir entwickeln im Kampf auf der Straße gegen Frauenunterdrückung, Sexismus, Rassismus und imperialistischen Krieg, im Kampf um die besetzten Häuser und die autonomen Zentren, im subversiven Angriff auf die Zentren patriarchaler Macht.

## **Anschlag gegen das Max-Planck-Institut, Köln (August 85)**

**Den Hunger beseitigen** das behaupten sie alle, die Politiker, die Wissenschaftler, die Chemiefirmen doch es wird immer perfekter organisiert. Der Hunger die beste Waffe der Metropolen gegen die 3. Welt.

Eine neue Dimension, die Macht über die Nahrungsmittel und ihre Produktion zu erlangen, bietet die **Gentechnologie**. Das **Max-Planck-Institut** für Züchtungsforschung in Köln-Vogelsang ist Genzentrum für Grüne Gentechnologie. Am Genzentrum Köln sind die Universität Köln, die Bayer-Werke Leverkusen und das Bundesforschungsministerium beteiligt, es hat den Schwerpunkt Pflanzengenetik, vor allem die Entwicklung neuer Arten und Methoden.

Das MPI produziert Pflanzenarten, die in der Natur nicht vorkommen, die hohe Erträge haben und trotzdem nicht anfällig gegen Schädlinge sein sollen. Den Pflanzen werden mit Hilfe der Gentechnik Erbanlagen fremder Arten oder Lebewesen übertragen. So werden z.B. Bakterien, die den Stickstoff aus der Luft verwerten können, genetisch in Getreide manipuliert, dadurch könnte dann der Stickstoffdünger für diese Sorten verringert werden. Ebenso werden Pflanzen entwickelt, die widerstandsfähig gegen giftige Pestizide sein sollen. Diese Experimente ziehen eine Zerstörung der natürlichen Artenvielfalt und unvorhersehbare ökologische Probleme nach sich. Mit ihrer Wissenschaft dehnen die Herren ihre Macht auf die innere Struktur des Lebens aus, natürlich ohne zu klären, welche Folgen daraus erwachsen. Bayer Leverkusen sichert sich die Patente/Rechte auf die im Genzentrum Köln entwickelten Genstrukturen, womit die Neuschöpfungen zu ihrem Eigentum werden. Eine Konsequenz haben diese neuen Arten auf jeden Fall: Ihre profitable Nutzung setzt den sozialen Zerstörungsprozeß der Grünen Revolution<sup>13</sup> fort und erhöht die Macht der Agro-, Nahrungsmittel- und Chemiemultis. Den Hunger beseitigen sie nicht. Hier werden politische Pflanzen

gezüchtet, deren Folge die weltweite Kontrolle der Agrarwirtschaft durch einige multinationale Konzerne und deren Profitsteigerung ist.

Auf dem Gelände des MPI wird mit Landesmitteln ein neues Laborgebäude gebaut ein Ausdruck des derzeitigen Booms in der Genforschung.

Wir haben am 18.8.85 hier eine Bombe gelegt, um ihre Arbeit zu behindern.

## **Aktion gegen den Technologiepark Heidelberg (April 85)**

Sie haben es sich so schön vorgestellt,

die Herren des Genprogramms. Sie sagen, die Umwelt solle wieder sauber werden, unheilbare Krankheiten heilbar, der Hunger in der 3. Welt beseitigt und überhaupt die Menschen der weißen Rasse ein konzentriertes Paket von gesellschaftlich wertvollen Chromosomen, und sie erhoffen sich die vollkommene Herrschaft über Mensch und Natur und unsagbare Profite.

Aber es gibt Menschen, und vor allem Frauen, die von dieser schönen neuen Welt nichts halten. Sie wissen, daß Umwelt durch die Industrie und Profitgier verschandelt und zerstört wird und nicht durch ölfressende Bakterien zu retten ist. Sie wissen, daß sie krank werden durch die Industrie, die Medizin und durch die Lebensbedingungen und ihnen keine Pharmaprodukte helfen können.

Sie wissen, daß Hunger in der 3. Welt durch gierige Ausbeutung imperialistischer Länder produziert wird, und daß die neuen Genprodukte diese Länder noch ärmer und den Hunger noch größer machen. Und sie wollen sich nicht ihre Eier absaugen lassen, damit die Herren damit rumexperimentieren oder mit einem Retortenwunschkind dem inhaltlosen Leben Sinn geben. Sie wissen, daß nicht die Herrschaft über die Gene zur Lösung aller Probleme führt, sondern die Abschaffung der Herrschaft zur Befreiung.

Und ihr Wissen wirkt sich ungünstig auf ein gesundes Investitionsklima aus.

Deswegen haben wir am 13.4.1985 mit Sprengstoff den Technologiepark in Heidelberg heimgesucht.

Der **Technologiepark Heidelberg** steht kurz vor der Fertigstellung.

In ihm sollen die in der Uni Heidelberg entwickelte Grundlagenforschung der Bio- und Gentechnologie weiter entwickelt und gebrauchsfähig gemacht werden für die Großindustrie.

So ein Technologiepark, geplant nach dem amerikanischen Vorbild silicon valley, zeichnet sich durch die enge Verfilzung von öffentlichen Forschungseinrichtungen und privater Wirtschaft aus, personifiziert durch die Professoren.

Bisher neun innovative Patentfirmen mit Zeitmietvertrag (wenn sie nicht profitabel arbeiten und dem Konkurrenzdruck standhalten, müssen sie neuen Firmen Platz machen) wollen u.a. auf den Gebieten der Zellbiologie, Frühdiagnostika, Impfstoffe, Enzyme arbeiten.

Heidelberg ist zum Zentrum pharmazeutisch ausgerichteter Gentechnologie geworden.

Die Firmen BASF, Boeringer, Merck bestimmen über die Gesellschaft zur Förderung molekularbiologischer Forschung in Heidelberg e.V. maßgeblich, welche Grundlagenforschung an der Uni betrieben wird. Im Technologiepark Heidelberg ist es vor allem die Firma BASF aus Ludwigshafen, die auf alle Forschungsergebnisse ihre direkten Zugriffsmöglichkeiten gesichert hat.

## **Es rührt sich Widerstand**

Dies ist unser Beitrag zu dem Kongreß Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik in Bonn14, den wir als Ausdruck radikaler Ablehnung von Frauen dieser Technologie sehen.

Unsere Hoffnung auf Befreiung nährt sich aus dem Kampf gegen dieses menschenfeindliche System und seine Technologie.

Frauen, stört ihr Programm, laßt die Herren nicht in Ruhe forschen, schafft für dieses Land ein ungünstiges Investitionsklima auf allen Ebenen!

Gruß und Kuß Rote Zora

## **Aktion gegen das Humangenetisches Institut Münster (August 86)**

Wir waren am 5.8. im Humangenetischen Institut in Münster, um uns einige Akten anzueignen und um möglichst viel durch Feuer zu zerstören.

**Abschaffung aller humangenetischen Institute und Beratungsstellen! Stop der Bio- und Gentechnologie!**

Die Bio- und Gentechnologie ist eine entscheidende Schlüsseltechnologie im gegenwärtigen imperialistischen Umstrukturierungsprozeß. Ihre Anwendung in der Nahrungsmittelproduktion (Hungerpolitik), Kriegsforschung, für neue Produktionsverfahren und als soziales Kontroll- und Steuerungsmittel dient allein der Profit- und Herrschaftssicherung. Es geht den HERRschenden nicht um qualitative Verbesserungen der Lebensbedingungen, sondern darum, sämtliche menschlichen Lebensbereiche den Interessen der Verwertbarkeit, Kontrolle, Machtsicherung und technischer Machbarkeit zu unterwerfen.

Selbst die Katastrophe von Tschernobyl<sup>15</sup> wird die Bio- und Gentechnologie nutzen, ihren Anteil an der Planung einer katastrophalen Normalität akzeptabel und profitabel zu machen: die genetische Aussonderung der Menschen gemäß vergifteter Umwelt und miserabler Arbeitsbedingungen, für den quantitativen und qualitativen Bedarf dieses Systems. Studien zur Prüfung erhöhter genetischer Empfindlichkeit gegenüber Radioaktivität werden am HUMANGENETISCHEN INSTITUT in MÜNSTER seit einigen Jahren durchgeführt.

Dieses Institut ist ein Baustein für die in der BRD angestrebten flächendeckenden genetischen und sozialen Kontrollen über menschliches Leben und Reproduktion. Nach der Kosten-Nutzen--Analyse wird die Verminderung der Fortpflanzung von behinderten, nicht verwertbaren, nicht angepaßten Menschen (z.B. die Bewohner von sog. Asozialen-Siedlungen/W. Lenz vom Institut) und die Steigerung der Geburtenrate von wünschenswertem, leistungsfähigem, ökologisch weniger anfälligem Menschenmaterial propagiert.

Die Nähe zur faschistischen Auslese-Ausmerze-Politik ist nicht weit hergeholt, sie personifiziert sich in Münster in dem führenden NS-Rassehygieniker v. Verschuer, der ab 51 Direktor des Instituts war. Als solcher hat er eine umfassende Erhebung (2 Millionen Personen) über krankhafte Erbmerkmale durchgeführt, Grundlage für ein Machwerk über den Nutzen frühkindlicher Euthanasie<sup>16</sup> (1958): 16.000 Kinder kamen zur Vernichtung in Betracht. Diese Forschungen sind im Genetik-Register des Instituts festgehalten, werden weiter ausgebaut und verarbeitet.

Verschuer-s Nachfolger haben die traditionellen Ziele nicht aufgegeben, die faschistische Ideologie ist durch die wissenschaftlich untermauerte Sorge um die drohende Verschlechterung des Erbgutes (Tünte) und eine Eugenik der Gesundheitspolitik weiterentwickelt worden.

Als Erforschung genetisch bedingter Krankheiten ausgewiesen, wird in den aktuellen Schwerpunkten des Instituts Grundlagenforschung betrieben, die die Voraussetzung schafft für eine umfassende genetische Selektionspolitik, die bisher in den Bereichen pränatale Diagnostik (vorgeburtliche Aussonderung/Vernichtung) und Arbeitnehmer/innen-Screening (Aussonderung bzgl. der Schadstoffbelastbarkeit am Arbeitsplatz) praktisch betrieben wird.

Geforscht und gearbeitet wird in Münster an der Lokalisierung von Genen und Chromosomen (Genkartierung), an der möglichst weitreichenden Erfassung genetischer Merkmale, an der Entwicklung technischer Verfahren zur Erfassung und Manipulierbarkeit erblicher Defekte, an der Herstellung des Zusammenhangs zwischen genetischer Abweichung und Sozialstruktur und an der EDV-gerechten Verarbeitung des erhobenen Datenmaterials.

Überregional fließt das gesammelte Datenmaterial in verschiedene Zentralregister ein und wird weiterkoordiniert mit dem bereits bestehenden Gesundheitskontrollapparat. Es wird hiermit die Basis geschaffen für eine aggressive Sozialpolitik, die entlang der Kosten-Nutzen-Analyse die Vernicht sog. unwerten Lebens offensiv betreibt (in der Vorlage unleserlich17) wird über die Zusammenarbeit mit der Uni-Frauenklinik sichergestellt. Zudem (???) eine Beratung Mittel zur Durchsetzung der Normalität genetischer Nachwuchsplanung, Akzeptanzstudien werden gleich mitbetrieben.

Das Ganze wird verkauft als individuelle Lebens- und Gesundheitsfürsorge. Unter dem verinnerlichten Druck, Normen zu erfüllen verbunden mit Angst, die von oben bewußt geschürt wird, oder Hoffnung auf individuelles Lebensglück liefern die ratsuchenden Frauen das Material für eine Forschung, die sich gegen die Frauen selbst richtet: weitere Enteignung der Frauen von ihrem Körper, die gesamte menschliche Reproduktion soll ausschließlich unter den Zugriff und der Kontrolle medizinischer Techniker stattfinden, damit die Frauen für Mann/Staat/Kapital gesunde und leistungsfähige Kinder produzieren. Anderssein, das den herrschenden Interessen widerspricht, wird zum genetischen Defekt. Die Verantwortung, diesen Defekt zu vermeiden, wird jeder einzelnen Frau zugeschoben.

Daß sich diese Politik vor allem gegen Ausländerinnen, Frauen der unteren sozialen Klasse und Behinderte richtet, zeigt sich an den sozialhygienischen Zwangsmaßnahmen, denen sie durch Abtreibungs- und Sterilisationsempfehlungen unterworfen sind und von denen sie in der Zukunft durch die Verweigerung der Kostenübernahme im Falle einer Behinderung betroffen sein werden wie schon heute in den USA.

Der Bevölkerungspolitik hier nach den Kriterien der Verwertbarkeit entspricht auf brutalste und mörderische Weise die Vernichtung breiter Teile der Bevölkerung in den drei Kontinenten.

Frauen müssen sich dieses Gesamtzusammenhangs und ihrer Verantwortung bewußt sein, wenn sie die Dienste dieser Institute in Anspruch nehmen.

Mit der genetischen Klassifizierung der Menschen schaffen sich die HERRschenden ein Instrumentarium, die Menschen in ihren sozialen Zusammenhängen zu erfassen und zu kontrollieren, sie den Bedingungen von Ausbeutung und Verwertung zu unterwerfen und so die patriarchale Klassenherrschaft erneut zu festigen.

Wir bekämpfen diese Technologie nicht wegen ihrer Nichtberechenbarkeit oder unabsehbarer Folgen, wie oft argumentiert wird, sondern wir kämpfen gegen die beabsichtigte und tagtäglich praktizierte

Normalität dieser Technologie, die die Vernichtung, Unterdrückung und Unterwerfung von Menschen sehr berechnend plant und durchführen hilft. Nicht die Katastrophe ist das, was uns bedroht, sondern daß es einfach so weitergeht.

Kampf dem imperialistisch-patriarchalen Normalzustand!

Rote Zora

## **Zwei Erklärungen zu Aktionen gegen das Humangenetische Institut Münster (Januar 1987)**

Die sexistische Arbeitsteilung und Ausbeutung und die Gewalt gegen Frauen ist für uns Bestandteil des patriarchalen Herrschaftssystems, ohne das Imperialismus in der Dritten Welt und hier nicht begriffen werden kann.

Im Kampf gegen die Bio- und Gentechnologie sehen wir einen Ansatzpunkt, unseren Widerstand gegen dieses System, gegen jegliche Unterdrückung, für Frauenbefreiung weltweit zu entwickeln. Wir sehen unseren Kampf hier nicht losgelöst von den Verhältnissen, die der Imperialismus in der Dritten Welt bewirkt, sondern als konkreten, praktischen Anti-Imperialismus, indem wir versuchen, den reibungslosen Ablauf der Kapitalstrategien und sein Eingreifen in die Strukturen der Dritten Welt hier zu behindern.

Anlaß für unsere Aktion und diese Veröffentlichung war für uns die Tatsache, daß die Humangenetik ein wesentlicher Ansatzpunkt in der öffentlichen Auseinandersetzung über die Gen- und Reproduktionstechnik war/ist. Die Diskussion um die Humangenetik spiegelt eine Perspektivlosigkeit in der Frauenbewegung wieder, zumindest wenn sie so wie in Berlin auf der ANTIGENA geführt wird. Wo sind die Forderungen und Ansätze geblieben, die den von den Herrschenden vorgegebenen Rahmen und deren Denkmuster sprengen? Wo fordern wir unsere feministischen Utopien noch ein?

Die Behinderten in Berlin forderten die Schließung der Humangenetischen Beratungsstellen. Diese Einrichtungen sind die Schaltstellen für die gesundheitliche Erfassung möglichst vieler Menschen, für die Selektion von erwünschtem und unerwünschtem Nachwuchs, für die Verbreitung der Idee, alle gesellschaftlichen Probleme vom Alkoholismus über Allergien, Kriminalität und Behinderung seien biologischer Natur und medizinisch reparierbar.

Gegen die Forderung der Behinderten erhob sich massiver Protest unter den Frauen: es müsse jeder Frau zugestanden werden zu entscheiden, ob sie ein behindertes Kind wolle, jede Frau müsse diese Entscheidung selbstständig treffen und die Forderung nach Schließung würde ein Tabu einrichten.

Dabei ist ein ganz anderes Tabu längst schon in unsere Köpfe eingepflanzt: Das Tabu, über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinwegzudenken und zu fordern: das Recht, anders zu sein als der Durchschnitt; das Recht, sich entgegen aller Propaganda von Humangenetikern, Medizinerinnen und Sozialpolitikern eine Welt vorzustellen und darum zu kämpfen, in der Kranke und Behinderte integriert sind. Eine Welt, in der sie keine Last sind. Eine Welt, in der die ganzen krankmachenden Umweltbedingungen und gesellschaftlichen Verhältnisse verschwunden sind.

Die Propaganda der Humangenetiker, Bevölkerungspolitiker und auch unsere eigene Angst stellen das Problem auf den Kopf: Ein Giftmüllskandal, ein Atomunfall sind Anlaß, die Humangenetik anzupreisen und gegen die Opfer herrschender Politik zu wenden.

Sie sagen, daß den Frauen geholfen werden soll. Sie bekommen Informationen an die Hand, die sie zu

einer selbstbestimmten Entscheidung über Abtreibung/Sterilisation führen sollen.

Und die Selbstbestimmung hat spätestens dort ihre Grenzen, wo sich z.B. Frauen in der Psychiatrie, in den Sonderschulen, unangepaßte Frauen hier und vor allem auch die überflüssigen und Widerstand leistenden Frauen in der 3. Welt nicht den bevölkerungspolitischen Zielen der Herrschenden freiwillig unterwerfen diese Tatsache bleibt bestehen, auch wenn das alles zum Wohl für Behinderte, Sonderschüler, Psychiatrisierte und Arme in der 3. Welt umgedeutet wird.

Mit Hilfe der genetischen Klassifizierung soll die Ausgrenzung aller erreicht werden, die sich nicht bedinglos der Normalität des kapitalistischen Arbeitsalltags unterwerfen.

Geplant wird, nach Kosten-Nutzen-Rechnungen die Versorgungskosten für kranke Kinder und Erwachsene zu senken. Während dieses Problem im Faschismus durch schlechtere Versorgung und spätere Vernichtung des unwerten Lebens gelöst wurde, sind die Methoden der heutigen Humangenetiker subtiler: Durch ihre Propaganda Selbstbestimmung der Frau, Verhinderung von Leiden der Behinderten und ihrer Angehörigen wollen sie erreichen, daß die Frauen sich freiwillig den bevölkerungspolitischen Zielen der Herrschenden unterwerfen.

Das Bedürfnis von Frauen nach einem gesunden Kind ist erstmal ein Ausdruck der Situation, daß nach wie vor in diesem Staat die Frauen die eigentliche Verantwortung für die Kinder haben und deshalb jede Abweichung vom sogenannten Normalen zu Lasten der Frauen geht. In der Ökonomie des kapitalistisch/patriarchalen Systems sind Frauen immer Manövriermasse in der Reproduktion und auf dem Arbeitsmarkt, die objektiv maßgeblich zur Senkung der Lohnkosten beiträgt. Auch in dieser Logik müssen Frauen leistungsfähige, d.h. gesunde Kinder kriegen, die sich möglichst kostengünstig für Mann/Kapital/Staat fit machen sollen.

Denjenigen, die sich diesen Plänen widersetzen, droht ein ganzer Sanktionskatalog: Einschränkung der finanziellen Möglichkeiten, wenn behinderte Angehörige nicht mehr über die Solidargemeinschaften wie z.B. Krankenkassen oder Rentenanstalten unterhalten werden, Einschränkung der individuellen Möglichkeiten, wenn Frauen für die Versorgung der Behinderten allein zuständig sind, gesellschaftliche Isolierung oder Ausgrenzung Psychiatrie/Zwangssterilisation, etc. Durch das Vorsorge- und Untersuchungsangebot der Humangenetiker werden Ängste der Frauen kanalisiert, von den eigentlichen Verursachern wie Chemiekonzerne, Atomlobby, Giftmüllproduzenten abgelenkt und individualisiert. Ein Giftmüllskandal führt eher zu der Forderung nach Ausweitung der humangenetischen Beratung in der Schwangerschaft als zum Sturm auf die Giftmüllproduzenten und zu gemeinsamen Aktionen bei den Gesundheitsbehörden. Die bestehenden Untersuchungsangebote sind schlichtweg ein Alibi und sollen der Beruhigung der Opfer dienen.

Um die Entstehung von Krankheiten bei Neugeborenen einzugrenzen, sind nicht die humangenetischen Beratungsstellen sinnvoll, sondern erstens müssen die krankmachenden Umweltbedingungen, und zweitens muß die technisierte Geburtsmedizin aufgrund derer ca. 50 % der Behinderungen bei Neugeborenen zurückzuführen sind abgeschafft werden.

Die Humangenetiker kennen nur einen verschwindend kleinen Anteil von Störungen oder Schäden, die genetisch bedingt sein sollen.

Wichtigstes Ziel ist es daher, für ihre Forschungen Datenmaterial zu sammeln, das so breit wie möglich gefächert ist (hierbei beziehen sie auch Krankheiten wie Alkoholismus oder Krebs ein). Hier treffen sich die Interessen der Reproduktionsmediziner, der Gentechnologen und Vorsorge-Ärzte, die Hand in Hand arbeiten.

Der Begriff Selbstbestimmung der Schwangeren ist in diesem Zusammenhang fehl am Platz: Ärzte

bestimmen die Untersuchungsmethoden, Humangenetiker die Interpretation der Ergebnisse und der 218 bestimmt die Bedingungen der Abtreibung. Rückblickend müssen wir sagen, daß die 218-Kampagne der Frauenbewegung in der (vielleicht auch unbewußten) Tradition der Selektion und Ausgrenzung von Behinderten gestanden hat. Dies ist eindeutig enthalten bei der eugenischen Indikation.18

Die in den letzten Jahren systematisch geschürte Angst vor einem behinderten Kind, die Strategie, Kosten-Nutzen-Denken in alle Köpfe zu verpflanzen, Krankheit als individuelles Verschulden und Problem hinzustellen, hat scheinbar verfangen. Die Forderung nach selbstbestimmter Nutzung der humangenetischen Beratung zu stellen, heißt die Forderung nach selbstbestimmter Selektion zu erheben.

Selbstbestimmung ist nicht mehr kollektive, politische und kämpferische Forderung gegen die Integration/Unterwerfung unter herrschende Verhältnisse, sondern Legitimation für individualistische Prozesse. Diese Individualisierung politischer Konflikte macht uns nicht nur schwach, sie ist unpolitisch und läßt uns unsere Utopien aus den Augen verlieren.

Lasst uns die humangenetischen Beratungsstellen schliessen!

Klauen wir ihnen die Datensammlungen!

Solidarisieren wir uns mit denen, die ausgemerzt und ausgegrenzt werden sollen!

Greifen wir die an, die uns kaputtmachen!

Lasst es uns zusammen machen!

Für eine starke internationale Frauenbefreiungsbewegung!

Kampf dem imperialistisch-patriarchalen System!

Bei unserem Besuch im Humangenetischen Institut (HGI) in Münster im August letzten Jahres ist es uns gelungen, das Archiv zu zerstören; das jedenfalls schrieb die Presse in den nachfolgenden Tagen. Es war das Lebenswerk von Lenz, das er im Lauf seiner Tätigkeit am humangenetischen Institut in Münster aufgebaut hatte. Diesem Archiv wurde laut Zeitungsmeldungen internationale Bedeutung zugeschrieben. Einiges haben wir in der Nacht mitgenommen, alles andere ist verbrannt. Uns ist es auch nicht in erster Linie darauf angekommen, das Archiv auszulagern, wir wollten es vorrangig zerstören, damit die Macht, die Weißkittel aus solchen Archiven ziehen, an einer Stelle gebrochen wird.

Bei der Durchsicht der Akten haben wir keine spektakulären Schweinereien aufgedeckt, wie sie etwa bei Stockenius der Fall gewesen ist. Das heißt allerdings nicht, daß hier solche nicht passieren, da unsere Auswahl nicht repräsentativ ist.

Wichtig für uns ist, von der Fixierung auf die Skandale wegzukommen. Sie gehören zwar zu diesem System und sind als solche auch zu denunzieren. Gleichzeitig haben die Skandale oft aber die Funktion, daß sich die kritischen Wissenschaftler und Mediziner dagegen abgrenzen können, um damit die Harmlosigkeit ihrer Arbeit zu dokumentieren und die Akzeptanz des sozial-politischen Konzepts der Humangenetik erhöhen.

Es ist vielmehr die alltägliche Normalität das Erfassen und Aufarbeiten der Daten, das Einpflanzen des Selektionsgedankens in die Köpfe der Menschen -, die die Gefährlichkeit dieser Institute ausmacht.

## Zu den Personen

### 1.) Widukind Lenz,

langjähriger Direktor des Humangenetischen Instituts in Münster, vor einiger Zeit von seinem Amt entpflichtet, aber noch weiter tätig in seinem Archiv, hoffentlich nur bis zum Tag der Vernichtung seines Lebenswerks. Er ist Anfang der 60er Jahre in Hamburg, wo er an der Kinderklinik des Universitätskrankenhauses Eppendorf arbeitete, bekannt geworden durch die Arbeit an der Aufdeckung des Zusammenhangs zwischen kindlichen Mißbildungen und dem Schlafmittel Contergan. Er gilt als Spezialist auf dem Gebiet frühkindlicher Schädigungen.

### 2.) Tünte,

Leiter der Humangenetischen Beratung in Münster, Spezialist für den Bereich Populations- und Sozialgenetik.

### 3.) O.v. Verschuer,

Studium der Medizin und Anthropologie u.a. bei Fritz Lenz (Vater von W. Lenz, Rassenhygieniker, der für ihn persönlich und beruflich eine große Bedeutung hatte) in München, bei Eugen Fischer in Freiburg (ab 1927, Gründer und Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik).

Bis 1935 Mitarbeiter in Fischers Institut. Begründet dort seinen wissenschaftlichen Ruf mit der Forschung an tuberkulösen Zwillingen.

1933 Professor für Rassenhygiene und Erbbiologie.

1935/1942 Gründer und Direktor des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene in Frankfurt. Schwerpunkt des Instituts: umfangreiche Zwillingsforschung, Familienforschung, erbbiologische Bestandsaufnahme.

Eine der senkrecht startenden Assistenten an seinem Institut ist Mengele<sup>20</sup>, dem Verschuer auch verbunden bleibt, nachdem Mengele in die SS überwechselt. Beide Judenhasser, beide wissenschaftliche Vertreter der Ausmerze.

Herausgabe eines Leitfadens für Rassenhygiene für die Nachwuchsschulung.

1942/1945 Nachfolger Fischers als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts. Vortragsreisen mit eher ideologischen Themen (Erbanlage als Schicksal und Aufgabe der Bevölkerungs- und Rassenhygiene in Europa, Erbanlage und Charakter. Verschuers Institut betreibt eine Außenstelle in Auschwitz. Leiter: Mengele).

Nach dem Krieg (1949 Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Mainz) 1951 Direktor des Instituts für Humangenetik in Münster.

## Erbberatung

Die allgemeine Verunsicherung und Angst, die z.B. durch Skandale und deren Veröffentlichung hervorgerufen werden, lassen die Humangenetischen Beratungsstellen (HGB) zu einer scheinbar hilfreichen Einrichtung werden.

Die HGB kann dann die aufgeschreckten Ratsuchenden mit sachlichen Argumenten beruhigen, mit Prozentzahlen und Verharmlosung der Schädigung von Umweltgiften und Medikamenten.



Auf Anfragen mit speziellem Verdacht wird immer mit Prozentzahlen geantwortet, zum Teil mit medizinischen Erläuterungen zur dominant rezessiven Vererbung, die das Ausgeliefertsein gegenüber den Risiken eher fördern als relativieren und damit verstärkte Unsicherheit produzieren. In der Beratung Tüntes wird fast immer entweder weitere Untersuchung und/oder Beobachtung nahegelegt oder im Falle der Schwangerschaft pränatale Diagnostik empfohlen, was ebenfalls die Unsicherheit verstärkt, die Angewiesenheit auf medizinische Einrichtungen unterstreicht, das totale Abhängigkeitsgefühl hervorruft. Die Verunsicherung treibt die Betroffenen in die Verfügungsgewalt der Mediziner und Genetiker, die dann ihrerseits mit Hilfe ihres medizinischen Apparates beruhigen.

Die Antwortschreiben auf die Anfragen der Ratsuchenden sind im väterlich fürsorglichen Ton geschrieben und suggerieren persönliche Anteilnahme und Betreuung nach dem Motto in unserer Obhut sind Sie gut aufgehoben, wir untersuchen und erforschen genauestens, werden Ihnen eine objektive Antwort geben und das Beste für Sie herausfinden, worüber Sie frei entscheiden können.

Es wird fast nie zur Abtreibung oder Kinderlosigkeit geraten. Aus dem Material geht hervor, daß es derzeit nicht primär um die Verhinderung von Behinderten geht, sondern um Stigmatisierung (Kriterien für normal-nicht normal), um das Sammeln und Aufarbeiten von genetischen Daten, um die Verbreitung des Selektionsgedankens (es ist möglich, Behinderung zu vermeiden).

Oft wird den Ratsuchenden eine weitere Beobachtung angeboten oder Zusatzinformationen angefordert. Nach außen wirkt es wie eine unsystematische, zufällige Sammlerleidenschaft, nach innen wird archiviert und erfaßt.

Eine besondere Bedeutung des Humangenetischen Instituts liegt in der Zentralisierung. Es scheint zum Selbstverständnis vieler Ärzte und Krankenhäuser zu gehören, daß sie interessante Fälle an das Humangenetische Institut schicken, damit diese aufgearbeitet werden.

Es gibt weitere Hinweise auf zentrale Datenerfassung. Sterilisationsempfehlungen bei bestimmten Krankheitsbildern d.h. Zwangssterilisationen sind die konsequente Folge dieser Wissenschaft.

Aus dem vorliegenden Material läßt sich insgesamt eine grundlegende These formulieren: Der individuelle Genpool wird verantwortlich gemacht für sogenannte Erkrankungen, Miß- und Fehlbildungen. Exogene<sup>21</sup> Schädigungswirkungen von Giften, Medikamenten, Strahleneinwirkungen werden verharmlost. Teilweise berechtigte Ängste von Frauen werden auf die individuelle Verantwortlichkeit hin kanalisiert. Hochgespielt wird die Verantwortung für ein fehlerfreies Leben, heruntergespielt dagegen die Auswirkungen von alltäglichen Katastrophen, d.h. von der Zerstörung der Natur und Umwelt bis zur HERRschenden Techno- und Pharma-Medizin.

## **Medikamente, Strahlen und Gifte**

Aus den Antwortschreiben von Lenz geht die Verharmlosung von Drogen, Tabletten, Strahlen etc. hervor, gegenüber dem schwerwiegenderen Problem des Alkoholismus. Seiner Ansicht nach gilt für Mutationen, daß der Einfluß des Lebensalters weitaus größer ist als der von erheblichen Strahlenmengen. Auch eine Chemotherapie ist unbedeutend.

Diese Strategien der Verharmlosung, deren sich die Herren Humangenetiker bedienen, basieren immer auf der Beweisführung der Betroffenen. Kein Pharmaproduzent muß die nicht-schädigende Wirkung seines Medikamentes beweisen, bevor es auf dem Markt kommt. Erst die Erfahrungen in der Praxis also die reinen Menschenversuche bringen den Beweis für schädigende oder nicht-schädigende Wirkung auf den Menschen, den Fötus. An diesem Prinzip hält sich auch der Lenz. Liegen ihm keine größeren Untersuchungsreihen über eine Medikamenteneinnahme während der Schwangerschaft und

der Vergleich mit Neugeborenen vor, oder hat es bisher keine ihn hellhörig machenden Rückmeldungen aus den Krankenhäusern bzw. Kinderkliniken, die einen Verdacht der Korrelation von Behinderung und spezifischem Medikament aufkommen lassen, gegeben, stellt er der Pharmaindustrie Unbedenklichkeitsbescheinigungen aus. Ab und zu mit der Frage gekoppelt, allerdings nur an die Kollegen in den Krankenhäusern, ob noch weitere Fälle bzgl. dieses Präparates bekannt sind.

Wenn ein Medikament wie z.B. Reparil schon jahrzehntelang in der Schwangerschaft verabreicht wurde ohne daß jemals der Verdacht einer teratogenen (zur Fehlbildung führenden) Wirkung aufgetaucht ist, kann das verschiedene Gründe haben, aber es ist nicht der Beweis, daß das Medikament keine teratogene Wirkung hat. Kein Verdacht bedeutet nicht den Ausschluß. Die Unbedenklichkeitsbescheinigungen liegen vollkommen im Interesse der Pharma-Industrie, mit denen er regen Kontakt pflegt, wie weiter unten dokumentiert. Zynisch klingen auch seine Antworten auf Nachfragen nach den Hinweisen entsprechender Beipackzettel der Medikamente: ... darf während der Schwangerschaft nicht verabreicht werden oder andere warnende Hinweise: Sie dienen allein dazu, die Firmen vor sinnlosen Prozessen zu schützen oder ähnlich von ihm formuliert.

Die Unbedenklichkeit gegenüber Medikamenten begründet Lenz mit dem unverfrorenen Vergleich anderer Substanzen unserer natürlichen und künstlichen Umwelt, die wir ohne es zu wissen aufnehmen. Absolut abwieglerisch wird Lenz zum Thema Dioxin. Seine Korrespondenz mit Boehringer Ingelheim, die in ihm einen Verbündeten gegen die Verunglimpfung von Dioxin-Gift gefunden haben, verdeutlicht seine guten Kontakte zur Pharmaindustrie und das Interesse, sein Wissen, sein Fachsehen auch in ihren Dienst zu stellen.

Auch Schering pflegt den Kontakt zur Humangenetik.

Die Loyalität gegenüber Industrie und HERRschender Medizin ist absolut durchgängig.

Die sprachliche Zurückhaltung von Lenz, auch mit dem Umgang der Amniozentese<sup>22</sup>, ist der Tatsache geschuldet, daß er einer Generation entstammt, die durch den Nationalsozialismus behaftet ist. Von der Berührung mit sozialer Eugenik sind seine Beratungen weiter entfernt als dies bei seiner Instituts-Nachfolgegeneration der Fall ist; Tünste spricht hier eine deutlichere Sprache.

## Sozialgenetik

1971 wird an die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG) ein Förderungsantrag Genetische Erhebung gestellt, aus dem hervorgeht, daß Tünste die Sozialgenetik als neue Fachdisziplin vorantreiben will. In Forschungsberichten, die 1975 als Jahresbericht an die Deutsche Forschungsgesellschaft gehen, wird dieses Vorhaben konkretisiert.

Ziel dieser Forschung ist es, die sozialen Dimensionen genetischer Erkrankung sichtbar und meßbar zu machen, um ein umfassendes Konzept zur Intensivierung der genetischen Beratung zu entwickeln, in dem neben den genetischen Fragen auch die sozialen und psychologischen Aspekte Berücksichtigung finden. Daraus erwächst die Möglichkeit, nicht norm-gerechtes Verhalten als Krankheit zu definieren und möglichst breit zu erfassen. Als Arbeitsbegriff für Behinderung gilt die Einschränkung in Bezug auf eine oder mehrere Aktivitäten, welche in Übereinstimmung mit dem Alter, Geschlecht und der sozialen Rolle der jeweiligen Person, als die allgemein wesentlichen und grundlegenden Bestandteile des Alltagslebens angesehen werden. Die von der Leistungsgesellschaft an den einzelnen gestellten Anforderungen sind der Maßstab für normgerechtes Verhalten.

Der soziale Anspruch, mit dem Tünste seinen Forschungsapparat zu legitimieren versucht nämlich die Umweltbedingung an Behinderung durch Vorurteile und Stigmatisierung aufzudecken entlarvt sich in

seinen eigenen Schlußfolgerungen: Soziale Strukturen beeinflussen die Manifestation der zu Nüftluxation disponenten Erbanlagen, wenn z.B. infolge ärmlicher Lebensbedingungen eine rechtzeitige Diagnose und eine optimale Behandlung unterbleiben. ...die Frage der gesellschaftlichen Belastung durch Erbkrankheiten ist für die Sozialgenetik von zentraler Bedeutung. Natürlich hebt Tüne hervor, daß Sozialgenetik eine wertfreie Wissenschaft ist und grenzt sie als solche gegen die Eugenik ab. Wenn er aber die gesellschaftliche und finanzielle Belastung von Erbkrankheit ins Spiel bringt im Zusammenhang mit Überlegungen der Kosten-Nutzen-Analyse wird die Sprache deutlich.

Aufschlußreich schien uns die Art der Datenerhebung für seine Untersuchungen. Einerseits griff er auf das Genetikregister des Instituts zurück, andererseits ermittelte er über das Einwohnermeldeamt nicht betroffene Vergleichspersonen. Die Ergebnisse wurden computergerecht aufgearbeitet. Das Ganze ist mehr als zwölf Jahre her, wird von ihm selbst als Anfang einer neuen Forschungsrichtung bezeichnet.

## **Historisch aber immer noch aktuell**

Zum Schluß begeben wir uns in die Geschichte des Nationalsozialismus. Aus dem Inhalt einer historischen Akte zu den Vortragsreisen Verschuers im Jahre 1939-1944 ist uns ein Vortrag vor Verwaltungsleitern der Heil- und Pflegeanstalten in Berlin 1939 zu veröffentlichen wichtig. Hier geht es um die Einbindung der Krankenhäuser in die Erfassung von Zwangssterilisationen. Ein für die heutige Zeit aktuelles Thema, wo die Datenerfassung in den Krankenhäusern stark zunimmt von Krebsregistern über die Diagnostikstatistik bis zur integrierten Datenverarbeitung.

Damals wie heute wurden und werden sogenannte Behinderungen in der Krankenakte festgehalten, auch wenn der Krankenhausaufenthalt damit nichts zu tun hat, und Krankengeschichten werden obligatorisch registriert.

Damals wie heute gab und gibt es die Diskussion, jeden Arzt in das System der Rassenhygiene bzw. humangenetischen Beratung einzubeziehen.

Damals wie heute stellte und stellt sich die Frage nach der notwendigen Ausbildung im Fach Rassenhygiene bzw. Humangenetik, selbst für die Lehrerausbildung.

Mit der Einrichtung der Erbkarteien sollte eine gesundheitliche Bestandsaufnahme unseres Volkes angestrebt werden. Angestrebt wird heute eine gesundheitliche Bestandsaufnahme der Bevölkerung, eine möglichst flächendeckende Erfassung und Registrierung der Menschen durch medizinische Institutionen, Karteien und Register, damit die qualitative Kontrolle des Bevölkerungsmaterials gewährleistet ist und bevölkerungsmanipulierende Maßnahmen ergriffen werden können.

Damals wie heute gab und gibt es gleiche Methoden und Vorgehensweisen der Erforschung: Familienforschung und Statistik, Zwillingsforschung und empirische Erbprognose. Heute hinzugekommen sind die biotechnischen Möglichkeiten der Chromosomen- und Genuntersuchungen und daran gekoppelt die EDV-mäßige statistische Verarbeitung.

Das Objektverhältnis gegenüber menschlichem Leben generell äußerte sich gegenüber den Frauen als Objekt der Forschung und Mittel der Umsetzung quantitativer und qualitativer Bevölkerungspolitik besonders in dem Interesse, die Fruchtbarkeit der sogenannten wertvollen Frauen optimal auszubeuten.

Das Leid der Kinderlosigkeit war immer schon Anknüpfungspunkt für die Durchsetzung von HERRSchaftsinteressen.

Parallelen und Ähnlichkeiten von Struktur und Ideologie damals wie heute könnten weiter fortgeführt werden, aber uns reicht!

Auffällig ist natürlich die vorsichtige Formulierung in heutigen Konzepten. Es ist nicht direkt von der Verantwortung der/des Einzelnen der Volksgemeinschaft gegenüber die Rede, sondern eher vom Leid des Individuums und der Verantwortung sich selbst gegenüber, obwohl ab und zu auch schärfere Töne zu vernehmen sind. Man spricht nicht von Ausmerze und Zwangsmaßnahme, sondern ist bemüht um die Propaganda des Prinzips der Freiwilligkeit.

Wir denken, daß die dokumentierten Vergleiche an Deutlichkeit keinen Zweifel lassen.

Rote Zora

## **Anschlag gegen die Gesellschaft für biotechnologische Forschung, Braunschweig (September 86)**

Kampf dem imperialistisch-patriarchalen Normalzustand

Für eine materialistische Analyse und Strategiebestimmung der Befreiung der Frau sind in neuerer Zeit verschiedene, teilweise kontroverse Ansätze in der Diskussion. Gemeinsam ist ihnen die Erkenntnis, daß die unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frau eine materielle Voraussetzung der kapitalistischen Produktion ist, ebenso wie die nur partiell bezahlte Lohnarbeit.

Das Bewußtsein der Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche durch das Kapital nicht nur des Produktionsbereiches schafft die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit einer umfassenden, alle Lebensbereiche verändernden Revolutionierung der Verhältnisse. Das ist eine Chance für uns Frauen, aus den festgeschriebenen Rollenstrukturen herauszukommen und in das gesellschaftliche Leben einzugreifen und seine Richtung zu beeinflussen und das nicht nur in der Vorstellung, sondern **in der Tat** und als selbstverantwortliches Handeln. Das bedeutet die Entwicklung unserer Identität und die Entfaltung unserer (auch ungeahnter) Kräfte.

Die Erfahrung der eigenen Unterdrückung und Ausbeutung als Frauen und die Solidarität mit den Menschen der sog. 3. Welt durch das Wissen um die Machenschaften des Imperialismus d.h. die tägliche Feststellung, daß unsere Lebensvorstellungen und sozialen Bedürfnisse in Konfrontation zu den Warenbeziehungen des Kapitals stehen ist der Motor für unser befreiendes Handeln.

Diese Erfahrung beruht nicht nur auf unserer subjektiven Wahrnehmung, sondern hat ihre materialistische Grundlage in der Notwendigkeit des Kapitals, für seine Akkumulation alle Tätigkeiten, Lebensäußerungen und Lebensgrundlagen des Menschen zur Ware zu machen und sie letztendlich zu zerstören.

In diesem Argumentationszusammenhang steht für uns die Gen-Technologie. Wir sehen hier besonders die Tatsache, daß sämtliche lebendigen Prozesse von Tieren, Pflanzen und Menschen vom Kapital einverleibt und verwendet werden.

Die Bio-Technologie hat für das Kapital strategischen Wert, um auf technologisch erhöhter, profitträchtiger Stufe die Akkumulationskrise zu überwinden. Das gilt besonders für die Bereiche: Genetische Manipulation in der Landwirtschaft, in der Pharma-Industrie, in der militärischen Nutzung und in den bevölkerungspolitischen Maßnahmen. Zu diesen Themen gibt es mittlerweile ausführliche

Informationen und Diskussionen im gesamten Spektrum der Frauenbewegung.

Eine wesentliche Einrichtung für diese Technologie ist die **Gesellschaft für biotechnologische Forschung mbH** (GBF) in Braunschweig-Stöckheim. Die GBF ging aus der 1976 von der Stiftung Volkswagenwerk gegründeten Gesellschaft für Molekularbiologische Forschung (GMBF) hervor. Sie wird zum nationalen Zentrum der biotechnologischen Forschung ausgebaut, das alle wesentlichen Bereiche der Biotechnologie umfaßt. Hierbei stellt der Staat die Gelder für die Grundlagenforschung in der Bio- und Gentechnologie bereit.

Die GBF wird im Verhältnis 90:10 vom Bund (BWFT) und dem Land Niedersachsen finanziert. Außerdem beteiligt sich die Industrie finanziell an einigen Forschungsprojekten.

So wurden beispielsweise von der Firma Degussa (Frankfurt) Gelder u.a. für die Methodenentwicklung durch den neuen Enzymmembranreaktor zur technischen Gewinnung von Aminosäuren bereitgestellt. Die Aminosäuren sind ein ganz wichtiger Produktionsbereich der Biotechnologie und haben in vielen Bereichen einen hohen Markt- und Stellenwert z.B. als Zusatz zu Futtermitteln und in der Medizin.

Die sog. Partnereinrichtungen, z.B. die Kernforschungsanlage Jülich, Schering, Höchst und Fraunhofer-Institut und die Berater- und Lizenzverträge mit 40 nationalen und internationalen Firmen weisen auf eine erfolgreiche Kooperation mit der Industrie hin. Die GBF schafft die baulichen und technischen Voraussetzungen für die industrielle Umsetzung der Biotechnologie.

Sie schreibt eine menschenfreundliche Arzneimittelproduktion auf ihre Fahnen, um diese neuen Technologien akzeptabel zu machen und zu verkaufen. Es geht ihnen nicht darum, die Ursachen von Krankheiten und Umweltzerstörung zu beheben, sondern diese als Markt im Sinne des Profits auszunutzen. So sind sie dabei, eine Gen-Maschine zu entwickeln, mit der das synthetische Gen zur Produktion von  $\beta$ -Interferon hergestellt werden soll. Auf diese Weise können sie massenhaft  $\beta$ -Interferon produzieren, als es mit natürlichen Genen möglich ist.

(Interferone zeichnen sich durch ihre Schutzwirkung auf menschliche Zellen gegen Viren aus, und gleichzeitig wirken sie auch wachstumshemmend auf Gewebekulturzellen, besonders auf Tumorzellen). Durch diese internationale Entwicklung der Erbsubstanz (DNR-Synthese) kommt es zu einer immer schnelleren Verfügbarkeit künstlicher Gene und findet eine **zunehmende** Anwendung dieser Gene in der Gentechnologie statt.

Damit wird die Arbeit der GBF auf diesem Gebiet und ihre nationale und internationale Bedeutung besonders deutlich. Diese herausragende Bedeutung, die die GBF für die gegenwärtige industrielle Anwendung der Bio- und Gentechnologie hat, ist der Grund, warum wir in der Nacht von Samstag, 20.9.86, auf Sonntag einen Sprengstoffanschlag bei der Gesellschaft für biotechnologische Forschung mbH Braunschweig gemacht haben.

Es ist genug!

Für eine radikale Frauenbefreiungsbewegung!

Für die Zerschlagung des patriarchalen Imperialismus!

# Anschlag gegen Adler (Juni 87)

Leben mit Qualität

Das ist der Verkaufsslogan der Adler Bekleidungs-GmbH.

Wessen Leben, was für eine Qualität?

## Frauenstreik in Südkorea

Ort des Geschehens die Textilfabrik Flair Fashion der bundesdeutschen Adler23 Bekleidungs-GmbH in der südkoreanischen Freihandelszone Iri.

Anfang April traten dort 1.600 Beschäftigte (ca. 90 % Frauen) in einen 9 Tage andauernden Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die deutsche Firmenleitung von Adler setzte daraufhin Militärpolizei und private Schlägertrupps gegen die streikenden Frauen ein. Der Aufstand wurde brutal niedergeschlagen, 13 Wortführer/innen wurden fristlos entlassen (ihre Namen stehen jetzt auf schwarzen Listen der Polizei, d.h. daß sie im ganzen Land keine Arbeit mehr bekommen werden), 69 Arbeiterinnen wurden verhaftet.

Seit 1978 läßt der **Adler**-Konzern einen Großteil seiner Produktion in südostasiatischen freien Produktionszonen (u.a. auch in Sri Lanka) unter den miesesten Bedingungen für die dort arbeitenden Frauen und natürlich mit maximalen Gewinnen (allein 1985: 25 Millionen DM) herstellen.

Für die Frauen bei **Flair Fashion** bedeutet das:

Arbeit bis zu 12 Stunden täglich

6-Tage-Woche, manchmal auch sonntags

Zwang zu unbezahlten Überstunden

Stundenlohn von 0,35 bis 0,80 DM, was weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn von DM 450, liegt

dauernde Zeitmessungen zur optimalen Leistungssteigerung

häufige Arbeitsunfälle, bei denen die Firma den Frauen keinerlei finanzielle Absicherung gewährleistet

erniedrigende Leibesvisitationen beim Verlassen der Fabrik.

Die Lohnsklaverei basiert auf sexistischer und rassistischer Ausbeutung von Frauen nur sexuelle Beziehungen zu deutschen Vorarbeitern sichern ihnen kleine Verbesserungen. Mit patriarchalem Gestus und nach weißer Herrenrasse-Manier äußert sich der Firmenchef Fürchtgott **Adler**

Ohne die schwarzhaarigen, mandeläugigen Koreanerinnen wäre der steile Aufstieg des **Adler**-Unternehmens kaum möglich gewesen, und lobt ihre Lernfähigkeit in deutschem Volksgut, das sie bei den Firmenveranstaltungen zur Schau stellen müssen.

In Übereinkunft mit 22 anderen BRD-Konzernen sowie japanischen und US-amerikanischen Unternehmen nutzt **Adler** das überaus günstige Investitionsklima und das fantastische Lohnniveau in Südkorea und anderen Ländern der 3 Kontinente, um seine Profite zu sichern.

Eine Krisenlösungsstrategie des Kapitals in den 70er Jahren lag in der Auslagerung von sog. arbeitsintensiven Fertigungen oder Teilfertigungen. Das betraf hauptsächlich die Bekleidungs- und

Schuhindustrie, Teilproduktionen für den Maschinenbau, die Produktion von Elektrogeräten und Mikrochips. Tausende von Arbeiterinnen wurden hier in der BRD entlassen.

Der brüchig gewordene Klassenfrieden in den Metropolen wird aufrecht erhalten durch billige Konsumangebote auf Kosten der Menschen in den 3 Kontinenten.

Diese Menschen werden befriedet und eingepaßt in die Entfremdung der kapitalistischen Waren- und Freizeitgesellschaft. Auch dafür bietet **Adler** ein hervorragendes Angebot für die Große Adler-Familie: im firmeneigenen Blatt gibt es einen Service für sogenannte Club-Mitglieder: e

- organisierter Urlaub in über 100 angemieteten Hotels

Kaufanreize über Rabatt-Karten

intelligente Problemlösungen bei Schlüsselverlust oder Gewichtsproblemen

sowie eine Südafrika-Reise unter dem Motto Afrika, wir kommen, ganz in rassistischer kolonialer Tradition.

Selbst dem Sozialhilfeempfänger hier soll vermittelt werden, für ein paar Mark noch bunte modische Waren kaufen zu können und zusätzlich das Gefühl, noch seinen Platz in der Konsumgesellschaft zu haben.

In den 30 Verkaufsstätten und Dienstleistungsbetrieben der Firma **Adler** in der BRD arbeiten hauptsächlich Frauen in individualisierenden Arbeitsverhältnissen d.h. befristete Arbeitsverhältnisse, Arbeit auf Abruf, KAPOVAZ (kapazitätsorientierte, variable Arbeitszeit) oder Arbeitsverhältnissen unterhalb der 430, Mark- Grenze.

In der BRD sind ein Drittel aller Frauen erwerbstätig. Sie begeben sich nicht in Lohnarbeitsverhältnisse, um sich persönlich zu entfalten, sich zu emanzipieren oder der häuslichen Isolation zu entkommen, sondern nehmen die doppelte Ausbeutung als Haus- und Lohnarbeiterin auf sich, weil sie schlicht und einfach das Geld brauchen, um leben zu können.

Entweder sind sie unverheiratet, ohne Mann, der sie miternähren könnte, oder der Familienlohn des Mannes reicht nicht aus. Eine Zunahme von Lohnarbeitsplätzen für Frauen in den letzten Jahren geht einher mit einer zunehmenden Verdrängung von Frauen aus garantierten Arbeitsverhältnissen. Junge, bisher nicht im Lohnarbeitsverhältnis stehende Frauen oder arbeitslos gemeldete Frauen werden verstärkt in den Produktionsprozeß einbezogen, während gleichzeitig ältere, schon verbrauchte Frauen ausgesondert werden und in die entgarantierten Arbeitsverhältnisse abgedrängt werden.

Nach ungefähren Schätzungen arbeiteten 1979 eine Million Frauen in versicherungsfreien Jobs.

Obwohl sich auch in den Metropolen die Lebensbedingungen verschärfen, dürfen wir einen entscheidenden Punkt auf keinen Fall außer Acht lassen:

Unsere Privilegien, wovon der Konsum eines ist, beruhen auf der Ausbeutung, Verwertung und Vernichtung der Menschen der 3 Kontinente. Der Konsum wird uns als Ersatz für Leben untergeschoben.

Die jeweiligen nationalen Regierungen warben/werben bei westlichen Multis mit den flinken Händen und der Unterwürfigkeit ihrer Frauen und bieten ihnen insbesondere in den sog. freien Produktionszonen die Vorteile von Steuerfreiheit und unbeschränktem Geldtransfer. In diesen Fabriken arbeiten fast ausschließlich Frauen.

Durch Zerstörung der Subsistenzwirtschaft werden immer mehr Menschen gezwungen, ihr Land zu verlassen und in die großen Städte umzusiedeln. Jungen Frauen bleiben meist nur zwei Möglichkeiten, ihr Überleben und das ihrer Familienmitglieder zu sichern: die der Prostitution, d.h. ihren Körper z.B. den 40.000 in Südkorea stationierten GIs oder den unzähligen abenteuerhungrigen Männern aus imperialistischen Ländern zu verkaufen oder sich in Weltmarktfabriken zu Hungerlöhnen ausbeuten und kaputtmachen zu lassen. In der Regel werden sie im Alter von 25 Jahren rausgeschmissen, weil sie nicht mehr profitabel sind.

Die von den USA wirtschaftlich und militärisch gestützte Diktatur in Südkorea setzt alles daran, das Land zum industriellen Schwellenland für die Investitionen der westlichen Multis hoffähig zu machen. Gegen die wachsende Opposition im Land geht sie mit brutalen Mitteln ihres Repressionsapparates vor.

Die Proteste gehen aus von Studenten, die ihren Kampf antikapitalistisch, antiimperialistisch und nationalistisch verstehen, von zunehmender Organisierung in den Betrieben, von Menschen, die die Erinnerung an den niedergemetzelten Volksaufstand (bewaffneter Aufstand in Kwangju von 1980) wachhalten, sowie den Slumbewohnern, die sich gegen Zwangsumsiedlung zwecks Stadtverschönerung aus Anlaß des internationalen Olympia-Spektakels 1988 in Seoul zur Wehr setzen.

Der Kampf der Frauen bei **Adler** zieht einen Strich durch die Rechnung von der Großen **Adler-Familie**

Wir sind wütend, daß ein Unternehmen aus einem der reichsten Länder der Welt mit solcher Brutalität auf unsere Forderungen reagiert ... schreiben die streikenden Frauen in einem Flugblatt.

Trotz Versammlungs- und Streikverbot haben sie sich in dem ebenfalls verbotenen freien Gewerkschaftsverband Korea Democracy Labour Movement organisiert, kämpfen sie für das Recht auf Vollversammlung in der Fabrik und für die Verwirklichung der fundamentalsten Menschenrechte und treffen sich, um die weiteren Schritte ihres Kampfes zu bestimmen.

Die Androhung der Verlegung der Produktionsstätte in ein anderes Land nützte Adler nichts. Die kollektive Kampferfahrung von Frauen setzt sich über nationale Grenzen hinweg!

In Solidarität mit den kämpfenden Frauen bei **Adler** in Südkorea haben wir in der Nacht zum 21.6.87 in der Hauptverwaltung des **Adler-Konzern** in Haibach bei Aschaffenburg eine Bombe gelegt, mit der Absicht, einen Teil ihres Verwaltungsapparates zu zerstören.

Die kapitalistische Akkumulation macht alle menschlichen Tätigkeiten, Lebensäußerungen und materiellen Lebensgrundlagen zur Ware. Auch wenn dieser Entfremdungs- und Individualisierungsprozeß fortschreitet, so können wir wenigstens mit der Mode gehen.

Die Verantwortlichen sitzen hier!

Die geschlechtliche Arbeitsteilung und Ausbeutung und die Gewalt gegen Frauen ist Bestandteil des patriarchalen Herrschaftssystems, ohne das der Imperialismus in den 3 Kontinenten und hier nicht begriffen werden kann.

Wir sehen unseren Kampf hier nicht losgelöst von den Verhältnissen, die der Imperialismus in den 3 Kontinenten bewirkt, sondern als konkreten, praktischen Anti-Imperialismus, indem wir versuchen den reibungslosen Ablauf der Kapitalstrategien hier zu behindern, in Solidarität mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung.



Für eine starke internationale Frauenbefreiungsbewegung!

Kampf dem imperialistisch-patriarchalen System!

Diesem Anschlag auf die Adler-Hauptverwaltung in Haibach folgten am 15.08.87 zeitgleich Anschläge auf die Adler-Filialen in Halstenbeck, Bremen, Oldenburg, Isernhagen, Kassel, Holzwickede, Neuss, Frankfurt und Aachen.

## **Anschlag auf das biotechnische Institut an der TU Berlin (Februar 88)**

Es lebe der internationale revolutionäre Frauenkampf!

Die Frauenbewegung hat durch Informationen und Aktionen deutlich gemacht, daß die Bio- und Gentechnologie pures Herrschaftsmittel ist.

Sie ist

verschärfter sexistischer Angriff auf Frauen (Bevölkerungspolitik)

rassistische Selektion für imperialistische ökonomische Vernutzung

biologisch organisierte gigantische Vernichtung von Menschen, Pflanzen und Tieren (Grüne Revolution) im Dienste des Profits

ungeheure Profite fürs Kapital, insbesondere im Bereich von Pharma- und Lebensmittelindustrie.

Das gewaltige Engagement der Öl- und Chemie-Multis (Hoechst, BASF, Bayer, Schering, Sandoz, Ciba Geigy) für Forschung und Entwicklung der Bio- und Gentechnologie ist logisch, da diese Technologie zusammen mit der Mikroelektronik das profitabelste Zukunftsprojekt fürs internationale Kapital ist. Bezeichnend ist, daß die vier hier existierenden Gen-Zentren wesentlich von den BRD-Konzernen mitfinanziert werden und die dortigen Forschungsvorhaben unter der Voraussetzung stattfinden, daß sie transnational sind und eine Beteiligung der Industrie ermöglichen.

Durch die staatlich finanzierte Grundlagenforschung mit dem Schwerpunkt Anwendungsorientierung hat die BRD mittlerweile ihren Rückstand in der Technologie gegenüber USA und Japan aufgeholt und ist nun führend in Europa. Geforscht wird außer an den vier Genzentren in fünf Großforschungsanlagen (Gesellschaft für biotechnologische Forschung mbH Braunschweig, Kernforschungsanlagen Jülich und Karlsruhe, Krebsforschungszentrum Heidelberg, Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung) an 10 Max-Planck-Instituten und an 34 Universitäten.

Gezielte vom BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technik) und den Ländern finanzierte Programme (Förderung technologisch orientierter Unternehmensgründung T.U.-Modellversuch Biotechnologie/Technologieparks) sollen den Konzernen auf die Sprünge helfen und die industrielle Verwertung der Technologie vorantreiben. Die Bio- und Gentechnologie spielt auch in der imperialistischen Formierung und Vereinheitlichung Westeuropas eine bedeutende Rolle: e

Schwerpunkt im EUREKA24-Programm, neben Informationstechnik und Weltraumforschung

Forschungsaktionsprogramm der EG von 1985 bis 1989

Finanzierung des Europäischen Laboratoriums für Molekular-Biologie (EMBL) in Heidelberg, bei der die BRD den größten Anteil hat.

Die staatliche Erstellung von Sicherheitsbestimmungen oder die Einrichtung einer Gentechnik-Enquetekommission haben nur Legitimationscharakter und tragen letztendlich dazu bei, die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Technologie zu erreichen. So wird aktuell auf Regierungsebene die Ausdehnung des Patentgesetzes diskutiert, wonach demnächst insbesondere von der Chemie-Industrie gefordert gentechnisch manipulierte Pflanzen und Tiere in den Besitz der Konzerne gehen werden und für deren industrielle Vermarktung freigegeben sind.

Einen Eindruck von der zynischen, mensch- und naturverachtenden Arbeit der Genforscher vermittelt das jüngst bekannt gewordene Beispiel aus Argentinien, wo ein in den USA gentechnisch hergestellter Virus an Kühen ausprobiert wurde, unter gezielter Einbeziehung von Menschen in das Experiment.

Gegen die Zukunftsabsichten der Imperialisten mit dieser Technologie organisieren Frauen einen entschiedenen radikalen Widerstand auf allen Ebenen: e

der öffentlichen Information, der Anprangerung von Grundlagenforschung, Instituten und Personen, die an der Bio- und Gentechnologie beteiligt sind,

sowie der militanten Sabotage und Verhinderung dieser Technologie, die sich als notwendige und wertvolle Bestandteile unserer Politik gegenseitig ergänzen und bereichern.

Gegen die Verwertung von Frauenarbeit und Frauenkörpern hat weltweit der Frauenwiderstand zugenommen in Südafrika, El Salvador, Südkorea, Palästina ... wird der revolutionäre Kampf wesentlich von Frauen getragen. Der revolutionäre Kampf ist Realität und Gefahr für die Herrschenden. Hier versuchen Frauen nicht nur im Bereich der Gentechnologie, sondern auch gegen Frauenhandel/ Gewalt gegen Frauen und imperialistische Auspressung von Frauenarbeit, ihre Erkenntnisse in einer feministischen, internationalistischen revolutionären Praxis zu verwirklichen.

Wir haben schon öfter betont, daß wir unseren Kampf als praktischen Internationalismus begreifen.

Trotz Repression und Verfolgung,<sup>25</sup> wodurch die Herrschenden mit allen Mitteln versuchen, den Frauenwiderstand zu verhindern Es gibt für uns nichts zurückzunehmen!

Es gibt für uns nur die Entscheidung für ein befreites Leben, d.h. Widerstand gegen die patriarchale imperialistische Herrschaft.

Deshalb haben wir am 27. Februar 1988 vor der bevorstehenden Einweihung des Bio-Zentrums dort eine Bombe gelegt!

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Vorbemerkung

Um die praktischen Kenntnisse für militante Aktionen zu verbreitern, veröffentlichten die Revolutionären Zellen mehrfach Praxisanleitungen, die auf ihren eigenen Erfahrungen basierten.

Die ersten Anleitungen für den Hobbybastler Teil des Revolutionären Zorns Nr. 3 von 1977 wurden überarbeitet und ein Jahr später als Revolutionärer Zorn Nr. 5. Praxis-Sondernummer verbreitet, Ende 1981 unter dem Eindruck zunehmender militanter Aktionen der autonomen Bewegung wurde von ihnen die Broschüre Feuer und Flamme für diesen Staat in Umlauf gebracht.

Um die politischen und praktischen Risiken zu begrenzen, die das Konzept des Aufbaus eigenständiger Zellen mit sich bringt, fordern die RZ in den Einleitungen der Praxishinweise immer wieder zu Genauigkeit auf sowohl in der politischen Bestimmung des Aktionsziels und der dazugehörigen Erklärung (Die wichtigste Praxis einer Zelle ist die politische Diskussion) als auch im Umgang mit dem verwendeten Material.

Da sich dieser Teil der Praxisnummern mit dem Verhältnis von Theorie und Praxis des militanten und bewaffneten Kampfes in der Metropole beschäftigt, ist er im folgenden Kapitel dokumentiert. Die konkreten Anleitungen wurden nicht aufgenommen, da sie der Intention dieses Buches widersprochen hätten.

Es gab aber nicht nur innerhalb der legalen Linken eine weitverbreitete Kritik an dem Umgang mit diesen Bastelanleitungen. Einige Aktionen führten zu Unfällen, zu denen sich die Revolutionäre Zellen im Nachhinein mehr oder weniger äußerten.

Als Sylvester 1977/78 zwei Hamburgerinnen bei dem Versuch, einen Fahrscheinautomaten zu sprengen, getötet bzw. schwer verletzt wurden, appellierten die RZ erneut an alle, die solche Aktionen planen, sich zuvor genaue Kenntnisse zu verschaffen und nicht einfach loszurennen. Norddeutsche Revolutionäre Zellen nahmen Ende 1981 den Tod des 21jährigen Andreas, der von einem zu früh explodierten Brandsatz getötet wurde, zum Anlaß, neue Praxisanleitungen herauszugeben. Sie warnten vor kursierenden Handbüchern, die zu ungenau oder zu kompliziert seien.

Die Erklärung einer Revolutionären Zelle Nicaragua im Juni 1979, mit der die Verantwortung für einen 30 kg-Sprengsatz übernommen wurde, der im Gebäude der Daimler-Benz AG in Frankfurt deponiert war, jedoch vor der Detonation gefunden und entschärft wurde, löste heftige Reaktionen aus. Im Umkreis von 100 Metern befanden sich nicht nur eine Schule und sechs Wohnhäuser, sondern auch die Räume mehrerer linker Projekte wie des Frauengesundheitszentrums, des Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten und des Pflasterstrand.

Wenig später schrieben die Revolutionären Zellen: (Wir) sind froh, daß diese Bombe nicht losging. Wir appellieren nicht an Leute oder Gruppen, unseren Namen nicht zu benutzen oder ähnliches, wir appellieren an diese, sorgfältiger mit sich und anderen umzugehen, und es ist keine Arroganz, wenn wir eindringlich die bitten, die z.B. in der Emserstraße in Frankfurt handwerkten, lieber nichts zu tun, als daß uns letztendlich ihre Bomben selbst um die Ohren fliegen.

Zu dem Unfall von Hermann Feiling am 23. Juni 1978, dem eine Bombe im Schoß explodierte, siehe Kapitel 16.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 749

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Revolutionärer Zorn Nr. 5 Praxis Sondernummer (1987)

Mit dieser Nummer des Revolutionären Zorns wollen wir grundlegende Erfahrungen und Techniken vermitteln. Sie könnten für all diejenigen von Bedeutung sein, die sich entschlossen haben, den revolutionären Kleinkrieg in den Metropolen aufzunehmen. Vorausgesetzt wird nichts als ein klarer Kopf und der Wille zum Widerstand.

Die Beschreibungen sind so einfach wie möglich, damit auch vermeintlich unpraktische Genossen/innen mit etwas Übung alles nachbauen können. Alle müssen alles können. Man kann also ohne großartige Beschaffungsaktionen, Logistik usw. allein, zu zweit, zu dritt ... mit dem Widerstand anfangen. Es gibt da Gerede von Leuten, die so tun, als wüßten sie was (agit 88a)<sup>1</sup>, daß man dazu mindestens 10 Mann (!) braucht mit 3 klandestinen Wohnungen in der BRD, 5 Ausweichwohnungen, 5 Garagen, nen Haufen Kontakte im Ausland usw. Das ist absoluter Quatsch! Dabei kann nur zweierlei rauskommen: entweder sie kommen vor lauter Logistik aufbauen nie zu Aktionen, oder die Bullen schnappen sie weg, weil sie sich genauso verhalten, wie's im Fahndungsraster steht.

Andere erzählten, der erste Schritt wäre die Illegalität und der zweite in die Bank. Das ist genauso idiotisch. In die Illegalität geht man erst dann, wenn man absolut muß. Die BRD ist viel zu gut durchorganisiert, als daß sich hier der Kampf aus der Illegalität heraus führen ließe.

Und in ne Bank geht man nur, wenn klar ist, daß Geld für eine Aktion gebraucht wird, und das Geld sich nicht anderweitig auftreiben läßt. Die Bank ist nicht Grundbedingung für Aktionen überhaupt. Das Prinzip, viele selbständige Widerstandszellen zu gründen, ist richtig, weil das gewährleistet, daß jede Zelle ihre eigene Politik macht, daß sich die vielfältigsten Initiativen und Kampagnen entwickeln, und weil es für die Bullen keine Methode gibt, diese Struktur aufzurollen. Man kann dafür keine Fahndungsraster aufstellen, das einzige, was einem das Kreuz brechen kann, ist ein dicker Fehler oder ein gottverdammter Zufall.

Also viel Spaß und paßt gut auch euch auf!

Wir haben den folgenden Artikel für diese Nummer gründlich überarbeitet und in wesentlichen Punkten ergänzt.

## Schafft viele Revolutionäre Zellen!

Viele fühlen sich angesprochen, wissen jedoch nicht so recht, wie sie die Sache anfangen sollen und hoffen deshalb weiter, daß sie eines Tages einen Kontakt kriegen, der sie dann mehr oder weniger an die Hand nimmt. Dieser Erwartung ist zwar begreiflich, aber trotzdem falsch.

Falsch deshalb, weil sie impliziert, mitmachen zu können, nicht selber initiativ und verantwortlich sein zu müssen. Der bewaffnete Kampf kann niemals ein Auftragsverhältnis sein. Jeder muß das, was er tut, selber gewollt, entwickelt, vorangetrieben haben, sonst kann er unmöglich die Konsequenzen seines Handelns, insbesondere Niederlagen verkraften. Deshalb sind wir kein Verein, dem man beitreten kann. Wir haben aber seit Jahren in unzähligen Aktionen, Erklärungen und Analysen den Rahmen unserer Politik so eindeutig abgesteckt, daß jemand, der sich mit dieser Politik identifiziert, nicht auf einen persönlichen Kontakt angewiesen ist, um selbst eine Zelle gründen zu können. Wir haben kein Patent auf diesen Namen und auf diese Politik. Wir haben nur damit angefangen. Weitermachen werden wir alle gemeinsam.

Das Risiko ist uns voll bewußt: wir können nicht ausschließen, daß irgendwelche politischen Hornochsen für eine total bescheuerte Aktion unseren Namen mißbrauchen. Von den Bullen wollen wir erst gar nicht reden. Dagegen hilft nur eine ungeheure Intensivierung der politischen Diskussion,

eine glasklare, für jeden durchschaubare und nachvollziehbare Politik.

Wir müssen erreichen, daß jeder selbst entscheiden kann, ob diese oder jene Aktion, diese oder jene Erklärung der Politik der RZ entspricht oder nicht ohne auf die Bestätigung oder das Dementi eines nicht vorhandenen ZKs zu warten. Das wird auch auf die Dauer die Waffen der Counter-Insurgency stumpf machen.

Wir wissen, daß das Konzept, viele selbständige Zellen zu schaffen, eine langwierige und anstrengende Angelegenheit ist. Doch es ist richtig, weil es auf der Eigeninitiative und der Eigenverantwortlichkeit der Militanten aufbaut, Funktionalisierung verhindert, Arbeitsteilung entgegenwirkt und optimal sicher ist: die Bullen beißen sich schon seit Jahren erfolglos die Zähne daran aus.

Und noch ein Wort zu dem ekelhaften Begriff Sympathisanten.<sup>2</sup> Es gibt sie nicht, sie sind eine Erfindung des Staatsapparates, der zu suggerieren versucht, es gäbe oben die Akteure und unten die Claqueure (Beifallklatscher).

Der Widerstand fängt nicht beim Bombenlegen an. Er kennt tausend Ebenen. Deshalb können individuelle kleine Gruppen etc., die unabhängig voneinander operieren, sich daran beteiligen, aktiv werden, weil nicht für jede Aktion viele Leute und connections (Verbindungen) notwendig sind. Die wichtigste Praxis einer Zelle ist politische Diskussion. Nur eine Gruppe, in der eingestandene und verdrängte Ängste, Spannungen in den Beziehungen untereinander ausdiskutiert werden, die ständig die Entwicklung in der eigenen Region, in der BRD, in Europa analysiert, die am Libanon lernt, die kurz gesagt in einem kollektiven Diskussionsprozeß daran arbeitet, die Zersplitterung von privat und politisch, von innen und außen aufzuheben, wird ein Ganzes. Sie wird zu einer revolutionären politischen Praxis fähig.

Wir kennen Leute, die sich zusammengeschmissen haben, um Aktionen zu machen, und nie über technische Diskussion rausgekommen sind. Das geht auf Dauer nicht gut. Es führt entweder zu Aktionismus, in den meisten Fällen jedoch sind die Leute nach kurzer Zeit gefrustet wieder auseinandergelaufen. Ohne eine kontinuierliche, umfassende politische Diskussion läßt sich keine revolutionäre Identität entwickeln und auf die Dauer keine Praxis machen.

Die Vorstellung, daß sich Widerstand ernsthaft in losen Haufen mit mehr oder weniger zufälliger Zusammensetzung praktizieren läßt, ist eine Behauptung von Maihofer.<sup>3</sup> Trotzdem ist mancher darauf reingefallen.

Ihr müßt euch gegenseitig wirklich kennen, ihr müßt euch absolut vertrauen können und in langen, ausführlichen Diskussionen eure politischen Vorstellungen und Erfahrungen vereinheitlichen.

Entscheidend ist, daß ihr dabei nie Leute unter moralischen oder gar physischen Druck setzt, das kann nur schief gehen und verdammt gefährlich werden. Manche verwechseln dieses Prinzip mit windelweicher Liberalität. Wir kommen weder mit einer Zwangs- noch mit einer Krankenhausmentalität weiter. Wenn wir beides meiden wie die Pest, sind wir auf dem richtigen Weg, zu uns selbst, innerhalb der Zellen und zu unserer Umgebung ein befreiendes, liebevolles und förderndes ein revolutionäres Verhältnis zu entwickeln.

Die wichtigste Eigenschaft eines Revolutionärs ist die absolute Genauigkeit. Man muß sie sich als verschlammte Linke und verschlampter Linker meist unter großen Anstrengungen und gegenseitiger Kontrolle wieder draufschaffen. Denn der erste Fehler wird leicht zum letzten. Diese Tatsache ist kein Grund zur Panik, sondern zur gründlichen Diskussion, genauer Planung, absoluter Sorgfalt in der Durchführung und im Umgang mit gefährlichem Material.

Grundsätzlich ist es richtig und nützlich, sich im Laufe der Zeit (neben den Aktionen) Grundkenntnisse (einfache Lehrgänge erstellen) in Chemie, Physik, Elektrotechnik, Fototechnik, Fälschen, Senderbau, Spurensicherung und neueste Fahndungsmethoden anzueignen, sich gegenseitig vermitteln und unter die Leute bringen.

Bereitet man eine Aktion vor, so muß man immer von den schlechtesten Bedingungen ausgehen, d.h. jede Eventualität mit einkalkulieren. Die ganze Geschichte immer wieder durchspielen, bis sie nicht

100 %, sondern 1000 % sitzt. Bei der Vorbereitung gilt: so wenig Bewegung wie möglich so viel wie nötig sie muß und kann durch präzise Planung ersetzt werden. Das gilt für alle Aktionen, denn es gibt keine großen und kleinen im Sinne von viel oder wenig Vorbereitungen.

Erst wenn die Geschichte steht, wird das Material eingekauft, in verschiedenen Kaufhäusern. Nichts, auch kein Stromkabel oder Tesaband, aus eurem normalen Hausvorrat gebrauchen. Alle Reste vor der Aktion vernichten. Alle Wohnungen vor der Aktion cleanen. Wenn ein Ding vorher gefunden wird oder nicht hochgeht, muß das benutzte Werkzeug vernichtet werden, weil seine Merkmale auch an dem Brand- oder Sprengsatz zu finden sind.

Wenn ihr euch ans Bauen macht, dann räumt erst mal die Bude gründlich auf. Zuerst für einen sauberen, übersichtlichen Arbeitsplatz sorgen, z.B. auch Fußboden, Teppich mit Zeitung o.ä. auslegen, sich viel Zeit und Ruhe nehmen, immer Sicherheitsvorkehrungen einbauen (Kontrollämpchen, Schalter) und immer wieder zwischendurch kontrollieren.

Verwendet nie brennbares oder explosives Material, das ihr nicht genau kennt. Verwendet nie Sprengmaterial, das ihr von irgendjemand bekommt, ohne daß ihr wißt, wie man damit umgehen muß. Es gibt da riesige Unterschiede.

Wenn ihr neue, brennbare oder explosive Mischungen ausprobieren wollt, dann immer nur in aller kleinsten Mengen. Und laßt die Finger weg von Rezepten wie im Kochbuch.

Wer ein Material oder eine Waffe nicht absolut beherrscht, d.h. vor allem auch äußerst sorgfältig damit umgeht, bringt sich und andere damit um, bevor er dem Feind schaden kann.

Genauigkeit in der Praxis ist wohl jedem einsichtig, wird aber trotzdem immer wieder vernachlässigt. Vor allem von Anfängern, weil sie die Gefährlichkeit der Materie unterschätzen; manchmal aber auch von alten Hasen, weils hundertmal gutgegangen ist und die Aufmerksamkeit nachläßt.

Die politische Erklärung einer Aktion soll sie in ihrer Zielsetzung und Größenordnung erklären und nicht auf einem Stück Papier nachträglich aufmöbeln. So geschehen in Düsseldorf, wo Genossen nem Zwangsverteidiger die Karre angesteckt haben, was ja zu begrüßen ist. Sie haben das auch gut vermittelt, zum Schluß aber noch schnell mit Liquidierung gedroht. Sowas ist 1. die Sprache des terroristischen Staates; 2. fängt man mit der Liquidierung nicht bei kleinen Zwangsverteidigern an; 3. spricht man keine Drohung aus, die man nicht hundertprozentig einlösen kann, weil man dadurch unglaubwürdig wird sich selber zum Maulhelden degradiert; und 4. droht man nicht vorher, wenn man wirklich was vorhat, weil man es meistens nicht mehr durchführen kann.

Wenn man anfängt, sollte man sich keine komplizierten oder politisch schwer vermittelbaren Aktionen vornehmen. Je eindeutiger, desto besser. Eine Aktion muß aus sich heraus verstanden werden. Muß man sie erst groß erklären, steht sie auf viel zu schwachen Beinen, um sich gegen die Staats- und Medienhetze durchzusetzen. Denn die kommt immer schlimmer als man sich denkt. Wichtig ist also nicht, was man sich in seinem Hinterkopf bei der Sache gedacht hat, sondern ob die Absicht durch die Aktion selber vermittelt wird. Die Bullen- und Medienhetze hat das Ziel, die Aktionen und politische Konzeption des bewaffneten Kampfes so zu verzerren und zu entstellen, daß sich keiner darin wiedererkennen soll, sich damit identifizieren kann (z.B. da werden dann aus Fahrscheinkontrolleuren harmlose Trambahnfahrer). Wer das nicht einkalkuliert und dem nicht durch den eindeutigen Charakter der Aktion entgegenarbeitet, erkennt oft seine eigenen Handlungen nicht wieder, wenn sie, von der psychologischen Kriegsführung bearbeitet, der Öffentlichkeit präsentiert werden. Am besten, man legt sich ein dickes Fell zu.

Viele Genossen sagen, die Erklärungen seien oftmals besser als die Aktionen selbst. Dabei sitzen sie ihrem kolonisierten Kopf auf. Denn wie ihnen Aktionen erscheinen, wird mit von den Hetz- und Verdrehungsmöglichkeiten der psychologischen Kriegsführung bestimmt. Das richtige Begreifen einer Aktion muß sich also erst durch diese Gehirnwäsche durcharbeiten. Wem diese Anstrengung zu groß ist, wird nie seine Plastikhaut los, die undurchdringlich gegenüber Erfahrungen geworden ist und nur noch an Inszenierungen glaubt.

Die Erklärungen sind deshalb leichter zugänglich, weil wir darin unverfälscht zu Wort kommen,

Mißverständnisse dadurch ausgeschaltet werden. Doch auch da ist der Feind nicht untätig, indem er einzelne Sätze aus dem Zusammenhang reißt, dadurch ihren Sinn entstellt, die Leute verwirrt, deshalb muß jeder einzelne Satz in ner Erklärung, für sich genommen, eindeutig sein, auf Hetzmöglichkeiten abgeklopft werden.

Der schlimmste Feind des Revolutionärs ist die Naivität. Naiv ist es, den Gegner in seiner Niederträchtigkeit zu unterschätzen; auf seine biedere Maske in den Metropolen hereinzufallen, zu glauben, er kenne noch letzte rechtliche und moralische Schranken. Carlos Marighella<sup>4</sup> nennt diese Fiktion, an die sich mancher trotz besseren Wissens klammert, die Sünde der Unerfahrenheit.

Wir wollen hier noch einmal als Zusammenfassung und Erweiterung des bisher Gesagten seine **Sieben Sünden der Stadtguerilla** in Erinnerung rufen, weil man sie sich nicht oft und genau genug einprägen kann

1. die erste Sünde der Stadtguerilla ist die Unerfahrenheit. Der von dieser Sünde verblendete Stadtguerilla hält den Feind für dumm, unterschätzt seine Intelligenz, sieht alles einfach an und hinterläßt infolgedessen Spuren, die zu seinem Verderben führen können. Aus Unerfahrenheit kann der Stadtguerilla auch die Kräfte des Feindes überschätzen und sie für größer halten, als sie in Wirklichkeit sind. Wenn er sich von dieser Annahme narren läßt, wird er eingeschüchtert und bleibt unsicher und unentschieden, gelähmt und mutlos.
2. Die zweite Sünde des Stadtguerilla ist das Prahlen mit den Aktionen, die er ausgeführt hat und das Ausposaunen in alle vier Himmelsrichtungen.
3. Die dritte Sünde des Stadtguerilla ist die Eitelkeit. Der eingebildete Stadtguerilla versucht, die Probleme der Revolution mit Aktionen zu lösen, ohne sich um die Anfänge und Entwicklung der Massenbewegung zu kümmern.
4. Die vierte Sünde der Stadtguerilla besteht darin, daß er seine Stärke überschätzt und Projekte in Angriff nimmt, für die es ihm an Kraft und der erforderlichen Infrastruktur fehlt.
5. Die fünfte Sünde des Stadtguerilla ist überstürztes Handeln. Der Stadtguerilla, der diese Sünde begeht, verliert die Geduld, wird nervös, kann nicht gelassen abwarten und stürzt sich besinnungslos in die Aktion, wobei er fürchterliche Rückschläge erleidet.
6. Die sechste Sünde des Stadtguerilla ist der Angriff auf den Feind, wenn er am zornigsten ist.
7. Die siebte Sünde des Stadtguerilla ist mangelnde Planung der Dinge und improvisiertes Handeln.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---



# Feuer und Flamme für diesen Staat Ende 1981

Wir haben mit der Nummer 5 des Revolutionären Zorns versucht, praktische Erfahrungen und Techniken des revolutionären Kleinkriegs zu verbreiten. Inzwischen hat sich auf diesem Gebiet einiges getan: es sind sehr nützliche Broschüren erschienen, zum Beispiel zur Observationstechnik von Bullen und Verfassungsschutz, zum Fällen von Atomstrom-Masten, zum Picking von einfachen BKS-Schlössern, zum Bau von Schwarzsendern, zum Überleben im Knast ...

## Der Widerstand ist machbarer geworden.

Und er wird massenhafter und phantasievoller denn je gemacht.

Das Gespenst ist zurückgekehrt nach Europa als ein ganz anderer Kommunismus. Diesmal schreitet nicht die Partei, die immer recht hat, auf tönernen Füßen von Führung und Gefolgschaft daher, sondern ein Gewusel von roten Hexen und schwarzen Männern geht eifrig wie Wühlmäuse ihrem staatsfeindlichen Geschäft nach

Mollis fliegen, Schweineautos brennen, Zwangsverteidiger zittern um ihre Knie, Spekulanten um ihre Objekte, Behörden und Ämter werden ausgeräuchert, Industrie- und US-Einrichtungen ausgebombt es wird in Massen demonstriert und klammheimlich zusammengerottet. **Die Zersetzung breitet sich aus!**

Daß das so zusammengefaßt ganz schön fetzig klingt, im einzelnen aber mit viel Unsicherheiten, Anstrengungen und Gefahren verbunden ist, wissen wir selbst am besten. Aber was soll's. Die Weisheit der Resignierten hat noch niemandem etwas genutzt. Da hat der alte William Blake schon besser durchgeblickt, wenn er darauf besteht: Die Tiger des Zorns sind weiser als die Pferde der Intelligenz (Womit nicht unsere bundesdeutsche Intelligenzia geschmäht werden soll, aber allzuoft ist sie halt nur weise und sonst gar nichts). Und das ist ein bißchen wenig, angesicht der wahnwitzigen Scheiße, in der wir schon bis zum Hals stecken:

Das Leben vegetiert zwischen Maloche, Kaufzwang und Glotze. Die Jungen werden eingekreist, die Alten nach einem betrogenen Leben in Heime weggeschlossen und die Rente gekürzt; die dazwischen sind neurotisch und werden wie nie zuvor auf Effektivität getrimmt oder ausgesondert und arbeitsmarktmäßig sainsonbereinigt oder auch nicht.

Die Frauen sind doppelbelastet, Ausländer, Alte und Studenten bilden Negativgruppen in Problemgebieten mit Veränderungdruck und werden wegsaniert. Die Gefangenen werden lebendig in Beton eingemauert, die Irren mit Chemie abgeschaltet.

Aus Liebenden sind längst Partner geworden, aus Erfassung und Entmündigung Sozialfürsorge, aus weißer Folter Therapie und aus Atomlagern Entsorgungsparks.

Aus Kriegsgegnern sind gefährliche Pazifisten geworden, aus Kriegstreibern Männer des Friedens und aus der entsetzlichen Auspressung der 3. Welt der Nord-Süd-Dialog.

Der Regen ist sauer, die Luft krebserregend, das Wasser längst umgekippt, die Erde voller Atomsprengköpfe und wenn man Sprengstoff fressen könnte, gäbs keinen Hunger mehr auf der Welt, denn bereits auf jedes Baby kommen ein paar Tonnen.

## Wenn wir leben wollen, müssen wir uns beeilen.

Carlos Marx hat mal wieder die ganze Scheiße auf den Begriff gebracht

Soziale Revolution oder Barbarei!

Wir machen hier weitere Vorschläge und geben Tips, um das praktische Wissen für den revolutionären Kleinkrieg im Herzen der Bestie zu vermessen und um Unfälle vermeiden zu helfen. Wir schreiben nur über Dinge, die wir selbst ausprobiert haben, die also bei Einhaltung der vorgeschriebenen Sicherheitsregeln so ungefährlich wie möglich sind.

Wenn ihr andere gute und sichere Vorschläge habt, dann bringt sie unbedingt unter die Leute, damit wir voneinander lernen können und der revolutionäre Kampf immer breitere fantasievollere und entschlossener Kreise ziehen kann.

Grundsätzlich müssen immer alle Rezepte von euch selbst vor ihrer Anwendung getestet werden! Das heißt zum Beispiel: Brand- und Explosivmischungen zuerst in sehr kleinen Mengen ausprobieren, mit Zündsystemen Testserien machen undsoweiter ... So werden mögliche Übermittlungs-Fehler ausgeschaltet und die Sicherheit im Umgang mit diesem brisanten Zeug wird größer.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora  
ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Erklärung zu Sylvester 1977/78

In Hamburg wollten zwei Genossinnen in der Sylvesternacht Fahrscheinautomaten zerstören. Einer ist explodiert. Christa ist dabei tödlich verletzt worden und Barbara schwer. Wir kennen die beiden Schwestern nicht, doch ihr Tod und ihre Verletzungen haben uns wahnsinnig getroffen.

Da sind zwei junge Genossinnen zum neuen Jahr losgezogen hatten was besseres vor, als sich mit Alkohol volllaufen zu lassen, wollten statt leerer Sprüche und schaler Hoffnungen auf bessere Zeiten das neue Jahr mit brennenden Fahrscheinautomaten, mit einem Stück Nulltarif für alle beginnen.

Jetzt weiß jeder, warum es zu dieser Katastrophe gekommen ist, jetzt kann jeder Bild-Schreiberling runterrasseln, daß bei Benzin-Luft-Gemischen ein Funke genügt und daß in einem Stromkreislauf jederzeit ein Funke auftreten kann und daß ein Automatengehäuse wie eine gigantische Verdämmung (Druckbehälter) wirkt. Aber Christa und Barbara wußten es nicht, als dieses Wissen für sie lebenswichtig war und viele andere wußten es nicht, die noch mal Glück gehabt haben. Und das macht uns neben unserem Schmerz unheimlich wütend und verzweifelt.

In diesem verfluchten Land wird viel zu viel über Widerstand gequatscht und philosophiert, so lange, bis es die Besten nicht mehr aushalten, sich einen Benzinkanister schnappen und losrennen. Daß es immer mehr werden, das liegt nicht in den Verführungskünsten der Guerilla, wie viele Biertischstrategen gerne behaupten, dafür sorgen allein schon die unerträglichen, grausamen Bedingungen hier. Niemand wird die, denen es hier allmählich ganz dicke reicht, aufhalten können, darum geht es nicht, es geht darum, sie dafür besser auszurüsten.

Rennt nicht einfach los, sondern schnappt euch ein Chemiebuch und schaut nach, was ihr da eigentlich durch die Gegend tragen wollt. Wir sind nicht in palästinensischen Lagern oder in Nordirland aufgewachsen, wo die Kinder schon lernen, wie man sich wehrt, welche effektiven Mittel es gibt und wie man sie optimal einsetzt. Optimal, das heißt, daß sie dem Gegner schaden und nicht uns. Wir sind einem Land aufgewachsen, in dem Widerstandserfahrungen so gut wie überhaupt nicht entwickelt bzw. vermittelt wurden. Den Widerstand bewaffnen heißt zunächst, sich mit dem Wissen über Praktiken und Techniken des Widerstandes ausrüsten. Je mehr ihr darüber lernt, umso mehr Handlungsmöglichkeiten tun sich auf und die Gefahr für euch selber wird auf ein Minimum reduziert. Wenn ihr auf einem Gebiet sichere Erfahrungen habt, dann bringt sie unter die Leute, damit andere nicht unnötige Fehler machen. Wäre dies früher und massenhafter geschehen, könnte Christa vielleicht noch am Leben und Barbara gesund sein.

Insofern sind wir alle für das, was in Hamburg passierte, mit verantwortlich. Das ist furchtbar.

## Revolutionärer Zauber- Praxisanleitungen einiger norddeutscher Revolutionärer Zellen (Dezember 81)

Der 21jährige Genosse Andreas ist tot, er starb nicht den alltäglichen Metropolentod.

Andreas war mobilisiert, hatte seinen Haß gegen System in Mut und Kraft verwandelt. Er hatte andere Lebensformen kennengelernt, der totale Widerspruch zu dem sonst Erlebten. Anstatt Streß, Konkurrenzkampf, Isolation hat er Liebe, Kollektivität, Freiheit versucht zu leben. Doch mußte auch Andreas erkennen, daß der Staat jeden radikalen Versuch neuer Arten des Zusammenlebens (Hausbesetzungen o.ä.) mit aller Gewalt zerstören will.

Andreas ist losgezogen, hat ne Aktion gemacht und mußte für Unwissenheit über Anwendung und Wirkung eines Brandsatzes mit seinem Leben bezahlen.

Dieser vermeidbare Unfall hat uns stark getroffen. Wir planten zwar schon seit längerem ne Broschüre zum klandestinen Kampf rauszubringen, doch ausschlaggebend war Andreas Tod.

Denn es ist gefährlich, ohne genaues Wissen über den bewaffneten Kampf loszuziehen, irgendeine Aktion zu machen und zu hoffen, es wird schon alles gut gehen. Deshalb gilt es, die Technik des bewaffneten Kampfes zu erlernen, und das heißt zunächst ganz praktisch: die Aneignung von Wissen z.B. über den Bau und die Funktionsweise von Brand- und Sprengsätzen. Über das Fälschen von Papieren aller Art, über die Herstellung und Verbreitung der eigenen Propaganda (Zeitungen, Flugblätter, Sender). Das bedeutet das strikte Einhalten von Sicherheitsmaßnahmen zum Selbstschutz (beim Quatschen bei Treffs) und schließlich den Aufbau eines logistischen Rahmens, der über die momentane Anforderung hinausgeht (Materialdepots, Untertauchmöglichkeiten). (Zitat aus Revolutionärer Zorn Nr. 6)

In den letzten Jahren ist zwar ne Menge zum klandestinen Kampf rausgekommen (Handbuch zur Selbsthilfe, Do it, Ruhe in Land, Guerilla Diffusa u.ä.), meistens waren die Bauanleitungen, z.B. zu Spreng- und Brandsätzen so kompliziert, daß sie keiner mehr verstand oder höllisch gefährlich, daß einige Genossen mit schweren Verletzungen dafür bezahlen mußten.

Oft fehlt auch jede Beschreibung über Wirkung und Anwendung des tödlichen Materials, welches wir benutzen, darum gehen einige unachtsam damit um und bekamen die Quittung für ihr Handeln böse zu spüren (erinnert sei nur an den Genossen Hermann Feiling<sup>5</sup>). Wir empfehlen: Hände weg von solchen Anleitungen! Schaut in ein gutes Chemiebuch, was ihr da eigentlich durch die Gegend transportiert. Organisiert Lehrgänge, experimentiert mit kleinen Mengen (Wirkungsweise), zündet mal nen Molli usw. Es ist auch wichtig, viele verschiedene Techniken zu beherrschen, um in jeder Situation die richtige Technik einzusetzen.

Zum Schluß: in dieser Broschüre fehlt z.B. die Anleitung zum Waffengebrauch und ne ausgedehnte Abhandlung über Spurenverhinderung, was für euch aber nur heißen kann, sich selbst fortzubilden (recht einfach, denn die Gegenseite produziert viel Schriftliches darüber). Auch solltet ihr unsere Techniken weiterentwickeln und in ner Broschüre unters Volk bringen, damit Unfälle vermieden werden können/müssen!

Nun aber viel Spaß beim Lesen, Experimentieren und anw...!!!

Schafft viele Revolutionäre Zellen.

## **Versuchter Sprengstoffanschlag gegen Daimler-Benz, Frankfurt (Juni 79)**

Wir haben am 15.6.79 in einem Gebäud der Daimler-Benz AG Ffm einen 30 kg-Sprengsatz deponiert. Weil ein Gitter nicht mehr schloß, wurde ein Schließer aufmerksam und die 30 kg wurden entschärft. Sie hätten die Daimler-Bude in eine Ruine verwandelt. Daimler unterstützt bis heute das Folterregime Somozas.<sup>6</sup> Daimler ist hier in der BRD mitverantwortlich für die Einbetonierung und Zerstörung unserer Lebensbedingungen.

Wir solidarisieren uns mit dem fortschrittlichen Teil der Sandinistas, allen aktiven Widerstandsbewegungen und der kämpfenden Linken in der BRD.

## Revolutionäre Zelle Nicaragua

Nach den Pressemeldungen am 16.6. und 17.6.79 sehen wir uns gezwungen, noch einmal Stellung zu der Aktion zu beziehen.

1. Der Sprengkörper hätte um 3.40 Uhr gezündet. Daß er nicht gezündet hat, lag an einem technischen Mangel, den wir inzwischen kennen. Nach diesem Zeitpunkt war eine Explosion technisch nicht mehr möglich.

2. Wir wußten, daß hinter dem Fenster des Lichtschachtes brennbares Material lagert. Im Umkreis von 150-250 Meter gibt es keine bewohnten Häuser, Straßen oder Schienen, wo jemand gefährdet gewesen wäre. Das, wofür wir uns kritisieren, ist der absurde Fehler, der uns unterlaufen ist.

## Revolutionäre Zelle Nicaragua

# Brief der Revolutionären Zellen zu diesem Anschlag (Juni 79)

Wir wissen nicht, wer die ID-Hausbombe legte und wissen nicht, ob die Verantwortlichen sich möglicher Konsequenzen bewußt waren. Wir sind betroffen, daß eine Gruppe, die sich RZ-Nicaragua nennt, sich so unüberlegt zu einer solchen Aktion hinreißen läßt und sind froh, daß diese Bombe nicht losging.

Es stimmt uns nachdenklich, daß es Leute gibt, die ein an sich richtiges Projekt zur richtigen Zeit angehen, gleichzeitig wissentlich oder unwissentlich das ist egal linke Einrichtungen und, schlimmer noch, Menschenleben gefährden.

Wir sind genauso betroffen, wie damals in der Hamburger Silvesternacht, als eine Genossin sich aus Unkenntnis selbst hochbomte.

Unser Selbstverständnis als ein Teil der Linken existiert in realen Lebensbedingungen, die Fehler, auch kapitale, beinhalten.

Wir appellieren nicht an Leute oder Gruppen, unseren Namen nicht zu benutzen oder ähnliches, wir appellieren an diese, sorgfältiger mit sich und anderen umzugehen, und es ist keine Arroganz, wenn wir eindringlich die bitten, die z.B. in der Emserstraße in Frankfurt handwerkten, lieber nichts zu tun, als daß uns letztendlich ihre Bomben selbst um die Ohren fliegen.

Wir verstehen die Wut der Betroffenen, meinen aber, daß den Somozas, Vorsters, Urangesellschaften und allen anderen, die unsere Leben und Lebensbedingungen zerstören, auch die Antwort in militanter Form gegeben werden muß.

Wir verstehen uns nicht als Avantgarde der linken Bewegung, sondern als Teil von ihr und akzeptieren alle Widerstandsformen gegen Repression, Imperialismus und kapitalistischer Ausbeutung, egal, wo diese Unterdrückungsmechanismen existieren.

## Revolutionäre Zelle(n)

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Vorbemerkung

Der Anschlag auf die Düsseldorfer Staatskanzlei und das Sozialministerium in Düsseldorf zur Unterstützung der Roma und Sinti im Januar 1991 ist die letzte bekanntgewordene Aktion der Revolutionären Zellen in ihrer Kampagne gegen die staatliche Flüchtlingspolitik. Auch die Rote Zora hat nach der Aktion gegen das Biotechnische Institut an der Technischen Universität Berlin im Februar 1988 ihre Praxis offensichtlich eingestellt.

Anfang 1991 waren die Erklärungen zu einem Brandanschlag auf das Berliner Reichstagsgebäude und einem Sprengstoffanschlag auf die Siegessäule in Berlin mit dem Namen RZ gezeichnet, beide werden von einer Gruppe aus dem Traditionszusammenhang der Revolutionären Zellen in dem Text *This is not a love song* als ungenau und militaristisch kritisiert.

Für den in diesem Text ebenfalls kritisierten Anschlag auf den Berliner Bausenator Klein hatte sich eine anonyme Gruppe verantwortlich erklärt. Bis heute ist jedoch unklar, wer dafür verantwortlich ist, und es wird bezweifelt, ob die Urheber überhaupt aus der Linken kommen.

Im Juli 1991 erklärt sich eine Revolutionäre Zelle für Anschläge gegen die Tengemann/Kaiser-Kette verantwortlich, da diese auf dem Gelände des ehemaligen KZ Ravensbrück einen Supermarkt errichten wollen.

Die wichtigsten politischen Ereignisse der letzten Jahre sollen im folgenden kurz umrissen werden, um den Hintergrund dieser Aktionen zu beleuchten

## Die Veränderungen im ehemaligen Ostblock

Nach seiner Wahl zum Generalsekretär der KPdSU im Jahr 1985 setzte Michail Gorbatschow politische und wirtschaftliche Reformen in der Sowjetunion und eine weitgehende Öffnung gegenüber dem Westen durch. Ein ökonomischer und politischer Zusammenbruch der Sowjetunion war jedoch nicht mehr aufzuhalten. In einigen Republiken brachen bewaffnete Konflikte zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen auf, andere, wie die drei baltischen Republiken erklärten sich zunächst wirtschaftlich, dann auch politisch unabhängig, um ihre wirtschaftlichen Vorteile in der Konkurrenz um eine Zusammenarbeit mit den westlichen Regierungen und Unternehmen zu wahren.

Im Dezember 1991 schlossen sich 10 ehemalige Sowjetrepubliken in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zusammen. Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Gorbatschow wurde von dem ehemaligen Moskauer Parteivorsitzenden Jelzin abgelöst.

Auch in den anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks fand ein Machtwechsel statt

am 12. September 1989 wurde in Polen die erste nicht kommunistische Regierung seit Kriegsende gewählt, im Dezember 1989 folgte der Sturz Ceausescus in Rumänien. Ähnliches ereignete sich in der Tschechoslowakei und in Albanien. Begleitet wurde diese Auflösung des osteuropäischen Gefüges von Nationalitätenkonflikten. Die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in den Vielvölkerstaaten Jugoslawien oder CSFR streben mit politischen und militärischen Mitteln nach Autonomie.

## Zusammenbruch der DDR und deutsche Wiedervereinigung

Im Jahr 1989 wanderten tausende von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik Deutschland ab. Als Ungarn im September 89 die grüne Grenze zur BRD öffnete, reisten sie über Ungarn und die Tschechoslowakei ein. Gleichzeitig demonstrierten in der DDR Tausende für politische Veränderungen in der DDR, ermutigt durch die Perestroika in der Sowjetunion. Der Protest griff wie

ein Lauffeuer um sich. So schwoll die Montagsdemonstration in Leipzig innerhalb von zwei Wochen von 8.000 auf 70.000 Teilnehmer.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) signalisierte daraufhin Gesprächsbereitschaft, der Staatsratsvorsitzende Honnecker wurde von Egon Krenz abgelöst. Doch für Reformen war es zu spät. Auf Druck der Bevölkerung wurden am 9. November 1989 die Grenzen zur BRD geöffnet, im Dezember 89 traten das Politbüro und das ZK der SED zurück, wenige Tage später löste sich die SED auf. Für März 1990 wurden Neuwahlen angesetzt, aus denen die konservativen Parteien (CDU und die Allianz für Deutschland) gemeinsam mit den Liberalen als Sieger hervorgingen.

Am 2. Juli 1990 traten die Währungsunion und der Staatsvertrag in Kraft, am 3. Oktober 1990 war die Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen.

Kurze Zeit später entschied sich die Bundesregierung für Berlin als Bundeshauptstadt.

## Die politischen Felder der westdeutschen Linken

Ein Schwerpunkt der politischen Arbeit der westdeutschen Linken im Jahr 1988 war der Widerstand gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) im September 88 in Berlin.

Wenig später im November 1988 initiierte die Initiative zum Erhalt der Hafensstraße aus Hamburg eine Kampagne zur Zusammenlegung der politischen Gefangenen. Im Februar 1989 traten die Gefangenen aus RAF und Widerstand in den 10. Hungerstreik, der von unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppen unterstützt wurde. Nach Beendigung des Hungerstreiks, ohne daß die gesetzten Ziele erreicht wurden, zerfiel dieses breite Bündnis.

Auf die Auflösung der DDR und die deutsche Wiedervereinigung reagierte die deutsche Linke ziemlich hilflos. Unter dem Motto Nie wieder Deutschland fand eine Großdemonstration in Frankfurt statt. Durch diese Aktion, sowie die politischen Diskussionen der radikalen Linken, entstand jedoch kein weitergehender politischer Handlungsrahmen.

Je mehr sich neonazistische Überfälle im Zuge eines neu aufkommenden nationalistischen Bewußtseins im Osten wie im Westen häuften, gründeten sich Antifa-Gruppen, um sich gegen Angriffe auf linke Treffpunkte, Zentren und auch Flüchtlingsheime zu wehren.

Gleichzeitig versuchten Linke in Berlin einer Zerstörung ihrer Kiez-Strukturen Widerstand entgegenzusetzen. Bereits seit mehreren Jahren gab es Aktionen gegen die Yuppisierung typischer Szene-Stadtteile. Mit der Entscheidung der Bundesregierung für Berlin als Bundeshauptstadt verschärfte sich die Situation in Berlin, vor allem in Kreuzberg, das nun im Zentrum des wiedervereinigten Berlin liegt.

## Die Rechtsextremisten in Europa

**In mehreren europäischen Ländern konnten rechtsextremistische Parteien ab Mitte der 80er Jahre hohe Stimmengewinne für sich verbuchen. In Frankreich kam die Front National unter Le Pen auf 14,4 % der Stimmen, ein ähnliches Bild ergibt sich in Italien. Die 1983 unter Leitung von Schönhuber gegründeten Republikaner (REPs) erhielten 1985 in Bayern 3 %, in den Folgejahren blieben sie bei Landtagswahlen allerdings unter 1,5 %. Ab Januar 1989 konnten sie mit Ausländerstopp-Parolen wieder Stimmen gewinnen, in Berlin kamen sie auf 7,5 %, bei Kommunalwahlen in Hessen erhielten 7 bis 10,5 %.**

Die nationalistische und rassistische Ideologie, die in unterschiedlicher Form mal mehr, mal weniger



offensichtlich von allen Parteien verbreitet wird, trägt nun Früchte. Zur gleichen Zeit beginnen rassistische Überfälle auf Flüchtlinge.

## Die neue Weltordnung und der Golfkrieg

Am 20. August 1988 beendete ein Waffenstillstand den seit 1980 dauernden Krieg zwischen dem Iran und dem Irak. Die Aufrüstung beider Länder vor allem durch die Sowjetunion, Frankreich, die USA und die BRD wurde allerdings fortgesetzt. So wurde bekannt, daß bei den Angriffen der irakischen Armee auf die kurdische Bevölkerung in Halabja Giftgas aus deutscher Produktion eingesetzt wurde.

Im Juli 1990 warf Saddam Hussein Kuwait Öldiebstahl, Grenzverletzungen und Überschreitung der vereinbarten Öl-Fördermengen vor. In einem Gespräch mit Saddam Hussein, in dem dieser offensichtlich die Haltung der USA erkunden wollte, erklärte die US-Botschafterin im Irak, die USA hätten zu diesem irakisch-kuwaitischen Streit keine Meinung. Am 2. August 1990 besetzten irakische Truppen Kuwait. Im UN-Sicherheitsrat wurde die Annexion für null und nichtig erklärt und ein Embargo über den Irak verhängt. Die USA begannen mit der Verlegung von Truppen und militärischem Material nach Saudi-Arabien. Die anderen NATO-Staaten, aber auch Staaten der arabischen Liga sagten ihre militärische und finanzielle Unterstützung für multinationale Truppen zu.

In arabischen Nachbarländern vor allem in den von Israel besetzten Gebieten kam es zu pro-irakischen Demonstrationen aus der Bevölkerung, als Hussein zum heiligen Krieg gegen die westlichen Alliierten aufrief und mit der Forderung nach einer globalen Lösung aller Besatzungsprobleme in der Region die Besetzung Kuwaits mit dem Palästina-Problem verknüpfte.

Als der Aufmarsch der multinationalen Truppen am Golf abgeschlossen war, setzte der UN-Sicherheitsrat am 29. November 1990 dem Irak ein letztes Ultimatum, bis zum 15. Januar 1991 Kuwait zu räumen. Nach erfolglosem Ablauf dieses Ultimatums würden alle notwendigen Mittel angewandt.

In der Nacht zum 17. Januar 1991 beginnen die multinationalen Truppen unter Führung der USA mit schweren Bombenangriffen auf irakisches und kuwaitisches Gebiet. In den Medien wurde das Bild eines hochtechnisierten, sauberen Krieges vermittelt, bei dem die Bombenangriffe von den US-Truppen so exakt gezielt würden, daß militärische Objekte im Irak zerstört werden, ohne daß die Zivilbevölkerung getroffen werde.

Am 27. Februar nahmen die Truppen der Aliierten die Stadt Kuwait ein, daraufhin nahm die irakische Regierung am Abend des gleichen Tages alle UN-Resolutionen bedingungslos an.

Auf einer Pressekonferenz am 1. März 1991 bezeichnete US-Präsident Bush das Ergebnis dieses Krieges, der zu hunderttausenden irakischen und kuwaitischen Toten führte, als einen Sieg der Menschheit und der neuen Weltordnung.

In den westeuropäischen Ländern und den USA gingen im Januar 1991 Tausende von Menschen gegen den Golf-Krieg auf die Straßen. Nach dem Beginn des amerikanischen Bombardements kam es am 18. Januar 1991 in arabischen Ländern, vor allem im Maghreb, zu Massendemonstrationen für den Irak, in Europa gab es Arbeitsniederlegungen, Blockaden von Brücken und Militäreinrichtungen, Mahnwachen, Friedensgebete und Demonstrationen, die bis zum Ende des Krieges nicht abbrachen.

## Abschottung Europas

Am 26. April 1990 wurde eine Neufassung des Ausländergesetzes im Bundestag verabschiedet, das es der Bundesregierung erleichtert, die Zahl der in der BRD lebenden AusländerInnen entsprechend den innenpolitischen Zielen zu steuern.

Am 19. Juni 1990 wurde von Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und der BRD das sog. Schengener Abkommen unterzeichnet, in dem sich diese EG-Staaten auf eine einheitliche Sicherheits- und Asylpolitik verpflichten. Asylsuchende und Flüchtlinge sollen bereits an den Außengrenzen der Vertragspartner aufgehalten werden. Die Entscheidung eines Mitgliedsstaates über den Asylantrag oder den Aufenthalt eines Ausländers ist für die anderen Mitgliedländer bindend. In den meisten Vertragsstaaten führte diese Angleichung der unterschiedlichen Gesetzgebungen zu einer Verschärfung des bisher geltenden Rechts.

Propagandistisch begleitet wurden diese Gesetzesänderungen von Warnungen der Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien, das Boot sei voll, die BRD könne eine größere Anzahl von Flüchtlingen von denen unter Hinweis auf die Anerkennungsquoten die meisten als Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert werden nicht mehr verkraften, vor allem einem zu befürchtenden Zustrom aus Osteuropa müsse vorgebeugt werden.

## Angriffe gegen Flüchtlinge

Diese Propaganda zeigte bald ihre Wirkung. Rassistische Überfälle auf Flüchtlinge, Brandsätze in Flüchtlingswohnheime nahmen in erschreckendem Tempo zu. Waren es 1990 noch 246 offiziell registrierte Angriffe, sind es im Verlauf des Jahres 1991 bereits 1.823.

Die tagelange Schlacht um ein Flüchtlingswohnheim in Hoyerswerda im Herbst 1991, bei dem sich die angreifenden Faschisten der Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung sicher waren, wiederholten sich in den folgenden Monaten in mehreren Städten der ehemaligen DDR. Diese Übergriffe in den neuen Bundesländern fanden in breitester Öffentlichkeit und unter großer Akzeptanz durch die Anwohner statt. Die Zahl der einzelnen Brandanschläge und Angriffe auf Personen in den alten Bundesländern ist jedoch wesentlich höher.

Rückendeckung geben die öffentlichen Erklärungen von Politikern, die um Verständnis für die Ängste und sozialen Probleme der Angreifer werben und im Ergebnis die Opfer aufgrund ihrer bloßen Anwesenheit zu den eigentlichen Tätern machen.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 750 f.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Anschlag im Berliner Reichstag (Juni 91)

Wir haben am 11.6.91 zwei Brandsätze im Berliner Reichstag abgelegt, um damit wenige Tage vor der Entscheidung des Bundestages über den zukünftigen Regierungssitz Entscheidungshilfe zu geben. Anders als es uns Presse, Parteien und Senat weismachen wollen, bringt ein Regierungssitz Berlin keine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der BerlinerInnen. Im Gegenteil wir, die weniger Verdienenden, die Arbeitslosen, AusländerInnen, Auszubildenden, RenterInnen und SozialhilfeempfängerInnen würden aus der Stadt herausgedrängt werden. Berlin würde eine Bonzenmetropole, in der zwischen Verwaltungsgebäuden, Firmensitzen und luxussanierten Appartements der Regierungsangestellten Wohnungsmieten von 25 DM pro Quadratmeter und mehr zu zahlen wären. Wir, die Ärmeren, müßten in die Betonsilos in Hellersdorf und Marzahn ziehen, um von dort aus zuzusehen, wie gutgekleidete AufsteigerInnen in Edelkarossen durch die Stadt kreuzen.

Nicht einmal während der Bauphase der Regierungsgebäude würden wir hier profitieren. Es ist in Bonner Regierungskreisen schon mehrfach diskutiert worden, daß bei dem Bau aus Sicherheitsgründen Firmen aus Westdeutschland einzusetzen seien, weil die ostdeutschen Firmen angeblich mit Stasi-Leuten durchsetzt sind. Was also hätten wir schon vom Regierungssitz außer der zweifelhaften Ehre, wieder richtige Hauptstadt Großdeutschlands zu sein? Nichts und viele wissen das, trotz der albernen Versuche, zu einer Zeit, wo die Stimmung in der Stadt aggressiv ist wie lange nicht mehr, den Konsens aller BerlinerInnen herbeizuschreiben, sozusagen den Einheits-Berliner zu konstruieren (Entscheidung für Bonn Schlag ins Gesicht aller Berliner).

Sicherlich wird in den nächsten Tagen in der Öffentlichkeit der Vergleich zu 1933, zu der Einzeltat des Marinus van der Lubbe<sup>2</sup> gezogen werden, die damals den Nazis die Gelegenheit zur Ausrufung der Notverordnung<sup>2</sup> und zur Verfolgung tausender Andersdenkender gegeben hat. Wir finden diesen Vergleich blödsinnig. Ebenso wie uns der real existierende Sozialismus immer wieder als Beispiel für die Unmöglichkeit einer anderen, besseren Gesellschaft eingehämmert werden soll, wird uns der Reichstagsbrand<sup>3</sup> als Beweis für die fatalen Folgen militanter Aktionen vorgehalten.

Dabei sind die Ausgangssituationen grundverschieden: weder stehen wir vor der unmittelbaren Ausrufung einer faschistischen Diktatur (dann könnte es natürlich nicht darum gehen, das Symbol der bürgerlichen Gesellschaft, das Parlament, anzugreifen, sondern ein möglichst großes aktives Bündnis gegen rechts zu schaffen) noch ist unsere Aktion eine individuelle Verzweiflungstat. Im Gegenteil sehen wir nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und den sich daraus ergebenden Diskussionen Chancen, einen neuen, radikalen und umfassenden Begriff von Befreiung zu entwickeln, der mit der Bürokratenherrschaft in Osteuropa nichts zu tun hat. Unsere Aktionen sind kein Ausdruck blinder Wut oder ideologischer Verbohrtheit, wie es die Medien seit Jahr und Tag behaupten. Wenn wir nicht wüßten, daß eine befreite und kollektive Gesellschaft möglich ist, hätten wir längst aufgehört zu kämpfen.

Eine der Voraussetzungen dafür wird sein, uns das politische Terrain zu erhalten und in aktuellen Auseinandersetzungen konkrete Ziele zu benennen und durchzusetzen.

Wir lassen uns nicht vertreiben nie wieder Regierungssitz Berlin!

Es gibt kein Ende der Geschichte<sup>3</sup> machen wir sie selbst!

# Aktion gegen die Siegestsäule, Berlin (2/91)

Else kämpft, Herr-Mann Denk-mal

Am Vorabend eines möglichen Krieges in der arabischen Region beziehen wir uns mit unserer Aktion gegen die Siegestsäule, einem Symbol, das den Krieg und die Männergewalt verherrlicht, auf den Widerstand gegen den Krieg.

## Nationalismus, Rassismus, Sexismus und Patriarchat

In unserem Verständnis von Internationalismus haben wir Nation als Widerspruch zur Sozialen Revolution gesehen. Heute fangen wir an, die Zusammenhänge von Patriarchat, Nationalismus, Rassismus und Sexismus zu begreifen. Es fällt uns dabei noch immer leichter, das Patriarchat im Nationalismus zu erkennen, als den Sexismus in uns. Es ist ein alter Trick im Patriarchat, wenn jetzt die Neubestimmung des Nationalen als eine Debatte um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verkauft wird.

Nation war stets das Vehikel zur Durchsetzung der Ökonomie des Patriarchats, und Nationalismus wurde mit immer bestialischeren Mitteln des Rassismus und Sexismus verzahnt. So war es doch immer, wie der Blick in die Vergangenheit der Männerbünde zeigt; darüber hat die feministische Theorie ausführlich aufgeklärt

**In der Gründerzeit**, wo die neue Bourgeoisie sich ausdrücklich auf die Brüderlichkeit berief, die Frauen als persönliches Eigentum der Männer definierte und in die Kleinfamilien zwang.

**Im 1. Weltkrieg**, wo sich die Arbeiteraristokraten aller Länder im Nationalismus einreihen und sich dafür mit der Teilhabe an der Ausbeutung der SklavInnen des Trikonts belohnen ließen.

**Im Nationalsozialismus**, wo der Kampf und der Widerstand gegen die kapitalistische, rassistische und sexistische Ausbeutung in der völkischen Gemeinschaft erstickt werden sollte und sich der deutsche Mann in der faschistischen Neuordnung als Herr der Welt einsetzte.

Heute wird der neue deutsche Nationalismus mit verbaler Distanz zur faschistischen Vergangenheit garniert, mit Teilhabeangeboten an Frauen gesüßt und mit garantiert echter Suche nach einem wirklich guten Nationalismus gewürzt. Und nicht einmal die Erinnerung an Auschwitz kann große Teile der Linken daran hindern, Hilfestellung dabei zu leisten, den deutschen Nationalismus in einen europäischen zu überführen: ein vereintes Deutschland in einem vereinigten Europa soll die Erfahrungen aus der Geschichte tilgen helfen. Es ist bezeichnend, daß die Diskussion um die nationale Frage auch in linker Verkleidung geführt wurde.<sup>4</sup> Sie soll verschleiern, daß diese Teile der Linken am Profit der erstarkenden Nation teilhaben wollen. Ohne das Reinigungsbad der nationalen Frage können keine neuen männlichen Identitäten für die nächste Etappe männlicher Herrschaftssicherung geschaffen werden. Wir sehen, wie sie den Zugang zu allen Teilen des europäischen Hauses suchen, wie sie neue nationale Eliten zu einem neuen patriarchalen Bündnis verketteln wollen. Sie wollen den männlichen Schulterschuß herstellen, egal, ob in Freundschaft oder in Feindschaft. Denn wie immer taugt beides gleich gut, um die sozialen Konflikte zu überspülen und im Rassismus noch den Sexismus zu verdecken.

Als einen Beitrag zur notwendigen Diskussion über die skizzierten Zusammenhänge von Patriarchat, Nationalismus, Rassismus und Sexismus haben wir die Siegestsäule die Goldelse erschüttert. Sie steht wie kaum ein anderes Symbol für die verschiedenen Etappen männlicher Gewalt.

Bei der Gründung des zur Nation erstarkten Bundes wurde sie 1870 aufgestellt, feierte die Kriege von

1864/1866/1870 und erhob zugleich den Anspruch auf die Kolonien und den Raum im Osten. Mit der Umsetzung und der Aufstockung 1936 steht es für die Unterwerfung neuer Heere von ArbeitssklavInnen. Es steht damit auch für die Verwertung und Vernichtung in den Konzentrationslagern.

Frischvergoldet ist sie heute wieder in das Zentrum eines neuen imperialen Anspruchs gerückt, der die DDR einverleibt hat, der die Bevölkerung Osteuropas und des Trikonts ausgrenzt und den europäischen Großraum unter deutscher Vorherrschaft anstrebt.

Wir wollen unseren Beitrag nicht allein als eine Warnung vor dem Schatten der Vergangenheit verstanden wissen. Wir meinen die rassistische und die sexistische Gewalt, die der Nationalismus transportiert. Seine europäische Variante ist nicht friedensstiftend, sondern ein aggressives Werkzeug zur Neuformierung männlicher Gewalt.

Wir meinen das kapitalistische **Selbst** in der **Bestimmung** der Ökonomie. Wir meinen das rassistische **Selbst** in der **Bestimmung** anderer Völker. Wir meinen das männliche **Selbst** in der **Bestimmung** der Frauen.

## Anschlag gegen Kaiser, Berlin und Ravensbrück (Juli 1991)

Zu unseren Aktionen gegen Drecks-Kaiser vom 17. Juli

Die Tengelmann/Kaiser-Warenkette hält groß in der Ex-DDR Einzug. Streitfall ist momentan nur ein Supermarkt-Neubau vor den Toren des ehemaligen KZ Ravensbrück bei Fürstenberg. Wir reißen uns ein in die Gruppe der dagegen Kämpfenden aber nicht mit friedlichen Mitteln. Die Kaiserskette schon 1933 beim Arisieren<sup>5</sup> unter den Nazis stark dabei tritt nun das Ansehen und Gedenken vieler Antifaschist/inn/en in den Dreck des neuen deutschen Konsumwahns. Darauf gibt es keine kraftvolle gewaltfreie Antwort!

Unsere Brandbombe in der neuen Filiale in Ravensbrück und der angebrannte Konsumtempel in der Conrad-Blenke-Straße in Berlin sind unsere Reaktion!

Wir fordern einen sofortigen Baustopp für Kaisers und andere in Ravensbrück und Sachsenhausen!

Wir werden aber nicht auf den Baustopp warten, wir werden für ihn kämpfen. Kaisers ist überall anzugreifen tun wir es!!!

Ehre allen Verfolgten und Ermordeten des Naziregimes!

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# This is not a love song! Juli 1991

Fast wie im wahren Leben

Im Frühsommer trafen sich in einem ehemaligen Erholungsheim der FDJ6 drei nicht mehr ganz junge Leute

HerMann (der mit dem großen M), Artur und Zorro.

Nachdem das Eis zwischen ihnen mal wieder gebrochen war, HerMann und Zorro den mitgebrachten Krimsekt bereits geleert hatten, setzte sich Artur, von dem Ritual ziemlich angeekelt, vor den Schwarz-Weiß-Fernseher. Es war so kurz nach halb elf, da glaubte Artur, der inoffizielle Mitarbeiter der Bonner Regierung wolle ihn verkohlen. Auch noch Stunden später, als seine beiden Freunde längst wieder nüchtern waren und die erste Rauferei des Treffens zu Gunsten von HerMann längst entschieden war, schwor Artur, daß er nicht geträumt hatte. Friedrichs7 habe nämlich mit einem besonders verschmitzten Grinsen gemeldet, daß sich die Revolutionären Zellen in der Hauptstadtfrage jetzt auch für Bonn ins Zeug geschmissen hätten. Der Reichstag wäre zum Glück der Nation zwar nicht abgebrannt, Menschen auch nicht zu Schaden gekommen, aber es wären zwei Stelltafeln in der Ausstellung zur deutschen Geschichte bis auf die Aluminiumträger abgebrannt. Als daraufhin aus allen Wohnstuben der Republik ein unglaubliches Gelächter aufbrauste, das wohl die Ursache für einen sekundenlangen Stromausfall in dem ehemaligen FDJ-Heim war, kam es zu dem bereits erwähnten Zwischenfall unter Genossen. Artur, vor Schreck zunächst wie gelähmt, kriegte einen dermaßenen Wutanfall, daß er mit dem Aschenbecher nach dem Regierungssprecher schmiß. HerMann und Zorro brachte der Krach des implodierenden Fernsehers auf die Palme, weil dadurch ihre Sicherheit in dem Dorf gefährdet sei. Als Artur dann dazwischen schrie und dann etwas gefaßter erklärte, was in Berlin passiert war, kam es zu einem erbitterten Wortgefecht, in dessen Verlauf erst Artur auf die Problematik einer solchen Aktion vor dem Hintergrund des Reichstagsbrandes Ende Februar 33 verwies. Zorro meinte, das Objekt wäre eh das falsche, wenn schon Kampf gegen die Umstrukturierung der Stadt, dann müßte man schließlich Daimler angreifen, aber nicht isoliert, sondern als Teil einer Massenkampagne gegen das Projekt am Potsdamer Platz.8 Als HerMann dann auch noch einwandte, ob Bonn oder Berlin, Daimler oder sonstwas, das müßte Mann von antipatriarchalen Ansatz her überlegen, bzw. erst mal die Zora fragen und als er dann auch noch abhob auf das Problem der männlichen Definitionsmacht, kriegte er plötzlich von Zorro eins auf die Glocke ...

## Im wirklichen Leben

würden die Leute natürlich nicht über uns lachen. Die Situation ist für uns auch bitter ernst. Tatsächlich kommt uns einiges von dem, was militante Gruppen in den letzten Monaten gemacht haben, als traurige Karrikatur dessen vor, wofür mehrere Generationen Militanter seit Anfang der 70er Jahre in diesem Land gekämpft haben.

Wir meinen damit den Beschuß der Bonner US-Botschaft9 durch ein Kommando der RAF, Anfang Februar; den Versuch Revolutionärer Zellen, die Goldelse von der Siegessäule in Berlin zu sprengen und die Brandstiftung einer RZ im Berliner Reichstag vor einigen Wochen. Insbesondere meinen wir damit das tödliche Briefbombenattentat auf den Berliner Baustadtrat Klein.10 Da aufgrund einer anonymen Erklärung nicht mehr ausgeschlossen werden kann, daß die Urheber des Attentats aus den Reihen der Linken kommen, halten wir eine selbstkritische Auseinandersetzung über das Verhältnis von Politik und Moral für dringend erforderlich.

In einer politischen Situation, in der die Linke insgesamt fast völlig bedeutungslos geworden ist, ist

diese Diskussion existentiell. Angesichts gesellschaftlicher Marginalisierung linker Politik insgesamt und militanter Positionen im besonderen, verlangt der Einsatz revolutionärer Gewaltmittel ein besonderes Maß an Verantwortung und Genauigkeit. Ihr Einsatz hat in dieser Situation im Wesentlichen exemplarischen Charakter.

Die o.g. Aktionen werden allesamt dieser Verantwortung nicht gerecht. Sie nehmen zwar alle für sich in Anspruch, richtige Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu geben, sie entwerfen jedoch den Einsatz revolutionärer Gewalt selbst. Der Beschuß der US-Botschaft durch ein Kommando der RAF war die endgültige Bankrotterklärung einer gesamten Fraktion der bewaffneten Linken in der BRD.

Durch den ziellosen Beschuß wurden nicht nur völlig unbeteiligte Menschen in Gefahr gebracht, sondern um das Maß noch voll zu machen handelte es sich um Menschen aus der Anti-Kriegsbewegung, die als potentielle Bündnispartner angesehen werden. Besser kann eine bewaffnete Gruppe das von ihr gezeichnete terroristische Schreckgespenst gar nicht medienwirksam in Szene setzen. Der Hinweis in der Kommandoerklärung, die Gefährdung Unbeteiligter durch die Mischung der tödlichen Geschosse mit Leuchtschmuckmunition ausgeschlossen zu haben, ist ein nicht zu überbietender Zynismus.

Mit dem Anschlag auf das mittlerweile politisch völlig unbedeutende Denkmal des deutschen Militarismus von 1871, die Siegestsäule in Berlin, beweisen Revolutionäre Zellen, daß sie sich mittlerweile völlig außerhalb von Zeit und Raum befinden.

Der Versuch, die Goldelse vom Sockel zu holen, war angesichts des Kriegsbeginns am Golf völlig unangemessen und lächerlich. Abgesehen davon, daß die Aktion zeitlich deplaziert war, haben die Genossen gezeigt, daß sie keine Antworten haben auf die von ihnen aufgegriffenen, objektiv richtigen Fragen nämlich nach dem Verhältnis von Nationalismus, Rassismus und Sexismus und der eigenen politischen Praxis. In der Erklärung fehlt jegliche politische Orientierung das bringt den Etikettenschwindel der Genossen auf den Punkt. Sie täuschen Klarheiten vor, wo keine erkennbar sind beispielsweise nach dem Verhältnis von Militanz und antipatriarchalem Widerstand von Männern. Für den Brandanschlag auf die Ausstellung zur deutschen Geschichte im Reichstag, Anfang Juni, gilt die alte militante Weisheit, wonach eine Aktion gegen das falsche Objekt eine falsche Aktion ist, auch wenn in der Erklärung das Gegenteil behauptet wird.

In dem unter unserem Markenzeichen herausgegebenen schriftlichen Votum für Bonn steht zu lesen, daß eine Voraussetzung für den Kampf sei, das politische Terrain zu erhalten und in aktuellen Auseinandersetzungen konkrete Ziele zu benennen und durchzusetzen. Das wird zwar flott dahergesagt, drückt sich aber weder in der Aktion noch im Inhalt der Erklärung aus. Konkrete politische Ziele oder Kristallisationspunkte, an denen sich der Kampf gegen die Umstrukturierung der Stadt entwickeln könnte, werden nicht genannt. Was von der Aktion bleibt, ist der Bezug auf den herrschenden Diskurs die Hauptstadtfrage. Vor dem Hintergrund des Reichstagsbrandes 1933 verkommt die Aktion zur Farce.

Dieser Ort ist wegen seiner widersprüchlichen historischen Bedeutung als Angriffsziel militanter Politik völlig ungeeignet. Der Reichstag ist sowohl Symbol des deutschen Nationalismus, als auch der historischen Niederlage der Linken in Deutschland.

Entgegen der Behauptung in der Erklärung von der Einzeltat des Marinus van der Lubbe sind die genauen Umstände der Brandstiftung bis heute nicht geklärt. Es deutet zumindest einiges darauf hin, daß die SA an der Brandstiftung beteiligt war.

Es ist blödsinnig, eine Aktion gegen ein Objekt zu machen, dessen Symbolik nicht eindeutig ist und sich nicht selbst vermittelt.

Der Tod des Berliner Baustadtrats Klein durch die Explosion einer Briefbombe ermöglichte und provozierte Spekulationen über Zielsetzung und Motive der Urheber.

In der Erklärung einer anonymen Gruppe vom 15. Juni wird behauptet, daß der Tod Kleins nicht beabsichtigt, Folge einer Ungenauigkeit gewesen sei und die Gefährdung Unbeteiligter auf dem

Postweg zu 100 % ausgeschlossen wurde. Letzteres können wir uns zwar kaum vorstellen, das schließt aber nicht aus, daß nicht der Baustadtrat, sondern etwa eine Sekretärin den Brief hätte öffnen können.

Für Bestrafungsaktionen gelten wie für andere Aktionen zu allererst politische Kriterien, dabei muß es absolut ausgeschlossen sein, daß die angegriffene Person getötet wird und Unbeteiligte gefährdet werden, auch wenn sich das eigene Risiko dadurch erhöht.

Für das Regime sind Menschen Schachfiguren; unser Kampf spielt nicht mit dem Leben von Menschen!

Die Kaltschnäuzigkeit, mit der die fatalen Folgen der Aktion kurzerhand vom Tisch gewischt werden, entspricht der Unfähigkeit, weder die beabsichtigte politische Wirkung der Aktion, noch politische Konzepte und Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf den noch zu entwickelnden Widerstand gegen die Umstrukturierung Berlins benennen zu können.

Diese Unfähigkeit charakterisiert sich in einer verhängnisvollen Tendenz zum Militarismus. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in der Erklärung Krieg als zentrale Begrifflichkeit unterstrichen ist.

Diese verhängnisvolle Tendenz zum Militarismus hat immer wieder Aktionen mit fatalen politischen Folgen für die Linke hervorgebracht: die Karry-Aktion<sup>11</sup>, die Schüsse an der Startbahn<sup>12</sup>, der Mord an dem US-Soldaten Pimental.<sup>13</sup> Die Liste ließe sich noch verlängern.

Diese Tendenz ist Ausdruck einer Haltung eines Teils der militanten Linken, die sich weigert, aus der Geschichte zu lernen, deren Handeln sich allein aus dem subjektiven Verhältnis zu Staat und Kapital begründet, aus ihrem Drauf-Sein, deren Praxis nicht an einem politischen Ziel der Verankerung und Verbreiterung revolutionärer Politik in die sozialen Prozesse der Gesellschaft hinein orientiert ist. Wir lehnen den politischen Mord als Mittel revolutionärer Politik ab, weil der Stand der sozialen Kämpfe in diesem Land weit davon entfernt ist, daß die Liquidierung des politischen Gegners zu einer Macht- und Überlebensfrage geworden wäre. Wir kämpfen um das Bewußtsein der Menschen und unser eigenes nicht um die Macht.

Der politische Mord legitimiert sich auch nicht aus der Funktion des Gegners, wie die RAF uns das seit Jahren predigt. Die politische Wirkung muß verpuffen, weil ihre einzige Wirkung darin besteht, daß ein bis dahin anonymes Schreibtischtäter als Toter bekannt wird. Ihr Tod verschafft niemandem eine Atempause, hat nichts befreiendes und mobilisierendes. Im Gegenteil die inflationäre Anwendung dieses Mittels zerstört den revolutionären Befreiungsanspruch von Innen dieses letzte Mittel im revolutionären Kampf verkommt zum Spektakel.

Eine militante Linke, die die absolut verpflichtenden Grundsätze von Politik und Moral leichtfertig aufgibt und die ihre Skrupel verliert dieses wesentliche Merkmal, was revolutionäre Frauen und Männer vom Gegner unterscheidet verliert den Kredit und den Anspruch, einen revolutionären Kampf für eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu führen.

Spätestens an dieser Stelle werden sich viele fragen, was der Subjektivismus, der Militarismus und der Verlust revolutionärer Moral, wie sie in der Aktion gegen den Berliner Baustadtrat zum Ausdruck kommt, mit den von uns kritisierten Aktionen Revolutionärer Zellen zu tun hat. Die Gemeinsamkeit besteht in dem verantwortungslosen Aktionismus, der die militante Aktion selbst zum Fetisch macht. Diese Praxis setzt auf die spektakuläre Geste, verwechselt politische Vermittlung mit bürgerlicher Öffentlichkeit. Sie transportiert keine Hoffnung auf Befreiung, sondern transportiert Erklärungen durch den Einsatz von Feuer, Sprengstoff oder Waffen in eine diffuse Öffentlichkeit. Sie hat die grundlegenden Kriterien revolutionären Handelns aufgegeben oder erinnert sich nicht mehr an sie, weil sie die Orientierung längst verloren hat. Sie wird zur tragischen Figur, weil sie Opfer ihres eigenen Mythos geworden ist.

Militante Aktionen haben zum Ziel, die gesellschaftlichen Widersprüche zu verschärfen, soziale Kämpfe voranzubringen und erkämpfte Freiräume abzusichern oder zu erweitern. Sie sollen die Gewalt des Systems sichtbar machen, dem Unrecht einen Namen geben, Projekte der Herrschenden sabotieren und das System der sozialen und repressiven Kontrolle zerstören. Sie sollen entgegen dem



weitverbreiteten Gefühl der Ohnmacht Widerstand immer wieder möglich machen und den Mythos der Macht zerstören. Sie sollen die Herrschenden politisch treffen, sie verunsichern oder der Lächerlichkeit preisgeben.

Militante Aktionen so begreifen wir auch unsere Praxis gegen die rassistische und sexistische Ausländerpolitik sind ein unverzichtbares Mittel politischer Intervention.

Wir reden nicht der Selbstentwaffnung der Linken das Wort die militante und bewaffnete Widerstandserfahrung ist im Gegenteil ein gewichtiges Faustpfand für zukünftige Kämpfe.

Eine Gruppe aus dem Traditionszusammenhang der Revolutionären Zellen

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Vorbemerkung

## Prozesse

Neben unzähligen Durchsuchungen und einigen kurzzeitigen Festnahmen wurden seit Bestehen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora viermal Verfahren wegen angeblicher Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen nach 129a durchgeführt

1977 gegen Gerd Albartus und Enno Schwall; 1978 gegen Rudolf Raabe; 1980 gegen Hermann Feiling, Sybille Straub und Sylvia Herzinger; 1989 gegen Ingrid Strobl.

Im folgenden werden die Prozesse mit den entsprechenden Vorgeschichten dargestellt. Dabei wurde auf alle Prozeßklärungen der Angeklagten verzichtet, weil dadurch das Buch-Projekt noch mehr ausgeüfert wäre. Eine Ausnahme bildet der Prozeß gegen Hermann Feiling, denn die Geschichte der Revolutionären Zellen ist auch die Geschichte von Hermann Feiling, und kann nicht ohne seine gedacht werden.

Gerade deshalb und auch, weil Hermann Feiling ansonsten nur als Opfer von einem Unfall im bewaffneten Kampf gesehen werden könnte, wurde er um einen kurzen aktuellen Beitrag für dieses Buch gebeten.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 751

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Das Verhör war schon das Verbrechen

Das wirkliche Verbrechen beginnt immer erst mit der Gerichtsverhandlung Karl Kraus1

## I. Vom Anfang

Im Sommer 1978 steht die fällige Fußballweltmeisterschaft in Argentinien vor der Tür.

Diejenigen, die später, anlässlich der Olympiade im Jahre 1980, in Anbetracht von Kabul<sup>2</sup> der Propaganda nicht genug tun können, um Menschenrechte vor Sport zu stellen, kennen damals keine Folter. Nur noch Fußball, der angeblich versöhnt, sei es auch mit Elektroschocks und Papageienschaukel. Zu dieser Zeit, am 23. Juni 1978, morgens gegen 10 Uhr, geht ein Mann auf seine Studentenbude in einem Heidelberger Hinterhaus. Er hat eine Fahrkarte nach München in seiner Tasche und auch einige nicht ganz echte Utensilien, mit deren Hilfe er in die Gestalt eines Postboten schlüpfen will. In der Bayrischen Landeshauptstadt will er seine Post abgeben

einen Sprengsatz an die Adresse des argentinischen Generalkonsulats. Eine geringe Menge Sprengstoff soll ausreichen, um ein paar Steine aus der Mauer des Schweigens zu reißen. Er hat sich sorgfältig zuvor vergewissert, daß Menschen nicht zu Schaden kommen können. Aus diesem Grunde auch probiert er vorher noch in Heidelberg die Elektronik seines Sprengerätes durch: das vorzeitig unter seinen Händen explodiert!

Hermann Feiling ist nicht auf der Stelle tot. Er überlebt den schrecklichen Unfall. Aber er ist blind danach und seine beiden Beine werden bis ins obere Drittel amputiert. Sein Körper ist von Brandwunden bedeckt. Unmittelbar danach mußten ihm beide Augen entfernt werden. Ein Schock von kaum vorstellbarer Dimension zeichnete im Übrigen seinen Zustand aus. In der Nacht nach seinen schweren Operationen wurden ihm vier Ampullen des starken Schmerzmittels Dipidolor gespritzt.

Dipidolor ist ein morphinhaltiges Schmerzmittel, das nur bei besonders starken Schmerzen verordnet wird. Bei einigen Patienten stellt sich eine Euphorie ein, d.h. ein unrealistisches Gefühl des Wohlbefindens, außerdem Gefühle der Geborgenheit. Es erleichtert gedankliche Assoziationen, eine positive- Grundeinstellung, Gedankenflucht... (Pharmazeutisches Lexikon)

Noch drei Tage nach der vorzeitigen Explosion und Operation erklärt das Landeskriminalamt (LKA) Stuttgart, Feiling befinde sich in Lebensgefahr, am selben Tag erklärt der behandelnde Arzt den Eltern dasselbe. (Quelle: Heidelberger Rundschau 26.6.78 & RA. Bayer)

Von daher war es eine bemerkenswerte humanitäre Leistung des zuständigen LKAs, bereits am Morgen nach der Operation in Hermann eine voll vernehmungsfähige Person auszumalen. Dies mit Hilfe eines Arztes namens Dressler, der für die Dauer der Vernehmungen nicht einmal ein zeitliches Limit setzte, selber aber in der Regel nur um die fünf Minuten bei seinem Patienten aushielt, wofür dann die anwesenden Beamten in medizinischer Hilfsfunktion beim Umbetten und ähnlichen Versorgungsmaßnahmen selbsttätig zu Hand gingen.

Insgesamt war Hermann Feiling viereinhalb Monate in dieser Lage der absoluten Hilflosigkeit, der Schmerzen, der eingeschränkten Wahrnehmungsfähigkeit, der säuglingshaften Abhängigkeit, ferngehalten von allen Freunden, ferngehalten von jedem Anwalt seiner Wahl. Während die Vernehmungen munter liefen. Eingeleitet von einem Staatsanwalt, einem gewissen Wechsung, den Feiling für einen Rechtsanwalt hielt und dies alles unter der rechtsstaatlich superben Bedingung, daß zu keiner Zeit ein Haftbefehl gegen ihn verkündet worden war.

## II. Über die Produktion von Aussagen

Ich fühle mich wie eine lächerliche Masse. (H.F.:Tonbandkassette)

Hermann Feiling wird am Tag nach der Explosion und der Operation zum ersten Mal angehört, ein Begriff, den es in der deutschen Strafprozeßordnung nicht gibt. Die Ergebnisse dieser Anhörung werden von den Ermittlungsorganen als Aussagen bewertet.

Aufgrund schon der ersten angeblichen Aussage wird seine Verlobte verhaftet.

Hermann Feiling, der sich heute an beinahe nichts mehr erinnern kann, schildert Fragmente seiner damaligen Wahrnehmung so:

In der ersten Zeit hätte er überhaupt keinen Tag- und Nachtrhythmus gehabt. Sie hätten ihm jemand in den Raum gesetzt. Er habe nie geschlafen. Der andre sei immer rumgelatscht und hätte Stories erzählt, er sei Jäger. Er könne sich bei seiner ersten Vernehmung auch nicht an (rechtliche) Belehrungen erinnern, auch nicht an die Belehrung, daß er sich eines Rechtsanwaltes bedienen könne.

Letzterer hätte ihm wohl, wäre es ein Vertrauensanwalt gewesen, als erstes gesagt, daß er gegenüber seiner Verlobten ein gesetzlich verbrieftes Recht der Aussageverweigerung hatte. Die Barbarei und Perversion dieses Verfahrens, einen vernehmungsunfähigen Menschen zu Aussagen zu pressen, wird auch in den folgenden Angaben Hermanns auf besagten Kassetten deutlich:

Was mich am meisten mitnimmt, im Moment, ist, daß da scheinbar Aussagen existieren, die von mir stammen. Diese Aussagen stammen aus einer Situation kurz nach der Operation. Ich kann mich weder an sie erinnern, noch kann ich sagen, daß sie so, wie sie mir dann später berichtet wurden, daß sie so der Wahrheit voll entsprechen. Ich hätte diese Aussagen jedenfalls nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte.

Ich war also mehr in so einem Zustand, wo ich eigentlich gar nicht wußte, wer um mich war und das einzige, was ich wollte, darin bestand, nicht verlassen zu werden. Dafür hab ich dann also wie gesagt da dann nicht allein zu sein und zusätzlich eben nicht zu wissen, was eigentlich los ist und wo man sich befindet und warum es dunkel ist das kriegt man erstmal gar nicht so genau mit eine Situationskontrolle erstmal zu entwickeln, da braucht man erstmal Zeit!

Später teilte er dann, illegal, seinen Freunden mit:

Ich bitte zu verfolgen, was mit mir geschieht. Wo ich hingebacht werde und so. Ich bin voll unter den Fittichen. Die haben also nur ein paar Konzessionen gemacht, daß ich also diese Maßnahmen da behalte, also die Krankenhaustherapie für die prothetische Versorgung. Nur um das möglich zu machen, haben die es eben gemacht, mir also ihren Haftbefehl zu eröffnen.

Da gegen Hermann Feiling aber niemals formell ein Haftbefehl verkündet wurde, der ja haftunfähig war, muß jemand ihn bewußt mißinformiert (also erpreßt) haben in der Absicht: entweder Du unterwirfst Dich uns, oder wir vollstrecken den Haftbefehl und dann ist die Chance auf therapeutische Maßnahmen passé, samt dem Erlernen der Blindenschrift.

Und in seiner letzten Mitteilung aus einer Isolierstation des Modells Deutschland heißt es:

Ich fühl' mich tatsächlich ein wenig entmündigt; aber man hat auch eine Situation geschaffen, in der ich mich eigentlich nicht traue, traute, irgendetwas selbst noch zu wollen. Es ist für mich unmöglich irgendetwas ganz anderes zu sein. Dazu will man mich bringen, glaube ich jedenfalls, daß man da alle Register zieht, ich geh daran nicht jetzt nicht vollends kaputt, weil ich festgestellt habe, daß ich meine politischen Gedanken, meine persönliche Identität vielleicht wohl mal wieder finde.

Natürlich ist diese von Hermann Feiling geschilderte Vergewaltigung niemals eine, die von verbrecherischen Schergen arrangiert wurde, sondern es handelte sich um Hilfe, pflegerische, versteht sich, um Hilfe, die erst recht zum Triumph beim Fabrizieren der Aussagen gelangt.

Zu jenen, die Hermann Feiling im Krankenhaus behiflich sind, ihm Sachen reichen, oder wohlmöglich noch die Orange schälen, gehören in erster Linie Polizisten. Feiling wußte das nicht, konnte also auch nicht ermessen, wer in seiner nächsten Umgebung etwa der Schweigepflicht unterliegt, wenn er etwas

sagt.

In einer Situation, wo er unter dem ungeheuren Druck der Ereignisse sprechen will und muß, sich selbst hören, d.h. erleben will, der unter Eindrücken von Selbstentfremdung und gestörter Körperwahrnehmung leidet, der kämpft, der sich an seine Umgebung klammert, seine Gequältheit herausbricht ist Sprache seine einzige Kommunikationsform. Die hilfreichen Polizisten hören geduldig an und halten geduldig vor: Grüne Farbe des Autos oder rote? Solange, bis er ja sagt. In den 1.300 Seiten steht nichts darüber, wie das gegangen ist, sondern man liest die Summe der freigeschöpften facts. Doch ganz ist die Folter, die hier geschah, nicht spurlos getilgt (HR 12/78): Der Arzt gab zu Protokoll, daß Feiling während der Vernehmungen zwar medizinisch-, aber nicht juristisch- vernehmungsfähig gewesen sei.

Was stört aber einen deutschen Polizisten namens Berberich, Mitglied eines Heidelberger Elternbeirates, Gesetz & Juristerei, wenn nur noch ein Funke Leben in einem steckt?

Während der Vernehmungen so heißt es, war Feiling so erregt, daß ihm zusätzlich Valium zur Beruhigung gespritzt werden mußte.

### III. Dossier über ein Verhör in Deutschland

Der Polizeioberrmeister i.K. (POM) Schäfer führt das Protokoll, das er zu verantworten hat. Ein Staatsanwalt, ein gewisser Wechsung, gehört ebenfalls zur Szene, der den dauernd bewußtlosen Feiling nicht über seine Rechte belehrt, den Feiling mit seinem Rechtsanwalt verwechselt. Vernommen wird nicht, es wird angehört.

Ein POM wie der Schäfer ist in der Hierarchie ein kleiner Beamte, der weiter kommen will und stets darauf zu achten hat, daß er als Protokollführer nicht unterschreibt, was andere ihm wohlmöglich rechtswidrig einbrocken. Dieser Polizeioberrmeister formuliert daher mit evidenter Zurückhaltung eine in sich nicht einmal logische Charakterisierung dieses initialen Gesprächs:

Ich kann das geführte Gespräch nur sinngemäß wiedergeben, da ich einige Male das Zimmer verlassen habe und da manchmal Feiling, weil er sehr leise sprach, sehr schlecht zu verstehen war.

Wir verstehen gut: Jemand hat da womöglich einen Drang verspürt, gelegentlich den Raum zu verlassen, damit er später sagen kann, er hat nicht alles mitbekommen. Aber auch dann, wenn er anwesend ist, kann er nur sinngemäß reproduzieren, denn der frisch Operierte war kaum zu verstehen. Derart aber das Entree auf die nun folgenden 1.300 Seiten sogenannten Aussagen, in dessen Schlußbemerkung der vorsichtige Schäfer sich noch einmal durch Hinweis auf die Verantwortung des höherrangigen Beamten Seitz absichert. Ihm war nicht wohl bei der ganzen Geschichte.

Da es verständlicherweise in der Fortsetzung der Inquisition erst recht Probleme mit den Sinnen gibt, mit dem elendig befindlichen Verhörsubjekt, den permanenten An- und Abwesenheiten, muß die eine 1.300 Seiten umfassende Aussage Dokumentation gleichfalls von eigener Art sein:

Ab Seite 0006 wird zwar ein Tonband in die Sache eingeführt, dessen Objektivität aber immer dann abgeschaltet werden muß, wenn die Schöpfungsfreude der Beamten nach sinngemäßer Zusammenfassung schreit. In der Regel dann wir kommen noch darauf wenn man tiefer ins Gespräch kommt.

Am 28.6. eröffneten die Beamten Berberich und Raisch (S. 0049) ein stundenlanges Marathonverhör mit dem schwerkranken Feiling, dessen bereitwilligem Arzt keinerlei zeitliche Begrenzung in den Sinn kommt. Es hat seinen ersten Höhepunkt in der Aufforderung, Feiling möchte doch die Namen ihm bekannter Leute nennen, was dieser offenbar nicht will oder kann, weswegen man ihn kennerisch auf die Belastung durch seinen Körperschaden hinweist, der auch andere ereilen möchte:

F. macht eine längere Pause und atmet sehr stark.

Hier macht es gar nichts (S. 0056), daß der Betroffene immer schwer atmet: Die heutige Humanität verfügt schließlich über Valium.

Daß er am Ende überhaupt nicht mehr zu verstehen ist, was macht das, solange nur das Rollenspiel eben so funktioniert, daß ein Das weiß ich nicht mehr so genau den Beamten strategisch unverständlich bleibt, wo doch das folgende, auf apodiktische Aufforderungen geflüsterte Ja einen protokollarischen Sieg ergibt.

Um genau zu sein: Der offenbar kaum noch artikulationsfähige Mensch flüstert sein ja nicht aufgrund eigener Erinnerung, denn er kann sich nicht mehr genau erinnern, sondern zum Vorhalt der Verhörer. Auf diese Weise wurde der spätere Tatvorwurf eines Anschlags auf die AKW-Firma Klein, Schanzlin & Becker erhärtet.

Insofern ist es auch bedeutungslos, daß dieser flüsternde, schwer atmende, total abhängige, von Valium gestützte Mensch in Bezug auf Personenfragen permanent gravierende Widersprüche produziert mal ist etwas rot gewesen, mal was braun weil jeweils einen Tag darauf die Befrager die Widersprüche schon glätten.

Mag denn auch (S. 0016 & 0003) die eine später hochbelastete Person deutlich daran zu erkennen sein, daß sie signifikant Hessisch babbelt, wenig später verwandelt sich das mühelos in reines Hochdeutsch.

Überhaupt ist die Fähigkeit deutscher Beamten, die geflüsterten Aussagen geschockter Menschen, die sich in Lebensgefahr befinden, sinnvoll zu transformieren um so ausgeprägter, je malader deren Zustand ist.

Für einen Linguisten dürfte bei der Durchsicht der angeblichen Feiling-Aussagen unschwer feststellbar sein, daß der Betroffene wenige Stunden nach der Operation auf wunderbare Weise stundenlang in reine Polizeidiktion verfällt, nämlich wie aus der Pistole geschossen kurz und knapp (auf Vorhalt versteht sich) erfragte Maße sogar in Milimeterdifferenzen angeben kann, während derselbe in späteren Verhören, eben wieder bei sich selber, in seiner eigenen, etwas langwierigen Sprache mit vielen ähs und kompliziertem Satzbau antwortet.

Damit ist aber nun bewiesen, daß der Zustand des Hermann Feiling während der Vernehmung anfangs nicht ungünstig, sondern eben günstig war.

Mag es auch kreuz und quer gehen und manchmal überhaupt nicht mehr: Medizinisch ist der Delinquent aussagefähig und passieren kann nichts, denn er hängt am Tropf und der Arzt erscheint jeweils für die Standarddurchschnittszeit deutscher Mediziner: Fünf Minuten.

Doch wenn in der Folge immer öfter (S. 0063) das hier vorliegende menschliche Vernehmungsmaterial offenbar nicht ganz bei Sinnen ist, muß selbst im stromlinienförmigen Protokoll mal danach gefragt werden, ob Herr F. der Vernehmung überhaupt noch folgen kann.

Eine sehr verständliche Frage, die der Betroffene aber zu deuten offensichtlich nicht mehr imstande ist, weswegen dazu nur weiter zu fragen ist:

Haben Sie verstanden? Da aber die Sinne bei den POMs und KHKs Berberich, Raisch oder Schäfer unschwer in der Lage sind, anderweitige Sinnausfälle selber sinnvoll zu überbrücken, mögen sie auch persönlich draußen vor der Tür gewesen sein, so ist bei einiger Beharrlichkeit selbst dem Halbtoten auf die Frage seiner geistigen Anwesenheit, deren Rezeption durch das Opfer der Protokollant im übrigen selber mißtraut, am Ende ein preußisch-knappes Jawohl zu entlocken.

Tags drauf ist der 29.6. und weil es wiederum um die Sinne und deren Reproduktionsfähigkeit geht, entsteht am besten wieder ein zusammenfassender Aktenvermerk: Herr F. wolle seine Gedanken direkt (als ob es bisher indirekt zugegangen sei) einem Beamten mitteilen, weil er sonst die Gedankengänge evtl. wieder vergessen würde.

Was logisch für einen Verzicht auf ein mitlaufendes Tonband spricht, dem bekanntlich hervorragenden Mittel gegen jede Art von Vergeßlichkeit, Unklarheit und Widersprüchen. Sicherer ist aber etwa später vor Gericht sich ungehemmt auf die eigene freischöpferische Sinnlichkeit zu stützen. Zu diesem Zeitpunkt des Kampfes gegen Vergeßlichkeit waren bereits an die sechs Leute erfolgreich belastet.

Am 30.6. tauchen endlich wieder die vom Wiesbadener LKA auf, die in wahrscheinlicher Konkurrenz

mit den Stuttgartern unbedingt selber zu etwas kommen müssen weswegen es jetzt erst so richtig intim wird (S. 0079):

Frage: Waren an dieser Straße Parkflächen eingerichtet?

Antwort: Also keine besonderen, da konnte man natürlich am Straßenrand rechts parken.

Bulle: Herr Feiling, lassen sie bitte den Arm etwas ruhiger liegen, da ist die Infusion ...(unverständlich).

Feiling: Was ist denn los?

Bulle: Nee. Nee, ist nur vom Verbandsteil etwas losgelöst. Das muß erst gemacht werden. Da hat sich glaub ich die Infusion dort unter dem Pflasterstreifen etwas gelöst.

Bulle: Oh, das ist okay, die hängt da so rum.

Woraufhin man sich erneut einer Frankfurter Einbahnstraße widmet, welcher der Hermann über Stunden nicht so recht folgen kann. Ergebnislos wird die Befragung mittags abgebrochen.

Kein Wunder von daher daß dieses Verhör nachmittags wieder zu sich selber und die Wiesbadener zu einigen Erfolgen kommen:

Die Vernehmung wurde nicht auf Tonband aufgezeichnet, die Aussage lediglich dem Sinn nach in Stichworten handschriftlich notiert.

Es mußte endlich wieder Sinn in die Sache kommen, denn auf der Sitzung zuvor hatte überhaupt nichts geklappt, waren die Rauchgewohnheiten verdächtiger Personen mal so und mal so, waren Haut- und Haarfarben kunterbunt verschieden, von dem ganzen Durcheinander sich abwechselnder anthropometrischer Merkmale ganz zu schweigen.

Da das mit dem auszuschaltenden Tonband doch nicht ganz so koscher wirken möchte und weil es lausige Rechtsanwälte gibt, die sich sowas vor Gericht peinlich erklären lassen möchten, erlaubt sich die Sinnesschärfe des KHM Berberich den Versuch eines Persilscheins in der Form einer überaus logischen Schlußbemerkung (S. 0105):

Das oben genannte Gespräch wurde auf ausdrücklichen Wunsch und unter Berücksichtigung des Gesundheitszustandes von Herrn Feiling nicht auf Tonband aufgenommen, dessen Gesundheitszustand bekanntlich darunter litt, daß er überhaupt verhört wurde, nicht aber unter einem geräuschlos mitlaufenden Tonband.

Wobei der danach noch folgende Hinweis Es erfolgte auch keine (handschriftliche) Protokollierung logisch nur noch Rückschlüsse auf die lädierte mentale Lage der Beamten zuläßt, die offenbar nicht schreiben konnten.

Am 2.7.78 (S. 0138) haben sich jedoch die Verhörer sinnlich und handgelenkmäßig soweit erholt, daß die Aussage des Tages wenigstens wieder sinngemäß und handschriftlich protokolliert werden kann, weil man erkannt haben dürfte, daß die Methode des Ausschaltens des Tonbands und des Anschaltens der Sinngemäßheit einen rascher vorwärts brachte. Woraufhin wir auf der Höhe der Seite 0148 plötzlich die bisher ganz ungewöhnliche Belehrung erfahren, nämlich am 5.7.78:

Sie wissen, daß Sie vor der Polizei keine Angaben zu machen brauchen, daß Sie einen Verteidiger befragen können.

Glücklicherweise war der auch inzwischen aufgetrieben, ein Herr aus Ostfriesland, der den konservativen Eltern nahesteht, und der sich auch sonst insofern als ideal erweist, da er praktisch nur nominell in Erscheinung tritt und im übrigen mühelos in der Lage ist, den Hermann nicht auf sein gesetzlich verbrieftes Recht auf Aussageverweigerung gegenüber seiner Verlobten hinzuweisen und auch darüber nichts verlauten läßt, daß Feiling haftunfähig ist.

Er betreut weiter seine Kanzlei in Emden und weiß seinen Mandanten in besten Händen, dem er rät nur alles zu sagen, und zwar in diesen Händen (S. 0182):

Frage: Berlin? Wer beteiligt sich überhaupt bei der Zusammensetzung einer solchen Zeitung? Herr Feiling, ich würde nicht so, den Mund, weil da so eine leichte Kruste ist.

Wenn man nämlich schon sieht, daß jemand den Mund eigentlich gar nicht aufmachen kann, dann sollte man ihn weiter fragen. Und das geht lohnend bei der Herstellung von 1.300 systematischen

Seiten nur über sinngemäße Zusammenfassung. Schließlich schlägt ja auch der auf den Tod Verwundete nach stundenlangem Befragen andauernd aus dem sinnvollen Rahmen (S. 0239): Feiling: Er wurde geschildert als jemand dort, also ich hätt', ich hab mir das jetzt nicht weiter überlegt, aber ich dachte, das einfach schon deswegen, weil die ja äh, also ich mein, weil die auch zusammen, äh, dann wenn sie versuchen zusammen 'n Auto aufzumachen oder so, daß, ich denk dann, ich denk dann, daß es irgendein Ziel hatte oder so, nee.

Das geht natürlich so nicht. Wie soll man darauf einen Prozeß aufbauen und Leute verurteilen? Weswegen uns die Methode dieser Art der Herstellung von Beweismaterial nicht nur den Sinnen sondern auch den Absichten der Frager nach gemäß erscheint.

In den Monaten August bis Oktober 78 bespricht Hermann Feiling illegal Kassetten, die er ohne Wissen seiner Bewacher nach draußen lanciert. Er verlangt seinen namentlich genannten Anwalt und erklärt im übrigen, er blicke nicht durch, was eigentlich passiert sei:

Ich hätte jedenfalls diese Aussagen nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte. Ich möchte also diese Aussagen zurücknehmen.

Diese eindeutige, unmißverständliche Willensbekundung eines Menschen, der endlich seiner Sinne wieder mächtig ist, wird dann natürlich souverän im wenig später zu Ende gehenden Prozeß gegen Gerd Albartus nicht verwertet, sondern unter Hinweis auf den zur Akte geronnenen Aussageunsinn erledigt.

Dies, obwohl der Düsseldorfer Senat die Tatsache der Schmuggelkassette und ihren Inhalt als wahr unterstellt (Albartus-Anklage). Er erklärt ihren Inhalt indessen zwanglos als das bloße Bemühen, andere wieder zu entlasten, weil die Bedeutung seiner Aussage ihm klar geworden sei: die ihm eben, was wir immer schon sagten, vorher nicht klar gewesen sein kann.

Zum bevorstehenden Prozeß gegen Hermann Feiling, Sybille Straub & Silvia Herzinger vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt am Main

## **Das wirkliche Verbrechen beginnt immer erst mit der Gerichtsverhandlung. (Karl Kraus)**

Für das, was mit Hermann Feiling (und anderen) geschah, hat der Staat heute einen Strafanspruch. Den wird in Kürze das OLG Frankfurt beurteilen; die Termine hierfür werden in allernächster Zeit mitgeteilt wenn es nicht gelingt, die Obszönität und Niedertracht eines solchen Prozesses generell zu verhindern!

Nach der vorliegenden Anklageschrift beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, ein gerichtliches Verfahren gegen Hermann, Sybille und Sylvia durchzusetzen. Gegen alle drei Leute existiert nicht der geringste Beweis, außer den angeblichen Aussagen Feilings, die

nach §136 der StPO unverwertbar sind, weil Hermann sich in lebensgefährlicher Situation befand, also vernehmungsunfähig war,

die auch in sich nimmt man sie einmal ernst verworren, unklar und äußerst widersprüchlich sind,

die von Hermann Feiling selbst noch während seines polizeilichen Spezialgewahrsams auf herausgeschmuggelten Tonbandkassetten nachdrücklich dementiert wurden,

und bei denen eindrucksvoll belegt werden kann, wie sie unter Anwendung von Methoden wie der Verabreichung psychotroper Substanzen, der Androhung eines Haftbefehls (obwohl haftunfähig), unter Androhung der Verweigerung therapeutischer Maßnahmen, unter Verzicht auf notwendige rechtliche Belehrungen und im übrigen unter allem nur eben erdenklichem Druck und der Erpressung in hilfloser Lage zustandekamen.



Aufgrund dieser Ergebnisse kam Sybille in die Stammheimer Isolationshaft. Sylvia nach Preungesheim. Sybille für neun Monate. Die Aufhebung der Isolation wurde ihr für den Fall versprochen, daß sie selbst Aussagen macht.

Offenbar war man von der Stimmigkeit der Aussagen ihres Verlobten Hermann nicht so überzeugt! Sybille soll jetzt wohl wieder in den Knast, obwohl dies zusätzlich für Hermann Feiling den katastrophalen Verlust seiner lebenswichtigen Bezugs- und Pflegeperson bedeuten würde. Im Falle Silvia Herzinger genügte es als Voraussetzung für Knast & Verfolgung, daß Hermann einmal von einer Friederike gesprochen habe, seiner Kontaktperson, die in einem Anwaltsbüro gearbeitet hätte, deren Eltern nicht arm seien, die in Frankfurt einmal eine Hausdurchsuchung erlebt hätte was bekanntlich in Frankfurt auf dutzende Linke zutrifft. Bei alledem geht es der im Hintergrund federführenden Bundesanwaltschaft nicht allein um die Verurteilung und Bestrafung dieser drei Menschen sondern man zielt mit dem Verfahren auch auf höhere Gründe.

Es geht um die gerichtliche Absegnung einer verfolgungsstrategisch sicheren Behandlung der Revolutionären Zellen. Wobei aufgrund der Feilingschen 1.300 Seiten zu beschließen ist, daß es sich bei den RZ nicht um autonome Gruppen handelt, die selbständig handeln, sondern um zentral inspirierte und organisierte Einheiten, was auf eine wesentliche rechtliche & polizeiliche Erleichterung ihrer Verfolgung, Behandlung und natürlich Verurteilung hinausliefere. Derart, daß zukünftig jeder, der recht spontan einen Hausmacher-Brandsatz gegen beispielsweise ein bolivianisches Konsulat pfeffert, als abhängiger und diktiert Teil einer großorganisierten Kriminellen Vereinigung anzusehen ist. Der also keinen eigenen Entschluß gefaßt hat, sondern den anderer nur vollzieht.

Schon unmittelbar nach dem Unglück Hermann Feilings übernahm das BKA offiziell die weitere Verfolgung des Komplex RZ, die vorher in den Bereich der regionalen Landeskriminalämter fiel. Schließlich sind durch Feilings Aussagen weitere Menschen belastet oder tendenziell belastbar, die zwar momentan nicht greifbar sind, deren mögliche Prozesse aber prozeßtechnisch sinnvoll antizipiert werden sollen.

Wird also vom OLG Frankfurt der Wahrheitsgehalt der 1.300 Seiten einmal grundlegend bestätigt, ist die angestrebte Verfolgung & Verurteilung weiterer Leute ein Kinderspiel: ihre Prozesse wären reine Blaupausen des vorangegangenen Verfahrens nach der Art des kurzen Prozesses.

Von daher scheint die Lage für Recht & Justiz ausgezeichnet: das Verfahren bietet die enorme Chance, einem verhandlungsunfähigen, in seiner Wahrnehmung stark beschränkten und an seiner Prozeßsubjektivität gehinderten Angeklagten, der sich an seine Aussagen in der Tat nicht erinnern kann, den ihm fremden Text womöglich von den Beamten, die ihn schufen, solange als sein Produkt vortragen zu lassen, bis die Sache unter Dach und Fach ist.

Wir würden uns deshalb nicht wundern, wenn das Gericht (das bis jetzt anders denkt), Hermann Feiling am Ende doch noch die Verhandlungsunfähigkeit zugesteht. Man wäre dann auf noch besserem Niveau, man hätte:

- a) eine Aussage eines Bewußtlosen, aber von bewußten Beamten gezeugt, und
- b) müßte man jetzt nur dies aussagestiftende Subjekt aus dem Gerichtssaal verbannen, wo er ja doch nur dementiert und im übrigen seine bloße Anwesenheit zur wahren Anklage würde.

Damit wäre man nämlich erst recht eigentlich ganz unter sich: von der Aussage bis zur Verurteilung ohne das delinquente Subjekt. Aussage wie Prozeß liefen dann also in funktionabler Selbsttätigkeit ohne jenen, um den es sich angeblich die ganze Zeit dreht.

Gelingt das, dann wären politische Prozesse endlich nur noch dazu da, das was man aus einem Hilflosen herausgeholt hat, ohne jeglichen Kontrollvorgang durch eine Rechtsstaatlichkeit Im Namen des Volkes zu einer bloßen Angelegenheit einer sinngemäß zusammenfassenden Polizei zu machen. Der angesetzte Prozeß wird nicht allein dadurch zum Verbrechen, daßer ( bis jetzt) gegen einen verhandlungsunfähigen Menschen stattfinden soll, der obendrein haftunfähig ist, sondern dadurch,

daß vor Gericht erneut dessen Recht auf Menschenwürde und körperliche Unversehrtheit angetastet werden sollen:

psychisch dadurch, daß ihm zu seiner Pein unendlich lang etwas als sein eigenes vorgetragen werden soll, worunter er zutiefst leidet, wovon er große Angst äußert, wogegen er sich wehrt.

medizinisch dadurch, daß die wahrscheinliche Dauer eines aufwendigen Prozesses ihn an jeder Therapie und nicht zuletzt an einer ruhevollen psychosomatischen Rehabilitation hindert.

dessen zunehmende Epilepsieneigung endlich durch den Streß eines Prozesses wirkungsvoll gefördert wird.

Wenn wir dazu aufrufen, diesem Prozeß allen Widerstand & Protest entgegenzusetzen und in diesem Zusammenhang auf die Verhandlungsunfähigkeit Hermann Feilings hinweisen, dann nicht nur in dem vordergründigen Sinne, daß ein Sprengsatz ihm das Augenlicht und beide Beine geraubt hat (was für einen Richter nur heißt, daß er sich das noch selber zuzuschreiben hat), sondern wir wehren uns gegen die Zerstörung, die Folter und Unrechtmäßigkeit, die ihn während der Vernehmungen zu erlogenen Aussagen gepreßt hat und die ihn während des bevorstehenden Verfahrens erneut zum gequälten Objekt einer Prozeßfarce werden lassen soll.

Die Herstellung von solchen Opfern gehört zum Ethos der Bundesanwaltschaft, zur Unsittlichkeit der deutschen Justiz. Für uns ist Hermann Feiling ein schwer getroffener Mensch, nicht aber ein bloßes Opfer, das nun auch noch von uns behandelt und verwaltet werden müßte, sondern wir sehen in ihm einen aufrechten Menschen, der sich aktiv unter unmenschlichen Bedingungen schon damals gegen das wehrte, was ihm angetan wurde. Einen lieben Freund, der heute vollbewußt und unter Verfügung über seine ganze menschliche & politische Identität gegen eine Barbarei kämpfen will, die ihm und anderen nun noch bevorsteht.

Es ist sicher richtig, daß Hermann Feiling für diesen Prozeß medizinisch wie psychosomatisch verhandlungsunfähig ist, eine häufiger auftretende Epilepsie ihn rechtlich ohne Einschränkungen als Prozeßsubjekt ausschließt, daß alle Menschlichkeit und jede Psychologie gegen seine erneute Traumatisierung sprechen, das ist die eine Seite des Geschehens; die andere ist gewiß die, daß Hermann mit der nötigen Verachtung und Indignation voll verhandlungsfähig dem Gericht einen Prozeß erklären sollte, dem er dessen Schandtät vorzuwerfen hat nicht umgekehrt: soweit dies in seinen Kräften steht!

Gegen Hermann Feiling wurde das Verfahren nach seiner Vernehmung letztendlich eingestellt, Sybille Straub zu 15 Monaten Knast auf Bewährung verurteilt und Sylvia Herzinger freigesprochen.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Prozeßerklärung Hermann Feilings September 1980

Während die Fußballweltmeisterschaft 1978 in Argentinien in der Nähe vom Folterzentrum zu Ende kam und die Bundesregierung zynisch die Aufnahme von 500 argentinischen politischen Gefangenen versprach, explodierte mir ein Sprengsatz zu Haus. Er war für das argentinische Konsulat in München bestimmt. Ich verlor durch den Unfall beide Augen und Beine. Bis heute hat die Bundesrepublik 20 freigelassene argentinische Gefangene aufgenommen und nicht klagt man wie ich gehört habe vor Gericht an. Mir und 2 mitangeklagten Frauen wird vorgeworfen, Mitglied der Revolutionären Zellen zu sein. In dem geplanten Prozeß soll die Sinnlosigkeit linksradikalen militanten Widerstands vorgeführt werden. Wenn ich auch durch den Unfall nochmals erfahren mußte, welches Risiko mit diesem Kampf verbunden ist, so weiß ich auch, daß meine Ankläger, die diesen Widerstand am liebsten nach Kabul schicken würden, eine ganz andere Gewalt verteidigen

20.000 Tote forderte der Militärputsch in kurzer Zeit in Argentinien. Heute sind argentinische Gruppen und Berater in Bolivien dem putschenden Militär behilflich. Die deutsche Kernkraftwerksunion betreibt Atomgeschäfte mit Argentinien, und die Bundesregierung segnet den Verkauf von Panzerwagen durch Henschel (Kassel) an die argentinische Armee ab.

Der Terror der Gorillas<sup>3</sup> ist im Sinne internationaler Konzerninteressen. Aber auf der Tabelle, die Börsenkurse anzeigt, wird Blut nie sichtbar. Die blutige Verfolgung des Widerstandes in Ländern Lateinamerikas ist Bedingung einer Wirtschaftspolitik, die für die Masse der Bevölkerung ökonomischer Völkermord heißt und den Konzernen die Türen öffnet. Diese Politik wird vom Weltwährungsfonds durchgesetzt, indem er Kredite an solche politischen Bedingungen bindet, die in Peru z.B. dazu führen, daß 109 von 1.000 Kindern sterben, bevor sie gehen können. Argentinien ist ein Beispiel für imperialistische Barbarei, betrieben durch die reichen Länder des Westens. Die Bundesrepublik ist in diesem System eine Metropole, und hier zu leben heißt für jeden, sowohl Opfer als auch Mitschuldiger zu sein in einem System, das jährlich Millionen Hungertote fordert. denn wir leben hier nicht nur in diesen Strukturen, wir leben auch von ihnen. Antiimperialistische Politik heißt Ausbrechen aus diesem Status von halb Opfer, halb Mitschuldiger, heißt nicht mehr ein Teil des Problems zu sein, sondern Teil von dessen Lösung.

Es geht nicht um Bewunderung ferner Befreiungsbewegungen, sondern um die Erkenntnis, daß der Angriff auf Institutionen ausländischer Terrorregimes Teil unseres eigenen Befreiungskampfes ist. Zur Zeit wachsender Kriegsdrohungen wird die Notwendigkeit einer antiimperialistischen Bewegung immer deutlicher, um eine existenzielle Bedrohung abzuwehren.

Die Bundesregierung nimmt als NATO-Mitglied in Kauf, daß ganz Westeuropa bei einem Atomkrieg in Schutt und Asche gelegt wird und läßt zu, daß das Land zum Waffenarsenal der NATO geworden ist. Wir sitzen hier quasi auf den Atombomben. Es gab und gibt ja auch in der Bundesrepublik Soziale Bewegungen, z.B. Anti-AKW-Initiativen, Frauenbewegung und Fahrpreiskampagnen, die nicht gering geschätzt werden können.

Der Aufbau eines staatlichen Unterdrückungsapparates angefangen bei der materiellen und personellen Aufrüstung der Polizei bis hin zur Errichtung von Hochsicherheitstrakten will verhindern, daß aus Revolten langfristig sozialrevolutionäre Bewegungen werden. RZs haben sich an den Auseinandersetzungen beteiligt, indem sie über Demonstrationen und Bauplatzbesetzungen gegen AKWs usw. hinaus, Möglichkeiten des Kämpfens zeigten. Ich finde diese Ideen richtig, hatte jedoch am 23. Juni 78 den genannten Unfall. Damit geriet ich beim Widerstand gegen die Verhältnisse in Argentinien selbst quasi in argentinische Zustände. Polizei und Bundesanwaltschaft sahen in meinem Zustand die Chance, außerhalb von jeglicher Kontrolle ihr Problem RZ angehen zu können.

Die Vernehmung lebensgefährlich Verletzter ist eigentlich gesetzlich verboten. Aber was tut's? Die beteiligten staatlichen Organe haben in ihrer Bekämpfung von Revolutionären schon längst die Gesetze, die ihre Macht beschränken, praktisch auf die Müllhalde geworfen. Die Morde in Stammheim<sup>4</sup>, die Situation von Günter Sonnenberg<sup>5</sup>, der 2. Juni-Prozeß in Berlin<sup>6</sup> zeigen die Brutalisierung der Operationen gegen eine Fundamentalopposition, wenn sie nicht lieb ist und sagt, daß sie es nicht wieder tun will. Was die Bundesanwaltschaft bewegte und bewegt, ist einem Zitat von Bundesanwalt Harms zu entnehmen: Wir haben 70 Anschläge aufzuklären und keiner will's gewesen sein.

Den derart jahrelang frustrierten Fahndern kam mein lebensgefährlicher Zustand, die Traumatisierung nach der Erblindung, meine völlige Hilfs- und Orientierungslosigkeit gerade richtig. 1.300 Seiten Vernehmungsprotokolle, die von mir stammen sollen, sind Ergebnis dieser Situation. Da werden dann auch Personen aus meiner damaligen phantastischen Traumwelt in RZ-Zusammenhänge gebracht, bzw. es werden Personen belastet, die ich nie kannte. Um den Vernehmungen ihre Fragwürdigkeit zu nehmen, feierten dann die Staatsschützer in bezug auf mich in der ihnen zur Verfügung stehenden Presse große Siege über RZs, die sie real nie erzielt haben. Im Spiegel avancierte ich gar zum Mittelpunkt von Ereignissen, die vom Knallfrosch bis zum Hijacking (Spiegel 34/78) reichen. Diese angeblichen Vernehmungsprotokolle sind für mich das Ergebnis einer Behandlung, die den Namen Folter verdient. Ich halte es für aberwitzig, Angaben daraus zu verwenden.

aus: Kölner Stadttrevue, 1980

## Nachtrag

Die in diesem Buch versammelten Texte scheinen mir auch heute wichtig. Es kann zwar nicht darum gehen, eine eindeutige Perspektive zu benennen, aber auch nicht darum, alles für null und nichtig zu erklären. Ich will, daß die Diskussion weitergeht, und verfolge sie.

Gerade anhand der Ereignisse um Gerd Albartus konnte erkannt werden, daß es eine Tendenz zum Verdrängen immer wieder gibt. Jedenfalls gab es wohl eine Reihe von Leuten, die über seinen Tod schon früher Bescheid wußten, und eine offene Diskussion scheint erst jetzt möglich. Zusätzlich finde ich wichtig, wie es in diesem Buch geschieht, daß Gedanken und Geschehnisse von früher nicht einfach vergessen werden. Auch wenn es bestimmt Leute gibt, die auf der Entwicklungsstufe der späten 70er Jahre stehengeblieben sind.

Hermann Feiling

August 1992

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

## **Prozeß gegen Gerd Albartus und Enno Schwall**

Anfang Januar 1977 legten Mitglieder der Revolutionären Zellen in mehreren Kinos Brandsätze, um die Absetzung des Film Unternehmens Entebbe durchzusetzen.

Kurze Zeit später wurden Gerd Albartus und Enno Schwall verhaftet. Sie wurden beschuldigt, einen mißglückten Brandanschlag auf ein Kino in Aachen verübt zu haben. Beide bestritten die Absicht eines Brandanschlages, sondern bestanden darauf, eine Flugblattaktion und Diskussion zu dem Film geplant zu haben. Als Nachweis für die Richtigkeit des Anklagevorwurfes diente dem Oberlandesgericht Düsseldorf dann u.a. das konspirative Verhalten der Angeklagten, die getrennt ins Kino gingen, getrennt im Kino saßen und es getrennt wieder verließen. Dies deutete nicht auf eine Flugblattaktion hin.

Um die beiden nicht nur wegen versuchter Brandstiftung verurteilen zu können, sondern auch wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung die aber aus mindestens drei Personen bestehen mußte fehlte die dritte Person.

Da dies der erste Prozeß wegen Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen war, mußte der Nachweis der Existenz der terroristischen Vereinigung auch an drei konkreten, namentlich bekannten Personen geführt werden, anders als in späteren Verfahren, als dies als gerichtsbekannt vorausgesetzt werden konnte.

Die Anklage gegen einen Dritten, ein Freund der beiden, mußte im Laufe des Verfahrens fallengelassen werden.

Erst mit Hilfe der Aussagen von Hermann Feiling konnte das Oberlandesgericht Düsseldorf die beiden Angeklagten zu Haftstrafen von 4 Jahren neun Monaten bzw. sechs Jahren verurteilen.

Diese Angaben, die Hermann Feiling in den Tagen direkt nach dem Unfall und der Operation noch unter Schock und Medikamenteneinfluß machte, bildeten dann die Grundlage für die Verurteilung.

## **Prozeß gegen Rudolf Raabe**

Diese Aussagen von Hermann Feiling sollten auch die Grundlage für ein Verfahren gegen Rudolf Raabe wegen Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen bilden.

1978 entzog Rudolf Raabe sich der staatlichen Verfolgung und ging nach Irland, wo er 1979 auf Betreiben des deutschen Staatsschutzes verhaftet, dann aber wieder freigelassen wurde.

Als in der BRD Haftbefehl wegen Rädelsführerschaft als Mitglied in den RZ erlassen wurde, kehrte er freiwillig in die BRD zurück und stellte sich im Juni 1982 den Strafverfolgungsbehörden.

Die Beschuldigungen gegen ihn mußten nach und nach fallengelassen werden, er wurde letztlich wegen Urkundenfälschung zu einer Geldstrafe von 1.800, verurteilt, von den restlichen Anklagepunkten freigesprochen.

## **Prozeß gegen Ingrid Strobl**

Am 18.12.1987 fahndete das Bundeskriminalamt in einer breit angelegten Razzia gegen 33 Personen nach Mitgliedern bzw. Unterstützung der Revolutionären Zellen/Roten Zora, in deren Verlauf Ingrid Strobl und Ulla Penselin verhaftet wurden, mehrere GenossInnen mußten in die Illegalität gehen.

Es entstand sofort eine breite Solidaritätsbewegung zur Unterstützung der beiden gefangenen Frauen.

Die Beschäftigung mit den anslagsrelevanten Themen Gen- und Reproduktionstechnologie, Bevölkerungspolitik und Flüchtlingspolitik die für BKA und die Bundesanwaltschaft Indiz für eine Mitgliedschaft oder Unterstützung der RZ/Rote Zora war und mit als Begründung der Durchsuchungsbeschlüsse herhalten mußte wurde breiter. Der staatliche Versuch, die Beschäftigung mit diesen Themen zu kriminalisieren, schlug ins Gegenteil um.

Ulla Penselin wurde nach 8 Monaten Untersuchungshaft freigelassen, das Verfahren gegen sie eingestellt. Sie hatte nach Kenntnis der Anklageschrift die Beweise gegen sie richtiggestellt.

Im Verlauf des Prozesses gegen Ingrid Strobl stellte sich heraus, daß das BKA im Rahmen der Fahndung nach RZ/Rote Zora-Mitgliedern ein umfangreiches Weckerprogramm in Gang gesetzt hatte. Da der mechanische Wecker der Marke Emes Sonochron von den Revolutionären Zellen als Zündzeitverzögerer bevorzugt wurde, wurden alle Emes-Wecker in der Herstellungsfirma nummeriert, deren Verkauf auf wenige Geschäfte beschränkt und den VerkäuferInnen dort die Anweisung erteilt, die vom BKA installierte Videokamera einzuschalten, wenn nach diesem Wecker gefragt wird.

Aufgrund eines solchen Videos eines Kölner Uhrengeschäftes identifizierten BKA-Beamte Ingrid Strobl als Käuferin des Weckers, der bei dem Anschlag der Revolutionären Zellen auf das Lufthansa-Gebäude in Köln als Zündzeitverzögerer benutzt wurde.

Während des Prozesses gab Ingrid Strobl an, daß sie den Wecker für einen Freund X gekauft habe, dessen Namen sie aber nicht nennen werde, da sie ihn nicht dem Repressionsapparat ausliefern wolle, den sie nunmehr zur Genüge kennengelernt habe.

Mit Urteil vom 9.6.89 wurde sie zu fünf Jahren Haft wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zu einem Sprengstoffanschlag verurteilt der Vorwurf der Mitgliedschaft in den RZ war zwischenzeitlich fallengelassen worden.

Anfang Mai 1990 hob der Bundesgerichtshof auf die Revision der Anwälte hin die Verurteilung nach § 129 a StGB (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) auf und verwies ansonsten zur erneuten Verhandlung an das OLG Düsseldorf zurück. Nach 2 1/2 Jahren Untersuchungshaft wurde Ingrid Strobl aus der Haft entlassen, am 22.10.90 wurde in der Revisionsverhandlung das Strafmaß dann auf 3 Jahre festgesetzt, die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Vorwort

1. Beide Gruppen werden hier genannt, obwohl aus den Texten der Frauenorganisation Rote Zora, im Unterschied zu den Revolutionären Zellen, keine direkte Bezugnahme auf die sogenannte Militanzdebatte Ende der 60er Jahre erfolgt, aber eindeutig auf die Geschichte der Frauenbewegung seit der Studentenbewegung hingewiesen wird.
2. Alle bisher strafrechtlich verwandten Kenntnisse stützen sich auf die Aussagen von Hermann Feiling, die diesem nach seiner schweren Verletzung unter unmenschlichen Bedingungen abgepreßt wurden (siehe S. 665 ff.)
3. § 88a StGB: Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten (1976 eingeführt, 1980 wieder abgeschafft) § 129a StGB: Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung
4. Aus Anlaß des Prozesses gegen Ingrid Strobl definierte die Bundesanwaltschaft die anschlagsrelevanten Themen, und meinte damit die Bereiche Bevölkerungspolitik, Gen- und Reproduktionstechnologie, Sextourismus & Frauenhandel. (Siehe S. 681)
5. Siehe: Spiegel 32/1976
6. Siehe S. 628 ff.
7. Siehe: Schwarze Texte. Politische Zensur in der BRD. 1968 bis heute. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1989.
8. Siehe: Gerd Albartus ist Tod. S. 20 ff.
9. Siehe: Das Ende unserer Politik, S. 35 ff.
10. Siehe: konkret dokument: RAF: Wir müssen das Neue suchen. August 1992 Neben einer Gruppe der Revolutionären Zellen, erklärt auch die RAF mit einer Erklärung ausführlich die Beendigung des bewaffneten Kampfes.
11. Siehe S. 165 ff.
12. So wird z.B. im ak 338 vom 13.1.92 in dem Artikel Fragen und Antworten zum RZ-Papier (Gerd Albartus ist tot) die Authentizität des Textes in Frage gestellt. Begründet wird das mit dem vehementen Hinweis der RZ auf eine Selektion der jüdischen Geiseln in Entebbe, an der die RZ-Mitglieder Böse und Kuhlmann beteiligt gewesen wären. Ein Beweis dieser weitreichenden Aussage wird, laut ak, aber von der RZ nicht geliefert.
13. Das vorliegende Buch ist sozusagen Ergebnis eines Projekts im Prozess. Geplant und angekündigt war ein auf die aktuelle Diskussion bezogener Materialienband. Bei der Arbeit wurde deutlich, daß eigentlich ein grundlegendes Buch zur Geschichte der RZ/Rote Zora vonnöten sei. Herausgekommen sind die beiden Bände, die die Geschichte von RZ/Rote Zora zum Ausgangspunkt haben und von dieser Seite in die Debatte einfließen sollen.
14. Als eines von vielen Beispielen ließe sich die Funktion und Wirkung des 1985 erschienen Buches von Stefan Aust Der Baader-Meinhof-Komplex- anführen.
15. RZ-Verlautbarungen zur persönlichen Entwicklung von ehemaligen Mitgliedern existieren zu: Hans-Joachim Klein nach seinem Ausstieg aus der Guerilla (1976, s.S. 190 ff.) und Gerd Albartus nach seinem Tod (1991, s.S. 20 ff.).

16. Um die Dimension des Themas Antizionismus/Antisemitismus in der Linken noch einmal zu verdeutlichen, soll hier eine Publikation als Beispiel angeführt werden. Eike Geisel und Mario Offenberg sind die Herausgeber des 1975 im Verlag Klaus Wagenbach veröffentlichten Buches von Nathan Weinstock *Das Ende Israels? Nahostkonflikt und Geschichte des Zionismus-*. Dort schreiben Geisel/Offenberg im Vorwort *Der israelische Staat ist auf Gedeih und Verderb zwar von außen abhängig, doch er bedarf auch der inneren Legitimation. Der Zionismus muß erst die israelischen Massen beherrschen, damit diese willfähiges Opfer und Exekutor kolonialistischer Politik werden. Sie müssen zuerst besiegt sein, ehe sie die anderen niederhalten können. Der ökonomischen und gesellschaftlichen Entrechtung der israelischen Massen korrespondiert die herrschende Volksgemeinschaftsideologie, die desto aggressiver verabreicht wird, je brüchiger sich die angebliche Klassenharmonie darstellt. Der Zionismus gibt vor, die angeblich ewige jüdische Frage mit der Emigration nach Palästina zu lösen. In Wirklichkeit hat er für Juden dort nichts zu bieten als das größte jüdische Ghetto der Geschichte.*- (Zitat im Zitat aus einem Flugblatt der Israelischen Sozialistischen Organisation Matzpen zu einer Tagung des Zionistischen Weltkongresses in Jerusalem, Januar 1972). Dieses Zitat hat keineswegs den Zweck, antizionistische bzw. antisemitische Äußerungen der Linken zu legitimieren und den Autoren diesbezüglich einen Vorwurf zu machen. Das Wagenbach-Buch von 1975 verweist vielmehr auf den allgemeinen Konsens der deutschen Linken hinsichtlich des Themas Antizionismus Anfang und Mitte der 70er Jahre. Wenn Eike Geisel und andere Altlinke heutzutage jede linke Israelkritik als antisemitisch auslegen, ist das ihr gutes Recht, aber wenig hilfreich, um die Problematik in ihrer historischen Entwicklung zu verstehen und daraus gerade angesichts eines konkret sich zeigenden massiven Antisemitismus Konsequenzen zu ziehen. Es kann also nicht darum gehen, offensichtlich antisemitische Äußerungen der Linken zum Zweck der Denunziation mit Zitaten zu belegen. Vielmehr sollte es Aufgabe sein, den Kontext dieser Politik darzustellen und zu untersuchen. Als Beispiel für einen diskussionsanregenden Beitrag sei hier das Vorwort von Detlev Claussen in dem Buch *Vom Antizionismus zum Antisemitismus-* von Léon Poliakov (M-Ga ira Verlag, 1992) genannt. Weitere Literatur zum Thema siehe Anhang.

## Kapitel 1

### 1. Roque Dalton

Schriftsteller und Aktivist der salvadorianischen ERP (Revolutionäres Volksheer); nach neunjährigem Exil und zweijähriger Illegalität in El Salvador wurde er 1975 als CIA-Agent und Verschwörer von der ERP denunziert und ermordet. Dalton wurde Opfer eines Machtkampfes innerhalb der ERP um verschiedene militärische Konzeptionen des revolutionären Prozesses. Dalton vertrat, wie die Mehrheit der ERP, den Ausbau und die Verankerung der Partei im Volk (Massenlinie), während die andere Position einen schnellen Volksaufstand propagierte. Nach zwei weiteren Morden zog sich die Mehrheit aus der Organisation zurück und gründete die FARN (Bewaffnete Kräfte des Nationalen Widerstands).

Die ERP, durch ihre Taten diskreditiert, versank zunächst in der Bedeutungslosigkeit. Diese und andere Morde innerhalb der revolutionären Linken (Jovel 1980/Montes 1983) wirkten traumatisierend und lähmend.

0 Roque Dalton: *Y otros Lugares/und andere Orte. Gedichte deutsch-spanisch* Basel/Frankfurt/M.: Verlag Roter Stern/Stroemfeld, 1981

zur Entwicklung in El Salvador siehe u.a.:

0 Ralf Syring: *Krieg in El Salvador. Widerstand gegen die Weiterentwicklung der Unterentwicklung.*



Berlin: Verlag Schwarze Risse, 1989

2. 18.12.1987

Bundesweite Razzia mit 33 Durchsuchungen sowie Verhaftung von Ingrid Strobl und Ulla Penselin; aufgrund der Razzien etc. gingen mehrere Personen in die Illegalität. Das BKA definiert die anschlagsrelevanten Themen Gentechnologie, Flüchtlingspolitik und Bevölkerungspolitik.

0 Broschüregruppe für Ulla und Ingrid (Hg.): Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf. Hamburg: Konkret Verlag, 1988

0 Tiefe Einblicke. Dokumentation und Hintergründe zu den Hausdurchsuchungen (18.12.87) und zu den Verhaftungen. Bochum: Selbstverlag, 1988

0 Prozeßbüro Ingrid Strobl (Hg.): Nicht zu fassen. Köln: Selbstverlag, 1988/89

3. Stasi

Ministerium für Staatssicherheit; ehemaliger DDR-Geheimdienst

0 David Gill, Ulrich Schröder: Ministerium für Staatssicherheit. Berlin: Rowohlt-Berlin, 1991

4. Idi Amin

Nach einem Militärputsch übernahm Idi Amin 1971 die diktatorische Macht in Uganda; Repression und Terror kosteten Hunderttausenden von Menschen das Leben. Ein Grenzkrieg mit Tanzania und der folgende Bürgerkrieg beenden Amins Regime, der sich 1979 zunächst nach Libyen und dann nach Frankreich absetzt.

5. Mogadischu

Hauptstadt von Somalia. In Mogadischu wurde am 17./18. Oktober 1977 die von einem palästinensischen Kommando entführte und auf dem Flughafen stehende Lufthansamaschine durch die GSG 9 des Bundesgrenzschutzes gestürmt; die Geiseln werden befreit, drei Entführer getötet.

6. Meinhof, Ulrike

1934-1976; Sprecherin der Bewegung gegen den Atomtod; 1959-1968 Redakteurin und Kolumnistin der Zeitschrift Konkret. Ulrike Meinhof war am 4.5.1970 an der Baader-Befreiung beteiligt; ab 1970 RAF; wird am 15.6.1972 festgenommen; Gefangene im Toten Trakt-; am 29.11.1974 zu acht Jahren Haft verurteilt; am 9.5.1976 in ihrer Zelle erhängt aufgefunden.

0 Ulrike Marie Meinhof: Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken. Berlin: Wagenbach Verlag, 1980

0 Erklärung von Ulrike Meinhof, betrifft: Berlin-Moabit-Prozess um die Befreiung von Andreas Baader, in: Der Kampf gegen die Vernichtungshaft.

0 letzte texte von ulrike. Hrsg.: internationales komitee zur verteidigung politischer gefangener in westeuropa. o.O.: Selbstverlag, 1976

Texte von Ulrike Meinhof auch in:

0 das info. Briefe der Gefangenen aus der RAF 1973-1977. Hrsg. von Pieter H. Bakker Schut. Kiel: Neuer Malik Verlag, 1987

0 texte: der RAF. Malmö: Verlag Bo Cavefors, 1977

0 Der Tod Ulrike Meinhofs. Bericht der internationalen Untersuchungskommission. Tübingen: Iva-Verlag, 1979

0 Peter Brückner: Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse. Berlin: Wagenbach Verlag, 1976

## 7. Sechs-Tage-Krieg

Juni 1967; Israel besetzt die Sinai-Halbinsel, Teile Jordaniens, den Gaza-Streifen und die Westbank sowie die Golanhöhen.

## 8. Schwarzer September

Schwarzer September bezeichnet das Massaker, das die jordanische Armee 1970 an den in Jordanien lebenden Palästinensern durchführte.

## 9. Vietnam

Nationaler Befreiungskampf bis 1975 gegen wechselnde Besatzungsmächte (Frankreich, Japan, USA); ab 1945/46 Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) unter Ho Chi Minh, gegen die Franzosen aber erst mit deren Niederlage bei Dien Bien Phu unter Führung von General Vo Nguyen Giap durchgesetzt.

Ab 1955 findet eine zunehmende US-Intervention statt; bis 1966 werden 400.000 US-Soldaten nach Südvietnam geschickt, die die korrupte südvietnamesische Regierung stützen und z.T. große Kriegsgreuel begehen. Der Volkswiderstand der FNL/Vietcong, die us-amerikanische Antikriegsbewegung und die zunehmenden Kriegskosten führen zum US-Truppenrückzug 1973. Mit dem Fall Saigons im April 1975 beginnt der Versuch, ein vereintes Vietnam aufzubauen.

0 SDS Westberlin (Hg.): Internationaler Vietnamkongreß 1968. Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des US-Imperialismus. West-Berlin: Edition Voltaire, 1968; Hamburg: Libertäre Assoziation, 1987

## 10. Amnesie

Gedächtnisschwund

## 11. Komintern

Kommunistische Internationale (1919-1943); ursprünglich als Koordinationsstelle der internationalen revolutionären Bewegungen mit Sitz in Berlin gedacht. Sie entwickelte sich jedoch zu einer Schaltstelle der sowjetischen Machtpolitik mit Sitz in Moskau. Führende Mitglieder europäischer kommunistischer Parteien wurden entmachtet und die Orientierung auf die Sowjetunion durchgesetzt. Dabei war Stalins spätere These vom Aufbau des Sozialismus in einem Land zentrale Leitlinie. Im Exekutivkomitee (EKKI) der KI wurde die Sozialfaschismustheorie/Einheitsfront, aber auch die Volksfronttheorie, entwickelt und durchgesetzt.

0 Pierre Frank: Geschichte der Kommunistischen Internationalen. Frankfurt/M.: ISP Verlag

## 12. Entebbe-Film Prozeß

0 die legalisierung der rechtlosigkeit. Broschüre zum Prozeß gegen Gerd Albartus und Enno Schwall. o.O. Selbstverlag, 1977

### 13. Sicherheitsverwahrung

Die weitere Inhaftierung eines Gefangenen nach Ablauf der offiziellen Haftzeit.

0 Autonomie Neue Folge: Sonderheft Sicherungsverwahrung. Hamburg: Selbstverlag, 1980

### 14. Texte über die Politik Israels

Gerd Albartus übersetzte u.a. das Buch

0 Livia Rokach: Israels heiliger Terror. Eine Studie auf Basis von Moshe Sharets persönlichem Tagebuch und anderen Dokumenten seiner Zeit. Pfungstadt: Minotaurus Projekt, 1982

### 15. Rosa Luxemburg

ß Anmerkung 5 zu Kapitel 5

### 16. emphatisch

nachdrücklich

### 17. Interview

Das Interview ist vom Mai 1975;

ß Kapitel 2

### 18. Saint-Just, Louis

1767-1794; Mitglied des Nationalkonvents und des Wohlfahrtausschusses der französischen Revolution; gemeinsam mit Robespierre hingerichtet.

### 19. Jean Genet

1910-1986; schwuler linker Schriftsteller aus Frankreich; Jugend zeitweise im Erziehungsheim, danach Fremdenlegionär; in den 40er Jahren in Fresnes inhaftiert; später Buchhändler. Genet beteiligte sich 1968 an der Belagerung des Parteitages der Demokraten in Chicago. Mitte September 1982, als das Massaker im Palästinenserlager Shatila stattfand, hielt sich Jean Genet zufällig in Beirut auf.

0 Jean Genet: Ein verliebter Gefangener. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1990

0 Notres Dames des Fleurs. (1942), Reinbek: Rowohlt, 1975

0 Querelle. (1953), Reinbek: Rowohlt, 1974

0 Nachwort zu den Gefängnisbriefen von George Jackson (Im Herzen ein Feuer, 1971)

### 20. Zigeunerakten

Die Akten wurden in einer 230seitigen Dokumentation im Dezember 1989 veröffentlicht. Eine Auswahl der Dokumente erschien ebenfalls im Dezember 1989 als Sondernummer der Berliner Wochenzeitschrift Interim-.

0 Literatur zu Roma- und Sinti-Verfolgung siehe Literaturanhang.

### 21. Rau, Johannes

Sozialdemokrat; Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen (NRW).

## 22. Heinemann, Hermann

Sozialdemokrat; Sozialminister in NRW bis 1992.

## 23. Schnoor, Herbert

Sozialdemokrat; Inneminister in NRW.

## 24. Spontis

ß Anmerkung 53 zu Kapitel 2

## 25. Karry

Am 11.5.1981 wird der hessische Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry in seinem Haus in Frankfurt erschossen. Ende Mai bekennen sich Revolutionäre Zellen zu der Tat.

## 26. Konzept Front

Das Konzept Front ist nachzulesen in dem Papier

0 Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front;. in: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. Bundesrepublik Deutschland Rote Armee. Köln: GNN-Verlag, 1987

Das Front-Konzept wird von der RAF nachträglich analysiert in:

0 Wir müssen das Neue suchen. Hamburg: Konkret (Sondernummer), September 1992

## 26a Zwischen Beethoven und McDonalds

ß Text siehe Kapitel 8

## 27. Carlos (Illich Ramirez Sanches)

\* 1949; wird in Presseveröffentlichungen unter dem Namen Carlos geführt; Teilnahme am Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien am 21.12.1975.

## 28. OPEC

ß Anmerkung 2 und 3 zu Kapitel 4

## 29. 2.11.

Am 2.11.1987 wurden aus einer Demonstration an der Startbahnmauer am Frankfurter Flughafen heraus zwei Polizisten erschossen. In der Zeit danach kommt es zu umfangreichen Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Aussagen bei den ermittelnden Behörden.

0 ID-Archiv im IISG (Hg.): 2.11.87 ... Dokumente zu den Schüssen an der Startbahn-West. Amsterdam: Stichting Beheer, 1988

0 Bunte Hilfe (Hg.): Wir hatten ja zwei Morde aufzuklären. Dokumentation zu den Folgen des 2.11.87. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1989

## 30. Ontologie

Lehre vom Sein

31. zur Rassismuskussion siehe z.B.

0 Bell Hooks Schwesterlichkeit-Politische Solidarität unter Frauen; in

Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 26. Köln

Selbstverlag, 1990

32. ich geh weg

Text veröffentlicht in verschiedenen Infoblättern u.a. in

0 Kritik macht uns nur stärker Texte zur RZ-Diskussion. Berlin: Selbstverlag, 1992

ß Literaturanhang Kritiken und Diskussionen

33. Chile

ß Anmerkung 15 und 17 zu Kapitel 2

34. Spanien 1936-39

Zeitraum des spanischen Bürgerkriegs, während dem die soziale und politische Umgestaltung trotz bzw. wegen des faschistischen (francistischen) Angriffs durchgeführt wurde.

0 Augustin Souchy: Nacht über Spanien. Bürgerkrieg und Revolution in Spanien. Darmstadt: Luchterhand Verlag, 1969 (Nachauflage: Trotzdem Verlag)

0 Karin Buselmeier: Frauen in der spanischen Revolution; in: Frauen und Literatur 9/19 1978

0 Hans Magnus Enzensberger: Der kurze Sommer der Anarchie. Frankfurt: Suhrkamp, 1972

0 Ingrid Strobl: Sag nie, du gehst den letzten Weg. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Frankfurt/M: Fischer Taschenbuchverlag, 1989

35. Gerd

Gerd Albartus

36. Bony (Wilfried Böse)

1949-1976; im Juni 1975 in Paris mit falschen Papieren festgenommen; RZ-Mitglied; beteiligt an der Entführung einer Passagiermaschine nach Entebbe, wo er bei der Erstürmung durch ein israelisches Kommando erschossen wird.

37. Brigitte (Brigitte Kuhlmann)

RZ-Mitglied; wurde zusammen mit Böse am 4.7.1976 in Entebbe erschossen.

38. Horkheimer, Max

1895-1973; Philosoph; leitete ab Oktober 1930 das Institut für Sozialforschung in Frankfurt/M.; Exil in den USA, arbeitete dort an der Columbia Universität; 1950 Rückkehr in die BRD und Wiederaufbau des Instituts; Professur an der Uni Frankfurt.

0 Max Horkheimer: Traditionelle und kritische Theorie. 5 Aufsätze. (1937), Frankfurt/M.: Fischer Verlag, 1989

0 M. Horkheimer, Th. W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. (1947), Frankfurt/M.: Fischer Verlag, 1987

39. This is not a love song

ß Text siehe Kapitel 15

40. Brecht, Bertolt

1898-1956; deutscher Schriftsteller.

## Kapitel 2

1. Stockholm

Am 24.4.1975 besetzt das RAF-Kommando Holger Meins die deutsche Botschaft in Stockholm. Die Aktion wird mit der Forderung nach Freilassung von 26 politischen Gefangenen begründet. Die Bundesregierung geht auf diese Forderung nicht ein. Aus nie ganz geklärten Gründen explodiert kurz vor Mitternacht im Botschaftsgebäude eine Bombe. Dabei sterben der Militärattaché Andreas von Mirbach, der Botschaftsrat Heinz Hillegart und Ulrich Wessel vom RAF-Kommando.

2. Wessel, Ulrich

1946-1975; RAF; wird bei der Botschaftsbesetzung in Stockholm tödlich verletzt

3. Hausner, Siegfried

1952-1975, SPK, geht nach seiner Haftentlassung 1974 in die Illegalität, RAF; wird bei der Stockholmer Botschaftsbesetzung lebensgefährlich verletzt und ohne ausreichende ärztliche Versorgung ausgeflogen; er stirbt am 4.5.75 im Krankentrakt des Gefängnisses Stuttgart-Stammheim.

4. Sauber, Werner

Werner Sauber wurde wegen der Lorenzentführung gesucht; arbeitete unter falschem Namen bei Klöckner-Humboldt-Deutz an der Stanze; wird am 9.5.75 auf einem Parkplatz in Köln bei einem Schußwechsel mit der Polizei tödlich verletzt.

0 Ein ganz normaler Mordprozess. Das politische Umfeld des Prozesses gegen Roland Otto, Karl-Heinz Roth und Werner Sauber. Berlin: Rotbuch Verlag, 1978

5. Lorenz-Entführung

Von der Bewegung 2. Juni wird am 27.2.75 der Westberliner CDU-Vorsitzende und Bürgermeisterkandidat Peter Lorenz kurz vor den anstehenden Wahlen entführt, und am 5.3.75 im Austausch gegen die Freilassung von fünf politischen Gefangenen und 120.000 DM wieder aus dem Volksgefängnis entlassen.

0 Der Blues. Gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni. darin: Die Entführung aus unserer Sicht. o.O.: Selbstverlag, 1982

6. Maihofer, Werner

\* 1941; 1972-1978 FDP-Bundesminister für besondere Aufgaben; Rücktritt nach der Fahndungspanne Schleyer- und dem Fall Traube-.

## 7. Fürstenfeldbruck

Ein palästinensisches Kommando der Organisation Schwarzer September- überfällt am 5.9.72 bei den Olympischen Spielen in München das Quartier der israelischen Mannschaft, tötet zwei Sportler und nimmt neun Mitglieder der Mannschaft als Geiseln. Das Kommando fordert die Freilassung von 200 arabischen Häftlingen in Israel. Bei der versuchten Befreiung durch die bayerische Polizei kommt es auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck zu einem Blutbad; neun Israelis, fünf Palästinenser und ein Polizist kommen ums Leben.

## 8. Großer Krisenstab (GKS)

Der GKS wurde anlässlich der Botschaftsbesetzung in Stockholm eingeführt; er ist ein in der Verfassung nicht vorgesehenes Koordinierungs- und Entscheidungszentrum und umfaßte Regierungs- und Oppositionsvertreter sowie Mitarbeiter der Geheimdienste.

## 9. Meins, Holger

1941-1974; Gründungsmitglied der RAF; verhaftet am 2.6.1974 in Frankfurt/M.; er stirbt am 9.11.74 während des 3. Hungerstreiks von 40 Gefangenen, der sich gegen die Sonderbehandlung richtet, durch bewußte Fahrlässigkeit des zuständigen Arztes.

0 Dokumente. Holger Meins ist tot. Stuttgart: Selbstverlag, 1975

0 Zum 3. Hungerstreik und zum Tode von Holger Meins. Beiträge in: Der Kampf gegen die Vernichtungshaft. Hrsg. von Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD. o.O.: Eigenverlag, 1975

## 10. Wallraff, Günter

Linker investigativer Schriftsteller

0 Günter Wallraff: Der Aufmacher. Köln: Kiepenheuer & Witsch Verlag, 1977

## 11. Sozialistisches Büro

1969 von Linken gegründet, die sich weder in den damals entstandenen neostalinistischen K-Gruppen, der DKP oder den spontaneistischen Gruppen politisch wiederfanden. Loser Zusammenschluß von Linksintellektuellen mit kritischer Begleitung- der SPD und später der Grünen.

0 Sozialismus oder Terrorismus. links-Reprint. Offenbach: Verlag 2000, 1977

## 12. SPK

Sozialistisches Patientenkollektiv; gegründet von dem Assistenzarzt Dr. Wolfgang Huber; das SPK wollte aus der Krankheit eine Waffe machen; hatte 1970 ca. 500 Mitglieder; war eine Selbsthilfeorganisation und thematisierte die krankmachende Gesellschaft; das SPK solidarisierte sich mit der RAF; eine Reihe von Mitgliedern des SPK ging nach dessen Kriminalisierung und Zerschlagung in die Illegalität.

0 Sozialistisches Patientenkollektiv: Aus der Krankheit eine Waffe machen. Eine Argumentationsschrift des SPK an der Universität Heidelberg. München: Trikont Verlag, 1973

0 Kleinkrieg gegen Patienten. AStA-Dokumentation zur Verfolgung des SPK Heidelberg. Hrsg. vom AStA Heidelberg. Heidelberg: KRRIM, Selbstverlag für Krankheit, 1987 (Neuaufgabe)

0 Lutz Tauber: Gedanken gegen die Mauern, in: PIZZA (Hg.): Odranoel. Die Linke zwischen den Welten. Hamburg: Libertäre Assoziation, 1992

### 13. Freiraum-Gebilde

Meint einen Theoriebegriff, der in den 60er und 70er Jahren diskutiert wurde und in die Alternativbewegung einflöß Der Innenraum des (isolierten) Individuums als scheinbar einziger Ort zur Realisierung sozialer Hoffnung steht der Umsetzung des subjektiven Wollens in ein in die Gegenwart eingreifendes und gleichzeitig utopiehaltiges Handeln gegenüber.

0 Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung. Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1978

### 14. Mahler, Horst

\* 1936; Verteidiger in Studentenprozessen, Rechtsanwalt von Andreas Baader im Kaufhausbrandprozess; RAF; Mitarbeiter an dem RAF-Strategiepapier Die neue Straßenverkehrsordnung-; Festnahme am 8.10.70; 1974 zu 14 Jahren wegen RAF-Mitgliedschaft und Banküberfall verurteilt; nach Distanzierung von der RAF schließt er sich der maoistischen KPD an; 1980 Haftentlassung auf Bewährung.

Mit dem frühen Mahler ist wohl der engagierte Rechtsanwalt und Mitautor der ersten RAF-Schriften u.a. Die Rote Armee aufbauen- gemeint.

0 Klaus Bittermann (Hg.): Die alte Straßenverkehrsordnung. Dokumente der RAF. Berlin: Edition Tiamat, 1986

### 15. Chile

Am 11.9.1973 putschte das Militär unter General Pinochet gegen die demokratisch gewählte Regierung unter Salvador Allende (1970-1973). Maßgeblich beteiligt war neben dem CIA das US-Unternehmen ITT. Auslösende Gründe waren neben der Nationalisierung der Schwerindustrie (Kupferbergbau) die Agrarreform sowie der von der Allende-Regierung erfolgte Aufbau neuer sozialer Strukturen (poder popular).

0 Franz-Josef Gaber, Brigitte Heinrich. Betrifft: Chile. Die ITT-Dokumente. US-Imperialismus in Lateinamerika. Frankfurt/M.: Mega-Press, 1974

0 Chile Nachrichten, Berlin 1973 ff.

### 16. El-Al

Israelische Luftfahrtgesellschaft

17. MIR  
Movimiento de la Izquierda Revolucionaria Bewegung der revolutionären Linken; legale linksradikale Organisation während der Allende-Regierung; beteiligte sich u.a. an den Landbesetzungen, um den Umstrukturierungsprozess zu beschleunigen.

Nach dem Militärputsch 1973 illegalisiert.

0 Verstärkt die Solidarität mit dem revolutionären linken Widerstand. Chiledokumentation. o.O.: Selbstverlag, 1971

0 Fernando Mires: Die Militärs und die Macht. Thesen zum Fall Chile. Berlin: Rotbuch Verlag, 1975



0 Revolution und Konterrevolution in Chile. Analyse zu einem Lehrstück. Darmstadt: Luchterhand Verlag, 1975

## 18. Spiele

gemeint sind damit die Olympischen Spiele im September 1972 in München.

## 19. GUPS/GUPA

Generalunion palästinensischer Studenten/Generalunion palästinensischer Arbeiter; 1972 von den BRD-Behörden verboten.

0 Der neue Antisemitismus. Die Liquidierung von Ausländerorganisationen in der BRD. Zum Verbot von GUPS und GUPA. München: Trikont, 1972

0 Björn Pätzold: Zur Ausweisungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Gilbert Mury: Schwarzer September. Analysen, Aktionen und Dokumente. Berlin: Wagenbach, 1974

## 20. Vernichtungshaft

Unter Vernichtungshaft wird die Sensorische Deprivation- verstanden, d.h. der Entzug aller Sinneswahrnehmungen, auch bekannt als weiße Folter-. Sie wurde in den frühen siebziger Jahren in der Hamburger Uniklinik in der sogenannten camera silens erforscht. Die sensorische Deprivation führt zu schweren körperlichen und psychischen Schäden wie Konzentrationsstörungen, Gedächtnisstörungen, Sinnestäuschungen und Gewichtsverlust.

Im 1. Hungerstreik (17.1.-12.2.73) fordern 40 politische Gefangene für sich den Normalvollzug und Gleichbehandlung sowie eine Entlassung von Ulrike Meinhof aus dem Toten Trakt; die Justiz reagiert mit Wasserentzug.

0 Der Kampf gegen die Vernichtungshaft. Reden der Gefangenen aus der RAF im Baader-Befreiungsprozess; Counterinsurgency gegen die RAF; Die Dialektik des Kampfes gegen die Vernichtungshaft. Hrsg. von Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD. o.O.: Eigenverlag, 1974

0 Bericht über Vernichtungshaft und Isolationsfolter in Gefängnissen der BRD und Westberlin (1979-1974). Widerstandsaktionen. Berlin: Arbeitsgruppe Menschenrechte im Strafvollzug-, 1974

## 21. Regierungsverantwortung

der sozialliberalen Koalition ab Oktober 1969

## 22. Pariser Mai

Ausgangspunkt der Unruhen im Mai 1968 ist die Besetzung der Pariser Universität; nach militanten Kämpfen der StudentInnen solidarisieren sich Millionen von ArbeiterInnen mit einem Generalstreik und gemeinsamen Demonstrationen, u.a. werden die Renault-Werke bei Flins besetzt. Im Pariser Odeon-Theater, das ebenfalls besetzt ist, wird permanent über die Möglichkeit einer Kulturrevolution diskutiert. Staatspräsident de Gaulle versichert sich in Deutschland der Loyalität der dort stationierten Truppen. Gaulisten, Staatsapparat und KPF gelingt es Ende des Monats, die im Entstehen begriffene Koalition zwischen StudentInnen, ArbeiterInnen und Teilen der Mittelschicht zurückzudrängen.

0 Walter Kreipe: Studenten in Frankreich. Hintergrund und Potential einer politischen Bewegung, in: Kursbuch 13 (Juni 1968). Studenten und Macht.

0 Walter Kreipe: Spontaneität und Organisation. Lehren aus dem Mai bis Juni 1968, in: Kursbuch 16 (März 1969). Kulturrevolution Dialektik der Befreiung.

0 Jean-Paul Sartre: Mai 68 und die Folgen. Reden, Interviews, Aufsätze. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1974

0 Renet Vienet: Mai '68. Wütende und Situationisten in der Bewegung der Besetzungen. Hamburg: Edition Nautilus, 1977

## 23. Griechenland

Ende der Militärdiktatur unter Papadopoulos und Pattakos im Juli 1974. Vorausgegangen waren die Unruhen in Athen am 4.11.1973, die vom dortigen Polytechnikum ausgingen, das aus Protest gegen die Militärjunta besetzt wurde. Joannidis, Chef der Militärpolizei, stürzte Papadopoulos und übernahm für kurze Zeit die diktatorische Macht.

0 Marios Nikolonakos: Widerstand und Opposition in Griechenland. Vom Militärputsch 1975 zur neuen Demokratie. Darmstadt: Luchterhand Verlag, 1975

## 24. Portugal

Im April 1974 findet ein Putsch linker Militärs gegen die seit 1926 andauernde Diktatur unter Salazar/Caetano statt (Revolution der Nelken; Bewegung der Streitkräfte (MFA) unter Generaloberst Otelo de Carvalho.) Damit enden auch die Kolonialkriege Portugals in Angola, Mozambique und Guinea Bissau.

1975 spaltet sich die Bewegung der Streitkräfte. Unter Mithilfe der Sozialistischen Internationalen entsteht ein sozialdemokratischer Flügel; Kreditsperren und militärische Drohgebärden der NATO helfen, die Integration nach Westeuropa zu forcieren und die innenpolitischen Prozesse (Verstaatlichungen, Landverteilungen) schrittweise rückgängig zu machen.

0 Arno Münster: Portugal. Jahr der Revolution. Eine analytische Reportage. Berlin: Rotbuch, 1975

0 Günter Schröder (Hg.): Portugal. Materialien und Dokumente zur Revolution. Gießen: Focus Verlag, 1976

## 25. Nordirland

Bezieht sich vermutlich auf das Waffenstillstandsabkommen zwischen der IRA und der britischen Regierung vom Dezember 1974.

## 26. Ölkrise

ß Anmerkung 17 zu Kapitel 10

## 27. Zerfall der NATO

Meint wahrscheinlich den zeitlich begrenzten Austritt Griechenlands aus der NATO (westliches Militärbündnis) im August 1974 als Reaktion auf die Invasion Zyperns durch das NATO-Mitglied Türkei im Juli 1974.

## 28. Fordstreik

Fordstreik in Köln im August 1973; von Februar bis Oktober 1973 finden bundesweit wilde Streiks von mehreren zehntausend Arbeitern in der Auto- und Stahlindustrie statt; in einigen Betrieben

werden die Streiks in einer konzertierten Aktion von Polizei und Werkschutz (z.T. mit Billigung der Gewerkschaft) niedergeschlagen. 0 Betriebsgruppe Ford der Gruppe Arbeiterkampf (Hg.) Streik bei Ford. 24.-30. August 1973. o.O.

Selbstverlag, 1974

## 29. Wyhl

Im badischen Wyhl wurde durch einen breiten Bürgerprotest das geplante AKW verhindert. Dabei kam es bei der Räumung des besetzten Baugeländes am 20.2.1975 zu massiven Polizeieinsätzen, vielen Verhaftungen und Strafverfahren.

0 Nina Gladitz: Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv. Wyhl: Bauern erzählen. Warum Kernkraftwerke schädlich sind: Wie man eine Bürgerinitiative macht: und wie man sich dabei verändert. Berlin: Wagenbach Verlag, 1976

## 30. Rathausbesetzung

Im Juli 1973 besetzten Mitglieder der maoistischen KPD das Bonner Rathaus und hißten dort die Flagge der FNL und die Nordvietnams.

## 31. Notstandsgesetze

Wichtiger innenpolitischer Konflikt ab 1962; am 30.5.1968 von der Großen Koalition (CDU/SPD) verabschiedet. Die Notstandsgesetze regeln die Einschränkung der in der deutschen Verfassung festgehaltenen Grundrechte, u.a. auch den Einsatz der Bundeswehr gegen Streiks im Falle eines Ausnahmezustandes. Gegen die Notstandsgesetze gingen hundertausende ArbeiterInnen, StudentInnen und Menschen aus dem liberalen Bürgertum auf die Straße.

0 Kursbuch 12/1968: Der nicht erklärte Notstand. Dokumente und Analysen eines Berliner Sommers. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1968

0 Antonia Grunenberg: Notstand der Opposition oder: wie sich die liberale Notstandsopposition selbst den Todesstoß gab; in: Redaktion Diskus (Hg.): Küß den Boden der Freiheit. diskus-Texte der Neuen Linken. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1992

## 32. Poulantzas, Nicos

französischer Staatstheoretiker; seine Schriften wurden in den 70er Jahren von bundesrepublikanischen linksradikalen Gruppen und Organisationen rezipiert.

0 Nicos Poulantzas: Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1975

0 Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Frankfurt/M.: Athenäum Verlag, 1975

## 33. Italien

Bezieht sich wahrscheinlich auf die Strategie der Spannung, deren Ziel es war, mittels Bombenanschlägen (z.B. in Mailand, 1969) und permanenten Putschgerüchten den städtischen und ländlichen Revolten einen zunehmend autoritären Staat entgegenzusetzen.

## 34. RAF

Rote Armee Fraktion; die erste programmatische Erklärung anlässlich der Befreiung von Andreas

Baader am 14.5.1970 hieß

0 Die Rote Armee aufbauen.

35. Bewegung 2. Juni

Im Juni 1972 erschien das Bewegung 2. Juni Programm-.

Beide Texte in:

0 Peter Hein: Stadtguerilla/Bewaffneter Kampf in der BRD und Westberlin. Eine Bibliographie. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1989

36. teach-in

Vortrag oder Diskussion (meist an der Uni); wird seit 1965 so bezeichnet

37. Hausbesetzungen

Bereits Anfang der 70er Jahre organisierten AktivistInnen aus dem antiautoritären Flügel der StudentInnenbewegung erste Hausbesetzungen, u.a. in München, Köln, Frankfurt, Göttingen und Hamburg.

0 Frankfurter Häuserrat: Wohnungskampf in Frankfurt. München: Trikont Verlag, 1974

38. Vietnam

siehe Anmerkung 9 zu Kapitel 1

39. Verminung der Häfen durch die USA

Im Zuge der Eskalation des Krieges gegen Nordvietnam verhängt US-Präsident Nixon im Mai 1972 eine Seeblockade und ordnet die Verminung der nordvietnamesischen Häfen an; gleichzeitig finden die Pariser Friedensverhandlungen statt. Es kommt zu weltweiten Protesten; in der BRD gehen 100.000 Menschen auf die Straße.

40. links

Monatszeitschrift des Sozialistischen Büros. Offenbach, 1969 ff

41. Probleme des Klassenkampfes

Prokla Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik. Berlin, 1971ff.

42. Langer Marsch

Zeitschrift für eine neue Linke. Berlin, 1972-1977

Undogmatisch-reformistische Zeitschrift aus einer Strömung des ehemaligen Berliner SDS.

43. Mao Tse-tung

1893-1976; Revolutionär, Philosoph und Schriftsteller; Mitbegründer der KP Chinas; organisierte ab 1925 Bauernaufstände bis zum Sieg der Revolution 1949; danach erster Vorsitzender des Zentralrats der Volksrepublik China.

0 Mao Tse-tung: Theorie des Guerillakrieges oder Strategie der Dritten Welt. Reinbek: Rowohlt, 1966

#### 44. Guevara, Ernesto Che

1928-1967; in Argentinien geboren; Revolutionär und Protagonist der kubanischen Revolution; zeitweilig Präsident der kubanischen Nationalbank und Industrieminister. Beim Versuch im bolivianischen Dschungel eine Guerilla aufzubauen (Focustheorie) vom Militär (mit Unterstützung der CIA) gefangengenommen und ermordet.

0 Ernesto Che Guevara: Guerilla Theorie und Methode. Sämtliche Schriften zur Guerillamethode, zur revolutionären Strategie und zur Figur des Guerilleros. Berlin: Wagenbach, 1968

0 Ernesto Che Guevara: Der Partisanenkrieg. Hamburg: Cicero Press, 1968

0 Ernesto Che Guevara: Bolivianisches Tagebuch. München: Trikont Verlag, 1973

#### 45. Tupamaros

Die Tupamaros in Uruguay entstanden Anfang der 60er Jahre; mit der offiziellen Gründung der MLN wurde aus der ehemaligen Sammlungsbewegung eine Organisation. Nach der Erklärung des Inneren Notstands im April 1972 wurden die inhaftierten Kader der Tupamaros als Geiseln gegen die Organisation gehalten. Im September 1972 war die MLN zerschlagen, die Mitglieder weitgehend inhaftiert oder exiliert.

0 wir, die tupamaros. Antiimperialistischer Kampf, Materialien & Diskussion. Frankfurt/M.: Verlag Roter Stern, 1974

0 Alex Schubert: Stadtguerilla. Tupamaros in Uruguay Rote Armee Fraktion in der BRD. Berlin: Wagenbach, 1971

0 Bermejo, Ernesto Gonzales. Hände im Feuer. Ein Tupamaro blickt zurück. Gießen: Focus Verlag, 1986

0 Mauricio Rosencof: Wie Efeu an der Mauer. Hamburg: Libertäre Assoziation, 1990

0 Ernesto Kroch: Uruguay zwischen Diktatur und Demokratie. Frankfurt/M.: Dipa Verlag, 1991

#### 46. Massenarbeiter

Meint den unqualifizierten Lager- oder Transportarbeiter, den Arbeiter am Band, Frauen, Ausländer und Jugendliche im Betrieb, die im Unterschied zum Facharbeiter keine traditionelle Bindung gegenüber der kapitalistischen Produktivität und der Entwicklung der Industriegesellschaft haben.

0 Potere Operaio: Was ist Arbeitermacht? Berlin: Merve Verlag, 1972

0 Toni Negri: Massenautonomie gegen den historischen Kompromiß. München: Trikont Verlag, 1977

#### 47. Berufsverbot

Der im Januar 1972 von der SPD-Regierung verabschiedete Radikalenerlaß sollte alle BewerberInnen für den öffentlichen Dienst auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung verpflichten und den Zugang für ExtremistInnen in den Staatsdienst verschließen. Antwort auf den von der Studentenbewegung propagierten Marsch durch die Institutionen. Bis 1979 ist das Berufsverbot die Grundlage für die politische Überprüfung von ca. 2 Millionen BewerberInnen und Hunderten von Berufsverboten, vor allem gegen LehrerInnen. Im Januar 1979 wird der Radikalenerlaß aufgehoben.

0 3. Internationales Russell-Tribunal: Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik

Deutschland.

Band 1: Dokumente, Verhandlungen, Ergebnisse der 1. Sitzungsperiode

Band 2: Das Schlußgutachten der Jury zu den Berufsverboten

Berlin: Rotbuch Verlag, 1978

48. Marighella, José (Carlos)

Brasilianischer Theoretiker und Revolutionär; ideologischer Kopf der ALN (Aktion der Nationalen Befreiung); 1969 ermordet.

0 Carlos Marighella: Für die Brasilianische Revolution. o.O.: Selbstverlag, 1970

0 Carlos Marighella: Mini-Handbuch des Stadtguerilla, in: Tricontinental, Nr. 16/190 (auch diverse Nachdrucke)

49. Dutschke, Rudi

1940-1979; wichtiger Theoretiker der außerparlamentarischen Opposition (APO); Haßobjekt der Springerpresse; am 11.4.1968 vom Arbeiter Joseph Bachmann niedergeschossen; Besuche bei RAF-Gefangenen und solidarisch-kritische Position zum bewaffneten Kampf; Mitte der 70er Jahre an linken Strategiediskussionen bzw. an Überlegungen zu einer linkssozialistischen Partei beteiligt.

0 Rudi Dutschke: Aufrecht gehen. Eine fragmentarische Autobiographie. Berlin: Olle und Wolter, 1981  
0 Mein langer Marsch. Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren. Hrsg.

Gretchen Dutschke-Klotz u.a.. Reinbek Rowohlt, 1980

50. Rabehl, Bernd

Wortführer in der APO; war mit Rudi Dutschke über die Gruppe Subversive Aktion zum SDS gestoßen; 1967 SDS-Vorsitzender; Mitte der 70er Jahre Mitarbeiter bei der Zeitschrift Langer Marsch.

0 Frank Böckelmann, Herbert Nagel (Hg.): Subversive Aktion: Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern. Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1976

51. Negt, Oskar

\* 1934; Soziologe

0 Oskar Negt: Politik als Protest. Reden und Aufsätze zur antiautoritären Bewegung. Frankfurt/M.: 1971

0 Die Auferstehung der Gewalt. Springerblockade und politische Reaktion in der Bundesrepublik. Hrsg. v. Heinz Grossmann und Oskar Negt. Frankfurt/M.: EVA, 1968

52. K-Gruppen

Die drei K-Parteien KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation) bzw. KPD; KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands);, KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschland/Marxisten Leninisten) waren

Marxisten, Leninisten, Stalinisten, Maoisten unterschiedlicher Couleur, Ausrichtung und außenpolitischer Orientierung (China, Albanien)

innerparteilich autoritär und hatten hierarchische Strukturen

radikale Kritiker des sowjetischen Sozialismusmodells (Sowjetimperialismus)

nationalistisch angehaucht, was sich u.a. in der Forderung nach Wiedervereinigung für ein vereintes, unabhängiges Deutschland (Roter Morgen, 1. Mai 1972) äußerte.

Nicht wenige der damaligen K-Gruppen-Protagonisten sind heute Wortführer der Grünen (A. Vollmer, U. Knapp, J. Schmierer u.v.a.)

0 Wir waren die stärksten der Parteien. Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen. Berlin: Rotbuch Verlag, 1978

Zahlen und Daten, mit zum Teil Verfassungsschutzinformationen zu den verschiedenen K-Gruppen, in:

0 Gerd Langguth: Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang und Renaissance. Die neue Linke seit 1968. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1983

### 53. Sponti-Linke

eher informelle Gruppen; Anfang der 70er Jahre in Großstädten entstandenes Selbstverständnis einer undogmatischen Linken mit dem Schwerpunkt Stadtteil- und Betriebsarbeit; Mitte der 70er Jahre starke Bezugnahme auf die autonomen Kämpfe in Italien.

0 Johannes Schütte: Revolte und Verweigerung. Zur Politik und Sozialpsychologie der Spontibewegung. Gießen: Focus Verlag, 1980

### 0 Zeitschriften

Wir wollen alles Zeitschrift arbeitender Gruppen. Frankfurt/M.: 1973-1974

Autonomie Materialien gegen die Fabrikgesellschaft. Frankfurt/M., München: 1975-1979

### 54. Baader, Andreas

1943-1977; wegen Kaufhausbrandstiftung am 5.4.1968 festgenommen; nach zwei Monaten U-Haft entlassen; flieht nachdem das Urteil rechtskräftig ist und das Gnadengesuch abgelehnt wurde; festgenommen am 4.4.70; wird einen Monat später befreit; am Aufbau der RAF beteiligt; festgenommen am 2.6.72 in Frankfurt/M.; am 28.4.1977 zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt, am 18.10.1977 wird Andreas Baader tot in seiner Zelle in Stuttgart-Stammheim aufgefunden.

0 Andreas Baader; Gudrun Ensslin; Thorwald Proll; Horst Söhnlein: Vor einer solchen Justiz verteidigen wir uns nicht. Schlußwort im Kaufhausbrandprozeß. Frankfurt M./Berlin: Edition Voltaire, 1968

0 Karl-Heinz Weidenhammer: Selbstmord oder Mord? Das Todesermittlungsverfahren: Baader/Ensslin/Raspe. Kiel: Neuer Malik Verlag, 1988

Persönlich zuzuordnende Texte, in:

0 texte: der RAF. Malmö: Verlag Bo Cavefors, 1977

0 Das info. Briefe der Gefangenen aus der RAF 1973-1977. Hrsg. v. Pieter H. Bakker Schut. Kiel: Neuer Malik Verlag, 1987

## 55. Rache

Nach dem Tod von Holger Meins am 9.11.1974 kommt es neben einigen Brandanschlägen in vielen Städten Westdeutschlands und in Westberlin zu über 50 Demonstrationen und zum Teil schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei.

## 56. Drenckmann, Günter von

Kammergerichtspräsident in Berlin; bei einem Entführungsversuch am 10.11.74 von einem Kommando der Bewegung 2. Juni erschossen.

## 57. Rauch, Georg von

1947-1971, umherschweifender Haschrebell; im Juli 1969 Teilnahme am Ebracher Knastcamp; 6.2.70 verhaftet und wegen Nötigung, Körperverletzung, versuchten schweren Raubs angeklagt, weil er und andere einen Quick-Reporter verprügelt hatten; Prozeß nach 14 Monaten Untersuchungshaft 1971. Nach der Bekanntgabe der Haftverschonung für die Mitangeklagten Baumann und Weißbecker kommt es im Gerichtssaal zu einem Verwechslungs-go-out; Georg von Rauch lebt fortan im Untergrund; bei der RAF-Fahndung am 4.12.1971 erschossen.

0 Die Erschießung des Georg von Rauch. Eine Dokumentation anlässlich der Prozesse gegen Klaus Wagenbach. Berlin: Wagenbach Verlag, 1976

## 58. Grashof, Manfred

\* 1946; desertierte 1969 von der Bundeswehr nach Westberlin, am 27.7.69 an die BRD ausgeliefert; RAF; nach einem Schußwechsel mit der Polizei am 2.3.72 in Hamburg verhaftet, zu lebenslänglich verurteilt; trennte sich in den 80er Jahren von der RAF; am 30.11.1988 begnadigt.

0 Manfred Grashof: Einige Überlegungen zur Desertion, in: Horst Mahler; Ulrich K. Preuss; Deserteur Kollektiv: BIG LIFT oder die Freiheit der Deserteure. Berlin: Edition Voltaire, 1969

## 59. Anarchisten

Bezieht sich auf den Artikel Leninisten mit Knarre- in der agit 883, Nr.86/1971, auch in

0 Bernd Kramer u.a. Ich hasse, zu hassen. Offener Brief an Horst Mahler. Berlin: Karin Kramer Verlag, 1988

## 60. Kramer

gemeint ist der Karin Kramer Verlag, Berlin.

## 61. Springer

Am 19. Mai 1972 explodierten zwei Bomben im Axel-Springer-Verlag, Hamburg. Dabei wurden 17 ArbeiterInnen verletzt. Das RAF-Kommando 2. Juni- übernimmt die Verantwortung für den Anschlag, bedauert aber, daß es bei der Aktion Verletzte gab und verweist auf die dreimalige Warnung, trotz derer das Gebäude nicht geräumt wurde.

## 62. Hungerstreik der RAF

Der dritte Hungerstreik der RAF fand vom 13.9.74 5.2.75 statt.

## 63. DKP



## Deutsche Kommunistische Partei

1968 gegründet; vollkommen unkritisch Ostblock- und DDR-orientiert; erhielt bis zur Staatsauflösung aus der DDR hohe Summen an Unterstützung.

0 UZ Unsere Zeit. Düsseldorf: 1968 ff.

### 64. Sozialistisches Büro

ß Anmerkung 11 zu Kapitel 2

### 65. Einschätzung Genosse Mahler

0 Die Solidarität mit den Genossen der RAF organisieren? Die Massen gegen die staatliche Unterdrückung zusammenschließen! Die Kritik an der falschen Linie der RAF entfalten! Erklärung Horst Mahlers. Hrsg. Landesvorstand der Roten Hilfe e.V. o.O.

Selbstverlag, 1974

### 66. Rote Brigaden

Italienische Stadtguerilla; die erste Aktion (Brandsatz auf den Wagen eines Siemens-Managers) unter dem Namen fand 1970 statt.

Originaltexte der Brigade Rosse:

0 1. Interview der Roten Brigaden, in: Sozialistisches Jahrbuch. Berlin: Wagenbach Verlag, 1973

0 FIAT: Arbeiter produzieren die Krise. Gegenmacht als Kampfform. München: Trikont Verlag, 1974

### 67. Münchener Theoriewichser

Gemeint sind damit die nur an den Unis agierenden Roten Zellen, die sich ab 1977 Marxistische Gruppe (MG) nannten; die MG löste sich im Herbst 1991 auf.

### 68. Straßenbahnaktionen

Fahrpreiskämpfe und Rote-Punkt-Aktionen- Mitte der 70er Jahre; die ersten Aktionen gab es bereits im Januar 1968 in Bremen.

### 69. Hölz, Max

\* 1889-1933; linksradikaler deutscher Revolutionär, hat mehrere Gefängnisstrafen abgesessen, ohne von seinen politischen Ideen abzurücken; 1929 Übersiedelung nach Moskau; vermutlich vom sowjetischen Geheimdienst ermordet.

0 Max Hölz: Vom Weißen Kreuz- zur Roten Fahne. Jugend-, Kampf- und Zuchthauslebnisse. Frankfurt/M.: Röderberg, 1984

### 70. Notarnicola, Sante

\* 1938; ab 1956 Überfälle auf Banken und Fiat mit dem Ziel der Vergesellschaftung des Eigentums; 1968 verhaftet; nach 21 Jahren 1989 in die sogenannte Halbfreiheit (Freigänger) entlassen.

0 Sante Nortarnicola: Der Bankräuber aus der Berriera. Die Lebensgeschichte des Revolutionärs Sante Notarnicola von ihm selbst aufgeschrieben. München: Trikont, 1974

0 Die Kristalle des Himmels zerbrechen. Gedichte. Köln: GNN Verlag, 1990

0 Proletariat und Subproletariat. Der Fall des Bankräubers Sante Notarnicola. Eine Debatte aus der Tageszeitung Il manifesto. Berlin: Merve Verlag, 1972

71. Jusos

Jungsozialisten in der SPD; Nachwuchsorganisation der SPD.

72. Nixon, Richard

ab 1969 US-Präsident; strammer Antikommunist, reiste dennoch 1972 in die VR China; mußte 1974 wegen der Watergate-Affäre zurücktreten.

73. General Schneider

Oberkommandierender der chilenischen Armee; wurde in einer Destabilisierungskampagne durch ein Komplott von chilenischen Rechten, CIA und ITT 1970 ermordet.

74. Renault-Arbeiter

0 Jacques Fremontiers Renault die Arbeiterfestung. München

Trikont Verlag, 1975

75. Abendroth, Wolfgang

1906-1985; Linkssozialistischer Professor in Marburg; unterstützte den SDS; war u.a. auch am Vietnam-Tribunal der Russell Peace Foundation beteiligt.

0 Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1975

76. Schütz, Klaus

Ehemaliger regierender Bürgermeister in Berlin.

77. Schmidt, Helmut

\* 1918; Sozialdemokrat; 1969-1972 Bundesverteidigungsminister; 1972-1974 Wirtschafts- und Finanzminister; 1974-1982 Bundeskanzler.

78. Strauß, Franz-Josef

1915-1988; in den 50er Jahren Atomminister; langjähriger Parteivorsitzender der CSU und bayerischer Ministerpräsident; traf sich 1975 mit Mao Tse-tung in Peking; fädelt in den 80er Jahren den Milliardenkredit für die DDR ein.

79. Quandt, Herbert

\* 1910; deutscher Großindustrieller

80. Flick, Friedrich-Karl

deutscher Großindustrieller

81. Springer, Axel

## Größter konservativer Zeitungsverleger in der BRD

### 82. Schalke 04

traditionsreicher Fußballverein in Gelsenkirchen.

### 83. OECD

Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit

1961 von westlichen Industrieländern gegründete transnationale Organisation; analysiert und koordiniert die ökonomischen Prozesse in den Metropolen und die Strategien gegenüber dem Trikont.

### 84. Kafr Kassem

Arabisches Dorf in Israel. Im Oktober 1956 wurde von der israelischen Grenzpolizei ohne Vorankündigung eine Ausgangssperre verhängt. Die BewohnerInnen, auf dem Weg von der Arbeit ins Dorf, wurden davon überrascht. Bei Massenerschießungen wurden über 70 Personen ermordet.

### 85. Camp David

17.9.1978; Rahmenabkommen zwischen Israel und Ägypten. Mit einer Reise nach Israel nimmt der ägyptische Staatspräsident Sadat im November 1977 Friedensverhandlungen mit Israel auf, die unter der Schirmherrschaft des amerikanischen Präsidenten Carter im September 1978 in Camp David, USA, fortgesetzt werden. Dieses separate Abkommen zwischen Ägypten und Israel wird von der PLO und den arabischen Staaten scharf angegriffen, Ägypten aus der arabischen Liga ausgeschlossen, alle arabischen Botschafter werden vorläufig aus Ägypten abgezogen.

### 86. Sadat, Anwar El

1918-1981; 1952 mit Nasser am Sturz der ägyptischen Monarchie beteiligt. 1981 wird er als Staats- und Ministerpräsident während einer Truppenparade erschossen. Die Täter kamen aus den Reihen der Moslem-Bruderschaft.

### 87. Holocaust-Spektakel

Im Frühjahr 1979 wird im deutschen Fernsehen der mehrteilige us-amerikanische Fernsehfilm Holocaust- gezeigt. Zum Verhältnis der deutschen Linken in dieser Zeit zum Antisemitismus und der deutschen Geschichte siehe auch den diskus Text von 1979

0 Moishe Postone: Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Redaktion diskus: Küss den Boden der Freiheit. diskus-Texte der Neuen Linken. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1992

### 88. Birmingham

Bei Bombenexplosionen am 21.11.74 in zwei Pubs in Birmingham kamen 21 Menschen ums Leben. Sechs Iren wurden festgenommen und der Tat angeklagt. Während des Verlaufs des Wiederaufnahmeverfahrens Jahre später bekannte sich die IRA zu dem Anschlag. Die Birmingham Six- wurden erst 1991, nach 17 Jahren, als Opfer eines Justizirrtums freigelassen.

0 The Birmingham Six An Appalling Vista. Hrsg.: Oscar Gilligan, Jürgen Schneider, Ralf Sotscheck. Dublin: Liter...ire Publishers, 1990

### 89. Mailand

Bombenanschlag am 12.12.1969 auf der Piazza Fontana, bei dem mehrere Menschen getötet wurden.

Das Attentat wurde den Anarchisten angelastet und gab Anlaß für eine Hatz auf Linke. Tatsächlich ging der Anschlag auf das Konto der italienischen Faschisten, gedeckt vom Staatsapparat.

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Kapitel 3

1. Meins, Holger

ß Anmerkung 9 zu Kapitel 2

2. Herold, Horst

\* 1923; 1967-1971 Polizeipräsident Nürnberg; 1971-1980 Präsident des Bundeskriminalamtes Wiesbaden.

3. Buback, Siegfried

1920-1977; 1959 Erster Staatsanwalt beim Bundesgerichtshof, 1963 Oberstaatsanwalt, 1971 Bundesanwalt, Pressesprecher des BGH; leitete Fahndung nach Baader u.a., 1974 Generalbundesanwalt; am 7.4.77 von der RAF erschossen.

ß Anmerkung 3 zu Kapitel 2

5. Meinhof, Ulrike

ß Anmerkung 6 zu Kapitel 1

6. Baader, Andreas

ß Anmerkung 54 zu Kapitel 2

7. Raspe, Jan-Carl

1944-1977; Soziologiestudent; Mitglied in der Kommune II, RAF; festgenommen am 2.6.1972, am 28.4.1977 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, am 18.10.1977 im Knast Stuttgart-Stammheim tot aufgefunden.

0 Jan Raspe: Zur Sozialisation proletarischer Kinder. Frankfurt/M.: Verlag Roter Stern, 1972

0 Ulf G. Stuberger (Hg.): In der Strafsache gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin wegen Mordes u.a.. Dokumente aus dem Prozess. Frankfurt/M.: Syndikat Buchgesellschaft, 1977

8. Notstandsgesetze

ß Anmerkung 31 zu Kapitel 2

9. Schelm, Petra

1950 1971; RAF-Mitglied; am 15.7.71 bei der Fahndung von der Polizei erschossen.

10. Georg von Rauch

ß Anmerkung 57 zu Kapitel 2

11. Thomas Weissbecker

1949 1972; bei RAF-Fahndung am 2.3.72 in Augsburg von der Polizei erschossen.

0 Die Erschießung des Georg von Rauch. Eine Dokumentation anlässlich der Prozesse gegen Klaus Wagenbach. Berlin: Wagenbach, 1976

## 12. Günter Routhier

1974 wird nach einer Arbeitsgerichtsverhandlung der Arbeiter Günter Routhier von Polizisten die Treppe hinunter gestoßen. Eine sofortige Hilfe wird dem Bluter verweigert, was zu seinem Tode führt

0 Dokumentation zum Fall Günther Routhier. Dortmund: Selbstverlag, 1974

## 13. Sauber, Werner

ß Anmerkung 4 zu Kapitel 2

## 14. Hammerschmidt, Katharina

1943-1975; Mitglied der RAF; stellte sich am 29.6.74 in Frankfurt den Verfolgungsbehörden; im Januar 1975 entlassen, stirbt sie an einem im Gefängnis nicht behandelten Tumor.

0 Komitee für politisch Verfolgte (Hg.): Dokumentation Katharina Hammerschmidt. Berlin: Selbstverlag, 1974

## 14a Wessel, Ulrich

ß Anmerkung 2 zu Kapitel 2

## 15. Bartsch, Jürgen

Jugend im Erziehungsheim; 1966 wegen vierfachen Kindesmißbrauchs und Mordes festgenommen; 1967/68 im Prozess zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er stimmte einer Kastration zu, bei der er am 28.4.1976 an einer Überdosis Narkosemittel starb. Bartsch galt den einen als Monster, den anderen als Synonym der krankmachenden Gesellschaft.

0 Michael Förster; Rolf Schübel: Nachruf auf eine Bestie. Dokumente Bilder Interviews. Essen: Torso-Verlag, 1984

## 16. Sozialistisches Büro

ß Anmerkung 11 zu Kapitel 2

## 17. Niederlage des Imperialismus

Meint vermutlich u.a. die Kapitulation Südvietnams am 30.4.75, im April 1975 den Sieg der Roten Khmer in Kambodscha; ebenso die Revolution in Portugal und in den ehemaligen portugiesischen Kolonien.

## 18. Illegalität

1956 wird die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) verboten;

0 Georg Füllberth: KPD und DKP 1945-1990. Heilbronn: Distel Verlag, 1990

## 19. Kitson, Frank

Englischer Counterinsurgency-Stratege; Brigadegeneral in Kenia, Malaysia, Zypern und Nordirland.

0 Frank Kitson: Im Vorfeld des Krieges. Abwehr von Subversion und Aufruhr. Stuttgart: Seewald Verlag, 1974

## 20. Herold

0 Interview von Sebastian Cobler mit Herold in der Zeitschrift Transatlantik, November 1980.

## 21. Nordhorn-Range

Im norddeutschen Nordhorn-Range versuchten die Anwohner 1975 die Schließung eines Übungsplatzes der Bundeswehr für Bombenabwürfe zu erreichen. Als sie mit Eingaben keinen Erfolg hatten, besetzten sie den Platz. Die Behörden reagierten darauf mit einem massiven Polizeieinsatz.

## 22. Zetkin, Clara

1857-1933; baute die sozialistische Frauenbewegung auf; war zunächst in der SPD, dann im Spartakusbund bzw. in der KPD; 1920 bis 1933 Reichstagsabgeordnete; aktiv in der Komintern (Frausekretariat) und der Internationalen Roten Hilfe.

0 Clara Zetkin: Ich will dort kämpfen, wo das Leben ist. Berlin-Ost: Dietz Verlag, 1986

0 Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands. Frankfurt/M./ Basel: Roter Stern/Stroemfeld

## 23. Jackson, George

Mit 15 Jahren das erste Mal im Jugendgefängnis; mit 18 wegen angeblichen Raubes von 70 Dollar zu 1 Jahr bis lebenslänglich verurteilt, wobei sein Entlassungstermin abhängig war von der Entscheidung einer Kommission über seine gute Führung.

In der Haft begann er sich vor allem für den schwarzen Befreiungskampf zu engagieren, gründete mit anderen schwarzen Gefangenen die Soledad Brothers, wurde später Mitglied der Black Panther Party. Jackson war wichtiges Bindeglied der afro-amerikanischen, hispanischen und weißen Gefangenenbewegung. Am 21. August 1971 wurde er im Gefängnis San Quentin ermordet.

0 George Jackson: Im Herzen ein Feuer. München/Bern: Scherz Verlag, 1971

0 Agipa Press (Hg.): Comrade George Jackson und Attica. Die Zeit des Blues ist vorbei. Band 1: Geschichte ist eine Waffe. Der Mord an George Jackson und die schwarze Gefangenenbewegung in den USA. Bremen: Agipa Press, 1987

## 24. Kröcher, Norbert

Wurde wegen der Lorenzentführung gesucht, am 1.4.77 in Schweden verhaftet und an die BRD ausgeliefert.

## 25. Adomeit, Manfred

Ebenfalls am 1.4.77 in Schweden verhaftet und an die BRD ausgeliefert.

0 doku? nö: Keine Doku ÜBER Knofo und Manne sondern eine Selbstdarstellung der beiden anhand von Artikeln, Geschichten und Bildern. o.O., Selbstverlag, 1979

## 26. Genscher, Hans-Dietrich

\* 1927; FDP; 1969-1974 Bundesinnenminister; 1974-1992 Bundesaußenminister und Vizekanzler.

## 27. Düx, Mike

Rechtsanwalt in Frankfurt/M.

0 AStA Frankfurt/M. (Hg.): Über die Reinhaltung der Anwaltschaft an den Beispielen Knöss und Düx. Frankfurt: Selbstverlag, o.J.

0 Mike Düx: Der verflixte 7. Stock, in: Der Blinde Fleck. Die Linke, die RAF und der Staat. Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1987

28. Heldmann, Hans-Heinz

Rechtsanwalt.

0 Hans-Heinz Heldmann: Selbstmord oder Mord. Kiel: Neuer Malik Verlag, 1988

0 Irmgard Möller berichtet. Dokumentation. Hrsg. von Hans-Heinz Heldmann u.a. o.O.: Selbstverlag, 1978

29. Prozeß

Vor dem Berliner Kammergericht beginnt am 11.4.1978 der Lorenz-Drenkmann Prozeß gegen Ralf Reinders, Ronald Fritsch, Till Meyer, Fritz Teufel, Gerald Klöpfer und Andreas Vogel.

0 Rote Hilfe Landesverband Berlin (Hg.): Materialien zum Prozeß gegen Ralf Reinders... Berlin: Selbstverlag, 1978

30. Roth, Karl-Heinz

\* 1943; Arzt und Historiker; bei einer polizeilichen Straßenkontrolle mit anschließender Schießerei in Köln am 9.5.75 schwer verletzt, Haftbefehl aufgehoben am 12.7.77; Mitarbeiter der Zeitschrift Autonomie.

0 Ein ganz gewöhnlicher Mordprozeß? Das politische Umfeld des Prozesses gegen Roland Otto, Karl-Heinz Roth und Werner Sauber. Hrsg. v. Klaus Dethloff. Berlin: Rotbuch Verlag, 1978

0 Karl-Heinz Roth: Die historische Bedeutung der RAF, in: Klaut sie! (Selbst-)kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla. Tübingen: iva-Verlag, 1979

31. Fischer, Joseph (Joschka)

\* 1948; Mitte der 70er Jahre Frankfurter Sponti; Veröffentlichungen in der Zeitschrift Autonomie-Materialien gegen die Fabrikgesellschaft; heute Politiker der Grünen und Umweltminister in Hessen.

32. Sanchez, Illich Ramirez (Carlos)

\* 1949; Teilnahme am Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien am 21.12.75.

33. ETA

Euskadi Ta Askatasuna Baskenland und seine Freiheit; baskische nationale Guerillaorganisation

0 ETA Programme und Erklärungen. o.O.: Selbstverlag, o.J.

0 Bewaffneter Kampf im Baskenland, in: Peio Aierbe: Bewaffneter Kampf in Europa. Nordirland, Korsika, Italien, BRD. Berlin: Verlag Schwarze Risse, 1991

34. Carrero Blanco

Spanischer General und zweitwichtigster Mann des faschistischen Franco-Regimes; am 20.12.73



explodierte im Zentrum von Madrid eine Bombe, die den Admiral genannt der Menschenfresser das Leben kostete. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß der Personenwagen Carrero Blancos mehrere Stockwerke hoch geschleudert wurde.

0 Operation Menschenfresser. Wie und warum wir Carrero Blanco hingerichtet haben ein authentischer Bericht und Dokumente von E-T-A. Berlin/München: Kramer Verlag/Trikont Verlag, 1976 (Neuaufgabe: Berlin: Phantom Verlag, 1988)

### 35. Politruks

Meint bolschewistische Parteifunktionäre.

### 36. Chile

Gemeint ist der Putsch vom 11.9.1973.

### 37. Tel Zaatar

Im Sommer 1976 wird das mit ca. 30.000 BewohnerInnen größte palästinensische Flüchtlingslager in Beirut von den Falangisten und anderen christlichen Truppen eingeschlossen und bombardiert. Neben dem Beschuß mit Raketen, Mörsern und Artilleriegeschossen wird die Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten abgeschnitten. Nach 52 Tagen der Belagerung wird das Lager, unter Vermittlung von Vertretern der Arabischen Liga, nach einem Abkommen evakuiert. Mehr als 3.000 Menschen verlieren in diesem Kampf ihr Leben.

### 38. Brokdorf

Bei einer Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf am 30. Oktober 1976 kam es zu einem massiven Polizeieinsatz; bei einer zwei Wochen später stattfindenden Demonstration mit rund 40.000 TeilnehmerInnen wurden erstmals in der BRD Einheiten des Bundesgrenzschutzes gegen eine Demonstration eingesetzt.

0 AK Politische Ökologie: Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen. Hamburg: Selbstverlag, 1978

### 39. Sartre, Jean-Paul

1905-1980; Französischer Philosoph und Schriftsteller.

0 Vorwort in: Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1966

### 40. undogmatische Linke

Nicht in einer Partei organisierte (antiautoritäre) Linke in den 70er Jahren.

### 41. Brückner, Peter

1922-1982; Psychologieprofessor; wegen angeblicher Kontakte zur RAF suspendiert; analysierte in einigen Schriften die Politik der RAF.

das im Text angesprochene Buch:

0 Peter Brückner: Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse. Berlin: Wagenbach Verlag, 1979

Der Aufsatz findet sich in der Broschüre:

0 links Sozialistische Zeitung. Sondernummer 85, Februar 1977. Offenbach: Verlag 2000, 19770Peter

Brückner: Vom unversöhnlichen Frieden. Aufsätze zur politischen Kultur und Moral. Berlin: Wagenbach Verlag, 1984

42. Nietzsche, Friedrich

1844-1900; deutscher Philosoph.

43. Aktionen 71/72

Die Aktionen der RAF waren in den Jahren 1971/72 u.a.

1971 mehrere Banküberfälle.

11.5.72: Bombenanschlag auf das V. US-Corps in Frankfurt.

12.5.72: Bombenanschläge auf Polizeihauptquartiere in Augsburg und München.

16.5.72: Sprengstoffanschlag auf den BGH-Richter Buddenberg

19.5.72: Bombenanschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg

24.5.72: Bombenanschlag auf das Hauptquartier der US-Armee in Europa in Heidelberg

44. Brigitte Mohnhaupt

ß Anmerkung 62 zu Kapitel 6

45. Müller, Gerhard

RAF-Mitglied; Festnahme 1972; ab 1976 Kronzeuge.

46. Prinzing, Theodor

Vorsitzender des 2. Strafsenats in Stammheim

47. Wagenbach, Klaus

Verleger in Berlin

48. Info-BUG

Info der Berliner Undogmatischen Gruppen. Berlin 1974-1978

49. Ein toter Genosse

Am 20. Januar 1985 wird bei einem versuchten Anschlag auf das Rechenzentrum Stuttgart-Vaihingen Jonas Thimme durch das vorzeitige Explodieren des Sprengstoffs getötet, Claudia Wannersdorfer schwer verletzt und festgenommen.

Erklärung zum Tod von Jonas Thimme, in:

0 Widerstand heißt Angriff. Erklärungen, Redebeiträge, Flugblätter und Briefe 1977-1987. Amsterdam: Selbstverlag, 1988

50. Audran

Am 28.1.85 wird Audran, hoher Beamter des französischen Verteidigungsministeriums, Opfer eines Anschlags des Action-directe-Kommandos Elisabeth van Dyck-; am 1.2.85 wird in München der

Vorstandsvorsitzende von MTU, Zimmermann, erschossen. Zu dem Attentat bekennt sich das RAF-Kommando Patsy O'Hara-.

0 Kommando Patsy O'Hara der RAF zur Aktion gegen Zimmermann, in: Widerstand heißt Angriff.

51. Vietcong

Südvietnamesische Guerillaorganisation; bildete 1960 zusammen mit 20 anderen Organisationen die Front National de Liberation du Vietnam Sud (FNL).

52. B 52

US-Langstreckenbomber.

53. Bild

Rechtspopulistisches Boulevardblatt aus dem Springer Verlag .54. Rote Khmer

Wurde lange Zeit als Befreiungsbewegung für Kambodscha eingeschätzt und unterstützt, besonders nach dem (CIA)-Putsch des Militärs unter Lon Nol und der Ausweitung des Vietnamkrieges bei dem der Ho Chi Minh Pfad- als Versorgungslinie des Vietcong als Vorwand galt.

1975/76 übernahmen die Roten Khmer unter Pol Pot die Regierungsgewalt; Umsiedlung der städtischen Bevölkerung aufs Land (Agrarkommunismus), der Massenmord an Intellektuellen sowie politisch Abweichenden forderte eine Million Tote; ab 1977/78 Krieg und Besetzung durch Vietnam. Nach der Regierung Heng Samrin (ab 1979) und dem Rückzug der vietnamesischen Truppen wird im Oktober 1991 ein Friedensabkommen ratifiziert, das den innerkambodschanischen Konflikt, an dem die Roten Khmer weiter beteiligt sind, dennoch nicht beendet.

0 Walter Aschmoneit, Rainer Werning (Hg.): Kampuchea. Lesebuch zur Geschichte, Gesellschaft, Politik. Münster: dvv-Verlag, 1981

55. Phnom Penh

Hauptstadt von Kambodscha

56. 30 Fragen an die Tupamaros

eigentlich 30 Fragen an einen Tupamaro. Interview vom 2.6.1968 in der chilenischen Zeitschrift punto final-. Damalige Plattform für Strategie und Taktik der MLN.

0 Alain Labrousse: Die Tupamaros. München: Hanser Verlag, 1971

57. Sonthofener Rede

Auf einem CSU-Treffen im März 1975 vorgetragenes Strategiekonzept zur Destabilisierung der damaligen SPD/FDP-Koalition.

## Kapitel 4

1. Klein, Hans-Joachim

\* 1947; 8 Monate Jugendstrafe auf Bewährung wegen mehrerer Autodiebstähle; war Leibwächter Sartres bei dessen Baader-Besuch am 4.12.74; 1975 Teilnahme bei der Besetzung der OPEC-Konferenz.

## 2. OPEC

Organization of the Petrol Exporting Countries (Organisation erdölexportierender Länder); 1960 gegründet; Hauptsitz in Wien.

## 3. OPEC-Zentrale

Am 21. Dezember 1975 wird die Konferenz der OPEC-Minister in Wien von einem palästinensischen Kommando besetzt. Rund 70 Konferenzteilnehmer werden als Geiseln genommen. Dabei kommen ein österreichischer Kriminalbeamter, ein irakischer Sicherheitsbeamter und ein OPEC-Angestellter ums Leben. Das Kommando erzwingt die Ausreise mit den Ministern. An der Aktion war unter anderem das RZ-Mitglied Hans-Joachim Klein beteiligt, der schwer verletzt mit ausgeflogen wird. Hans-Joachim Klein lebt seit seinem Ausstieg an einem unbekanntem Ort.

0 Hans-Joachim Klein: Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen. Reinbek: Rowohlt, 1979

## 4. Der Spiegel

Wöchentlich erscheinendes Magazin.

## 5. Pflasterstrand

Frankfurter Sponti-Stadtzeitung; nannte sich Metropolenmagazin. Frankfurt/M. 1976-1991

## 6. Libération

Linke französische Tageszeitung.

## 7. Böse, Wilfried

Siehe Anmerkung 36 zu Kapitel 1.

## 8. Kuhlmann, Brigitte

Siehe Anmerkung 37 zu Kapitel 1.

## 9. Savak

Iranischer Geheimdienst, zentrale Stütze des Regimes von Schah Reza Pahlevi.

## 10. Antirepressionskongreß

Vom 4.6. bis 7.6.1976 fand in Frankfurt der vom Sozialistischen Büro organisierte Pfingstkongreß gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung mit über 20.000 TeilnehmerInnen statt.

0 Daß du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen. Offenbach: Links-Sondernummer 2/77

## 11. Proll, Astrid

\* 1947; RAF; erste Festnahme am 6.5.71 in Hamburg; als erste Gefangene isoliert im Toten Trakt von Köln-Ossendorf; Prozeßbeginn 28.9.73 in Frankfurt; wurde aufgrund lebensgefährlicher Kreislaufstörungen Ende 1973 freigelassen; war dann nicht mehr in der RAF, entzog sich aber der drohenden Haft durch Flucht nach London, wo sie bis zu ihrer Festnahme am 15.9.78 lebte. Im Juni

1979 ausgeliefert und am ersten Prozeßtag entlassen; zu 5 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt.

0 Keine Auslieferung von Astrid Proll in deutsche Isolationshaft Wir wollen, daß sie leben kann.

Hrsg.: Pressegruppe zur Verhinderung der Auslieferung von Astrid Proll. Berlin: Selbstverlag, 1979

0 Astrid Proll: In die Freiheit entlassen, in: Hartung u.a.: Der Blinde Fleck. Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1987

## 12. eurokommunistische Parteien

Meint die KP Frankreichs (Marchais), die KP Italiens (Berlinguer) und die KP Spaniens (Carillo); zentraler Punkt der eurokommunistischen Parteien ist die Absage an den verbal propagierten Klassenkampf und die Teilhabe an der Macht durch historische Kompromisse.

0 Fernando Claudin: Zukunft des Eurokommunismus. Berlin: Rotbuch Verlag, 1978

## 13. Kalkar

Am 24.9.77 findet in Kalkar eine internationale Anti-AKW-Großdemonstration statt, an der 50.000 Menschen teilnehmen; mit einem bis dato nicht gekanntem Großaufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz werden ca. 20.000 Menschen durch Sperren (die in Nordrhein-Westfalen von Beamten mit Maschinenpistolen gesichert werden) an der Teilnahme gehindert.

0 Ermittlungsausschuß der Nordrhein-Westfälischen Bürgerinitiativen gegen Kernenergie (Hrsg.): Wir sind das Volk... Kalkar 24.9.77. Eine Dokumentation des Ermittlungsausschusses der Bürgerinitiativen gegen Kernenergie in Schrift und Bild. Köln: Selbstverlag, 1977

0 Atom-Express, Ausgaben 1977 und 1978

## 14. Gefangenenbefreiungen in der BRD nach 1967

14.5.1970 Während einer Ausföhrung in das Zentralinstitut für Soziale Fragen Berlin- wird Andreas Baader aus der Untersuchungshaft befreit.

11.11.1973: Till Meyer (Bewegung 2. Juni) flüchtet mit fremder Hilfe aus der JVA Castrop Rauxel.

5.3.1975: Der in Westberlin von der Bewegung 2. Juni entführte CDU-Vorsitzende Peter Lorenz wird im Austausch gegen die Freilassung von fünf politischen Gefangenen freigelassen.

27.5.78: Till Meyer wird aus der JVA Moabit befreit.

(Frauen aus der Lehrter Straße)

## 15. Bert Brecht

Siehe Anmerkung 40 zu Kapitel 1.

## 16. Herschel Grynszpan

\* 1921; Am 7. November 1938 erschöß der Jude Herschel Grynszpan den Legationssekretär der deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath. Eine Tat, die den Nazis als Vorwand der berüchtigten Reichskristallnacht-Pogrome vom 9. November 1938 diente.

0 Kurt Pätzold, Irene Runge: Kristallnacht. Zum Pogrom 1938. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag, 1988

## 17. Sarajewo

In Sarajewo wurde am 28.6.1914 der österreichisch-ungarische Erzherzog Ferdinand erschossen (Der deutsche Kaiser Wilhelm II Jetzt oder nie).

## 18. Lotta Continua

Linksradikale italienische Tageszeitung.

## 19. Malville

Malville ist der Standort eines Schnellen Brüters. Hier fand am 28.7.1977 eine Großdemonstration gegen das französische Atomprogramm statt; die Demonstration mit rund 20.000 TeilnehmerInnen wurde von der französischen Bereitschaftspolizei brutal zerschlagen, dabei gab es durch den Einsatz von Offensiv-Granaten einen Toten und unzählige Schwerverletzte.

0 Malville-Kollektiv: Malville Dokumentation. Bielefeld. Selbstverlag, 1977

0 Oliver Tolmein/Detlev zum Winkel: Natur, Gewalt und Paradigmenwechsel, in: Nix geRAft. 10 Jahre Deutscher Herbst und der Konservatismus der Linken. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1987

## 20. Algerien

Der algerische Befreiungskrieg, ein antikolonialer Kampf gegen Frankreich, dauerte von 1954 bis 1962. Die wichtigste organisierte Kraft stellte die FNL (Front de Libération Nationale) dar. Ein zentraler Eckpunkt des Krieges war das Massaker von Algier am 8.5.1945. 45.000 AlgerierInnen wurden an einem Tag ermordet, als sie das Ende des zweiten Weltkrieges feierten und ihre Hoffnung auf das Ende des kolonialen Status manifestierten. Als zweiter Eckpunkt ist das Massaker von Paris an algerischen DemonstrantInnen zu nennen. Hier ermordete die französische Polizei Hunderte von Menschen und schmiß die Leichen in die Seine. Die Kriegsgreuel an der algerischen Bevölkerung nahmen die Dimension des Vietnamkrieges vorweg.

In Frankreich und der BRD hatte dieser Krieg kaum zu Resonanz bei der liberalen und linken Öffentlichkeit geführt.

0 Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/M: Suhrkamp, 1969

0 Bassam Tibi, Gerhard Grohs: Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika. Frankfurt/M., 1973

0 Claus Leggewie: Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland. Berlin: Rotbuch Verlag, 1984

## 21. Dreyfus, Alfred

1859-1935; jüdischer französischer Offizier, der 1894 wegen angeblichem Verrat militärischer Geheimnisse an Deutschland degradiert und zu einer lebenslänglichen Verbannung verurteilt wurde. Diese Verurteilung basierte nicht auf einem Schuldnachweis, sondern auf antisemitischen Einstellungen. Auch nachdem der wahre Verräter der Militärgeheimnisse festgestellt war, wurde Dreyfus wiederum zu 10 Jahren Festungshaft verurteilt. Erst 1906 wurde er voll rehabilitiert, nachdem sich viele Linke und Liberale (u.a. Emile Zola) für ihn eingesetzt hatten.

# Kapitel 5

## 1. Scheidemann, Philipp

1865-1939; Sozialdemokrat; Rücktritt als Ministerpräsident der Weimarer Republik aus Protest gegen den Versailler Friedensvertrag; hatte es nach Beginn der Novemberrevolution von 1918 besonders eilig, die deutsche Republik auszurufen.

## 2. Ebert, Friedrich

1871-1925; Sozialdemokrat; Reichpräsident 1919-1925; tritt 1914 für den sogenannten innenpolitischen Burgfrieden ein; unterstützt die Kriegskredite von 1914; schließt 1918 den Pakt mit General Groener zur Niederschlagung der Novemberrevolution.

## 3. Noske, Gustav

1866-1946; Sozialdemokrat; zeitweilig Reichswehrminister; an der Niederschlagung der revolutionären Aufstände in Kiel 1918, Berlin 1919, im Ruhrgebiet und in Sachsen 1920 führend beteiligt. Unter dem Motto Einer muß den Bluthund machen ließ er dem reaktionären Militär und den Freikorpsregimentern freien Lauf.

0 Erhard Lucas: Märzrevolution 1920. Frankfurt/M.: Verlag Roter Stern, 1970

## 4. Engelmann, Bernt

\* 1921; Schriftsteller und Publizist; 1977-1983 Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller.

## 5. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Gründeten mit anderen am 30.12.1918 die Kommunistische Partei Deutschlands. Rosa Luxemburg vertrat einen freiheitlichen Sozialismus mit entsprechender Parteiorganisation.

Beide wurden am 15.1.1919 während des Spartakusaufstands in Berlin von Freikorpsleuten ermordet.

0 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals und Antikritik. Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1970

0 Briefe an Karl und Luise Kautsky. Berlin: Verlag Klaus Guhl, 1981

0 Briefe aus dem Gefängnis. Berlin: Dietz Verlag, 1991

## 6. Ulrike

Ulrike Meinhof

## 7. Halimeh

War der palästinensische Name von Brigitte Kuhlmann.

## 8. Gudrun

Gudrun Ensslin

## 9. Ingrid

Ingrid Schubert, 1944-1977; RAF, am 12.11.1977 in der JVA Stadelheim erhängt aufgefunden.

## 10. Holger

Holger Meins

## 11. Wilfried

Wilfried Böse

## 12. Andreas

Andreas Baader

## 13. Jan

Jan-Carl Raspe

## 14. My Lai

Im Rahmen der Tet-Offensive zu Beginn des Jahres 1968 rückte der Vietcong in die strategischen Stellungen der US-Armee vor. Zur gleichen Zeit wird von einer US-Einheit in dem Dorf My Lai die Bevölkerung systematisch abgeschlachtet. Bei dem Blutbad gibt es kaum Überlebende. Erst 1969, nach der Veröffentlichung von Fotos, wird das Massaker bekannt. Der befehlshabende Offizier Calley wird 1970 zunächst zu lebenslanger Haft verurteilt, 1975 jedoch freigelassen, in den 80er Jahren dann rehabilitiert.

My Lai ist für die amerikanische und westeuropäische Antikriegsbewegung der 60er und 70er Jahre ein Synonym für die Kriegsverbrechen der US-Armee gewesen.

0 Calley: Ich war gern in Vietnam. Frankfurt/M.: Fischer Verlag, 1972

## 15. Attica

Knastrevolte 1971 in den USA, die hauptsächlich von afroamerikanischen und puertoricanischen Gefangenen getragen wurde, nach 4 Tagen blutig niedergeschlagen; 32 Gefangene werden getötet, über 300 durch Schüsse (hauptsächlich in den Rücken) und Knüppelschläge schwer verletzt.

0 Richard X. Clark; Leonard Levitt: Attica. Entstehung, Verlauf und blutige Zerschlagung einer Gefangenenrevolte. München: Trikont Verlag, 1977

## 16. Tel Saatar

(Tel Zaatar)

ß Anmerkung 37 zu Kapitel 3

## 17. Mogadischu

ß Anmerkung 5 zu Kapitel 1

## 18. Croissant, Klaus

Rechtsanwalt; zeitweilig Verteidiger von Andreas Baader und Gudrun Ensslin; 1979 zu zweieinhalb Jahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Später zeitweise bei der Berliner Alternativen Liste; im September 1992 wegen angeblicher IM-Tätigkeit für das MfS in Untersuchungshaft genommen.

0 Der Prozeß gegen Klaus Croissant. Erklärungen/Anträge/Dokumente. Stuttgart: fantasia druck, 1979



19. Glucksmann, André

Französischer Philosoph.

0 André Glucksmann: Köchin und Menschenfresser. Über die Beziehung zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslager. Berlin: Wagenbach Verlag, 1976

20. Germanizzazione

Italienische Bezeichnung für den Versuch der Durchsetzung des Modells Deutschland.

21. Gorilla-Diktaturen

Im Zusammenhang mit der Absetzung Perons in Argentinien 1955 entsteht der Ausdruck Gorilla zur Bezeichnung reaktionärer Generäle.

22. Pohle, Rolf

\* 1942; Vorsitzender des AStA der Universität München; beteiligt an der Rechtshilfe der APO; verhaftet am 18.12.71; verurteilt zu fünf Jahren wegen § 129; durch die Lorenz-Entführung am 4.3.75 befreit; erneute Verhaftung am 21.7.76 in Athen; 1.10.76 Auslieferung an die BRD;

0 Erklärung von Rolf Pohle vor dem Aeropag in Athen, in: Rote Hilfe Zürich; Russell Initiative Zürich: Glaubt den Lügen der Mörder nicht. Zürich: Selbstverlag, 1978

0 Rolf Pohle Dokumentation. München: Kollektiv Rote Hilfe, 1977

23. Karamanlis, Konstandinos

Zwischen 1955 und 1963 mehrmals griechischer Ministerpräsident; im Gefolge der Militärdiktatur ab 1974 erneut diese Position.

24. Vigier, Jean Pierre

Veröffentlichte u.a. in der französischen Zeitschrift Les Temps Moderns.

25. Mandel, Ernest

\* 1923; marxistischer Wirtschaftstheoretiker und Trotzkist

0 Ernest Mandel: Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1973

25a. Brandt, Willy

1913-1992; SPD-Vorsitzender; 1969-1974 Bundeskanzler; seit 1976 Vorsitzender der Sozialistischen Internationale.

26. Ecevit, Bülent

\* 1925; 1972-1980 Vorsitzender der türkischen Sozialdemokraten, 1974, 1977 und 1978/79 Ministerpräsident.

27. Soares, Mario

\* 1924; 1973 Generalsekretär der sozialistischen Partei Portugals; Außenminister 1974/75, Premierminister 1976-1978.

28. Suarez, Adolfo

\* 1932; Im Francismus unterschiedliche politische Funktionen; 1976-1981 Ministerpräsident in Spanien.

29. Gonzales, Felipe

\* 1942; ab 1974 Generalsekretär der PSOE/Spanien.

30. Truman, Harry S.

1884-1972; US-Präsident 1945-1952.

31. WiWo

Zeitschrift Wirtschaftswoche

32. 0 Folker Fröbel/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye Die neue internationale Arbeitsteilung.

Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek Rowohlt, 1977

33. 0 Helmut Schehl Vor uns die Sintflut.

Ökologie, Marxismus und die Zukunftsgläubigkeit. Berlin Rotbuch Verlag, 1978

34. Rockefeller, David

Stammt aus der Rockefeller-Dynastie; Mitglied der Trilateralen Kommission.

35. Terms of Trade

Das Verhältnis eines Index der Ausfuhrpreise zu einem Index der Einfuhrpreise.

36. Nyerere, Julius

\* 1922; ab 1964 Präsident von Tansania.

37. Fanon, Frantz

1924-1961; Arzt und Psychiater; aus Martinique stammender, von 1956-1961 in Algerien lebender Theoretiker und Schriftsteller.

0 Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1966

38. George, Susan

0 Susan George Wie die anderen sterben. Die wahren Ursachen des Welthungers. Berlin Rotbuch, 1976

39. Areopag

Oberster griechischer Gerichtshof, der über die Auslieferung von Rolf Pohle entschied.

40. Brandt-Kommision

bezeichnet sich als Unabhängige Kommission für internationale Entwicklungsfragen (auch

Nord-Süd-Kommission) unter Vorsitz von Willy Brandt; Initiator war 1977 der Weltbank-Präsident McNamara

#### 41. Kissinger; Henry

Berater von Eisenhower, Kennedy und Rockefeller; wichtige Stellung in der Nixon-Administration; US-Außenminister von 1973-1977; Mitglied der Trilateralen Kommission.

#### 42. AAA-Kommandos

Antikommunistische Aktion Argentiniens; von rechten politischen Organisationen und Parteien, Militärs und Konzernen bezahlte Killerkommandos (Todesschwadronen).

0 Arno Münster: Argentinien. Guerilla und Konterrevolution. Arbeiterkämpfe gegen oligarchische Diktatur und Gewerkschaftsbürokratie. München: Trikont Verlag, 1977

#### 43. FNLA/UNITA

Rechte Befreiungsbewegungen in Angola; unter anderem von der südafrikanischen Regierung unterstützt.

0 Bettina Decke: Angola. in: Südliches Afrika. Geschichte, Befreiungskampf und politische Zukunft. Berlin: Wagenbach Verlag, 1978 Colin Legum, Tony Hodges: Krieg um Angola. Köln: Verlag Internationale Solidarität, 1978

#### 44. Polisario

Frente Popular de Liberación de Saguia el Hamra y del Río de Oro (Westsahaurische Befreiungsbewegung)

0 Rössel, Karl: Wind, Sand und (Mercedes-)Sterne. Bad Honnef: Horlemann Verlag, 1991

#### 45. Fretelin

1975 wird die Demokratische Republik Osttimor (ehemalige portugiesische Kolonie) durch Indonesien völkerrechtswidrig besetzt. Kämpfe gegen die Befreiungsbewegung Fretelin (Frente Revolucionario de Timor este Independente); Repression und Hungersnot führen bis 1990 zum Tod von einem Viertel der Bevölkerung Osttimors.

0 K. Horta, K. Ludwig: Osttimor. Das vergessene Sterben. Göttingen: Pogrom-Verlag, 1985

#### 46. Zeit

Liberale deutsche Wochenzeitschrift.

#### 47. Breschnew, Leonid

1906-1982; ab 1952 im ZK der KPDSU; ab 1966 Generalsekretär der Partei; Gegenspieler Chruschtschows; verkündet die Doktrin der beschränkten Souveränität, womit der Einmarsch in die CSSR (1968) gerechtfertigt wird. Ab 1977 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets.

#### 48. Trilaterale Kommission

1973 von David Rockefeller gegründet; als transnationale Koordinierungsgruppe stellt sie den Versuch dar, strategische (politisch-ökonomische) Planungen zu entwerfen und nationale Widersprüche einzuebnen. Ihre Mitglieder rekrutieren sich aus der politischen Klasse, dem

transnationalen Kapital, den Gewerkschaften u.a.

0 Laurence Shoup/William Winter: Kullissenschieber e. V. Der Council of Foreign Relations und die Außenpolitik der USA. Bremen/Berlin: Verlag Roter Funke/ Freunde der Erde, 1981

49. McNamara, Robert

\* 1916; 1960 Präsident der Ford Motor Company; 1961-1968 US-Verteidigungsminister; 1968-1981 Präsident der Weltbank.

50. OLAS

OrganisaciM-sn Latinoamericana de Solidaridad (Organisation lateinamerikanischer Solidarität)

1966 gegründete Organisation zur Unterstützung revolutionärer Befreiungsbewegungen in Lateinamerika.

0 Trikontinental 1967-1970. Eine Auswahl. Hrsg. von Karl Dietrich Wolff. Frankfurt/M.: März Verlag, 1970

51. Matthöfer, Hans

\* 1925; Gewerkschaftler und Sozialdemokrat; 1972-1974 Parlamentarischer Staatssekretär; ab 1974 diverse Ministerposten.

52. DDT

Hochgiftiges Pflanzenschutzmittel

53. Faustischer Pakt  
Von Goethes Faust abgeleitet Pakt mit dem Teufel

54. Vetter, Heinz-Oskar

\* 1917; Vorsitzender des DGB von 1969-1982; 1974-1979 Präsident des europäischen Gewerkschaftsbundes.

55. FAZ

Fankfurter Allgemeine Zeitung; Konservative Tageszeitung.

56. 0 Fröbel u.a. Technologie und Politik 8.

Reinbek; Rowohlt Verlag, 1977

57. IFO

Institut für Wirtschaftsforschung; gegründet 1949; Forschungsschwerpunkte Konjunkturanalyse und Prognose durch Befragung von Unternehmen.

58. Friedrich, Lambsdorff

FDP-Politiker

59. FR

Frankfurter Rundschau

Liberale Tageszeitung.

## 60. Welt

Konservative Tageszeitung aus dem Hause Springer.

## 61. APO-Zwangsbefriedung

Gemeint sind damit Hochschulreform, Amnestie, Berufsverbot

## 62. Abs, Hermann

\* 1903; Deutsche Bank; 1942 hatte er 10 Aufsichtsratsmandate bei Firmen in den von deutschen Truppen besetzten europäischen Ländern; 1957-1967 war er Vorstandssprecher der Deutschen Bank.

## 63. Schleyer, Hanns-Martin

1915-1977; 1942 Chef des Präsidialbüros im Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren; seit 1951 bei Daimler Benz; Von 1973 bis zu seiner Entführung und Erschießung durch ein RAF-Kommando Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

## 64. Kiesinger, Kurt Georg

1904-1991; CDU; 1966-1969 Bundesminister der Großen Koalition; wird 1968 wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP (seiner Funktion als stellvertretender Abteilungsleiter im NS-Propagandaministerium) von Beate Klarsfeld öffentlich gehohlet.

## 65. Flick, Friedrich

1883-1972; Großindustrieller; finanzieller Förderer der NS-Bewegung; Flick galt als der reichste Mann Westdeutschlands, weigerte sich jedoch Entschädigungen an Zwangsarbeiter zu zahlen.

## 66. Ponto, Jürgen

1923-1977; Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank; am 30.7.77 bei einem mißglückten Entführungsversuch von der RAF erschossen.

## 67. Portugal

ß Anmerkung 24 zu Kapitel 2

## 68. Dame Williams

Meint die nordirische Gruppe Mothers of Peace um Betty Williams, Mairead Corrigan u.a.. Sie bringen im August 1976 ca. 10.000 Mütter und Nicht-Mütter auf die Straße, um gegen die Gewalt des irisch-republikanischen Widerstandes zu demonstrieren; nach der Verleihung des Friedensnobelpreises 1977 zerwirft sich die Gruppe wegen des Geldes, das mit dem Preis verbunden ist.

## 69. Assen/Holland

Vom 23. Mai bis 11. Juni 1977 kommt es zu einer Geiselnahme im Zug Groningen-Assen. Nach der Stürmung des Zuges sind zwei Geiseln und sechs Entführer tot. Am 10. September 1977 stürmen 1.400 Polizisten und Soldaten unter Einsatz von Schußwaffen die Viertel der molukkischen Bevölkerung in Assen und Bovens-Smilde. Hintergrund ist die seit 1975 (erste Zuentführung in Beilen) zunehmend militant vorgetragene Forderung nach molukkischer Unabhängigkeit auf den von Indonesien seit 1951 besetzten Inseln (Ambonesien). Holland als ehemalige Kolonialmacht nahm mehrere zehntausend Menschen der molukkischen Bevölkerung, die in der Kolonialverwaltung

eingesetzt waren, auf.

0 Einar Schlereth: Indonesien. Die Menschen, das Land, die Kultur und was die holländischen Räuber daraus gemacht haben. Berlin: Wagenbach Verlag, 1975

70. George Jackson

ß Anmerkung 23 zu Kapitel 3

71. Pflasterstein

Militante Zeitschrift aus dem Rhein-Main-Gebiet.

72. Schweine

Pig; eingedeutschter Begriff; Übernahme aus den USA, in Anlehnung an den Sprachgebrauch des schwarzen Ghetto widerstands.

73. Gramsci, Antonio

1891-1937; Mitbegründer der kommunistischen Partei Italien (PCI), wichtiger Theoretiker.

0 Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Hamburg: Argument Verlag, 1991 ff.

74. Krabbe, Hanna

\* 1946; SPK, Anti-Folter Komitee; taucht wegen eines 129a Verfahrens unter; bei der Teilnahme an der Besetzung der Stockholmer Botschaft schwer verletzt, verhaftet am 26.4.75; wird am 20.7.77 zu zweimal lebenslänglich verurteilt; in Lübeck in Haft.

0 Brief von Ulrike Meinhof an Hanna Krabbe vom März 1976, in: Aussage von Irmgard Möller am 22.5.1985 in Stammheim. o.O.: Kopienensammlung o.J.

75. Italien

Meint die Autonomia; linksradikale stadtteilorientierte italienische Bewegung in den 70er Jahren.

0 Nani Ballestrini: Wir wollen alles .... München: Trikont Verlag, 1971

0 Berto Bernini u.a.: Indianer und P38. Italien-Ein neues 68 mit anderen Waffen. München: Trikont Verlag, 1978

76. Sperber, Manes

1905-1984; Schriftsteller; 1975 Büchner-Preis; 1983 Friedenspreis des deutschen Buchhandels.

0 Manes Sperber: Wie eine Träne im Ozean. Wien: Europa Verlag, 1976

77. Gründler, Hartmut

Ein Tübinger Lehrer, der sich aus Protest gegen die Atomindustrie und gegen die sozialdemokratische Atompolitik in Hamburg während eines SPD-Parteitags selbst verbrannte.

78. 0 Hans-Joachim Müller-Borchert Guerilla im Industriestaat.

Ziele, Ansatzpunkte und Erfolgsaussichten. Hamburg Hoffmann und Campe Verlag, 1973

79. 0 Alex Schubert Stadtguerilla.

Tupamaros in Uruguay Rote Armee Fraktion in der BRD.

Berlin: Wagenbach Verlag, 1971

80. Biermann, Wolf

\* 1936; DDR-Regimekritiker, 1976 ausgebürgert.

81. Begriff vom antiimperialistischen Kampf

Siehe hierzu auch

0 Internationaler Vietnam-Kongreß 17./18. Februar 1968. Hrsg.: SDS Westberlin und Internationales Nachrichten und Forschungsinstitut. Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation, 1987 (Neuaufgabe)

82. Ho Chi Minh

1890-1969; nimmt 1923 am Gründungskongreß der KP Frankreich teil; zeitweilig Funktionär der Komintern; Mitbegründer der KP Indochinas 1930; maßgeblich bei der 1944 gegründeten Vietmin (Volksfront); ab 1956 Generalsekretär der vietnamesischen Arbeiterpartei; Staatspräsident der Demokratischen Republik Vietnam; Symbolfigur für den vietnamesischen Befreiungskrieg.

83. Hundert Blumen blühten

Das Bild bezieht sich auf die 1956/57 von der KP-Chinas initiierte Liberalisierungskampagne. Mao Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen wetteifern.

84. Vietcong

ß Anmerkung 51 zu Kapitel 3

85. Fedayin

(Freiheitskämpfer); Oberbegriff für bewaffnete KämpferInnen; zunächst auf Palästina bezogen, später auch auf den Iran (Volksfedayin).

86. Tupamaros

ß Anmerkung 45 zu Kapitel 2

87. Black Panther

Eigentlich Black Panther Party; im Oktober 1966 in Oakland (USA) maßgeblich von Huey Newton und Bobby Seale gegründet; verstand sich zunächst als Selbstverteidigungsgruppe gegen organisierte Gewalt, begriff die rassistische Unterdrückung als Strukturmerkmal des Kapitalismus; entwickelte sich aus der schwarzen Bürgerrechtsbewegung; militante Basisorganisation der afroamerikanischen Communities und gleichzeitig ihr Motor bei Bildungs- und Gesundheitsprogrammen.

Die Black Panther waren wesentlich an den Ghetto-Aufständen 1967/68 beteiligt; neben Mao Tse-tung beeinflussten Malcom X und Frantz Fanon die Organisation. Die Black Panther wurden als Staatsfeind Nr. 1 verfolgt (wie z.B. Bobby Seale, Chicago 8 Prozesse-), erschossen (wie z.B. Fred Hampton) und außer Landes gejagt (wie z.B. Eldridge Cleaver). Das diesem Vorgehen zugrundeliegende FBI-Konzept (Cointelpro) wird 1971 von der US-Administration zugegeben; als Organisation zerschlagen gehen Teile der Black Panther in den Communities auf.

0 Eldridge Cleaver: Seele auf Eis. München: Hanser Verlag, 1969

0 Eldridge Cleaver: Zur Klassenkampfanalyse der Black Panther Party. Erziehung und Revolution. Frankfurt/Main.: Roter Stern, 1970

0 C. Schuhler: Black Panther. Zur Konsolidierung des Klassenkampfes in den USA. München: Trikont, 1968

0 Black Power: Die Ursachen des Guerillakampfes in den Vereinigten Staaten. Zwei Analysen. Berlin: Voltaire Verlag, 1967

0 Assata Shakur: Assata. Eine Autobiographie von Assata Shakur. Bremen: Agipa Press, 1990

88. 200-Jahr-Feier

1976

89. Malatesta, Ericco

1853-1932; italienischer Anarchist und Theoretiker.

0 Ericco Malatesta: Gesammelte Werke. Berlin: Karin Kramer Verlag, 1977

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---



# Kapitel 6

## 1. Ulrike

*Ulrike Meinhof; Zitat in*

0 Konkret Nr.5/1968; kurz nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11.4.1968.

## 2. Illuminatus

0 Robert Shea/Robert Wilson Illuminatus. Reinbek

Rowohlt Verlag, 1980ff

## 3. Schmidt

ß Anmerkung 77 zu Kapitel 2.

## 4. Bremen

Militante Demonstration anlässlich einer Bundeswehr-Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980.

## 5. Horst Mahler

ß Anmerkung 14 zu Kapitel 2

## 6. Rückkehr...

Gemeint ist damit die mit der Buchpublikation Rückkehr in die Menschlichkeit- vollzogene Abrechnung H.-J. Kleins mit der Stadtguerilla.

## 7. Westberlin und Frankfurt

Gemeint ist die taz in Westberlin und der Pflasterstrand sowie der ID Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten in Frankfurt/M..

## 8. Maos Thesen

0 Mao Tse-tung Gegen den Liberalismus. Gesammelte Werke Band 5. Peking

Verlag für deutschsprachige Literatur, 196

## 9. Marx, Karl

1818-1883; Philosoph und Politiker.

## 10. Sartre

ß Anmerkung 39 zu Kapitel 3.

## 11. Marcuse, Herbert

1898-1979; Soziologe und Philosoph.

0 Herbert Marcuse: Der Eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Darmstadt: Luchterhand Verlag, 1967

0 ders.: Das Ende der Utopie. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967. Frankfurt/M.: Verlag Neue

## Kritik, 1980

### 12. Dutschke, Rudi

ß Anmerkung 49 zu Kapitel 2

### 13. Pohrt, Wolfgang

\* 1945; Soziologe und Publizist.

0 Wolfgang Pohrt: Ausverkauft. Von der Endlösung zu ihrer Alternative. Berlin: Rotbuch Verlag, 1980

### 14. Geschäftsführer

Karl-Heinz Roth veröffentlichte 1979 den vieldiskutierten Text

0 Die neuen Geschäftsführer der Alternativbewegung, in: Klaut sie! (Selbst-)Kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla. Tübingen: IVA-Verlag, 1979

### 15. Rodewald

Linker Lehrer, bei dem Ulrike Meinhof und Gerhard Müller in Hannover Unterschlupf fanden; denunzierte sie bei der Polizei. Beide wurden daraufhin am 15.6.72 festgenommen.

### 16. Holger Meins

ß Anmerkung 9 zu Kapitel 2

### 17 Drenkmann, Günter von

ß Anmerkung 56 zu Kapitel 2

### 18. Frankfurter Spontiscene

Nach dem Tod von Ulrike Meinhof finden am 10.5.76 militante Demonstrationen, u.a. mit Molotow-Cocktails, statt; Unter dem Vorwurf des Mordversuchs an einem Polizisten finden in den Tagen danach Hausdurchsuchungen und die Festnahme von Gerhard S. statt. Durch massive Proteste (6000 Demonstranten solidarisieren sich) muß er Tage später freigelassen werden.

Siehe dazu das Interview Frankfurter Häuserkämpfe in:

0 Wildcat, Nr. 38/Frühjahr 1986 & Nr. 40/November 1986

### 19. Joschka Fischer

Rede

0 Frankfurter Spontis: Uns treibt der Hunger nach Liebe, Zärtlichkeit und Freiheit..., in: Links, Nr. 85, Sozialistische Zeitung, Offenbach, Februar 1977

### 20. Langer Marsch

Die Berliner Zeitschrift Der lange Marsch Zeitung für eine neue Linke-; bezogen wird sich hier auf die Ausgaben des Jahres 1977.

### 21. Gauche Proletarienne

Anarcho-maoistische Gruppe in Frankreich, die nach dem Mai 68 entstand. Ein wichtiger Interventionspunkt der Maos lag in den Fabriken (z.B. Renault), wo sie mit ihren Kampagnen gegen die kleinen Chefs (Meister etc.) auf starke Resonanz stießen. Theoretische Bezugspunkte waren u.a. Foucault und Glucksmann. Nach ihrer Auflösung Anfang der siebziger Jahre gründeten Mitglieder dieser Gruppe, u.a. mit Jean-Paul Sartre, die linke Tageszeitung Libération

0 Gauche Proletarienne: Bewaffneter Kampf und Massenlinie. Beiträge der Gauche Proletarienne zur Vorbereitung des bewaffneten Kampfes. München: Trikont Verlag, 1972

0 Gauche Proletarienne: Volkskrieg in Frankreich? Strategie und Taktik der proletarischen Linken. Berlin: Wagenbach Verlag, 1973

## 22. Black Panther Party

ß Anmerkung 87 zu Kapitel 5

## 23. Tupamaros

ß Anmerkung 45 zu Kapitel 2

## 24. IRA

Irish Republikanische Armee; zunächst als Selbstverteidigungsorganisation Ende der 60er Jahre in den katholischen Ghettos von Belfast und Derry wieder aktiviert.

0 Nationale Unabhängigkeit und Sozialismus. Die Ziele der Official Sinn Fein und I.R.A.. Aufsätze und Reden. Hrsg.: Irland-Komitee Gießen, 1974

0 Irland-Info. Oberursel, 1972ff. Herausgeber: Westdeutsches Irland Solidaritäts Komitee (WISK)

0 Diedrich Schulze-Marmeling, Ralf Sotscheck: Der lange Krieg. Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 1989

## 25. ETA

ß Anmerkung 33 zu Kapitel 3

## 26. Schwarzer September

Die palästinensische Organisation Schwarzer September gründete sich im Herbst 1971 als eine lose Vereinigung von Feddayin aus verschiedenen palästinensischen Organisationen. Der Name bezieht sich auf das Massaker des jordanischen Militärs an palästinensischen Flüchtlingen im September 1970. Ihre erste Aktion richtete sich gegen den Hauptverantwortlichen dieses Militäreinsatzes Wasfi Tall (jordanischer Ministerpräsident). Weitere Aktionen (u.a. Flugzeugentführungen, Geiselnahme israelischer Sportler während der Olympiade 1972) sollten auf die Situation der PalästinenserInnen aufmerksam machen bzw. zielten auf Gefangenenbefreiungen. Die PLO distanzierte sich offiziell von den Aktionen des Schwarzen September-.

0 Schwarzer September. Dokumente, Kommuniqués. Frankfurt/M.: Verlag Roter Stern, 1973

## 27. Georg-von-Rauch-Haus

Nach dem am 4.12.71 bei einer Fahndung erschossenen Georg von Rauch benanntes Zentrum in Berlin-Kreuzberg

0 Georg-Rauch-Haus: Kämpfen-Leben-Lernen. Berlin: Selbstverlag, 1972

28. Herold, Horst

ß Anmerkung 2 zu Kapitel 3

29. Kitson

ß Anmerkung 19 zu Kapitel 3

30. Freilassung am 5.3.1975

31. Jugendbewegung

Meint die 1980 in vielen Städten entstandene HausbesetzerInnenbewegung.

32. Dutschke, Rudi

ß Anmerkung 49 Kapitel 2

33. Carmichael, Stockley

Mitglied (Verteidigungsminister) der Black Panther Party.

0 Black Power. Dokumentation. Mit einem Nachwort von Rudi Dutschke. Berlin: Oberbaumpresse, 1967

34. gesprochen

Siehe den Beitrag

0 Black Power von Carmichael auf dem Kongreß Dialektik der Befreiung (London 1967); abgedruckt in: Kursbuch 16/März 1969. Kulturrevolution Dialektik der Befreiung. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1969

35. Alice im Wunderland

Carroll, Lewis (d.i. Charles Ludwig Dodgson). 1832-1889; Schriftsteller.

Lewis Carroll: Alice im Wunderland, 1865

36. Claudia von Werlhof

Soziologin; veröffentlichte ab Ende der 70er Jahre Aufsätze zur Frauenarbeit und stellte die These auf, daß der weiße freie Lohnarbeiter oder Proletarier weltweit mehr und mehr verschwindet. Neben der unbezahlten Hausarbeit von Frauen in aller Welt stellen Subsistenzbauern und -bäuerinnen sowie Menschen in ungesicherten Arbeitsverhältnissen die überwiegende Mehrheit der Produzierenden.

0 Claudia von Werlhof: Frauenarbeit. Der blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie. Bielefeld: 1978

0 Claudia von Werlhof/Maria Mies/Veronika Bennholdt-Thomsen: Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1983 (Neuaufgabe: Rotpunkt-Verlag, Zürich, 1992)

37. Zaire

ß Anmerkung 17 zu Kapitel 8

### 38. Militärputsch

Der Militärputsch in der Türkei fand am 12. September 1980 statt.

0 Reiner Werle: Modell Türkei. Ein Land wird kaputtsaniert. Hamburg: Junius Verlag, 1984

### 39 OPEC

entfällt

### 40. Grüne Revolution

Grüne Revolution ist ein Entwicklungsmodell der 60er Jahre, das die Länder der drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika an den kapitalistischen Weltmarkt ankoppeln sollte. Ausgangspunkt war die sogenannte Entkolonialisierung bzw. der antikoloniale Befreiungskampf sowie die Konkurrenz mit der Sowjetunion (und China) um politische Einflußsphären. Im Mittelpunkt stand der Aufbau monokultureller Agrarstrukturen. Einhergehend mit der Zerstörung der Subsistenzwirtschaft wurden die BewohnerInnen des Landes zwangsweise in die Städte vertrieben. Hier bildeten sie eine Reservearmee für ein relativ kleines Industrieproletariat, während sie gleichzeitig im sogenannten informellen Sektor ihr Überleben organisieren. Sowohl die metropolitanen Kämpfe Ende der 60er Jahre als auch das Ausmaß der Landflucht, die die Großstädte der drei Kontinente in Unruheherde verwandelten, führten zu einem Strategiewechsel für die 70er Jahre.

0 Autonomie Neue Folge, Nr. 10: Antiimperialismus in den 80er Jahren. Hamburg: Selbstverlag, 1982. Verlag Schwarze Risse/Rote Strasse, 1987 (Neuaufgabe)

0 Materialien gegen Bevölkerungspolitik. Hamburg: Selbstverlag, 1989

### 41. Nicaragua

Meint die von vielen Solidaritätsgruppen erwartete unmittelbare Verwirklichung revolutionärer Utopien in Nicaragua, ohne den schwierigen Transformationsprozeß zu berücksichtigen; siehe z.B. die Debatte um die Übernahme der Außenschulden durch die FSLN und die Behandlung der indigenen Bevölkerung durch die Sandinisten.

0 Infobüro Nicaragua (Hg.): Aufbruch in neue Abhängigkeiten. Zwei Jahre sandinistische Wirtschaftspolitik. Wuppertal: Edition Nahua, 1982

0 Werner Balsen, Karl Rössel (Hg.): Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln: Kölner Volksblatt Verlag, 1986

### 42. Kampagne gegen Beschneidung

Ende der 70er Jahre begann in der westeuropäischen Frauenbewegung eine Kampagne gegen die Beschneidung arabischer und afrikanischer Frauen. Dies führte zu heftigen Kontroversen, da die Afrikanerinnen und Araberinnen den Europäerinnen einen eurozentristischen Blick vorwarfen. Sie bestanden darauf, die Schwerpunkte ihrer Politik selbst zu bestimmen und stellten fest, daß die Kampagne der westeuropäischen Frauen eine Unterentwicklung der Frauen der dritten Welt impliziert.

0 Bauer u.a. (Hg.): Materialien zur Unterstützung von Aktionsgruppen gegen Klitorisbeschneidung. München: Frauenoffensive, 1978

### 43. Dahrendorf, Ralf

\* 1929; FDP-Politiker

#### 44. Afghanistan

Sowjetischer Einmarsch in Afghanistan am 26.12.1979.

#### 45. Olympia-Boycott

Die BRD-Mannschaft boykottierte 1980 die Olympischen Spiele in Moskau

#### 46. Bremen

ß Anmerkung 4 zu Kapitel 6

#### 47. Iran/Irak

Am 20.9.1980 greift der Irak den Iran an. Der Iran antwortet mit dem Heiligen Krieg. Bis zum Ende des Krieges 1989 sterben Millionen von Menschen in beiden Ländern.

0 Autonomie Neue Folge, Nr. 6: Revolution am Golf? Krieg Iran-Irak. Hamburg: Selbstverlag, 1980

0 Omol Bani: Fatimah statt Farah. Erfahrungen einer Frau in der iranischen Revolution. Tübingen: iva-Verlag, 1980

0 Bahman Nirumand: Hinter den Gittern verdorren die Blumen. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1985

#### 48. Baum, Gerhart

\* 1932; FDP-Politiker, damaliger Innenminister.

0 Der Minister und der Terrorist. Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler. Hrsg.: A. Jeschke/W. Malanowski. Reinbek: Rowohlt, 1980

#### 49. Tandler, Gerold

\* 1936; CSU-Politiker, bayerischer Innenminister von 1978-1982.

#### 50. Klar, Christian

\* 1952; Student der Geschichte und Politologie; 1974 Teilnahme an der Besetzung des ai-Büros in Hamburg; Anti-Folter-Komitee; RAF-Mitglied; am 12.11.82 in Hamburg verhaftet; am 2.4.85 in Stuttgart-Stammheim zu dreimal lebenslänglich verurteilt; in Stuttgart-Stammheim in Haft.

#### 51. Schulz, Adelheid

\* 1955; 1974 Teilnahme an der Besetzung des ai-Büros zur Durchsetzung besserer Haftbedingungen; RAF-Mitglied; am 11.11.82 in Heusenstamm verhaftet; zu lebenslanger Haft verurteilt;

#### 52. Sicherheitsorgane

Christian Klar und Adelheid Schulz wurden vom Verfassungsschutz bei einem angeblichen Befreiungsversuch von Gefangenen observiert aber nicht festgenommen.

#### 53. Hoffmann-Gruppe

Beim Bombenanschlag auf das Münchener Oktoberfest am 26. September 1980 werden 13 Menschen getötet und 213 verletzt. Auch der mutmaßliche Attentäter, der rechtsextremistische 21jährige Geologiestudent Gundolf Köhler kommt dabei ums Leben. Köhler hatte nachweislich Kontakt zur

neofaschistischen Wehrsportgruppe Hoffmann. Hoffmann wurde u.a. wegen Beteiligung an dem Mord des jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin (1981) angeklagt (1984) und zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt (1986). Im Fall Köhler blieben die Ermittlungsbehörden aber bei ihrer These vom Einzeltäter.

0 Antifaschistische Aktionseinheit (Hg.): Hoffmann hinter Gitter! Auflösung der WSG! Nürnberg: Selbstverlag, 1977

54 PLO

Palestine Liberation Organisation; Palästinensische Befreiungsorganisation. Dachorganisation aller militärischer Gruppen; 1964 auf Betreiben Gamel A. Nassers gegründet; seit 1969 unter Führung von Yassir Arafat.

55. Pornographie

Am 12.9.1980 wird in der tageszeitung (taz) ein Artikel von Gernot Gailer abgedruckt Eine Traumfrau zieht sich aus.

56 Blatt

Linke Münchener Stadtzeitung (1973-1984), die die Ehre- hatte, die meisten aller Verfahren in der alternativen Stadtzeitungsszene bekommen zu haben.

57. Peter Schult

1929-1988; Mitarbeiter der Roten Hilfe München; maßgeblich beteiligt am Entwurf der Magna Carta für Inhaftierte; schrieb in der Münchener Stadtzeitung Blatt; wegen Vorwurfs der Pädophilie zu fünf Jahren Haft verurteilt; wegen Krankheit im März 1984 entlassen; einen Monat später stirbt er.

0 Peter Schult: Besuche in Sackgassen. Aufzeichnungen eines homosexuellen Anarchisten. München: Trikont Verlag, 1978

0 Die Aktion Nr. 26/27 (1984). Nekrolog für einen Freund. Sondernummer Peter Schult. Hamburg: Edition Nautilus, 1984

58. 0 Autonomie Neue Folge

Nr. 3 Die zweite Zerstörung Deutschlands. Hamburg

Selbstverlag, 1980

59. Zitty

Berliner Stadtilustrierte, Berlin 1977 ff.

60. Netzwerk

Parteiunabhängige, von Spenden abhängige Einrichtung; Zielsetzung ist, diese Gelder zu verteilen und Projekte/Initiativen finanziell zu unterstützen; ursprünglich geplant als Organisation zur Unterstützung politisch Verfolgter (Gegen Duckmäsertum und Radikalenerlaß).

61 Wallmann, Walter

\* 1932; CDU; 1987-1991 Ministerpräsident von Hessen und Oberbürgermeister von Frankfurt/Main 1977-1986.62. Mohnhaupt, Brigitte

1949; Philosophiestudentin; seit 1971 RAF; erstmals verhaftet am 9.6.72 in Berlin; verurteilt zu 4 Jahren und 6 Monaten; erneute Verhaftung am 11.11.82 in Heusenstamm; zu lebenslanger Haft verurteilt.

0 Dokumentation zum Verfahren gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar vor dem OLG Stuttgart. Einstellungsantrag der Verteidigung vom 13.12.1984. Freiburg: Selbstverlag, 1985

### 63. Roos, Helga

Sie wird am 16.10.81 unter dem Verdacht verhaftet, an dem Anschlag auf US-General Kroesen beteiligt gewesen zu sein; zu vier Jahren und neun Monaten Haft verurteilt; sie lebte legal und verstand sich als Gefangene aus dem Widerstand.

0 Tatsachen und Hintergründe zu den Verhaftungen und Prozessen gegen Karl Grosser, Jürgen Schneider und Helga Roos Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand. o.O.: Selbstverlag, o.J.

### 64. Türkei-Konsulat

Besetzung des Kölner Türkei-Konsulats im November 1982

### 65. Eichmann-Mentalität

Adolf Eichmann sagte 1961 bei dem Prozess in Israel (wo er für seine Verbrechen gegen das jüdische Volk und gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt wurde), daß er nur Teil des Apparates gewesen sei, nur Befehle ausgeführt und deshalb keine Verantwortung und Schuld zu tragen hätte.

\* Harry Mulisch: Strafsache 40/61. Eine Reportage über den Eichmannprozeß, Berlin: Edition Tiamat, 1987

### 66. Viehmann, Klaus

Buchhändler; am 5.6.78 in Berlin verhaftet und wegen Mitgliedschaft in der Bewegung 2. Juni und u.a. Entführung zu 15 Jahren Haft verurteilt.

0 Schlußwort von Klaus Viehmann, in: Der Blues. Gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni. o.O.: Selbstverlag, 1982

0 Klaus Viehmann: ... zu mehr in der Lage; in: PIZZA (Hg.): Odranoel. Die Linke zwischen den Welten. Hamburg: Libertäre Assoziation, 1992

### 67. Massaker von Morazan

0 John Mc Lean Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Stuttgart

Schmetterling Verlag, 1987

### 68. Zirndorf

Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf bei Nürnberg. Anfangs war dieses Amt die zentrale Behörde für die Anerkennung als Asylberechtigte/r (vorgerichtliche Instanz), mittlerweile gibt es in allen Bundesländern Außenstellen.

### 69. Zimmermann, Friedrich

\* 1925; CSU; 1982-1987 Bundesinnenminister.



## 70. Cemal Altun

Während des dritten Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht Berlin über seinen Asylantrag stürzte sich Cemal Altun am 30.11.1983 in den Tod. Altun saß bereits 13 Monate in deutscher Haft; die türkischen Militärbehörden verlangten seine Auslieferung wegen angeblicher Beteiligung an einem Mord.

0 Augeliefert. Cemal Altun und andere. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1984

## 71. Verbot Dev Sol / Halk Der

Nach der Besetzung des türkischen Konsulats in Köln im November 1983 durch Mitglieder von Devrimci Sol (Revolutionäre Linke), um Öffentlichkeit über die politische Situation in der Türkei herzustellen, wird die Organisation Devrimci Sol in der BRD ebenso wie ihr Kulturverein Halk Der (Verein des Volkes) verboten.

## 72. Fluchhilfe/Vietnamkrieg

0 Widerstand in der US-Armee. GI-Bewegung in den siebziger Jahren. Berlin Harald Kater Verlag, 1986

0 Max Watts: US-Army Europe. Von der Desertation zum Widerstand in der Kaserne oder wie die U-Bahn zur RITA fuhr. Berlin: Harald Kater Verlag, 1989

## 73. Junktim

Im Sinne einer vertraglichen Vereinigung.

## 74. 0 Henning von Vieregge

Parteistiftungen. Zur Rolle der Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich- Naumann- und Hanns-Seidel-Stiftung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden Nomos Verlag, 1977

## 75. FDN

Von den USA unterstützte und gegen die sandinistische Regierung kämpfende rechte Guerillaorganisation.

0 Gaby Gottwald u.a.: Die Contra Connection. Die internationalen Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfer. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1988

## 76. 0 Handbuch der Außenpolitik.

München Piper Verlag, 1975

## 77. Deutsche Arbeitsfront

Nach der Auflösung der deutschen Gewerkschaften am 10.5.1933 im Zuge der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik gegründet; wichtiges Instrument der NS-Wirtschafts- und Sozialpolitik.

0 Timothy W. Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1975

## 78. Adorno, Theodor W.

## Philosoph

0 Kleine Schriften zur Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp 1971

0 Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt: Suhrkamp 1973

79. Eugenik

Erbgesundheitsforschung und Praxis zur Verhinderung der Verbreitung von Erbkrankheiten.

0 Literatur zum Thema im Literaturanhang

80. SDI

Strategische Verteidigungs-Initiative

81. Weltwirtschaftsgipfel

# **Der Weltwirtschaftsgipfel fand im Juni 1985 in Bonn statt. Titelkapitel 7**

1. Wyhl

ß Anmerkung 29 zu Kapitel 2

2. Brokdorf

30.10.76 erste Anti-AKW-Demonstration mit ca. 8000 Menschen und anschließender Platzbesetzung

14.11.76: Großdemonstration mit 40.000 TeilnehmerInnen

19.2.77: zwei Anti-AKW-Demonstrationen in Itzehoe und der Wilster Marsch mit rund 30.000 TeilnehmerInnen

3. Grohnde

März 1977 Demonstration gegen das AKW-Grohnde mit ca. 20.000 Menschen

4. Albrecht, Ernst

\* 1930; CDU; damaliger Ministerpräsident von Niedersachsen.

5. Strauß, Franz-Josef

ß Anmerkung 78 zu Kapitel 2

6. fehlgeschlagene Intervention der USA

Meint die versuchte Geiselbefreiung in Teheran am 25.4.1980.

7. Mistaktion im Wendland

Gewaltfreie Aktion von Bauern.

8. Treck nach Hannover

Der Treck nach Hannover und die Großdemo mit über 100.000 Menschen fanden am 31.3.1979 unter dem Eindruck des Reaktorunfalls in Harrisburg/USA statt.

0 Günter Zint u.a.: Atomkraft. Von Brokdorf bis Bonn. Fischerhude: Atelier im Bauernhaus, 1979

9. Jusos

Jungsozialisten; Jugendorganisation der SPD.

10. Judos

Jungdemokraten; Jugendorganisation der FDP.

11. Dreieckland

Dreiländereck Bundesrepublik, Schweiz, Frankreich.

12. ID

Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Frankfurt, 1973-1981

13. Strobo

Stromzählungsboykott

14. Klein Buch

0 Hans-Joachim Klein Rückkehr in die Menschlichkeit. Reinbek

Rowohlt, 1979

15. Soweto

Am 16.6.1976 beginnt in Südafrika der mehrwöchige Aufstand schwarzer SchülerInnen gegen die Einführung von Afrikaans als Unterrichtssprache. Die Sicherheitskräfte eröffnen das Feuer gegen die DemonstanzInnen, mindestens 350 SchülerInnen kommen ums Leben, über 2.000 werden verletzt. Der Widerstand in Soweto wurde zum Symbol des Kampfes gegen das rassistische Apartheidsregime.

0 Erika Runge: Südafrika. Rassendiktatur zwischen Elend und Widerstand. Protokolle und Dokumente zur Apartheid. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1976

0 Julie Frederikse: Von Soweto nach Pretoria. Der Krieg um die Macht in Südafrika. Bonn: Edition südliches afrika, 1986

16. Bonner Demonstration

Am 14.10.1979.

17. Gruhl, Herbert

Sozialdarwinistischer Ökologe; Ende der 70er Jahre, Anfang der 80er Jahre fand Gruhl in der Ökologiebewegung und in den Grünen starke Resonanz, z.B. bei Olaf Diné von den Grünen in Bremen; heute ÖDP-Vorsitzender.

0 Über den Ökologischen Propheten Gruhl; in: Autonomie Neue Folge, Nr.4/5 1980

0 Ideologie und Programmatik der ÖDP. Menschenverachtend, frauenfeindlich, gegen Arbeiterinteressen. Beiträge zur Kritik des Ökologismus. Hrsg.: Antifagruppe Freiburg; Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Köln: GNN Verlag, 1989

18. Dutschke

ß Anmerkung 49 zu Kapitel 2

19. Regierungswechsel

Am 17.9.1982 zerfällt die SPD/FDP-Koalition durch ein konstruktives Mißtrauensvotum.

20. Riesenhuber, Heinz

\* 1935; CDU; ab 1982 Bundesminister für Forschung und Technologie.

21. Von Bülow, Andreas

1980-1982 SPD-Bundesminister für Forschung und Technologie.

22. Börner, Holger

SPD; damaliger Ministerpräsident von Hessen.

23. Vogel, Hans-Joachim

\* 1926; SPD; in den 60er Jahren Oberbürgermeister von München; Bundesjustizminister von 1974-1981; kurzzeitig Regierender Bürgermeister in Berlin (Januar bis Mai 1981).

24. Superphenix

Französischer Reaktor in Malville.

## Kapitel 8

1. Hepp-Gruppe

Die sogenannte Hepp-Gruppe verübte 1981 verschiedene Anschläge gegen Wohnsiedlungen der US-Armee in Frankfurt und Gießen. 1983 wurde in einer Wohnung ein Waffenlager ausgehoben; der Generalbundesanwalt erhob gegen fünf Bandenmitglieder Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.

2. Bologna

Anschlag auf den Hauptbahnhof am 2.8.1980 mit 83 Toten; der Anschlag kam aus dem Dreieck Faschisten, Geheimdienst, Loge P2.

0 siehe die Zeitschrift Arbeiterkampf, August 1980 ff.

3. Friedensbewegung und Nationalistische Positionen

0 Initiative Sozialistisches Forum Frieden je näher man hinschaut, desto fremder schaut es zurück. Zur Kritik einer deutschen Friedensbewegung. Freiburg

M-ga ira verlag, 1984

4. Kühnen, Michael

1956-1991; Bundeswehrleutnant; Gründer mehrerer neofaschistischer Organisationen, u.a. Chef der FAP; wird mehrfach wegen Volksverhetzung; Gewaltverherrlichung und Verbreitung von NS-Symbolen verurteilt.

#### 5. Hepp, Ottfried

\* 1958; Gründer mehrerer militanter neofaschistischer Gruppen; 1981 militärische Ausbildung im Libanon; an Anschlägen auf Privateinrichtungen von US-Armeeangehörigen beteiligt.

1985 in Paris festgenommen; 1987 wegen versuchten Mordes, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung von Rechtsextremen u.a. zu 10 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt.

#### 6. Falange

Christlich-faschistische Organisation im Libanon; führte unter Eli Hobeika das Massaker von Sabra und Shatila durch.

#### 7. Radikal/atom express

Gegen alle 1983 erschienenen Ausgaben der West-Berliner Zeitschrift Radikal wurden Ermittlungsverfahren, u.a. wegen des Abdrucks von RZ-Anschlagserklärungen, eingeleitet. Räume und Privatwohnungen von Redakteuren des 'atom-express' wurden wegen Abdrucks einer RZ-Erklärung zu Kalkar durchsucht.

0 ID-Archiv (Hg.): Schwarze Texte. Politische Zensur in der BRD 1968 bis heute. Berlin Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1989

#### 8. Hiroshima

Atombombenabwurf der US-Armee am 6. August 1945.

#### 9. Contergan

Ende der 50er Jahre/Anfang der 60er Jahre von Ärzten verordnetes Beruhigungsmittel für Schwangere; die Folge der Einnahme waren mißgebildete, contergangeschädigte Kinder.

#### 10. Seveso

Am 10.7.1976 tritt in Seveso/Italien das Gift Dioxin aus; erster großer europäischer Giftgasunfall, die Folge schwere Verseuchung von Mensch und Umwelt.

#### 11. Grundremmingen

In dem AKW Grundremmingen kamen am 19.11.1975 zwei Schlosser durch ausströmenden Dampf ums Leben.

#### 12. Nixon, Richard

ß Anmerkung 72 zu Kapitel 2

#### 13. Carter, Jimmy

\* 1924; Erdnußfarmer und Gouverneur aus Georgia; US-Präsident von 1977-1981

#### 14. Young, Andrew

\* 1932; Martin Luther King und Andrew Young waren beide Protagonisten der schwarzen

## US-Bürgerrechtsbewegung

### 15. Kubaner in Afrika

Kuba entsandte ab 1976 Militärberater, Soldaten und medizinisches Personal nach Angola, um der MPLA zur Regierungsgewalt zu verhelfen und die MPLA-Regierung gegenüber der FNLA/UNITA zu stabilisieren.

### 16. Trilaterale

ß Anmerkung 48 zu Kapitel 5

### 17. Zaire

Zaire war bis 1960 belgische Kolonie; einer der Führer der Befreiungsbewegung Mouvement National Congolais war Patric Lumumba (1925-1960). Er war Vertreter einer konsequent antikolonialen und antiimperialistischen Politik im Kongo und widersetzte sich tribalistischen und regionalistischen Bestrebungen. Nach der offiziellen Unabhängigkeit des Kongo am 30. Juni 1960 wurde er von der neuen pro-westlichen Regierung verhaftet und ermordet. Bis 1971 nannte sich der Staat Republik Kongo mit der Hauptstadt Kinshasa; danach Zaire; Einparteiensystem unter Staatspräsident Mobutu. Zaire stellte das Aufmarschgebiet für die angolische FNLA/UNITA, weswegen Angola zwei Invasionen/Putschversuche gegen Mobutu (1977 und Mai 1978) billigte. Französische und belgische Truppen schlugen, mit logistischer Hilfe durch die USA, den Aufstand blutig nieder.

0 Peter Ripken: Exkurs Zaire als neue Kolonie des internationalen Kapitals, in: Südliches Afrika. Geschichte, Befreiungskampf und politische Zukunft. Berlin: Wagenbach Verlag, 1978

### 18. Giscard d'Estaing, Valery

\* 1926; französischer Staatspräsident von 1974 bis 1981.

### 19. Il Manifesto

Linke italienische Tageszeitung.

0 il manifesto: Für eine organisierte politische Bewegung. Berlin: Merve Verlag, 1972

### 20. Pohle, Rolf

ß Anmerkung 22 zu Kapitel 5

### 20a. Libanon

Im Frühsommer 1982 marschiert die israelische Armee im Libanon ein. Anlaß war ein Attentat auf den israelischen Botschafter in London durch die palästinensische Gruppe um Abu Nidal. Die israelische Armee greift die palästinensischen Lager an, zusätzlich werden über diese Hungerblockaden verhängt. Nach dem erzwungenen Abzug der PLO aus Beirut und der Entwaffnung anderer linker Gruppierungen beginnt die Falange, mit militärischer Deckung Israels, in Sabra und Shatila am 18.9.1982 ein Massaker, das über 1200 Menschen das Leben kostet.

0 Die PLO nach Beirut Das Ende der libanesischen Epoche; in: Der Palästina-Konflikt und was wir damit zu tun haben. Freiburg: iz3w, 1983

### 21. Unidad Popular

Zusammenschluß mehrerer linker Parteien in Chile für die Präsidentschaftswahl im September 1970.

Ihr sozialistischer Kandidat, Salvador Allende, wird mit knapper Mehrheit zum Präsidenten gewählt.

ß Anmerkung 15 zu Kapitel 2

22. Engländer auf den Malvinen

Nach der Besetzung der Malvinas (Falkland-Inseln) durch Argentinien am 2.4.1982 entsendet Großbritannien sein Militär in einen Krieg, der bis zum 14.6.1982 dauert; ca. 1000 argentinische und britische Soldaten kostet die Rückeroberung der Malvinen das Leben.

23. Invasion in der CSSR

Am 21.8.1968 zerschlägt eine Invasionsarmee des Warschauer Pakts die Hoffnungen, die mit dem Prager Frühling weltweit auf einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz gesetzt werden.

0 Helmut Dahmer: Die sowjetische Intervention in der CSSR (1968), in: Redaktion diskus (Hg.): Küsse den Boden der Freiheit. diskus-Texte der Neuen Linken. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1992

0 R. Crusius, H. Kuehl, J. Skala, M. Wile: CSSR. Fünf Jahre Normalisierung. 21.8.1968/21.8.1973. Dokumentation. Mit Nachworten von R. Dutschke, J. Steffen. Hamburg: Verlag Assoziation, 1974

0 Osteuropa Info: Hamburg, 1975ff.

24. Invasion in Afghanistan

Am 26.12.1979 beginnt mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan (Brüderliche Hilfe) ein jahrelanger Abnutzungskrieg gegen die fundamentalistischen Muhjaheddin (bis 1989).

0 Bürgerinitiative Frieden aktiv sichern (Hg.): Sowjetunion in Afghanistan. Ein historischer, politischer und militärischer Überblick. Karlsruhe: Selbstverlag, 1986

25. BMfV Wörner

Damaliger Bundesminister für Verteidigung.

26. Pfingstblockaden

Gewaltfreie Aktion der Friedensbewegung 1984.

27. Rössner, Bernd

Beteiligt an der Hausbesetzung in der Hamburger Eckhoffstr.; Anti-Folter-Komitee; RAF; bei der Besetzung der Stockholmer Botschaft am 24.5.1976 schwer verletzt; zu zweimal lebenslänglich verurteilt; seine Entlassung wegen Haftunfähigkeit wird seit Jahren gefordert.

28. Sonntage

Von 1984-1987 fanden regelmäßig sonntägliche Demonstrationen am Baugelände der Startbahn-West statt.

Zur Geschichte des Widerstands gegen die Startbahn West siehe:

0 Autorenkollektiv (Hg.): Startbahn-West. Fotos und Interviews. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1982

0 ID-Archiv im IISG (Hg.): 2.11.87 .... Dokumentation zu den Schüssen an der Startbahn-West. Amsterdam: Stichting Beheer, 1988

## 29. Air-Land-Battle

NATO-Strategieplanung von 1981; Versuch, einen Krieg in Europa begrenzt und führbar zu machen. In einem erweiterten Gefechtsfeld wird die militärische Auseinandersetzung auf das feindliche Territorium verlagert. Mittels eines deep strike sollen die nachrückenden Truppen des Gegners angegriffen werden. Ein integriertes Gefechtsfeld ermöglicht die Kombination von konventionellen, chemischen und atomaren Waffen.

Das Ziel liegt in der Erlangung der militärischen Initiative. Das Konzept erfordert weitgehende Um- und Aufrüstung der NATO-Streitkräfte. Das Air-Land-Battle-Konzept ist mit der Dienstvorschrift FM 100/5 von 1982 für die US-Armee gültig. Air-Land-Battle 2000 ist die Weiterentwicklung für den Zeitraum von 1995 bis 2015. Die militärischen Aufgaben liegen in erster Linie im Trikont, d.h. Rohstoffsicherung und Einsatz von NATO-Streitkräften in diesen Regionen.

Dieses Konzept wurde 1982 vom Militärausschuß der NATO aufgrund europäischer Bedenken nicht akzeptiert.

## 30. Zimmermann, Friedrich

\* 1925; CSU; 1982-1987 Bundesminister des Inneren.

## 31. Gefangene

Vom 4.12.84 bis 3.2.85 fand der 9. Hungerstreik der politischen Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand statt.

## 32. Cabral, Amilcar

1924-1973; afrikanischer Theoretiker und Revolutionär; am 20. Januar 1973 durch Agenten der portugiesischen Kolonialmacht ermordet.

0 Amilcar Cabral: Die Theorie als Waffe. Schriften zur Befreiung in Afrika. Bremen: edition con, 1983

## 33. EMP

Elektro Magnetischer Impuls; entsteht bei Atomwaffeneinsatz.

## 34. Wehrtechnik

Militärtechnische Fachzeitschrift.

## 35. KGB

Sowjetischer Geheimdienst

# Kapitel 9

## 1. Draghan

Ursprünglicher Alternativstandort zu Wackersdorf in Niedersachsen.

## 2. Volksbegehren

Abgabe von ca. 300.000 Unterschriften am 14.11.1981; Ablehnung durch den hessischen Staatsgerichtshof im Juni 1982.



### 3. Karry

ß Anmerkung 25 zu Kapitel 1

### 4. Keynes, John Mayard

1883-1946;

### 5. München 2

1992 wird der Großflughafen Franz-Josef Strauß im Erdinger Moos eröffnet.

### 6. Schnelle Eingreiftruppe

Planung ab 1977; 1979/80 aufgestellt; Aufgabe ist es, in den Gebieten der sogenannten Dritten Welt (Schwerpunkt Persischer Golf) westliche Interessen zu sichern;. umfaßt 200.000 Militärs; in den USA stationiert.

0 500.000 gegen Reagan und NATO. Dokumentation 10.6.82. Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 1982

### 7. Mai 68

ß Anmerkung 22 zu Kapitel 2

### 8. Frankfurter Römer

Rathaus der Stadt Frankfurt am Main.

### 9. Börner

ß Anmerkung 22 zu Kapitel 7

### 10. Gries, Eckart

Damaliger Hessischer Innenminister

### 11. Dregger, Alfred

Damaliger CDU-Landesvorsitzender in Hessen

### 12. Hauff, Volker

\* 1940; SPD; 1972/1978 Parlamentarischer Staatssekretär; 1978/1980 Bundesminister für Forschung und Technologie; 1980-1982 Bundesminister für Verkehr.

### 13. Schubart, Alexander

Magistratsdirektor der Stadt Frankfurt; wegen Nötigung der Landesregierung und Aufruf zur Gewalt erhält er eine zweijährige Haftstrafe auf Bewährung. Er hatte auf eine Demonstration am 12.11.1981 hingewiesen.

0 Alexander Schubart (Hg.): Der starke Staat. Dokumente zum Prozeß. Hamburg: Buntbuch Verlag, 1983

### 14. Wallmann, Walter

ß Anmerkung 61 zu Kapitel 6

## 15. SDS

Sozialistischer deutscher Studentenbund; 1946 gegründet;

ursprünglich den Sozialdemokraten nahestehende studentische Organisation; treibende organisatorische Kraft bei den gesellschaftlichen Entwicklungen Ende der 60er Jahre; der SDS löste sich als Gesamtorganisation am 21.3.1971 auf. Das Innenministerium Baden-Württembergs verbot den Heidelberger SDS, der entgegen dem Auflösungsbeschluß weiter existierte, am 24.6.1970. Anlaß war eine militante Auseinandersetzung um die Teilnahme von McNamara (ehemaliger US-Verteidigungsminister und zu dieser Zeit Weltbank-Präsident) an einer Tagung in Heidelberg.

0 Tilmann Fichter, Siegwald Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zu seiner Selbstauflösung. Berlin: Rotbuch, 1977

## 16. Spanisches Konsulat 1975 im Sommer

Als Protest gegen die Hinrichtungen von fünf Anarchisten (u.a. Puig Antich) kam es in Frankfurt zu massiven Protestaktionen. Am 29. August 1975 wurden die Scheiben eines spanischen Reisebüros eingeworfen. Im Laufe des folgenden Wochenendes kam es zu Demonstrationen (10.000 TeilnehmerInnen); beim Fußballspiel Frankfurt gegen Mönchengladbach wurde auf den Rasen des Waldstadions in großen Lettern geschrieben Franco-Mörder. Am Montag danach wurde der spanische Stand auf der internationalen Automobilausstellung demoliert; am 5.9. griffen mehrere hundert Demonstranten das spanische Konsulat an.

Bei den weltweiten Protesten gab es in den Niederlanden Eisenbahnerstreiks und in Lissabon wurde das spanische Konsulat niedergebrannt.

0 Wildcat-Interview: Die militante Geschichte, Teil 2, in: Wildcat, Nr. 40, November 1986

## 17. Landshut

ß Anmerkung 5 zu Kapitel 1

## 18. Schwarzer Block 28.7.81

Nach der polizeilichen Erstürmung des besetzten Freiburger Schwarzwaldhofes (3.3.1981), der Räumung des Nürnberger Jugendzentrums Komm (5.3.1981), der Festnahme des Berliner Besetzerrates (April 1981) wird in Frankfurt das besetzte Freiland Indercity geräumt. Diese Vorgänge sind begleitet von nahezu Tausend Festnahmen, Hunderten Verletzten und Einleitung von Ermittlungsverfahren nach §129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung). In Frankfurt wird gegen einen Schwarzen Block ermittelt, aus dem heraus drei Beschuldigte einen Anschlag gegen eine US-Armee-Einrichtung verübt haben sollen.

0 Wir brauchen keinen Wetterhahn, um zu wissen, woher der Wind weht. Dokumentation zum Schwarzen Block. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1981

## 19. SA

Sturmabteilung; Massenorganisation der NSDAP.

## 20. Geissler, Christian

\* 1929; Schriftsteller.

0 Christian Geissler: Wird Zeit, daß wir leben. Berlin: Rotbuch, 1976

## 21. Vollautonom

Diskussionsorgan diverser autonomer Rhein/Main-Gruppen.

## 22. Bonn

Am 10.10.1981 demonstrierte die Friedensbewegung mit 300.000 Menschen gegen die Nachrüstung der NATO; in Neu-Ulm gab es Blockaden vor US-Raketeneinrichtungen.

## 23. Hungerstreik/Long Kesh

Bei dem Hungerstreik von Gefangenen aus der IRA und INLA (Irish National Liberation Army) starben 1981 zehn irische politische Gefangene, u.a. Bobby Sands.

0 Prisoners of War. Hungerstreik 1981 in den H-Blocks von Long-Kesh und Armagh. Berlin: Selbstverlag, 1982

## 24. Dellwo, Karl-Heinz

\* 1952; Festnahme bei der Räumung des besetzten Hauses in der Hamburger Eckhoffstraße 1973; Teilnahme an der Botschaftsbesetzung in Stockholm; am 20.7.1977 zu lebenslanger Haft verurteilt; z. Zt. in der JVA Celle.

## 25. Herlitz, Heinz

Verhaftet am 12.5.77 in einem Westberliner Wald in der Nähe eines Waffendepots; zu vier Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt.

## 26. Rebhuhn und Co.

Gemeint ist damit der damalige Generalbundesanwalt Kurt Rebmann und seine Behörde.

## 27. Spiegel

Wöchentliches Nachrichtenmagazin

## 28. Stingl

Damaliger Leiter der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit.

## 29. Genscher, Hans-Dietrich

ß Anmerkung 26 zu Kapitel 3

## 30. Buback-Nachruf

Im Mai 1977 erschien in einer Göttinger Studentenzeitung unter der Überschrift Buback ein Nachruf-ein Artikel zu dem Anschlag auf den damaligen Generalbundesanwalt. Obwohl der Beitrag eine klare Kritik an der Stadtguerilla übte, ohne die klammheimliche Freude über das Ableben Bubacks zu verhehlen, setzte die Staatsmacht in den folgenden Wochen intensiv ihren Repressionsapparat ein. Aus Solidarität mit den verfolgten Redakteuren, der Zeitschrift und dem AStA wurde daraufhin der Nachruf von vielen Alternativ-, Studenten- und Schülerzeitungen nachgedruckt. Auch gegen diese Publikationen kam es wieder zu einer Welle von Ermittlungsverfahren.

0 Wer sich nicht wehrt lebt verkehrt. Dokumentation der Auseinandersetzung um die Dokumentation: Buback-Ein Nachruf. Berlin: Selbstverlag, 1978

0 ID-Archiv im IISG (Hg.): Schwarze Texte. Politische Zensur in der BRD von 1968 bis heute. Analysen, Dokumente, Diskussionen. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1989

31. Gemmer

Frankfurter Polizeipräsident

32. NATO-Gipfel

Der NATO-Gipfel fand am 10. Juni 1982 in Bonn statt.

0 Bernd Weidmann u.a. (Hg.): 500.000 gegen Reagan und NATO. Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 1982

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Kapitel 10

## 1. Untergang des Abendlandes

abgeleitet von dem Kulturphilosophen Spengler. Siehe

0 Oswald Spengler: Untergang des Abendlandes (1918). München: dtv, 1972

## 2. Club of Rome

1972 gegründete Vereinigung von führenden Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aus den Industrieländern.

## 3. Bonner Kundgebung

Zum NATO-Gipfel am 10.6.82 fand in Bonn mit 300.000 Menschen die bisher größte Friedensdemonstration statt.

## 4. dümmlicher Westernheld

Meint den ehemaligen Schauspieler und damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan.

## 5. Weinberger, Caspar

\* 1917; US-Verteidigungsminister 1981-1985.

## 6. Blutspritzer

Bei einem Empfang der US-Kommandeure im Wiesbadener Schloß am 3. August 1983 bespritzte der Grünen-Abgeordnete Frank Schwalba-Hoth die Uniform eines Kommandeurs mit Blut.

0 Die Grünen im hessischen Landtag: Die Würde einer Uniform ist antastbar. Eine Dokumentation. Die Aktion der Landtags-Grünen beim Empfang der US-Kommandeure im Wiesbadener Schloß, 3. August 1983. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1983

## 7. Bremen und Hannover

Bei der militärischen Schau zum 25jährigen Jubiläum des Beitritts der Bundeswehr zur NATO am 6. Mai 1980 kommt es in Bremen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei.

Am 12. November 1980 kommt es in Hannover bei einer Rekrutenvereinigung ebenfalls zu größeren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf in der Hannoveraner Innenstadt Schäden in Millionenhöhe entstehen.

## 8. Die-In

Gewaltfreie Aktionsform.

## 9. pax americana

Meint ursprünglich ein one-world-Konzept, nach dem es Ziel der US-Politik sei, eigene Interessen weltweit durchzusetzen, um dem US-Kapital Zugriff auf alle Märkte zu gewährleisten; das Konzept spielte im Rahmen der Blockkonfrontation eine wichtige Rolle.

## 10. Haig, Alexander

\* 1924; 1974 Oberbefehlshaber der NATO und der amerikanischen Truppen in Europa; nach mißlungenem Attentat der RAF im Juni 1979 aus dem aktiven Militärdienst ausgeschieden; 1980-1982 US-Außenminister.

## 11. Libanon/Tschad

1982 war Frankreich an der Intervention und 1983 an den sogenannten Friedenstruppen im Libanon beteiligt.

Im Tschad griff Frankreich, das aufgrund seiner kolonialen Geschichte ein engmaschiges Netz von wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeiten in den francophonen Ländern errichtet hat, auf Seiten des Tschad direkt in die Kämpfe gegen Libyen ein. Frankreich hat über 10.000 Soldaten in Afrika stationiert und lieferte z.B. 98 % aller Waffen an den Tschad.

## 12. Malvinen

ß Anmerkung 22 zu Kapitel 8

## 13. Warschauer Pakt

1955 gegründetes Militärbündnis der realsozialistischen Staaten unter sowjetischer Führung. Nach außen Gegenstück zur NATO, nach innen repressive Funktion wie z.B. beim Einmarsch in die CSSR 1968. Aufgelöst 1991

0 Hans-Jürgen Schulz: Die sowjetische Militärmacht. Frankfurt/M.: ISP Verlag, 1985

## 14. Genf

Ort der Abrüstungsverhandlungen.

## 15. Rogers-Plan

Konzeption des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa General Rogers (1979-1987). Ziel ist die konventionelle Verstärkung der NATO. Im Mittelpunkt steht die Einführung des erweiterten Gefechtsfelds und die Konventionalisierung der Rüstung zur Erhöhung der Einsatzschwelle von Atomwaffen (ohne Verzicht auf deren Ersteinsatz). Ende 1982 wurde der Rogers-Plan offizielle NATO-Doktrin.

## 16. Air-Land-Battle

ß Anmerkung 29 zu Kapitel 8

## 17. Ölkrise

1973 im Gefolge des Yom-Kippur-Krieges zwischen Israel und Ägypten/Syrien erhöhten die OPEC-Staaten den Ölpreis bei gleichzeitiger Förderungssenkung. Unter Führung des reaktionärsten Flügels der OPEC (u.a. Saudi-Arabien) wurde das als antiimperialistische Handlung verkauft.

Die Ölkrise war in den Metropolen ein Hebel zur kapitalistischen Reorganisation, im Trikont der Auftakt zur Schuldenfalle. Eine erneute Ölkrise trat 1979 ein.

## 18. AKP

AKP-Staaten; 46 Staaten in Afrika, der Karibik und im Pazifik, die 1975 mit der EG das Lomé-I-Abkommen ratifizierten. Das Lomé-II-Abkommen erweitert 1980 die AKP-Mitgliedsstaaten auf 58 (davon 42 in Afrika). Es schreibt exportorientierte und monokulturelle Produktionsformen fest,

u.a. bei Agrarprodukten und mineralischen Rohstoffen.

## 19. Peronismus

Nach Juan Peron; argentinischer Präsident 1943-1955; Bezeichnung auch für die Regierungsphase von 1973 (Isabelle Peron) bis zur Militärdiktatur.

Merkmale: Nationalisierung; hohe Staatsausgaben; soziale Mobilisierung der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen.

Der Peronismus vereinigte aufgrund seiner diffusen Ideologie linke und extreme rechte Tendenzen.

## 20. freie Produktionszonen

Seit den 70er Jahren fast ausschließlich im Trikont eingerichtete Sonderwirtschaftszonen. Hier wird primär für den Weltmarkt produziert; für das transnationale Kapital herrscht völlige Zollfreiheit; freier Devisenverkehr, meist Steuerfreiheit.

Die ArbeiterInnen haben keine Organisationsrechte, sind frei verfügbar und werden unter schlechten Arbeitsbedingungen gering entlohnt.

## 21. die neuen Revolten

So in Brasilien ab Frühjahr 1983; Tunesien 1980-1984,

0 Autonomie Neue Folge, Nr. 10/1982: Antiimperialismus in den 80er Jahren. Hamburg: Selbstverlag, 1982 (Neuaufgabe 1987, Berlin: Verlag Schwarze Risse)

0 Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Nr. 2: Brasilien. Das Ende der Entwicklung. Berlin/Göttingen: Verlag Schwarze Risse/Rote Straße, 1988

0 Projekt Wüstensand: Die Brotrevolten in Nordafrika 1983/1988. Tunesien, Marokko, Ägypten, Algerien. Düsseldorf: Selbstverlag, 1989

## 22. Grenada

Die US-Intervention fand im Oktober 1983 statt.

0 Ludwig Laher: Always beautiful. Grenada Vorstellung eines Landes im Hinterhof der USA. Wien: Guthmann & Peterson, 1989

## 23. Verdammten dieser Erde nach

0 Frantz Fanon Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/M.

Suhrkamp Verlag, 1966

## 24. Stalin, Josef

1879-1953; ab 1922 Generalsekretär des ZK der KPDSU.

## 25. Chruschtschow, Nikita

1894-1971; Nachfolger Stalins; leitete die sogenannte Entstalinisierungskampagne (XX. Parteitag, 1956); 1964 als Partei- und Regierungschef gestürzt.

## 26. Breschnew, Leonid

ß Anmerkung 47 zu Kapitel 5

27. Andropow, Juri

1914-1984; Leiter des KGB von 1967-1982; 1982 ZK-Sekretär; Nachfolger Breschnews als Generalsekretär des ZK der KPDSU ab 12.11.1983; ab Juni 1983 auch Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UDSSR.

28. Haiphong

ß Anmerkung 39 zu Kapitel 2

29 Idi Amin

ß Anmerkung 4 zu Kapitel 1

30. Siad Barre

Diktator in Somalia. Nach einem Militärputsch 1969 übernahm Siad Barre die Macht in Somalia. 1969-1976 Vorsitzender des Revolutionsrates; ab 1976 Staatspräsident.

31. RGW-Staaten

Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; 1949-1991; Finanz- und Wirtschaftsorganisation der realsozialistischen Staaten unter Dominanz der Sowjetunion; einziges trikontinentales Mitglied war Kuba.

0 Sozialistisches Osteuropakomitee (Hg.) Beziehungen im BRW. Osteuropa-Info Nr. 60. Hamburg: Junius Verlag, 1985

32. militärische Intervention in Afghanistan

Am 26.12.1979 durch die Rote Armee.

33. Blockfreien

1955 gegründet; Bezeichnung für nicht paktgebundene Staaten hauptsächlich aus dem Trikont, aber auch VR China und Jugoslawien.

34. ANZUS-Pakt

Englische Abkürzung für Australia New Zealand United States; 1951 gegründeter Pazifikpakt; das Militärbündnis bricht Mitte der 80er Jahre auseinander.

0 iz3w, Südostasieninformationsstelle (Hg.): Die Militarisierung des Pazifik. Freiburg: iz3w, 1986

35. OAS

Organisation Amerikanischer Staaten; 1948 gegründet; politisch-militärische Dachorganisation der meisten amerikanischen Staaten (Kuba wurde 1962 ausgeschlossen); formale Gleichberechtigung bei den Mitgliedsstaaten, faktisch durch die USA dominiert.

36. Polen-Krise

Der Ausnahmezustand in Polen wurde im Dezember 1981 ausgerufen.

37. Churchill, Winston



1874-1965; britischer Konservativer; Premierminister 1940-1945.

### 38. Nahrungsmittelsektor

0 Pat Roy Mooney Saat Multis und Welthunger. Wie die Konzerne die Nahrungsschätze der Welt plündern. Reinbek

Rowohlt, 1981

0 Josef Collins: Vom Mythos des Hungers. Die Entlarvung einer Legende. Niemand muß hungern. Frankfurt/M.: Fischer, 1978

0 Susan George: Wie die anderen sterben. Die wahren Ursachen des Welthungers. Berlin: Rotbuch, 1980

### 39. Shell

Transnationaler Konzern mit Sitz in Den Haag/Niederlande und London; weltweit zweitgrößter Ölkonzern mit rund 500 Niederlassungen.

0 Shell-Worldwide. Anatomie eines Konzerns. Frankfurt/M.: medico international, 1991

0 ID-Archiv im IISG(Hg.): Shell raus aus Südafrika. Kill a Multi. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1990

### 40. Ciba-Geigy

Größtes Industrieunternehmen aus der Schweiz; transnationaler Konzern.

### 41. Petro-Dollar-Recycling

Die im Zusammenhang mit der Ölkrise entstandene Dollarschwemme ließ die OPEC-Staaten das Kapital auf den europäischen Finanz- und Kreditmärkten anlegen. Die darauf etablierten Finanzmärkte (Xenomärkte) bewegen sich außerhalb der Kontrolle der Notenbanken.

### 42. FIAT

Fabbrica Italiana Automobili Torino.

Größter italienischer Autokonzern; Kraftfahrzeug-Unternehmen und Holdings in zahlreichen ausländischen Firmen; besonders Fahrzeuge, Werkzeugmaschinen, Stahl, Bauwesen, Luftfahrt, Atomtechnik, Energiewirtschaft.

0 Autonomie Neue Folge Nr. 10: Fabrik und neue Klassenzusammensetzung. Das Beispiel Fiat. Hamburg: Selbstverlag, 1982

### 43. 0 Claudia von Werlhof/Maria Mies/Veronika Bennholdt-Thomson Frauen, die letzte Kolonie.

Zur Hausfrauisierung der Arbeit. Reinbek Rowohlt 1983

### 44. Gauche Proletarienne

ß Anmerkung 21 zu Kapitel 6

### 45. abgetakelter Schauspieler

Nochmals ist hier der US-Präsident Reagan gemeint

#### 46. der behäbige Pfälzer

BRD-Bundeskanzler Helmut Kohl

#### 47. Krefeld

Gegen den Besuch des damaligen US-Vizepräsidenten Bush demonstrieren in Krefeld im Juni 1983 rund 40.000 Friedensbewegte und rund 1.000 Autonome und Antiimperialisten. Dabei kommt es zu 138 Festnahmen und über 60 Verletzten.

0 Barbara Lukas u.a.: Krefeld 25.6.83. Dokumentation. Hamburg: Satz- und Verlagskooperative, 1983

0 Der Prozeß gegen die Krefelder Gefangenen ist ein Prozeß gegen den Widerstand. Köln: Selbstverlag, 1983

#### 48. Frauencamp Hunsrück 1983 und 1984

0 Frauenwiderstand im Hunsrück. Frauengeschichte(n) 1983-1985. Berlin Selbstverlag, 1985

#### 49. Wohlfahrtsstaat

Sozialdemokratisches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell; massive staatliche Intervention durch gezielte Erhöhung staatlicher Ausgaben wie z.B. Bildungs- und Sozialpolitik; die ArbeiterInnen sollen mit erhöhten Löhnen und einer entsprechend steigenden Nachfrage das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

#### 50. Agnoli, Johannes

\* 1925; Politikwissenschaftler an der FU Berlin

0 Johannes Agnoli: Überlegungen zum bürgerlichen Staat. Berlin 1975 0 Johannes Agnoli/Peter Brückner

Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik. Frankfurt/M. EVA Verlag, 1968, Neuauflage

Freiburg

M-Ga Ira Verlag, 1990)

#### 51. Bahro, Rudolf

\* 1935; ehemaliges SED-Mitglied und DDR-Oppositioneller; von 1977-1979 in der DDR in Haft, nach seiner Ausweisung 1979 zeitweiliger Protagonist der grünen Idee mit spiritueller Ausrichtung.

0 Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des realexistierenden Sozialismus. Reinbek: Rowohlt, 1977

0 Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten. Stuttgart: Thienemanns Verlag, 1987

#### 52. Jungk, Robert

\* 1913; 1933-1945 Emigration; heute Zukunftsforscher

0 Robert Jungk: Heller als tausend Sonnen (1956). München: Heyne Verlag, 1990

#### 53 Sperber, Manes

ß Anmerkung 76 zu Kapitel 5

54. Bastian, Gerd

Ehemaliger Bundeswehrgeneral; in den 80er Jahren Mitglied des Bundestages für die Grünen; im Oktober 1992 mit seiner Lebensgefährtin Petra Kelly erschossen in ihrem Bonner Haus gefunden.

55. Kelly, Petra

In den 80er Jahren grüne Bundestagsabgeordnete.

56. Diner, Dan

\* 1946; Historiker

0 Dan Diner: Israel in Palästina. Über Tausch und Gewalt im vorderen Orient. Frankfurt/M.: Athenäum Verlag

57. Revision von Jalta

Konferenz 1944 der Siegermächte mit Roosevelt, Churchill und Stalin in Jalta, auf der die Weichen für die Nachkriegsordnung gestellt wurden.

58. Alexanderplatz

Gemeint ist hier die unabhängige Friedensbewegung in der DDR.

0 Wolfgang Rüdtenklau: Störenfried. DDR-Opposition 1986/1989. Berlin: Basisdruck/Edition ID-Archiv, 1992

59. Solidarnosc

Polnische Gewerkschaftsbewegung.

60. Charta 77

Bürgerrechtsbewegung in der CSSR; gegründet u.a. von Vaclav Havel und dem ehemaligen ZK-Sekretär Zdenek MylnM-`r

61. Abschied vom Proletariat

Gorz, André

\* 1924; Philosoph und Publizist

0 André Gorz: Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus'. Frankfurt/M.: Athenäum, 1988

0 ders.: Wege ins Paradies. Thesen zur Krise. Automation und Zukunft der Arbeit. Berlin: Rotbuch Verlag, 1983

62. Brixton/Toxteth

0 10 Tage, die England erschütterten. Berlin/Stuttgart Rhizom/Commune, 1987

63. Kämpfe im Herzen der Bestie

Che Guevara sagte 1964 zu nordamerikanischen StudentInnen, die Kuba besuchten Ich beneide euch. Ihr Nordamerikaner könnt sehr glücklich sein. Ihr kämpft den wichtigsten Kampf von allen ihr lebt im

Herzen der Bestie.

# Kapitel 11

1. Revier

Linke Betriebszeitung für das Ruhrgebiet.

2. Stahlarbeiterstreik

0 Streikwinter. Der Stahlarbeiterstreik 1978/79. Duisburg Revier, 1979

3. Massenarbeiter

ß Anmerkung 46 zu Kapitel 2

4. Freie Produktionszone

ß Anmerkung 20 zu Kapitel 10

5. Bonner Wende

Ab September 1982 Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP.

6. Blüm, Norbert

\* 1935; CDU; ab 1982 Arbeits- und Gesundheitsminister.

7. Capital und Wirtschaftwoche

Zeitung/Zeitschrift für und über den Unternehmerstandpunkt.

8. Stern

Sozialliberale Wochenzeitschrift.

9. Negt

ß Anmerkung 51 zu Kapitel 2

10. Ära Noske

ß Anmerkung 3 zu Kapitel 5

11. Trilaterale Kommission

ß Anmerkung 48 zu Kapitel 5

12. Konrad

Demonstration gegen das geplante Atommüllendlager Schacht Konrad bei Salzgitter am 30.10.1982 mit 28 Festnahmen.

13. Thatcher, Margret

\* 1925; konservative britische Premierministerin 1979-1990.

# Kapitel 12

## 1. Besetzung Namibias

Ab 1920 Mandatsgebiet durch den Völkerbund; Anerkennung des Mandats durch die UNO 1966; Ende der Besetzung bis auf Walvis Bay nach den Wahlen vom 7.11.1989, aus der die SWAPO als stärkste Kraft hervorging.

## 2. Rückzug aus Südafrika

Aufgrund weltweiter Kampagnen von radikalen und kirchlichen Organisationen bis hin zur UNO kommt es zum Rückzug verschiedener Konzerne, wie z.B. Exxon; 1985 begannen in den USA Kampagnen gegen General Motors, Mobil Oil u.a.

## 3. Günter Saré

Am 28. September 1985 wird anlässlich einer Demonstration gegen eine NPD-Kundgebung in Frankfurt Günter Saré von einem Wasserwerfer überrollt und getötet.

0 Bunte Hilfe Frankfurt: Unterstützen Sie die Einsatzkräfte im Kreuzungsbereich.... Eine Dokumentation in Zusammenhang mit den Ereignissen nach dem Tod von Günter Saré in Frankfurt. Frankfurt: Selbstverlag, 1985

## 4. Burn, Baby, Burn

Nach dem Ghettoaufstand von Newark (New Jersey, USA) im Jahre 1967 wurde von Rap Brown (Führer der schwarzen StudentInnen-Organisation SNCC) diese Parole verkündet.

0 Burn Baby Burn. Die schwarze Revolte. Hrsg. v. Edward Reavis. Darmstadt: Melzer Verlag, 1968

## 5. afrokaribische Revolten in den englischen Slums

1985 u.a. Toxteth (Juli, August, September, Oktober); Brixton (September); Nottinghill (August)

0 Frank Düvell: England. Krise, Rassismus, Widerstand. Berlin/Göttingen: Verlag Schwarze Risse/Rote Straße, 1992

## 6. Demo-Pflichtübung in Bonn

Südafrika-Demo in Bonn 1985.

## 7. Brot für die Welt

Spendensammlung der Evangelischen Kirche.

## 8. Disinvestment

Kapitalabzug

## 9. Krüger-Rands

Südafrikanische Goldwährung

## 10. Dornier

Luft- und Raumfahrtkonzern

## 11. Nelson Mandela

Nach dem Massaker von Sharpville 1960 und dem Verbot von ANC und PAC wurde Mandela 1964 zu lebenslanger Haft verurteilt; am 16.2.1990 wurde er freigelassen.

0 Fatima Meer: Stimme der Hoffnung. Nelson Mandela. Bonn: J.H.W. Dietz Verlag, 1990

## 12. Pestizid

Unkrautvernichtungsmittel

## 13. Palästina

Beginn des Volksaufstandes (Intifada) im April 1987 im Gaza-Streifen, ab November 1987 in der Westbank.

0 Alexander Flores: Intifada. Aufstand der Palästinenser. Berlin: Rotbuch Verlag, 1988

0 Blätter des iz3w: Intifada. Der Aufstand. Freiburg: iz3w, 1988 (Nr.150)

0 KB, Straßenmedizin (Hg.): Zwei Jahre Intifada. Vorgeschichte, Verlauf und Perspektiven des palästinensischen Aufstands. Hamburg: Satz- und Verlagskooperative, 1989

## 14. Azania

Südafrika

## 15. Parlamentarischer Rat

Delegierte der westdeutschen Länderparlamente arbeiteten 1948 das Grundgesetz aus.

## 16. Volkszählung

Die Volkszählung fand im Jahre 1987 statt.

## 17. Ex-GSG-9ler

Angehörige der 1972 nach der Olympiade gegründeten Bundesgrenzschutz-Sondereinheit.

## 18. Lummer, Heinrich

CDU; ehemaliger Berliner Innensenator von 1981-1986.

## 19. Heydrich, Reinhard

1904-1942; Leiter des Reichssicherheitshauptamtes; zentrale Figur bei der sogenannten Endlösung, d.h. des Völkermordes an den Jüdinnen und Juden in Konzentrations- und Vernichtungslagern. Im Mai 1942 in Prag bei einem Attentat tödlich verletzt.

## 20. Augustastraße

Mehrere Männer setzen aus Protest gegen die Bedingungen im Berliner Gefängnis und gegen die bevorstehende Abschiebung ihre Zelle in Brand und kommen dabei ums Leben.

## 21. Potemkische Dörfer

Nach Fürst Potemkin (Potjomkin); Bezeichnung für von Potemkin rasch aufgebaute Dorfattappen, die Zarin Katharina II auf ihrer Krimreise 1787 über den wahren Zustand des Landes hinwegtäuschen

sollten. Heutzutage Blendwerk, leerer Schein.

## 22. DDR-Deal

Abschottung der DDR-Grenzen gegen Devisen ab 1987, insbesondere der Flughafen Berlin-Schönefeld; richtete sich hauptsächlich gegen tamilische Flüchtlinge.

## 23. furchtbarer Jurist

Läßt sich von der faschistischen Vergangenheit von Teilen der bundesdeutschen Justiz ableiten; ein bekanntes Beispiel ist der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Filbinger, der 1978 wegen seiner Funktion als Marinerichter im Nationalsozialismus zurücktreten mußte.

0 Ingo Müller: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz. München: Knauer Verlag, 1989

## 24. Peter Lorenz

Nach seiner Entlassung aus dem Volksgefängnis der Bewegung 2. Juni war Peter Lorenz' politische Karriere weitgehend beendet.

## 25. Braunmühl, Gerold

Am 10.10.1986 wird der Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes von der RAF erschossen.

Zur Diskussion vgl. u.a.:

0 Klaus Jünschke: Offener Brief an die Genossinnen und Genossen der RAF, in: Der Blinde Fleck. Die Linke, die RAF und der Staat. Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1987

## 26. Buback

ß Anmerkung 3 zu Kapitel 3

## 27. deutsche Giftgasgranaten

Der erste Giftgaseinsatz des irakischen Militärs fand bereits 1984 im Krieg gegen den Iran statt. 1988 werden im Frühjahr bei einem Giftgasangriff auf die kurdische Bevölkerung bei Halabdscha 5.000 Menschen getötet. Nach dem Waffenstillstand zwischen dem Iran und dem Irak werden die Giftgasangriffe gegen die Kurden fortgesetzt. Die zentrale Giftgasfabrik ist bei Jamarra; hier wurden/werden mit deutscher Hilfe die Waffen hergestellt.

0 medico international (Hg.): Händler des Todes. Bundesdeutsche Rüstungs- und Giftgasexporte im Golfkrieg und nach Libyen. Frankfurt/M.: ISP-Verlag, 1989

0 medico-Report 10: Die Linien eines Völkermordes. Frankfurt/M.: medico international, 1990

## 28. Flüchtlingsfrauen

0 Moussa-Karen Bauer (Hg.) Wenn Frauen flüchten. Bern/Zürich, 1987

0 Frauen aus aller Herren Länder. Lese- und Bildband. Stuttgart: Schmetterling Verlag, 1990

## 29. Sozialdarwinismus

Ist die rassistische Komponente des Evolutionsmodells (Auslese, Recht des Stärkeren).

### 30. Trevi

Abk. für Terrorisme, Radicalisme, Extremisme, Violence International. Ab 1976 Planungs- und Koordinierungsinstanz der EG-Innenminister.

0 CILIP u.a. (Hg.): Die Bullen greifen nach den Sternen. Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit. Hamburg: Selbstverlag, 1990

0 Buko-Materialien. Zukunft Europas auf wessen Kosten? Hamburg: Buko, 1990

### 31. Das Schengener Abkommen

Regelt die Zusammenarbeit der einzelnen europäischen Sicherheitsbehörden seit 1989.

0 Siehe Literatur von Anmerkung 30.

### 32. Internationales Mordkartell in Berlin

Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank im September 1988 in Berlin. (Doku. Schmetterling Verlag)

### 33. Schüsse Startbahn

ß Anmerkung 29 zu Kapitel 1

### 34. Wahlerfolge neofaschistischer Gruppen

Januar 1989/Landtagswahl Berlin Republikaner 7,5 %; März 1989/Kommunalwahlen Frankfurt/M.

NPD 6,6 %; Juni 1989/Europawahl

Republikaner zwischen 7,7 % und 14,6 %.

0 Wolfgang Benz (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuchverlag, 1989

### 35. Himmler, Heinrich

1900-1945; Reichsführer SS, 1929-1945; Reichsinnenminister; Chef der deutschen Polizei; Himmler zentralisierte die Polizeigewalt in einem eng mit der SS verflochtenen System.

36. Einsatzgruppen  
Neben Wehrmachts- und Polizeieinheiten führten die SS-Einsatzgruppen nach den militärischen Besetzungen Massenexekutionen durch.

0 Michael Schneider: Das Unternehmen Barbarossa. Die verdrängte Erblast von 1941 und die Folgen für das deutsch-sowjetische Verhältnis. Darmstadt: Luchterhand Verlag, 1989

### 37. Züge in die Freiheit

Meint die im Herbst 1989 aus der DDR über die CSSR und Ungarn Ausreisenden.

### 37a. Schiffhof

Von der Stadtverwaltung Köln ausgewiesener Stellplatz für Roma und Sinti.

### 38. Hackmann, Werner

SPD; Hamburger Innenminister.



### 39. Ceausescu, Nicolae

19181989; ehemaliger Parteichef der KP Rumäniens; ab 1974 Staatspräsident und Diktator; wurde im Dezember 1989 im Verlauf des Aufstandes bzw. Putsches gemeinsam mit seiner Ehefrau Elena Ceausescu hingerichtet.

### 40. Rau, Johannes

\* 1931; SPD; seit 1978 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

### 41. Kodices

Rechtlich oder außerrechtlich festgelegte Normen und Gesetze (sing. Kodex).

### 42. Inferiorität

Minderwertigkeit; Untergeordnetsein.

### 43. autochthon

griech. chthon Erde-; an Ort und Stelle entstanden

### 44. Natal

Provinz in der Republik Südafrika

### 45. perfide

heimtückisch

### 46. Essenz

Kernstück

### 47. Kafkaeske Allmacht

Das Verschwinden des Subjekts in einer bürokratischen Maschine; nach Franz Kafka.

### 48. Skokian Queen

Bierbudenkönigin

### 49. Kuzwayo, Ellen

\* 1914; südafrikanische Sozialarbeiterin; 19641976 Generalsekretärin des christlichen Vereins junger Frauen; 1976/77 inhaftiert; 1984 Präsidentin des schwarzen Konsumentenvereins.

0 Ellen Kuzwayo: Mein Leben. Frauen gegen Apartheid. Berlin: Orlanda Frauenverlag, 1985

0 Bessie Head, Ellen Kuzwayo, Nadine Gordimer: Wenn der Regen fällt. Erzählungen aus Südafrika. Berlin: Orlanda Frauenverlag, 1988

### 50. Suprematie

Vorherrschaft

### 51. Vexierbild

Zerrbild

52. domestizierte Frau

Gezähmt, hier den patriarchalen Normen entsprechend.

53. extraordinär

außerordentlich

54. extrahieren

abziehen, auspressen

55. Ferment

Wirkstoff, Bestandteil

56. Hegel, Friedrich (G.W.F.)

1770-1831; deutscher Philosoph

57. pejorativ

abwertend

58. Matrix

Ursache, Grundstruktur

59. Simone de Beauvoir

1908-1986; französische Schriftstellerin; die analytische Darstellung der Situation der Frau durchzieht ihr ganzes Werk.

0 Simone de Beauvoir: Das andere Geschlecht. Reinbek: Rowohlt, 1951

60. Apologie

Rechtfertigung

61. Determinante

Festlegung, Bestimmung

62. Surplus

Überschuß

63. Orkus verbannt wie Eurydike

Aus der griechischen Mythologie; Eurydike, die verstorbene Frau von Orpheus lebte in der Unterwelt (Orkus). Orpheus bewog die Götter, Eurydike freizugeben. Als er sich jedoch gegen das Verbot der Götter nach ihr umdrehte, bevor sie das Tageslicht erreichte, blieb Eurydike in der Unterwelt gefangen.

64. Äquivalent

Gegenwert

## 65. extrapolieren

annäherungsweise bestimmen

## 66. Kategoriale Diskurse

einordnende, klassifizierende Erörterung

## 67. Irigaray, Luce

Französische Philosophin.

0 Speculum. Der weibliche Diskurs. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag 1980

0 Das Geschlecht, das nicht eins ist. Berlin: Merve Verlag, 1979

0 Fünf Texte zur Geschlechterdifferenz. Wien: Wiener Frauenverlag, 1986 0 Ethik der sexuellen Differenz. Frankfurt/M.

Suhrkamp Verlag, 1986 68. signifikant

wichtig

## 69. obsessiv

zwanghaft

## 70. Divergenz

Auseinanderstreben, Abweichen

## 71. Kohärenz

Zusammenhang

## 72. makulatur

fehlerhaft

# Kapitel 13

## 1. Emma-Interview

Das Selbstinterview wurde an die Frauenzeitschrift Emma geschickt und erschien im Juni 1984.

## 2. Mai 68

ß Anmerkung 22 zu Kapitel 2

## 3. Duogynonprozess

Prozeß gegen Schering, bei dem es um mißbildungsauslösende Präparate ging.

0 Autonomes Frauenreferat im AStA TU-Berlin (Hg.): Schering. Wie entsteht die Macht eines Konzerns. Berlin: Selbstverlag, 1985

## 4. Kapovaz

Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit.

## 5. Sommeruni

Die erste Sommeruni von Frauen fand im Juni 1976 in West-Berlin unter dem Thema Frauen und Wissenschaft statt.

0 Dokumentation zur Sommer-Frauenuni 1976. Berlin: Selbstverlag, 1976

Publikationen zu den folgenden Sommerunis:

0 Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte. Beiträge zur 2. Sommer-Frauenuni 1977. Berlin: Selbstverlag, 1978

0 Frauen und Mütter. Beiträge zur 3. Sommer-Frauenuni 1978. Berlin: Selbstverlag, 1979

## 6. zum Komplex 218/Neue Mütterlichkeit

0 M. Häußer, C. Helferisch Bauchlandungen. Abtreibung-Sexualität-Kinderwunsch. München Frauenbuchverlag, 1983

0 Müttermanifest. Leben mit Kindern-Frauen werden laut. Bonn: Selbstverlag, 1987

0 Angelika Ebbinghaus. Das Müttermanifest. Eine Variante der Bevölkerungspolitik, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Hamburg: 1999, Heft 3/1987

## 7. Literatur Bevölkerungspolitik

ß Literaturanhang

## 8. Literatur Frauenhandel/Sextourismus

ß Literaturanhang

## 9. Marcos, Ferdinand

19171987; Philippinischer Diktator; Großgrundbesitzer; formell Staatspräsident und Premierminister; flieht im Februar 1986 nach den Präsidentschaftswahlen und anschließenden Anti-Wahlbetrugsdemonstrationen mit mehreren Millionen TeilnehmerInnen nach Hawaii.

0 Reiner Werning: Verhinderte Unabhängigkeit. Agrar- und Wirtschaftspolitik in den Philippinen. Münster: Wurf Verlag, 1985

## 10. Guerilla auf den Philippinen

National Peoples Army bzw. die National Democratic Front

0 Philippinen Koordination Hamburg (Hg.): Aufstandsbekämpfung auf den Philippinen. Hamburg: Selbstverlag, 1988

0 Philippinen Koordination Frauengruppe (Hg.): Frauenkampf auf den Philippinen. Interviews und Berichte. Hamburg: Selbstverlag, 1989

## 11. namibische Befreiungsbewegung

ß Anmerkung 41 zu Kapitel 12

## 12. Schufa

Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung; erteilt Auskunft über die Zahlungsfähigkeit und Bonität von Personen und Firmen an Banken und Kreditinstitute.

## 13. Grüne Revolution

ß Anmerkung 40 zu Kapitel 6

## 14. Bonner Gentechnikkongreß 1985

0 Die Grünen im Bundestag/AK Frauenpolitik (Hg.) Frauen & Ökologie. Gegen den Machbarkeitswahn. Köln

Kölner Volksblatt Verlag,

## 15. Katastrophe von Tschernobyl

Unfall in einem sowjetischen Atomkraftwerk im April 1986.

## 16. Euthanasie

Institutionelle Ermordung von Menschen aufgrund einer Definition von lebensunwertem Leben.

0 Siehe Literaturanhang

## 17. unleserlich

Die unvollständigen Sätze konnten nicht komplettiert werden.

## 18. eugenische Indikation

Bestimmung nach der eine Abtreibung legal ist, wenn genetische Defekte bei einem Kind zu erwarten sind.

## 19. Zwillingsforschung

0 Verschuer Das Erbbild des Menschen, in

Der Erbarzt, 1/1939

0 C. Hertler, M. Hintz, A. Lotz: Und beide hatten einen Foxterrier namens Trixi. 1. Deutsches Zwillingstreffen; in: diskus, Nr. 3/1991

## 20. Mengele, Josef

1911-1979; als Mediziner 1934 im Forschungsstab des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene.

Zunächst nur NSDAP-Mitglied, dann Beitritt in die Waffen-SS. In Auschwitz an der Selektionsrampe für die Ermordung der Ankommenden verantwortlich; leitete medizinische Menschenversuche an den Gefangenen; gelangte nach dem Krieg über die Rattenlinie via Rom nach Buenos Aires und wurde 1959 Staatsbürger Paraguays.

## 21. exogen

Von außen eindringend.

## 22. Amniozentese

Fruchtwasseruntersuchung zur Bestimmung von Krankheiten bei Föten sowie zur Bestimmung des Geschlechts.

### 23. Literatur zu Adler

0 Terre des Femmes, Koreanische Frauengruppe u.a. Made in Korea. Adler-Textilarbeiterinnen wehren sich gegen deutsche Ausbeutung. Kiel

Magazin Verlag, 1989

0 terre des hommes (Hg.): Länderbericht Korea. Osnabrück, Selbstverlag, 1987

### 24. EUREKA

Europäisches Pendant zur SDI.

### 25. Repression und Verfolgung

ß Anmerkung 2 zu Kapitel 1

## Kapitel 14

### 1. agit/88a

Broschüre aus den 70er Jahren.

0 agit 88a. Sturm auf den Knast. o.O.: Selbstverlag, o.J.

### 2. Sympathisant

In den 70er Jahren wichtiges und häufig benutztes Schlagwort in der innenpolitischen Auseinandersetzung; wurde von der bürgerlichen Presse zu Hetzkampagnen verwendet.

0 Werner Schlegel: Die Sympathisanten. Lyrik und Prosa über den Zustand der Nation. Als Betrachter aus dem Gefängnis nachgezeichnet. Tübingen: IVA-Verlag, 1978

### 3. Maihofer

ß Anmerkung 6 zu Kapitel 2

### 4. Marighella

ß Anmerkung 48 zu Kapitel 2

### 5. Hermann Feiling

ß Kapitel 16

### 6. Somoza, Anastasio

1925-1980; nicaraguanischer Diktator; durch einen Volksaufstand und die FSLN im Sommer 1979 gestürzt.

# Kapitel 15

## 1. van der Lubbe, Marinus

1909-1934; holländischer Anarchist und Rätekommunist, soll am 27.2.1933 den Reichstag angezündet haben.

0 Rotbuch: Marinus van der Lubbe und der Reichstagsbrand. Hamburg: Edition Nautilus, 1983 (erweiterte Neuauflage des Rotbuchs von 1933)

0 Uwe Backes u.a.: Reichstagsbrand. Aufklärung einer historischen Legende. München: Piper Verlag, 1987

## 2. Notverordnung

Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.1933 (Einführung der Schutzhaft) und Ermächtigungsgesetz vom 23.3.1933.

## 3. Ende der Geschichte

Abgeleitet von der These Francis Fukuyamas, eines hohen Beamten des US-State Departments, der 1989 angesichts des Zusammenbruchs des Realsozialismus' die globale wirtschaftsliberale Ordnung prophezeite.

0 Francis Fukuyama: The End of History? in: The National Interest, No. 16, Baltimore, USA, Sommer 1989

## 4. Linke Diskussion um Nationalismus

ß Literaturanhang

## 5. Arisierung

Die Enteignung und Übergabe von Betrieben aus jüdischem Besitz an sogenannte deutsche Arier.

## 6. FDJ

Freie Deutsche Jugend, Jugendorganisation der SED.

## 7. Friedrichs, Hans-Joachim

Tagesthemen-Moderator; Fernsehjournalist

## 8. Projekt am Potsdamer Platz

Dort sollen eine Dienstleistungs- und Verwaltungszentrale mit rund 5.000 Beschäftigten von Daimler Benz und ein Verwaltungsgebäude von Sony entstehen.

## 9. US-Botschaft

Beschuß der US-Botschaft in Bonn durch die RAF während des zweiten Golfkriegs am 13.2.1991.

## 10. Klein, Hanno

Der Berliner Baustadtrat Hanno Klein wird im Juni 1991 durch eine Briefbombe getötet. Trotz Bekennerschreiben einer militanten Gruppe kommt es in den Medien zu Spekulationen, ob die Tat nicht doch von der Berliner Bau bzw. Grundstücksmafia (taz) verübt wurde.

## 11. Karry-Aktion

ß Anmerkung 25 zu Kapitel 1

## 12. Schüsse an der Startbahn

ß Anmerkung 29 zu Kapitel 1 und Anm. 28 zu Kapitel 8

## 13. Pimental

Der US-Soldat Pimental wurde am 8.8.1985 bei Wiesbaden von einem RAF-Kommando erschossen, um dessen ID-Card zu bekommen.

# Kapitel 16

## 1. Karl Kraus

1874-1936; Schriftsteller und Publizist; gründete die Zeitschrift Die Fackel (1899-1936)

## 2. Kabul

Hauptstadt Afghanistans

## 3. Gorilla

ß Anmerkung 21 zu Kapitel 5

## 4. Stammheim

Am 17./18. Oktober 1977 wurden Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin in ihren Zellen tot aufgefunden. Irmgard Möller überlebt schwer verletzt. Ob es sich um Mord oder Selbstmord handelt, ist nach wie vor ungeklärt und in der Linken umstritten.

0 Ermittlungsinitiative Frankfurt/M.: Von all dem haben wir nichts gewußt.... Dokumentation über den 17./18.10.1977 in Stammheim und Mogadischu. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1978

## 5. Sonnenberg, Günter

\* 1954; Student; Anti-Folter-Komitee; RAF; wird am 3.5.1977 bei einer Schießerei mit der Polizei schwer verletzt; 1978 zu lebenslanger Haft verurteilt. Durch die Isolationshaftbedingungen wurde eine Heilung verhindert; nach 15 Jahren, im Sommer 1992, wird Günter Sonnenberg aus der Haft entlassen.

0 Dieter Adler u.a.: ...Wenn Sie dennoch von Isolation sprechen, dann trifft dies objektiv zu.... Der Vollzug der Vernichtungshaft am Beispiel des Gefangenen aus der RAF Günter Sonnenberg. Chronologie eines Programms. Hannover: Selbstverlag, 1985

## 6. 2. Juni-Prozeß in Berlin

ß Anmerkung 29 zu Kapitel 3

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora  
ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)





AAA Antikommunistische Aktion Argentinien ABM Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Ac. Directe (AD) Action Directe

AEG Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft

AFN American Forces Network

AI Amnesty International

ak arbeiterkampf

AKW Atomkraftwerke

AL Alternative Liste

ANC African National Congress (Afrikanischer Nationalkongreß)

ANZUS Australia New-Zealand United-States

AOK Allgemeine Ortskrankenkasse

APO Außerparlamentarische Opposition

AStA Allgemeiner Studenten Ausschuß

BASF Badische Anilin & Sodafabriken

BAW Bundesanwaltschaft

B.B. Bertold Brecht

BBU Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz

BDA Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

BDI Bundesverband der Deutschen Industrie

BFD Bund Freies Deutschland

BGS Bundesgrenzschutz

BI Bürgerinitiative

BKA Bundeskriminalamt

BMFT Bundesministerium für Forschung & Technologie

BMfV Bundesministerium für Verteidigung

BMI Bundesministerium des Inneren

BMW Bayerische Motoren Werke

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

BND Bundesnachrichtendienst

BRD Bundes Republik Deutschland

BRK Berliner Rotes Kreuz

BUND Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland

BVG Bundesverfassungsgericht

BVG Berliner Verkehrs Gemeinschaft

CCC Cellules Combattantes Communistes

(Kämpfende kommunistische Zellen)

CDU Christlich- Demokratische Union

CIA Central Intelligence Agency

CSU Christlich-Soziale Union

DDR Deutsche Demokratische Republik

DEG Deutsche Entwicklungsgesellschaft

Dev Sol Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

DGB Deutscher Gewerkschafts Bund

DIHT Deutscher Industrie- und Handelstag

DKP-SEW Deutsche Kommunistische Partei - Sozialistische Einheitspartei Westberlin

DLH Deutsche Lufthansa

DPA Deutsche Presse Agentur

DPG Deutsche Postgewerkschaft

DRK Deutsches Rotes Kreuz

ED Erkennungsdienst

EDV Elektronische Datenverarbeitung

EG Europäische Gemeinschaft

EMBL Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie

EMP Elektromagnetischer Impuls

ETA Euskadi Ta Azkatasuna (Das Baskenland und seine Freiheit)

EVU Energie Versorgungs Unternehmen

EWG Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

FAG Flughafen Aktiengesellschaft

FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung

FDJ Freie Deutsche Jugend

FDP Freie Demokratische Partei

FDN Frente Democratico Nicaragua (Demokratische Front Nicaragua)

FFM Frankfurt/Main

FIAT Fabbrica Italiana Automobili Torino

FNL Front National de Liberation du Vietnam Sud

(Nationale Front zur Befreiung Südvietnams)

FNLA Frente de Libertacao Nacional de Angola

(Nationale Front zur Befreiung Angolas)

FR Frankfurter Rundschau

FRETELIN Frente Revolucionario de Timor este Independende

(Revolutionäre Front des unabhängigen Osttimor)

FVV Frankfurter Verkehrs Verbund

GAU Größter anzunehmender Unfall

GI Governmental issue (US-amerikanische Soldaten)

GKS Großer Krisenstab

GLH Grüne Liste Hessen

GUPA Generalunion Palästinsensischer Arbeiter

GUPS Generalunion Palästinsensischer Studenten

HBV Gewerkschaft Handel Banken Verkehr

HJK Hans-Joachim Klein

HS Hungerstreik

HTR Hochtemperaturreaktor

IBM International Business Machines Corp.

ICAES Insituto Centroamerikano des Estudios Sociales

(Zentralamerikanisches Institut für soziale Studien)

ICR (Internationale Entwicklungs Assoziation?)

ID Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

IGM Industriegewerkschaft Metall

IHK Industrie- und Handelskammer

IRA Irish Republican Army (Irische Republikanische Armee)

ITT International Telephone and Telegraph Company

IWF Internationaler Währungsfonds

Judos Jungdemokraten

Jusos Jungsozialisten in der SPD

JVA Justizvollzugsanstalt

KAPOVAZ Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit

KB Kommunistischer Bund

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschlands

KGB Komitet Gossudarstwennoi Besopastnosti

(Komitee für Staatsicherheit)

KKW Kernkraftwerk

KO Koordinierungsausschuß

Komintern Kommunistische Internationale

KP Kommunistische Partei

KPD Kommunistische Partei Deutschlands

KPD/AO Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbau-Organisation

KPD/ML Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

KPF Kommunistische Partei Frankreich

KWU Kraftwerke Union

KZ Konzentrationslager

LKA Landeskriminalamt

LM Langer Marsch

MAD Militärischer Abschirmdienst

MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG

Mao Mao-tse Tung

MBB Messerschmidt-Bölkow-Blohm

MEK Mobiles Einsatz-Kommando

MIR Movimiento de Izquierda Revolutionario

(Bewegung der revolutionären Linken)

Mit = türkischer Geheimdienst

ML Marxismus-Leninismus

MPB Mathematischer Programmier- und Beratungsdienst

MPI Max-Planck-Institut

MTU Motoren- und Turbinen Union

Multi multinationaler Konzern

NATO North Atlantic Treaty Organization

(Nordatlantische Vertragsorganisation)

NCB National Coal Board (Nationale Kohle-Behörde)

NH Neue Heimat

NPS Nato-pipeline-system

NRW Nordrhein-Westfalen

NUM National Union of Mineworkers

(Nationale Gewerkschaft der Minenarbeiter)

NS Nationalsozialismus

OAS Organization of American States  
(Organisation Amerikanischer Staaten)  
OECD Organization for Economic Cooperation and Development  
(Organisation für Ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung)  
OLAS Organizacion Latino Americana de Solidaridad  
(Organisation lateinamerikanische Solidarität)  
OLG Oberlandesgericht  
OPEC Organization of the Petrol Exporting Countries  
(Organisation der Ölexportierenden Länder)  
ÖTV Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr  
OVG Oberverwaltungsgericht

PAC Pan African Congress  
PLO Palestinian Liberation Organization  
(Palästinensische Befreiungsorganisation)  
Polisario Frente Popular de la Liberación de Saguia el Hamra y del Río de Oro (Volksfront zur Befreiung...)  
PSOE Partido Socialista Obrero Español  
(Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens)

RA Rechtsanwalt  
RAF Rote Armee Fraktion  
RGW Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe  
RSA Republik Südafrika  
RsHA Reichssicherheits- Hauptamt

SA Sturmabteilung  
SA Südafrika  
SCS Scientific Control Systems  
(Wissenschaftliches Kontrollsystem)  
Schufa Schutzgemeinschaft für die allgemeine Kreditsicherung  
SDI Strategic Defense Initiative  
(Strategische Verteidigungs Initiative)  
SDS Sozialistischer Deutscher Studentenbund  
SEK Sondereinsatzkommando  
SEL Standard Elektrik Lorenz  
SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
SPK Sozialistisches Patienten Kollektiv  
SS Schutzstaffel  
Stasi Ministerium für Staatssicherheit  
STPO Strafprozessordnung  
Strobo Stromzahlungsboykott  
SWAPO South West Africa People's Organization

TREVI Terrorisme Radicalisme Extremisme Violence International  
(Terrorismus Radikalismus Extremismus internationale Gewalt)

UN United Nations (Vereinte Nationen)  
UNITA Uniao Nacional para a Independencia Total de Angola

(Nationalunion für die völlige Unabhängigkeit Angolas)

UP Unidad Popular (Vereinigtes Volk)

US United States (Vereinigte Staaten)

VB Volksbegehren

VRR Verkehrsverbund Rhein-Ruhr

WAA Wiederaufbereitungsanlage

Wako Wach- und Kontrollkommando Nord

WWG Weltwirtschaftsgipfel

ZK Zentralkomitee

ZSA Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# Kritiken und Diskussionsbeiträge zur Politik der Revolutionären Zellen und der Roten Zora Eine Auswahlbibliographie

1974

Info-BUG, Nr. 37 (16.12.1974) Betriebsgruppe Krone. Stellungnahme der Gruppe Klassenkampf bei Krone zum Brandanschlag auf Hubers Auto und die Erklärung der Revolutionären Zelle.

1975

Info-BUG, Nr. 65 (7.7.1975) An die Revolutionäre Zelle. Teil 1

Info-BUG, Nr. 66 (14.7.1975) An die Revolutionäre Zelle. Teil 2 [Kritikpapier einzelner Genoss(inn)en aus der Roten Hilfe an der RZ, ausgehend vom Revolutionären Zorn Nr.1- und u.a. an dem Brandanschlag auf die Firma Krone.]

Info-BUG, Nr. 68 (28.7.1975) Revolutionäre Zelle an die Rote Hilfe [Antwort auf die Kritik im Info-BUG Nr. 66 und 67. Weitere Stellungnahme der RZ zu der BVG-Aktion.]

Info-BUG, Nr. 69 (4.8.75) An die Revolutionäre Zelle. [Fortsetzung der Diskussion im Info-BUG Nr. 65 und 66.]

Info-BUG, Nr. 74 (22.9.1975) Dokumentation zur Chile-Kampagne [Kritik der RZ am Chile-Komitee Berlin]

Info-BUG, Nr. 78 (20.10.1975) An die Genossinnen und Genossen der Revolutionären Zelle. [Beitrag aus Hamburg zur Kritik der RZ am Chile-Komitee Berlin]

Info-BUG, Nr. 80 (3.11.1975) Chile-Komitee. [Ein Mitglied des Chile-Komitee antwortet der RZ.]

Holger, der Kampf geht weiter! Dokumente und Beiträge zum Konzept Stadtguerilla. Fragen an die Stadtguerilla. Interview mit den Revolutionären Zellen; Bewegung 2. Juni: Die Entführung aus unserer Sicht.) Gaiganz: Politladen Verlagsgesellschaft, 1975. [Teil I: Zeitschriftenartikel, Flugblätter, Teach-In-Beiträge, Untersuchungen aus der Linken mit Beiträgen eines breiten politischen Spektrums. Teil II: Beiträge von den Stadtguerilla-Gruppen Brigade Rosse, Revolutionäre Zellen, Rote Armee Fraktion und Bewegung 2. Juni. Teil III: Nachträge]

Langer Marsch, Nr.16. (April 1975) Kritik an den Revolutionären Zellen

1976

ID, Nr. 107 (10.1.1976) Erklärungen: Zur Besetzung der OPEC-Versammlung; Das Programm des Arm der arabischen Revolution. [Kommuniqué des Kommandos der Bewegung der arabischen Revolution, bei dieser Aktion hatte u.a. Hans-Joachim Klein teilgenommen.]

Verband des linken Buchhandels (Hg.): 88a in aktion oder wie man bücher verbrennt, ohne sich die finger schmutzig zu machen. Dokumentation zu den Staatsschutzaktionen gegen den linken Buchhandel. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1976. [Dokumentiert u.a. den Revolutionären Zorn Nr. 2, Mai 1976-, der Anlaß war eine Reihe von Buchläden zu durchsuchen und einen Buchhändler in Haft zu nehmen.]

1977

Info-BUG, Nr. 138 (10.1.77) Stellungnahme von Monika Berberich zum angeblichen RZ-Brief. [Der RZ-Brief erschien im Dezember 1976 und ist unter dem Titel Dieser Brief richtet sich an alle Genossen aus der RAF nachzulesen. Monika Berberich war politische Gefangene aus der RAF.) Stellungnahme zum Brief der Revolutionären Zelle an die RAF aus der Sponti-Linken.

Info-BUG, Nr. 141 (21.1.1977) Das RZ-Dementi des Dementis. Ein anderes Dementi. [Zwei Erklärungen von Revolutionären Zellen zum Brief der Rev. Zelle an die RAF.]

Info-BUG, Nr. 162 (27.6.1977): Schüsse aus dem Hinterhalt oder der Beitrag des Pflasterstrand zur Guerilla-Diskussion. [Beitrag von Einigen Bochumer Genossen zu H.-J. Klein und das Verhalten der Pflasterstrand-Redaktion (Nr. 10)]

Info-BUG, Nr. 171 (11.7.1977): Stellungnahme der Bewegung 2.Juni zum Kleinbrief. [Kleinbrief = Hans-Joachim Klein]

die legalisierung der rechtlosigkeit.o.O.: o.J. (ca. 1977) 27 S. [Broschüre zum Prozeß gegen Gerd Albartus und Enno Schwall]

ID, Nr. 171 (2.4.1977) Zum Anschlag in Frankfurt. [Zwei Stellungnahmen von linken Rechtsanwälten zum Anschlag auf den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Frankfurt]

Pflasterstrand, Nr. 7. (1977) Revolutionäre Zellen: Wer schafft braucht Kraft; Pflasterstrand-Redaktion: Trügerische Bombenstimmung; Presseerklärung der Anwälte : A. Golzem, R. v. Plottnitz, H. Riedel, B. Koch; Erklärung von Mitgliedern des Zeisselstrassenbüros; Öffentlicher Brief von Wolfgang Grundmann an Mike Knöss. [Erklärungen und Stellungnahmen zum RZ-Anschlag auf das Büro des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Frankfurt.]

Pflasterstrand, Nr. 10 (1977) Brief von Jemand. [Der Beitrag endet mit folgendem Aufruf: Alle Versuche, uns zu ermitteln, um das Todesurteil (outside Operation) an Genosse Klein vollstrecken zu können, werden als das behandelt, was sie sind: Bullen-Aktivitäten Angie an die Familie: warum haben Nada und Jonny in Wien...?-. Wir kennen viele Namen. Wir würden nicht davor zurückschrecken, sie zu nennen. Der Kampf geht weiter!]

Pflasterstrand, Nr. 10 (1977): Pflasterstrand-Redaktion: Nur Tote schweigen. [Stellungnahme der Pflasterstrand-Redaktion zur Situation von Hans-Joachim Klein Dem Brief ist zu entnehmen, daß Klein-Klein Angst hat: vor der Rache der Stadtguerilla, national und international. Wir müssen so radikal sein wie die Wirklichkeit.]

Diskussionsergebnisse Westberliner Basisgruppen zur politischen und ökonomischen Unterdrückung, Auseinandersetzung mit den Analysen der Revolutionären Zellen im Revolutionären Zorn, Nr. 2- Amsterdam: Rotdruck, 1977

1978

Der Spiegel, Nr. 34/1978 (21.8.1978) Sabotage vom Knallfrosch bis zum Hijacking. Spiegel-Report über Entstehung und Entwicklung der Revolutionären Zellen. [In diese Auswahlbibliographie aufgenommenener exemplarischer Pressebericht über die Revolutionären Zellen. Unter anderen wurde den RZ ein Anschlag unterstellt, der später als verdeckte Staatsschutzaktion (Celler Loch) bekannt geworden ist.]

1979

ID, Nr. 287 (22.6.1979) Die ID-Hausbombe! Oder: Da wir nicht draufgegangen sind, schätzen wir uns glücklich, noch in der Lage zu sein, über die folgende Kommandomeldung informieren zu können.



Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1979 [Hintergrund war die Aktion einer sich Revolutionären Zelle nennende Gruppe gegen ein Gebäude der Daimler Benz AG in Frankfurt, in dessen unmittelbarer Nähe sich einige Frankfurter Alternativprojekte befanden. Die RZ-Erklärung wurde vom ID-Kollektiv kommentiert und gemeinsam mit der Frankfurter Redaktion der Autonomie, dem Pflasterstrand, dem Frauengesundheitszentrum und dem Druckladen unter der Überschrift (Wir pfeifen auf die revolutionären- Hobbybastler.) kritisiert.

Hans-Joachim Klein Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen. Mit einem Nachwort von Daniel Cohn-Bendit. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1979. Anhang des Buches: Dokumentation von Zeitungsartikeln Bomben, Mythen, Zuckerrüben, in: Pflasterstrand, Nr. 10/1977 Nur Tote schweigen, in: Pflasterstrand, Nr. 10/1977 Brief von Jemand, in: Pflasterstrand, Nr. 10/1977 Brief an Jochen, in: Pflasterstrand, Nr. 10/1977 Peinlich, peinlich (Aus der Mai-Nummer des Revolutionären Zorns), in: Pflasterstrand, Nr. 10/1977 Bewaffnete Linke. Zur Diskussion ein paar Beiträge. Revolutionäre Zellen zum Brief von Hans-Joachim Klein: Die Hunde bellen, und die Karawane zieht weiter; Widerstand unterm Pflasterstrand. in: Pflasterstrand, Nr. 11/1977; H.J. Groß: Wie ich unter die Guerilla fiel ein Bericht, aus dem vollen Leben geschöpft, in: MOB (Frankfurt), Nr. 1/Juli 1977 Hausbesetzer, Leibwächter, Geiselnnehmer. Der Weg Hans-Joachim Kleins von Frankfurt in den internationalen Terrorismus, in: FAZ v. 10.5.1977; Die Szene hat keinen Notausgang, in: Pflasterstrand, Nr. 11/1977; JEMAND: Die Rückkehr des Genossen Lokalmatador oder Wir haben genug angestellt, in: Pflasterstrand, Nr. 11/1977; JEMAND: Genossinnen und Genossen!, in: Pflasterstrand, Nr. 12/1977; Der Pflasterstrand-Staats-schutz, in: Pflasterstrand, Nr. 12/1977; SPIEGEL-Gespräch mit H.-J. Klein: Den Papst einen Monat lang ausspioniert, in: Der Spiegel Nr. 38/1978; Liberation-Interview mit H.-J. Klein; Jochen: Ein Brief aus Resignation; H.J. Klein: Offener Brief, aber kein neuer!]

Stattzeitung Kassel, Nr. 40 (4/79) Rolf Schwendter: Betr.: Revolutionäre Zellen. Die Resonanz, die der Nackdruck bei mir findet: Nein! [Anlaß des Nachdrucks des RZ-Papiers Hunde, wollt ihr ewig bellen? in der Stattzeitung Kassel, Nr. 39 war die Beschlagnahme des Pflasterstrand, Nr. 45. Eine damalige Gepflogenheit unter Alternativzeitungen war es, bei Beschlagnahmungen oder anderen staatlichen Zensurmaßnahmen, daß andere Zeitungen als Akt der Solidarität den indizierten Artikel nachdruckten.]

1980

Autonomie Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, Neue Folge. Sonderheft Januar 1980 Sicherungsverwahrung. Zu den Hintergründen der Kampagne um Klein und Mahler.

ID, Nr. 335/336 (30.5.1980) Rudolf-Raabe-Gruppe Hannover: Offener Brief an Rudolf Raabe, seine Unterstützungs-Komitees/Gruppen und die Öffentlichkeit. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1980

ID, Nr 335/336 (30.5.1980) Noch eine Kritik an der Raabe-Kampagne: Auch die aufrechten Antiimperialisten müssen im Baum-Tunnel gebückt gehen. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1980

ID, Nr. 337 (9.6.1980) Initiativgruppe Rudolf Raabe: Unterstützung ist schwer... Zur Raabe-Diskussion. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1980 [Antwort auf die zwei Kritiken an der R. Raabe-Kampagne im ID, Nr. 335/336, sowie Brief von Werner Schlegel an die Initiative R. Raabe).

ID, Nr. 341 (6.7.1980) Rede von Rudolf Raabe auf dem SB-Kongreß Großer Ratschlag.

ID, Nr. 347 (29.8.1980) Gerd Albartus: Offener Brief an Rudolf Raabe. [R. Raabe hatte nach seiner Rückkehr aus Irland auf dem SB-Kongreß Großer Ratschlag eine Rede gehalten, in der er Gerd Albartus als einen der Gefangenen erwähnt, der krank und in Vergessenheit geraten ist.]

ID, Nr. 362 (13.12. 1980) Richard/ID: Der Feiling-Prozeß dreht sich geradlinig im Kreis. [Der Artikel von Richard Herding behandelt anläßlich des Prozesses gegen Hermann Feiling drei Fragen: Wer wollte den Prozeß als Propaganda-Forum? Welche Konsequenzen zieht Feiling, angeblich Täter und jedenfalls Opfer, aus der Katastrophe vom Juni 1978? Gibt es eine linke Moral, wie Genoss(inn)en sich zu Prozessen verhalten müssen-?]

Pflasterstrand, Nr. 77 (4/1980) Initiativgruppe Rudolf Raabe: Haftverschonung und freigewählte medizinische Behandlung für Rudolf Raabe.

1981

ID, Nr. 366 (16.1.1981) Westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee und Initiative für Hermann, Sibylle & Sylvia Wie der bewaffnete Kampf im ID vernichtet werden sollte, und warum er dennoch nicht erledigt ist. Kritik an dem Artikel zum Feiling/Herzinger-Straub-Prozeß und zum Irland-Romantizismus. [Entgegnung auf den Artikel im ID, Nr. 362]

Initiative für Hermann, Sibylle & Sylvia Dokumentation zum Prozess gegen Hermann, Sibylle und Sylvia. Oberursel: Selbstverlag, o.J. (ca. 1981). [Zu Hermann Feiling, Sibylle Straub und Sylvia Herzinger.]

Initiative für Hermann, Sibylle & Sylvia: Von der Rückkehr in die Unmenschlichkeit Eine Dokumentation zur justitiellen Menschenrechtsverletzung -. Oberursel: Selbstverlag , o.J. (ca. 1981). 10 S. (Flugschrift)

Pflasterstrand, Nr. 106 (23.5.1981) Paul Planet: Kill, kill, kill; Ein persönlicher Nachruf; Es tut mir leid. Heinz Herbert Karry ist tot. Das tut uns leid. [Stellungnahmen aus dem Umfeld der Pflasterstrand-Redaktion zum Tode vom H.H. Karry.]

Radikal, Nr. 99 (10-12/1981) Gerd Albartus: ...nein, mein Lieber so nicht! [Offener Brief an Wolfgang Grundmann und die TAZ. Anlaß war die Ablehnung eines Artikel von Gerd Albartus durch die TAZ.: Verbannung in der BRD. Führungsaufsicht für Gerd Albartus. Erschienen ebenfalls in der Radikal, Nr. 99]

1983

Radikal, Nr. 113 (2/83) Wer war-s? Diskussionspapier zu den Anschlägen im Rhein-Main-Gebiet gegen US-Soldaten. [Ein vermeintlicher RZ-Anschlag auf ein US-Krankenhaus in Zweibrücken sowie Anschläge auf amerikanische Soldaten, die von Neofaschisten verübt wurden, waren Anlaß für die Radikal-Redaktion so manches Bömbchen mal differenzierter zu betrachten vorher und nachher.]

Radikal, Nr. 114 (3/83): Grenzfälle. [Drei Diskussionsbeiträge (Radikal-Redaktion: Wir haben einige der Anschläge, die in letzter Zeit im Rhein-Main-Gebiet auf US-Einrichtungen zielten, auf's Korn genommen und dabei entdeckt, daß neonazistische Gruppen mut US-Feindbild im Kopf dahinterstecken können.; Revolutionäre Zellen: Diskussionspapier zu den Counter-Anschlägen in Butzbach und Darmstadt; Zwischen dem Feind und uns einen klaren Trennungsstrich ziehen; Beitrag zur Diskussion über Anschläge. Gratwanderungen und Gletscherspalten. Beitrag zur Geschichte und zur Bedeutung des bewaffneten Widerstands. Aus dem Vorwort des Artikels: Auf der Suche nach Entwicklungsspuren organisierter Militanz haben wir uns hauptsächlich auf die Revolutionären Zellen beschränkt, da sie für uns heute, von allen vergleichbaren Gruppen, die mit der größten politischen Relevanz sind.]

Radikal, Nr. 115/116 (4-5/83) Autonome Revolutionäre Zellen: Zwischen Lebensgefühl und organisierter Militanz. [Anknüpfend an den Beitrag in Radikal, Nr. 114, skizziert der Text mit den

Kapiteln Identitätskrise; Veränderte Klassenzusammensetzung; Ökonomie des Wahnsinns; Massenpsychologie; Organisationsstrukturen in der RZ-Politik]

Radikal, Nr. 117 (6/83) Grenzfälle-Diskussion. [Mit der Veröffentlichung des RZ-Papiers Beethoven gegen Mac Donald im gleichen Heft führt die Radikal die Diskussion weiter. Alexandra Kollo und ihre Liebhaber: Kalkar, RZ, Spökenkieker und die Grünen. [Positionspapier anlässlich des Kalkarpapiers der RZ (abgedruckt in Radikal Nr. 111)]

Radikal 118/19 (6-7/83) Attila: Sub-/Kultur und Revolution [Artikel zum Kulturbegriff ausgehend vom RZ-Papier Beethoven gegen Mac Donald]

Radikal, Nr. 121 (10/83): Emzett: Grundsätzliches: RZ Bewegung. [Kritik am Startbahn-Papier der Revolutionären Zellen, das in Auszügen in derselben Radikal-Nummer veröffentlicht wurde.] Nie wieder Politik. [Fundamentalkritik an autonomer Politik im allgemeinen und an der RZ im speziellen. Der Artikel endet mit der Aufforderung: rz aller länder werdet revolutionär löst euch auf!]

Radikal, Nr. 123 (12/83) RZ-Bewegung und Wir. [Ausgehend von dem Startbahn-Papier der RZ wird von der Gruppe bazillus optimistikus das Verhältnis zwischen RZ und Bewegung, besonders der Radikal, kritisiert.]

1984

Autonome Kommunisten Bewegung ist nicht alles? -Friedensbewegung und Klassenkampf. Diskussionsbeitrag zu dem Papier der Revolutionären Zellen und der Roten Zora In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod., zu den Themen Krise, Krieg und Friedensbewegung. o.O.: März 1984, 10 S. (Flugschrift)

Krasse Zeiten Graue Morgen, Nr. 7 (5-6/84) 35-Stunden Woche Nein Danke. [Kritik- und Positionstext zum RZ-Papier Wolf im Schafspelz]

Krasse Zeiten Graue Morgen, Nr. 6 (3-4/84) Startbahngegner: Überlegungen zu einer radikalen Politik an der Startbahn. [In den Ausgaben 7 und 8 fließt das RZ-Startbahn-Papier durchgängig in die Diskussionen um die Perspektiven radikaler Anti-Startbahn Politik ein und wird kontrovers diskutiert.]

Oktober, Nr. 10, 17.2.1984. RS an RZ. Kritik des Thesenpapiers der Roten Zora und der Revolutionären Zellen (Krise, Krieg, Friedensbewegung) Hrsg.: Revolutionäre Sozialisten (RS), Berlin

Pohrt, Wolfgang Friede ihrer Asche. Über die westdeutsche Linke, ein Diskussionspapier der Revolutionären Zellen und die Notwendigkeit einer Amnestie. In: Kreisverkehr, Wendepunkt. Berlin: Edition Tiamat, 1984 [Dem Text der RZ und Roten Zora Krise, Krieg, Friedensbewegung bescheinigt W. Pohrt die Umkehrung starke Aktionen und schwache Texte. Er lehnt gleichzeitig in seinem Beitrag Sabotageakte ab und verbindet dies mit der von ihm mitinitiierten Amnestie-Kampagne für politische Gefangene.]

Radikal, Nr. 124/125 (1-2/84) RZ Frankfurt Berlin. [In der Radikal Nr. 122 wurde der Startbahn-Artikel einer RZ nur unvollständig abgedruckt. Der Beitrag setzt sich mit der Kritik am Startbahn-Papier der RZ auseinander.]

Radikal, Nr. 126/127 (4-5/84) Impressionen und doch kein Frontbericht. Nachbemerkung zum Wolf im Schafspelz. [Anmerkungen von Blaumann zum RZ-Papier.]

1985

Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee Oberursel RZ: Geschichte Kritiken Dokumente. Oberursel: Selbstverlag, o.J. (1985) [Kritikpapiere Der letzte Stand der Dinge, Quasi und Fantasia zur Politik der Revolutionären Zellen. Außerdem mehrer Nachdrucke von RZ-Texten.]

1987

radikal, Nr. 130, 1987 Die Mythenblase platzen lassen. [Anlässlich des Hungerstreiks der politischen Gefangenen aus der RAF. Aus dem Vorwort des Textes: In unseren stundenlangen Diskussionen über die RAF und die damit verbundenen Ausflüge in die Klassengesellschaft, in andere Guerillabewegungen, landeten wir immer wieder bei den RZ. Nicht zuletzt deshalb, weil wir der Praxis der RZ näher stehen, ihre Struktur und ihr Handeln von uns ansatzweise auch gelebt wird. Aber bedeutet dieses Verständnis auch gleichzeitig Ablehnung der RAF? Oder anders gesagt, ist bewaffneter Kampf nach dem RAF-Schema für uns der falsche Weg, nur, weil der Weg der RZ uns machbarer erscheint.]

Rhizom, Nr. 1 (1/87) Für eine sozialrevolutionäre und antiimperialistische Bewegung. [Artikel zu RZ-Aktionen gegen Institutionen und Personen, die für die Flüchtlingspolitik mitverantwortlich sind. Es herrscht so eine Hundertmeterlaufmentalität, aber politischer Kampf ist eher ein Marathonlauf. Interview mit Flüchtlingen, u.a. zur Flüchtlingskampagne der RZ]

Die Tageszeitung (21.7.1987) Dokumentation: Geschlechterkampf im Untergrund. Die Rote Zora fühlt sich in einer Dokumentensammlung der Revolutionären Zellen ausgegrenzt. [Erklärung von Verteilern und Verteilerinnen aus dem Ruhrgebiet, warum sie das Buch Der Weg zum Erfolg aufgrund fehlender Texte der Roten Zora nicht vertreiben wollen.]

Die Tageszeitung. (31.7.1987) Der Weg zum Erfolg. Betr.: Geschlechterkampf im Untergrund [VerfasserInnen: Norddeutsche Verteilerinnen und Verteiler]

Die Tageszeitung (21.9.87) Christa Wichterich: Einen Bären dienst erwiesen. Die Zündeleyen der Roten Zora gegen die Bekleidungsfirma Adler stoßen in der Frauenbewegung nicht nur auf Zustimmung. Weitere Solidarisierung verhindert?

Die Tageszeitung (10.8.1987) Revolutionäre Zellen: Dokumentation. Betr.: Geschlechterkampf im Untergrund [Kritik der Revolutionären Zellen an der inhaltlichen Zusammenstellung des Buches Der Weg zum Erfolg.]

Die Tageszeitung (11.8.1987) Rote Zora: Auf dem schwierigen Weg zur Befreiung der Frauen ist der Weg zum Erfolg ein ärgerliches Hindernis.

Die Tageszeitung (12.8.1987) ... ask your local dealer. Betr.: RZ-Buch. Parole: Schluß mit dem Kindergeburtstag. [Verteiler und Verteilerinnen im Gebiet Rhein/Main/Neckar, Gruppe Gerda und die sieben Zwerge.]

Die Tageszeitung (8.10.87): Autonome Frauen Reutlingen: Bären dienst für wen? Betr. taz vom 21.9.87, Einen Bären dienst erwiesen [Kritik an die Position von terre des femmes- Tübingen, die die Aktion der Roten Zora bei Adler ablehnte.]

Reader zu den Revolutionären Zellen/zur Roten Zora. Teil 1: Geschichte der Revolutionären Zellen; Interview zu militantem Widerstand und bewaffnetem Kampf mit Leuten aus Frankfurt; BekennerInnenschreiben. o.O.: o.J. (1987). [Mit Texten aus Freiraum 17/1987-; Wildcat 40, 11/86-; radikal 131-; taz vom 9.7.1987-]

1988

Bruchstücke, Für eine Gesellschaft ohne Knäste. Nr. 2/88 Hrsg. Autonomes Knastbüro Bochum 1987

[Eine Einschätzung zu den Konstrukt Anschlagsrelevante Themen.]

E.coli-bri, Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie. Nr. 3/1988 und Nr. 4/1988  
[Verschiedene Artikel zu den Hausdurchsuchungen und Verhaftungen am 18.12.1987.

Veröffentlichung von Briefen der gefangenen Frauen, sowie Solidaritätserklärungen. Berichte zur  
Gentechnologie, Widerstand von Frauen (u.a. zum Arbeitskampf der Arbeiterinnen bei Adler/Flair  
Fashion in Süd-Korea).]

Broschüren-Gruppe Essen Dokumentation. Bundesweite Demonstration in Essen am 11.2.89.

Sofortige Freilassung von Ingrid Strobl. Einstellung aller Ermittlungen und Verfahren. Aufhebung der  
Haftbefehle. Abschaffung aller Sonderhaftbedingungen. Unterstützung der Forderung nach  
Zusammenlegung der Politischen Gefangenen. Weg mit dem Paragraph 129a Bochum: Selbstverlag,  
o.J. (1989), 49 S.

Broschürengruppen für Ulla und Ingrid Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf.  
Dokumentation der Ereignisse und anschlagsrelevanten Themen. Texte zu Gentechnologie,  
Frauenbewegung, Faschismus und Bevölkerungspolitik. Ausgesucht von Ulla Penselin und Ingrid  
Strobl. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1988. [Enthält u.a. Einschätzungen zur BKA-Razzia  
Dezember 1987 im Ruhrgebiet, Beugehaft und der Verhaftung von Ulla Penselin und Ingrid Strobl.]

Konkret, Nr. 1/1988 Oliver Tolmein: Die Rote Zora zündelt nicht. [Anmerkungen und Kritiken zur  
Adler-Aktion der Roten Zora]

1989

BRD + Dritte Welt, Nr. 35 (1/89) Ute Locy; Christa Stolle (Terre des Femmes); Jaisin Pak  
(Koreanische Frauengruppe): Made in Korea. Adler-Textilarbeiterinnen wehren sich gegen deutsche  
Ausbeutung. Kiel: Magazin Verlag, 1989 [Detaillierte Dokumentation zum Widerstand der  
Arbeiterinnen bei Adler in Korea, sowie der westdeutschen Unterstützerinnen, über das  
Wirtschaftswunderland Südkorea und die Rolle deutscher multinationaler Konzerne in diesem Land.  
Zur Aktion der Roten Zora gegen Adler schreiben die Autorinnen: (...) Die Rote Zora hatte in ihrem  
Bekennerbrief erklärt, sie hätte angesichts der Kämpfe der Frauen bei Adler in Iri gegen die  
Ausbeutung der Arbeitskraft und den alltäglichen Sexismus nicht mehr spurlos an den  
Discountmärkten vorbeigehen können. Doch diese Unterstützung stieß bei den Flair-Fashion  
Solidaritätsgruppen nicht auf Gegenliebe. So distanzierte sich Terre des Femmes von den Anschlägen,  
weil sie eine Diskreditierung ihres gewaltfreien Engagements befürchtete. Auch die mühevoll  
geknüpfte Bande zu den Kunden und weiblichen Adler-Angestellten sahen die Aktivistinnen gekappt.  
In der Bundesrepublik leiden die Adler-Beschäftigten, vorwiegend Frauen, ebenfalls unter  
diskriminierenden Arbeitsbedingungen. 70 bis 80 Prozent verdienen nicht über 430 DM, was Adler  
von der Sozialversicherungspflicht entbindet. Die Gesamtbetriebsrätin Frau Wild, teilte TdF (Terre  
des Femmes) in einem Gespräch mit, die Adler-Verkäuferinnen wünschten aus Angst vor neuen  
Anschlägen keine weiteren Kontakte. Sie vermuteten Terroristinnen bei der Frauenrechtsorganisation.  
Ebenso sah sich der Kreisverband der Grünen in Aschaffenburg, zu dem auch Haibach gehört, in  
seiner Unterstützungsarbeit vor Ort behindert. Er verschob eine geplante Aktion auf die lange Bank.]

DAS Komitee Überschwemmungen. Informationen zu Claudia O. und Wolfgang B., VS-Spitzel E.  
Benzing und den Amazonen. Berlin: Selbstverlag, 1989 [In einem zweiseitigen Beitrag wird die  
Geschichte und die Beweggründe der Gruppe Amazonen vorgestellt. Die Amazonen waren/sind Teil  
des militanten Frauenwiderstands und haben, wie die Rote Zora, ebenfalls mit Anschlägen u.a. gegen  
Adler, Beate-Uhse-Sex-Shops und Neckermann-Reisebüros ihren politischen Standpunkt vertreten.]

tiefe einblicke Dokumentation und Hintergründe zu den Hausdurchsuchungen am 18.12.87 und zu den Verhaftungen. Bochum: Frauenbuchladen Bochum, 1988 [Enthält u.a. Redebeiträge auf der Frauen-Solidaritäts-Veranstaltung in Bochum am 9.1.1988 zur Verhaftung von U. Penselin und I. Strobl, Presseerklärungen und -berichte, Aufrufe aus verschiedenen Städten und Solidaritätskundgebungen aus dem In- und Ausland.]

clockwork 129a Informationen über den Prozeß gegen Ingrid Strobl und andere 129a-Verfahren. Hamburg: Selbstverlag, 1989 ff.

Nicht zu fassen Einseitig, Unabhängig, Anschlagsrelevant [Ausgehend von der Verhaftung von I. Strobl und U. Penselin, den Durchsuchungen am 18.12.87, wurden in insgesamt 4 Ausgaben Beiträge zum Prozeß gegen Ingrid Strobl, dem Paragraph 129a, der Kampagne zur Aussageverweigerung bei Justiz und Polizei, der Geschichte der RZ/Rote Zora sowie Textauszügen der Roten Zora, Positionen des Frauenwiderstands, zur Gen- und Reproduktionstechnologien, zum Hungerstreik der politischen Gefangenen, PKK-Verfahren und anderen Prozesse gegen politische Gefangene, veröffentlicht. Von einem ehemaligen Mitglied der Autonomen Flüchtlingsgruppe Köln wird der Versuch unternommen, die Fluchtursachen, die Spaltung zwischen Asylbewerbern und das Scheitern des Konzepts autonome Flüchtlingspolitik zu analysieren.]

Projektgruppe (Hg.): Metropolen(gedanken) und Revolution? Texte zur Patriarchats-, Rassismus- & Internationalismuskritik. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1991 [Ausgehend von dem RZ-Text Was ist das Patriarchat?- wird eine Diskussion aus dem wöchentlichen Berlin-Info Interim dokumentiert. Vom Mythos der Unabhängigkeit oder: das bestürzende Bild der Bedingung, Mann zu sein ein Versuch Rank: Was ist das Patriarchat? Anmerkung zu einem Diskussionsbeitrag der Revolutionären Zellen Kapitalismus = Faschismus = Patriarchat. Zum RZ-Diskussionspapier. Die linken Männer-Mythen knacken!]

1990

200 Jahre sind nicht genug. Mit den Revolutionären Zellen ins postfordistische Zeitalter. o.O. o.J. (1990) [Anlaß der Textzusammenstellung ist das Papier

200 Jahre sind nicht genug. Mit den Revolutionären Zellen ins postfordistische Zeitalter. Die mit Revolutionäre Zellen zeichnenden AutorInnen schreiben

(...) Wir selbst gehören nicht zum traditionellen Teil der RZ. Wenn wir hier also die Möglichkeiten klandestinen Widerstands jetzt erklären, verkaufen wir nicht lediglich unser eigenes, altes möglicherweise totgelaufenes Konzept mit neuen Argumenten. Der Sammelband enthält neben Kritiken zu diesem Papier mehrere ältere Texte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora.]

1991

Interim, Nr. 157 (1.8.1991) maja und kowski: Auf ins wirkliche Leben. [Diskussionsbeitrag zur Erklärung einer RZ-Gruppe: this is not a love song.]

radikal, Nr. 144 Außerhalb von Zeit und Raum. Antwort auf das Papier der RZ und andere abschweifende Gedanken. [Kritik am Papier this ist not a love song.]

1992

Agitare Bene Diskussion um das RZ-Papier zum Tod von Gerd Albartus. Zusammengestellt von Agitare Bene. Teil 1 und 2. [Inhalt: RZ: Gerd Albartus ist tot. Eröffnung der Diskussion über das RZ-Papier Dez. 91 in der Zeitschrift Südwind!; Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier, ak Nr.

338/1992 Zu der Erklärung der RZ, aus der Freiburger Zeitschrift ausbrach Kritik an dem Gerd Albartus Papier-:Ich geh weg, ich geh weg, ich geh weg und such was Neues..., Viele vernagelte Köpfe machen noch keine Revolution!; j w./be. Gruppe K: Verbrecherische Ideologie oder Befreiungsnationalismus? Zur Kritik des linken Zionismus, ak, Nr. 339/1992 Gruppe Internationalistische Feministinnen: Nachruf auf die RZ. Liebe Leute Text vom PIZ (Projekt interredaktionelle Zusammenarbeit bei Radio Dreieckland), Freiburg. Anmerkungen zum RZ-Papier Gerd Albartus ist tot von einem politischen Gefangenen aus den USA Revolutionäre Zellen Tendenz für die internationale soziale Revolution Revolutionäre Zellen: Wir müssen so radikal sein wie die Wirklichkeit.]

Amazora, Nr. 38 (10/92) Der ewige Molch. Ein Beitrag von Frauen zur RZ-Debatte. [Der Beitrag beinhaltet eine Kritik an dem RZ-Text Das Ende unserer Politik sowie eine Antwort auf eine RZ-Gruppe zum Text This is not a love song.]

Kritik macht uns stärker. Texte zur RZ-Diskussion. [Eine Zusammenstellung von Beiträgen aus der Zeitschrift Interim zu den u.a. in Kapitel 1 dokumentierten Texten verschiedener Revolutionärer Zellen: Kritikpapier aus einem antiimperialistischen Zusammenhang: Ich geh weg und such was Neues. Einige Autonome. Viele vernagelte Köpfe machen noch keine Revolution! Erasmus Hasenfuß: Flüchtlings-RZ auf der Flucht...? Gruppe internationalistische Feministinnen: Nachruf auf die RZ Pepone: Wenn das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird... Berliner Autonome GenossInnen: Noch was zum RZ-Papier Ein politischer Gefangener in den USA: Anmerkungen zum RZ-Papier Gerd Albartus ist tot)

Konkret. Nr. 3/92 Oliver Tolmein: Mehr als nur Symbolik. Anmerkungen zur neuen Erklärung der Revolutionären Zellen. [O. Tolmein bezieht sich auf die Erklärung Das Ende unserer Politik, die in derselben Konkret-Ausgabe veröffentlicht wurde.]

diskus, Nr. 292 Im letzten Akt fließt immer Blut. Zur Selbstaflösung Revolutionärer Zellen. [Eine Kritik an dem Papier Das Ende unserer Politik.]

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora  
ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

# **Themenorientiertes Literaturverzeichnis Ein Auswahl weiterführende Literatur zu den in den Originaltexten behandelten Themen.**

## **BRD und Linke nach 1945**

Peter Brückner Freiheit, Gleichheit, Sicherheit. Von den Widersprüchen des Wohlstands. Frankfurt/M

Fischer Verlag, 1966. Berlin

Wagenbach Verlag, 1989

Peter Brückner: Versuch, uns und anderen die Bundesrepublik zu erklären. Berlin, Wagenbach Verlag, 1978

Alexander von Brünneck: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1978

Freimut Duve (Hg.): Die Restauration entläßt ihre Kinder oder: Der Erfolg der Rechten in der Bundesrepublik. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1968

Jörg Friedrich: Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik. Frankfurt/M: Fischer Taschenbuchverlag, 1984

Die Linke im Rechtsstaat: Band 1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945-1965. Berlin: Rotbuch Verlag, 1976

Ulrike Marie Meinhof: Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken. Berlin: Wagenbach, 1980

Ingo Müller: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz. München, Knauer Verlag, 1989

Karl A. Otto: Vom Ostermarsch zur Apo. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der BRD 1960-1970. Frankfurt/M.: Campus Verlag, 1977

Günther Schwarberg: Die Mörderwaschmaschine. Göttingen: Steidl Verlag, 1990

Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1986

## **Die Neue Linke/Außerparlamentarische Opposition**

Johannes Agnoli, Peter Brückner Die Transformation der Demokratie. Frankfurt/M.

EVA, 1968

Hans Manfred Bock: Geschichte des linken Radikalismus in Deutschland.. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1976

Gabriel Cohn-Bendit, Daniel Cohn-Bendit: Linksradikalismus. Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1968



Hans-Jürgen Krahl: Konstitution und Klassenkampf. Schriften und Reden 1966-1970. Frankfurt/M: Verlag Neue Kritik, 1971

Kursbuch 9/Juni 1967: Vermutungen über die Revolution. Kontroversen über den Protest

Kursbuch 13/Juni 1968: Die Studenten und die Macht

Kursbuch 16/März 1969: Kulturrevolution. Dialektik der Befreiung

Rainer Langhans/Fritz Teufel: Klau mich. Berlin: Edition Voltaire, 1968

Jürgen Miermeister, Jochen Staadt (Hg.): Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965/1971. Darmstadt: Lucherhand Verlag, 1980

Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition: Eine Analyse von Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang LefM-hvre, Bernd Rabehl. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1968

SDS Berlin u.a. (Hg.): Internationaler Vietnam-Kongreß Februar 1968, Westberlin. Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus. Berlin: Edition Voltaire, 1968. Hamburg: Libertäre Assoziation, 1987

Bernward Vesper: Bedingungen und Organisation des Widerstands. Der Kongreß in Hannover. Berlin: Voltaire Verlag, 1967

Frank Wolff, Eberhard Windaus (Hg.): Studentenbewegung 1967-69. Frankfurt/M: Verlag Roter Stern, 1977

## **Die neue Frauenbewegung 60er und 70er Jahre**

Ti-Grace Atkinson Amazonen Odyssee. Feministische Theorie der ersten radikalen Jahre der amerikanischen Frauenbewegung. München

Verlag Frauenoffensive, 1978

Simone de Beauvoir: Das andere Geschlecht. Reinbek: Rowohlt

Phyllis Chesler: Frauen, das verrückte Geschlecht. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1977

Mariarosa Dalla Costa: Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. Berlin: Merve Verlag, 1974

Shulamith Firestone: Frauenbewegung und sexuelle Befreiung. Frankfurt/M: Fischer Verlag, 1975

Gabriele Dietze: Die Überwindung der Sprachlosigkeit aus der neuen Frauenbewegung. Darmstadt: Lucherhand Verlag, 1979

Nancy Friday: Wie meine Mutter. Frankfurt/M: Fischer Verlag, 1976

Hexengeflüster 2: Frauen greifen zur Selbsthilfe. Berlin: Subrosa Frauenverlag, 1976

Kursbuch 47: Frauen. Berlin: Kursbuchverlag, 1977

Anja Meulenbelt: Die Scham ist vorbei. München: Frauenoffensive, 1978

Verena Stefan: Häutungen. München: Verlag Frauenoffensive, 1976

## **Soziale Bewegungen/Neue Linke in den 70er Jahren**

Frankfurter Häuserrat (Hg.) Wohnungskampf in Frankfurt. München

Trikont Verlag, 1974

Georg-von-Rauch-Haus (Hg.): Kämpfen Lernen Leben. Dokumentation. Berlin: Selbstverlag, 1972

Michael Grüttner: Wem gehört die Stadt. Hamburg: Verlag Assoziation, 1976

Stadtteilgruppe Hohenfelde (Hg.): Wir greifen an: Springer, Senat, Neue Heimat. (Hamburg, Eckhoffstraße 39). Hamburg: Selbstverlag, 1973

Margarethe Kukuck: Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967. Hamburg: Verlag Assoziation, 1976

Peter Mosler: Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte zehn Jahre danach. Reinbek: Rowohlt, 1977

Redaktion diskus (Hg.): Küß den Boden der Freiheit. diskus-Texte der Neuen Linken. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1992

Holger Strohm: Friedlich in die Katastrophe. Eine Dokumentation. Hamburg: Verlag Assoziation, 1974

## **Positionen der Guerilla in West-Deutschland/Diskussionen zur Stadtguerilla-Politik**

Pieter Bakker Schut (Hg.) das info. Briefe der Gefangenen aus der RAF 1973-1977. Dokumente.. Kiel neuer Malik Verlag, 1987

Bewaffneter Kampf: Texte der RAF. Auseinandersetzung und Kritik. Utrecht: Verlag van Hauden, 1973

Der Blues: Gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni. 2 Bände. o.O.: Selbstverlag, 1982

Peter Brückner, Barbara Sichtermann: Gewalt und Solidarität. Zur Ermordung Ulrich Schmückers durch Genossen. Berlin: Wagenbach Verlag, 1974

Holger, der Kampf geht weiter!: Dokumente und Beiträge zum Konzept Stadtguerilla. Gaiganz: Politladen Verlagsgesellschaft, 1975

Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa (Hg.): Texte: der RAF. Malmö: Verlag Bo Cavefors, 1977

Klaut sie!: (Selbst-) Kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla. Mit Beiträgen von Karl-Heinz Roth, Fritz Teufel, Mitgliedern der Bewegung 2. Juni.. Tübingen: iva-Verlag, 1979

Linke Liste Frankfurt (Hg.): Die Mythen knacken. Materialien wider ein Tabu. Neue Linke, RAF, Deutscher Herbst, Amnestie. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1987

Emile Marensin, Peter Paul Zahl: Stadtguerilla und soziale Revolution. Haarlem: Edition Queimada, 1975

Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. Deutschlands Aufbruch und die RAF. Hamburg: Konkret

Literatur Verlag, 1992

Widerstand heißt Angriff!: Erklärungen, Redebeiträge, Flugblätter und Briefe 1977-1987.  
Amsterdam: Selbstverlag, 1988

## **Theorien und Analysen zur Guerilla in Europa/USA**

Autonomie Neue Folge, Nr. 12 Modell Italien. Revolutionäre Bewegungen am Ende. Hamburg  
Selbstverlag, 1983

Bewaffneter Kampf und Massenlinie: Beiträge der Gauche Prolétarienne zur Vorbereitung des  
bewaffneten Aufstands. München: Trikont Verlag, 1972

G. A. Petermann (Hg.): Black Power. Dokumentation. Berlin: Oberbaumpresse, 1967

Edward Reavis (Hg.): Burn Baby Burn. Die schwarze Revolte. Darmstadt: Melzer Verlag, 1968

CCC 198486: documentatie documentation. o.O.: Selbstverlag, 1986

Gauche Prolétarienne: Volkskrieg in Frankreich? Strategie und Taktik der proletarischen Linken.  
Berlin: Wagenbach Verlag, 1973

Henner Hess u.a.: Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus. (Italien,  
Frankreich, Niederlande). Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag, 1988

Internationale Debatte: Texte der Brigade Rosse 1982/85. Zürich: Verlag Internationale Debatte, 1986

Lotta Continua (Hg.): Irland, ein Vietnam in Europa. Informationsmaterial, Dokumente, Interviews  
mit Führern und Militanten des bewaffneten Kampfes. München: Trikont Verlag, 1972

Rote Brigaden: Fabrikguerilla in Mailand 1980-81. Ex Militante der Kolonne Walter Alasia erzählen  
ihre Geschichte. Stuttgart: Commune Verlag, 1986

Il manifesto: Terrorismus der Starken und der Schwachen. Berlin: Merve Verlag, 1972

## **Befreiungsbewegungen/Guerilla im Trikont**

Marcio Alves, Conrad Detrez, Carlos Marighela Zerschlagt die Wohlstandsinseln der Dritten Welt.  
Mit einem Handbuch der Guerilleros von Sao Paulo. Reinbek

Rowohlt Verlag, 1971

Almicar Cabral: Die Theorie als Waffe. Schriften zur Befreiung in Afrika. Bremen: Edition con, 1983

Régis Debray: Revolution in der Revolution?. Bewaffneter Kampf und politischer Kampf in  
Lateinamerika. München: Trikont Verlag, 1967

Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1966

Ernesto Che Guevara: Guerilla Theorie und Methode. Sämtliche Schriften zur Guerillamethode, zur  
revolutionären Strategie und zur Figur des Guerilleros. Berlin: Wagenbach Verlag, 1968

Ho Tshi Minh: Revolution und nationaler Befreiungskampf. Ausgewählte Reden und Schriften  
1920/1968. München: Piper Verlag, 1968

Mao Tse-tung. Theorie des Guerillakrieges oder Strategie der dritten Welt. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1966

Joachim Schickel (Hg.): Guerilleros, Partisanen. Theorie und Praxis. Mit Texten u.a. von Engels, Lenin, Mao Tse-tung, Giap, Guevara, R.F. Williams, Lin Pia. München: Hanser Verlag, 1968

Gabi Weber: Die Guerilla zieht Bilanz. Gespräche mit Guerillaführern in Argentinien, Bolivien, Chile, Uruguay. Gießen: Focus Verlag, 1989

## **Geheimdienste**

Counterinsurgency Planning Guide US-Army Special Warfare Planning School, Fort Bragg. Berlin Harald Kater Verlag, 1988

Philip Agee u.a.: Unheimlich zu Diensten. Medienmißbrauch durch Geheimdienste. Göttingen: Steidl, 1987

Christa Ellersiek, Wolfgang Becker: Das Celler Loch. Geschichte einer Geheimdienstaffaire. Hamburg: Verlag am Galgenberg, 1987

Gero Gemballa: Gemeingefährlich. Verfassungsschutz, BND, MAD, Stasi. Köln: PapyRossa Verlag, 1990

Rolf Gössner, Uwe Herzog: Im Schatten des Rechts. Methoden einer neuen Geheimpolizei. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1986

Günther Neuberger, Michael Opperkalski: CIA in Westeuropa. Bornheim: Lamuv Verlag, 1982

Hans-Jürgen Schulz: Die geheime Internationale. Zur Geschichte und Funktion der Geheimdienste in der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt/M.: ISP-Verlag, 1982

Redaktion Straßenmedizin u.a. (Hg.): Präventive Konterrevolution. Polizeipsychologen in der BRD. Hamburg: Selbstverlag, 1988

Gaby Weber: CIA, Drogen, Gehirnwäsche. Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation, 1981

## **Deutscher Herbst/Stammheim**

Nina Baader, Ilse Ensslin, Helmut Ensslin (Hg.) Wer jetzt noch von Selbstmorden in Stammheim spricht, redet einer Lüge des SPD-Staates das Wort. Dokumentation

Der Prozeß gegen die Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Nerwerla. Stuttgart fantasia druck, 1978

Michelle Beavillard u.a.: Der Tod Ulrike Meinhofs. Bericht der internationalen Untersuchungskommission. Tübingen: iva-Verlag, 1979

Pieter Bakker Schut. Stammheim: Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion. Kiel: Neuer Malik Verlag, 1986

Tatjana Botzat, Elisabeth Kiderlen, Frank Wolff: Ein deutscher Herbst. Zustände, Dokumente, Berichte, Kommentare. Frankfurt/M: Verlag Neue Kritik

Ermittlungsinitiative Frankfurt/M (Hg.): Von all dem haben wir nichts gewußt.... Dokumentation über

den 17./18.10.1977 in Stammheim und Mogadischu. Frankfurt/M: Selbstverlag, 1978

Herbert Nagel: Carlos Supermaus. Zur RAF und Staatsgewalt. Hamburg: Edition Nautilus, 1987

Ulf Stuberger (Hg.): In der Strafsache gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin wegen Mordes u.a.. Dokumente aus dem Prozeß. Frankfurt/M: Syndikat Verlagsgesellschaft, 1978

Karl-Heinz Weidenhammer: Selbstmord oder Mord?. Das Todesermittlungsverfahren: Baader/Ensslin/Raspe. Kiel: Neuer Malik Verlag, 1988

## **Modell Deutschland/Neuer Faschismus-Diskussion**

Antifaschistische Russel Reihe- 1. Dokumentation über neo-nazistische Umtriebe in der BRD und ihre Deckung seitens staatlicher Organe. Hamburg

J. Reents Verlag, 1978

Autonomie Nr.10: Materialien gegen die Fabrikgesellschaft. München: Trikont Verlag, 1978

Wolfgang Dreßen: Der Staat lebt von Krisen Neuer Faschismus?. Frankfurt/M: Verlag Neue Kritik

Foucault, Geismar, Gluckmann u.a.: Neuer Faschismus. Neue Demokratie über die Legalität des Rechtsstaats. Berlin: Rotbuch Verlag, 1973

Ästhetik & Kommunikation: Faschismus heute?. Berlin: Verlag Ä & K, 1978

Toni Negri: Vom Wohlfahrtsstaat zum Kriegsstaat. in: Sabotage. Briefe und Schriften aus dem Gefängnis. München: Trikont Verlag

Klaus Theweleit: Männerphantasien. Basel/Frankfurt: Stroemfeld/Roter Stern, 1977/78

Nicos Poulanzas Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt/M.: Athenäum Verlag 1975

Rote Hilfe West-Berlin: Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken. in: Kursbuch 31, 1977. Berlin: Wagenbach Verlag, 1973

## **Staatsgewalt**

Enno Brand Staatsgewalt. Politische Unterdrückung und Innere Sicherheit in der Bundesrepublik. Göttingen

Verlag Die Werkstatt, 1988

Bunte Hilfe Darmstadt (Hg.): Die neuen High-Tech-KZs. Gehirnwäsche und Isolationshaft als Normalvollzug. Darmstadt: Selbstverlag, 1988

Sebastian Cobler: Die Gefahr geht vom Menschen aus. Der vorverlegte Staatsschutz. Berlin: Rotbuch Verlag, 1977

Rolf Gössner: Das Anti-Terror-System. Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat. Hamburg: VSA-Verlag, 1991

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.): Schwarze Texte. Politische Zensur in der BRD 1968 bis heute. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1989

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.): aufruhr. Widerstand gegen Repression und 129a.  
Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1991

Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD (Hg.): Der Kampf gegen die  
Vernichtungshaft. o.O.: Eigenverlag, 1974

Kursbuch 32. Folter in der BRD: Zur Situation der Politischen Gefangenen. Berlin: Rotbuch Verlag,  
1973

Helmut Ortner (Hg.): Normalvollzug. Die geplante Zerstörung der Mitmenschlichkeit. Tübingen:  
iva-Verlag, 1978

Margot Overath: Drachenzähne. Gespräche, Dokumente und Recherchen aus der Wirklichkeit der  
Hochsicherheitsjustiz. Hamburg: VSA Verlag, 1991

Bernhard Rambert, Ralf Binswanger, Pieter Bakker Schut: Todesschüsse. Isolationshaft. Eingriffe ins  
Verteidigungsrecht. Kritische Anmerkungen zu dem Bericht der Bundesrepublik Deutschland an den  
UN-Menschenrechtsausschuß vom November 1977. Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation, 1987

## **Die Bewegungen in den 80er Jahren. Häuser-/Anti-AKW-/Startbahn-/ Antikriegsbewegung**

Abgebrannt Eine Wiederaufarbeitung des Widerstands gegen die WAA Wackersdorf 1981-88 aus  
autonomer Sicht. Berlin

Selbstverlag, 1988

Atomexpresß, Atommüllzeitung, KB (Hg.): Vertrauen schaffen. Innere Sicherheit und  
Friedensbewegung. Göttingen: Selbstverlag, 1984

Augenklinikbesetzer (Hg.): Häuserkampf in Göttingen. Dokumentation. Göttingen: Selbstverlag, 1980

Autonomie Neue Folge Nr.4/5: AKW-Widerstand/Atomstaat. Hamburg: Selbstverlag, 1980

Bundeskongreß autonomer Friedensgruppen (Hg.): 500.000 gegen Reagan und die NATO. Göttingen:  
Verlag Die Werkstatt, 1982

die tageszeitung (Hg.): Sachschaden. Häuser und andere Kämpfe. Berlin: Verlag die tageszeitung,  
1981

Ermittlungsausschuß Berlin (Hg.): abgeräumt? 8 Häuser geräumt Klaus-Jürgen Rattay tot. Berlin:  
Selbstverlag, 1981

Ermittlungsausschuß Freiburg: Dokumentation 5. März 1981. Freiburg: Selbstverlag, 1981

Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen. Berlin-Amsterdam:  
Edition ID-Archiv, 1990

Hermann, Lenger, Reemtsma, Roth: Hafensstraße. Chronik und Analyse eines Konflikts. Hamburg:  
Verlag am Galgenberg, 1987

Initiative Sozialistisches Forum. Frieden: Je näher man hinschaut, desto fremder schaut es zurück.  
Freiburg, M-Ga Ira Verlag, 1984

Komitee gegen Bombenzüge (Hg.): Hochexplosiv Widerstand gegen die NATO. Bremen:

Selbstverlag, 1984

## **Neofaschismus/Neue Rechte**

Dan Diner (Hg.) Ist der Nationalsozialismus Geschichte?. Zur Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt/M

Fischer Verlag, 1987

Jürgen Elsässer: Antisemitismus das alte Gesicht des neuen Deutschland. Berlin: Dietz Verlag, 1992

Margret Feit: Die Neue Rechte in der Bundesrepublik. Organisation-Ideologie-Strategie. Frankfurt/M.: Campus Verlag, 1987

Franz Hess, Hans-Gerd Jaschke, Klaus Schönekas: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1990

P. Heye, R. Kratz: In bester Gesellschaft. Aus der Grauzone zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus. Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 1992

ID-Archiv im IISG (Hg.): Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP. Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1992

Siegfried Jäger (Hg.): Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten. Bonn: J.H.W. Dietz Verlag, 1988

Redaktion diskus: Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland. Berlin-Amsterdam, Edition ID-Archiv, 1992

Wolfgang Pohrt: Der Weg zur Inneren Einheit. Elemente des Massenbewußtseins. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1991

Bernd Siegler: Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR. Berlin: Edition Tiamat, 1990

## **Auseinandersetzung um Antizionismus/Antisemitismus in der Linken**

autonome l.u.p.u.s.-Gruppe Geschichte, Rassismus und das Boot. Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse. Berlin-Amsterdam

Edition ID-Archiv, 1992

Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls. Frankfurt/M: Fischer Taschenbuchverlag, 1986

Detlev Claussen: Vom Judenhass zum Antisemitismus. Materialien einer verlängerten Geschichte. Darmstadt: Luchterhand, 1987

Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter: Der Erbkönig. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1991

Eike Geisel: Lastenausgleich, Umschuldung. Die Wiedergutwerdung der Deutschen. Berlin: Edition Tiamat, 1984

Initiative Sozialistisches Forum: Linker Antisemitismus in:. Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution. Analysen und Polemiken. Freiburg: M-ga ira Verlag, 1990

Initiative Sozialistisches Forum: Krise & Kritik Nr.4/5. Logik des Antisemitismus. Freiburg: M-Ga ira Verlag, 1991

Kommunistischer Bund (Hg.): Ein unvermeidlicher Streit. Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina. Hamburg: Selbstverlag, 1989

Léon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Mit einem Vorwort von Detlev Claussen und einem Beitrag von Thomas Haury. Freiburg: M-Ga Ira Verlag, 1992

Sozialistisches Osteuropakomitee: Juden und Antisemitismus in Osteuropa. Osteuropa-Info Nr.55. Hamburg: Junius verlag, 1984

Ingrid Strobl: Sag nie du gehst den letzten Weg. Frauen im bewaffneten Kampf gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Frankfurt/M: Fischer Taschenbuchverlag, 1989

Dietrich Wetzel: Die Verlängerung der Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästina-Konflikt. Frankfurt/M: Verlag Neue Kritik, 1983

## **Linke Kritik am Realsozialismus**

Isaac Deutscher Die unvollendete Revolution (1967). Hamburg

Junius Verlag, 1981

Rudi Dutschke, Manfred Wilke (Hg.): Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1975

Angelika Ebbinghaus: Taylor in Russland. in: Autonomie im Arbeitskampf. Hamburg/München: Verlag Assoziation/Trikont, 1978

André Glucksmann: Die Köchin und der Menschenfresser. Über die Beziehung zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslager. Berlin: Wagenbach Verlag, 1976

Georg Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen Osteuropa 1948-1954. Berlin: Linksdruck, 1990

Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Nr. 4: Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells. Beiträge zur Geschichte der sozialen Konfrontationen mit dem sozialistischen Akkumulationskommando. Berlin/Göttingen: Büchladen Schwarze Risse/Rote Straße, 1992

Benno Sarel: Arbeiter gegen den Kommunismus. Zur Geschichte des Proletarischen Widerstandes in der DDR (1945-1958). Berlin/Göttingen: Büchladen Schwarze Risse/Rote Straße, 1991. (Neuaufgabe)

Karl Schlögel: Der renitente Held. Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953-1983. Hamburg: Junius Verlag, 1984

Dietrich Staritz: Sozialismus in einem halben Land. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistischen-demokratischen Umwälzung in der BRD. Berlin: Wagenbach Verlag, 1976

Viktor Zaslavsky: In geschlossener Gesellschaft. Gleichgewicht und Widerspruch im sowjetischen Alltag. Berlin: Wagenbach Verlag, 1982



## **Gewerkschaftskritik & Betriebsarbeit**

Bergmann, Janssen, Klein (Hg.) Autonomie im Arbeitskampf. Beiträge zum Kampf gegen die Fabrikgesellschaft. München/Hamburg

Trikont/Assoziation, 1978

Gerd Höhne: Wir gehen nach vorn!. Erfahrungsbericht über die Arbeitskämpfe bei Mannesmann. Berlin: Rotbuch Verlag, 1974

O. Jacobi u.a. (Hg.): Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78 ff.. Berlin: Rotbuch Verlag, 1978

Rainer Duhm/Harald Wieser (Hg.): Krise und Gegenwehr. Ein Arbeitsbuch zum politischen Alltag in den Betrieben. Berlin: Rotbuch, 1975

Lotta Continua: Arbeiterautonomie in Westdeutschland. Gaiganz: Politladen Verlagsgesellschaft, 1974

Proletarische Front: Arbeiterkämpfe in Deutschland. München: Trikont, 1973

Karl-Heinz Roth: Die andere Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. München: Trikont Verlag, 1974

## **Internationale Wirtschaftspolitik**

S. Amin/G. Arrighi/A.G. Frank/ I. Wallerstein Dynamik der globalen Krise. Opladen

Westdeutscher Verlag, 1986

Arbeitsgruppe Strukturanpassung und Frauen (Hg.): Von der Vernicht(s)ung der Frauen. Bern/Hamburg: Selbstverlag, 1992

Autonomie Neue Folge Nr. 10: Antiimperialismus in den 80er Jahren. Hamburg: Selbstverlag, 1980. Berlin: Verlag der Buchläden, 1987 (Neuaufgabe)

Autonomie Neue Folge Nr. 11: Imperialismus in den Metropolen. Zwang zur Arbeit. Neue Armut. Hamburg: Selbstverlag, 1982

Folker Fröbel/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye: Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1977

Umbruch in der Weltwirtschaft: Die globale Strategie: Verbilligung der Arbeitskraft, Flexibilisierung der Arbeit, Neue Technologien. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1986

Susan George: Sie sterben an unserem Geld. Die Verschuldung der Dritten Welt. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1981

Detlev Hartmann: Völkermord gegen soziale Revolution. in: Autonomie Neue Folge, Nr. 15. Klassengeschichte soziale Revolution

Brigitte Heinrich: D-Mark-Imperialismus. Deutsche Industrie und Ausbeutung in der Dritten Welt. Berlin: Edition Voltaire, 1971

Peter Körner/Gero Maß/Thomas Siebold/Rainer Tetzlaff: Im Teufelskreis der Verschuldung. Der

Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt. Hamburg: Junius Verlag, 1984

Ernest Mandel: Die Krise. Weltwirtschaft 1974/1986. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1987

Alexander Schubert: Die internationale Verschuldung. Die Dritte Welt und das transnationale Bankensystem. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1985

## **Feministische Theorie**

Gruppe Feministischer Internationalismus (Hg.) Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse. Frauen in der Weltwirtschaft. Bremen

Edition con, 1989

Veronika Bennholdt-Thomsen/Maria Mies/Claudia von Werlhof: Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit. Reinbek, Rowohlt Verlag, 1983, (Neuaufgabe: Rotpunkt-Verlag, Zürich, 1992)

Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.: Zwischen allen Stühlen Frauen in der Dritten Welt. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 23. Köln: Selbstverlag, 1988

Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.: Zukunft der Frauenarbeit. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 10

Claude Maillasaux. Die wilden Früchte der Frau: Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft. Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag, 1983

Maria Mies: Patriarchat und Kapital. Zürich: Rotpunktverlag, 1991

Westberliner IWF/Weltbank-Frauenplenum. Ohne uns Frauen läuft nix. Ansätze zum Zusetzen, Durchsetzen, Umsetzen, Fortsetzen. Berlin: Selbstverlag, 1988

Sabine Preuß: Die Frauen von Acapulco Fashion. Weiblicher Lebenszusammenhang und Industrialisierung in den Weltmarktfabriken Mexikos

Claudia von Werlhof: Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun. München: Frauenoffensive, 1992

## **Sexuelle Gewalt/Sextourismus/Frauenhandel**

agisra (Hg.) Frauenhandel und Prostitutionstourismus. Eine Bestandsaufnahme. München

Trickster Verlag, 1990

Susan Brownmiller: Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft. Frankfurt/M: Fischer Taschenbuchverlag, 1980  
Ursula Enders: Zart war ich, bitter war's. Sexueller Mißbrauch an Mädchen und Jungen. Köln: Kölner Volksblatt Verlag, 1989

Frauen gegen Imperialismus und Patriarchat: Sextourismus und Frauenhandel. Am Beispiel Thailand BRD. Münster: selbstverlag, 1988

Mechthild Maurer: Tourismus, Prostitution, Aids. Zürich: Rotpunktverlag, 1991

Elvira Niesner: Prostitution auf den Philippinen. Berlin: EXpress Edition, 1988

Regula Renschler: Ware Liebe. Sextourismus-Prostitution-Frauenhandel. Wuppertal: Peter Hammer Verlag, 1987

Florence Rush: Das bestgehütete Geheimnis. Sexueller Kindesmißbrauch. Berlin: Orlanda Frauenverlag, 1985

Nawal el Saadawi: Tschador. Frauen im Islam. Bremen: Edition con, 1980

## **Bevölkerungspolitik**

Frauen gegen Bevölkerungspolitik (Hg.) Materialien gegen Bevölkerungspolitik. Hamburg Selbstverlag, 1989

Gunnar Heinsohn/Rolf Knieper/Otto Steiger: Menschenproduktion. Allgemeine Bevölkerungslehre der Neuzeit. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1979

Heidrun Kaupen-Haas (Hg.): Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik. Nördlingen: Greno Verlag, 1986

Gertrude Pauritsch, Beate Frankele, Elisabeth List u.a.: Kinder machen. Strategien der Kontrolle weiblicher Fruchtbarkeit. Wien: Wiener Frauenverlag, 1989

Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V. (Hg.): Frauen zwischen Auslese und Ausmerze. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 14. Köln: Selbstverlag 1985

Ingrid Strobl: Strange Fruit. Bevölkerungspolitik: Ideologie, Methoden, Ziele Widerstand. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1991

Christa Wicherich (Hg.): Zum Beispiel Bevölkerungspolitik. Bornheim-Merten: Lamuv Verlag, 1988

## **Migration/Flüchtlingspolitik**

Antirassistisches Zentrum (Hg.) Flüchtlinge in der TU Berlin. Reader zum Städtetreffen Berlin 6.-8.11.91. Berlin

Selbstverlag, 1991

Stephen Castles: Migration und Rassismus in Europa. Berlin: Express Verlag, 1987

Internationales Referat AStA Oldenburg (Hg.): 9. Bundeskongreß der Flüchtlinge und EmigrantInnen. Oldenburg, 15.-17.9.1989. Oldenburg: Selbstverlag, 1989

Iz3W (Hg.): Festung Europa. Rassismus, Ausgrenzung, Migration. Sonderdruck des Iz3W (Nr.169). Freiburg: Selbstverlag, 1990

Koordination Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen (Hg.): Materialien gegen imperialistische Flüchtlingspolitik. Duisburg: Selbstverlag, 1987

Lydia Potts: Weltmarkt für Arbeitskraft. Von der Kolonisation Amerikas bis zu den Migrationen der Gegenwart. Hamburg: Junius, 1988

Projekt ID-Asyl Düsseldorf (Hg.): Frauen, Flucht. Materialien zur alltäglichen Verfolgung von Frauen. Duisburg: Selbstverlag, 1987

## Roma

Karola Frings/Frank Sparing Z. Zt. Zigeunerlager. Die Verfolgung der Düsseldorfer Sinti und Roma im Nationalsozialismus. Köln

Volksblatt Verlag, 1992

Karola Frings/Frank Sparing: Nur wenige kamen durch. Sinti und Roma im Nationalsozialismus. Köln: Selbstverlag, 1990

Gesellschaft für bedrohte Völker (Hg.): Sinti und Roma im ehemaligen KZ Bergen-Belsen. Göttingen: Pogrom, 1980

Joachim S. Hohmann: Geschichte der Zigeunerverfolgung in Deutschland. Frankfurt/M: Campus Verlag, 1988

Donald Kenrick, Grattan Puxon: Sinti und Roma. Die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat. Göttingen: Pogrom, 1981

Köln Roma Initiativen (Hg.): Das Kölner Datenaustauschmodell. Sondererfassung der Roma durch die Zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten der Stadt Köln: Modell für die bundesweite Einrichtung neuer Landfahrerzentralen. Köln: Selbstverlag, 1990

Romani Rose: Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland. Heidelberg: Selbstverlag, 1987

Michael Zimmermann: Verfolgt, Vertrieben, Vernichtet. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma. Essen: Klartext Verlag, 1989

Tilamm Zülch (Hg.): In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt. Zur Situation der Sinti in Deutschland und Roma in Europa. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1983

## Gen- und Reproduktionstechnologie

Paula Bradish u.a. Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien. Dokumentation des 2. Bundeskongresses . München

Frauenoffensive, 1989

Anita Fetz/Floriane Koechlin/Ruth Mascarin: Gene, Frauen und Millionen. Zürich: Rotpunkt Verlag, 1988

Wolfgang Fremuth (Hg.). Das manipulierte Leben. Pflanzen Tier Mensch: Die Gentechnik entläßt ihre Kinder. Köln: Kölner Volksblatt Verlag, 1988

Gena Gorea: Muttermaschine. Reproduktionstechnologien Von der künstlichen Befruchtung zur künstlichen Gebärmutter. Frankfurt/M: Fischer Taschenbuchverlag, 1988

Friedrich Hansen, Regine Kollek: Gentechnologie. Die neue soziale Waffe. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1985

Henning Heske (Hg.): Ernte Dank?. Landwirtschaft zwischen Agrobusiness, Gentechnik und traditionellem Landbau. Gießen: Focus Verlag, 1987

Manuel Kiper (Hg.): Die Unsichtbaren. Krieg mit Genen und Mikroben. Köln: Kölner Volksblatt

Verlag, 1988

Pat Roy Mooney: Saat-Multis und Welthunger. Wie die Konzerne die Nahrungsschätze der Welt plündern. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1981

Ludger Weiß (Hg.): Die Träume der Genetik. Gentechnische Utopien von sozialem Fortschritt. Nördlingen: Greno Verlag, 1989

Gaby Zipfel: Reproduktionsmedizin. Die Enteignung der weiblichen Natur. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1987

## **Eugenik und Euthanasie**

Till Bastian Von der Eugenik zur Euthanasie. Ein verdrängtes Kapitel aus der Geschichte der Deutschen Psychiatrie. Bad Wörishofen

Verlagsgemeinschaft Ertl, 1981

Fanz Christoph: Tödlicher Zeitgeist. Notwehr gegen Euthanasie. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1990

Klaus Dörner: Tödliches Mitleid. Die soziale Frage: Entsehung Medizinierung NS-Endlösung heute gestern. Gütersloh: Jakob von Hoddis Verlag, 1988

Ernst Klee: Euthanasie im NS-Staat. Die Vernichtung lebensunwerten Lebens. Frankfurt/M.: Fischer Verlag

Benno Müller-Hill: Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933/1945.

Kristine von Soden: Die Sexualberatungsstellen der Weimarer Republik 1919-1933. Berlin: Edition Hentrich, 1987

Udo Sierk, Nati Ratke: Die Wohltätermafia. Vom Erbgesundheitsgericht zur Humangenetischen Beratung. Frankfurt/M.: Mabuse Verlag, 1988

Oliver Tolmein: Geschätztes Leben. Die neue Euthanasie-Debatte. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1990

Manfred Max Wambach (Hg.): Der Mensch als Risiko. Zur Logik von Prävention und Früherkennung. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1983

## **Triple Oppression/Rassismuskussion**

Neville Alexander Wer Wind säht, wird Sturm ernten. Frankfurt/M

ISP-Verlag 1988

Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein: Rasse. Klasse. Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument Verlag, 1990

Angela Davis: Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA. Berlin: Elefanten Press, 1982

A. Sivanandan, J. Bourne: From Resistance to Rebellion. Texte zur Rassismuskussion. Berlin/Göttingen: Schwarze Risse/Rote Straße, 1992

Annita Kapalka/Nora Rätzel (Hg.): Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein. Leer: Mundo Verlag 1990

Deborah King: Mehrfache Unterdrückung, vielfältiges Bewußtsein. Der Kontext eines schwarzen Feminismus. in: M-!Basta! Frauen gegen Kolonialismus. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1992

Anja Meulenbelt: Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1988

Klaus Viehmann und GenossInnen: Drei zu eins. Klassenwiderspruch, Rassismus, Sexismus . in: Metropolen(gedanken) und Revolution?. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1991

## **Nachschlagewerke/Bibliographien**

Freimut Duve (Hg.) Aufbrüche. Die Chronik der Republik 1961 bis 1989. Reinbek

Rowohlt Verlag, 1986

Peter Hein: Stadtguerilla und bewaffneter Kampf in der BRD. Eine Bibliographie. Berlin-Amsterdam, Edition ID-Archiv, 1989

Kurt Hirsch: Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1985. München: Verlag Knesebeck & Schuler, 1989

ID-Archiv im IISG: Verzeichnis der lieferbaren Broschüren . Ausgabe 1992/93. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1992

ID-Archiv im IISG: Verzeichnis der alternativMedien. Zeitschriften/Zeitungen, Radioinitiativen, Videogruppen. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1991

Rüdiger Liedtke: Wem gehört die Republik. Die Konzerne und ihre Verflechtungen Namen, Zahlen, Fakten. Frankfurt/M.: Eichborn Verlag, 1991

Dieter Nohlen, Franz Nuschler: Handbuch der Dritten Welt. Band 18. Bonn: J.H.W. Dietz Verlag, 1992

Peter Stier u.a.:Handbuch der Entwicklungsländer. Sozioökonomische Prozesse, Fakten und Strategien. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag, 1988

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---

Abendroth, Wolfgang 122  
Abs, Hermann Josef 241  
Adenauer, Konrad 405, 562  
Adomeit, Manfred 161  
Adorno, Theodor W. 327  
Agnoli, Johannes 495  
Albartus, Gerd 20, 22, 29, 31, 33, 46, 57, 63, 664, 673, 679f.  
Albrecht, Ernst 341  
Allen, Jim 407  
Allende, Salvador 116  
Altun, Cemal 322, 547  
Amin, Samir 476  
Amin, Idi 23, 478  
Amusegar, Dchamchid 197  
Andropow, Jurij V. 478  
Apel, Hans 300  
Arndt 574  
Arriaga, Kaulza de 323  
Audran 180  
Baader, Andreas 35, 100, 144f., 170, 221, 646, 627f.  
Bahro, Rudolf 495  
Barre, Siad 478  
Bartsch, Jürgen 146, 152  
Bastian, Gert 496  
Baum, Gerhart Rudolf 302-304, 308  
Bayer 666  
Bender 554  
Berberich 668-671  
Beauvoir, Simone de 588  
Biermann, Wolf 248

Blake, William 644  
Blanco, Carrero 167  
Bloch, Dora 63  
Blüm, Norbert 513f.  
Blumenthal 235  
Böckler, Hans 516  
Böhmer 122  
Börner, Holger 358, 415, 444, 457  
Böse, Wilfried Bonni 22f., 63, 130, 196f., 199-204, 221, 311  
Bösse 233  
Boor, de 162  
Botha, Pieter W. 532  
Brandt, Willy 225, 240, 417, 469  
Braunmühl, von Gerold 558  
Brecht, Bertolt 70, 209f., 232, 262, 565  
Brehl 434  
Breschnew, Leonid I. 234, 478  
Breucker, Frank 413  
Brezinski, Zbigniew K. 235  
Brockmann, Dorothea 614  
Broicher 227  
Brown 235  
Brückner, Peter 172, 176  
Buback, Siegfried 144f., 160f., 174, 176f., 203, 452, 558  
Bülow, Andreas von 357f.  
Burg 419  
Butz 231  
Cabral, Amilcar 387  
Carmichael, Stokley 286  
Caroline von Monaco 199



Carter, Jimmy 235, 371f.  
Ceausescu, Nicolae 578  
Chrustschow, Nikita 478  
Churchill, Winston 482  
Colby 320  
Conti 548  
Croissant, Klaus 176, 223  
Dahrendorf, Ralf 298  
Dalton, Roque 20  
Delens 574f.  
Dellwo, Karl-Heinz 450  
Delorme 311-313  
Demirel, Süleyman 299  
Diner, Dan 496  
Dregger, Alfred 415  
Drenkmann, Günter von 101, 105f., 175, 196, 273  
Dressler 666  
Dreyfuss, Alfred 213  
Düx, Heinz 163  
Dutschke, Rudi 99, 268, 284, 356  
Ebert, Friedrich 221  
Ecevit, Bülent 225  
Eckstein 554  
Eichberger, Josef 571  
Engelmann, Bernt 221  
Ensslin, Gudrun 221  
Fackelday 125  
Fanon, Frantz 230  
Farthmann, Friedhelm 509  
Feiling, Hermann 647, 664-680

Fischer, Eugen 622  
Fischer, Joseph Joschka 165, 200, 274  
Flick, Friedrich-Karl 125, 241  
Fraga 323  
Franco 242  
Frank, André Gunder 229, 476, 478  
Friedrichs, Hans 239  
Fröbel, Folker 228f., 232, 238  
Frühwacht-Treber, Wilma 455  
Galinski, Heinz 199,195  
Geissler, Christian 438, 461  
Geißler, Heiner 567  
Gemmer, Karl Heinz 455  
Genet, Jean 35  
Genscher, Hans-Dietrich 152, 452  
George, Susan 230f.  
Giscard d'Estaing, Valery 372  
Glucksmann, Andre 223  
Görlach, Willi 415  
Goldberg 371  
Golzem, Armin 163  
Gonzales, Felipe 225  
Gramsci, Antonio 244, 331  
Grashof, Manfred 101  
Grawitz 548  
Gries, Eckart 415f., 452, 455, 457  
Gründler, Hartmut 245  
Gruhl, Herbert 356  
Grynspan, Herschel 209  
Guevara, Ernesto Che 97, 99, 208, 249, 326, 500

Haaren, Kurt van 515  
Hackmann, Werner 575f.  
Haddad, Waddi 197-200, 208  
Häger 574  
Haig, Alexander 381, 473  
Halimeh (siehe Kuhlmann, Brigitte)  
Hammerschmidt, Katharina 146, 160, 162  
Harms 679  
Hauenschild 519  
Hauff, Volker 237, 417  
Hausner, Siegfried 85f., 144, 146, 160, 162  
Hegel, Friedrich 585, 588  
Heinemann, Hermann 38  
Heinrichs, Jürgen 228f., 232  
Heldmann, Hans-Heinz 163  
Hepp, Odfried 364f., 368  
Herb, Kurt 508  
Herdegen 162  
Herlitz, Heinz 450  
Herold, Horst 144, 145, 150, 279, 308  
Herzinger, Silvia 664, 673f.f.  
Hesselbach, Walter 452  
Heydrich, Reinhard 551  
Hienstra 530  
Himmler, Heinrich 570  
Hinten, Deane R. 320  
Hirsch 354  
Hitler, Adolf 118, 162, 367  
Ho-Chi Minh 249, 326  
Hölz, Max 112

Hoffie, Klaus-Jürgen 416, 457

Hohla 164

Hohn 574

Hollenberg, Harald 550-552, 557

Horchem, Hans -Josef 169

Horkheimer, Max 65

Huber, Wolfgang 120

Irigaray, Luce 590

Jackson, George 153, 242

Jamani, Ahmed Saki el 197

Janßen, Hans Dieter 513

Jovic, Maria 120

Jungk, Robert 496

Karamanlis, Konstandinos 224f.

Karry, Heinz Herbert 43, 49, 399, 408f., 417, 444-447, 450-453, 661

Kaußen, Günter 120f., 206, 278, 311, 599

Kelly, Petra 496

Kemper 554

Kewing, Wilhelm 552

Keynes, John Mayard 399

Kiesinger, Kurt Georg 241

Kirschner, Heinz 608, 611

Kissinger, Henry A. 233, 371, 478

Kitson, Frank 150, 279

Klar, Christian 303, 315

Klein, Hanno 659f.

Klein, Hans-Joachim 190, 193-195, 202-204, 209, 213f., 264, 266, 352, 427

Knittel 446

Knöss, Mike 163

Köhler, Gundolf 304-308

Kohl, Helmut 357, 546  
Kopp, F. 163  
Koppmann 457  
Korbmacher, Günter 553-557  
Kossodo, B. 583  
Kota, Nobengazi 585  
Krabbe, Hanna 244  
Kräger 162  
Kraus, Karl 665, 673  
Kraushaar 161  
Kreye, Otto 228f., 232  
Krieger, Heinz Detlef 151  
Kröcher, Norbert 161  
Krummheur 164  
Kühlborn 354  
Kühnen, Michael 367  
Kuenheim 513  
Kürschner 233  
Kuhlmann, Brigitte 22f., 63, 130, 196, 200f., 221, 311  
Kuzwayo, Ellen 583  
Lambsdorff, Otto 239, 522  
Lebuser, Hajo 437  
Lembert, Wilhelm 354  
Lengl, Siegfried 323  
Lenin, Wladimir Iljitsch 104  
Lepzien, Hans-Dieter 305  
Liebknecht, Karl 221  
Lindemann, Hans-Joachim 607f.  
Lenz, Fritz 622, 624f.  
Lenz, Widukind 617, 622

Loderer, Eugen 508, 519, 521f.

Loos, Rolf 609

Lorenz, Peter 85f., 124, 134, 167, 175, 177, 182, 282f., 557

Lubbe, Marinus van der 655

Ludwig 375

Luhr 574

Lummer, Heinrich 551

Lutz 239

Luxemburg, Rosa 32, 221, 288

Luze, Georg 522

Maftun 63

Mahler, Horst 87, 107, 264, 302

Maihofer, Werner 85, 184, 640

Malan 530

Malatesta, Errico 251

Mandel, Ernest 224

Mandela, Nelson 535

Mao Tse-Tung 97, 99, 265, 331

Marcello, Dieter 506

Marcos, Ferdinand E. 609

Marcuse, Herbert 268

Marighella, Jose Carlos 99, 112, 642

Martin, Jürgen 414-416, 432, 434

Marx, Karl 235, 265, 493, 645

Matsepe, Ivy 587

Matthöfer, Hans 236, 238

Mayr, Hans 514, 519

McCone 116

McNamara, Robert 233, 235, 294

Meinhof, Ulrike Marie 24, 144-146, 152, 158-160, 162, 172, 176, 206, 221, 244, 260, 273, 427

Meins, Holger 85f., 101, 105f., 112, 144, 146, 158, 160, 162,  
175f., 196, 221, 273, 281, 340

Meisner 547

Mengele, Josef 622f.

Menger, Günter 610f.

Mohnhaupt, Brigitte 174, 316

Mondale 235

Montenegro, Alejandro 324

Moses, Edmund 324

Moses, Gerold 324

Müller, Gerhard 174

Müller, Philipp 300

Müller-Borchert, Hans-Joachim 246

Müller-Helms 315

Münstermann 162

Munoz 323

Negt, Oskar 99, 515

Nehm 162

Nietzsche, Friedrich W. 172

Nixon, Richard 116, 371

Noske, Gustav 221

Notarnicola, Sante 112

Nyerere, Julius 230

Oberwinter, Michael 163

Oeser, Kurt 436

Passhaus 162

Patt 329

Payer, Ceryl 231

Penselin, Ulla 681

Peron, Juan D. 476

Peters, Heinz 161f.  
Pimental, Edward 661  
Pinochet, Augusto 161  
Pipes, Richard 482  
Plottnitz, Rupert von 163  
Pohle, Rolf 224, 231, 242, 373  
Pohrt, Wolfgang 269, 296, 314  
Poniatowsky 241  
Ponto, Jürgen 241  
Poulantzas, Nicos 94  
Prinz Wittgenstein 546  
Prinzing, Theodor 174  
Proll, Astrid 203  
Protermann, Roy 320  
Pyro 574  
Quandt, Herbert 125  
Raabe, Rudolf 680  
Rabehl, Bernd 99  
Raisch 669f.  
Raspe, Jan Carl 145, 221  
Rathenau, Walther 516  
Rau, Johannes 38, 579  
Rauch, Georg von 101, 146, 160  
Rautenberg 125  
Reagan, Ronald 365, 374, 381, 600  
Rebmann, Kurt 179, 306, 450, 462  
Reder, Walter 179f.  
Reidel 163  
Reuter 567  
Richert 417



Riesenhuber, Heinz 329, 357, 359

Ritter 570

Rockefeller, David 229, 519

Rodewald 273

Roeder, Manfred 305

Rössner, Bernd 384

Rogers, Bernhard 474

Rohrmoser, Hans 151

Roos, Helga 316

Roosa 574

Roth, Karl-Heinz 165, 273

Routhier, Günter 146

Ruschmeier 574

Sadat, Anwar El 133

Säcker 554

Saint-Just, Louis 35

Sanches, Illich Ramirez Carlos 46, 167, 197-201, 203

Sanches, R. 119

Sander 429

Sare, Günter 532

Sartre, Jean Paul 166, 168, 175, 267, 489

Sauber, Werner 85f., 146, 160

Schäfer 668, 670

Schäuble, Wolfgang 563

Scharf, Bischof 175

Scheel, Walter 325

Schehl, Helmut 228, 234, 237

Scheidemann, Philipp 221

Schelm, Petra 146, 160

Schenk 473

Schlei, Marie 234

Schleyer, Hanns Martin 203, 223, 241, 303, 305, 343

Schmalz, Klaus 163

Schmidt (DRK) 547

Schmidt, Helmut 125, 184f., 261, 357-359, 444, 452

Schmitz 551

Schneider, Karl 416, 457

Schneider (General) 116

Schnoor, Herbert 38

Schubart, Alexander 417, 432f., 455f., 458

Schubert, Alex 247

Schubert, Ingrid 221, 223

Schütz, Klaus 125

Schult, Peter 309

Schulz, Adelheid 303, 316

Schwall, Enno 664, 680

Seidel, Stephan 321

Seiffert, Karl-Heinz 323

Seitz 669

Senghaas, Dieter 235

Sewering, Hans Joachim 606

Soares, Mario 225

Sötje, Peter 88, 91, 119

Somoza, Anastasio 648

Sonnenberg, Gunter 678

Spahn, Leo 414f., 418, 432, 434, 455f.

Sperber, Manes 245, 496

Spital 574

Springer, Axel 103, 125, 165, 224

Stalin, Josef V. 478

Steinkühler, Franz 516

Straub, Sybille 664, 673f., 676f.

Strauß, Franz-Josef 125, 184f., 302-304, 308f., 342, 368

Strobl, Ingrid 664, 681f.

Suarez, Adolfo 225

Tandler, Gerold 302-304, 401

Temming, Gerd 163

Thatcher, Margaret 523

Traube, Klaus 213f.

Treber, Dirk 414, 432, 456

Truman, Harry S. 226

Tünste 618, 622, 625

Türk 121

Türkes, Alparslan 323

Ullrich, Franz U. 325

Ure, Andrew 487

Vance, Cyrus 235

Verschuer, v. O. 617f., 622f., 625

Vetter, Heinz-Oskar 237, 519, 521

Viehmann, Klaus 316

Vierregge, Henning von 323

Vigier, Jean Pierre 224, 241

Vogel, Hans-Joachim 358

Vogel (Polizist) 415

Vormbrock 313

Vorster, Balthazar John 537, 648

Wagenbach, Klaus 176

Wagner 121

Wallmann, Walter 315, 422, 452

Wallraff, Günter 86

Wechsung 668

Weinberger, Caspar 469

Weissbecker, Thomas 146, 160

Werlhoff, Claudia von 288

Wessel, Ulrich 85f., 146, 160

Wetzel 415

Williams, Betty 242

Wörner, Manfred 383

Young, Andrew 371f.

Zetkin, Clara 152

Zimmermann, Ernst 180

Zimmermann, Friedrich 303

Zimmermann (DGB) 512

---

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

---